Rolf Gerhard

DIE STADT ALS HERRSCHAFTSMEDIUM

Zur kommunikativen Qualität des Städtebaus

1975

1973

Publizistik

DIE STADT ALS HERRSCHAFTSMEDIUM

Zur kommunikativen Qualität des Städtebaus

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
Philosophischen Fakultät
der
Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster (Westf.)

vorgelegt von

Rolf Gerhard
aus Lüdenscheid

1973

Tag der mündlichen Prüfung: 19. 12. 1973
Dekan: Prof.Dr. Ludwig Budde
Referent: Prof.Dr. Franz W. Dröge
Korreferent: Prof.Dr. Hans-Jürgen Krysmanski

Die Stätte, wo eine große Stadt steht, ist nicht die Stätte
weitgestreckter Werften, Docks, Fabriken, Speicher allein,
Noch die Stätte nie endender Grüße von Neuankommenden oder
von Ausfahrenden, die ihre Anker lichten,
Noch die Stätte der höchsten und teuersten Bauwerke oder
der Läden, die Güter aus aller Herren Länder verkaufen,
Noch die Stätte der besten Bibliothek und Schulen,
noch die Stätte, wo Geld am reichsten rollt,
Noch die Stätte der zahlreichsten Bevölkerung.
Wo die Stadt steht, die das stärkste Geschlecht und Dichter hat,
Wo die Stadt steht, die von ihnen geliebt wird
und sie wieder liebt und versteht,
Wo es kein Denkmal für Helden gibt, außer den Worten und
Taten des Alltags,
Wo Sparsamkeit an ihrem Ort ist und Klugheit an ihrem Ort,
Wo die Männer und Frauen nicht viel von Gesetzen halten,
Wo es keine Sklaven mehr gibt und keine Herren von Sklaven,
Wo die Bevölkerung unverweilt sich erhebt gegen die
nimmersatte Anmaßung gewählter Führer,
Wo unbändige Männer und Frauen ausströmen, gleichwie die See
auf den Pfiff des Todes ihre befreiten, alles niederreißenden
Wogen verströmt,
Wo äußere Autorität allzeit hinter innerer Autorität zurücksteht,
Wo der Bürger allezeit das Haupt und das Ideal ist, und
Präsident, Bürgermeister, Statthalter, oder wer sonst,
nur bezahlte Beauftragte sind,
Wo Kindern gelehrt wird, sich selber Gesetz zu sein
und auf sich selber zu stehen,
Wo Gleichmut bewiesen wird in Geschäften,
Wo Betrachtung der Seele gefördert wird,
Wo Frauen in öffentlichen Umzügen durch die Straßen gehen,
ebensogut wie die Männer,
Wo sie in öffentliche Versammlungen gehen und dort ihre Plätze
einnehmen, ebensogut wie die Männer,
Wo die Stadt der treuesten Freunde steht,
Wo die Stadt der Reinheit der Geschlechter steht,
Wo die Stadt der gesündesten Väter steht,
Wo die Stadt der bestgestalteten Mütter steht,
Dort steht die große Stadt.

Walt Whitman

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547212_0014

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkung I

Einleitung 1

A. Theoretische Überlegungen zur kommunikativen Funktion des Städtebaus 6

I. Städtebau zwischen konservativer Kulturkritik und Utopie 6

1. Die soziale Frage als gemeinsamer Nenner der Positionen im 19. Jahrhundert 7

2. Gesellschaftswissenschaftliche Positionen im 20. Jahrhundert 22

II. Städtebau und Architektur als kommunikatives Medium 50

1. Kritik des Kommunikationsbegriffes 50

2. Architektur als symbolische Interaktion 66

3. Architektur als Zeichensprache 78

4. Kritik der Konventionalität der Zeichen / Symbole 95

5. Der Abbildcharakter der Architektur 100

B. Die Stadt als Abbild der historischen ökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnisse 105

I. Die deutsche Stadt im Mittelalter 108

1. Die Stadt als Abbild einer neuen Produktionsweise 108

2. Der Widerspruch zwischen Stadt und Land 117

3. Die Entwicklung des Widerspruches Bürger - Stadtherr 127

a) Die 'gewachsene' Stadt 127

b) Die gegründete Stadt 138

c) Stadtgestalt und Herrschaftsform 147

4. Zunftrevolution, bürgerliche Stadtherrschaft und städtebauliche Differenzierung 152

a) Der Widerspruch zwischen Patriziat und Zunft 152

b) Die Mietwohnung als Abbild der beginnenden Ausbeutung in der einfachen Warenproduktion 167

II. Stadtentwicklung im Zeichen territorialfürstlicher Macht 170

1. Frühkapitalistische Produktionsweise, territoriale Konsolidierung und Stadtentwicklung 170

2. Der Herrschaftsstil als baulicher Ausdruck des Bündnisses zwischen Großbourgeoisie und Territorialfürsten 184

3. Merkantilismus, Herrschaftsentwicklung und Residenz 193

4. Die städtische Struktur absoluter Macht 206

III. Bürgerlich kapitalistische Emanzipation und Städtebau 217

1. Architektur als Medium ideologischer Auseinandersetzungen 217

2. Industrialisierung, bürgerlich-demokratische Revolution und städtebauliche Folgen 226

3. Die städtebauliche Widerspiegelung der Industrialisierung und Technisierung 238

4. Städtebau als Abbild kapitalistischer Wertbildung 256

5. Arbeitsteilung und Entfremdung in der Bauproduktion 266

6. Die politische Herrschaft der Bourgeoisie und die Tendenzen im Städtebau bis zum Ende des II. Weltkrieges 272

7. Zur ökonomischen Bedingtheit funktionaler Architektur 285

Bildanhang 300
Abbildungsverzeichnis 358
Literaturverzeichnis 360

Eine kommunikationswissenschaftliche Arbeit zur kommunikativen Qualität des Städtebaus mag abwegig anmuten, verläßt sie doch den Rahmen der traditionell behandelten Medien; gerade aus der Konfrontation mit dem 'Neuen' aber ergeben sich die Herausforderungen an mögliche Erklärungsmodelle kommunikativer Vermittlung. Architektur als Medium wiederzuentdecken bedeutet gleichzeitig eine Konfrontation mit der geschichtlichen Entwicklung des Städtebaus, einen Rückbezug auf die Phase gesellschaftlicher Entwicklung, in der der mediative Charakter der Architektur nicht zum Problem wurde, weil das Wissen um die bauliche Vermittlungsfunktion allgemein im Bewußtsein war.
Erst mit der Entfremdung des Städtebaus vom allgemeinen Bewußtsein wird Architektur zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung und öffentlicher Diskussion; erst wenn das Wissen um die gesellschaftlichen Zusammenhänge des Städtebaus verloren geht, können sich Positionen in die Diskussion einschalten, die glauben, die Probleme des Städtebaus und der Architektur durch Kommunikation a l l e i n lösen zu können, ohne die materiellen Bedingungen für diese Kommunikation zu verändern. Insofern versteht sich die Untersuchung der kommunikativen Leistung des Städtebaus nicht als ein neuer gesellschaftswissenschaftlicher Beitrag zur Kritik der Erscheinungen, diesmal aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht, sondern es geht darum, anhand der baulichen Strukturen deren gesellschaftlich kommunikative Funktionen dingfest zu machen, diese Strukturen selbst aus ihrer materiellen Bedingtheit zu erklären, so daß Städtebau nicht länger als 'beliebig' beeinflußbar erscheint, wenn nur der 'gute Wille' verhanden wäre, sondern als abhängig von der gesellschaftlichen Existenzweise, von der Produktion und dem Verkehr im umfassenden Sinne. Dabei muß das Hauptgewicht der Argumentation notwendig auf die ökonomische Bedingtheit der baulichen Formen gelegt werden, denn aus der Einheit mit der materiellen Produktion im allgemeinen ergibt sich die Bewegung des Städtebaus im besonderen, als Moment eines einheitlichen gesellschaftlichen Lebensprozesses, der im Gegensatz der gesellschaftlichen Klassen seine bewegende

Kraft findet. Aus diesem Gegensatz aber resultiert notwendig auch die Bewegung der städtischen Gesellschaft und ihrer baulichen Umwelt.

Zur technischen Vorgehensweise ist zu vermerken, daß Hervorhebungen in den Originalzitaten vom Autor nicht übernommen worden sind, da eine solche Hervorhebung in unerwünschtem Sinne schwerpunktsetzend hätte wirken können. Hervorhebungen des Autors im Text sind als solche kenntlich gemacht.

Einleitung

Verfolgt man die neueren Veröffentlichungen zum Thema Städtebau, Stadtplanung und Architekturtheorie, so läßt sich in diesen Arbeiten der direkte Bezug zu gesellschaftlichen Problemen über kommunikative Vermittlung durch architektonische Formen feststellen. Einerseits wird die städtebauliche Tätigkeit angesehen als Schaffung von Kommunikationsräumen, die die Kommunikation selbst vorstrukturieren, hemmen oder begünstigen, andererseits spricht man der architektonischen Form selbst in der Vergegenständlichung kommunikative Wirksamkeit zu; die baulichen Formen erhalten Aussagecharakter. Städtebau erscheint als kommunikatives Phänomen, wobei sich beide Kommunikationsformen gegenseitig bedingen und beeinflussen. Da Gesellschaftskonstituierung durch Kommunikation unbestritten ist, glaubt man, Architektur und Städtebau integrativ wirksam werden lassen zu können, indem man 'wünschenswerte' Städte projektiert.

Von diesen städtebaulichen Diskussionen her ergibt sich geradezu die Notwendigkeit zu untersuchen, was denn den kommunikativen Charakter architektonischer Formen ausmacht, was diese Formen an Inhalten vermitteln und was der Zweck dieser Vermittlung ist. Dazu aber erscheint es als notwendig, Architektur und Städtebau als kommunikatives Medium zu betrachten, einzugliedern in den gesellschaftlichen Zusammenhang publizistischer Phänomene. Eine solche Integration der Architektur und des Städtebaus in den kommunikativen Gegenstandsbereich aber ergibt sich erst von einer dialektischen materialistischen Kommunikationstheorie her, die fähig ist, bauliche Formen als Medien der Bewußtseinsvermittlung in den Gesamtzusammenhang einer umfassenden Überbautheorie zu stellen und damit die materiell vermittelten Inhalte als Momente der gesellschaftlichen Bewußtseinstotalität zu behandeln. Diese Auffassung verweist

auf die materialistische Erkenntnistheorie als Theorie und Methode der Untersuchung der Objekt-Subjekt-Dialektik zwischen baulichen Formen und dem wahrnehmenden gesellschaftlichen Subjekt. In diesem Zusammenhang erscheint der kommunikative Charakter baulicher Formen nicht länger als zufällig, sondern ist notwendig gebunden an die Totalität menschlicher Lebensäußerung.

Die Eigenberwegung des Städtebaus als Prozeß einer spezifischen Umweltgestaltung durch den Menschen wird so als Erscheinung zurückgeführt auf den konkreten Lebensprozeß der Gesellschaft unter ihren jeweils historisch spezifischen Bedingungen. Damit kann Städtebau aber nicht länger als eigenständiger, unabhängiger Teilbereich der Gesellschaft angesehen werden, sondern entspringt mit Notwendigkeit den Prozessen und Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Lebens der jeweiligen ökonomischen Gesellschaftsformation.

Von einer dialektisch materialistischen Kommunikationstheorie her, die Kommunikation als Verkehrsform gesellschaftlichen Wissens betrachtet, ergibt sich die Notwendigkeit der Integration der Architektur und des Städtebaus als spezifische Medien in den mediativen Gesamtzusammenhang der Vermittlungsformen. Die kommunikative Vermittlung durch Bauformen ist also, wie jede Kommunikation, gebunden an ein Medium, an ein materiell erzeugtes Ding. Insofern dieses nicht der entwickelten natürlichen Sphäre menschlicher Vergegenständlichungsfähigkeiten (beispielsweise der Tonerzeugung beim Sprechen) entspringt, steht seine Produktion im Gesamtzusammenhang des menschlichen Produktionsprozesses. In der gesellschaftlichen Bewegung aber, in der Kommunikation, tritt die vermittelte Nachricht als Einheit von Form und Inhalt auf, die nur in der Analyse zerfällt in den stofflich materiellen Inhalt und den an die Form gebundenen gesellschaftlich informativen Inhalt, die beide eine dialektische Einheit bilden. Diese Dialektik aber wirkt auf die Produktion zurück, stellt sich in

den traditionellen technischen Medien als widersprüchliche Einheit von Produktionsbereichen dar, beispielsweise im Widerspruch von Redaktion und Verlag im Pressewesen. Im Städtebau tritt die gleiche Dialektik zwischen Architekt bzw. Planer und Bauträger zutage.

Wesentlich erscheinen innerhalb dieser Dialektik die unterschiedlichen Produktionsformen, denn während sich der materielle Inhalt in der kapitalistischen Warenproduktion in der ihr gemäßen Form, als Ware, produzieren läßt, stellt sich die Erarbeitung des gesellschaftlichen Inhalts, des kommunizierbaren Wissens, als Dienstleistung dar, die vom Warenproduzenten angeeignet, erst in der Produktion, in der Materialisierung in Warenform, historisch adäquaten gesellschaftlich kommunikativen Gebrauchswert erhält. Nur von daher erklärt sich das vorkapitalistische, personal gebundene Verhältnis sowohl zwischen Redakteur und Verleger, als auch zwischen Architekt und Bauträger. Erst in der Subsumtion unter das Kapital, in der Konsumtion des Gebrauchswerts der Ware Arbeitskraft durch den Kapitalisten, wird die unproduktive Arbeit sowohl des Redakteurs als auch des Architekten zur produktiven Arbeit für das Einzelkapital, denn die Dienstleistung geht in das materielle Produkt des produktiven Gesamtarbeiters ein.

Wenn nun als Gegenstand der Publizistik, als Einzelwissenschaft im Verhältnis zur dialektisch-materialistischen Philosophie, nicht die allgemeinen Kommunikationsformen, sondern die Bewegungsformen und Bewegungsgesetze der mittels kapitalistisch produzierter Medien stattfindenden Kommunikation definiert wird, so ergibt sich von diesem Gegenstandsbereich her notwendig die Einbeziehung der Architektur und des Städtebaus in den Gesamtzusammenhang publizistischer Phänomene. Damit jedoch erschließen sich die baulichen Formen gleichzeitig einer dialektisch-materialistischen Medienanalyse, der es darum gehen muß, die kommunikativen Gesetzmäßigkeiten und Bewegungsformen der Architektur historisch konkret zu untersuchen und als

menschliche, dem realen menschlichen Lebensprozeß entspringend, durchschaubar zu machen.

Die Architektur ist an das gesellschaftliche Sein gebunden, das sich in Klassengesellschaften als klassenbedingtes Sein darstellt. Architektur und Städtebau unterliegen folglich notwendig den Klassenauseinandersetzungen, die sich aus der Herrschaft einer Klasse über die andere ergeben. Dieser Herrschaftscharakter aber muß sich notwendig auch in der Architektur und im Städtebau niederschlagen, muß bauliche Gestalt annehmen. Von daher läßt sich Architektur als Herrschaftsmedium begreifen und für die Untersuchung der kommunikativen Leistungen der Architektur hypostasieren: Architektur und Städtebau dienen der Vergegenständlichung und Tradierung der herrschenden Ideologie zum Zwecke der Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo. Dabei ist es allerdings unvermeidlich, daß die realen gesellschaftlichen Widersprüche in die baulichen Formen und Produkte eingehen, gleichzeitig die Intentionen der Herrschenden widerlegen und damit die Unmöglichkeit des Status quo in der baulichen Veränderung der Städte manifest wird.

Die materialistische Kommunikationstheorie bezieht sich immer auf konkrete gesellschaftliche Phänomene, auf gesellschaftliche Verhältnisse, die sich nicht als unveränderliche, sondern als hostorische darstellen und insofern nur mit einer historisch materialistischen Analyse zu fassen sind. Diese Analyse muß sich einerseits auf esellschaftliches Wissen als vermitteltes, auf die theoretische Verarbeitung der jeweils konkret historischen Erscheinungen beziehen, andererseits auf deren konkrete gesellschaftliche Grundlagen. Dem ersten Aspekt dient die Untersuchung der soziologischen bzw. sozialpsychologischen Ansätze und der kommunikationstheoretischen Positionen, die Städtebau als kommunikatives Phänomen analysieren. Erst aus dieser Analyse können sich problemgebunden die Bedingungen und Begründungen für die eigene Vorgehensweise ergeben, denn der Problem-

zusammenhang in seiner konkret historischen Erscheinung stellt sich gleichzeitig als theoretisch vermittelter dar. Die bürgerliche Wissenschaft leistet diese Vermittlung vorwiegend auf der Ebene der Beschreibung der Erscheinungen, die durchaus richtig analysiert, zum Teil auch auf die wesentlichen Ursachen zurückgeführt werden; die angebotenen Lösungsmöglichkeiten aber bleiben im Rahmen des bestehenden Systems und zementieren damit den Status quo. Da die Probleme jedoch den Gesetzmäßigkeiten und Normen der bürgerlichen Gesellschaft entspringen, lassen sie sich nur durch Veränderung des Systems lösen.

Mit den in der Kritik entwickelten thoretischen Überlegungen ist das historisch konkrete Material, der sich historisch entwickelnde Städtebau, auf seinen Bedingungszusammenhang und seine kommunikative Aussage hin zu untersuchen, ist sein herrschaftsvermittelnder Charakter historisch konkret in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen dingfest zu machen. Dazu ist es notwendig, die sich wandelnden Herrschaftsformen und -beziehungen zu analysieren und ihren Zusammenhang mit den sich wandelnden städtebaulichen Darstellungen aufzudecken.

Von der Definition des publizistischen Gegenstandes her ergibt sich gleichzeitig eine Einschränkung des historischen Zeitraums auf die mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise sich konstituierende bürgerlich kapitalistische Gesellschaft, die im nationalen Rahmen untersucht wird; lediglich zur Verdeutlichung typischer Entwicklungen in anderen Ländern wird dieser Rahmen verlassen. Die Wurzeln der bürgerlichen Gesellschaft, wie des deutschen Städtebaus, reichen zurück in die Zeit der Herrschaft des Feudalismus. Die Herausbildung der städtebaulichen Aussageformen ist eng verbunden mit der ökonomischen und politischen Emanzipation des Bürgertums; daher ist es zum Verständnis der heutigen Funktion der Architektur als Herrschaftsmedium unerläßlich, die Entwicklung der Bauformen und Strukturen der Städte seit Beginn der Stadtgeschichte in die Analyse einzubeziehen.

A. Theoretische Überlegungen zur kommunikativen Funktion des Städtebaus

I. Städtebau zwischen konservativer Kulturkritik und Utopie

Knapp 30 Jahre nach dem sogenannten städtebaulichen Neubeginn befindet sich, will man den zahlreichen Veröffentlichungen zum Thema 'Städtebau' glauben, die gesellschaftlich-städtische Entwicklung in einer Krise, zu deren Überwindung es alle gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren gilt. Man beklagt die "Unwirtlichkeit unserer Städte", die Monotonie der neuen Siedlungen in den Stadtrandbezirken und Trabantenstädten und kritisiert die Bodenspekulation, die den Einzug der Hochhäuser in die Wohnviertel der Innenstadt einleitet.
Der Deutsche Städtetag sah sich 1971 veranlaßt, die Parole auszugeben: "Rettet unsere Städte jetzt" und gab damit den Startschuß zur aktuell-politischen Auseinandersetzung um die "Zerstörung unserer Städte", die auf der einen Seite in die verstärkte Diskussion um das Bodenrecht mündete, andererseits die konservative publizistische Kulturkritik auf den Plan rief.[1)]
Die Chance scheint vertan; überall zeigen sich Mängel, die dem Planer, dem Architekten oder allgemein der Gesellschaft angelastet werden. Man fürchtet um die 'Urbanität' unserer Städte, die, gekleidet in idealistische Floskeln, als Mitwirkung des Bürgers an der städtischen Gestaltung und der Ausfüllung des städtischen Raumes mit gesellschaftspolitischem Leben verstanden wird.[2)]

---

1) vgl. "Sind die Städte noch zu retten?" In: Der Spiegel 25.Jg /7.5.1971/Nr. 24, S. 54-72, passim.

2) vgl. E. Salin: Urbanität. In: Erneuerung unserer Städte. Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 11. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages, Juni 1960, Stuttgart 1960, S. 14.

1. Die Soziale Frage als gemeinsamer Nenner der Positionen im 19. Jahrhundert

Die zeitgenössische Argumentation knüpft an an die Kultur- und Großstadtkritik des 19. Jh., deren Hauptangriffspunkt die durch die Industrialisierung herbeigeführte rasche Veränderung der städtischen und vor allem der großstädtischen Lebensweise bildete. Die industrielle Revolution wurde als Sündenfall empfunden, weil sie den Untergang der von den Kritikern idealisierten bürgerlichen Stadt und Gesellschaft des Mittelalters, in deren Tradition man sich sah, herbeiführte. Das romantische Bild eines heilen mittelalterlich städtischen Lebens, dessen geschichtliche Realität nicht in Zweifel gezogen wurde, gerann zum ahistorischen, zeitlosen Idealtypus und bildete die Grundlage und den Bezugspunkt für die Kritik der bestehenden sozialen Mißstände.

"Zusammendrängung einer heimatlosen Bevölkerung in den schlechtesten Wohnstätten großer Städte

- Lösung aller hergebrachten Bande des Herkommens, der patriarchalischen Unterordnung, der Familie
- Überarbeit besonders der Weiber und Kinder in schreckenerregendem Maß
- massenhafte Entsittlichung der plötzlich in ganz neue Verhältnisse, vom Lande in die Stadt, vom Ackerbau in die Industrie, aus stabilen in täglich wechselnde unsichere Lebensbedingungen geworfenen arbeitenden Klasse."[1)]

In der Kritik dieser Erscheinungsformen einer, wie man glaubte, durch Apell an die 'Vernunft' zu ändernden ökonomisch bedingten Situation sollte das Rad der Geschichte zurückgedreht werden.

---

1) F. Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Berlin 1969, S. 63 f.
Im Gegensatz zu den Kulturkritikern untersucht Engels im Anschluß an diese Zustandsbeschreibung die materiellen Bedingungen dieser Entwicklung.

So wendet sich der Kulturkritiker W.H. Riehl[1] gegen die Auflösung der Stände, die er als geworden und natürlich klassifiziert.[2] Daher kritisiert er die Großstadt, die, als Sitz des vierten Standes - des Proletariats, das er nicht als 'natürlichen' Stand wertet - zum auflösenden Moment der bürgerlichen Ordnung schlechthin wird.[3] H. Berndt hielt es Riehls Scharfsinn zugute, "daß er erkannte, daß der großstädtische Lebensstil als solcher Bewußtseinsformen fördert, die aufgeweckter und kritischer sind als die einer frommen Landbevölkerung; intellektuelle Offenheit störte ihn auch am 'Weltbürgertum', das er dem Sozialismus näher verwandt sah als dem 'echt konservativen deutschen Bürgerstande'."[4]

Schon baupolizeiliche Verordnungen, die zum Verschwinden der Erker an den Bürgerhäusern führen, sind für ihn Ausdruck der Nivellierung des Staates, der Gesellschaft und der Familie. Er identifiziert bauliche Veränderungen mit der Veränderung der Gesellschaft und der Familie, führt diesen Tatbestand auf die industrielle Revolution zurück, die er nicht als gesellschaftlichen Fortschritt, sondern als Bedrohung der Großfamilie ansieht.[5] Da die Großfamilie

---

1) Es kann bei der Darstellung der Kulturkritik des 19.Jh. nicht um die vollständige Aufzählung der Ansätze gehen, sondern es sollen anhand einiger scheinbar unterschiedlicher Positionen die grundlegenden Fehler der Argumentation aufgedeckt werden.

2) vgl. W.H. Riehl: Die bürgerliche Gesellschaft. In: derselbe, Die Naturgesichichte des deutschen Volkes Bd. 2, Stuttgart 1885, passim.

3) vgl. derselbe: Land und Leute. In: derselbe, a.a.O., S. 104 f. et passim.

4) H. Berndt: Der Verlust von Urbanität im Städtebau. In: Das Argument 44, 9. Jg./1967/H.4(2.Aufl. 1969),S. 267. Was H. Berndt als Scharfsinn bezeichnet, wäre wohl treffender als konservativ kleinbürgerliches Klassenbewußtsein zu kennzeichnen.

5) vgl. W.H. Riehl: Die Familie. In: derselbe, a.a.O., S. 179 ff.

für ihn Urzelle und Garant funktionierender gesellschaftlicher Verhältnisse ist, diese soziale Keimzelle jedoch durch die industrielle Revolution zerschlagen wird, bleibt ihm als Lösungsmöglichkeit nur noch der Verzicht auf den technischen Fortschritt[1]; damit leugnet er aber, bei richtiger Analyse der durch die industrielle Revolution bedingten Sozialveränderungen, die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte, die notwendig zu veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse führt.

Für O. Spengler hingegen, wie Nietzsche dem bürgerlichen Kulturpessimismus zugehörig, kulminieren alle Kulturen in Städten, sind aber gerade hier, auf der Stufe der Zivilisation, die mit der bürgerlich kapitalistischen Gesellschaft gleichgesetzt wird[2], zum Untergang verurteilt.
Dieser Vertreter der Kreislauftheorie sieht, wie W.H. Riehl, in der Großstadt die materiale Gestalt des Auflösungsprozesses der ständischen Ordnung und der kleinbürgerlichen Gesellschaft durch das sich entwickelnde klassenbewußte Proletariat.[3]
"Das Urbild für den Staat fand man in der Gemeinde, da in der dörflichen Gemeinde die soziale Geltung des Besitzes einzelner Gemeindebürger selbstverständlicher respektiert wird als in der Stadt"[4] Daß die Stadt und besonders die Großstadt den Tod und den Untergang der bürgerlichen Kultur notwendig bewirken müsse, liegt eher in der Logik dieses Standpunktes als in der städtischen Entwicklung begründet, denn die Stadt ist der bauliche Ausdruck

---

1) vgl. K. Horn: Zweckrationalität in der modernen Architektur. In: H. Berndt/A. Lorenzer/K. Horn, Städtebau als Ideologie, Frankfurt ^{3}1969, S. 129.

2) vgl. G. Klaus/M. Buhr (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch Bd. 1, 6. Überarb.u.erw.Aufl. Leipzig 1969, S. 623 (zit.als Ph.W., a.a.O.).

3) vgl. O. Spengler: Der Untergang des Abendlandes Bd. 2 Welthistorische Perspektiven, München 1923, S. 442 ff.

4) R. Bentmann/M. Müller: Die Villa als Herrschaftsarchitektur. Frankfurt M. 1970, S. 117.

der bürgerlichen Produktions- und Reproduktionstätigkeit. Bedroht ist lediglich die kleinbürgerlich -handwerkliche Kultur, die mit der Entwicklun der kapitalistischen Produktionsweise proletarisiert wird. Konsequenterweise wird die Stadt des Mittelalters mit ihrer ständischen Ordnung von O. Spengler als 'natürlich' betrachtet; stellt sie für ihn nur eine Station auf dem Weg zum kulturellen Endpunkt dar, in der die Weltgeschichte die Menschheitsgeschichte ablöst. Der Untergang der Kultur deutet sich dadurch an, daß die Struktur der Gesellschaft, ihre ständische Ordnung, von der Masse, dem vierten Stand, der für O. Spengler der Inbegriff der Unstrukturiertheit und Negation der Ordnung ist, aufgehoben wird.[1] Während die Klein- und Mittelstadt noch als Teil der Ordnung angesehen wird, ist die Großstadt als Weltstadt Sitz der Masse und "Der Steinkoloß 'Weltstadt' steht am Ende des Lebenslaufes einer jeden Kultur".[2] Die soziale Auflösun in der Familie vollzieht sich in diesem 'Steinkoloß' durch die auf Profit ausgerichtete Intelligenz, die auch die Familienplanung ihrem Profitstreben unterordnet; der daraus resultierende Geburtenrückgang muß notwendig zum Aussterben der Vertreter der Ordnung führen. Da die Masse, seiner These nach, nicht fähig ist, eine neue Ordnung aufzubauen - O. Spengler kann sich keine höhere Gesellschaftsform als die bürgerliche vorstellen - versinkt sie in unstrukturiertes, kulturloses Fellachentum.[3]

F. Tönnies hingegen geht davon aus, daß die Stadt zunächst "ihrem äußeren Dasein nach nichts anderes als ein großes Dorf, eine Mehrheit von benachbarten Dörfern oder ein ummauertes Dorf"[4] ist. Die religiöse Stadtgemeinde repräsentiert

---

1) vgl. O. Spengler, a.a.O., S. 105 ff u. 445 ff.

2) derselbe, a.a.O., S. 117.

3) vgl. derselbe, a.a.O., S. 126 ff.

4) F. Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft. Darmstadt 1963, S. 23.

für ihn den letzten und höchsten Ausdruck der Idee der Gemeinschaft, die er als natürliche und organische Form des menschlichen Zusammenlebens klassifiziert, deren besondere Leistung in der Tradierung der gesellschaftlichen Werte und Normen liegt. "So ist sie (die Stadt R.G.) ihrer Sprache, ihrem Brauch, ihrem Glauben wie mit ihrem Boden, ihren Gebäuden und ihren Schätzen ein Beharrendes, das den Wechsel vieler Generationen überdauert, und teils aus sich selber, teils durch Vererbung und Erziehung ihrer Bürgerhäuser, wesentlich gleichen Charakter und gleiche Denkungsart immer aufs neue hervorbringt."[1)]
Hinter diesem Bild läßt sich unschwer die idealisierte mittelalterliche Stadt erkennen, zumal im Zusammenhang mit der Gemeinschaft der wesentliche Inhalt des städtischen Lebens die Religion ist.

Diesem Ideal stellt Tönnies die Stadt und Großstadt der industriellen Revolution gegenüber, in der das Zusammenleben, gemessen an dem Bild der mittelalterlichen Stadt, nicht mehr als 'natürlich' erscheint, sondern anscheinend auf Konvention beruht und von der kapitalistischen Warenproduktion und vom Handel beherrscht wird. Zwar folgt das Zeitalter der Gesellschaft entwicklungsmäßig dem der Gemeinschaft, doch soll diese Entwicklung revidiert werden durch die "konservative Utopie" [2)], derzufolge die Bestrebungen zur Veränderung der gesellschaftlichen Entwicklung dahin gehen müßten, das Stadium der Gemeinschaft zurückzuerlangen. Von O. Spengler und W.H. Riehl unterscheidet sich F. Tönnies vordergründig dadurch, daß er die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats nicht offen bekämpft oder dessen legitime Rechte verneint, sondern er stabilisiert die herrschenden Verhältnisse, indem er dem vierten Stand konservative Ziele unterschiebt.

---

1) F. Tönnies, a.a.O., S. 36.
2) H. Berndt, a.a.O., S. 267.

Auch für F. Tönnies ist die Stadt Ort der Auflösung familialer Bindungen und Beziehungen. "Aber beide (Dorf und Stadt R.G.) behalten viele Merkmale der Familie, das Dorf mehrere, die Stadt mindere, Erst wenn die Stadt sich zur Großstadt entwickelt, verliert sie diese fast gänzlich, die vereinzelten Personen oder doch Familien stehen einander gegenüber und haben ihren gemeinsamen Ort nur als zufällige und gewählte Wohnstätte. Aber wie die Stadt innerhalb der Großstadt - was diese durch ihren Namen kundgibt, - so dauern überhaupt die gemeinschaftlichen Lebensweisen, als die alleinigen realen, innerhalb der gesellschaftlichen, wenn auch verkümmernd, ja absterbend fort."[1] Erst die wiedererlangte Gemeinschaft kann 'natürliche' Familienbeziehungen garantierten.

Ausgangspunkt der konservativen Kulturpolitik ist die "Sichtbarkeit der gesellschaftlichen Nachteile des bürgerliche Kapitalismus in den Städten"[2] Die tendenzielle Identifizierung von großstädtischem Leben und Sozialelend bildet beiden Kulturkrides 19. Jahrhunderst die Grundlage der Sozialkritik.
Die Bedingungen des Elends - die Gesetzmäßigkeiten der sich ändernden Produktionsweise - werden entweder nicht untersucht oder deren historische Notwendigkeit geleugnet, was in jedem Fall auf eine Autonomie der gesellschaftlichen Entwicklung gegenüber der ökonomischen hinausläuft. Eines der Hauptargumente gegen die Großstadt bezieht sich auf die familiale Entwicklung, die, sich vom historisch-kleinbürgerlichen Familienideal entfernend, mit der Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft identifiziert wird und so die Kritik auf sich zieht. Das Proletariat erscheint als Hauptträger dieser Auflösung, da sich bei ihm der ökonomisch bedingte Trend zur Kleinfamilie und zur Bindungslosigkeit infolge hoher räumlicher Mobilität zunächst am stärksten durchsetzt. Besonders die klein-

---

1) F. Tönnies, a.a.O., S. 246.
2) H. Berndt, a.a.O., S. 266.

bürgerliche Familie spürt die Bedrohung des gleichen Schicksals, da sie durch die Entwicklung der Produktionsweise stets gefährdet ist, ins Proletariat 'abzusinken'. Die Kulturkritik entlarvt sich hier als Element der Existenzangst des Kleinbürgertums.

Die Autoren unterscheiden sich in ihren Folgerungen denn auch nur hinsichtlich der Formulierung, die politischen Konsequenzen decken sich. O. Spengler prophezeit den notwendigen Untergang der bürgerlichen Kultur, die er gleichzeitig als höchstmögliche wertet. Durch Aufzeigen der negativen Konsequenzen der von ihm behaupteten Entwicklung sollen die Kräfte mobilisiert werden, die diese Entwicklung zu steuern vermögen, indem sie - statt ihre objektive Lage zu erkennen und damit die Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit der Veränderung, auf deren Basis erst ihre gesellschaftliche Emanzipation [1] erfolgen kann - sich von der falschen Konsequenz schrecken lassen und entgegen ihrem objektiven Klasseninteresse für die Beibehaltung des Status quo eintreten.
W.H. Riehls sozialpolitisches Fazit hingegen "gipelt in der Forderung, die Einführung des allgemeinen Stimmrechts zu verhindern, damit die Arbeiterschaft ihre politischen Ziele nicht wahrmachen könnte".[2] Hier ist der Klassenstandpunkt und das Klasseninteresse explizit, der Status quo wird zum politischen Programm erklärt.
F. Tönnies tritt demgegenüber vordergründig für die Interessen des Proletariats ein, verpflichtet die Arbeiterklasse jedoch auf das konservative Ziel der von ihm skizzierten Gemeinschaft, wobei er außer acht läßt, daß sich die Entwicklung und Wirksamkeit stets auf der Grundlage materieller

---

1) K. Marx benutzt diesen Begriff im Gegensatz zu dem der "politischen Emanzipation", den er auf die durch die bürgerlich-demokratische Revolution angestrebten gesellschaftlichen Verhältnisse bezieht, während die "gesellschaftliche Emanzipation" die Emanzipation der arbeitenden Klassen von den bürgerlich-demokratischen Gesellschaftsverhältnissen zu sozialistischen durch die sozialistische Revolution bezeichnet. vgl. Ph.W., a.a.O., S. 273.

2) H. Berndt, a.a.O., S. 266.

gesellschaftlicher Verhältnisse und konkreter sozialer Interessen vollzieht, die ja gerade ihren Charakter prägen. Die Konsequenz dieser Überlegungen zielt auf die Beibehaltung des Status quo, da sich die Realität notwendig von der "konservativen Utopie" entfernt. In der Kritik der negativen Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung, die allerdings nur in der abstrakten Negation der Entwicklungstendenzen geleistet wird, offenbart sich die idealistisch-metaphysische Philosophie der Kulturkritiker. Der Verneinung der Großstadt als notwendiges Produkt der kapitalistischen Produktionsweise und der auf dieser Grundlage sich entwickelnden gesellschaftlichen Verhältnisse entspricht, wie R. Bentmann/M. Müller nachweisen, der "Traum vom Lande", der in der stereotypen ideologischen Vermittlung zum repressiven Herrschaftsinstrument gerät.[1)]

Die Verhältnisse, die die Kulturkritiker zu ihren düsteren Prognosen und ihrer Großstadtfeindlichkeit veranlaßten, hatten sich bereits zuvor in den Gesellschaftsentwürfen der englischen und französischen Utopisten[2)] niedergeschlagen. Ent-

---

1) vgl. R. Bentmann/M. Müller, a.a.O., S. 116 ff.

2) Wir wollen hir auf die Affinität zwischen Kulturkritik und Utopie eingehen. Daher können an dieser Stelle weder die Leistungen der Frühsozialisten, die ohne Kenntnis der zukünftigen ökonomischen Entwicklung einen geschichtlichen Fernblick in bezug auf einzelne sozialistische Ziele bewiesen, gewürdigt werden, noch können alle frühsozialistischen Utopisten erwähnt werden. Zu den Architekturkonzeptionen der Frühsozialisten siehe M. Schumpp: Städtebau und Utopie. (diss.phil.) Göttingen 1970; H. Schoof: Idealstädte und Stadtmodelle als theoretische Planungskonzepte (diss.ing.) Karlsruhe 1965; G. Strauss: Siedlungs- und Architekturkonzeptionen der Utopisten. In: Wissenschaftl. Ztschr. der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und sprachwissenschaftl.Reihe. 11. Jg./1962/H.4, S. 543-99.
Eine glänzende Würdigung der utopistischen Ansätze aus historisch-materialistischer Sicht liefert F. Engels; siehe F.Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. In: K. Marx/F. Engels: Werke Bd. 20, Berlin 1971, S. 241 ff. (K. Marx/F. Engels: Werke zit. als MEW unter Angabe der Nummer des Bandes).
Den Begriff "Utopisten" übernehmen wir von K. Marx: "In unseren Augen sind diejenigen Utopisten, welche politische Formen von ihrer gesellschaftlichen Unterlage trennen und sie als allgemeine abstrakte Dogmen hinstellen!"
K. Marx: Der "Dêbat social" vom 6. Februar über die Association démocratique. In: MEW Bd. 4, S. 513

täuscht, daß sich die Versprechen der Aufklärung - die vernünftige Gesellschaft, in der alle Menschen gleich und frei sein sollten, - durch die französische Revolution nicht erfüllt hatten, die gleichwohl aber den Gedanken der Machtbarkeit von Gesellschaft lieferte, beschränkten sie sich nicht darauf, "Mängel zu konstatieren oder die Lösung bemängelter Widersprüche gänzlich in außerirdische Bereiche zu verlagern, sondern strebten über die momentane Wirklichkeit hinaus zukünftige Realitäten meist idealer Qualität an."[1] Die Utopien praktisch umzusetzen, wurde zur schwierigsten Aufgabe, denn "Es handelte sich darum, ein neues, vollkommneres System der gesellschaftlichen Ordnung zu erfinden und dies der Gesellschaft von außen her, durch Propaganda, womöglich durch das Beispiel von Musterexperimenten aufzuoktroyieren."[2]

Allerdings ist der Grund für die ideelle Negation der Negation der gesellschaftlichen Mißstände - denn nichts anderes sind die konstruierten Utopien - bei den Frühsozialisten nicht, wie die Kritik der Kulturkritiker auf einem bürgerlichen Klassenstandpunkt zurückzuführen, sondern "Die Utopisten... waren Utopisten, weil sie nichts anderes sein konnten zu einer Zeit, wo die kapitalistische Produktion noch so wenig entwickelt war. Sie waren genötigt, sich die Elemente einer neuen Gesellschaft selbst aus dem Kopf zu konstruieren, weil diese Elemente selbst in der alten Gesellschaft noch nicht allgemein sichtbar hervortraten".[3] Die unentwickelten kapitalistischen Verhältnisse können auch als Grund dafür angesehen werden, daß sowohl Owen als auch Fourier ihre Mustersiedlungen auf die ökonomische Basis der ländlichen Produktionsgemeinschaft bzw. der landwirtschaftlichen Genossenschaft stellten.[4] Jedoch war die Wahl dieser, vom Gesichtspunkt der Entwicklung der Produktivkräfte überholten Produktionsweise, der Hauptgrund für das

---

1) G. Strauss, a.a.O., S. 544.

2) F. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, a.a.O., S. 59

3) F. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, a.a.O., S. 247.

4) vgl. H. Berndt, a.a.O., S. 269.

Scheitern der Utopien, denn sie "mußten scheitern, solange sie nur punktuell innerhalb einer kapitalistisch wirtschaftenden Gesamtgesellschaft unternommen wurden, oder sie mußten soweit der kapitalisitischen Gesellschaft angepaßt werden, daß ihre sozial-politische Konzeption verlorenging."[1] Letzteres zeigt sich beispielhaft am Projekt des unmittelbaren Nachfolgers CH. Fouriers, J.B. Godin, der die "Familistère" gründete, eine Kombination von Werks- und Wohnanlagen, die in der Konzeption eine deutliche Ähnlichkeit mit Fouriers 'Phalansterie' zeigen, welche er in Form einer Produktionsgenossenschaft den Arbeitern übergab.[2] Die Heizungs- und Ofenfabrik, wie die Kommunebauten noch 1939 funktionsfähig[3], wird später in eine Aktiengesellschaft überführt.[4]

Wie bei den Kulturkritikern, so läßt sich auch für R. Owen und Ch. Fourier die Verkennung der Notwendigkeit der kapitalisitischen Produktionsweise feststellen.[5] Aber auch sie glauben, daß die Entwicklung durch einen Appell an die 'Vernunft' in die gewünschte Richtung gelenkt werden könne; allerdings erkennen sie bereits, daß bestimmte Produktionsweisen entsprechende Siedlungsformen erfordern bzw. hervorbringen und verstehen Stadtplanung einhellig als ökonomische, politische und technische Aufgabe.[6] Nicht die Gleichsetzung

---

1) J. Jansen/J. Krausse/J. Schlandt: Stadtplaner und Reformgeister. In: Voltaire Flugschrift 31, Berlin 1970, S. 22.

2) vgl. ebenda.

3) vgl. H. Schoof, a.a.O., S. 35.

4) vgl. H. Honegger: Godin und die Familistère von Guise. zit. nach J. Jansen/J. Krausse/J. Schlandt, a.a.O., S. 22.

5) Wie wenig Ch. Fourier die ökonomische Entwicklung durchschaut hat, zeigt sich daran, daß seine Kapitalismuskritik sich ausschließlich auf die Zirkulationssphäre, den Handel, bezieht.
vgl. E. Lenk: Einleitung zu CH. Fourier: Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen. Frankfurt/M./Wien 1966, S. 24

6) vgl. W. Siebel: Besprechung zu Leonardo Benevolo: The origins of modern town planning. In: Das Argument 66, 13. Jg./1971/H. 6-7, S. 580.

zwischen Stadt und Elend, sondern die landwirtschaftlich-genossenschaftliche Produktionsweise und das Autarkiebestreben - in den vorhandenen Städten nicht zu verwirklichen - führen zu einer Ablehnung der Stadt. Die Architektur wird von den Utopisten in ihre gesellschaftskonzipierende Absicht einbezogen, indem sie sie bewußt als Medium einsetzen, das unaufgefordert dauernd und überall auf jedermann wirkt.[1] Da allerdings die Utopien konfliktfrei konzipiert sind, wird Architektur hier zum Instrument der Anpassung. Geht man jedoch von der Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung aus, so enthüllt sich die Beschränktheit dieses Ansatzes.[2]

Die Gemeinschaftskonzeption R. Owens und Ch. Fouriers führt bei gleichzeitiger Betonung der Individualität zur Ablehnung und Auflösung der bürgerlichen Ehe[3], eine Position, die den Kulturkritikern diametral entgegengesetzt ist. Für Ch. Fourier ist die Bindung durch die Ehe eine Fessel des Individuums schlechthin; er will die Beziehungen zwischen den Geschlechtern auf Liebe und emanzipierte Partnerschaft gründen.[4] Was F. Engels als soziale Hindernisse hervorhebt, die der Durchsetzung des Owenschen Modells entgegenstehen, erweist sich als regelrechte Schranke für die Realisierung der Konzeption CH. Fouriers: "Drei große Hindernisse waren es, die ihm den Weg zur gesellschaftlichen Reform zu sperren schienen:

---

1) vgl. G. Strauss, a.a.O., S. 545.

2) I. Modelmog weist darauf hin, daß dieser Beschränktheit die Beschränktheit des funktionalen Ansatzes der Publizistikwissenschaft entspricht: "Ihr Objekt ist das konfliktlose, vollintegrierte Kommunikationssystem, von dem sie annimmt, daß es mit einem ebensolchen Sozialsystem korreliert. In beiden Systemen fehlt der Unsicherheitsfaktor, z.B. Spontaneität: Kritik hat konstruktiven Charakter, kann also nie zur Systemauflösung führen. Gerade darum aber zeigt es sich, daß die funktionale Publizistik sich besonders als Theorieansatz für die Analyse utopischer Kommunikation eignet." I. Modelmog: Die andere Zukunft. (diss.phil) Münster/Düsseldorf 1970, S. 25.

3) vgl. E. Lenk, a.a.O., S. 26 u. M. Schumpp, a.a.O., S. 107f.

4) vgl. Ch. Fourier, Theorie der vier Bewegungen und allgemeinen Bestimmungen, a.a.O., S. 161 ff.

das Privateigentum, die Religion und die gegenwärtige Form der Ehe."[1)]

Gleichwohl ist der bürgerliche Individualismus in den utopischen Ansätzen mit der größten Konsequenz skizziert, allerdings in der Erkenntnis, daß er sich nicht in der Vereinzelung entfaltet, sondern erst in der Gemeinschaft zum Tragen kommt, wobei jedoch die Gemeinschaft als sekundäres Moment betrachtet wird. Insofern sind sowohl die Phalansterie als auch die Projekte F. Owens als Nachbarschaften von Individuen anzusehen, die ein Leben in Harmonie ermöglichen sollten durch die Strategie der Sozialplanung, denn "Was aus den Menschen wird, hängt von den Umständen ab, in denen sie leben. Daher gilt es, Verhältnisse zu schaffen, in denen mit dem Vorteil des Übeltuns auch dessen Anlaß entfällt."[2)]

Der Ausgangspunkt Ch. Fouriers ist nicht die Milieutheorie, sondern er betont in gewisser Weise die Zwangsläufigkeit der progressiven Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, die er in sieben Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung gliedert, deren letzte die der Harmonie ist.[3)] Nicht die Vernunft, sondern die Theorie der Leidenschaften, ist die entscheidende Basis des menschlichen Zusammenlebens: "Die kosmische Kraft der Attraktion äußert sich in den sozialen Bewegungen als 'innerer Impuls' und 'Motor' des Menschen."[4)] Die "leidenschaftliche Anziehung"[5)] wird damit als soziale Kraft eingeführt, die die Beziehungen zwischen den Individuen herstellt und auf diese Weise quasi naturgesetzlich gemeinschaftsbildend wirkt.

---

1) F. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, a.a.O., S. 66.

2) W. Hofmann: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Berlin 3 1970, S. 35.

3) vgl. Ch. Fourier, a.a.O., S. 77-158 passim.

4) E. Lenk, a.a.O., S. 22.

5) M. Schumpp, a.a.O., S. 112.

Bei den Utopisten gerät folglich Gesellschaft zum Konstruktionsproblem: für R. Owen, indem er sich fragt, wie er ein Milieu schaffen kann, in dem "die Menschen gut sein können"; für Ch. Fourier, indem er die Leidenschaften der Individuen als interkulturelle, anthropologische Konstanten ansieht, "die auf Grund der bisherigen falschen und schlechten Organisation der Gesellschaft sich nicht zu ihrer eigentlichen Bestimmung entfalten können."[1)]

Die vernichtende Kritik von K. Marx und F. Engels an den Frühsozialisten richtet sich denn auch nicht dagegen, daß die Utopisten Gesellschaft als veränderbar ansahen, sondern, daß sie die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, die das Proletariat als Klasse zum historischen Subjekt bestimmen, nicht als zwingend erkannten und glaubten, die gesamte Bourgeoisie zu Philantropen machen zu können; darin liegt bei allen Ansätzen einer materialistischen Betrachtungsweise der gesellschaftlichen Verhältnisse der idealistische Kardinalfehler der Utopisten.[2)]
Gleichwohl sind ihre Vorstellungen "von einem befriedeten und von Nächstenliebe erfüllten, naturnahen Leben als Leitbilder in die Stadtplanung eingegangen und werden besonders Ende des 19. Jahrhunderts, als die ungeheure Häßlichkeit und Untauglichkeit der Industriestädte zum Spiegelbild der naturwüchsigen libaralkapitalistischen Wirtschaftsweise werden, ein bestimmendes Element der städtischen Reformbestrebungen."[3)]

Zusammenfassend lassen sich die Positionen der Kulturkritiker und der frühsozialistischen Utopisten auf folgende gemeinsame Kritikpunkte bringen:
a) Kulturkritiker wie Utopisten gehen von der Erscheinung gesellschaftlicher Mißstände aus, die sie nicht auf ihr Wesen, die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise zurückführen, sondern die Symptome kritisieren bzw. diese in ihrer utopischen Gesellschaftskonstruktion

---

1) M. Schumpp, a.a.O., S. 124.

2) vgl. K. Marx/F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW Bd. 4, S. 489 ff.

3) M. Schumpp, a.a.O., S. 141.

aufzuheben trachten. Beiden liegt eine fundamentale Unkenntnis der ökonomischen Basisbedingungen, der Dialektik zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsweise, zugrunde, die für die Frühsozialisten historisch zu erklären ist, angesichts der entwickelteren kapitalistischen Produktionsweise zu Zeiten der Kulturkritiker eher auf einen bourgeoisen Klassenstandpunkt schließen läßt.

b) Beide Positionen treffen sich, ungeachtet ihres unterschiedlichen Interessenansatzes, in einer antigroßstädtischen Haltung, die sich bei den konservativen Kulturkritikern tendenziell im "Traum vom Lande", bei den Utopisten in dörflichen Siedlungen mit 300 bis 2000 Einwohnern[1] äußert.
Ist der Traum vom Lande infolge der Identifizierung von Desintergration, Elend usw. mit großstädtischem Leben bestimmt durch die Abneigung gegen die Großstadt, so läßt sich die projektierte Siedlungsform der Utopisten auf die zugrundegelegte landwirtschaftlich-genossenschaftliche Produktionsweise zurückführen, der nun einmal eine dörfliche Siedlungsform entspricht, zumal bei angestrebter Autarkie der jeweiligen Gemeinschaft.

c) Ist das Idealbild der Kulturkritiker die mittelalterliche Stadt mit ihrer ständischen Ordnung und ihrem religiösen Leben, verschleierten Profitinteressen und personalen Herrschaftsbeziehungen, an der die kapitalistische Stadt gemessen wird, so kann man für die Frühsozialisten das Idealbild des 'Vernunftstaates' und der 'Vernunftgesellschaft' der Aufläruna Rousseauscher Prägung feststellen[2], die der materiellen Darstellung in architektonischer Form bedurfte. Dabei steht die historische Rückwendung in der Produktionsweise im Widerspruch zur revolutionären gesellschaftlichen Zielsetzung.

---

1) vgl. H. Schoof, a.a.O., S. 29 ff.

2) K. Marx und F. Engels karikieren daher das Idealbild der Utopisten als "Duodezausgabe des neuen Jerusalem". vgl. K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O., S. 491.

d) Tendierten die Utopisten dazu, das Familienleben gemäß des Anspruches der individuellen Selbstverwirklichung zugunsten des Individuellen Lebens aufzuheben, so wandten sich die Kulturkritiker gerade gegen die sich zeigenden Auflösungstendenzen der Großfamilie. Durch die Siedlungskonzeption und das Autarkiebestreben der Utopisten ergibt sich jedoch eine abgeschlossene Kleingemeinschaft nachbarlich verkehrender Individuen. Damit kommt die Vorstellung der Utopisten der Position der Großstadtkritiker in gewisser Weise entgegen, die gesellschaftliche Integration u.a. auch auf das Fehlen nachbarlicher Beziehungen zurückführen, wobei auch ihnen die Klassenauseinandersetzungen unversehens zum Integrationsproblem geraten.

e) Festzuhalten bleibt ferner, daß die Utopisten, und darin liegt eine besondere Bedeutung für unser Thema "das der Architektur besonders eigentümliche manifestative und damit unmittelbar ideell wirkende Moment" erkannten und es als kommunikatives Medium bewußt in ihre Überlegungen einbezogen, denn "Unaufgefordert wirkt es dauernd, überall und auf jedermann".[1] Das Besondere dieses Mediums ist demnach die Unmöglichkeit, sich ihm zu entziehen. Architektur selbst wird zum Kommunikationsproblem, nicht nur ihre Eigenart, Kommunikationsräume zu schaffen oder zu verhindern. Auch die Kulturkritiker implizieren, daß bestimmte Gesellschaftsformationen bestimmte architektonische Raumgebilde hervorbringen; nur negieren sie, daß diesen Gesellschaftsformationen jeweils eine bestimmte Produktionsweise entspricht, deren Prinzipien auch die architektonischen Gesetzmäßigkeiten bestimmen. So wollen sie zwar die kapitalistische Produktionsweise, nicht aber die kapitalistische Gesellschaft, die Bourgeoisie, nicht aber das Proletariat. Daher wird von ihnen Kommunikation explizit auch nur als Kommunikation zwischen Subjekten verstanden; der Einfluß der materiellen Umwelt auf das menschliche Bewußtsein paßt nicht in ihr idealistisches Weltbild, dem emäß sich die materielle Welt nach den Ideen zu richten hat, der dialektische Bezug zwischen Umwelt und Bewußtsein aber negiert wird.

---

1) G. Strauss, a.a.O., S. 545.

2. Gesellschaftswissenschaftliche Positionen im 20. Jahrhundert

In dem Spannungsfeld der in der Zusammenfassung angeführten Probleme bewegen sich auch, wie zu zeigen sein wird, die Vorstellungen zeitgenössischer Theoretiker zum Städtebau, die sich aus gesellschaftswissenschaftlicher Sicht mit der baulichen Umwelt auseinandersetzen. Es kann allerdings nicht darum gehen, diese Positionen im Zusammenhang dieser Arbeit in ihrer Gesamtheit abzuhandeln; lediglich einige, die als exemplarisch gelten können, sollen kurz angesprochen werden, d.h. es soll versucht werden, die Vorstellungen der Großstadtkritiker und Utopisten in diesen Positionen wiederzufinden, gegen die der eigene Ansatz zu entwickeln ist.

H.P. Bahrdt, von seinem Kritiker J.C. Kirschenmann einerseits des teilaspektbezogenen, naiven Empirismus, andererseits des metaphysischen Idealismus bezichtigt[1], soll an Hand seines Begriffes der städtischen Gesellschaft kritisiert werden, denn seinem Anspruch gemäß, relevante Aussagen über Städtebau aus soziologischer Sicht machen zu können, muß notwendig ein umfassender Gesellschaftsbegriff zugrunde liegen, soll der Anspruch mehr sein als eine ideologische Interpretationshilfe für Stadtplaner. So glaubt dieser "Nestor der Stadtbausoziologie"[2], die städtische Gesellschaft, zwei ad hoc-Kategorien der amerikanischen Stadtkritikerin J. Jacobs aufnehmend[3], auf die Begriffe 'Privatheit' und 'Öffentlichkeit' zurückführen zu können, denen als lokale Komponente jeweils ein privater und öffentlicher Raum entspricht.[4] Allerdings versucht H.P. Bahrdt nicht, wie

---

1) vgl. J.C. Kirschenmann: Stadt-Bau-Soziologie. In: H.G. Helms/J. Janssen (Hrsg.), Kapitalistischer Städtebau, Neuwied/Berlin 1970, S. 125 ff. (zit. als Kapitalistischer Städtebau, a.a.O.).

2) J.C. Kirschenmann, a.a.O., S. 125.

3) vgl. J. Jacobs: Tod und Leben großer amerikanischer Städte. In: Bauwelt Fundamente Bd. 4, Frankfurt/Berlin/Wien 1963, S. 44ff.

4) vgl. H.P. Bahrdt: Die moderne Großstadt. Hamburg 1961, S. 58 ff.

J. Habermas, die Kategorie Öffentlichkeit historisch abzuleiten[1], sondern er erhebt deren Polarisierung idealtypisch zum 'Wesen der Stadt'.[2] H. Berndt weist darauf hin, daß H.P. Bahrdt "Aus dem Verhalten der Wirtschaftssubjekte auf dem Markt Verhaltensmuster (ableitet R.G.), die schließlich für städtisches Auftreten in der Öffentlichkeit allgemein gültig sind".[3] Die Anlehnung an den am Marktmodell orientierten Ansatz Max Webers zur Erklärung städtischen gesellschaftlichen Lebens wird hier deutlich[4]; damit unterschiebt Bahrdt der entwickelten kapitalistischen Gesellschaftsformation eine Gesellschaftsordnung, die der einfachen Warenproduktion der mittelalterlichen Stadt eher entspricht. Mit der Reduktion der gesellschaftlichen Wirklichkeit auf das Marktmodell, steht die Produktion außerhalb der Betrachtung[5], denn sie ist mit den Begriffen 'Privatheit' und 'Öffentlichkeit' nicht zu fassen: die kapitalistische Gesellschaft ist bestimmt durch gesellschaftliche Erzeugung und private Aneignung der Werte.
Die Bahrdtschen Kategorien können sich demnach lediglich auf den Zusammenhang von Distributions-und Zirkulationssphäre in ihrem Ver-

---

1) vgl. J. Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied/Berlin ^{2}1965, passim.

2) vgl. H.P. Bahrdt: Von der romantischen Großstadtkritik zum "urbanen" Städtebau. In: Schweizer Monatshefte 1958/H. 8, S. 644 ff.

3) H. Berndt: Besprechung zu H.P. Bahrdt: Die moderne Großstadt. In: Das Argument 30, 6. Jg./1964/H. 3 (5. Aufl. 1970), S. 178

4) vgl. H. Osswald: Die überschätzte Stadt. Olten/Freiburg Br. 1966, S. 60.

5) "Allzu deutlich zeigt die Privatsphäre des modernen Großstädters, wie sehr ihr der Spiegelreflex in der Öffentlichkeit fehlt. Nicht nur die Geschichte, sondern auch die Gegenwart scheint zu zeigen, daß sie ihrer Natur nach ein Wechselverhältnis zu einer Öffentlichkeit fordert, für die die Berufswelt keinen Ersatz liefert." H.P. Bahrdt, Die moderne Großstadt, a.a.O., S. 127.

hältnis zur Konsumtionssphäre beziehen.[1)]

So gibt es denn auch für H.P. Bahrdt kein Proletariat in der Stadt[2)], sondern nur Konsumenten der städtischen Öffentlichkeit.

Die Träger der Stadtentwicklung sind für ihn die Vertreter der Obrigkeit, gilt es doch, sich den Planungsinstanzen als Fachkraft zu empfehlen: "Unsere Städte waren schon lange krank, bevor die Bomben fielen. Stadthygienische Mindestanforderungen, Anfänge zum sozialen Wohnungsbau und hin und wieder geordnete Stadterweiterungen konnten der kapitalistischen Bodenspekulation und den spekulierenden Wohnungsbauunternehmern nur deshalb abgerungen werden, weil es einen sich gelegentlich sozialpolitisch verantwortlich fühlenden Obrigkeitsstaat gab."[3)]
Vor diesem Hintergrund gerät Bahrdts "Ziel des Städtebaus von morgen ... nicht Entstädterung, sondern Urbanisierung, d.h.: Die Städte sollen wieder Städte werden"[4)] und: "Das Ziel ist also die Reurbanisierung der Großstadt, die Wiedergewinnung jener Stadtluft, die auch heute noch frei macht"[5)] zu einer unverholenen Parteinahme eben jener konservativen Großstadtkritik[6)], die er an anderer Stelle kritisiert.[7)]

---

1) Zum allgemeinen Verhältnis der Produktionssphäre zur Distributionssphäre, Zirkulationssphäre und Konsumtionssphäre vgl. K. Marx: Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie. In: derselbe, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt/Wien o.J., S. 10ff. (zit. als Grundrisse, a.a.O.).

2) vgl. H.P. Bahrdt: Humaner Städtebau. In: Zeitfragen Nr. 4, Hamburg 1968, S. 108f.

3) H.P. Bahrdt: Stadtplanung. In: Ulrich Lohmar, Deutschland 1975, München 1965, S. 152 f.

4) H.P. Bahrdt: Entstädterung oder Urbanisierung, zit. nach J.C. Kirschenmann, a.a.O., S. 138.

5) derselbe: Nachbarschaft oder Urbanität. In: Bauwelt 51 Jg./ 1960/ H. 51-52, S. 1477.

6) vgl. dazu auch J.C. Kirschenmann, a.a.O., S. 137 ff.

7) vgl. H.P. Bahrdt, Die moderne Großstadt, a.a.O., S.12 und derselbe, Von der romantischen Großstadtkritik zum "urbanen" Städtebau, a.a.O., S. 637 ff.

Welches städtische Ideal ihm vorschwebt, verdeutlicht die Wertung, "Daß die moderne industrielle Großstadt in mancher Hinsicht viel weniger 'typisch städtisch' ist, als viele ältere Städte."[1)]

Stadtfeindlichkeit allerdings kann man Bahrdt nicht vorwerfen, sondern eher schon unreflektierten Stadtenthusiasmus, der in der Gleichsetzung von Urbanität und Demokratie gipfelt. Allerdings werden die Begriffe Urbanität und Demokratie nicht auf ihren konkreten gesellschaftlichen Hintergrund hin untersucht, sondern gleichsam 'formelhaft' aus den Grundkategorien abgeleitet: "Indem Bahrdt "Öffentlichkeit" gleich politischer Öffentlichkeit und diese gleich Demokratie setzt, bedeutet "Entstädterung" die Gefährdung der Demokratie."[2]
Der Demokratiebegriff wird nicht vor dem Hintergrund der Emanzipation des Bürgertums gesehen, also einer aufklärerisch-revolutionärer Phase der Bourgeoisie entspringend, sondern rein formal aus dem Begriff der politischen Öffentlichkeit abgeleitet und entspringt damit genau der formalen Demokratie der saturierten Herrschaft des Kapitals.

Entgegen der unter Planern und Soziologen in den 60er Jahren verbreiteten Nachbarschaftsideologie erscheint H.P.Bahrdt nachbarschaftliches Verhalten, das über Grußformeln hinausgeht, als unstädtisch, weil Nachbarschaft"mit der Wahrnehmung des privaten Bereichs oft nur schwer in Einlag zu bringen"[3)] ist. Auf diesen privaten Bereich bleibt die Familie beschränkt, die, legt man den Marxschen allgemeinen Produktionsbegriff zugrunde, lediglich als Konsumtionseinheit verstanden werden muß. Als solche repräsentiert die Familie denn auch für H.P.Bahrdt die unterste Zelle der Gesellschaft[4)], eine Position, die genau der

---

1) H.P. Bahrdt, Die moderne Grostadt, a.a.O., S. 62.

2) J.C. Kirschenmann, a.a. O., S. 140.

3) H.P. Bahrdt, Stadtplanung, a.a.O., S. 159.

4) vgl. derselbe, a.a.O., S. 158ff.
Da in der Arbeiterschaft andere Familienbeziehungen existieren, beeilt sich Bahrdt hier, einen Anpassungsprozeß an die bürgerlichen Alltagsnormen festzustellen, der für ihn auf zwei Monate zurückgeht: a) auf dem niedrigen Grad

herrschenden Konsumideologie entspricht, welche "in der spätkapitalistischen Gesellschaft den Charakter einer sozial integrativen Leitfunktion übernommen hat."[1] So gesehen ist der soziologische Aspekt des Städtebaus für Bahrdt nicht Emanzipation, sondern Anpassung an die 'Sachzwänge' des Systems. Allerdings ist für ihn andererseits die "unvollständige Integration" auf die Distanz der privaten Individuen zurückzuführen und bildet seiner Meinung nach die Voraussetzung für kommunikative Beziehungen.[2]

Die Bahrdtsche Forderung nach "Urbanität", die er als Ausweitung der öffentlichen Sphäre versteht, ist somit grundlegend durch kommunikative Beziehungen bestimmt, die sich allerdings zunächst und hauptsächlich im zwischenmenschlichen Bereich abspielen, wobei der städtische Raum als Rahmen dient, der diese Kommunikation entweder begünstigt oder verhindert.[3] Gleichzeitig wird jedoch auch dem städtischen Rahmen selbst kommunikative Funktion zugebilligt, indem er seine Monofunktionalität bzw. Multifunktionalität baulich zu erkennen gibt.[4]

---

der Verstädterung der deutschen Arbeiterschaft -wobei er Pendlergemeinden und städtische Außenbezirke, Trabantenstädte, als nicht zur Stadt gehörend auffaßt - b) der "Status der Proletarität": "Erst wenn der Kollektivismus des Elends, wenn die Engigkeit, Hilflosigkeit, d.h. Hilfsbedürftigkeit der Slums überwunden sind, kann daran gedacht werden, die private Sphäre der Wohnung gegen Zwangskontakte abzusichern". H.P. Bahrdt, Humaner Städtebau, a.a.O., S. 108.

---

1) P, Brückner: Zur Sozialpsychologie des Kapitalismus. Frankfurt/M. 1972, S. 55.

2) vgl. H.P. Bahrdt, Die moderne Großstadt, a.a.O., S. 63ff.

3) Hier bezieht sich Bahrdt auf J. Jacobs, die die Monofunktionalität städtischer Bereiche für das Entstehen von "grauen Zonen" verantwortlich macht. Diese grauen Zonen zeichnen sich dadurch aus, daß in ihnen keine kommunikativen Sozialkontakte stattfinden, sie so der sozialen Verödung anheimfallen.
vgl. J. Jacobs, a.a.O., S. 146ff. u. 152ff.

4) vgl. H.P. Bahrdt, Humaner Städtebau, a.a.O., S. 114ff.

Da die Stadt jedoch "zu allen Zeiten eine hervorragende Form bewußter kollektiver Selbstdarstellung gewesen"[1] ist, und H.P. Bahrdt den Drang zur Selbstdarstellung, dem er triebhaften Charakter zuspricht, bejaht, muß er die Entstehung der 'Grauzonen' als Fehlleistung denunzieren, denn "Repräsentativität in einer demokratischen Gesellschaft ist nur dann keine Lüge, wenn die zur Schau getragene Würde Darstellung eines würdigen Lebens ist, das von so gut wie allen Mitgliedern der Gesellschaft geführt wird oder geführt werden könnte"[2], Grauzonen aber vor diesem Hintergrund als nicht repräsentativ für die 'demokratische Gesellschaft' gelten dürfen. Da für repräsentative Bauten ein Bestand "Mindestens für 100 Jahre" gefordert wird, zum anderen "eine kausale Beziehung... zwischen gebauter Umwelt einerseits und dem Verhalten, der Kommunikationsformen und der sozialen Integrationsprozesse andererseits"[3], angenommen wird, ergibt sich: "Die Repräsentation von Partialinteressen soll als erhaltendes, stabilisierendes Herrschaftsinstrument fungieren und eine dynamische Veränderung der Gesellschaft verhindern".[4]

Es geht hier nicht darum, den bereits von J.C. Kirschenmann erhobenen Ideologievorwurf der Bahrdtschen Stadtbausoziologie zu bekräftigen, sondern um die Rückführung seines Ansatzes auf das durch die oben angeführten Positionen umrissene Spannungsfeld, um in der Kritik dieser Positionen zu einem neuen Ansatz der Betrachtung städtebaulicher Gegebenheiten aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht kommen zu können. Der Einfluß des Bahrdtschen Ansatzes einer Stadtbausoziologie ist kaum in seinem gesamten Umfange abzusehen; vor allem Soziologen und Sozialpsychologen sind seinem Gesellschaftsbegriff aufgesessen, der Harmonie durch das 'wichtige' Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit garantiert, "als

---

1) H.P. Bahrdt, a.a.O., S. 14.
2) derselbe, a.a.O., S. 15.
3) derselbe, vgl. zit. nach J.C. Kirschenmann, a.a.O., S. 146f.
4) J.C. Kirschenmann, a.a.O., S. 147.

handele es sich tatsächlich um den Grundwiderspruch der Gesellschaft."[1)]

Auch für E. Pfeil ist nach J. Janssen, J. Krausse und J. Schlandt die Tatsache der Übernahme dieser Gesellschaftsauffassung gegeben[2)], eine Feststellung die aus den in dieser Arbeit zitierten Texten nicht unmittelbar hervorgeht. Allerdings gibt auch sie den Bereich der Zirkulation, der Dienstleistungen und der Konsumtion als das Ganze der großstädtischen Lebensweise aus; die Produktion als Voraussetzung von Distribution, Zirkulation und Konsumtion wird unterschlagen, als sei sie eine 'quantité négleable' in der Auseinandersetzung zwischen Mensch und Umwelt.[3)] Die Stadt stellt sich ihr dar als räumliches Phänomen, in dem sich soziales Leben abspielt.[4)] Sie bemüht sich zunächst um einen funktionalen Stadtbegriff, indem sie Städte nach bestimmten Typen einteilt, die sie als funktionale Typen verstanden wissen will. In der Übernahme des Isenbergschen Schemas, in dem die Zuordnung zu Strukturtypen aufgrund der Funktionen einer Großstadt für eine höhere Lebenseinheit erfolgt, bekennt sie sich zu einer strukturell funktionalen Großstadtforschung.[5)]

Das soziale Leben ist für E. Pfeil nicht durch die Interaktion von Individuen gegeben, sondern es ist "die Familie, genauer das Gefüge von Familien, die im Boden verhaftet sind und deren Leben sich im Raume ihrer Stadt abspielt."[6)] Sie teilt jedoch

---

1) J. Janssen/J.Krausse/J. Schlandt, a.a.O. S. 38.

2) vgl. ebenda.

3) vgl. E. Pfeil: Großstadtforschung. Bremen/Horn 1950,S. 184.

4) vgl. E. Pfeil: Soziologische Erwartungen an die zukünftige Stadt. In: L. Lauritzen, Städtebau der Zukunft, Düsseldorf/ Wien 1969, S. 192.

5) vgl. E. Pfeil, Großstadtforschung, a.a.O., S. 105

6) E. Pfeil: Die Familie im Gefüge der Großstadt. Hamburg 1965, S. 9.
In einer tendenziellen Umorientierung des in der Großstadtforschung vertretenen Ansatzes läßt Pfeil an anderer Stelle jedoch die Familie hinter das Individuum zurücktreten: "Durch den Einzelnen vollzieht sich alles überindividuelle Geschehen, und jede Großstadtordnung hat es nicht mit amorphen Massen sondern mit lebendigen Einzelwesen voller Strebungen und Erfahrun-

nicht die Globalaussagen der Großstadtkritiker über die Vorzüge der Großfamilie, sondern weist darauf hin, daß die heutigen Familienformen keinesfalls als nicht funktionierende Gebilde zu bezeichnen sind.[1] Ihrem empirischen Wissenschaftsverständnis gemäß glaubt sie, " die Untersuchung der mannigfachen Kräfte des großstädtischen Raumes"[2] der Ökologie zuweisend, sich darauf beschränken zu können, "das Netzwerk sozialer Beziehungen auf dem Plan einer Großstadt einzutragen und der Vorstellung von bestimmten Teilräumen nachzugehen".[3] Damit begibt sie sich der einzigen Möglichkeit, grundlegende Erkenntnisse über gesellschaftliche Zusammenhänge gewinnen zu können und zu wesentlichen Aussagen zu kommen. Die logische Konsequenz ist die Individualisierung gesellschaftlicher Probleme; beispielsweise wird die Ursache für die Umstrukturierung eines Stadtviertels beim verstärkten Einzug von Büro- und Verwaltungsbauten in der subjektiven Einstellung der Bewohner untersucht, anstatt die mit der 'Kommerzialisierung' des Viertels verbundenen Änderung der ökonomischen Bedingungen wie der Grundstückspreise etc. zu untersuchen[4] und damit die Umstrukturierung als Folge der Gesetzmäßigkeiten des Systems festzustellen.

Da Unüberschaubarkeit Unsicherheit erzeugt[5], geht es ihr darum, den großstädtischen Raum überschaubar zu machen. Als geeignetes Mittel dazu erscheint ihr die Nachbarschaftsideologie, deren dörflich-feudalen Charakter H. Osswald aufgedeckt hat.[6] Sie hat " den Nachbarschaftsgedanken unter

---

gen, voller Möglichkeiten und Unmöglichkeiten zu tun."
E.Pfeil, Großstadtforschung, a.a.O., S. 170.

---

1) vgl. E. Pfeil, Soziologie der Großstadt, a.a.O., S. 247 ff.

2) E. Pfeil, Die Familie im Gefüge der Großstadt, a.a.O., S. 9.

3) ebenda.

4) vgl. E. Pfeil: Die Kommerzialisierung von Havestehude. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 12. Jg./1967/ S. 261.

5) vgl. E. Pfeil, Soziologische Erwartungen an die zukünftige Stadt, a.a.O., S. 197.

6) vgl. H. Osswald, a.a.O., S. 21ff.

Hinweis auf seine anglo-amerikanische Tradition zu rehabilitieren versucht".[1] Nach ihrer Auffassung ist "in der Idee der Nachbarschaft ... der richtende Gedanke für das Zusammensiedeln innerhalb der Großstadt gefunden."[2] Daß sich hinter diesem Programm Großstadtfeindlichkeit verbirgt, wird aus folgenden Formulierungen deutlich: "Mit der Nachbarschaftsidee ... wird der Mensch in seine Rechte wieder eingesetzt gegenüber der überwältigenden ungefügen, ungefügten, maßlosen Großstadt ... in der Idee der Nachbarschaft ist der richtende Gedanke für das Zusammensiedeln innerhalb der Großstadt gefunden ... Mit ihr wird das Problem der Stadtgröße zu einem zweitrangigen".[3] und "M. Weber hat einmal, in idealtypischer Überspitzung, die Großstadt einen formlosen Sandhaufen von Individuen genannt. Sie war es nie in vollem Wortverstand, aber sie war es langehin in weitem Maße: ir Vergleich zu der vorstädtischen Welt fehlt es ihr an tragenden Formen des Daseins."[4] Das letzte Zitat kommt einem Plädoyer für die ständische Feudalgesellschaft gleich und kann wohl legitim auf ein idealisiertes mittelalterliches Geschichtsbild romantischer Prägung zurückgeführt werden.

Allerdings hat auch E. Pfeil erkannt, daß bestimmte Leistungen der Nachbarschaft, deren Grundlage ein Aufeinanderangewiesensein - ihr Charakter als Notgemeinschaft - ist, durch kapitalistische oder kommunale Dienstleistungsbetriebe übernommen werden.[5] Sie gibt jedoch den Nachbarschaftsgedanken nicht auf, sondern modifiziert ihn zu einer 'objektivierbaren' Planungs- und Ordnungsgröße, die sich darstellt als "Einteilung des Stadtgebietes in Nachbarschaftseinheiten, die um

---

1) H. Klages: Der Nachbarschaftsgedanke und die nachbarliche Wirklichkeit in der Großstadt. Stuttgart/Berlin/Mainz (1968), S. 36.

2) ebenda.

3) E. Pfeil zitiert nach H. Klages, a.a.O., S. 28.

4) E. Pfeil, Soziologie der Großstadt, a.a.O., S. 238.

5) vgl. E. Pfeil: Nachbarschaft als Thema der Großstadtforschung. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 2.Jg./ 1957, S. 67f.

eine Grundschule gruppiert sind und über ein eigenes Einkaufszentrum für den täglichen, vielleicht auch einen Teil des gehobenen Bedarfs verfügen ... Visuell gegen ander Gebiete abgegrenzt,werden sie sicherlich zur Orientierung und in gewissem Grade zur Beheimatung der dort aufwachsenden Kinder beitragen."[1] Unschwer zu erkennen ist, daß bei dieser Konzeption die 'Neighbarhood Unit' von C.A. Perry[2] Pate gestanden hat.

Für E. Pfeil ist die Großstadt sowohl formende als auch geformte Umwelt[3], deren formendes Element für den Menschen nicht isoliert analysiert werden kann, da das enge Zusammenspiel von Erbanlagen und Umwelt eine Trennung der Momente unmöglich erscheinen läßt. Was prägend wirkt, ist das "umweltgeprägte Erscheinungsbild" der Stadt. E. Pfeil betrachtet die"Großstadt als Um- und Gegenwelt im Sinne der Biologie"[4], negiert damit die Tatsache, daß diese Umwelt eine von Menschen geschaffene ist, also ihren Kulturcharakter; sie vereinfacht die komplexen Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt zu einem Reiz-Reaktions-Verhältnis.[5] Der Mensch wird auf die niedrigste Stufe seiner Lernfähigkeit beschränkt[6]; der kommunikative Aspekt der Umwelt gerät nicht ins Blickfeld.[7]

---

1) E. Pfeil, Die Familie im Gefüge der Großstadt, a.a.O.,S.69 f.

2) vgl. H. Schoof, a.a.O., S. 122f.

3) vgl. E. Pfeil, Großstadtforschung, a.a.O., S. 172.

4) dieselbe, a.a.O., S. 127.

5) "Auch in dieser (Umwelt R.G.) findet der Einzelorganismus selten jene optimale Umwelt, die ihm idealtypisch zugehört, er muß mit einer ungefähren vorliebnehmen und begegnet ihr mit Anpassungen."
ebenda.

6) vgl. R.M. Gagné: Die Bedingungen des menschlichen Lernens. Hannover [2]1970, passim, besonders aber S. 206 ff.

7) So kann E. Pfeil denn auch nur Hochachtung für die Anpassungsleistung des Proletariats an eine "pessimale Umwelt" empfinden; "revolutionärer Elan" ist für sie Ausdruck des Aufbegehrens gegen eine unmögliche Umwelt". E. Pfeil, Großstadtforschung, a.a.O., S. 174.
Der Grundwiderspruch wäre demnach durch bessere Wohnungen und Umweltbedingungen aufgehoben, eine Position, die sämtliche kleinbürgerlichen Reformer seit V.A. Huber vertreten.

Gleichzeitig aber glaubt sie mit P.H. Chombart de Lauwe, das Bild der Gesellschaft sei in den Boden geschrieben[1] und geht davon aus, daß eine "topologische Analyse des auf dem Boden eingezeichneten gesellschaftlichen Lebens, der Beziehungen zwischen Wohnhäusern, Läden, Arbeitsstätten, Erholun s- und Kultureinrichtungen, Verkehrswesen, Plätzen, versucht, Stadt und Gesellschaft in Eins zu sehen und das Eigengewicht der einzelnen Stadtbezirke im Stadtganzen zu ermessen."[2] Da ihr jedoch ein umfassender Gesellschaftsbegriff fehlt, sie die einzelnen Erscheinungsformen der Produktions- und Reproduktionsweise weder erklären noch gewichten kann, bleibt als empirisches Problem lediglich die Auszählung der räumlichen Kontaktierung beliebiger Individuen bzw. Familien in der Stadt, also die Feststellung des städtischen Verkehrs, der wiederum Aufschluß über die "Anziehungs- und Bindekräfte"[3] verschiedener Stadtteile geben soll.

Im Gegensatz zu E. Pfeil ist für den Empiriker K. Heil eine direkte Übernahme des Bahrdtschen Ansatzes festzustellen[4], dem er die Leistung zuweist, "instrumentelle Ansätze für die Analyse" der Wirkung von "Wohn- und Umweltbedingungen"[5] auf die kommunikativen Beziehungen der Menschen zu liedern. Allerdings interessiert er sich nicht für den gesamtgesellschaftlichen Aspekt von Städtebau, sondern für die Erscheinungsformen städtebaulicher Planung in dem von ihm selektierten Bereich der individuellen Reproduktionssphäre, der Wohnung. Die Bedingungen des Wohnungsbaus, die wesentlich in dem komplexen, jeweils historisch vermittelten Verhältnis von Produktionssphäre und Reproduktionssphäre liegen, wobei die

---

1) vgl. E. Pfeil, Die Familie im Gefüge der Großstadt, a.a.O., S. 8.

2) ebenda.

3) dieselbe, a.a.O., S. 67.

4) Damit bezieht sich die Kritik am Bahrdtschen Gesellschaftsbegriff auch auf K. Heil; auf eine Wiederholung dieser Kritik kann somit verzichtet werden.

5) K. Heil: Kommunikation und Entfremdung. Stuttgart/Bern 1971, S. 17.

Produktionssphäre als Basisbedingung anzusetzen ist, bleiben außerhalb der Analyse; der gesellschaftliche Gesamtzusammenhang wird auf das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit reduziert.[1] Dadurch, daß er den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang nach Funktionsbereichen aufgliedert, werden die Menschen, die ja letztlich die aktiven Subjekte dieses Zusammenhangs sind, in einzelne Rollenfunktionen aufgespalten. Der vergesellschaftete Mensch wird nur in Facetten seiner komplexen Lebensäußerung erfaßt, die Wechselwirkung und der Einfluß der jeweiligen nicht behandelten Bereiche ist weder qualitativ noch quantitativ erfahrbar. Gleichzeitig aber erscheinen die Rollenfunktionen selbst als zufällig.

Für K. Heil ist der Mensch hauptsächlich als "Wohnender" in bezug zu seiner "Wohnwelt" interessant, wobei der Schwerpunkt seiner Untersuchung wiederum auf die Wohnwelt der Trabantenstadt reduziert wird, die in "nahezu idealtypischer Weise Ausdruck der Bedingungen ist, unter denen unsere Gesellschaft reproduziert"[2]. Der nicht erfaßte Bereich des gesellschaftlichen Lebens, soweit er überhaupt Erwähnung findet, wird in der Restkategorie 'Wohnumfeld' zusammengefaßt.[3]
Die Dimension, die er in dem von ihm gewählten Rahmen anspricht, sind:

"- die subjektive Erlebnisweise des Wohnumfeldes und seiner Menschen;
- die Einstellung zu Sozialkontakten und die Vorstellung über Vor- und Nachteile verwandtschaftlicher und bekanntschaftlicher Kontakte;
- die qualitative und quantitative Bedeutung sozialer Kontakte im Tagesablauf und die kommunikative Bedeutung und Funktion spezifischer Orte, Einrichtungen und Personen;
- das Informationsniveau und die Informationsquelle über das nachbarliche Umfeld, die Themen nachbarlicher Gespräche und die Bedeutung der Massenmedien;
- die Struktur und Organisationsweise der Kommunikationssysteme und -räume: die Größe des Verwandten- und Bekannten-

---

1) vgl. K. Heil, a.a.O., S. 21.
2) derselbe, a.a.O., S. 7.
3) vgl. derselbe, a.a.O., S. 21.

kreises und die Frequenzen kommunikativer Beziehungen und ihre räumlichen Muster."[1)]

Da dem Empirismus zufolge jedes Wissen seinen Ursprung in der individuellen Erfahrung hat[2)], ist K. Heil gezwungen, die objektiven Strukturen in den subjektiven Meinungen über diese Strukturen zu suchen, die Tatsache negierend, daß das Bewußtsein von den Strukturen in der Klassengesellschaft immer schon ein vorgängig beeinflußtes, herrschaftsspezifisch manipuliertes ist, das erst in bezug auf seine objektiven Bedingungen Aussagekraft erhält. Aufgrund dieser Position ist Heil gezwungen, Kommunikation als operationalen Begriff zu fassen, den er weder historisch ableitet, noch seiner gesellschaftlichen Qualität nach erklärt, sondern als konventionellen einführt. Kommunikation ist für ihn lediglich ein Sammelbegriff für menschliche Interaktionen auf sprachlicher Ebene.[3)]

---

1) K. Heil, a.a.O., S. 20f.

2) vgl. Ph.W., a.a.O., S. 276.
Zur Erkenntnistheoretischen Qualität des Empirismus ist festzustellen: "Indem der Empirismus schließlich völlig unzureichend die Erfahrung als das bloße Resultat der Einwirkungen der Außenwelt auf unsere Sinne (materialistischer Empirismus) oder in dieser oder jener Form als bloße Empfindungskomplexe, als bloße Verbindung von Empfindungen (idealistischer Empirismus) betrachtet, verleiht er der Erkenntnis einen ausgesprochen kontemplativen, passiven und undialektischen Charakter." Ph.W.,a.a.O., S. 279.

Diese Feststellung berührt jedoch nicht die empirische Methode, die allerdings erst im Zusammenhang mit historisch fundierter Theorie ihren Aussagewert erhält, der wiederum erst in der praktischen Anwendung letztlich seinen Wahrheitswert zu beweisen hat.
vgl. W. Eichhorn et.al.: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie. Berlin 1969, S. 101ff.

3) "In dieser Studie steht Kommunikation als zusammenfassender Begriff für den einfachen Tatbestand, daß Menschen direkt oder indirekt, in erster Linie jedoch direkt, miteinander in Verbindung treten, miteinander sprechen, Informationen austauschen, Freundschaften pflegen, sich aushelfen oder auch miteinander in Streit liegen."
K. Heil, a.a.O., S. 7.

Allerdings wird den baulichen Formen kommunikative Leistung zugesprochen, die visuell erfahrbar sind, denn Heil formuliert im Anschluß an H.-J. Vogel: "Wohnbedingungen neuer Stadtteile, selbst steingewordenes Ergebnis gesellschaftlicher Verhältnisse, sind somit einerseits Prägstöcke des Verhaltens der in ihnen wohnenden Menschen, andererseits aber und vor allem Katalysatoren, die latente Verhaltensmuster manifest werden lassen"[1]; diese Aussage bleibt plakativ, denn die verhaltenssteuernde Qualität explizit als Leistung visueller Kommunikation aufzufassen, kommt ihm nicht in den Sinn, obschon er an anderer Stelle vom 'Sympathiewert' baulicher Objekte[2] und von den Symbolen des Stadtkerns[3] spricht. Dieser Sympathiewert ergibt sich aus der Qualität der Wohnumwelt, dem Bedürfnis des Menschen nach räumlicher Bindung, emotionaler Verwurzelung entgegenzukommen. Die Aufhebung der Verbundenheit des Menschen mit seiner Wohnumwelt aufgrund der Mobilität und der Austauschbarkeit der architektonischen Gebilde in der Trabantenstadt, auf deren Gestalt der einzelne keinen Einfluß hat, wird treffend als Entfremdung bezeichnet.[4] Die ursächliche Begründung dieser Entfremdung kann jedoch von K. Heil nicht geliefert werden, sondern er verfällt der idealistischen Ansicht, die "Ausbildung eines kritischen öffentlichen, also politischen Bewußtseins"[5] könne diese Entfremdung aufheben, die, wie K. Marx nachweisen konnte, als notwendige Bedingung der kapitalistischen Produktionsweise in der Wertform der Ware letztlich begründet ist.[6]

Gerade das, was der Empirist nicht zu leisten vermag, die objektiven Bedingungen des jeweiligen Sozialverhaltens zu

---

1) K. Heil, a.a.O., S. 157.

2) vgl. derselbe, a.a.O., S. 151, dazu aber auch den Begriff des 'Liebeswerts' von W.F. Haug: Waren-Ästhetik und Angst. In: Das Argument 2 , 6. Jg./1964/H.1, S. 26ff et passim.

3) vgl. K. Heil, a.a.O., S. 19.

4) vgl. derselbe, a.a.O., S. 147f.

5) derselbe, a.a.O., S. 165.

6) vgl. K. Marx: Das Kapital Bd.1. In: MEW Bd.23, S. 85ff u. 598ff; zum Verhältnis von Entfremdung und Bewußtsein vgl. K.Marx/F.Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW Bd. 3, S. 34ff.

analysieren und damit den Begründungszusammenhang für Entfremdung zu liefern, nimmt die Sozialpsychologie für sich in Anspruch.[1] A. Mitscherlich betrachtet den psychoanalytischen Ansatz der Sozialpsychologie sogar als den leistungsfähigsten sozialwissenschaftlichen Ansatz für eine emanzipatorische Stadtplanung.[2] Wie kritisch dieses Bewußtsein allerdings nur sein kann, läßt sich aus der grundlegenden Auffassung A. Mitscherlichs von der Stadt ablesen, die für ihn, wie die Gesellschaft selbst, ein Biotop ist, "ein Platz, an dem sich Leben verschiedenster Gestalt ins Gleichgewicht bringt und in ihm hält."[3]
Auf die Unmöglichkeit dieser organizistisch-biologischen Gesellschaftsvorstellung, die wesentlich auf P. Lilienfeld, A. Schöffle und R. Worms zurückgeht, unter deren Einfluß auch O. Spengler steht[4], die Gesellschaft in ihrer Widersprüchlichkeit, Veränderlichkeit und grundlegenden ökonomischen Determiniertheit erkennen zu können, hat bereits Lenin hingewiesen.[5] Die Umweltfaktoren der Stadt werden daran gemessen, ob sie "eubiotisch, das heißt biologisch harmonisierend wirken,... daran mitwirken, daß das Leben auf angenehme Weise verlaufen kann."[6] Dementsprechend, da "menschliches Verhalten

---

1) vgl. A. Mitscherlich: Thesen zum Städtebau In: derselbe, Thesen zur Stadt der Zukunft, Frankfurt/M. 1972, S.6 ff. u. derselbe; Vom möglichen Nutzen der Sozialpsychologie für die Stadtplanung. a.a.O., S. 17-48 passim.

2) "Man wird sogar einräumen müssen, daß der Psychoanalytiker, wenn er sich in der Stadtplanung zu Wort meldet, nicht einfach als ein neuer Fachmann zu den anderen Fachleuten hinzutritt. Er vertritt vielmehr das kritische Bewußtsein, unter dessen Mitwirkung menschliche Umwelt gestaltet werden soll."
derselbe, Thesen zum Städtebau, a.a.O., S. 8.

3) A. Mitscherlich: Anstiftung zum Unfrieden. In: derselbe, Die Unwirklichkeit unserer Städte, Frankfurt/M. 1969, S. 39.

4) vgl. R. König (Hrsg.): Soziologie. In: Das Fischer Lexikon, Frankfurt/M. 1967, S. 49.

5) vgl. W.I. Lenin: Materialismus und Empiriokritizismus. In: derselbe, Werke Bd. 14, Berlin 1970, S. 330 ff.

6) A. Mitscherlich: Die Stadt der Zukunft. In: Thesen zur Stadt der Zukunft, a.a.O., S. 56.

unter einmal gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen"[1] untersucht wird, kann das Ziel A. Mitscherlichs nur sein, die Anpassung der baulichen Umwelt an diese Verhältnisse und an die biologische und triebpsychologische Konstante Mensch, die sich lediglich als bedingt anpassungsfähig erweist.

Indem von vornherein eine vollkommene Integration ausgeschlossen wird[2], ist angestrebt eine "relative Annäherung an eine Daseinsform, in der genügend Reize vorhanden sind, welche zu Objektbeziehungen herausfordern, aber nicht zuviele Reize, welche desintegrierend wirken ... Die Aufgabe der Planung menschlicher Umwelt ... liegt in der Förderung der integrativen Leistungen."[3] Nur durch die Negation des grundlegenden Klassenwiderspruchs der kapitalistischen Gesellschaft, die hinter diesem Ansatz steht, kann er zu der Forderung kommen: "Die Stadt muß diese zwei Erfahrungen erlauben: daß sie zur Gemeinschaft zwingende und zugleich individuelle Freiheit spendende und garantierende Umwelt ist."[4] Unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen jedenfalls - und auf diese Verhältnisse bezieht sich Mitscherlich - muß eine solche Forderung als idealistische Utopie bezeichnet werden.

Welche Stadt ihm vorschwebt, wenn er diese Forderung stellt, wird an anderer Stelle explizit: "Man könnte erläuternd hinzufügen, daß unsere Städte eine Anhäufung, ein Agglomerat von Wohnstätten, Arbeitsplätzen, Eßgelegenheiten, Illusionsgewerben aller Art sind; und nur eines sind sie gewißt nicht: eine aus ihrem Kern wachsende Stadt. Die hochgradig inte-

---

1) A. Mitscherlich, Thesen zum Städtebau, a.a.O., S. 8.

2) vgl. derselbe; Vom möglichen Nutzen der Sozialpsychologie für die Stadtplanung. In: derselbe, Thesen zur Stadt der Zukunft, a.a.O., S. 22f u. 39.

3) derselbe, a.a.O., S. 39.

4) derselbe, Anstiftung zum Unfrieden, a.a.O., S. 120.

grierte alte Stadt hat sich in einzelne Leistungs- und Lebensbereiche entmischt. Die gegenwärtigen Städte haben, bestenfalls, eine City, in der es tagsüber geschäftig zugeht."[1] Die mittelalterliche Stadt mit ihrer auf handwerklicher Arbeitsteilung beruhenden einfachen Warenproduktion scheint hier unversehens durch, die, in idealisierter Form, wie bei den Großstadtkritikern, zum Maßstab für das in seiner jetzigen gesellschaftlichen Bedingtheit nicht verstandene Gebilde Großstadt gesetzt wird. Dieses Unverständnis zeigt sich beispielhaft, wenn A. Mitscherlich den Privatbesitz an Grund und Boden zum hauptsächlichen Verursacher der städtischen "Unwirtlichkeit" macht[2], ohne die Bedingtheit der Grundrente, die ja gerade den Boden erst kapitalistische profitabel macht, von der Produktionsweise her zu beleuchten. So kommt er lediglich zu der Aussage: "Alte Städte hatten ein Herz. Die Herzlosigkeit, die Unwirtlichkeit der neuen Bauweise hat jedoch eine ins Gewicht fallende Entschuldigung auf ihrer Seite: Das Tabu der Besitzverhältnisse an Grund und Boden in den Städten, welches jede schöpferische, tiefgreifende Neugestaltung unmöglich macht."[3] Auch die kritische Feststellung, "Die Städte spiegeln diese Epochen einer ständischen oder Klassenorganisation des gesamten Sozialkörpers auf das lebendigste wider"[4], büßt erheblich an Erkenntniswert und Brisanz ein, weil die Analyse auf der Ebene der Erscheinungen bleibt.

Mit dem Aussageaspekt städtischer Formen, der in der Widerspiegelungsthese zum Ausdruck kommt, spricht A. Mitscherlich

---

1) A. Mitscherlich, Thesen zum Städtebau, a.a.O., S. 1.

2) vgl. derselbe, Anstiftung zum Unfrieden, a.a.O., S. 53ff.

3) derselbe, Die Unwirtlichkeit unserer Städte, a.a.O. S. 19. Allerdings ist die Problemtisierung des Privateigentums an Grund und Boden durchaus progressiven Charakters in dieser Gesellschaft, sprengt jedoch nicht, wie noch zu zeigen sein wird, die Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise, die das gesellschaftliche Leben wesentlich bestimmen, denn der Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft besteht nicht zwischen Besitzern an Boden und Nichtbesitzern.

4) derselbe, Vom möglichen Nutzen der Sozialpsychologie für die Stadtplanung. a.a.O., S. 19.

die kommunikative Dimension von Städtebau an. Nicht die verbalen kommunikativen Beziehungen in der Stadt, die nach seiner Ansicht immer mehr zurücktreten[1], rücken damit in den Vordergrund, sondern der Aussageaspekt baulicher Formen in ihrer tradierenden und sozialisierenden Wirkung. So zitiert er L. Mumfords Auffassung, die Stadt sei die "kostbarste Erfindung der Zivilisation, die als Vermittlerin der Kultur nur hinter der Sprache zurücksteht."[2] Dabei wirkt die Stadt als vom Menschen gestaltete, wesentlich unbewußt auf den Menschen zurück[3], "schafft nun diese Stadtgestalt am Charakter ihrer Bewohner mit."[4] Die Sozialisation erfolgt dabei grundlegend über die Objektbeziehung, die als wesentliches Reifungsmerkmal der Persönlichkeit angesehen wird; mangelnde Objektbeziehungen führen zu Identitätsverlust und schaffen nach A. Mitscherlich den Charakter des von D. Riesmann beschriebenen "außengeleiteten Individuums".[5] Die materiale Objektbeziehung läuft dabei wesentlich über Symbole ab, die in Bauformen vergegenständlicht, Markierungspunkte der Orientierung und Vertrautheit werden.[6]

In der Dauerhaftigkeit der verbalen und symbolischen Kommunikation liegt der Begründungszusammenhang von Heimat,

---

1) vgl. A. Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit unserer Städte, a.a.O., S. 26.

2) derselbe: Unsere kindliche Zuversicht. In: derselbe, Thesen zur Stadt der Zukunft, a.a.O., S. 140.

3) vgl. derselbe: Was soll aus unseren Städten werden? In: derselbe, Thesen zur Stadt der Zukunft, a.a.O., S. 105.

4) derselbe, Thesen zum Städtebau, a.a.O., S. 13.

5) vgl. A. Mitscherlich, Konfession zur Nahwelt. In: derselbe, Die Unwirtlichkeit unserer Städte, a.a.O., S. 128 f.

6) vgl. derselbe, Vom möglichen Nutzen der Sozialpsychologie für die Stadtplanung, a.a.O., S. 44.

der sich als Gradmesser der Integration darstellt.[1)]
Damit wird die gesellschaftliche Mobilität, die als eines der erfolgreichsten Anpassungsmodi unserer Zivilisation bezeichnet wird[2)], zur Bedrohung der Integration: "Ohne orientierende Fixpunkte, ohne Merkzeichen des Bekannten, ohne das Erlebnis, in einem gestalteten Raum sich zu bewegen, wird der Mensch in seinen affektiven Beziehungen autistisch nur auf sich selbst bezogen, erreicht nur noch niedere Stufen der Sozialisierung, wenn er nicht unmittelbar asozial sich verhält."[3)]
Die fehlende Objektbeziehung ist für A. Mitscherlich das kennzeichnende Kriterium der 'Massen', das ihm zur Erklärung ihrer 'Passivität' gegenüber der baulichen Umgebung dient. In einer mobilitätsbetonten Gesellschaft, wie der kapitalistischen, werden Passivität und Asozialität somit zum unlösbaren Problem, das hier aber nicht auf die materiellen Lebensbedingungen zurückgeführt, sondern in die individuelle psychische Sphäre verlagert wird. "Der Verdruß über"die Unwirtlichkeit unserer Städte" (Mitscherlich) wird somit weder theoretisch auf seine Ursachen zurückgeführt, noch können seine realen Ursachen beseitigt werden, solange die Kritik sich um die Erkenntnis der historischen Realität herumdrückt und die Planungsaktivitäten sich nicht auf die historische Realität der verkrüppelten Gesellschaft beziehen."[4)]

---

1) vgl. A. Mitscherlich, a.a.O., S. 41f u. derselbe, Konfession zur Nahwelt, a.a.O., S. 128.
Mitscherlich unterschlägt hier, daß, da die objektive Entfremdung in der kapitalistischen Gesellschaft nicht bewußtseinsmäßig aufzuheben ist, eine Integration in diese Gesellschaft nur auf der Grundlage von Selbsttäuschung oder gegen den Preis von Neurosen stattfinden kann.
vgl. dazu F. Tomberg: Der Begriff der Entfremdung in den 'Grundrissen' von Karl Marx. In: Das Argument 52, 11. Jg./ 1969/ H.3 (2. Aufl. 1970), S. 199f.

2) vgl. A. Mitscherlich, Vom möglichen Nutzen der Sozialpsychologie für die Stadtplanung, a.a.O., S. 46.

3) ebenda.

4) H.G. Helms/ J. Janssen: Nachwort. In: Kapitalistischer Städtebau, a.a.O., S. 201.

Wie der Bahrdtsche Ansatz einer Stadtbausoziologie, so hat auch A. Mitscherlich mit seinen Äußerungen zu einer Sozialpsychologie des Städtebaus Schule gemacht. Es kann im Zusammenhang dieser Arbeit aber nicht darum gehen, die Publikationen zum Thema Städtebau aus dem Sigmund-Freud- Institut in Frankfurt am Main in ihren einzelnen Facetten zu kritisieren; die Arbeiten lassen sich vielmehr im wesentlichen auf die oben analysierten Positionen Bahrdts und Mitscherlichs zurückführen.[1)]
Lediglich auf die Funktionalismuskritik von H. Berndt und A. Lorenzer soll hier kurz eingegangen werden, da sie einerseits bestimmte wissenschaftstheoretische Folgerungen zuläßt, andererseits zum Problem der symbolischen Interaktion überleitet und damit eine Kommunikationstheorie anspricht, die noch auf ihre Leistungsfähigkeit hinsichtlich der Erklärung der kommunikativen Qualität von Architektur zu untersuchen sein wird.

Vor dem Hintergrund des tristen Zeilenbaus der Vororte, der Schlafstädte an der Peripherie der Metropolen als Folge der Entmischung der Stadt, wie sie in den Planungsprinzipien der Charta von Athen ihren ideologischen Ausdurck gefunden hatte, fordert H. Berndt eine neue Urbanität, die der raumgreifenden Entflechtung Verdichtung als Planungsprinzip entgegensetzt. Das Leitbild ist großstadtfreundliche

---

1) "Man darf die im Kielwasser von Bahrdt und Mitscherlich entstandenen pseudokritischen Werke über Stadt und Wohnung füglich unter die affirmativen halbwissenschaftlichen Bekundungen zur Sozialpolitik subsumieren. Sie reihen sich bruchlos in die Front der nationalökonomischen Literatur des Wohnungswesens seit der Mitte des 19.Jhds. ein, deren Zweck es stets gewesen ist, gesellschaftliche Konflikte auf systemimmanent lösbare Scheinprobleme zu reduzieren und damit die Interessen staatlicher Verwaltung, religiöser Seelsorge und kapitalitsicher Produktion gegen deren Subjekte zu verteidigen."
J. Jannssen: Sozialismus, Sozialpolitik und Wohungsnot. In: Kapitalistischer Städtebau, a.a.O., S. 91.

Urbanität, die von der gegebenen Großstadt ausgeht und diese akzeptiert, wie sie ist. Es kommt H. Berndt darauf an, "ihre Kontinuität zu erhalten, chirurgische Eingriffe so sparsam wie möglich und nur punktuell vorzunehmen -prinzipiell also Planungsscheu, im Grunde ein Sanierungsprogramm."[1] Bereits hier klingt ein affirmatives Verhältnis zu kapitalistischen Gesellschaftswirklichkeit an, das sich um Einrichtung in und Anpassung an diese Wirklichkeit bemüht, obschon sie verbal kritisiert wird, Das geforderte Sanierungsprogramm wurde längst praktiziert, bevor es seine ideologische Rechtfertigung erhielt; davon zeugt überall der massive Einbruch der Bürogebäude in den zentralen städtischen Wohnbereich. In den Forderungen an den heutigen Städtebau, die sich als Ergebnis der Ansätze zu einem 'objektiven Bild von der Gesellschaft' präsentieren[2], zeigt sich, daß ein ideologiekritischer Ansatz, der die materielle Basis, die historisch konkreten Bedingungen der Ideologie außer Acht läßt, wiederum nur in Ideologie münden kann. Die "Abhandlung sektoraler Mißverhältnisse, die schon Mitscherlich bejammert hat, und unverbindliche Empfehlungen zur Behebung gesellschaftlicher Mängel, wie sie in einem Teilbereich erscheinen"[3], zeigen die Unfähigkeit, den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang theoretisch zu durchdringen, die Mängel als notwendige Ergebnisse und Erscheinungen der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsweise auf dem Gebiet der Stadtplanung und des Städtebaus dingfest zu machen.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Funktionalismuskritik H. Berndts zu sehen, in der es ihr nicht darum geht, die funktionalistische Architektur hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung zu untersuchen und aufzudekcen, daß es in der

---

1) G. Plessow: Besprechung von Heide Berndt: Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern. In: Das Argument 46, 10. Jg./1968/H. 1-2 (2. Aufl. 1969), S. 135.

2) vgl. H. Berndt: Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern. Stuttgart/Bern ^{2}1969, S. 113 ff.

3) P. Neitzke: Die Agenten der Kulturpolitik isolieren. In: Kapitalistischer Städtebau, a.a.O., S. 167.

Architekturtheorie keinen Funktionalismus "im Sinne eines in sich geschlossenen Gedankengebäudes"[1] gibt, sondern: "Wir kritisieren also am heutigen Funktionalismus, daß er seine Funktionalität zu beschränkt auffaßt und daß er sich nur auf die einfachste Darstellung eng umrissener Zwecksetzungen einläßt."[2] Nicht der Funktionalismus wird hier, dem Anspruch gemäß, als Ideologie entlarvt, sondern es wird kritisiert, daß er sich nicht als umfassende Systemtheorie versteht; was gefordert wird, ist nicht die Revision des Funktionalismus, sondern seine Ausweitung zu einem theoretischen Konzept auch in der Architektur nach dem Vorbild der strukturell-funktionalen Systemtheorie. Damit ist jedoch der funktionale Ansatz der Architektur überfordert, der wesentlich auf den dynamischen Aspekt von architektonischen Gebilden abhebt,,im Gegensatz zum statischen Stil des 19. Jahrhunderts'.[3] Die mit der Übernahme des strukturell-funktionalen Ansatzes verbundene Leugnung der Notwendigkeit kausaler Erklärung und historischer Analyse des Forschungsgegenstandes wird in den Explikationen der Autorin deutlich. So meint sie, da ihr das Fehlen der historischen Dimension beim Funktionalismus nicht verborgen geblieben ist[4], diese durch die Behauptung eines zeitlosen Funktionalismus erfassen zu können.[5] Gerade in der Behauptung der Zeitlosigkeit von Funktionalität geht die historische Dimension von Wirklichkeit, auch städtebaulicher, verloren.

---

1) J. Petsch: Block und Rhythmus. In: Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft Bd. 15,Bonn 1970, S.185.

2) H. Berndt: Ist der Funktionalismus eine funktionale Architektur? In: H. Berndt/A. Lorenzer/K. Horn, Architektur als Ideologie, Frankfurt ²1969, S. 19.

3) "Ersetzt man den Begriff Funktion durch Worte wie Funktions- oder Bewegungsabläufe, so wird die Absicht der Funktionalisten deutlicher." J. Petsch, a.a.O., S. 185f.

4) vgl. H. Berndt, a.a.O., S. 18.

5) "Denn nicht nur die historische, vorindustrielle Gliederung der Städte ist funktional, nämlich mit einem Minimum an Reibungsverlust auf die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technologischen Voraussetzungen ihrer Zeit zugeschnitten, sondern ebenso ist auch der heutige "funktionale" Stil ein historischer Stil."
H. Berndt, a.a.O., S. 15

Die Struktur dieser Wirklichkeit wird einmal da "der Städtebau die Wirtschaftsverfassung der Gesellschaft (niemals R.G.) ganz außer acht lassen kann"[1], durch die von Fourastié und Colin Clark vorgenommene Einteilung der Wirtschaft nach 'primärem, sekundärem und tertiärem Sektor' bestimmt[2], während sie andererseits die mit dieser lediglich als kapitalistisch klassifizierten Wirtschaft identifizierte soziale Wirklichkeit durch das genannte Spannungsverhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit kennzeichnet.[3]

Wegen des Unverständnisses der kausalen Beziehungen zwischen kapitalistischer Produktionsweise und der ihr gemäßen gesellschaftlichen Wirklichkeit hat auch die folgende Feststellung nur deklamatorischen Charakter:"Die Strukturveränderungen der Wirtschaft bleiben nicht ohne Folgen für die Struktur der Stadt; der Städtebau muß diesen Veränderungen Rechnung tragen,wenn die geordnete Entwicklung der städtischen Verhältnisse gesichert und chaotische Fehlleistungen vermieden werden sollen."[4] Demnach ergeben sich für H. Berndt die städtbaulichen Mißstände aus dem Nichtbefolgen der wirtschaftlichen Notwendigkeiten, eine Feststellung, die der gängigen Städteplanung mit ihrer Internalisierung der Ziele der jeweils ökonomisch Herrschenden entgegenkommt. Es wird hingegen zu zeigen sein, daß die Fehlleistungen sich eben daraus ergeben, daß der Städtebau gezwungen ist, sich im kapitalistischen System, ob er will oder nicht, nach den Gesetzen der kapitalitischen Produktionsweise zu richten, also den anarchischen Profitinteressen zu dienen. Das Unverständnis gegenüber den gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten ist nicht zufällig, sondern läßt sich direkt aus dem theoretischen Ansatz ableiten, der, die Klassenteilung der Gesellschaft negierend, Integration in und Anpassung an diese Gesellschaft zum Ziele hat, denn Herrschaft,"Unterdrückung, begründet durch das Interesse der herrschenden Klasse der Gesellschaft, bleibt im

---

1) dieselbe, a.a.O., S. 113.

2) vgl. dieselbe, Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern, a.a.O., S. 116 ff.

3) vgl. dieselbe, Ist der Funktionalismus eine funktionale Architektur?, a.a.O., S. 22 ff.

4) dieselbe, Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern, a.a.O., S.144.

Positivismus methodisch unberührt, da eben dieser Inhalt abstrakt vorausgesetzt wird."[1] Festgestellt wird folglich nur, daß bestimmte Gesellschaftsbilder von Stadtplanern auf bestimmten ideologischen Positionen beruhen, nicht aber wem diese Ideologien, als Leitlinien formuliert, objektiv dienen.

Die Umsetzung der jeweiligen Ideologie erfolgt über Bauformen, die infolge der Funktionalität der einhelnen Stadtgebiete gleiche Strukturen aufweisen, zu baulichen Stereotypen gerinnen. Reflexartig scheint diese Stereotypisierung nun wiederum auf das Bewußtsein der Individuen zu wirken: "Denn die Einseitigkeit und Stereotypie der Umgebung geht über die Wahrnehmungsprozesse in uns selbst ein."[2] Somit dient nach H. Berndt die bauliche Umwelt infolge der 'Entfremdung' zwischen den isolierten funktionalen Ebenen über die Wahrnehmungseinschränkung der Deformierung des psychischen Apparates der Bürger[3] und damit letztlich der Anpassung. Es zeigt sich, daß dieser Ansatz über eine "resignative Stabilisierung gesellschaftlicher und individueller Ohnmacht vor der Übermacht des organisierten Kapitalismus"[4] nicht hinauskommt. Gerade dieser reflexartige, ja zwangsläufige Ablauf der Deformierung ist zu kritisieren, leugnet er doch undialektisch die Möglichkeit alternativen Bewußtseins und alternativer Handlungsvollzüge. Allerdings den baulichen Formen überhaupt keine Einflußmöglichkeit zubilligen zu wollen, wie es bei J. Janssen anklingt[5], scheint ebenso verfehlt, da die Bauformen zur Umwelt, dem Sein des Menschen gehören, folglich

---

1) R. Weißenborn: Kritik der strukturalistischen Kommunikation. (diss.phil.) (maschinenschriftl. Manuskript), Münster 1970, S. 13.

2) H. Berndt, Ist der Funktionalismus eine funktionale Architektur?, a.a.O., S. 32.

3) "Der Unterdrückung der Partialtriebe entspricht in der heutigen Architektur der Verlust des Ornaments." dieselbe, a.a.O., S. 42.

4) P. Neitzke, Die Agenten der Kulturkritik isolieren!, a.a.O., S. 163.

5) vgl. J. Janssen: Der Mythos des 20. Jahrhunderts in der Architekturtheorie. In: Wort und Wahrheit, Freiburg Br. 23. Jg./ 1968, S. 339.

auf das Bewußtsein wirken, in welchem jeweils unterschiedlichen Grade auch immer.

Auf den von H. Berndt bereits thematisierten Zusammenhang zwischen Individuen und Bauformen geht A. Lorenzer anhand der psychoanalytischen Theorie näher ein und muß dementsprechend komplexe und historisch vermittelte Beziehungen zwischen Gesellschaft und Städtebau einschränken auf "die emotionale Bezogenheit von Mensch und Umwelt".[1] Da der psychoanalytische Ansatz wesentlich auf Individualbeziehungen beschränkt ist, d.h. auf Beziehungen einzelner zu ihrer sozialen und materialen Umwelt, läßt sich nur vermittelt über diese Umwelt der Klassencharakter der Gesellschaft ermitteln, dem das Individuum als klassenmäßiges Neutrum ausgeliefert scheint: "Proletariat und Bourgeoisie, Arbeiter und Monopolkapitalisten sind einfach Menschen, die Ich sind, Bürger, Bewohner, Großstädter oder einfach Publikum, wie es schon bei Habermas herumsteht und Repolitisierung herbeisehnt."[2] Die 'Unwirtlichkeit' der Umwelt wird dadurch verursacht, daß die 'Vertrautheit' des Individuums mit seiner Umwelt - für A. Lorenzer das wesentliche und grundlegende Bedürfnis[3] - durch die funktionale Architektur nicht erfüllt wird. Vertrautheit erscheint als Ergebnis einer auf Schönheit basierenden "libidinösen Investition", also als Folge einer gelungenen Objektbesetzung, wohingegen der Kampf für die 'reine Zweckbestimmung' folgerichtig als Kampf gegen jedes libidinöse Engagement betrachtet wird.[4] Daher wird der Funktionalismus nicht deswegen als Ideologie entlarvt, weil er die praktischen Erfordernisse der sich immer mehr technisierenden Produktionsweise im Bauwesen ideo-

---

1) A. Lorenzer: Städtebau: Funktionalismus und Sozialmontage? In: H. Berndt/A. Lorenzer/K. Horn, Architektur als Ideologie, a.a.O., S. 56.

2) P. Neitzke, Die Agenten der Kulturkritik isolieren!, a.a.O., S. 173.

3) vgl. A. Lorenzer: Aussprache Arbeitskreis IV zum Thema: Wer baut die Stadt? In: Leben in der Stadt, Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 13. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages, Nürnberg 9.-11.6.65, Stuttgart/Köln (1965), S. 232.

4) vgl. A. Lorenzer, Städtebau: Funktionalismus und Sozialmontage?, a.a.O., S. 56.

logisch verschleiert, indem er sie beispielsweise in ästhetische Anforderungen ummünzt - Aufgabe der Architektur sei es, die in den Dingen und Zwecken verborgene Schönheit zu gestalten[1]-, sondern "die emotionale Isolierung des Individuums von seiner Umwelt erweist sich als Artefakt, als ein 'Symptom', dessen pathologische Natur leicht aufzudecken ist."[2]

Als Rezept gegen diese Isolierung bietet A. Lorenzer die Nachbarschaftsidee an, die, wenn auch nur beschränkt praktikabel, doch Wesentliches geleistet hat: "die bisher vernachlässigte Grundeinsicht zurück(zu)geben, daß zwischenmenschliche Kommunikation nur dort fest, tragfähig und für alle Beteiligten befriedigend ist, wo sie von emotionalen Beziehungen getragen wird."[3] Diese emotionalen Beziehungen, also die libidinöse Besetzung baulicher Objekte und Strukturen, sind nach A. Lorenzer in dem von H.P. Bahrdt skizzierten 'öffentlichen Raum' lokalisierbar, dessen gemeinsamer Schwerpunkt die City bildet. Die zwischenmenschlichen Beziehungen, als emotional begründete Beziehungen hochsublimierter Form klassifiziert, finden in der Öffentlichkeit ihren gemeinsamen Ort, ja die Sublimierungsleistung wird im öffentlichen Raum gelehrt.[4] Damit ergibt sich auch für A. Lorenzer die Frage, wie die materiale Umwelt, wie sie sich in Bauformen darstellt, als vorgefundene Summe von Straßen, Plätzen, Häusern, Höfen, Vorgärten, Kirchen, Bahnhöfen, Theaterbauten, Baudenkmälern, Industrieareälen etc., und auf die Beziehungen der Subjekte wirkt; er kommt zu dem Schluß, daß die Stadt durch Identifizierung und libidinöse Besetzung der baulichen Symbole

---

1) vgl. H.van de Velde: Form.(Auszug). In: U. Conrads (Hrsg.) Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts Bauwelt Fundamente Bd.1, Gütersloh/Berlin/München ^{2}1971, S. 144f.

2) A. Lorenzer, Städtebau: Funktionalismus und Sozialmontage?, a.a.O., S. 56.

3) derselbe, a.a.O., S. 62.

4) vgl. derselbe, a.a.O., S. 56ff.

auf ihre Bewohner zurückwirkt.[1)]

Die Kommunikation ist durch den Ort vorstrukturiert, denn das "Publikum, das sich hier um ein Gemeinsames gebildet hat, fühlt sich wohl, weil es an diesem Ort sich darstellen kann - und schon in der baulichen Gestalt diese Darstellung vorfindet."[2)] Die Bewohner der Stadt erscheinen einerseits als Konsumenten der städtischen Umwelt, andererseits bleibt ihre Aktivität baulich auf die Selbstdarstellun durch Statussymbole beschränkt. Die Identifizierung mit den städtischen Symbolen ist damit nichts anderes als die Ausrichtung der Bedürfnisse auf das Angebot, entspricht also der spätkapitalistischen Konsumideologie und damit dem Ziel der Anpassung an die fremdbestimmte Umwelt der vom Profitstreben bestimmten kapitalistischen Gesellschaft. "Architektur als präsentative Symbolbildung kann für die Integration wirksam werden, einmal indem sie aus dem Umfeld der abstrakten Ideen, die in das Ich-Ideal eingebracht werden, das Nichtsagbare darstellt, dann auch, indem sie selbst das begrifflich nicht Benennbare, das den Individuen als Gemeinsames eigen ist, aufgreift und damit dem Selbst als einem gemeinsamen Widerpart die geschaffene Umwelt entgegenhält. Sie soll Ort, Menschen und Symbole verklammern, Diese Verklammerung ist der entschiedenste Beitrag zur Integration."[3)] Jedoch soll diese Verklammerung rein emotional

---

1) vgl. derselbe, a.a.O., S. 68ff.

2) derselbe, a.a.O., S. 78.

3) derselbe, a.a.O., S. 99.
Lorenzer übernimmt den Symbolbegriff von S.K.Langer, die in ihrem Buch: Philosophie auf neuem Wege., eine an der Mathematik orientierte Ausweitung des philosophischen Symbolbegriffs unternimmt, wobei sie sich wesentlich auf A.N. Whitehead und E. Cassirer stützt. Der van Langer eingenommene naiv-materialistische Standpunkt wird später zurückgenommen, indem sie die Symbolwelt (Wortwelt) als die eigentliche, ursprüngliche Welt bezeichnet. Langer unterscheidet in ihrem Buch zwischen diskursiven, d.h. sprachlichen, und präsentativen, d.h. nichtsprachlichen, gestischen oder mimischen oder bildlichen, Symbolen.
vgl. S.K. Langer: Philosophie auf neuem Wege. Frankfurt 1965, S. 8f u. S. 129 f et passim.
Diesen symboltheoretischen Ansatz versucht A. Lorenzer für die psychoanalytische Symboltheorie fruchtbar zu machen.
vgl. dazu A. Lorenzer: Sprachzerstörung und Rekonstruktion. Frankfurt 1971 und derselbe: Kritik des psychoanalytischen Symbolbegriffes. Frankfurt/M 1970, passim.

bleiben, denn nach A.Lorenzer ist es nicht die Aufgabe der Städte, sich eine gemeinsame Umwelt zu schaffen, sondern es ist die "wirkliche Grundaufgabe" der Architektur "dem Selbst der Städter 'gemeinsame Umwelt' als 'ethnic domain' zu gestalten."[1] Auf diese Weise wird die Entfremdung zum Wohle der kapitalistischen Produktionsweise fortgeschrieben, der Status quo als Programm gefordert; weder Selbstbestimmung, noch Mitbestimmung, sondern Anpassung an vorproduzierte Symbole ist das Ziel: "Ausgleich und Integration im Raum strukturiert die innere Integration innerhalb des Selbst vor, und zwar um so mehr, je entschiedener in der Stadt die Strukturen nicht nur sich einpendeln, sondern im ungeteilten Raum Gestalt annehmen. Diese Gestalt muß ebensosehr das Ergebnis einer funktional orientierten Stadtplanung wie eines als Symbolbild zu begreifenden Städtebaus sein."[2] Städtebau wird, wenn sich seine Ergebnisse emotional verwerten lassen, als Allheilmittel gegen die reale Klassenteilung der Gesellschaft verschrieben, als ob der Städtebau nicht selbst Ausdruck und Abbild der wirklichen Klassenauseinandersetzungen wäre.[3]

---

1) A.Lorenzer, Städtebau: Funktionalismus und Sozialmontage?, a.a.O., S. 98.

2) derselbe, a.a.O., S. 100.

3) "Die historisch entwickelte europäische Stadt ist ein Produkt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Klassenherrschaft, des Klassenkampfes."
H.G. Helms: Die Stadt - Medium der Ausbeutung. In: Kapitalistischer Städtebau, a.a.O., S. 5.

II. Städtebau und Architektur als kommunikatives Medium

1. Kritik des Kommunikationsbegriffes

In den angesprochenen Positionen klingt der mediative Aspekt des Städtebaus bereits an, ja es wird sogar gefordert, diesen Aspekt als sozialintegratives Moment zu nutzen. Unangesprochen bleibt der Bezug dieses Mediums zu anderen Medien, inwieweit es den anderen gleicht und wodurch es sich von ihnen unterscheidet, was seine besondere Qualität ausmacht. Folglich ergibt sich die Notwendigkeit, Architektur und Städtebau, will man ihren kommunikativen Aspekt betonen, in den Gesamtzusammenhang medientheoretischer Überlegungen zu stellen, die nicht vordergründig auf der Stufe der Beschreibung der unterschiedlichen Erscheinungsformen der Medien stehen bleiben, sondern diese in ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit analysieren. Um den mediativen Charakter der Architektur zu erfassen, reicht eine Gleichsetzung von Architektur und Massenkommunikation nicht aus, wie der Ansatz von R. de Fusco zeigt; hier wird aus der massenhaften Rezeption von Architektur auf deren massenmedialen Charakter geschlossen, den de Fusco exemplarisch an Kaufhäusern aufzeigen will. Dabei gerät ihm das Verhältnis von Produzenten und Konsumenten der Architektur zum Grundwiderspruch der Gesellschaft.[1)]

Massenkommunikation ist nur in ihrem Verhältnis zu anderen Formen der Kommunikation begreifbar: "Deshalb auch läßt sich Massenkommunikation als Einzelwissenschaft nicht begründen. Wo sie es doch tut, akzeptiert sie bereits den Stand gesellschaftlicher Arbeitsteilung, den die Medien im Bereich der Kommunikation erst erzeugten."[2)] Der Ansatz der Massenkommunikation bleibt somit einerseits auf der Stufe der durch die

---

1) vgl. R. de Fusco: Architektur als Massenmedien. In: Bauwelt Fundamente, Gütersloh 1972, S. 54ff.

2) E. Knödler-Bunte: Zu einem gesellschaftlichen Begriff des Mediums. In: H.K. Ehmer (Hrsg.), Visuelle Kommunikation, Köln (1971), S. 377.

Arbeitsteilung bedingten Erscheinungen; andererseits beschreibt er lediglich das quantitative Verhältnis der Rezeption, deren qualitativen Aspekt er nicht fassen kann. Mit der Übernahme des Massenbegriffs der Massenpsychologie enthüllt dieser Ansatz gleichzeitig seinen ideologischen Charakter.[1] Vielmehr ergibt sich die Notwendigkeit, den kommunikativen Aspekt von Architektur grundlegend im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionszusammenhang auszumachen, denn "Produktionsverhältnisse und Kommunikationsformen befinden sich im wechselseitigen Zusammenhang."[2] Die Kommunikationsbeziehungen, wie die Inhalte der Kommunikation selbst, können daher nicht aus sich oder aus einem geistigen Prinzip abgeleitet werden, sondern es bleibt festzuhalten, "daß die Kommunikationsbeziehungen nicht primäre, sondern abgeleitete sind, weil die Gedanken, Ideen usw. eine Widerspiegelung des materiellen Seins im gesellschaftlichen Bewußtsein darstellen."[3] Kommunikation findet weder von der vermittelten gesellschaftlichen Realität, als gesellschaftliches Bewußtsein, noch von ihrer Vermittlungsform, dem Medium, getrennt statt. Es gibt keine Kommunikation an sich, sondern nur Kommunikation von Menschen in einer historisch konkreten Gesellschaft auf der Grundlage der dieser Gesellschaft entsprechenden Medien.

Abstrahiert man von den gesellschaftlichen Bedingungen des Mediums, von seinen spezifischen, historisch bedingten Formen, so läßt sich lediglich feststellen, daß seine grundlegende Qualität in seiner Materialität besteht. Zur Kommunizierbarkeit müssen Gedanken, muß gesellschaftliches Wissen, eine materielle Gestalt erhalten, sich also den menschlichen

---

1) vgl. K. Koszyk/K.H. Pruys (Hrsg.): Wörterbuch der Publizistik. Stichworte Masse und Massenkommunikationsmittel. München 1969, S. 235 ff.

2) H.Henselmann: Städtebau und Kommunikation. In: Die Straße, Berlin 8.Jg./1968/H. 2, S. 68.

3) v.Stoljarow: Lenin zur Rolle der Kommunikation und der Kommunikationsmittel im Prozeß der Bewußtseinsbildung. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Sonderheft 1970,S.49.

Sinnen in rezipierbarer Form darstellen.[1] "Grundsätzlich können dem Menschen Informationen über alle Sinnesorgane zugespielt werden. Die zur Kommunikation meistgenutzten Organe sind die Augen und das Ohr."[2] Wahrnehmbar werden also die Äußerungen des Bewußtseins erst durch ihre Materialisierung, indem sie hörbar, sehbar, fühlbar werden; d.h., wenn wir uns auf die beiden meistbenutzten Sinnesorgane beschränken, daß die Äußerungen des Bewußtseins sich entweder in Schallwellen oder in optisch differenzierbaren Gegenständen materialisieren müssen. Die allgemeinste Qualität des Mediums ist folglich seine Materialität. Das bedeutet jedoch gleichzeitig, daß das Medium im Gesamtzusammenhang der materiellen Produktion steht, materiell erzeugt wird als Kommunikationsmittel, als Werkzeug des gesellschaftlichen Verkehrs, und damit in direktem Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktivkräfte steht.[3] Als materiell produzierte aber unterliegen die Medien den jeweiligen widersprüchlichen Bedingungen der materiellen Produktion in den unterschiedlichen Gesellschaftsformationen, können damit nicht als neutrale Mittler angesehen werden.

Da Kommunikation nicht zu trennen ist von dem Medium, der Inhalt vom gesellschaftlichen Bewußtsein[4] bestimmt wird, hat jedes Produkt gesellschaftlicher Arbeit, als mit Bewußtsein produziertes, kommunikativen Charakter, ist "Sprache des wirklichen Lebens."[5] Gleichzeitig mit der Produktion aber

---

1) Die menschlichen Sinne sind allerdings nicht als anthropologische Konstanten anzusehen, sondern historisch mit der Entwicklung und Differenzierung des Menschen aus dem Tierreich entstanden oder modifiziert.
vgl. dazu F. Engels: Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen. In: MEW Bd. 20, S. 444ff.

2) H. Hinz: Von der Wahrnehmung des einzelnen zur modernen Form der Kommunikation. In: Der Druckspiegel, Stuttgart 23. Jg./1968/N. 8, S. 509.

3) vgl. K. Marx: Das Kapital Bd. 1, a.a.O., S. 404f.

4) Wir fassen den Begriff des Bewußtseins nach der für den historischen Materialismus zum Gemeinplatz gewordenen Definition von Marx: "Das Bewußtsein kann nie etwas anderes sein als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß."
K. Marx/F. Engels: Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 26.

5) ebenda.

entwickelt der Mensch Vorstellungen über diese Produktion, die, gebunden an Artikulation, an die Sprache, gesellschaftliche Qualität erlangen: "Die Sprache ist so alt wie das Bewußtsein - die Sprache ist das praktische, auch für andere Menschen existierende, also auch für mich selbst existierende wirkliche Bewußtsein, und die Sprache entsteht, wie das Bewußtsein, erst aus dem Bedürfnis, der Notdurft des Verkehrs mit anderen Menschen."[1] Die Kommunikation erwächst folglich aus der mit der gesellschaftlichen Lebensweise verbundenen Notwendigkeit des Verkehrs, kann also grundlegend als menschliche Verkehrsform gesellschaftlichen Bewußtseins erklärt werden[2], wobei Träger dieses Verkehrs einerseits die materiellen Produkte des Produktionsprozesses, andererseits aber die leistungsfähigere Sprache sein kann. Menschliche Kommunikation ist also als grundlegendes gesellschaftliches Bedürfnis, der Daseinsweise der Gattung entspringend, zu betrachten. Dadurch aber, daß Kommunikation im gesellschaftlichem Verkehr den Gesamtzusammenhang der Gesellschaft herstellt, Gesellschaft quasi konstituiert, ist die massenhafte Rezeption gesellschaftlichen Wissens Bedingung der Gesellschaftskonstitution. Der Begriff der Massenkommunikation wäre demnach eine Tautologie, die genau den Herrschaftscharakter 'elitärer' Kommunikation als historisch besonderer und klassenmäßig bedingter verdeckt.[3]

---

1) dieselben, a.a.O., S. 30.

2) vgl. auch I. Modelmog: Methodische Überlegungen zur Kommunikationsforschung. In: F.W. Dröge, Wissen ohne Bewußtsein-Materialien zur Medienanalyse, Frankfurt 1972, S. 19
Auf den Produktionsprozeß in der kapitalistischen Gesellschaft bezogen, faßt K. Marx ebenfalls Kommunikation als allgemeine Verkehrsform.
vgl.K.Marx: Das Kapital Bd. 1, a.a.O., S. 405 u.
derselbe, Das Kapital Bd. 2. In: MEW Bd. 24, S. 60.

3) Wir richten uns hier gegen den Begriff der Massenkommunikation, denn so berechtigt der Begriff Massenmedium ist - stellt er doch das Medium in den ihm gemäße Verflechtung mit der kapitalistischen Produktionsweise, in der Form, daß vorproduzierte kommunikative Inhalte in Warenform umgesetzt, eine massenhafte Verteilung erfahren, also die der kapitalistischen Produktionsweise

Da Kommunikation einerseits gegenständlich, andererseits aber auch sprachlich sich vollziehen kann, ist damit zugleich der Grundstein gelegt für eine widersprüchliche Entwicklung, die dadurch bedingt ist, daß die Einheit, die im gesellschaftlichen Bewußtsein besteht, in der Vermittlung sich aufspaltet in gegenständliche Kommunikation einerseits und sprachliche andererseits, und in der Betonung der Gegensätzlichkeit das Wissen um die Einheit verloren geht. Die Gegensätzlichkeit ist damit Ausdruck der Tatsache, daß, in Umkehrung eines Zitates von K. Marx, der Mensch als materielles Wesen von vornherein den Fluch an sich hat, mit 'Geist' behaftet zu sein[1], entspringt also der Möglichkeit des Menschen, von der Materialität seiner Umwelt und seiner Lebensweise zu abstrahieren und die Ergebnisse seiner materiellen Tätigkeit, als seinem Kopf entstammende, sich vorzustellen. Diese Möglichkeit kann jedoch erst Wirklichkeit werden auf einer bestimmten Stufe der Produktivität der Arbeit und der Arbeitsteilung, also auf einer bestimmten Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung.[2]

Vom transportierten gesellschaftlichen Bewußtsein zunächst abgesehen, läßt sich für den kommunikativen Verkehr feststellen, daß"die konkrete Erscheinung des Mediums nur ein

---

gemäße Form der Umsetzung von Kommunikation beschreibt -so unangebracht und untreffend erscheint der Begriff Massenkommunikation. Denn es geht in der sogenannten Massenkommunikation ja gerade nicht darum, daß Massen miteinander kommunizieren, sondern, daß Massen auf systemstabilisierende Kommunikation und Information festgelegt werden. Diese Tatsache bildete für B. Brecht den Ausgangspunkt dazu, den Widerspruch zwischen Massenmedium und Massenkommunikation dahingehend aufzulösen, daß die im technischen Massenmedium liegende Möglichkeit der realen Massenkommunikation von den Massen selbst auszunutzen sei.
vgl. B.Brecht: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. In: derselbe, Gesammelte Werke Bd. 18, Frankfurt/M. 1968, S. 127-134 passim.

---

1) vgl. K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 30.
2) vgl. dieselben, a.a./., S. 31 ff.

Moment in seiner eigenen Geschichte wie in der der Gesellschaft"[1] ist. Die eigene Geschichte läßt sich folglich nur in der Vermittlung mit der Entwicklung der Gesellschaft behandeln, da sie hier ihren Begründungszusammenhang findet. Die im Zuge der gesellschaftlichen Produktion sich vollziehende Arbeitsteilung in materielle und geistige Arbeit[2], die im dialektischen Verhältnis zur Klassenteilung steht, d.h. diese bedingt und gleichzeitig von dieser bedingt wird,[3] führt zu einer Verselbständigung der Kommunikationsformen in praktisch gegenständliche und praktisch sprachliche Kommunikation einerseits und ideologisch gegenständliche und ideologisch[4] sprachliche Kommunikation andererseits. Diese Verselbständigung nun bildet die Voraussetzung dafür, daß in der geistigen Arbeitssphäre der Austausch von produzierten Gegenständen, Werkzeugen wie Kommunikationsmittel, nicht mehr als kommunikativer Akt aufgefaßt wird. Bedingt durch die Klassenteilung der Gesellschaft hat Kommunikation nicht mehr die Aufgabe, Gesamtgesellschaft als Gattungsexistenz zu konstituieren, sondern dient herrschaftmäßig angeeignet, der Selbstdarstellung und Tradierung ebendieser Herrschaft, überträgt so den Klassenwiderspruch mit der Aneignung der Medien auf die kommunikativen Inhalte. Damit ist die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die herrschende Kommunikation zur Kommunikation zum Zwecke der Herrschenden wird.

---

1) E. Knödler-Bunte, Zu einem gesellschaftlichen Begriff des Mediums, a.a.O., S. 378.

2) K. Marx bezeichnet die Trennung von materieller und geistiger Arbeit als erste wirkliche Arbeitsteilung der Gesellschaft.
vgl. K. Marx/F. Engels; Die deutsche Ideologie, a.a.O.,S. 31.

3) vgl. F. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, a.a.O., S. 262.

4) Unter Ideologie verstehen wir nicht 'notwendig falsches Bewußtsein', sondern die Widerspiegelung des gesellschaftlichen Seins, also das Verhältnis von Basis und Überbau, betr. durch das Prisma der Klasseninteressen in einer Klassengesellschaft. In diesem Sinne läßt sich Ideologie als klassenspezifisches Selbstbewußtsein innerhalb der jeweiligen Gesellschaftsformation betrachten.
vgl. A. K. Uledow: Die Struktur des gesellschaftlichen Bewußtseins. Berlin 1972, S. 166ff.

Die entscheidende Loslösung von der materiellen Produktion als Basis aller gesellschaftlichen Verhältnisse, also auch die Loslösung der Kommunikation, kann sich jedoch erst entscheidend auf der Grundlage der Materialisierung von Sprache in der Form der Schrift vollziehen.[1] Daß die Entwicklung der Schrift Ergebnis der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ist, verdeutlicht ihr Ursprung, der in der religiösen Kunst, in der bildlichen Darstellung kultischer Handlungen zu suchen ist. Sie ist somit zunächst grundlegend an den Kultus, an die Religion gebunden.[2] Hier liegt auch die gemeinsame Basis der Schrift mit der kultischen Architektur.[3] In der fortschreitenden Formalisierung der kultischen Darstellungen und schließlich im Abstrahieren vom Bild selbst entsteht die Buchstabenschrift. Im Prozeß der Abstraktion gewonnen, ist die Mediatisierung der Sprache in der Schrift Voraussetzung und Grundlage für eine vom jeweiligen historisch-sozialen Kontext losgelöste Verständigung. Die Schrift, als erstes wesentliches Ergebnis der Arbeitsteilung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, wird zunächst von den Vertretern der nichtproduzierenden, herrschenden Klasse angeeignet.

Exkurs:

Zur Erläuterung soll diese Feststellung an der frühen deutschen Geschichte verdeutlicht werden[4]: Zu Beginn des deutschen Mittelalters waren hauptsächlich die Vertreter der christlichen Kirche, infolge ihrer Verwurzelung in einer kulturell höher stehenden Kultur, der Schrift kundig; sie

---

1) vgl. E. Knödler-Bunte, a.a.O., S. 382.

2) Das zeigt sich in den Vorformen der Schrift, sei es beispielsweise bei den ägyptischen Hieroglyphen oder bei den altgermanischen Runen.
Zum kultischen Ursprung der Schrift vgl. M. Schlesinger: Geschichte des Symbols. Berlin 1912 u. O. Spengler: Untergang des Abendlandes. München 1913, Bd. 1, S. 235ff u. Bd. 2., S. 132ff, besonders aber S. 180ff.

3) vgl. dazu S. Giedion: Ewige Gegenwart Bd. 2. Der Beginn der Architektur. Köln 1965, passim, bes. aber S. 201ff.

4) Es soll hier keine ausführliche Darstellung gegeben werden, sondern es genügt im Rahmen dieser Betrachtung, die Entwicklung der Schrift bis zum Buchdruck in ihrer historischen Vermitteltheit und Klassengebundenheit zu skizzieren.

wurden damit die Übermittler des Erbes der römischen Zivilisation, die gemäß der christlichen Ideologie und feudalen Herrschaftsbedürfnisse angeeignet wurde. Die Kenntnis der Verwaltungstechnik und die Schriftkundigkeit machte die kirchlichen Würdenträger in einem Reich, das keine ausgebildeten Beamten besaß, zu unverzichtbaren Organen der feudalen Herrschaftsausübung; sie wurden nicht nur zum Instrument der feudalen Herrschaft, sondern zu einem Teil der herrschenden Klasse selber. Die Bindung der feudalen Macht an die Institution der Kirche ist als Notwendigkeit, aus den gesellschaftlichen Verhältnissen resultierend, anzusehen.[1] Träger der frühmittelalterlichen Kultur konnte daher nur die Kirche sein; besonders die Klöster beschäftigten sich mit der Tradierung gesellschaftlichen Wissens in schriftlicher Form.[2]

Erst mit der Arbeitsteilung zwischen agrikolarer und handwerklicher Arbeit trat die mittelalterliche Stadt, als Ort der einfachen Warenproduktion, dem feudal organisierten Land gegenüber, das im Besitz der ökonomischen und politischen Macht war. Je mehr sich nun die neue Produktionsweise ausbreitete, das Land von sich ökonomisch abhängig machte[3], strebte die Stadt in ihrer politischen Organisation nach politischen Rechten, die einmal erkämpft, schriftlich fixiert in der Stadt aufbewahrt wurden, denn "Mit der Stadt ist zu leich die Notwendigkeit der Administration, der Polizei, der Steuern usw. kurz des Gemeinwesens und damit der Politik überhaupt gegeben."[4] Daß die vielfältigen Rechte und Pflichten nicht

---

1) vgl. dazu H. Mottek: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands Bd. 1. Berlin 1971, S. 66 und 91; ferner H.J. Geerdts: Deutsche Literaturgeschichte in einem Band. Berlin 1971, S. 18.

2) vgl. H. K. Scholl: Wegmarken der Entwicklung der Schreib- und Drucktechnik. München 1965, S. 15.

3) "Wenn das Land im Mittelalter die Stadt politisch ausbeutet, überall da, wo der Feudalismus nicht durch ausnahmsweise städtische Entwicklung gebrochen ist, wie in Italien, so exploitiert die Stadt überall und ohne Ausnahme das Land ökonomisch durch ihre Monopolpreise, ihr Steuersystem, ihr Zunftwesen, ihren direkten kaufmännischen Betrug und ihren Wucher."
K. Marx: Das Kapital Bd. 3. In: MEW Bd.25, S. 809.

4) K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 50.

mündlich tradiert werden konnten, sondern der schriftlichen Überlieferung bedurften, ergab sich schon aus der Tatsache der Auseinandersetzung mit den Feudalmächten und deren Willkür.
Kurz, es bildete sich eine durch die Produktionsweise bedingte und gekennzeichnete städtische Gesellschaft heraus, die, nach politischer Unabhängigkeit von den die Produktionsweise hemmende feudalen Verhältnissen strebend, ihre eigene politische Organisation und Kultur entwickelte.

Auch in der Stadt war es wiederum die herrschende Schicht, die Patrizier - reiche Kaufleute oder deren Nachfahren -, die sich, schon infolge ökonomischer Notwendigkeiten, die Schrift aneigneten.[1] Mit der Herausbildung des Selbstbewußtseins der führenden Schicht innerhalb des bürgerlichen Standes wurde die Schrift bald nicht mehr nur zu praktischen Zwecken gebraucht, sondern diente auch der Selbstdarstellung, wobei man an höfisch-ritterliche Traditionen anknüpfte.
Von der Notwendigkeit, sich die überkommenen Verwaltungs- und Herrschaftstechniken, das vorhandene Wissen der Gesellschaft, anzueigenen, zeugen nicht zuletzt die frühen Universitätsgründungen[2], die zwar zunächst den krichlichen Bedürfnissen Rechnung trugen, schon bald aber mit Jurisprudenz und anderen weltlichen Fächern, auch den spezifisch bürgerlichen Bedürfnissen gerecht wurden. Noch deutlicher spiegelten die Lateinschulen in den Städten das bürgerliche Bedürfnis der Anknüpfung an das kulturelle Erbe.[3]

---

1) Der Fernhandel vollzog sich bereits im 13. Jahrhundert auf schriftlicher Grundlage; die Bestellungen bei anderen Handelshäusern wurden schriftlich getätigt.
vgl. dazu H. Mottek, a.a.O., S. 182.

2) Hier seien einige Gründungsdaten früher Universitäten in Deutschland angeführt, die vor der Erfindung des Buchdrucks lagen:

Prag	1348
Wien	1365
Heidelberg	1386
Köln	1388
Würzburg	1402
Leipzig	1409
Rostock	1419.

vgl. ro ro ro Lexikon Bd. 9. Mannheim 1966, S. 2189.

3) vgl. W. Andreas: Deutschland vor der Reformation. Stuttgart 1959, S. 391f.

Diesen Bedürfnissen stand die traditionelle Überlieferungsweise der handschriftlichen Vervielfältigung entgegen. Ökonomisch unerschwinglich - ein handgeschriebenes Buch kostete zwischen 100 Kronen und 500 Goldgulden[1] oder der Verrechnungswert war, wie H.K. Scholl versichert, "ein Weinberg, eine Rinderherde oder andere große Werte."[2]-, von den Mönchen vernachlässigt[3], konnte das handgeschriebene Buch den Anforderungen der Zeit nicht mehr gerecht werden. Die Zeit war reif für die Schaffung eines neuen Mediums, das gedruckte Buch, das von Gutenberg um 1445 erfunden wurde. Die technische Herkunft des Mediums verdeutlicht seine Qualität, Produktionsmittel zu sein, der Erzeugung von materiellen Gegenständen zu dienen; es ist damit unmittelbarer Teil der materiellen Produktion, auch wenn es dazu dient, geistige Inhalte zu transportieren.

Die Erfindung des Buchdrucks war kein, wie Scholl glauben machen will, "verwirklichter Einfall eines echten Erfinders"[4], sondern wurde aus den historisch konkreten gesellschaftlichen Bedürfnissen geboren. Mit dem Buchdruck verbilligte und beschleunigte sich die Vervielfältigung von Büchern; "Ende des 15. Jahrhundert war selbst ein Prachtdruck etwa achtmal billiger als eine schöne illuminierte Handschrift des gleichen Werkes. Einfache Drucke waren sogar 20-30mal billiger."[5]

---

1) vgl. K. Koszyk: Vorläufer der Massenpresse. München 1972, S. 15.

2) H.K. Scholl, a.a.O., S. 15.

3) "Viele Mönche waren nicht einmal mehr in der Lage, Handschriften zu lesen. Einige betrieben einen schwunghaften Handel mit herausgerissenen Buchseiten, wie es heute auch bei Antiquariaten üblich geworden ist. Die damals in Gebrauch gekommenen Ketten, mit denen man Bücher in den Bibliotheken vor Diebstahl zu sichern suchte, sprechen eine deutliche Sprache."
K. Koszyk, a.a.O., S. 16.

4) H.K. Scholl, a.a.O., S. 19.

5) K. Koszyk, a.a.O., S. 17.

Mit der leichteren Zugänglichkeit von Herrschaftswissen durch das gedruckte Buch, setzte eine sprachliche Abschliessung des Herrschaftswissens ein, die sich in der Verwendung der lateinischen Sprache durch die profanen Gelehrten äußerte, so den aufstrebenden Handwerkszünften den Zugriff erschwerte.[1] Es kam zu einem Widerspruch zwischen Volkssprache und Gelehrtensprache, entsprungen aus der klassenmäßigen Aneignung des kulturellen Erbes, der auf sprachlicher Ebene sehr anschaulich die Existenz von zwei Kulturen in der Klassengesellschaft verdeutlicht.[2]

Mit dem Buchdruck trat die Bedeutung der übrigen Medien, zunächst für die herrschende Klasse, zurück, weshalb der enthusiastischen Wertung V. Hugos tendenziell zuzustimmen ist: "Bis Gutenberg war die Baukunst die allgemeine Weltschrift, bis in das 15. Jahrhundert war sie die umfassende Chronik der Menschheit. Im 15. Jahrhundert wurde alles anders. Der menschliche Geist entdeckt, sich zu verewigen, ein Mittel, das nicht nur dauerhafter und widerstandsfähiger ist als die Baukunst, sondern auch einfacher und handlicher. Die Baukunst ist entthront. Auf des Orpheus steinerne Schrift folgt die bleierne Gutenbergs. Die Erfindung der Buchdruckerkunst ist das größte Ereignis der Geschichte, allen Umsturzes Mutter, Erneuerung menschlicher Ausdrucksmittel von Grund auf."[3] Zwar wurde mit dem Buchdruck das gedruckte Buch zum herrschenden Medium, also zum Medium der Herrschenden, jedoch bestehen die anderen Medien, wie beispielsweise die Architektur, daneben fort. Die Aussage Victor Hugos aber dokumentiert das Zurücktreten der kommunikativen Leistungen der Architektur im Bewußtsein seiner Zeitgenossen. Nach der Erfindung des Buchdrucks übernimmt das Buch zunehmend die Aufgaben älterer Medien, wird Träger der praktisch sprachlichen und mystisch sprachlichen Kommuni-

---

1) vgl. dazu W. Andreas, a.a.O., S. 499ff.

2) Zur These der zwei Kulturen in einer Kultur bei Klassengesellschaften vgl. W.I. Lenin: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage.
In: derselbe, Werke, Bd. 20, Berlin ^{4}1970, S. 8f.

3) V. Hugo zit. nach H.K. Scholl, a.a.O., S. 22.

kation. Vor den Möglichkeiten, die das Buch eröffnet, tritt die praktisch gegenständliche und mystisch gegenständliche Kommunikation, wie sie sich in architektonischen Formen äussert[1], immer mehr zurück, bis sie schließlich heute überwiegend nur noch unbewußt[2] oder als rein ästhetische, losgelöst von ihrem jeweiligen sozialen Kontext, betrachtet wird.

- - - - - - - - - - - - - - -

Der kommunikative Aspekt städtebaulicher Formen wird unmittelbar deutlich, wenn das Verhältnis zwischen Stadt und Einwohner vom materialistischen Gesichtspunkt her erfaßt wird, denn dann ist Architektur in ihrer Realisierung nicht länger die verwirklichte Idee ästhetischen Gestaltens, sondern ergibt sich unmittelbar aus den materiellen Notwendigkeiten und Gesetzmäßigkeiten des materiellen Lebensprozesses selbst: " Die baulich-räumliche Gestalt der Stadt ist Mittel und Ausdruck der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebensprozesses der Stadt in einer historisch konkreten Gesellschaftsformation."[3] Der Lebensprozeß wiederum ist von den politischen, rechtlichen, religiösen und sonstigen Bedingungen geprägt, deren reale Basis und das letztlich bestimmende Moment die ökonomischen Verhältnisse der Gesellschaftsformation, die hostorisch konkreten Produktionsverhältnisse, sind.[4] Gemäß der Qualität der Stadt, Mittel und Ausdruck des gesellschaftlichen Lebensprozesses zu sein, zeigt die Kommunikation zwei Seiten, die zueinander in dialektischem Verhältnis stehen: einmal faßt ein sie beschreibender Begriff die menschlich kommunikativen Beziehungen innerhalb des städtischen Areals, die Leistung

---

1) Wir beziehen uns gemäß des zu behandelnden Problemkreises hier nur auf die Architektur, behandeln also nicht die gegenständliche Kommunikation, die sich beispielsweise über Werkzeuge, religiöse Gebrauchsgegenstände etc. zu vollziehen vermag.

2) Das Unbewußtbleiben baulicher kommunikativer Leistungen drückt sich nicht zuletzt darin aus, daß die Kommunikationswissenschaft Architektur, zählt sie sie überhaupt zu den kommunikativen Medien, allenfalls als Randphänomen betrachtet.

3) B. Flierl: Lebensweise-Soziologie-Architektur. In: Deutsche Architektur 19. Jg./ 1970/ H.4, S. 244.

4) Vgl. F. Engels: Brief an W. Borgius in Breslau. In: H.Ch. Buch (Hrsg.), Parteilichkeit der Literatur oder Parteiliteratur? Reinbek 1972, S. 42ff.

als Kommunikationsraum, der den Subjekten ermöglicht, miteinander in Beziehung zu treten, zum anderen die Kommunikation durch die Gesalt der Stadt selbst, ihre Erscheinung als Produkt des materiellen städtisch-gesellschaftlichen Lebens, also die Beziehung zwischen den baulichen Objekten und den gesellschaftlichen Subjekten. Demgemäß ist der Kommunikationsbegriff weit zu fassen: "als materielle und ideelle Kommunikation, das heißt Beziehungen , Verbindungen, Verknüpfungen aller Art im gesamten Reproduktionsprozeß des individuellen und gesellschaftlichen Lebens der Menschen."[1)]

In dieser Arbeit soll die Stadt unter dem Aspekt der kommunikativen Leistung ihrer Architekten betrachtet werden; das bedeutet nicht, daß ihr Einfluß auf die Beziehungen der Bewohner unberücksichtigt bleibt. Diese Möglichkeit wird schon wegen des komplexen Verhältnisses zwischen Mensch und Stadt ausgeschaltet, denn die Stadt als materielle Umwelt wirkt auf die sie schaffenden Menschen zurück und bestimmt nicht nur räumlich deren Lebensprozeß.
Mit der Betonung des Gestaltaspektes der Stadt und der Wirkung dieser Gestalt auf den Menschen ist gleichzeitig die ästhetische Seite dieser Kommunikation angesprochen. Die praktischen Anforderungen an die Architektur als Gestalterin der Stadt sind "durch bestimmte ideelle Ansprüche ergänzt, die sich aus Vorstellungen und Idealen der Menschen von ihrer gesellschaftlichen Wirklichkeit und der solchen Idealen entsprechenden schönen Umwelt ergeben."[2)] Allerdings werden die ästhetischen Anforderungen durch die praktischen prädominiert und unterliegen damit den Wandlungen des Produktionsprozesses. Es bleibt festzuhalten, daß auch die herrschenden

---

1) B. Flierl, a.a.O., S. 244.
Obwohl Flierl glaubt, den gesellschaftlichen Lebensprozeß mit den Begriffen der strukturell-funktionalen Systemtheorie fassen zu können, stimmen wir ihm in seiner weiten Fassung des Kommunikationsbegriffes zu.

2) K. Milde: Architektur und gesellschaftliche Entwicklung. In: Deutsche Architektur, Berlin 19. Jg./1970/H.3, S. 182.

Schönheitsvorstellun en in der Klassengesellschaft den Bedürfnissen der Herrschenden entsprechen, Ausdruck des herrschenden Selbstverständnisses sind.

Ästhetik und Kommunikation sind nicht zwei getrennte Dinge, sondern lediglich zwei Seiten ein und desselben Gegenstandes, bezeichnen jeweils eine andere Betonung der Beziehung zwischen Subjekt und Objekt. Während Kommunikation sich auf die Vermittlung von Inhalten, von gesellschaftlichem Wissen, bezieht, diese Vermittlung aber notwendig materiell, durch ein Medium vonstatten geht, spricht die Ästhetik den 'Schönheitsaspekt' des Mediums an, seine künstlerisch ästhetische Wirkung auf den Menschen. Ein Gegenstand kann sowohl unter seinem ästhetischen als auch unter seinem kommunikativen Gesichtspunkt betrachtet werden.[1] Wenn der Hauptaspekt dieser Arbeit kommunikativer Natur ist, bedeutet das keinesfalls, daß nicht auch die ästhetische Seite an esprochen wird, denn die Wirkung städtebaulicher Formen auf den Menschen beruht immer auf der Einheit von Ästhetischem und Kommunikativem.

Für eine systematische Zuordnung der Architektur und der städtebaulichen Formen zu einem bestimmten Bereich der Kommunikation spricht deren spezifische Materialisierung, die auf die nicht-verbale oder visuelle Kommunikation verweist.[2] Um apperzipierbar zu werden, müssen bauliche Formen folglich rezipierbar sein als Vermittler spezifischer Inhalte, als Träger der Information. In der bürgerlichen Gesellschaft wird das Individuum dazu erzogen, hauptsächlich schriftlich fixierte, begriffliche Inhalte bewußt aufzunahmen, "d.h. Inhalte nur soweit überhaupt zu erfassen, als sie durch die trübe Linse

---

1) vgl. J. Lingenberg: Zur Problematik publizistikwissenschaftlicher Untersuchung künstlerischer Formen des Marxismus-Leninismus. In: Publizistik 11. Jg./1966/H. 3-4, S. 288. In diesem Punkt stimmen wir J. Lingenberg zu.

2) Von der rezeptiven Seite des Kommunikationsprozesses her läßt Kommunikation sich in visuelle, auditive und audiovisuelle differenzieren, der jeweils eine spezifische Form der Materialisierung im Medium entspricht.
vgl. W. Haacke: Massenmedien und Kultur. In: Publizistik 10. Jg./1965/ H. 3, S. 356ff.

einer überlieferten Begriffsbedeutung noch zu erkennen sind."[1] Hierin liegt einer der Hauptgründe für die allgemeine unkritische Apperzeption visueller Inhalte in einer Gesellschaft, die die visuelle Kritikfähigkeit zugunsten der sprachlich-begrifflichen weitgehend vernachlässigt. Visuelle Phänomene werden nur noch als Ersatzkommunikation angeboten, während im gleichen Maße die Alltagskommunikation immer mehr auf instrumentelles Handeln reduziert wird.[2] Da der Ausschluß oder die Einengung der visuellen Erkenntnisfähigkeit einer Beschneidung gesellschaftlicher Erfahrung gleichkommt[3], tritt der Herrschaftscharakter dieser Einschränkung zutage. Daher läßt sich mit J. Lundgreen feststellen: "Die Tatsache nun, daß die bürgerliche Gesellschaft in Bezug auf die visuelle Kommunikation ein weitverzweigtes Unterdrückungssystem besitzt, läßt darauf schließen, daß freie und vielfältige visuelle Erfahrungen einen großen emanzipatorischen Wert besitzen."[4] Der Ausschluß dieser emanzipatorischen Potenz liegt innerhalb der Herrschaftsstrategie, die zwecks Erhalt des gesellschaftlichen Status quo und der Abschließung des Systems gezwungen ist, kritische Erkenntnismöglichkeiten auszuschalten oder gemäß der eigenen Interessen umzubiegen. In einer Zeit, wo sich die gesellschaftlichen Widersprüche immer mehr verschärfen, für jedermann in seiner unmittelbaren Umgebung sichtbar werden (beispielsweise im Städtebau, in der Umweltverschmutzung etc.), muß es notwendigerweise darum gehen, die Begründungszusammenhänge für diese sichtbaren Mißstände zu zerschlagen, ihre Systembedingtheit zu leugnen. In

---

1) J. Lundgreen: Einige Bemerkungen zur politischen Bedeutung visueller Kommunikation zum gegenwärtigen Zeitpunkt. In: Ästhetik und Kommunikation 1. Jg./1970/ H. 1, S. 22f.

2) vgl. Adhoc-Gruppe Visuelle Kommunikation: Visuelle Kommunikation - Zur gesellschaftlichen Begründung eines neuen Unterrichtsfaches. In: Ästhetik und Kommunikation, a.a.O., S. 19.

3) "Wahrnehmungseinschränkungen in der Kindheit erzeugen mit Sicherheit ein niedriges Intelligenzniveau."
D.O. Hebb zit. nach A. Mitscherlich, Vom möglichen Nutzen der Sozialpsychologie für die Stadtplanung, a.a.O., S. 46.

4) J. Lundgreen, a.a.O., S. 25.

dem Maße, wie Reformen sich als ein Laborieren an Symptomen erweisen, lassen sich die Probleme innerhalb des Systems nicht lösen. Die emanzipatorische Seite visueller Kommunikation kann sich folglich erst in einer Gesellschaft entfalten, in der diese Kommunikation, obschon bereits immer stattfindend, bewußte Qualität im Erkenntnisprozeß erlangt.

Visuelle Kommunikation im allgemeinen, ihre emanzipatorische Qualität im besonderen, entspricht immer einer bestimmten Stufe der mit der Entwicklung der Produktivkräfte verbundenen gesellschaftlichen Entwicklung, muß sich also auch in der Analyse als historisch konkrete darstellen. Abstrahiert man trotzdem von diesen gesellschaftlichen Bedingungen, so lassen sich nur allgemein beobachtbare visuelle Kommunikationsbeziehungen beschreiben, die auf ihre Struktur und 'Funktion' hin untersucht, lediglich auf ein Reiz-Reaktionsschema zurückgeführt werden. Gemäß der Ahistorizität der Betrachtungsweise werden die Strukturen notwendig als zeitlos und interkulturell betrachtet.[1)]

Da der Inhalt der jeweiligen Kommunikation sich erst aus dem gesellschaftlich historischen Lebensprozeß bestimmt, dem ein bestimmter Stand gesellschaftlichen Wissens entspricht, dieser Zusammenhang aber geleugnet wird, "gilt in der kommunikationstheoretischen Perspektive Kommunikation als Prozeß der Übermittlung einer Aussage, die in konventionell definierten Zeichen formuliert ist"[2)], wobei der gesellschaftliche Kommunikationsprozeß "grundsätzlich auf ein Zwei-Personen-Interaktionsmodell reduziert wird."[3)] Demgemäß wurde Architektur und Städtebau unter kommunikativem Gesichtspunkt bisher entweder als symbolische Interaktion oder Zeichenfunktion gefaßt.

---

1) vgl. F.W. Dröge: Wissen ohne Bewußtsein, a.a.O., S. 59.
2) derselbe, a.a.O., S. 60f.
3) derselbe, a.a.O., S. 61.

2. Architektur als symbolische Interaktion

Die Frage nach der Bedeutung baulicher Formen wird zunächst in den USA im Rahmen der sich ausweitenden pragmatischen Kommunikationsforsohung gestellt. Indem man der Architektur sprachliche Eigenschaften beimißt[1], können die Bedeutungen der baulichen Formen, die im Prozeß der Kommunikation immer aufs neue Aktualisierung erfahren, gemäß der Kommunikationstheorie nicht primär als individuelle, sondern als gesellschaftliche Bewußtseinsakte gefaßt werden, die ihre Wirkung aus der kulturellen Gemeinsamkeit bestimmter Formen schöpfen. Damit ist die Brücke geschlagen zur Semantik, die ihre Bedeutungsaussagen aus der sprachgemeinschaftlichen konventionellen Wirkung der Wörter schöpft.[2]

Für R. Wohl und A.L. Strauss sind architektonische Symbole quasi Merkzeichen, typische Ausdrucksmomente einer bestimmten Stadt im Vergleich zu den Symbolen anderer Städte. Diese Symbole - bestimmte Viertel, Skylines etc. - erscheinen als Repräsentanten der jeweiligen Stadt und erhalten ihre kommunikative Bedeutung durch ihre an Unverwechselbarkeit geknüpfte Verstehbarkeit im konventionellen Gespräch.[3]
Außerdem betonen die Autoren, daß bestimmte Plätze oder Gebäude in den Städten mit bestimmten historischen Ereignissen verbunden sind und diese insofern symbolisieren. Die Komplexität der einzelnen Stadt und ihres sozialen Lebens wird in Merkzeichen aufgelöst um einen zwar ungenauen, doch, wie

---

1) "If, as Robert Park suggested, the city is 'a state of mind', then city people must respond psychologically to their urban environment; they must, to some extent, attempt to grasp the meaning of its complexity imaginatively and symbolically as well as literally."
R. Wohl/A.L. Strauss: Symbolic Representation and the Urban Milieu. In: The American Journal of Sociology, Chicago vol. 63/July 1957-May 1958, S. 523.

2) vgl. A. Neubert: Semantischer Positivismus in den USA. Halle 1962, S. 16.

3) "For the purposes served by the symbol, however, it ist not really necessary for anyone literally to see the view itself - the important thing is to be able to understand what it represents."
R. Wohl/A.L. Strauss, a.a.O., S. 526.

man meint, praktikablen Plan des urbanen gesellschaftlichen Zusammenlebens zu erhalten.[1] Diese Komplexität erfordert eine Analogisierung, d.h. die städtischen Strukturen werden mit anderen Gegebenheiten der Umwelt verglichen. Auf diese Weise hofft man, zu signifikanten Attributen, die qualitative Aussagen über die jeweilige Stadt zulassen, zu kommen. Diese Methode wird motiviert mit der Eigenschaft städtischer Symbole, größere und komplexere Verhältnisse zu repräsentieren. Ziel symbolischer Erfassung städtebaulicher Strukturen ist: "When the city has been symbolized in some way, personal action in the urban milieu becomes organized and relativly routinized."[2] Mit dieser Auffassung folgen die Autoren direkt den Implikationen der symbolischen Interaktionstheorie, die letztlich die Bedeutung sprachlicher Symbole daran festmacht, daß sie "indicate the significance of things or human behavior toward the thing symbolized."[3]
Allerdings wird diese Aussage eingeschränkt durch den Hinweis auf den Prozeßcharakter der Formung städtischer Konzeptionen, auf ihre immerwährende Bewegung, wobei zwar die Wirkungen städtischer Veränderungen auf die städtischen Subjekte betont, nicht aber auf die gesellschaftlichen Ursachen hinterfragt werden; als 'Ursachen' werden beispielhaft quasi als Naturereignisse beschriebene Phänomene, wie ein "economic boom" oder ein "influx of immigrants", angeführt.[4]

Die Sozialpsychologen J. Ruesch und W. Kees gehen in ihrer 'Anthologie' nonverbaler Phänomene unter dem Gesichtspunkt

---

1) "that social strukture is so complicated that even research teams of sociologists can do little more than grasp the outlines of significant groups and their interrelationships. And who, ordinarily, can hope to know or oppreciate the whole social history of a city."
R. Wohl/A.L. Strauss, a.a.O., S. 525.

2) dieselben, a.a.O., S. 532.

3) A.R. Lindesmith/A.L. Strauss: Social Psychology. New York 1956, S. 63.

4) vgl. R. Wohl/A.L. Strauss, a.a.O., S. 529ff.

der 'object language' eher beiläufig auf Architektur ein.[1] Die Kategorie 'nonverbal communication' deutet auf eine semantische Behandlung des Problems, obwohl die verhaltenssteuernden Momente dieser Kommunikation im Vordergrund stehen. Insofern werden die Objekte als Symbole gefaßt, ob sie sich nun als Symbole interpretieren lassen, oder durch Konvention zu Symbolen geworden sind. Innerhalb der Gesamtheit des Sprachsystems wird Architektur als kollektives symbolisches Ausdrucksmittel betrachtet, das zur sozialen Kontrolle benutzt wird, denn Handeln und symbolische Kontrolle sind eng miteinander verknüpft.[2] Die Nähe zur Rollentheorie deutet sich an, wenn Symbole als Statussymbole gefaßt, als Attribute des "owners" betrachtet werden.[3]
Der Auffassung, daß Kommunikation, die sich über gegenständliche Symbole über Objekte, vollzieht, in ihrer Bedeutung nicht so festgelegt sei wie sprachliche Kommunikation und daher nicht so eindeutig verstehbar[4], ist nur zuzustimmen, wenn man die Formen und Gegenstände losgelöst von ihrer gesellschaftlichen Geschichte betrachtet, sie letztlich ihrer inhaltlichen Bestimmung beraubt, als 'Formen an sich' begreift.

Erfassen J. Ruesch und W. Kees die symbolische Bedeutung architektonischer Formen eher beiläufig im Rahmen einer umfassenderen Analyse symbolischer Kommunikation, so versucht K. Lynch von der Wahrnehmungspsychologie her im Anschluß an die Imageforschung von K. Boulding das Image der Stadt im

---

1) "Object language comprises all intentional and nonintentional display of material things, such as implements, machines, art objects, architectural structures and - last but not least - the human body and whatever clothes or covers it.
J. Ruesch/W. Kees: Nonverbal Communication. Berkeley/Los Angeles 1959, S. 189.

2) vgl. J. Ruesch: The Social Control of Symbolic Systems. In: Journal of Communication 17.Jg./1967/H.4, S. 276 u. 281.

3) "We all consciously look for nonverbal clues in buildings, landscapes, and interriors,for we know that this clues have something to say about the status, prestige, tast and other values of those who own them. Such an Wareness is used by architects, decorators, and owners to set the scene for social encounters." ebenda.

4) vgl. J. Ruesch/W. Kees, a.a.O., S. 190f.

Bewußtsein der Bürger zu erforschen.[1] Ausgangspunkt dieses gestaltpsychologischen Ansatzes ist die symbolische Erfahrung der Stadt: "Potentiell ist die Stadt an sich das gewaltige Symbol einer komplizierten Gesellschaft. Wenn dieses Symbol deutlich dargesellt wird, kommt sein Sinn auch klar zum Ausdruck."[2] Gemäß der wahrnehmungspsychologischen Grundlage der Gestaltpsychologie treten Lesbarkeit, Einprägsamkeit und Emotionsaspekt der baulichen Formen in den Vordergrund.[3] Die symbolische Fassung des städtischen Milieus tritt als Ergebnis einer Interaktion zwischen Mensch und Umwelt auf.[4] Die Frage nach der Bedeutung ist für K. Lynch grundsätzlich individuell zu lösen; ihre gesellschaftliche Qualität ergibt sich lediglich aus der Gleichartigkeit individueller Wahrnehmung aufgrund gleicher biologisch sinnlicher Ausstattung. Gemäß der behavioristischen Grundlage der Gestaltpsychologie läßt die Beziehung zwischen Individuum und Umwelt sich auf ein Reiz-Reaktionsschema zurückführen. "Zwar ist hier der Reiz auf spezifisch strukturierte Gestaltungsphänomene, z.b. Symmetrie, Nähe, Ähnlichkeit, Durchgängigkeit bestimmter Figuren eingeschränkt, jedoch behauptet auch dieses Programm objektives Gesetzeswissen im Sinne anthropologischer Konstanten erarbeitet zu haben."[5]

Wie im Behaviorismus überhaupt, so fehlt auch bei K. Lynch die Analyse der historischen Dimension räumlicher Strukturen; er weist lediglich auf den Prozeßcharakter der Stadt hin[6], auf ihre Veränderlichkeit in der Zeit. Die Stadt stellt sich

---

1) vgl. K. Lynch: Das Bild der Stadt. In: Bauwelt Fundamente Bd. 16, Frankfurt M/Wien 1965, passim.

2) derselbe, a.a.O., S. 14.

3) vgl. derselbe, a.a.O., S. 12ff.

4) "Das Bild der Umwelt ist das Ergebnis eines Prozesses, der zwischen dem Beobachter und seiner Umwelt stattfindet. Die Umwelt bietet Unterscheidungen und Beziehungen, und der Beobachter wählt und fügt mit großer Anpassungsfähigkeit zusammen und gibt dem, was er sieht, eine Bedeutung." derselbe, a.a.O., S. 16.

5) M. Troll: Stadt- und Regionalsoziologie. In: Deutsche Bauzeitung 104. Jg./1970/ H. 3, S. 159.

6) vgl. K. Lynch, a.a.O., S. 11 u. 110.

somit dar als System in der Zeit, wobei ihre Gestalt als beliebig veränderbar erscheint, nach den Wünschen der Gestaltpsychologen bildbar, als sei diese Gestalt nicht von gesetzmäßigen Entwicklungen abhängig.[1] Genau das aber heißt die Stadt in ihrer bisherigen Erscheinungsform als Wirkung ohne Ursache, als zufällig geformt, ohne Notwendigkeit, zu betrachten, eine Anschauung, die genau die, der anarchischen Stadtentwicklung zugrundeliegenden Interessen, in der Verschleierung stützt.

Im Gegensatz zu K. Lynch, der Städtebau und Architektur als Problem der Wahrnehmung begreift, versucht A. Lorenzer die Fragestellung auf dem Bereich der Wahrnehmungsverarbeitung als Erlebnisverarbeitung auszudehnen. Die Frage: "Hat die Stadt als Baukörper eine Funktion, die darüber hinausgeht, neutraler Lebensraum, perfekte, zweckmäßige Maschinerie zu sein?"[2] versucht er vor dem Hintergrund eine psychoanalytisch erweiterten Symboltheorie semantischer Prägung zu beantworten. Den Beziehungs- oder Emotionsaspekt des Verhältnisses zwischen Mensch und Stadt betonend, wird die Qualität der baulichen Umwelt, ihre "emotionale Attraktionskraft", zum Kriterium für Kommunikationsbereitschaft.[3] Kommunikation wird auf eine emotionale Einstimmung zurückgeführt, die in der Form gruppenspezifischer 'Identifizierung' gemeinschaftsbildenden Charakter enthält.[4] Objekt der Identifizierung ist das Ich-Ideal, an dem eine "Übereinstimmung von Ich und Mitwelt" geleistet wird.[5] A. Lorenzer analysiert städtische Gemeinschaftsbildung als gruppendynamischen Prozeß, der durch

---

1) "Wir haben die Gelegenheit, unsere neue städtische Umwelt zu einer einprägsamen Landschaft zu formen: festgefügt, zusammenhängend und klar verständlich. Das erfordert eine Umgestaltung des städtischen Lebensraumes in Formen, die das Auge begeistern, die in den verschiedenen Ebenen von Raum und Zeit aufeinander abgestimmt sind und als Symbole für das städtische Leben darstehen können."
K. Lynch, a.a.O., S. 110.

2) A. Lorenzer: Städtebau: Funktionalismus und Sozialmontage? In: H. Berndt/A. Lorenzer/K. Horn, Architektur als Ideologie, a.a.O., S. 69.

3) vgl. derselbe, a.a.O., S. 70ff.

4) vgl. derselbe, a.a.O., S. 78f.

5) vgl. derselbe, a.a.O., S. 79.

folgende Konventionen der Gruppenmitglieder bestimmt ist: "1. die Identität des Ich-Ideals, 2. der Besitz eines emotional gleichlautenden Symbolsystems und 3. die Übereinstimmung in der Haltung, in der Einnahme der Position des Ich dem Ich-Ideal gegenüber."[1] Die Bindung der Gruppe an diese Konventionen bedingt ihre Individualisierung; die städtische Gruppierung wird also über die Identifikation der Gruppenmitglieder mit den baulichen Symbolen hergestellt.[2]

Die Symbole werden im Anschluß an Ritchie und Langer definiert als "Gebilde, die 'Objekte' repräsentieren, mit ihnen in Zusammenhang stehen, von ihnen aber unterscheidbar sind, von diesen Objekten abhängen (und umgekehrt), aber selbständige Einheiten bilden."[3] Symbolbildun als Ergebnis eines durchgängigen menschlichen Symbolbildungsvermögens, wird von A. Lorenzer, nach S.K. Langer, in diskursive Symbolbildung, die sprachlich-begriffliche Symbolik, einerseits und in präsentative Symbolbildung, als gestische, mimische, gegenständliche etc. Symbolik, andererseits unterteilt. Der wesentliche semantische Unterschied zwischen beiden Formen der Symbolbildung ist der Absens der Denotation - das Spezifikum der diskursiven Symbolik - bei der präsentativen Symbolik angeführt.[4]

Im Hinblick auf die soziale Bedeutung betont A. Lorenzer die integrative Leistung baulicher Formen, denn "Auch die sinnfälligen Gebilde fungieren als Symbole und können als Symbole im Ich-Ideal aufgenommen werden."[5] Durch diese Möglichkeit erhalten Architektur und Städtebau gemeinschaftsbildende Funktion: "Die Gestaltung der Umwelt (wird R.G.) als Teil des symbolbildenden Prozesses signifikante(r) Form

---

1) derselbe, a.a.O., S. 81.
2) vgl. derselbe, a.a.O., S. 82f.
3) derselbe, a.a.O., S. 86.
4) vgl. derselbe, a.a.O., S. 86f.
5) derselbe, a.a.O., S. 89.

(aufgefaßt, die R.G.) als solche signifikante Form für den einzelnen erlebniswirksam wird und auch für die Integration der Gemeinde wirkt."[1)]

Die Wirkung der Symbolik beruht hier auf der Verklammerung von Selbst und Sache.[2)] Indem die Architektur als präsentative Symbolbildung definiert wird, die Ort, Menschen und Symbole verklammert, diese Verklammerung als "der entschiedenste Beitrag zur Integration" erscheint, entlarvt sich diese Theorie als Herrschaftsinstrument, das auf Anpassung qua zu schaffender "prägnanter Symbolgestalt" insistiert.[3)] Dabei verlaufen die intrapsychischen Prozesse folgendermaßen: "Ausgleich und Integration im Raum strukturiert die innere Integration im Selbst vor, und zwar um so mehr, je entschiedener in der Stadt die Strukturen nicht nur sich einpendeln, sondern im ungeteilten Raum Gestalt annehmen. Diese Gestalt muß ebensosehr das Ergebnis einer funktional orientierten Stadtplanung wie eines als Symbolbildung zu begreifenden Städtebaus sein."[4)]

Die realen widersprüchlichen Prozesse, die bedingendes und bedingtes Moment des Städtebaus sind, treten hier in den Hintergrund. Sie erscheinen letztlich nur durch adäquate Symbolbildung lösbar.

Die dargestellten Ansätze spiegeln die ungefähre Breite der symbolischen Betrachtung architektonischer Gebilde.[5)] War als Hintergrund dieser Positionen die Symboltheorie als symbolische Interaktionstheorie bereits angeklungen, so soll diese Grundlage hier näher betrachtet werden, um eine grundsätzlichere

---

1) A. Lorenzer: Städtebau: Funktionalismus und Sozialmontage? In: H. Berndt/A. Lorenzer/K. Horn, Architektur als Ideologie, a.a.O., S. 69.

2) Diese Verklammerung, die auf den öffentlichen Raum bezogen ist, bezeichnet in der privaten Sphäre die Repräsentation des Status.

3) vgl. A. Lorenzer, a.a.O., S. 99f.

4) A. Lorenzer, a.a.O., S. 100.

5) Der relativen Vollständigkeit halber seien noch einige weitere, der Soziologie oder Dozialpsychologie zugehörige Autoren genannt, die Architektur und Städtebau mehr oder weniger explizit als symbolisches Phänomen betrachten: H.P. Bahrdt, R. Bentmann/M.Müller, H. Berndt, K. Horn, G. Laage, A. Mitscherlich, L. Mumford, H. Osswald, H. Treinen, M. Troll.

Kritik zu ermöglichen.

A. Rose geht in seiner systematischen Zusammenfassung der Theorie der symbolischen Interaktion davon aus, daß diese Theorie, im Gegensatz zum behavioristischen und gestaltpsychologischen Ansatz, Thesen für spezifisch menschliche Eiganschaften liefert und damit letztlich "sich mit dem Menschen selbst befasse."[1] Sie setzt sich also von der allgemeinen psychologischen Theorie, die generelle Verhaltensaspekte der Primaten untersucht, durch die Einschränkung des Untersuchungsgegenstandes ab, baut allerdings auf den behavioristischen und gestaltpsychologischen Theorien auf. Indem die "besondere Fähigkeit zur symbolischen Kommunikation"[2] als differentia spezifica des Menschen aufgefaßt wird, glaubt man, über die Beschreibung der Symbolisierungsvorgänge und deren zwischenmenschliche Vermittlung gesellschaftliches Leben überhaupt in den Griff zu bekommen. Wenn A. Rose Symbol als "noch nicht entfaltetes Handeln"[3] definiert, ist gleichzeitig die Anknüpfung an die Handlungstheorien von M. Weber bis T. Parsons evident. Diese Nähe zur Handlungstheorie wird von H.J. Helle aufgegriffen.[4] Glaubte A. Rose an einen dualistischen Angang an die Natur der menschlichen Psyche, einmal von der psychoanalytischen Theorie her und zum anderen durch die symbolische Interaktionstheorie, versucht A. Lorenzer, in der Übernahme der Langerschen Symbolkonzeption, beide Ansätze über die Neubestimmung des psychoanalytischen Symbolbegriffs zu integrieren.[5]

---

1) A. Rose: Systematische Zusammenfassung der Theorie der symbolischen Interaktion. In: H. Hartmann (Hrsg.), Moderne amerikanische Soziologie, Stuttgart 1967, S. 220.

2) derselbe, a.a.O., S. 221.

3) derselbe, a.a.O., S. 220.

4) vgl. H.J. Helle: Symbolbegriff und Handlungstheorie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 20. Jg./1968, S. 17-37.

5) vgl. A. Lorenzer: Kritik des psychoanalytischen Symbolbegriffs. Frankfurt/M. 1970 passim.
Im Gegensatz zu C.G. Jung faßt A. Lorenzer den Symbolisierungsprozeß als Ich-Leistung. Auch L. Rosenkötter macht auf

Es geht jedoch nicht darum, eine Geschichte der symbolischen Interaktionstheorie zu schreiben, sondern eine Analyse einiger zentraler Begriffe soll einen Vergleich mit anderen theoretischen Ansätzen, die sich mit der Beziehung zwischen Mensch und Umwelt befassen, ermöglichen. Demgemäß soll kurz der Symbolbegriff dargestellt[1], auf sein Verhältnis zum Bewußtsein und zum menschlichen Handeln eingegangen und das der Theorie zugrundeliegende Wahrheitskriterium genannt werden. Das Symbol wird von der symbolischen Interaktionstheorie zunächst, als spezifisch menschliche Form von Reizen betrachtet, die im Gegensatz zu den natürlichen und künstlichen Reizen (durch Zeichen vermittelt), ihre spezifische Bedeutung durch gesellschaftliche Konventionen erlangen.[2] In diesen Konventionen nehmen die Symbole bestimmte, relativ festgelegte Bedeutungen an. Die Gültigkeit, die 'Wahrheit', eines Symbols wird als Übereinstimmung zwischen individueller Symbolisierung und konventioneller Symbolbedeutung definiert. Unwichtig ist dabei, ob zwischen Symbol und repräsentiertem Gegenstand eine strukturelle oder sonstige Ähnlichkeit besteht, sondern das, was repräsentiert wird, erscheint als durch Gesellschaftsvertrag an einen bestimmten Gegenstand gebunden. Der Symbolisierungsprozeß gleicht damit einem Benennungsvorgang auf der Grundlage gesellschaftlicher Übereinkunft, setzt insofern immer einen gesellschaftlichen Status quo voraus.

---

die Übernahme des Strukturmodells und des philosophischen Symbolbegriffs durch die Psychoanalyse aufmerksam, wodurch sich der individuelle Sozialisationsprozeß als Teilhabe am gesellschaftlichen Kommunikationsprozeß darstellt.
vgl. L. Rösenkötter: Die Verwendung des Strukturmodells und Symbolbegriffs in der Psychoanalyse. In: Psyche 24.Jg./1970, S. 641ff.

---

1) Diese Darstellung kann nur mehr kursorischen Charakter haben, da der Symbolbegriff von den verschiedenen Autoren in recht unterschiedlichen Facettierungen gebraucht wird, so daß es beinahe so viele Symboldefinitionen wie Vertreter der Symboltheorie gibt. Eine recht umfassende Darstellung der verschiedenen Symbolbegriffe, die sich allerdings nicht auf die symbolische Interaktionstheorie beschränkt, findet sich bei S. Kreitler.
vgl. S. Kreitler: Symbolschöpfung und Symbolerfassung. München/Basel 1965, S. 13-65.

2) vgl. D.K. Stewart: Signa, Symbols and Meaning. In: Journal of Communication 16. Jg./1966/ H. 1, S. 4ff.

Der Unterschied zwischen Symbol und Zeichen ist dadurch bestimmt, daß Zeichen Verhalten direkt steuern, während die besondere Qualität der Symbole sich darin ausdrück, daß sie diese Verhalten beeinflussen und zwar nicht nur das Verhalten des Rezipienten, sondern auch das des Kommunikators.[1] Diese Auffassung geht primär auf G.H. Mead zurück, der den natürlichen Zeichen signifikante Symbole gegenüberstellt, die das Ich des Individuums erst als soziales Reagenz konstituieren. "Das 'Ich' ist die Reaktion des Organismus auf die Attitüden anderer".[2] Auf diese ins Bewußtsein gelangten Attitüden der anderen, die das Selbst konstituieren, reagiert man dann als Ich.[3] Demgemäß faßt G.H. Mead Bewußtsein und Intelligenz nicht als genetisch, sondern als sozial bedingte Qualitäten, die auf der Basis der genetischen Entwicklung entstehen[4] und folgert: "Wir müssen also Bewußtsein als etwas sehen, was im sozialen Prozeß, im realen Feld sozialer Interaktion entsteht und sich entwickelt."[5] Grundlage dieser Bewußtseinsentwicklung ist das Symbolsystem des Menschen, die Sprache: "Die Symbole spielen bei diesem Prozeß ihre Rolle, und gerade das macht Kommunikation so wichtig. Denn aus der Sprache geht der Bereich des Bewußtseins hervor."[6] War die diskursive Sprache des Menschen Ausgangspunkt für die Symboldefinition der symbolischen Interaktionstheorie, so wird dieser Ansatz ausgeweitet durch die sprachliche Betrachtung gegensätzlicher bzw. nonverbaler Äußerungen: "A symbol is a thing, the value or meaning of which ist bestowed upon it by those who use it. I say 'thing' because a symbol may have any kind of physical form; ist may have the form of a material object, a color, a sound, an odor, a motion of an object, a

---

1) vgl. A. Rose, a.a.O., S. 220 ff.

2) A. Rose, a.a.O., S. 226.

3) vgl. ebenda.

4) "Die Bewußtseinsprozesse liegen jedoch genausowenig in Worten wie die Intelligenz des Organismus in den Elementen des Zentralnérvensystems. Beide sind nur Teil eines Prozesses, der sich zwischen Organismus und Umwelt vollzieht."
G.H. Mead; Sozialpsychologie. Neuwied/Berlin 1969, S. 251.

5) ebenda

6) ebenda.

taste."[1] Auf der Linie dieser Ausweitung liegt auch die Feststellung: "Streets and buildings function as symbols."[2]

Während S.K. Langer ebenfalls von einer solch weiten Fassung des Symbolbegriffs ausgeht, aber, wie erwähnt, zwischen diskursiver und präsentativer Symbolik als Momente eines einheitlichen menschlichen Symbolisierungsvermögens dadurch unterscheidet, daß sie nur der diskursiven Symbolik denotativen Charakter zuschreibt, glaubt H.J. Helle, diese Zweiteilung aufgreifend, Langer behandle nur die präsentative Vermittlung als symbolische Kommunikation. Daher liegt für ihn das Kriterium des Symbols in der Vieldeutigkeit.[3] und Beliebigkeit: "Grundsätzlich kann jedes Ding als Symbol bezeichnet werden, sofern es geeignet befunden wird, stellvertretend einen grösseren Zusammenhang zu repräsentieren."[4] Das Symbol wird als Objektivation des Bewußtseins definiert, als Entäußerung sinngerichteten Handelns.[5] Im Sinne der Unterscheidung zwischen sachgerichtetem Handeln, das dem Sachbereich zugehörend, auf Verwirklichung, auf Praxis zielt, und dem sinngerichteten Handeln, das dem Sinnbereich entsprechend, auf Versinnlichung, "primär auf Manifestation und Kommunikation von Bewußtseinsinhalten"[6] zielt, ergibt sich für die Ralation zwischen beiden Handlungsbereichen: "Im Falle des einen Typus ist das Handeln darauf angelegt, mit einer bestimmten Sinnintention in den Sachbereich manipulativ eizugreifen und so das Handlungsziel in größtmöglicher Annäherung durch verändernden Eingriff in die physischen Gegebenheiten zu verwirklichen. Im

---

1) L.A. White zitiert nach A. Neubert, a.a.O., S. 70.

2) D.P. Crouch: Architecture as Symbolic Language. In: ETC 28. Jg./ 1971, S. 60.

3) "Während sprachliche Kommunikation voraussetzt, daß die Nachricht zunächst in ihre Elemente zerlegt wird, damit dann jedes Element für sich verbalisiert und die einzelnen Verbalisierungen zu Sätzen kombiniert werden können, wird in symbolischer Kommunikation eine komplexe Nachricht unmittelbar in ein komplexes Zeichen übersetzt."
H.J. Helle, Soziologie und Symbol, Köln/Opladen 1969, S.18.
"... der Begriff muß eindeutig, das Symbol vieldeutig sein."
Kleinstück zit. nach H.J. Helle, a.a.O.,S18.

4) H.J. Helle, Symbolbegriff und Handlungstheorie, a.a.O., S. 19.

5) vgl. derselbe, a.a.O., S. 23.

6) derselbe, a.a.O., S. 20f.

Falle des anderen Typus werden dem Sachbereich zur Kommunikation oder Gedankenmanipulation Sinnesobjekte (z.B. das gesprochene Wort) oder jene nachgebildete Vorstellungsobjekte (z.B. das nur gedachte Wort) als Medien und Sinnträger entnommen. Während im ersten Fall der Sinn zur Manipulation des Sachbereichs eingesetzt wird (sachgerichtetes Handeln), wird imgekehrt im zweiten Fall der Sachbereich zur Veränderung des Bewußtseins eingesetzt (sinngerichtetes Handeln)."[1] Das Symbol wird in den Schnittpunkt des dreidimensionalen Raums gestellt, der durch die Ebene, gebildet aus der Relation von Bewußtsein und empirischer Realität, einerseits, die Ebene, gebildet aus den, als Wissensformen unterschiedlich sich manifestierende Bewußtseinsinhalten und ihren Relationen zueinander, andererseits, zu denen als dritte Ebene die Zeit, innerhalb derer die, durch das Symbol vermittelte Beziehung zwischen zwei Subjekten sich abspielt, hinzutritt, abgesteckt ist. Der soziale Raum ist charakterisiert als System in der Zeit,dessen Verknüpfung die Symbole leisten.[2]

Bevor die symbolische Interaktionstheorie abschließend zu kritisieren ist, soll ein weiterer theoretischer Ansatz, der Architektur und Städtebau als semantisch beschreibbare und deutbare Phänomene faßt, charakterisiert werden; die Semiotik oder Zeichentheorie. Beide theoretischen Erklärungsmodelle sind auf ihre Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Beziehung von Symbol bzw. Zeichen und Bewußtsein zu untersuchen, bei aller Unterschiedlichkeit der Methodologie.

---

1) H.J. Helle, Soziologie und Symbol, a.a.O., S. 29.
Mit dieser Fassung des Verhältnisses von Symbol, Bewußtsein und Handeln glaubt Helle, einen dritten Weg zwischen Idealismus und Materialismus gefunden zu haben.

2) vgl. derselbe, Symbolbegriff und Handlungstheorie, a.a.O., S. 18ff und derselbe, Soziologie und Symbol, a.a.O., S.29ff.

3. Architektur als Zeichensprache

Während nach der symbolischen Interaktionstheorie Objekte in Symbole übersetzt werden, (d.h., den Objekten symbolische Bedeutung zugesprochen wird), die ihre grundlegende Bedeutung durch Konvention in der zwischenmenschlichen Beziehung erhalten, hat die Informationsästhetik und die Semiotik gedankliche Modelle entwickelt, die Gestaltkategorien auf der Grundlage von Zeichenklassen erklären. Ausgangspunkt dieser Auffassung ist nicht zuletzt der zeichentheoretische Ansatz Ch.S. Peirce'; für ihn kann alles die Funktion von Zeichen übernehmen, was zum Zeichen erklärt wird.[1] So faßt J. Uhl den architektonischen Prozeß als Zeichensprache, für den er 'strukturelle Ähnlichkeiten' mit den 'Bedin ungs-Beziehungen' feststellt, die sich als Komplex einander überlagernder und ergänzender, subjektiver und objektiver Bedingungen darstellen, und gerade der Begriff der 'strukturellen Ähnlichkeit' definiert Architektur als Zeichensprache.[2] Der architektonische Prozeß wird begriffen als Entwurfsprozeß, der sich wesentlich als Ordner "adäquater Charaktere", d.h. Zeichen, darstellt, "die das bedeuten können, was sie bedeuten sollen und deren Bedeutungskapazität konntrollierbar, nachprüfbar ist."[3] Die Bedeutung wird an der intellektuellen Konvention und der Handlungserwartung festgemacht. Damit setzt Architektur ein gesellschaftstheoretisches Vorverständnis voraus, das nicht aus der Architektur selbst gewonnen werden kann.
Ziel der zeichentheoretischen Fassung der Architektur ist letztlich, eine gemeinsame Sprache der Wissenschaften zu finden, die die Bedeutung gesellschaftlicher Prozesse zu erklären suchen und deren Ergebnisse für die Architektur vorgängige Informationen sind: "Eine solche gemeinsame Sprache läßt die Kommunikation zu, die nötig ist, um das ganze

---

1) vgl. B. Bergius: Mies' Seagram Building. In: Bauwelt 59 Jg. 1968/ H. 36, S. 1126 u. F. Knilli: Nachwort. In: Ch.W. Morris, Grundlagen der Zeichentheorie/ Ästhetik und Zeichentheorie, Reihe Hanser Kommunikationsforschung, München (1972), S. 126.

2) vgl. J. Uhl: Architektur als Zeichensprache. In: Bauwelt 60. Jg./ 1969 / H. 34, S. 1159f.

3) ebenda.

Umfeld, das die Architektur beansprucht, und das der unterschiedlichsten Kräfte und Energien bedarf, einzubeziehen."[1] Daß man sich durch die Übernahme, außer der Behebung der Verständnisschwierigkeiten, auch theoretischen Gewinn erhofft und eine quantitative Methode, wird an anderer Stelle deutlich: "Semiotik könnte die Basis zu einer gemeinsamen Strukturtheorie legen und damit zu einem Abbau der tiefgreifenden Verständnisschwierigkeiten beitragen, nicht nur der gestaltenden Disziplinen untereinander, sondern auch zwischen den 'Zeichensetzern' und den 'Zeichenlesern'. In Verbindung mit den statistischen Meßmethoden der ästhetischen Informationstheorie könnte die Semiotik in Zukunft sogar quantifizierbare Vergleichswerte für verschiedene Umweltqualitäten liefern."[2] So wird auf der Basis der Zeichentheorie Ch.S. Peirce', die in der BRD hauptsächlich von M. Bense aufgenommen worden ist, und der Semiotik von Ch.W. Morris, teilweise durch Integration beider Ansätze[3], eine semiotische Analyse der Architektur vorgenommen, die zunächst spezifisch auf die kommunikationsästhetische Funktion der baulichen Formen abhebt. Dabei stellen ästhetische Aussage und praktischer Gebrauchswert Gegensätze dar,[4] die unvermittelt nebeneinander stehen. Im Verhältnis zu anderen Formen der Entäußerung menschlicher Wesenskräfte erscheint die Kunst grund-

---

1) J. Uhl: Architektur als Zeichensprache, a.a.O., S. 1160.

2) Seminar 204 der Staatlichen Hochschule für bildende Künste: Information einer Geschäftsstraße. In: Stadt Bauwelt 59.Jg./ 1968/ H. 20, S. 1497.

3) Die beiden Ansätze lassen sich nicht streng voneinander scheiden, sondern stellen Stationen auf dem Weg zu einer allgemeinen Zeichentheorie dar. Insofern kehren bei Ch.W. Morris, der sich ausdrücklich auf Ch.S. Peirce bezieht, zwar nicht alle Zeichenklassen, wohl aber die Zeichenbezüge und -aspekte in den verschiedenen Zeichendimensionen wieder.
vgl. F. Knilli, a.a.O., S. 126f.
Als Beispiel für einen Integrationsversuch bei der Beschreibung des architektonischen Gestaltungsprozesses sei auf den Ansatz von B. Bergius verwiesen.
vgl. B. Bergius, a.a.O., S. 1126f.

4) "Architektonische Elemente als 'Mittel' und 'Objekte' haben neben ihren Gebrauchsfunktionen (Realzeichen) auch kommunikative Funktionen (Kommunikationszeichen)."
B. Bergius, a.a.O., S. 1127.

legend durch eine emotionale Qualität gekennzeichnet, durch die Hervorbringung von Gefühlswerten. Dementsprechend liegt der besondere semantische Charakter künstlerischer Formen nicht in der Zeichentheorie allein begründet, sondern ergibt sich aus der Durchdringung von Semiotik und Werttheorie.[1)]

Die Darstellung der Kommunikation erfolgt nach der beschreibende Informationsästhetik, die, gemäß der allgemeinen Informationstheorie, Architektur als kommunikativen Prozeß zwischen Sender und Empfänger betrachtet. Der Sender ist dabei die Entscheidungsgruppe (Architekt, Auftraggeber, Bauunternehmer etc.), während als Empfänger der Benutzer oder 'Leser' von Architektur betrachtet wird. Die Nachricht selber ist an die architektonischen Zeichen gebunden.
Nun geht es in der Informationstheorie wesentlich um die Verstehbarkeit von Kommunikation, um die Lesbarkeit der Zeichen, ein Vorgang, der durch Störungsquellen (Rauschen) beeinträchtigt werden kann. Störungen im Prozeß architektonischer Kommunikation sind nach F. de Fusco sämtliche "Beeinträchtigungen und Verzögerungen..., die durch die Bürokratie, die Gesetzgebung, die Spekulation usw. entstehen und sich negativ auf den Kommunikationsprozeß auswirken oder ihn geradezu blockieren."[2)]
Störungen im Kommunikationsprozeß können gemäß der Informationstheorie durch Wiederholung oder zusätzliche erklärende Information, also durch Redundanz, aufgehoben werden.
Die beschreibende Informationsästhetik, als deren Hauptvertreter in der BRD Max Bense gelten kann, versucht Kunstwerke, zu denen er die Architektur zählt, nach ihrem Verhältnis von Information und Redundanz zu beschreiben, wobei mit Hilfe statistischer Methoden bestimmte Kenngrößen, wie z.B. Streuungen, Mittelwerte, Überraschungswerte, Anfälligkeitswerte

---

1) Gemeint ist hier nicht die ökonomische Werttheorie, sondern eine Theorie der ästhetischen Wertung. Grundlage der beschriebenen Positionen ist die Aussage I.A. Richards, der als Begründer semantischer Ästhetik gilt: "Die beiden Pfeiler, auf denen eine Theorie der Kunstkritik ruhen muß, sind die Darstellung der Wertung und eine Darstellung der Kommunikation."
I.A. Richards: Principles of Literary Criticism. London 1924, S. 25.

2) R. de Fusco, a.a.O., S. 128.

etc., ermittelt werden.[1] Nun ermöglicht diese Beschreibung zwar wohldefinierte Aussagen, die aber infolge der Einheit von Kommunikation und Bewertung ästhetischer Phänomene letztlich bedeutungslos sind, geben sie doch eine Seite des Verhältnisses zwischen Subjekt und ästhetischem Objekt als das Ganze aus.

Demgegenüber versucht die erklärende Informationsästhetik[2], auf der Grundlage der Birkhoffschen Ästhetik und der Informationspsychologie, zu einer Wertung von Kunstwerken zu kommen[3]. Dieser Ansatz, der wesentlich auf A. Moles zurückgeht, faßt den Kommunikationsprozeß grundlegend als offenes System, das durch die Menge der Information bestimmt ist. In Anlehnung an den zweiten Hauptsatz der Thermodynamik wird der Begriff der Entropie[4] als Maß des Unordnungszustandes des Systems eingeführt. Nach Moles "ist die Menge der Information als direkt proportional zu ihrer Unvorhersehbarkeit und daher zur Entropie anzusehen. Je größer das Maß an Unvorhersehbarkeit einer Nachricht ist, desto größer ist deahalb die Menge an Information."[5] Der Wert des Kunstwerkes ergibt sich demnach aus der Unvorhersehbarkeit seiner Struktur. Ferner betont A. Moles, "daß der Informationsfluß eines zeitlichen Kunstwerkes eine obere Grenze nicht überschreiten dürfe, um noch apperzipierbar zu sein, aber auch eine untere Grenze mindestens erreichen müsse, damit es nicht zu informationsarm

---

1) vgl. dazu H. Frank: Kybernetik und Philosophie. Berlin 1966, S. 128f.

2) Zur informationsästhetischen Betrachtung der Architektur vgl. auch M. Kiemb: Ästhetische Probleme der Architektur unter dem Aspekt der Informationsästhetik. Quickborn 1967, passim.

3) vgl. P. Gunzenhäuser: Informationstheorie und Ästhetik. In: Umschau in Wissenschaft und Technik 1962/H. 62, S. 622ff, passim.

4) Zum Begriff der Entropie in der Kommunikationstheorie vgl. C. Cherry: Kommunikationsforschung - eine neue Wissenschaft. Hamburg ^{2}1967, S. 254f.
C. Cherry steht diesem Begriff allerdings sehr kritisch gegenüber.

5) G. Dorfles: Simbolo communicazione sonsumo., zit. nach R. de Fusco, a.a.O., S. 127.

ist, also als banal und langweilig empfunden wird."[1] Die Bestimmung dieser Grenzen erfolgt mit Hilfe informationspsychologischer Methoden.[2]

Ohne auf die Bestimmung, die nach der Rezeptionsfähigkeit eines statistischen Individuums vorgenommen wird, wobei die Bemessung nach Binär-Codes der mathematischen Kommunikationstheorie erfolgt, näher eingehen zu wollen, läßt sich zu diesem Ansatz feststellen, daß zur Klärung städtebaulicher Formprozesse und deren Bewertung die Begriffe 'Mehrdeutigkeit' und 'Wahrscheinlichkeit' nicht ausreichend sind. Daher ist der Einschätzung R. de Fuscos zuzustimmen: "Unter den gegebenen Voraussetzungen und aus ihrer kulturellen (und nicht ästhetischen) Sicht müssen wir hier eine Entscheidung treffen und entweder den semantisch-kommunikativen Wert betonen, wobei auch Wiederholungen und Redundanz in Kauf zu nehmen wären, oder wir müssen ein Höchstmaß an Information anstreben und dabei riskieren, daß sich die Beziehung zwischen Architektur und Gesellschaft noch verschlechtert."[3] Geht R. de Fusco davon aus, daß eine solche Anreicherung von Information auf städtebaulichem Gebiet möglich wäre, so ist dem entgegenzuhalten, daß schon von der Entwicklung der Produktionsweise in der Bauwirtschaft eine Ähnlichkeit baulicher Formen gegeben ist, die Produktionsweise folglich bei der Übernahme kapitalistischer Produktionsweise (Massenproduktion) zu redundanten Aussagen bezüglich einzelner Formen kommen muß.

Die Semiotik, als wissenschaftliche Betrachtung des Zeichenprozesses und der Zeichen selber, hingegen, erhebt den Anspruch auf eine umfassendere Analyse der Bedeutungszusammenhänge, insofern sie Bedeutungssysteme auch nicht-sprachlichen Charakters, wie beispielsweise die Architektur, untersucht. R. de Fusco versucht das semiotische Modell der französischen

---

1) H. Frank, a.a.O., S. 129.
2) vgl. P. Gunzenhäuser, a.a.O., S. 286.
3) R. de Fusco, a.a.O., S. 130.

Strukturalisten für die Architekturanalyse fruchtbar zu machen.[1)]

Grundlage einer Anwendung der Methoden der strukturellen Linguistik auf bauliche Formkomplexe ist die Auffassung R. Barthes, für den Strukturalismus, im Anschluß an C. Levi-Strauß, "jede dem semantischen Bezug untergeordnet(e), nach dem linguistischen Modell vorgehende systematische Unterordnung" [2)] ist. Der umfassende Anspruch des semiotischen Ansatzes für die Sozialwissenschaften kommt in einem programmatischen Zitat F. de Saussures zum Ausdruck: Er versteht unter Semiotik "eine Wissenschaft, welche das Leben der Zeichen im Rahmen des sozialen Lebens untersucht; diese würde einen Teil der Sozialpsychologie bilden und infolgedessen einen Teil der allgemeinen Psychologie; wir werden sie Semiologie (von griechisch sēmeîon 'Zeichen') nennen. Sie würde uns lehren, worin die Zeichen bestehen und welche Gesetze sie regieren... Die Sprachwissenschaft ist nur ein Teil dieser allgemeinen Wissenschaft, die

---

1) Im Gegensatz zur Semiotik amerikanischer Prägung, die hauptsächlich auf Ch.S. Peirce und Ch.W. Morris zurückgeht und in der BRD von M. Bense vertreten wird, beruft sich die Semiotik in Frankreich auf den Strukturalisten F. de Saussure. Die Rezeption der französischen Strukturalisten war bis vor einigen Jahren wesentlich auf den romanischen Sprachbereich beschränkt.
vgl. dazu auch H. Gallas: Strukturalismus. Enzyklopädisches Stichwort. In: G. Schiwy, Der französische Strukturalismus, Reinbek 1969, S. 228ff.
In der BRD erfolgte die Rezeption des französischen Strukturalismus seitens der Frankfurter Schule und bildete neben der Interaktionstheorie die theoretische Grundlage für die soziologische Sozialisationstheorie. Die Eigenart des französischen Strukturalismus besteht darin, daß er versucht, "Kommunikationsvorgänge aller Art (mittels Bild und Symbol, Musik und Mythos, Signal und Ritus usw.) nach dem Modell der Sprache (im engeren Sinne) zu beschreiben und besser zu verstehen ... Dieser Zeichencharakter der Sprache, von dem der Strukturalismus ausgeht, erlaubt es ihm, allesanderen Kommunikationssysteme, die Zeichensysteme sind, nach dem Vorbild der Sprache zu analysieren."
G. Schiwy: Strukturalismus und Zeichensysteme. München 1973, S. 61.
vgl. dazu auch M. Bierwisch: Strukturalismus. Geschichte, Probleme und Methoden. In: Kursbuch 5/1966, S. 77-152.

2) R. de Fusco, a.a.O., S. 149.

Gesetze, welche die Semiologie entdecken wird, werden auf die Sprachwissenschaft anwendbar sein, und letztere wird auf diese Weise zu einem ganz bestimmten Gebiet in der Gesamtheit der menschlichen Verhältnisse gehören."[1] Die Semiotik will Bewußtseinsvorgänge erklären, indem diese auf die Entäußerungsformen des Bewußtseins zurückgeführt, die als 'Sprache' analysiert werden, als Gegenstände menschlicher Kommunikation. Der Kommunikationsprozeß als Zeichenprozeß tritt in den Vordergrund, während die materielle Tätigkeit des Menschen nur wiederum als Zeichenproduktion von der Semiotik her betrachtet werden kann. Natur, Gesellschaft und Denken existieren ausnahmslos als Zeichenprozeß; der Mensch wird als zeichenproduzierendes Wesen, als "Homo significans"[2] definiert. Architektur scheint folglich erst im Rahmen der Umsetzung baulicher Formen in den Gesamtzusammenhang eines gegenständlichen Sprachsystems (Langue), dem die jeweiligen Formen als geäußerte entnommen sind (parole), ihre menschliche, d.h. kommunikative Bedeutung preisgeben.[3] In diesem Sinne formuliert R. de Fusco: "Jede Ordnung, jeder Bautyp hatte und hat noch heute seine symbolischen Implikationen und seinen semantischen Gehalt. Und sofern man unter Sprache eine soziale Institution und das systematische Gesamtgefüge der für die Kommunikation notwendigen Konventionen versteht, haben Ordnung und Bautyp auch zu deren Merkmale eine enge Beziehung."[4] Die Möglichkeit einer semiotischen Analyse der

---

1) F. de Saussure: Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft. Berlin 1967, s. 19.

2) R. Barthes: Die strukturalistische Tätigkeit. In: Kursbuch 5/1966, S. 195.

3) Die Verständlichkeit der Körper wird nach strukturalistischer Auffassung nun gerade dadurch erreicht, daß der Sprachcharakter der zu analysierenden Körper aufgedeckt wird. Sprachcharakter ist gleichbedeutend mit Zeichencharakter, und eine strukturalistische Architekturtheorie bestünde darin, 'Architektur als Zeichensystem' ... aufzufassen mit der Intention, das Gelingen oder Mißlingen der Kommunikationsvorgänge, die Architektur in der konkreten Gesellschaft auslöst, durchsichtig zu machen und daraus Konsequenzen zu ziehen."
G. Schiwy, Strukturalismus und Zeichensysteme, a.a.O., S. 112f.

4) R. de Fusco, a.a.O., S. 151.

Architektur scheint sich von daher anzubieten. Wie R. de Fusco im Anschluß an F. de Saussure betont, ist das semiotische System grundlegend durch drei Beziehungen gekennzeichnet:

1. die innere Beziehung des Zeichens (Signifikant/Signifikat)
2. die syntagmatische Beziehung (Zeichen/ vorangegangene od. nachfolgende Zeichen)
3. die paradigmatische Beziehung (Assoziation zwischen Zeichen und anderen Zeichenklassen).[1]

Da die innere Beziehung zwischen den Bestandteilen des Zeichens, zwischen Signifikant und Signifikat, das Kernstück der Semiotik ist[2], soll zunächst diese Beziehung für die Architektur näher dargestellt werden.
Nachdem de Fusco für die Architektur festgestellt hat, daß, anders als bei sprachlichen Zeichen, bei architektonischen Zeichen eine analoge Beziehung zwischen Signifikant und Signifikat besteht (dasselbe Objekt wird in verschiedenen Kulturen durch analoge architektonische Zeichen repräsentiert), folgert er, daß die Zeichendefinition F. de Saussures zur Beschreibung des architektonischen Zeichens nicht ausreicht.[3] Er betont, "daß das Hauptmerkmal des Zeichens zwar in der inneren Beziehung seiner beiden Bestandteile besteht, daß es aber als Ganzes eine außerhalb seiner selbst liegende Realität bezeichnet (wie es in der Semiotik von Ch.W. Morris der Fall ist)."[4] Im Gegensatz zu den sprachlichen Zeichen, die einen rein konventionellen Charakter tragen[5], sind architektonische Formen an einen zweckhaften Gegenstand, an eine Gebrauchsfunktion gebunden. Daher schlägt de Fusco nach R. Barthes vor, "diese semiotischen Zeichen, die ursprünglich einen Nutzen und eine Funktion haben, zeichenhafte Funktionen zu nennen."[6] Die Funktion erscheint hier als Appendix der durch das Signifikat bestimmten Form; sie erhällt ledig-

---

1) vgl. R. de Fusco, a.a.O., S. 150.
2) vgl. derselbe, a.a.O., S. 161.
3) vgl. derselbe, a.a.O., S. 166.
4) ebenda.
5) vgl. M. Bierwisch, a.a.O., S. 83f.
6) R. de Fusco, a.a.O., S. 166.

lich Aussagewert bezüglich der Form, so daß sich die funktionalistische Bedingtheit der Form (Funktionalismus) umkehrt zu einer formalistischen Bedingtheit der Funktion. Die Funktion aber wird an eine materiale Ebene gebunden, denn "Man sieht sich veranlaßt, in den (nicht sprachlichen) semiotischen Systemen drei Ebenen (und nicht zwei) zu erkennen. Die materielle Ebene, die sprachliche Ebene und die Gebrauchsebene ... in diesen Systemen bedarf die 'Sprache' der 'Materie'(und nicht des'Wortes'), weil sie im Gegensatz zur menschlichen Sprache, ursprünglich nicht bedeutet, sondern einen Gebrauchswert hat."[1)]

Weder Strukturalisten noch Funktionalisten begreifen die dialektische Beziehung zwischen Form und Funktion, dergemäß sie eine Seite der Beziehung zum bedingten Moment für die andere werden kann und umgekehrt, sondern sie fordern für den jeweils von ihnen in den Blick gerückten Aspekt das Primat. Zwar wird die praktische Seite der Architektur von den Strukturalisten berücksichtigt, jedoch läßt sich diese Seite nicht einseitig an die Materialität baulicher Formen binden, hatten wir doch bereits wieter oben festgestellt, daß auch die menschliche Sprache, daß auch die 'Worte' zu ihrer Rezipierbarkeit eines materiellen Trägers bedürfen. Damit kann Materialität nicht mehr als Unterscheidungsmerkmal zwischen architektonischen und sprachlichen Zeichen dienen.
Des weiteren muß auch für sprachliche Zeichen ein Gebrauchswert angenommen werden, der jedoch auf einer anderen Ebene als der praktische Gebrauchswert der Architektur liegt. Der Unterschied zwischen beiden Zeichenarten liegt demgemäß in der doppelten Brauchbarkeit der architektonischen Zeichen für den Menschen.

Dieser mehr kursorische Abriß maß zu einer Darstellung der Ansätze genügen, interessiert hier doch hauptsächlich der Zusammenhang zwischen Zeichen und Symbol aus semiotischer Sicht, sowie die Erkenntnisfunktion des Zeichens, die das Wahrheitskriterium impliziert, seine Bedeutung für das

---

1) R. Barthes zitiert nach R. de Fusco, a.a.O., S. 168.

menschliche Bewußtsein und seine Wirkung auf das Handeln der Menschen, sein 'verhaltenssteuernder' Aspekt. Auf dieser Basis kann erst ein Vergleich mit den Aussagen der Symboltheorie und die Möglichkeit der Bestimmung der philosophischen Positionen hinter diesen Theorien erfolgen.

Ausgangspunkt für die Darstellung dieser Beziehungen ist die Tatsache, daß der Strukturalismus, wie auch der semantische Positivismus amerikanischer Prägung, Erkenntnistheorie auf eine 'theory of communication' beschränkt[1], die er analog zur Sprachbetrachtung auf eine Theorie der Zeichenprozesse zurückführt. Legitimiert wird dieses Vorgehen durch den Hinweis: "Soziales Leben ist Austausch von Zeichen, Lesen der Symbole, ist 'Sprache' im weitesten Sinn."[2] Indem das gesamte gesellschaftliche Leben, indem Kultur in Sprachvollzüge unterschiedlicher Sprachsysteme aufgelöst wird, man gleichzeitig aber den Zeichencharakter dieser Sprachsysteme betont, wird es möglich, alle Kommunikationssysteme als Zeichensysteme nach dem Vorbild der linguistischen Sprachanalyse zu behandeln. Grundlage einer solchen Vorgehensweise ist die Auffassung F. de Saussures, für den Sprache "nur eines unter den menschlichen Zeichensystemen ist, und (er R.G.) fordert deren systematische Erforschung und somit die Wissenschaft der Semiologie."[3]

Da wir uns mit der Bedeutung der architektonischen Formen der Stadt für den Menschen beschäftigen, diese Formen nach

---

1) vgl. A. Neubert, a.a.O., S. 31ff. u. 149 u.
M. Bierwisch, a.a.O., S. 78ff.

2) G. Schiwy: Der französische Strukturalismus, a.a.O., S. 47.

3) G. Schiwy: Der französisshe Strukturalismus, a.a.O., S. 42. Ansätze zu einer generellen Semiologie gingen jedoch nicht nur von F. de Saussure aus, sondern erfolgten in der gleichen Periode von verschiedenen Richtungen und Wissenschaftsgebieten her, "so von Ch.S. Peirce in der Philosophie und von Frege und anderen bei der Klärung von Grundlagenproblemen der Mathematik. Erst in den dreißiger und vierziger Jahren jedoch gewannen Erkenntnisse der Logiker und Philosophen Einfluß auf die Linguistik. Saussure war noch auf rein sprachwissenschaftliche Erfahrungen eingeschränkt."
M. Bierwisch, a.a.O., S. 84.

strukturalistischer Auffassung aber nur als Zeichensystem betrachtet werden können, ferner "Bedeutung postulieren (heißt R.G.), auf Semiologie rekurrieren"[1], soll zunächst untersucht werden, wie die Semiologie den Zeichencharakter baulicher Formen beschreibt; dabei wird gleichzeitig der Unterschied zur symboltheoretischen Behandlung baulicher Objekte seitens der symbolischen Interaktionstheorie angesprochen. Vorauszuschicken ist, daß die Semiotik als allgemeine Zeichentheorie die Zeichen als Mittel der menschlichen Erkenntnis, als Mittel des Austausches, der Speicherung und Verarbeitung,von Information, untersucht, wobei die soziale Funktion der Zeichen und des Zeichenprozesses vorausgesetzt wird. Sämtliche Formen des sozialen Lebens werden von der Semiotik auf ihren Aussageaspekt hin untersucht, und R. Barthes betont, daß die Semiologie eine Einheit nur im Bereich der Formen haben kann, nicht in dem der Inhalte. "Ihr Feld ist begrenzt, sie betrifft nur die Ausdrucksweise, sie kennt nur eine einzige Operation: das Lesen oder das Entziffern."[2] Die Welt der vom Menschen geschaffenen Formen wird in Zeichensysteme unterteilt, deren Elemente, die Zeichen, sich nach F. de Saussure als assoziative Beziehung zwischen dem Bedeuten (für die Sprache beispielsweise der Begriff) und dem Bedeutenden (in der Sprache das akustische Bild) darstellen.[3] Für die Semiotik trägt Architektur, wie bei den Theoretikern der symbolischen Interaktionstheorie, symbolischen Zeichencharakter, wobei man das Zeichen selbst dadurch definiert, daß es als etwas betrachtet wird, das für etwas anderes steht.[4] Der Symbolbegriff wird hier als Funktionsaspekt des Zeichens definiert; was der Zeichenbegriff

---

1) R. Barthes: Der Mythos als semiologisches System. In: G. Schiwy, a.a.O., S. 149.

2) R. Barthes, a.a.O., S. 151.

3) vgl. derselbe, a.a.O., S. 150.
Das Begriffspaar Bedeutendes / Bedeutetes wird von den verschiedenen Autoren durch synonyme Begriffspaare ersetzt, z.B. Signifikant / Signifikat, Significant/Signifié, Signans/Signatum, Designat/Denotat, Bezeichnung/Bezeichnetes, wobei die einzelnen Begriffe durchaus eine Bedeutungsverschiebung erfahren.

4) vgl. G. Schiwy, Strukturalismus und Zeichensysteme, a.a.O., S. 115.

in der Symboltheorie im Unterschied zum Symbolbegriff leistet, ist in der Semiotik mit der Signalfunktion der Zeichen ausgedrückt. Zur Symbolfunktion der Architektur schreibt G. Schiwy: "Jede Architektur ist - wir wenden nun das Funktionsmodell des Zeichens an - als Zeichen 'Symbol' durch seine Beziehung zu Gegenständen und Sachverhalten, auf die es verweist, und hat dadurch Darstellungsfunktion ... Auf die Darstellungsfunktion kann die Architektur, auch wenn sie will, nicht verzichten, weil es mit dem Zeichencharakter gegeben ist, auf etwas zu verweisen bzw. von dem Betrachter in dem Maße willkürlich auf etwas bezogen zu werden, als der Sprecher sein Zeichen unbestimmt gelassen hat."[1)]

Als besonderes Merkmal des Symbols wird seine Gegenständlichkeit hervorgehoben, die dem Darstellungscharakter zugrundeliegt. Die Bedeutung des Dargesellten ergibt sich nun aus der "Zuordnung zwischen Bedeutungsträger und Bedeutung, (die R.G.) grundsätzlich und systematisch betrachtet arbiträr, beliebig"[2)] ist. Allerdings stellt G. Schiwy im Anschluß an F. de Saussure fest, daß der Beliebigkeitscharakter beim Symbol eingeschränkt wird, insofern es nicht inhaltslos ist, "sondern bei ihm .... bis zu einem gewissen Grade eine natürliche Beziehung zwischen Bezeichnung und Bezeichnetem"[3)] besteht. Die Natürlichkeit der Beziehung liegt hier in der einmal gegebenen unabänderlichen Wahl des Zeichens qua sozialer Übereinkunft.[4)] Die Beliebigkeit der Zuordnung zwischen Bezeichnung und Bezeichnetem wird grundlegend eingeschränkt durch den gesellschaftlichen Charakter des Codes[5)], auf dessen Basis Zeichensysteme erst verstehbar, rezipierbar werden: "Die Bedeutungen sprachlicher Formen, die im Prozeß der Kommunikation zwar immer auf neue aktualisiert werden, sind nicht primär individuelle Bewußtseinsakte, sondern

---

1) G. Schiwy, Strukturalismus und Zeichensysteme, a.a.O., S. 117.
2) derselbe, a.a.O., S. 116.
3) derselbe, a.a.O., S. 62.
4) derselbe, a.a.O., S. 61f.
5) vgl. U. Eco: Einführung in die Semiotik, München 1972, S. 296ff.

entspringen gesellschaftlich (d.h. sprachgemeinschaftlich) konventionalisierten Wirkungen der Wörter, Sie sind objektiv existent und gelten - mit einer gewissen individuellen und situationsbedingten Varianzbreite - für alle Glieder der Sprachgemeinschaft in gleicher Weise."[1] Hatten wir bereits darauf hingewiesen, daß sich jeder vom Menschen erzeugte Gegenstand, in einer Formulierung R. Barthes, "von dem Moment an, wo es Gesellschaft gibt, (durch den R.G.) Gebrauch in das Zeichen dieses Gebrauchs verwandelt"[2], als funktioneller Gegenstand denotiert wird, so tritt auf einer zweiten Ebene das gesellschaftlich bedingte ideologische Moment dieser Funktion hervor, sein konnotativer Aspekt.[3] Beide Ebenen des Gegenstandes werden nicht als aus einer bestimmten gesellschaftlichen Praxis herrührend betrachtet, sondern ergeben sich aus den jeweils unterschiedlichen Systemen konventionalisierter Bedeutungen, die an den Zeichencharakter des Gegenstandes gebunden sind.

Untersucht die strukturalistische Semiotik die innere Beziehung zwischen Signifikat und Signifikant, die Beziehung zwischen Zeichen und nachfolgenden oder vorausgehenden anderen Zeichen und die Beziehung, die das Gedächtnis assoziativ zwischen dem Zeichen und anderen nicht zur selben Struktur zählenden Zeichen herstellt[4], so wird klar, daß vom Ansatz her die Ebene der Zeichenprozesse in der semiotischen Analyse nicht verlassen wird, also auch die Herkunft der Zeichen und ihre gesellschaftliche 'Funktion' nicht untersucht werden kann. Die verschiedenen Beziehungen des Zeichens, die seine innere Struktur ausmachen, erscheinen als dem Zeichen selbst zugehörig, als unabhängig vom Zeichen benutzenden Subjekt.[5] Zwar wird Kultur in Kommunikationsprozesse übersetzt, die als Zeichenprozesse betrachtet werden, aber die beiden Hypothesen,

---

1) A. Neubert, a.a.O., S. 16.

2) R. Barthes zit. nach U. Eco, a.a.O., S. 298.

3) vgl. U. Eco, a.a.O., S. 306ff.

4) vgl. R. de Fusco, a.a.O., S. 150.

5) Im Gegensatz zur strukturalistischen Semiotik versucht die, dem Behaviorismus und Pragmatismus verpflichtete Semiotik Ch.W. Morris, die Beziehung der Zeichen zu ihren Benutzern

denen zufolge die ganze Kultur als Kommunikationsphänomen untersucht werden muß und daß alle Aspekte einer Kultur als Inhalte der Kommunikation analysiert werden können, bilden die obere Grenze der Semiotik, gehen als Voraussetzung in die Analyse kultureller Phänomene ein.[1] Diese Hypothesen bilden das Bindeglied zu einem sich als Überbautheorie verstehenden Strukturalismus, wie er in seiner wohl reinsten Form von L. Althusser, der versucht, K. Marx strukturali-

---

in die semiotische Analyse einzubeziehen, indem er diese Ebene als pragmatische Zeichendimension neben die syntaktische und semantische Dimension stellt. Sie setzt allerdings die Sinnmäßigkeit und Bedeutung der Zeichen voraus und behandelt wesentlich die Bewertungs- und Signalfunktionen, also die Zeichenfunktionen, die im kommunikativen Prozeß verhaltenssteuernd wirken. Er bezieht damit zwar das Subjekt in den Zeichenprozeß ein, faßt es aber als Ragenz von Zeichenoperationen:"Der Interpret eines Zeichens ist ein Organismus; der Interpretant ist die Gewohnheit ('habit') des Organismus, auf Grund der Anwesenheit des Zeichenträgers auf abwesende Objekte, die für die Bewältigung der jeweiligen Situation relevant sind, so zu ragieren, als ob sie anwesend wären."
Ch.W. Morris, a.a.O., S. 54f.
Die Beziehung zwischen Zeichen und Zeichenbenutzer läßt sich erst vom Pragmatismus her beantworten, der sich auf Nützlichkeitserwägungen als Wahrnehmungskriterium stützt. Auf der Grundlage dieser 'Lebensphilosophie' versucht Morris Vernunft, Bewußtsein,und Verhalten zu fassen, die als gesellschaftlich vermittelte Instrumente zur Unterstützung der eigenen Interessen erscheinen: "Wenn man sich der Führung der Pragmatisten anvertraut, Vernunft mit Zeichenreaktionen gleichsetzt, Bewußtsein mit Zeichenreferenz und rationales (oder 'freies') Verhalten mit der Verhaltenskontrolle durch die Vorwegnahme der Folgen mit Hilfe von Zeichen (Probehandeln vermittels Zeichen R.G.), dann wird man auch erkennen, was die spezifischen Aufgaben der Psychologie und der Sozialwissenschaften sind und welche Stellung sie innerhalb einer integrierten Wissenschaft haben."
derselbe, a.a.O., S. 68.
Die Eigenschaften und Aktivitäten des menschlichen Subjekts werden folglich auf Zeichenoperationen zurückgeführt, wodurch das bestimmende Moment individueller Praxis (denn die Gesellschaft wird als Summe von Individuen mit individuellen Interessen begriffen) im Strukturalismus auf scheinbar objektive, außerhalb des Subjekts stattfindende Prozesse rekurriert.

---

1) vgl. U. Eco, a.a.O., S. 32ff.

stisch zu rezipieren, entwickelt worden ist.[1)]

Die ideologischen Phänomene und ihre Beziehung zum Bewußtsein und zum Handeln werden nicht aus dem vermeintlich wertfreien strukturalistischen Ansatz erklärt, sondern aus der philosophischen Grundlage dieser Position, die bereits im Strukturbegriff angedeutet ist. Indem die Strukturen als universell angenommen werden, nicht der empirischen Beobachtung zugehörig, ergibt sich eine Ontologisierung des linguistischen Strukturmodells; aus einem analytischen Operationsmodell wird ein 'objektives' Strukturmodell. In Ermangelung objektiver Wahrheitskriterien wird diese Ontologisierung auf eine Vernunftwahrheit qua Intuition des forschenden Geistes gegründet.[2)] Die Konsequenzen für das menschliche Bewußtsein und Denken beschreibt U. Eco folgendermaßen: "Jede Botschaft ist auf Grund eines Codes interpretierbar, und jeder Code ist in einen anderen transformierbar, weil alle sich auf einen Ur-Code beziehen, auf eine Struktur der Strukturen, die mit den universellen Mechanismen des Geistes, mit dem Geist oder - wenn man will - dem Unbewußten identisch ist. Das Verb indungsgewebe jeder strukturalen Untersuchung ist das jedes primitiven oder zivilisierten Kommunikationsverhaltens: es ist die Anwesenheit eines objektiven Denkens."[3)] Die Struktur, in Anlehnung an die Erkenntnis der Linguisten, daß die Menschen die sprachlichen Strukturen (langue) beim Sprechen (parole) unbewußt handhaben, als kollektives Unbewußtes, als archetypischer Schatz gefaßt, wird zum bestimmenden Moment menschlicher Praxis. Subjektivität wird auf "die Bestimmung eines strukturierten Unbewußten

---

1) vgl. L. Althusser: Für Marx. Frankfurt M. 1968, passim; vgl. dazu auch die Kritik von A. Schmidt an Althusser, A. Schmidt: Der strukturalistische Angriff auf die Geschichte. In: derselbe (Hrsg.), Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie, Frankfurt M ^{2}1970, S. 199ff.

2) vgl. U. Eco, a.a.O., S. 259f. u. 365ff.

3) derselbe, a.a.O., S. 369.

reduziert, was sich in den Menschen denkt"[1] oder wie J.P. Sartre es ausdrückt: "Der Mensch denkt nicht, er wird gedacht."[2] Zur logischen Präformation menschlicher Aktivitäten - man könnte jetzt folgerichtiger von Passivitäten sprechen - formuliert H. Gallas: "Zwischen allgemeine Praxis ... und manifestes Handeln ... schiebt sich ein konzeptuelles Schema, eine logische Struktur, Dieses Schema legt die Formen fest, in denen der menschliche Geist denkt, die er den jeweils besonderen Inhalten gibt ... Die Struktur der Geistestätigkeit wird als Natur gefaßt und ist dem Individuum unbewußt, obgleich es sie ständig benutzt. Als universale Struktur ist sie den Menschen aller Kulturen gemeinsam und wird als Basis aller organisierten menschlichen, sprachgebundenen Existenz angesehen."[3] Bewußtsein, Handeln, Praxis erscheinen als Gefangene "eines strukturalen Unbewußten, das sich nicht nur in allen menschlichen Wesen, sondern auch in jeder geschichtlichen Epoche wiederfinden soll."[4] In Ummünzung einer auf F. de Saussure bezogenen Einschätzung läßt sich mit G. Schiwy feststellen: " Diese Betrachtungsweise, die das System der Sprache als alles bestimmende soziale Größe sieht und ihr ... den Vorrang gegenüber der Geschichte und der Logik und damit gegenüber dem Menschen einräumt, hat im gegenseitigen Strukturalismus ihre bisher deutlichste Ausprägung gefunden."[5] Eine vernichtende Einschätzung des ontologischen Strukturalismus, den er als Panstrukturalismus bezeichnet, leistet H. Lefèbvre in Übereinstimmung mit L. Goldmann und J.P. Sartre; er klassifiziert "den Panstrukturalismus mit seinem krankhaften Systemzwang und seiner verdächtigen Geschichts- und Revolutionsfeindlichkeit als europäische Variante des funktionalen Strukturalismus, wie ihn T. Parons in den USA entwickelt hat. Damit aber gehört der Panstruktura-

---

1) U. Eco, a.a.O., S. 371.
2) J.P. Sartre zit.nach G. Schiwy, a.a.O., S. 196.
3) H. Gallas, a.a.O., S. 229.
4) U. Eco, a.a.O., S. 393.
5) G. Schiwy, Der französische Strukturalismus, a.a.O., S. 107.

lismus in die Reihe jener Ideologien, die von den Eleaten (Zenon) bis Hegel deshalb den historischen Wandel in geschlossene Systeme einzufangen und unschädlich zu machen versuchten, weil sie den Bestand des ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Systems, von dem sie lebten, verteidigen wollten oder einfach sein Reflex waren."[1)]

---

1) G. Schiwy: Neue Aspekte des Strukturalismus. München 1973, S. 53f.

4. Kritik der Konventionalität der Zeichen/Symbole

Zusammenfassend lassen sich, bei aller Gegensätzlichkeit in der Erscheinung, wesentliche Übereinstimmungen zwischen der symbolischen und der strukturalistischen Architekturtheorie feststellen; die aber nicht zu der voluntaristischen Auffassung verleiten sollen, beide Theorien seien identisch oder ohne Schwierigkeiten wechselseitig integrierbar, sondern sie ergeben sich aus grundlegenden philosophischen Übereinstimmungen in den theoretischen Prämissen beider Ansätze.
Als Voraussetzungen wurde bereits einerseits die strukturalistische Semiotik genannt, andererseits die Symboltheorie als symbolische Interaktionstheorie. Während die strukturalistische Semiotik, wie erwähnt, ihre Wurzeln im logischen Positivismus hat, läßt sich die symbolische Interaktionstheorie auf den sozialen Positivismus pragmatischer Prägung zurückführen. Die Zeichentheorie oder Semiotik Ch.W. Morris' kann als Versuch einer Integration beider Positionen angesehen werden; die Ausgangsbasis seines zeichentheoretischen Ansatzes ist sowohl der logische als auch der soziale Positivismus.

Die grundlegende Übereinstimmung beider theoretischen Modelle in der Architekturtheorie läßt sich auf die symbolischen bzw. zeichentheoretischen Implikationen zurückführen, die gemäß des zuvor Dargestellten darin bestehen, daß gesellschaftliche Verhältnisse auf Kommunikationsverhältnisse reduziert werden, Kultur sich darstellt als Sprachvollzug unterschiedlicher Sprachsysteme. Die Welt der Dinge, wie letztlich der Mensch selbst, erscheint durch Kommunikation, d.h. Symbol- bzw. Zeichenoperationen, geschaffen.[1)]

---

1) L. Klages und E. Cassierer, als Vertreter einer spiritualistischen, monistischen Philosophie, vertreten beispielsweise die Auffassung, der Leib des Menschen sei der symbolische Ausdruck seines seelischen Wesens.
vgl. S.L. Rubinstein: Sein und Bewußtsein. s'Gravenhage 1971, S. 22.

Widersprüche und Probleme der Gesellschaft werden auf Mißverständnisse, auf widersinnige oder unlogische Kommunikation zurückgeführt. Erst auf der Grundlage einer semantischen Untersuchung lassen sich, den Ansätzen zufolge, 'richtige' Kommunikationsvollzüge herstellen, auf der Basis genauerer Definitionen in der gesellschaftlichen Konvention logische und adäquate Kommunikationsverhältnisse schaffen, die letztlich zu widerspruchsfreien harmonischen Gesellschaftssystemen führen sollen.

In diesem Sinne liegt die Aufgabe der Architektur darin, adäquate Symbole oder Zeichen zu schaffen, die als Objekte Gesellschaft in der Verständigung konstituieren. Die städtebaulichen Probleme werden nicht als gesellschaftlich bedingte, den Widersprüchen im realen Produktions- und Reproduktionsprozeß der Gesellschaft entspringend betrachtet, sondern Städtebau und Stadtplanung werden zum Definitionsproblem. Durch 'richtige', d.h. adäquate geistige Erfassung scheinen die Probleme lösbar, denn die Widersprüche erscheinen nicht als gesetzmäßig bedingt, sondern unlogischen Zeichen- oder Symboloperationen zu entspringen.

Die Bedeutung der Zeichen wird nicht an den gesellschaftlichen Lebensprozeß gebunden, sondern ergibt sich aus der Beziehung zwischen den verschiedenen Zeichendimensionen, die letztlich ihre Rationalität aus der Logik der Sprache, des Sprachsystems, schöpfen.[1] Indem Sprache als konventionelles Zeichen- bzw. Symbolsystem erscheint, das als Kommunikationssystem dem individuellen, wie dem gesellschaftlichen Lebensprozeß

---

1) "Die Erscheinungen der Erfahrung werden zu geistigen Erscheinungen, weil sie in die Beziehung zwischen den Zeichen und dem Bezeichneten eingehen, weil sie hinsichtlich des Verhaltens (oder der organischen Funktionen) einander bedeuten oder symbolisieren. So wird das Bewußtsein einerseits auf ein Symbol (bzw. Zeichen R.G.) für die Erscheinungen reduziert, andererseits werden diese und überhaupt das Sein als Erfahrung durch die semantischen Beziehungen idealisiert und in etwas Geistiges verwandelt."
S.L. Rubinstein, a.a.O., S. 21.

vorgängig sich darstellt, kann der Wahrheitswert der Zeichen und Symbole nur in der gesellschaftlichen Bezeichnungskonvention liegen, auch wenn er individuell zunächst als beliebig betrachtet wird. Die 'Wahrheit' der Zeichen oder Symbole wird nicht an eine historische oder strukturelle Übereinstimmung mit den bezeichneten Objekten oder Gesellschaftsprozessen gebunden, sondern, da man das Wesen der Dinge für prinzipiell nicht erklärbar hält, aus der gesellschaftlichen Übereinkunft erklärt, die im Sprachsystem als immer schon vorgegebene Konvention erscheint. Genau diese Konventionalität der Zeichen bzw. Symbole, die bereits W.I. Lenin in der Auseinandersetzung mit E. Mach und H. v. Helmholtz auf die philosophische Position des Agnostizismus zurückführt und kritisiert[1], die letztlich Bewußtsein und Handeln auf Vereinbarungen zwischen den Subjekten in der Interaktion gründet und im Sprachsystem als vorgegeben erscheint, macht die Ansätze als Grundlage sowohl für die Architekturtheorie auf kommunikativer Basis, als auch für eine Untersuchung der kommunikativen Leistung von Städtebau und Architektur suspekt, obschon sie auf ihre Leistungsfähigkeit hinsichtlich der Erklärung kommunikativer Phänomene insistieren.

Die agnostizistische Grundlage der theoretischen Modelle führt zu der substantiellen Schwierigkeit, Gebrauchsgegenstände als Momente der Kommunikation zu fassen, ohne mit deren Voraussetzungen, ohne mit der Konventionalität der Zeichen in einen logischen Widerspruch zu geraten. Der Gebrauchswert der Gegenstände entspricht nicht einer gesellschaftlichen Verständigung, sondern in erster Linie den Bedürfnissen der menschlichen Praxis, die in ihrer Gesellschaftlichkeit das Moment der Verständigung, des kommunikativen Verkehrs der Menschen, als notwendiges Element einschließt. In der Praxis ist daher der Begründungszusammenhang der kommunikativen

---

1) vgl. W.I. Lenin: Materialismus und Empiriokritizismus. In: derselbe, Werke Bd. 14, 4Berlin 1971, S. 231ff.

Leistung von Architektur letztlich zu suchen und nicht in der Logik des sprachlichen Systems, das erst, wenn man seine materielle Bedingtheit durch die menschliche Praxis, die gesellschaftliche Produktion und den gesellschaftlichen Verkehr im weitesten Sinne, vergißt oder negiert, zum herrschenden, 'geistig-konventionellen' Phänomen werden kann.

Mit dem Bezug zur Praxis behält Kommunikation, wie die kommunizierten Inhalte, nicht länger den Schein der Beliebigkeit, sondern wird an die materielle Wirklichkeit des menschlichen Lebensprozesses gebunden. Die Begründungszusammenhänge für Kommunikation ergeben sich aus den Gesetzmäßigkeiten des materiellen gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst und erscheinen lediglich in ihrer kommunikativen Vermittlungsform als selbständige, dem ideellen System der Vermittlung, der 'Sprache', zugehörige. Folglich ist die kommunikative Qualität der architektonischen Formen in der gesellschaftlichen Vermittlung, ist der hier angesprochene Herrschaftscharakter von Architektur im gesellschaftlichen Lebensprozeß selbst zu suchen und kann nicht als notwendige Voraussetzung des gesellschaftlichen Systems im positivistischen Sinne betrachtet werden.

Wenn die kommunizierten Inhalte nicht als konventionelle Zeichen oder Symbole betrachtet werden können, sondern für sie ein Bezug zur, ja ihre Existenzbedingung in der materiellen gesellschaftlichen Wirklichkeit angenommen werden muß, so ergibt sich die Notwendigkeit, die Wirkung der Gegenstände - hier der Architektur - auf das Bewußtsein, durch eine Theorie zu fassen, die die Bewußtseinsphänomene aus eben dieser Wirklichkeit erklärt. Das leistet die dialektisch-materialistische Abbildtheorie.

Der Abbildcharakter der Architektur ist in der konkreten materiellen gesellschaftlichen Realität zu untersuchen und kann nicht der Anwendung einer Theorie auf die Wirklichkeit entspringen, denn es ist die gesellschaftliche Lebensweise,

die die Abbilder hervorbringt und nicht irgendein über dieser Wirklichkeit stehendes geistiges Prinzip.
Trotzdem erscheint es als notwendig, kurz auf einige theoretische Implikationen der materialistischen Widerspiegelungstheorie und ihre Bedeutung für den Abbildcharakter städtisch-architektonischer Formen einzugehen.

5. Der Abbildungscharakter der Architektur

Die Vorstellung vom Abbildcharakter der baulichen Formen stellt die Architektur und im weiteren Sinne den Städtebau in den Gesamtzusammenhang menschlicher Erkenntnis. Eine als Abbild zu verstehende Architektur verweist auf die dialektisch-materialistische Philosophie, als weltanschauliche Grundlage, die im Gegensatz zur idealistischen Philosophie, auf die die Betrachtung baulicher Formen als Symbole bzw. Zeichen zurückgeführt werden konnte und dergemäß diese sich als ideelle Entäußerungsformen des Bewußtseins darstellen, von der Materialität der Welt, von der Materialität der den Menschen umgebenden und vom Menschen geschaffenen Wirklichkeit als Basis menschlicher Lebensäußerung ausgeht. Materie und Bewußtsein sind nicht, wie im mechanischen Materialismus von Descartes bis Feuerbach als zwei einander gegenüberstehende Qualitäten zu betrachten, sondern die Widerspiegelung verweist auf die Dialektik zwischen beiden in der konkreten praktischen Tätigkeit: "Marx geht nicht von einem abstrakten Erkenntnisbegriff aus, sondern davon, daß die Menschen einer bestimmten Gesellschaftsformation in ihrem materiellen Lebensprozeß durch ihre praktisch-gegenständliche Tätigkeit (vor allem durch die produktive Arbeit) sich die Natur aneignen, sie ihren Zwecken gemäß verändern und sie damit immer mehr zu einer menschlichen, d.h. von den Menschen geprägten Umwelt machen."[1)] Grundlage des Widerspiegelungsprozesses ist der praktische Lebensprozeß des gesellschaftlichen Menschen und zwar des wirklichen, auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte produzierenden Menschen. Diese Wirklichkeit existiert objektiv und unabhängig vom Bewußtsein des erkennenden Subjekts, d.h. außerhalb dieses Bewußtseins selbst; erst durch die Erkenntnis wird sie "zu einer Welt 'für uns', denn wir können die erkannten Gegenstände entsprechend ihren Eigenschaften und Gesetzmäßigkeiten für die Befriedigung menschlicher

---

1) A. Kosing: Karl Marx und die dialektisch-materialistische Abbildtheorie. In: Marxismus Digest, Erkenntnistheorie, 3. Jg./ 1972 / H. 1, S. 13.

Bedürfnisse verwenden, ihre Kräfte und Eigenschaften planmäßig wirken lassen."[1] Der Mensch produziert als Subjekt und Objekt des historischen Prozesses seine Umwelt selbst, aber nicht als bloßes Reagenz auf die Herausforderung der Natur, sondern vermittels bewußter, geplanter Aktion. Das Bewußtsein hinterläßt dabei seine Spur auf allen Ergebnissen menschlicher Tätigkeit; gleichzeitig aber wirken die Produkte auf den Menschen zurück, beeinflussen seinen Lebensprozeß.[2]

Betrachten wir Architektur und Städtebau von ihrer materiellen Daseinsweise her, als Produkte des menschlichen Produktionsprozesses, so sind diese Produkte als vom Menschen erzeugte, immer schon soziale Gegenstände, aus einem jeweils konkreten Verhältnis von gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen hervorgegangen; wir haben es von Anfang an nicht mit architektonischen Formen 'als solchen' zu tun, sondern: "Das gesellschaftliche Sein offenbart sich von Anfang an nicht als System von Gegenständen, sondern als ein bestimmtes System gesellschaftlicher Beziehungen."[3] Architektur und Städtebau stellen sich dar als Moment der konkreten menschlichen Beziehungen; sie gehen als bestimmte soziale Produkte aus dem seinskonstituierenden gesellschaftlichen Lebensprozeß hervor und wirken auf ihn zurück.
Hinsichtlich ihres nützlichen Aspekts können die architektonischen Produkte als relativ genaue Abbilder ihrer Benutzbarkeit betrachtet werden, die innerhalb des gesellschaftlichen Lebensprozesses als sozial vermittelte und vermittelnde auftreten. Aber nicht der Gebrauchsaspekt der Gegenstände tritt in der Analyse der kommunikativen Leistung der Produkte hinsichtlich ihrer herrschaftsvermittelnden Qualität in den Vordergrund, sondern ihre gesellschaftliche Seite als

---

1) A. Kosing: Die dialektisch-materialistische Abbildtheorie in Lenins Werk 'Materialismus und Empiriokrizizismus'. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 7.Jg./1959/H.2,S. 227.

2) vgl,W. Lektorski: Die Spezifik der Erkenntnis sozialer Erscheinungen. In: Marxismus Digest, a.a.O., S. 105.

3) ebenda.

Träger von Bewußtsein, die sich im kommunikativen Verkehr offenbart; diese Seite des architektonischen Abbildes ist, als gesellschaftlich vermittelte, Voraussetzung und Ergebnis des städtebaulichen Prozesses. Die architektonischen Gegenstände, wie alle gesellschaftlich erzeugten Produkte, stellen sich dar als besondere Formen gesellschaftlichen Bewußtseins, "als Produkte der materiellen Verkörperung, der Objektivierung des Ausdrucks der verschiedenen Bestandteile des Bewußtseins in materiellen Medien, ... (sie sind R.G.) objektiviertes (d.h. in Objekten verkörpertes) gesellschaftliches Bewußtsein."[1] In ihrer gesellschaftlichen Daseinsweise ist es dabei unmöglich, die materielle Form vom kommunikativen gesellschaftlichen Inhalt trennen.

Im Gegensatz zur mechanischen Abbildtheorie, die von einem dualistischen Verhältnis zwischen Materie und Bewußtsein ausgeht, das Abbild einem autonomen ideellen Bereich zuordnet, ist der Abbildcharakter der materiellen Dinge Resultat der Subjekt-Objekt-Dialektik der Erkenntnis, die in der Praxis ihren jeweils konkreten gegenständlichen Ausdruck erhält. In der mechanischen Abbildtheorie führt die "dualistische Trennung der Abbilder, der Ideen, der Erscheinungen des Bewußtseins von den materiellen Dingen ... zum Parallelismus. Die Entsprechung von Idee und Ding kann dann nur eine - unbekannt wie und durch wen bewirkte - Korrelation verschiedenartiger Glieder zweier paralleler Linien sein. Bei einem solchen Parallelismus zwischen den Erscheinungen des Bewußtseins und den Erscheinungen der materiellen Welt können die Bilder und Ideen bestenfalls Zeichen für die materielle Realität sein, die nur in einer formalen Korrelation zu ihr stehen, die infolge einer äußeren Beziehung zwar mit der Realität übereinstimmen, aber keineswegs das Wesen der Dinge darstellen."[2] Der Abbildcharakter der konkreten Bauten als Produkten des materiellen Produktionsprozesses ist dagegen als Einheit

---

1) L.A. Selenow/F.A. Seliwanow: Sodershanije ponjatija o forme obschtschestwennogo sosnanija, zit. nach A.K. Uledow, a.a.O., S. 64.

2) S.L. Rubinstein, a.a.O., S. 31.

materieller und ideeller Lebensäußerung zu begreifen, die auf der einen Seite die nützliche Qualität, ihren Gebrauchscharakter, auf der anderen ihre gesellschaftliche Qualität, Abbild gesellschaftlicher Beziehungen zu sein, widerspiegelt. Das architektonische Abbild ist einerseits gekennzeichnet durch die Einheit von Materiellem und Ideellem, andererseits durch die Einheit von Nützlichem und Gesellschaftlichem, die beide im konkreten historischen Prozeß widersprüchlichen Charakter annehmen können. Der Abbildcharakter der Architektur und in weiterem Sinne des Städtebaus insgesamt, ergibt sich zum einen aus dem spezifischen Nützlichkeitscharakter der produzierten materiellen Räume, die bestimmte Bedürfnisse befriedigen, zum anderen aus der mit den gesellschaftlichen Verhältnissen verflochtenen und sich mit diesen ändernden besonderen gegenständlichen Widerspiegelung menschlicher Beziehungen.

Der Prozeß des Städtebaus läßt sich als Stein gewordener Abbildungsprozeß aufeinander folgender gesellschaftlicher Systeme verstehen, innerhalb deren Formen geschaffen und andere zerstört werden, fähig, die hinter diesem Prozeß stehenden menschlichen Beziehungen historisch konkret widerzuspiegeln. "Ausgehend von den aus der jeweiligen gesellschaftlichen Praxis und der davon abhängigen Weltanschauung entspringenden materiellen und ideellen Bedürfnissen, wird durch die architektonische Aneignung der Umwelt in der gesellschaftlichen Praxis eine spezielle räumliche Umwelt geschaffen, die durch die Veränderung der vorhandenen räumlichen Voraussetzungen der Lebenstätigkeit, durch Nutzung und Anschauung auf die Gesellschaft zurückwirkt."[1)]

Da menschliche Beziehungen in einer Klassengesellschaft grundlegend durch Herrschaftsbeziehungen, durch die Unterdrückung einer Klasse durch die andere gekennzeichnet sind, drücken sich in den architektonischen Abbildern notwendig diese Herrschaftsbeziehungen aus. Sie sind jedoch nicht im Bewußtsein der Menschen zu erforschen, sondern über den

---

1) K. Milde, a.a.O., S. 182.

Herrschaftscharakter architektonischer und im weiteren Sinne städtebaulicher Formen ist die gesellschaftliche Realität zu befragen, nicht irgendein geistiges Prinzip der Herrschaft.

Im angesprochenen Zusammenhang von Städtebau und Herrschaft geht es nun weniger darum, die Wirkung der Bauwerke auf das individuelle Bewußtsein zu untersuchen, als vielmehr um das Aufdecken der Prozesse und Gesetzmäßigkeiten, die hinter den Bauformen und den städtischen Strukturen stehen. Diese Prozesse und Gesetzmäßigkeiten aber haben, wie bereits betont Ihren Ursprung in der Sphäre der materiellen Produktion und des gesellschaftlichen Verkehrs.
Es wird also wesentlich darum gehen, den Abbildcharakter der Architektur aus ihrer Veränderung mit der Veränderung von Produktion und Herrschaftsbeziehungen zu verdeutlichen und ihre Abhängigkeit von den materiellen Bedingungen der gesellschaftlichen Lebensweise zu beleuchten. Vom Abbildcharakter der Architektur zu sprechen, heißt, den Subjekt - Objektcharakter der Erkenntnis mitreflektierend, den architektonischen Prozeß, hier den Städtebau, an die realen gesellschaftlichen Bedingungen zu binden, ihn als notwendiges Produkt der gesellschaftlichen Lebensweise zu betrachten. Insofern erscheint es als zwingend, daß die kommunikative Leistung der Architektur nicht im ästhetischen Ausdruck, sondern in der Widerspiegelung realer gesellschaftlicher Verhältnisse liegt.

B. Die Stadt als Abbild der historischen ökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnisse

Vom Abbildcharakter baulicher Formen her ergibt sich die Notwendigkeit, die Stadtentwicklung zurückzubinden an die gesellschaftlichen Verhältnisse, an das konkrete historisch-gesellschaftliche Sein, sie zu fassen als jeweiliges Ergebnis des Zusammenhanges von materieller Produktion, politischer Herrschaft und Bevölkerungsentwicklung, sie vor dem Hintergrund der Klassenauseinandersetzungen innerhalb der unterschiedlichen antagonistischen Klassengesellschaften zu diskutieren: "Seit Jahrtausenden bauen die Menschen Städte, die das genaue Bild der Lebensweise ihrer Bewohner sind und dabei auch Zeugnis über die realen Machtverhältnisse in dem Staat ablegen, dem die Bürger angehören. Dies gilt seit Babylon bis auf den heutigen Tag, und die Steine lügen nicht. Die Architektur kann gesellschaftliche Machtverhältnisse nicht verändern. Sie kann die tragenden Ideen der Gesellschaft darstellen, ihre "Zeichen" können zum Medium der geistig-kulturellen Kommunikation der Bürger werden, und im übrigen schafft sie die räumliche Umwelt für deren Bedürfnisse."[1)]

Eine historische Analyse dieser Verhältnisse ist auf der Grundlage einer historisch-materialistischen Methode zu leisten, die die materielle Produktion als grundlegende und letztlich bestimmende gesellschaftliche Sphäre betrachtet.[2)] Infolge der Komplexität des Gegenstandes und des Umfanges des zu bearbeitenden historischen Materials muß diese Analyse auf einer relativ abstrakten Ebene erfolgen; sie soll aspekthaft an exemplarischen Beispielen konkretisiert werden, wobei im Unterschied zur idealtypischen Konzeption M. Webers[3)]

---

1) H. Henselmann: Unsere Stadtzentren. In: Bauwelt 59. Jg./ 1968/H. 22-23, S. 680.

2) vgl. F. Engels: Brief an W. Borgius in Breslau vom 25. Jan. 1894. In: H.Ch. Buch (Hrsg.), Parteilichkeit der Literatur oder Parteiliteratur?, Reinbeck 1972, S. 42 ff.

3) vgl. M. Weber: Die Typen der Herrschaft. In: derselbe, Wirtschaft und Gesellschaft Bd. 1, Köln/Berlin 1956, S. 157-222, passim.

von der historischen Dimension der wesenhaften Abstraktion, die als Einheit des Mannigfaltigen das Ergebnis wissenschaftlicher Konkretion darstellt[1], auszugehen ist. Dieser Anspruch kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit allerdings nur ansatzweise erfüllt werden.

Die Analyse der städtebaulichen Bedingungszusammenhänge hinsichtlich ihres Herrschaftscharakters kann nicht auf die kapitalistische Stadt und den kapitalistischen Städtebau eingeschränkt werden, sondern muß notwendig die vorgängige mittelalterliche und absolutistische Entwicklung in ihrer städtebaulichen Darstellung einbeziehen, um den historischen Zusammenhang der Formen, aber auch ihren historisch beschränkten Aussagecharakter, ihre gegensätzliche Bedeutung innerhalb der unterschiedlichen ökonomisch-politischen Herrschaftssysteme zu ermitteln, denn erst vor diesem Hintergrund erklären sich bestimmte typologische und architektonische Momente innerhalb der gegenwärtigen städtischen Struktur und lassen sich durch die Rückbeziehung auf die Gesellschaftsformen, denen sie entstammen, ihres musealen Charakters entkleiden und als Medium vergangener Herrschaftsbeziehungen gesellschaftlich nutzen.

---

1) Das Konkrete ist nicht einfaches Abbild der lebendigen Anschauung, die sinnliche Form des Objektes im subjektiven Bewußtsein, und das Abstrakte nicht bloße Abstraktion des Geistes, sondern es ergibt sich aus der "Dialektik des Überganges von der lebendigen Anschauung zum abstrakten Denken, von Anschauung und Vorstellung zum Begriff, vom Konkreten, wie es in Anschauung und Vorstellung gegeben ist, zum Konkreten, wie es sich im thoeretischen Denken manifestiert ... In der Tat macht es die Besonderheit des Prozesses der theoretischen Aneignung (im Unterschied zur einfachen empirischen Kenntnisnahme der Tatsachen) aus, daß jede für sich genommene 'Abstraktion' sich im Laufe der allgemeinen Bewegung des Forschens herausbildet, in einer Bewegung, die zu einer immer reicheren, vollständigeren, das heißt konkreteren Auffassung des Objekts führt." E.W. Iljenkow: Die Dialektik des Abstrakten und Konkreten im Kapital von Marx. In: A. Schmitt, Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie, a.a.O., S. 88 f.

Vom ideologischen Gebrauchswert baulicher Formen her ist die historische Baumasse sowohl konservatives, als auch progressives Element zukünftiger architektionischer Gestaltung.

Beim historischen Abriß zur Geschichte des Städtebaus in seiner Abhängigkeit von der Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche kann es nicht um Vollständigkeit gehen, sondern es sollen vielmehr Prozesse in ihrer Gesetzmäßigkeit erforscht werden, die zur Klärung des kapitalistischen Städtebaus als historisch besonderem dienen.

Dazu genügt es nicht, die Stadt als Abbild der ökonomischen Verhältnisse darzustellen, als Widerspiegelung einer bestimmten herrschenden Produktionsweise, sondern es gilt darüber hinaus, den Städtebau in seinem Zusammenhang mit den konkreten Klassenverhältnissen der jeweiligen Gesellschaftsformation zu diskutieren, offenbart sich doch erst so der herrschaftlich-ideologische Charakter der verschiedenen Bauformen, denn: "Viele dieser historischen Spannungen und Kräfte finden sichtbaren Niederschlag in Baubild und Stadtgefüge. An sie erinnern die Kerne von Burg und Martksiedlung, Stift und Gewerbesiedlung, die Pole von Dom und Rathaus, City und Arbeitervorstadt, der Zuschnitt der Platzanlagen und Grundstücksgrößen, der Aufbau der Stadtsilhouette, Zahl und Größe der Gemeinschaftseinrichtungen, die Stilepochen der Wachstumsringe, Industrie- und Verkehrssiedlungen, Vorstädte und Trabanten, Grünflächen und Stadtrandzonen."[1] Gemäß der Bedeutung historischer Baumassen für die städtebauliche Entwicklung ist daher zunächst die mittelalterliche Stadt in ihrer gesellschaftlichen Vermitteltheit zu untersuchen, wobei als Schnittpunkt der Analyse die revolutionären Veränderungen des Herrschaftsgefüges von entscheidender Bedeutung sind, markieren sie doch als soziales Moment den Schnittpunkt der Herausbildung der den neuen sozialen Verhältnissen entsprechenden städtebaulichen Abbilder.

---

1) P. Schöller: Die deutschen Städte. In: Geographische Zeitschrift, Beiheft 17, Wiesbaden 1967, S. 1.

I. Die deutsche Stadt im Mittelalter

1. Die Stadt als Abbild einer neuen Produktionsweise

Für die Entstehung der mittelalterlichen Stadt und ihre Definition gibt es beinahe ebenso viele Erklärungsmodelle wie Forscher, die sich unter unterschiedlichen Aspekten mit diesem Gegenstand beschäftigt haben. Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Entscheidung der mittelalterlichen Stadt und ihre wesentliche Charakteristik an eine bestimmte Erscheinungsform des Überbaus (etwa an die Verteidigung: Stadtmauer) oder aber an ein Bündel von Erscheinungsformen von Basis- und Überbauphänomenen gebunden wird, ohne dabei das Wesen der Stadt, ihre grundlegende Bedingung, erklären zu können. M. Weber schließlich kommt, nach Auffassung K.A. Wittfogels, trotz einer ausführlichen Analyse der Stadt, auch in ihrer ökonomischen Bedingtheit, infolge der Vielfalt städtischer Erscheinungsformen und Entwicklungstendenzen letztlich zu der Auffassung, "Städte freilich gibt es. 'Die' Stadt jedoch

---

1) So glaubt G. Schmoller, die Stadt verdanke ihren Ursprung der Nachfrage der Bischofshöfe und Königshöfe nach Märkten.
vgl. G. Schmoller: Deutsches Städtewesen in älterer Zeit. In: Bonner staatswissenschaftliche Untersuchungen, Bonn/ Leipzig 1920 - 23/ H. 5-8, S. 34f.
H. Planitz nimmt das Königsrecht für die Entstehung der Stadt in Anspruch.
vgl. H. Planitz: Die deutsche Stadt im Mittelalter. Graz/Köln 1954, S. 20ff.
P. Sander bindet die Entstehung der Bischofsstädte an ein Kirchengesetz.
vgl. P. Sander: Geschichte des deutschen Städtewesens. In: Bonner staatswissenschaftliche Untersuchungen, a.a.O., S. 74ff.
Für G.L. von Maurer ist die Stadtmauer Wesensmerkmal der Stadt, während G. von Below als Charakteristika den Markt, die Befestigung, die Gerichtsbarkeit etc. anführt.
vgl. K.A. Wittfogel: Die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft (Reprint) Frankfurt 1972, S. 43.
Für W. Sombart wird das Angewiesensein der Stadt auf die Erzeugnisse fremder landwirtschaftlicher Produkte zum ausschlaggebenden Merkmal der Stadt.
vgl. W. Sombart: Der moderne Kapitalismus Bd. 1, Leipzig 1914, S. 128.

gibt es nicht"[1]. Ein solches Verharren bei den Erscheinungen führt notwendig zu einer Leugnung wesensmäßiger Abhängigkeit und damit zu einer Verneinung gesetzmäßiger Prozesse in der städtischen Entwicklung. "Die marxistische Erklärung des Wesens der Stadt muß uns diese als den Ausdruck eines ganz bestimmten gesellschaftlichen (ökonomischen) Verhältnisses enthüllen."[2] Für K. Marx ist das Aufkommen der Stadt Ausdruck der ersten großen gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen ackerbauender und handwerklicher Produktionsweise, die im Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht nur ihren ökonomischen, sondern auch gleichzeitig ihren politischen Ausdruck findet.[3] Grundlage dieser Arbeitsteilung ist die Herausbildung der einfachen Warenproduktion, der Erzeugung von Produktion zum Tausch gegen andere Produkte, also die W-G-W Beziehung[4], im Schoße der feudalen Produktionsweise.

Für die Entwicklung der einfachen Warenproduktion spielt der Fernhandel eine wesentliche Rolle; als Fern- und Grenzhandel wird er zum Geburtshelfer der Arbeitsteilung zwischen Bauer und Handwerker.[5] Da die feudale Produktionsweise auf Selbst-

---

1) K.A. Wittfogel, a.a.O., S. 43.
vgl. auch M. Weber: Die nichtlegitime Herrschaft (Typologie der Städte). In: derselbe, Wirtschaft und Gesellschaft Bd. 2, Tübingen 1956, S. 923-940 passim.
An anderer Stelle neigt Weber der Stadtdefinition W. Sombarts zu: Wichtig für den Stadtcharakter ist nicht die räumliche Ausdehnung, sondern der Stiz von Handel und Gewerbe und der Bedarf kontinuierlicher Lebensmittelzufuhr von außerhalb.
vgl. M. Weber: Wirtschaftsgeschichte. München/Leipzig 1924, S. 272f.

2) K.A. Wittfogel, a.a.O., S. 50.

3) vgl. K. Marx, Das Kapital Bd. 1, a.a.O., S. 373 und derselbe/ F. Engels, Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 22ff.

4) vgl. K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a.a.O., S. 59ff und derselbe, Das Kapital Bd.2, S. 91ff.

5) "Auch bei den slawischen Gemeinwesen tritt das Geld, und der es bedingende Austausch, nicht oder wenig innerhalb der Gemeinwesen hervor, sondern an ihrer Grenze, im Verkehr mit anderen, w i e e s ü b e r h a u p t f a l s c h i s t , d e n A u s t a u s c h m i t t e n i n d a s G e m e i n w e s e n z u s e t z e n, a l s d a s u r s p r ü n g l i c h k o n s t i t u i e r e n d e E l e m e n t. Es tritt vielmehr im Anfang eher in der Beziehung

versorgung der zur Grundherrschaft Gehörenden zielt, kann dieser Handel zunächst nur Luxushandel sein, der, zumeist von Fremden betrieben, der Versorgung der herrschenden Klasse, der weltlichen und geistlichen Fürsten dient.[1] Die Bindung des Handels an den Konsum der feudalen Herrschaftsschicht wird durch die Ware selbst und durch die Lage der Handelsmärkte anschaulich. Diese Märkte als Rastplätze der Wanderhändler sind so gwählt, "das dort zugleich das Zusammentreffen mit einem geeigneten Konsumentenkreis möglich war, wofür an den genannten Plätzen, Klöstern usw. die günstigsten Voraussetzungen bestanden."[2] Man legte den Marktort regelmäßig "ein wenig abseits von den schon vorhandenen Wohnplätzen - Pfalz, Burg, Domgemeinde, Kloster - an, um schon durch diese räumliche Trennung seinen ganz besonderen Charakter zu kennzeichnen."[3] Die sich mit der Marktentwicklung herausbildenden Institutionen, die auf den reibungslosen Austausch der Waren zielen, unterstehen trotz dieser räumlichen Distanz weiter der herrschaftsmäßigen Abhängigkeit des Feudalherren, denn dieser übt als Besitzer des Marktprivilegs auch die politische und rechtliche Gewalt über diese Institutionen aus, die damit gleichzeitig den ökonomischen Interessen des Feudalherren dienen. Ihm untersteht das Marktgericht, das die Einhaltung des Marktfriedens überwacht, die Münze, die den Verkehrswert, die Maße und Gewichte festlegt und ihm fließen die Marktzölle und die Strafgelder zu. G. Schmoller hebt das

---

der verschiedenen Gemeinwesen aufeinander, als für die Mitglieder innerhalb eines und desselben hervor."
K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a.a.O., S. 23.

---

1) vgl. J. Kulischer: Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit Bd. 1. München/Wien ^{3}1965, S. 78ff.

2) H. Mottek: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß. Bd. 1. Berlin 1964, S. 115.

3) B. Heil: Die deutschen Städte und Bürger im Mittelalter. Leipzig 1912, S. 13.

Interesse der Feudalherren an einer Ausweitung der Marktansiedlung hervor, weil diese mit dem Wachsen einer bequemen Einnahmequelle verbunden ist.[1)]

Die Märkte entstehen zum überwiegenden Teil in der Nähe der Bischofsburgen und Kaiserpfalzen oder innerhalb deren unmittelbaren Einflußbereichen, an den Kreuzungspunkten von Handelsstraßen oder in der Nähe von Klöstern. Die wichtigsten Märkte finden sich im frühen Mittelalter in den alten Römerstädten (z.B. Köln, Mainz, Trier, Straßburg, Speyer, Worms, Konstanz, Augsburg, Regensburg), in denen die kirchlichen Institutionen als einzige dem Zerfall des Römischen Reiches überlebten, und in der Nähe der Kaiserpfalzen (z.B. Dortmund, Goslar, Duisburg, Zürich, Frankfurt M., Nürnberg, Ulm).[2)] Den Kern der Marktsiedlung bildet der Ort des Warentausches, der Marktplatz. Er ist in der Regel eine breite Handelsstraße, die nur in besonders entwickelten Marktorten ein längliches, straßenförmiges Rechteck bildet.[3)]
Diese breite Straße kann als Abbild der auf Fernhandel beruhenden Distribution auf der wenig entwickelten Stufe der einfachen Warenproduktion angesehen werden, wie die in relativer Nähe der leistungsfähigen Wasserstraßen liegenden Märkte, z.B. in Köln, Bremen, Frankfurt M., besonders anschaulich zeigen.

Unter den Voraussetzungen der Feudalwirtschaft ist jedoch an eine Ausweitung des Handels über einen bestimmten Punkt hinaus nicht zu denken. Damit wird die feudale Naturalwirtschaft zur Fessel für die steigenden Bedürfnisse der herrschenden Klasse in einer Zeit der beginnenden Entfaltung nationaler

---

1) vgl. G. Schmoller, Deutsches Städtewesen in älterer Zeit, a.a.O., S. 47.

2) vgl. H. Planitz, a.a.O., S. 62f.
Da Planitz jedoch bereits Kaufmannssiedlungen, also Wikorte, als Städte bezeichnet, werden von ihm die frühen Märkte bereits als Städte aufgeführt.
vgl. auch H. Mottek, a.a.O., S. 115ff.
Die besondere Bedeutung der Bischofssitze für die Stadtentwicklung beschreibt vor allem B. Heil recht anschaulich.
vgl. B. Heil, a.a.O., S. 70f.

3) vgl. H. Planitz, a.a.O., S. 82 u. 90.

Macht, die sich erst durch die spezifische Entwicklung der einfachen Warenproduktion beseitigen läßt.
Die wesentliche Voraussetzung für den Warentausch besteht in der Ausweitung der Produktion von Waren, d.h. Produkten, die zum Zwecke des Tausches produziert werden. Diese Erzeugnisse können in der Hauptsache Ergebnisse handwerklicher Arbeit sein, denn in der auf Selbstversorgung abzielenden Naturalwirtschaft des Feudalismus ist die Nachfrage nach Produkten fremder bäuerlicher Arbeit naturgemäß gering. Insofern das Bedürfnis ein Produkt schafft und das Produkt wiederum ein Bedürfnis[1], schafft das Bedürfnis notwendig die Produzenten des Produktes. Die handwerkliche Produktion ist nicht länger auf das feudale Frongewerbe, auf die Waffenschmiede und auf den Hausbau beschränkt, sondern beginnt sich in verschiedene speziellere Tätigkeiten zu differenzieren.[2]

Bereits zur Zeit der Sachsenherrscher gibt es, vor allem in den ehemaligen Römerstädten, selbständige Warenproduzenten, die allerdings hauptsächlich Kaufleute sind, veräußern sie doch die von ihnen erzeugten Produkte auf von ihnen unternommenen Fernfahrten selber. Da sie in die Kaufmannsgilde und -gemeinde aufgenommen werden, nach Kaufmannsrecht leben, nehmen sie auch rechtlich die Stellung eines Kaufmanns ein. An den Marktorten lebt ferner die große Masse der hofhörigen Handwerker, die als unselbständige Handwerker der Grundherrschaft, dem Grundherrn gehörende Rohstoffe mit dessen Werkzeug bearbeiten und deren Produkte vom Grundherrn selbst verkauf werden. In den Orten, in denen mehrere Grundherren leben, beispielsweise König, Bischof, Herzog, Graf, Stifter, kommt es zu Häufungen grundherrlicher Handwerker, die bald mehr produzieren, als von der feudalen Grundherrschaft konsumiert werden kann; die überschüssigen Produkte werden von den Produzenten mit oder ohne Erlaubnis des Grundherrn auf dem Markt verkauft.

---

1) vgl. K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a.a.O., S. 13.

2) vgl. J. Kulischer, a.a.O., S. 65ff.

Gegen Ende des 11. Jh. haben sich bereits hofhörige Handwerker unmittelbar am Markt in einem eigenen Haus, das gleichzeitig als Werkstatt dient, angesiedelt. Eine Verfügung Heinrich IV. besagt, daß nur tatsächlich auf dem Grundhof wohnende und nach Hofrecht lebende Grundholde als unfrei zu betrachten seien, während die selbständig wohnenden, wenn auch ursprünglich unfreien Handwerker rechtlich wie Bürger zu behandeln wären.[1] Damit aber wird das eigene Haus, obschon auf fremdem grundherrlichen Boden stehend, zum frühen sichtbaren baulichen Ausdruck des Bürgerrechts; dementsprechend ist die Hauszerstörung als Aberkennung dieses Rechts in Verbindung mit der Vertreibung aus der Stadt nicht nur in dieser frühen Zeit der städtischen Entwicklung eine gängige Exekutionsform.[2]

Die Entwicklung des Gewerbes ist Ergebnis des mit der Herausbildung der einfachen Warenproduktion entstehenden Widerspruchs zwischen handwerklicher und feudaler Produktionsweise im Schoße der letzteren.
Ist das Interesse der Feudalherren darauf gerichtet, durch die Aneignung des von den persönlich abhängigen Bauern und Handwerkern erzeugten Mehrprodukte ihre parasitäre Konsumtion zu gewährleisten, auf der Grundlage ihres 'Eigentums' an Grund und Boden und ihres beschränkten Eigentums an den Produzenten, so müssen sich die einfachen Warenproduzenten von dieser persönlichen Abhängigkeit befreien und eine Produktionsweise entwickeln, deren Grundlage nicht fremdes Eigentum an den Produktionsmitteln darstellt; Basis dieser Entwicklung aber ist die relative Einfachheit und Primitivität handwerklicher Produktionsmittel. Gleichzeitig mit der Entwicklung der neuen Produktionsweise entsteht notwendig eine entsprechende Distribu tionsweise. Die Produktion von Waren findet ihre distributive Entsprechung im Markt, der sich jetzt zum örtlichen

---

1) Zur Bestimmung der wirtschaftlichen und rechtlichen Entwicklung des Handwerks
vgl. H. Planitz, a.a.O., S. 87f.

2) vgl. derselbe, a.a.O., S. 131.
vgl. auch H. Planitz: Die deutsche Stadtgemeinde, In: C. Haase (Hrsg.), Die Stadt des Mittelalters Bd. 2. Darmstadt 1969, S. 98ff.

Wochenmarkt, im Gegensatz zum Jahrmarkt, entwickelt, dessen grundlegende Bedingung, die Freizügigkeit der Tauschenden, im Widerspruch zu der feudalen Bindung an den grundherrlichen Boden steht; der Warentausch gegen Geld löst den Produktionstausch ab.[1)]

War der Markt zunächst Ausdruck, das räumliche Abbild einer Distributionsform, die aus der Unterentwicklung der deutschen ökonomischen Verhältnisse gegenüber den maurisch-arabischen, byzantinischen und oberitalienischen geboren wurde[2)], so erfolgt durch die Ausweitung der handwerklichen Produktion und die Stabilisierung des Handels die notwendige Arbeitsteilung zwischen ackerbauender und handwerklicher Produktionsweise auf gesellschaftlicher Ebene. "Es liegt in der Natur der Sache, daß sobald städtische Industrie als solche sich von der agrikolaren trennt, ihre Produktion von vornherein Waren sind und deren Verkauf also der Vermittlung des Handels bedarf. Die Anlehnung des Handels an die städtische Entwicklung und andererseits die Bedingtheit der letzteren durch den Handel sind soweit selbstverständlich."[3)]

Erst indem sich die Produktionsweise der einfachen Warenproduktion in ihrer vollen Beziehung zwischen Produktion und Distribution lokalisiert und einen entsprechenden Überbau an den bereits bestehenden Distributionsorten, den Marktorten, heranbildet, läßt sich von diesen besonders fixierten Gebilden als von Städten sprechen, die damit gleichzeitig als Abbild der neuen Produktionsweise historisch konkret in unterschiedlicher Form, nach den jeweils unterschiedlichen lokalen (ökonomischen, herrschaftlichen, geographischen etc.) Bedingungen sich räumlich darstellen. Auch für C. Haase

---

1) vgl. J. Kulischer, a.a.O., S. 89ff.

2) Die Unterentwicklung der deutschen ökonomischen Verhältnisse kommt sehr deutlich in der passiven Handelsbilanz gegenüber dem Orient während beinahe des gesamten frühen Mittelalters zum Ausdruck.
vgl. H. Mottek, a.a.O., S. 115.

3) K. Marx, Das Kapital Bd. 1., a.a.O., S. 344.

ist "die mittelalterliche Stadt, wenigstens in großen Teilen Europas, ihrer Entstehung nach zunächst keine Festung, sondern ein wirtschaftliches Phänomen. Ihre vielfältigen Entwicklungsursachen dürften sich auf zwei Grundtatsachen reduzieren lassen, nämlich auf die Entwicklung einer arbeitsteilenden Wirtschaft und die Intensivierung des Landesausbaus. Erst in zweiter Linie, wenn auch zeitlich gesehen häufig im gleichen Zuge schafft sich das neu entstehende Gebilde 'Stadt' besondere Formen des Schutzes nach außen, um seine wirtschaftlichen Aufgaben erfüllen zu können. Von der Stadt als Institution der gesehen sind also die rechtliche, soziale und fortifikatorische Komponente des Städtewesens gegenüber der wirtschaftlichen ursprünglich nur akzessorisch."[1] In Bezug auf die besondere Qualität des Marktes für die Stadtbildung ist K.Th. von Inama-Sternegg zuzustimmen, der betont: "Die Organisation eines Marktes ist überall für die Bildung einer Stadt ein wesentlicher Faktor. Wenn es Märkte gegeben hat in Orten, welche nicht zu Städten geworden sind (Badenweiler), so ändert sich an dem Zusammenhang zwischen Markt und Stadt im großen und ganzen ebensowenig, als wenn vereinzelt eine Stadt nachzuweisen ist, welche erst später zu einem Markt gekommen (Meersburg); in beiden Fällen handelt es sich eben um unfertige Bildungen."[2] Demgemäß spricht K. Gruber von dem Markt als von dem ersten planvollen Element im Grundriß der Stadt, der gleichzeitig als der städtebauliche Niederschlag des Standes anzusehen ist, dem entwicklungsmäßig die Zukunft gehört, dem Bürgertum.[3]

Allerdings sollte man das Ausmaß und die Bedeutung der frühen Stadtentwicklung nicht überschätzen; R. Kötschke nimmt für

---

1) C. Haase: Die Stadt als Festung, In: derselbe (Hrsg.), Die Stadt im Mittelalter Bd. 1, Darmstadt 1969, S. 378.

2) K.Th. von Inama-Sternegg: Über die Anfänge des deutschen Städtewesens. In: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung Bd. 1, Prag/Wien/Leipzig 1892, S.561. vgl. auch K. Lamprecht: Deutsche Geschichte. 1 Abt. Bd. 3. Berlin 1913, S. 36f.

3) vgl. K. Gruber: Die Gestalt der deutschen Stadt. München 1952, S. 34.

1125 erst 150 Städte auf deutschem Boden an und weist darauf hin, daß der Anteil der städtischen Bevölkerung gegen Ende der Salierzeit nur wenige Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht.[1] Die Einwohnerzahl dieser Städte ist nach B. Heil selbst um 1200 noch sehr gering; er schätzt für die damals wohl größte Stadt, Köln, nicht mehr als 10 000 - 15 000 Einwohner, während er für die übrigen Städte viel niedrigere Ziffern annimmt.[2]

---

1) vgl. R. Kötzsche, a.a.O., S. 73.
2) vgl. K. Gruber, a.a.O., S. 26.

2. Der Widerspruch zwischen Stadt und Land

Mit der Herausbildung der einfachen Warenproduktion ist gleichzeitig die Entwicklung einer entsprechenden politischen Organisation der Produzenten innerhalb der Stadt verbunden, die, entsprechend der feudalen Herrschaftsverhältnisse, innerhalb deren sich das neue Gebilde entwickelt, notwendig zunächst feudalen Charakter trägt. Innerhalb des Feudalsystems dient die Stadt, wie bereits betont, hauptsächlich den Interessen der feudalen Konsumenten und zwar in doppelter Hinsicht: zum einen werden hier die Produkte erzeugt, die als Luxusgegenstände auf den feudalen Konsumentenkreis zugeschnitten sind, zum anderen ziehen die Stadtherren nicht unerhebliche Gewinne aus ihrem Privileg, "verbanden sich doch mit dem Besitze der Stadt Einkünfte aus Zoll und Verkehrssteuer, aus Münze und Marktstand sowie beträchtliche Einnahmen aus den Gebühren für Polizei und Gericht, lauter Einkünfte, die natürlich ebensoviele Abzüge für die städtische Bevölkerung bedeuten."[1] Für die Anfänge der Stadtentwicklung läßt sich so eine ökonomische Ausbeutung der Bürger durch den feudalen Adel feststellen, der seine Grundlage in der feudalen Herrschaftsorganisation findet. Ausdruck dieser Organisation ist das rechtliche Verhältnis zwischen Bürger und Stadtherr: "Die unbedingte Überlegenheit der Konsumentengruppe, also in den Bischofsstädten des Bischofs und des übrigen Klerus, wurde noch dadurch gewaltig gesteigert, daß die verfassungsmäßige Entwicklung, wie nicht anders zu erwarten war, ganz zu ihren Gunsten verlief. Der Bischof erhielt zu seinen wirtschaftlichen Rechten als Grundherr auch noch politische Rechte hinzu, die sich im 10. und 11. Jahrhundert zu einer wirklichen, durch königliche Privilegien sanktionierten Stadtherrschaft in der Bischofsstadt steigerten. Damit waren alle Stadtbewohner der Gerichtsbarkeit und vor allem der Verwaltung des Bischofs unterstellt.

---

1) K.A. Wittfogel, a.a.O., S. 72f.

Er übte in der ganzen Stadt Bannrecht aus, d.h. das Recht zu gebieten und zu verbieten."[1)]

Den Gegenpol zum Markt als wirtschaftlichem Mittelpunkt der Städte bildet die stadtherrliche Burg als politischer Mittelpunkt; in der räumlichen Separierung der Interessen, in Stadt und Burg, kündet sich bereits der Gegensatz zwischen bürgerlichen und stadtherrlichen Herrschaftsbereichen an, der in der Folgezeit für die gesamte städtische Entwicklung von entscheidener Bedeutung ist. Bezogen auf die Bischofsstadt stellt P. Schöller fest: "Der Dualismus zwischen Domstadt und Kaufmannstadt findet in den meisten Fällen seinen Niederschlag in einem bis heute weiter bestehenden topographischen Dualismus im Stadtgefüge. Dieses Zusammentreten zweier grundverschiedener Wesenselemente führt entweder zu klarer städtegeographischer Sonderung oder zu städtebaulicher Steigerung im unmittelbaren Kontakt zueinander."[2)]

War zuvor betont worden, daß die Stadt ökonomisch und politisch von der herrschenden feudalen Klasse ausgebeutet wird, so trifft dieser Zusammenhang nur eine Seite des Verhältnisses Stadt-Land im frühen Mittelalter. In dem Maße, wie der Feudaladel geistlicher oder weltlicher Herkunft als Inhaber der Stadtherrschaft die Stadt ökonomisch expropriiert, wird das die Stadt umgebende flache Land bald von der Stadt selbst ausgebeutet, auf der Grundlage der Nachfrage des Landes nach Produkten handwerklicher Arbeit der Stadt. H. Mottek habt die Bedeutung dieser Nachfrage für die Ausbildung der Wochenmärkte hervor: "Wo eine Fernhändlersiedlung schon existierte, wurde die Funktion der Zentralisierung der Lokalwaren-

---

1) F. Rörig: Die Stadt in der deutschen Geschichte. In: C. Haase (Hrsg.), Die Stadt des Mittelalters Bd. 1, a.a.O., S. 10f.

2) P. Schöller, a.a.O., S. 32.
Schöller führt folgende Beispiele an: "Münster, wo der Prinzipalmarkt mit Hauptpfarrkirche und Rathaus im Halbbogen den Dombereich umschließt ... In Osnabrück stellt sich das Spannungsverhältnis zwischen geistlichem und bürgerlichem Zentrum in einer westöstlich gerichteten Platzfolge dar. Beide Bereiche grenzen aneinander, haben jedoch

Zirkulation zunächst auch von dieser übernommen. Hier treten also zu dem Verkauf von Waren aus der Ferne und dem Kauf von Waren zwecks Versand in die Ferne durch den Fernhändler noch Verkäufe lokaler Produzenten, also Handwerker bzw. Bauern, an lokale Konsumenten, also vor allem Bauern bzw. Handwerker, hinzu. Diese Entwicklung fand an manchen Orten ihren Ausdruck in einem gesonderten Marktplatz für den lokalen Tauschverkehr, der insbesondere für Niedersachsen, z.B. Hannover und auch Magdeburg, nachweisbar ist."[1] Ausgangspunkt der Ausbeutung des Landes durch die Stadt ist folglich die Einheit zwischen Stadt und Land in der Konsumtion, denn "ökonomische Grundlage im besonderen der Handwerker ist der Austausch zwischen Stadt und Land, vor allem der Absatz handwerklicher Produkte von der Stadt in das umliegende Land, mit dem die Stadt weitgehend eine ökonomische Einheit bildet. Dieser Austausch zwischen Stadt und Land, insbesondere der Absatz städtischer Waren, konnte naturgemäß vor allem dadurch geführdet werden, daß die

---

noch so viel Abstand, daß sie eigene architektonische Zellen im Stadtaufbau bilden. Auch in Bremen sind Domhügel und Bürgersiedlung auf dem Steffensberg die Lebensmitte der Altstadt geblieben ... Im Gegensatz zu Bremen hat die Domburg in dem von Anfang an als Hansestadt gegründeten Lübeck immer am Rande der Altstadt gelegen. Noch stärker war die Trennung in Naumburg... Hohen architektonischen Reiz als echte Stadtkrone konnte dagegen der in seinen geistlichen Funktionen weiterlebende Dombezirk in beherrschender Höhenlage gewonnen: Die stille, wehrhafte Oberstadt von Freising über dem von Verkehr und Geschäftsleben durchpulsten Straßenmarkt der Unterstadt oder der unvergleichliche Domplatz von Bamberg." Doch sind diese baulichen Abbilder des gesellschaftlichen Widerspruchs zwischen Bürger und feudalem Stadtherrn, die verschiedenen Machtkerne, nicht auf die Bischofstadt beschränkt, sondern "Auch Burgen und landesherrliche Schloßanlagen oberhalb der Stadt können mit der Siedlung im Tal in Kontrast oder in eine enge Beziehung treten, die zuweilen durch mächtige Schenkelmauern, die zur Stadtmauer herabsteigen, noch unterstrichen wird. Die Burg von Nürnberg, Schloß Marienberg über Würzburg, Meersburg am Bodensee, Stahleck über Bacharach, Burghausen und Schloß Heidelberg sind Beispiele dafür, wie wichtig der beherrschende Höhenakzent noch heute für Stadtgesicht und Fremdenverkehrsbedeutung ist."
derselbe, a.a.O., S. 32f.

---

1) H. Mottek, a.a.O., S. 158.

Landarbeiter selbst ein Handwerk ausübten und auf diese Weise den Städtern Konkurrenz machten. Um solche Konkurrenz zu verhindern, wurde um viele Städte ein Bannmeilengebiet gelegt, in dem die meisten Gewerbe verboten und für die Produktion der übrigen die Einfuhr in die Stadt nicht erlaubt war. Dadurch wurde in der Tat die Entwicklung des dörflichen Handwerks gehindert und so die Konzentration des Handwerks in der Stadt gefördert."[1] In der Ausbeutung des Landes durch die Stadt zeichnet sich schon früh eine Quelle städtischen Reichtums ab, die in der Folgezeit ausgebaut wird, und zu der andere Formen der Ausbeutung, vor allem auf der Basis des Geld- und Kreditwesens, hinzutreten.

Beutet das feudale Land die Stadt auf der einen Seite politisch aus, so wird das Land von der Stadt bevölkerungsmäßig ausgebeutet. Je mehr mit der Konsolisierung des Feudaladels die Ausbeutung der Grundhörigen zunimmt und sich ihre persönliche ökonomische wie rechtliche Lage verschlechtert, desto unwiderstehlicher wird der Drang, sich durch den Zug in die Stadt der Ausbeutung zu entziehen: die wirtschaftliche Selbständigkeit und die persönliche Freiheit lassen dem Landbewohner ein Leben in den Mauern der Stadt erstrebenswert erscheinen.[2] Der Grundholde wird zwar durch den Zug in die Stadt zunächst nicht persönlich frei[3], sondern sein Grundherr kann ihn in der Stadt reklamieren. Bis zum 12. Jahrhundert aber erkämpfen sich die Städte unter Ausnutzung der Widersprüche innerhalb der herrschenden Feudalklasse das Privileg, demzufolge nach einer gewissen Zeit der Grundholde

---

1) H. Mottek, a.a.O., S. 177.
Der Auffassung K. Büchers von einer autarken Stadtwirtschaft ist also grundsätzlich zu widersprechen.
vgl. dazu auch J. Kulischer, a.a.O., S. 98ff.

2) vgl. H. Preuß: Die Entwicklung des deutschen Städtewesens. Leipzig 1906, S. 61.

3) "Unter den Scharen der Zuzügler befanden sich neben Freien auch zahlreiche Unfreie, Hörige auswärtiger Grundherren. An diesem Verhältnis zum auswärtigen Herrn änderte ihre Niederlassung in der Stadt zunächst nichts, innerhalb der städtischen Gemeinschaft aber wurden sie den Freien gleich behandelt."
H. Preuß, a.a.O., S. 23.

vom Grundherrn nicht mehr zurückzufordern ist.[1)]
Die sich entwickelnden Städte können ihren mit der Ausweitung ihrer Wirtschaft verbundenen steigenden Bedarf an Arbeitskräften nicht aus einem eigenen Bevölkerungszuwachs decken, denn trotz vermutlich hoher Geburtenziffern läßt sich kein Geburtenüberschuß für die mittelalterliche Stadt feststellen.[2)] Nachwuchsmangel und durch Epidemien und Kriege verursachte Lücken in der Bevölkerung werden durch den Zuwachs vom Lande immer wieder wettgemacht, der "eine während langer Zeit reichlich fließende Quelle der Verjüngung und Stärkung für die Stadtbevölkerung bedeutete."[3)]

Ist der Widerspruch Stadt - Land zu Beginn der Stadtentwicklung hauptsächlich wirtschaftlicher Natur, Ausdruck unterschiedlicher Produktionsweisen, so stellt er sich schon bald baulich dar, indem das sich neu entwickelnde Gebilde mit einer Befestigung umgeben wird, die damit für jedermann zur sinnlich-optischen Scheide zwischen Stadt und Land wird.[4)] Fast überall ist die Burg des Stadtherrn in die Ummauerung einbezogen[5)], obschon die stadtherrliche Burg oft durch eine eigene Mauer vom übrigen Stadtgebiet getrennt bleibt.[6)]
Somit stellt sich der Widerspruch zwischen Stadt und Land in seiner politischen bzw. herrschaftlichen Ausprägung auch

---

1) "quicumque hic per annum unum et per diem unum manserit, liber erit - lautet ein flandrisches, 1165 verliehenes Privileg. In diesem Jahrhundert ist dieser Satz nicht nur in flandrischen Privilegien ..., sondern auch in England..., in Deutschland..., in französischen coutumes... zu finden." J. Kulischer, a.a.O., S. 132.

2) vgl. J. Kulischer, a.a.O., S. 170ff.

3) H. Preuß, a.a.O., S. 61.

4) vgl. C. Haase, a.a.O., S. 378.

5) vgl. H. Planitz, a.a.O., S. 239.

6) "Offenbar bevorzugten die Bischöfe früher die Mauertechnik nach westlichen Vorbildern. Sie ummauerten die Domburgen, wie in Paderborn 900, in Hildesheim 1000, in Merseburg 1008, in Bremen 1030, in Halberstadt 1068, und man dehnte in diesen Bischofsstädten den Mauergürtel auf die übrige Stadt aus."
H. Planitz, a.a.O., S. 239.

innerhalb der Stadt selbst dar, wobei der Mauerbau sich gegen die Interessen des übrigen Großadels richtet, also aus Gegensätzen innerhalb der herrschenden Klasse geboren wird.[1] Andererseits entspringt auch die 'Unsicherheit der Zeiten' (durch Kriege oder Fehden der Fürsten) während der ersten Periode der Stadtentwicklung Widersprüchen innerhalb der herrschenden Klasse, für die Raub ein legitimes Mittel der Bereicherung darstellt. B. Heil führt daher die Notwendigkeit einer starken Umwehrung einerseits auf den Wert der in der Stadt lagernden Waren zurück, andererseits auf die Unsicherheit der Zeiten, die einem friedlichen Handel im Wege stehen.[2] C. Haase betont zu Recht, daß die Stadtbefestigung lediglich ein Spezialfall der Befestigung überhaupt sei, angewandt auf das wirtschaftliche, politische und soziale Gebilde Stadt in einer bestimmten Konstellation zur herrschenden Kriegstechnik, von ihr hervorgerufen und mit ihr sich wandelnd und schließlich vergehend. Mit ihrer Entstehung aber wirkt die Stadtmauer zurück auf das wirtschaftliche, politische, rechtliche und soziale Leben der Stadt.[3] Bis zum 12. Jahrhundert stellt der umschließende Mauerbau eine der wichtigsten baulichen Initiativen seitens der Stadtherrn dar.[4]

---

1) vgl. K. Lamprecht, Deutsche Geschichte Bd. 3, a.a.O., S. 45.

2) vgl. B. Heil, a.a.O., S. 24.

3) vgl. C. Haase, a.a.O., S. 382.

4) vgl. G. Schmoller, a.a.O., S. 132.
An dieser Stelle sollen einige Daten für die Ummauerung verschiedener Städte angeführt werden, die sich wesentlich auf die gemeinsame Ummauerung von stadtherrlicher Burg und Marktort beziehen. Hiermit ist also die erste Etappe des Mauerbaus in den genannten Städten angesprochen, wenn dieser sich auch in der Folgezeit häufig in mehreren Etappen abspielt: Köln 950, Worms 1000, Mainz 1158, Soest 1168, Münster 1169, Frankfurt M 1172, Aachen 1172-76, Braunschweig 1175, Bremen 1200, Duisburg 1203, Lübeck 1225, Dortmund 1240, Speyr 1291, Hamburg 1300.
vgl. H. Planitz, a.a.O., passim.
"Aber noch behielt der Stadtherr die Befestigung fast überall in seiner Hand, und erst gegen Ende des 12. Jahrhunderts ist sie ihm - etwa in den rheinischen Bischofsstädten - in Auseinandersetzungen von unvergleichlicher Heftigkeit und verschiedenem Verlauf langsam fast überall entglitten."
C. Haase, a.a.O., S. 390.

Zunächst bestehen die Stadtbefestigungen aus einem Erdwall mit einem Palisadenzaun, denn der Mauerbau ist in der Zeit, da der Steinbau die Ausnahme bildet, nicht nur kostspielig, sondern auch ungewöhnlich. Nur in den rheinischen Bischofsstädten kann man die römische Befestigung als Steinbruch für den Mauerbau nutzen.[1] Später wird eine besondere Steuer (Ungeld) erhoben, um den Mauerbau finanzieren zu können, oder die Abgaben an den Landesherrn werden zugunsten der Verteidigungskosten ermäßigt.[2] So fallen intensiver Mauerbau und der Beginn der Städtesteuer zusammen.[3]

Unter dem Aspekt der bürgerlichen Entwicklung ist die Mauer als Schutz der städtischen Interessen gegenüber den Interessen der feudalen Grundherrschaft anzusehen, begünstigt doch der Stadtherr die Entwicklung der städtischen Wirtschaft zwecks Verbesserung der eigenen Einnahmen auf der Grundlage seiner Privilegien. Insofern ist in der ersten Periode der Stadtentwicklung eine Interessenkonformität zwischen stadtherrlichem und bürgerlichem Moment in der Stadt auf der Basis der Wirtschaftsentwicklung festzustellen. Die Mauern bieten dem Handel und dem Gewerbe den nötigen Schutz zu ihrer Entwicklung innerhalb der feudalen Produktionsweise; daher wird der Bau der Mauer, obwohl er überwiegend von der Stadtbevölkerung selbst zu leisten ist und den städtischen Verteidigungshaushalt stark erhöht, nicht als Last empfunden; im Gegenteil gilt das Niederreißen der Mauern als Strafe.[4] So ist denn die Schleifung der Mauern im Mittelalter eine wirkungsvolle Sanktionsdrohung seitens überlegener Gegner. Zwar verliert die Stadt mit der Befestigung nicht ihren Charakter als Stadt, denn Herrschaft und Verwaltung sind bereits auf die neue Produktionsweise zugeschnitten, doch bedeutet der Verlust der Mauer die machtpolitische Schutzlosigkeit der Stadt gegenüber den Interessen des feudalen Landes.

---

1) vgl. H. Planitz, a.a.O., S. 38.

2) vgl. C. Haase, a.a.O., S. 390f.

3) vgl. G. Schmoller, a.a.O., S. 57.

4) vgl. G. von Below: Das ältere deutsche Städtewesen und Bürgertum. Bielefeld/Leipzig 1898, S. 24.

H. Planitz bezeichnet daher die Stadtmauer als 'Symbol' der mittelalterlichen Stadt schlechthin und belegt diese Auffassung mit einem Zitat aus einer Glosse zum sächsischen Lehnsrecht: "Einen burger und einen gebur scheit nicht me wen ein czuhen und ein muer".[1)]

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt unter dem Regiment des mittelalterlichen Stadtherrn ist zunächst gekennzeichnet durch den Handel. Nach einer Stockung des Warenverkehrs um 1070 tritt im Laufe des 12. Jahrhunderts ein neuer Aufschwung ein, der vor allem den rheinischen Handel belebt und zum Norden hin ausweitet.[2)] Infolge der Ablenkung der alten orientalischen Handelsstraße (vom kaspischen Meer zur Ostsee) expandiert mit den Kreuzzügen vor allem in den oberitalienischen Städten der Orienthandel. "Immer zahlreicher erscheinen orientalische Waren in den Häfen Flanderns und Englands: und dem deutschen Kaufmann fiel ihr weiterer Vertrieb von dort nach Deutschland und vor allem auch nach jenen Ländern der Nord- und Ostsee zu, die jetzt mit Deutschland durch einen regen Handel verbunden wurden, von einem Bezug orientalischer Produkte über Land aber fast völlig abgeschlossen waren."[3)] Dagegen werden der rheinische und der Donauhandel vor allem durch die Verlagerung der Handelsstraße von der Champagne an den Rhein belebt; Köln wird dadurch zum Kreuzungspunkt zweier Handelsstraßen, der rheinischen und der west-östlichen (Brügge-Hamburg).[4)] Nur auf der Grundlage der Ausweitung des rheinischen Handels ist die wachsende Bedeutung der rheinischen Bischofsstädte und ihre Vormachtstellung in der ersten Periode der Städtentwicklung zu verstehen.

Hatte die Fernhandelsentwicklung ihren städtebaulichen Niederschlag in der Marktstraße gefunden[5)], so tritt mit der Entwicklung der städtischen Ortswirtschaft der Kleinhandel mit

---

1) H. Planitz, a.a.O., S. 229.
2) vgl. K. Lamprecht, a.a.O., S. 23.
3) K. Lamprecht, a.a.O., S. 23.
4) vgl. J. Kulischer, a.a.O., S. 23f.
5) vgl. H. Planitz, a.a.O., S. 94f.

dem Stadtumland zum Fernhandel hinzu. Fernhandel und lokaler Warenaustausch bilden so ein System der Stadtwirtschaft, das in den einzelnen Städten je nach Lage und Entwicklung eine unterschiedliche Ausprägung findet. Mit der steigenden Bedeutung des lokalen Handels, im Zusammenhang der Differenzierung und Ausweitung der Produktion in den Städten genügt die verbreiterte Straße nicht mehr als Distributionsort der Waren. "Aus den Bedürfnissen des gewerblichen Marktes ergaben sich die Neubildungen zur planmäßigen Straßenmarktanlage in Rechtecks-, Dreiecks- oder Keilform. Diese Anlagen beginnen sich langsam von der Straße zu lösen und werden selbständige Raumgebilde. Besonders lehrreich ist die Betrachtung der älteren Städte, die ihre früheren Marktstätten durch neue ersetzen. Sie bauen entweder die alten aus, wie Köln, Speyer, Soest oder Erfurt, oder sie errichten andere in neuen Formen, wie Magdeburg, Worms oder Dortmund."[1] Diese neuen Märkte, außerhalb der bisherigen Marktstraße angelegt, bilden den Mittelpunkt einer neuen Marktansiedlung, die mit der Altstadt zusammenwächst und so die Grundlage der Stadterweiterung bildet. Die städtische wirtschaftliche Entwicklung als Handelsentwicklung findet so das ihr gemäße architektonische Abbild in der räumlichen Entwicklung des Marktes, der sich als Strassenmarkt am Verlauf der Torstraßen orientiert und damit seine Herkunft aus der Fernhandelsdistribution dokumentiert. Eine besonders klare Übereinstimmung von Fernverkehrsspannung und Markt zeigt sich in den beherrschenden Stadtachsen von Magdeburg, München und Augsburg.[2] Gemäß seiner ökonomischen Bedeutung nennt P. Schöller den Markt die Herzkammer des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens im Kern der mittelalterlichen Stadt, lokalisiert in der günstigsten topographischen Verkehrslage gegenüber dem Dom-, Stifts- und Burgbereich des Stadtherrn.[3]

Der wirtschaftliche Aufschwung des Handels, der zu großen Handelsvereinigungen führt, wie z.B. im nordeuropäischen Raum

---

1) H. Planitz, a.a.O., S. 94f.
2) vgl. P. Schöller, a.a.O., S. 35.
3) vgl. derselbe, a.a.O., S. 33.

der Hanse, bewirkt gleichzeitig eine Umgestaltung der Arbeit des Fernhändlers selbst, die wesentlich mit der Einführung der Schrift in den Handelsbetrieb verbunden ist: "Der alte Typ des Fernhändlers, der dauernd auf endlos weiten Karawanen- und Flottenfahrten unterwegs ist, tritt, jedenfalls für die Chefs der Firmen selbst, zurück gegenüber der organisatorischen Tätigkeit aus der 'Schreibkammer', dem Kontor ... Durch Kommissionsgeschäfte, Handelsgesellschaften und Vertretungen an fremden Plätzen vervielfältigt er gewissermaßen seine kaufmännische Persönlichkeit und intensiviert damit in einer bisher unvorstellbaren Weise seine geschäftliche Tätigkeit. Durch diesen Kaufmann neuen Stils, den federführenden Kaufmann, werden die neuen großen Möglichkeiten, die die vorhergehenden Generationen erschlossen hatten, erst voll ausgenutzt."[1] Diese Entwicklung führt zum Seßhaftwerden der Fernhändler, die infolge der Ausnutzung unterschiedlicher Entwicklung der Produktionsweise in den verschiedenen Ländern und Städten zu Reichtum gelangen und so die wirtschaftlich führende Schicht des städtischen Bürgertums darstellen.

---

1) F. Rörig, a.a.O., S. 16.

3. Die Entwicklung des Widerspruchs Bürger - Stadtherr

a) Die 'gewachsene' Stadt

Gemäß der wirtschaftlichen Bedeutung des mittelalterlichen Fernhandels und Exportgewerbes entwickeln sich die Träger dieser Tätigkeiten bald zu einem bedeutenden sozialen Element unter stadtherrlicher Herrschaft und Verwaltung; der Sprachgebrauch trennt daher zunächst nicht zwischen Kaufleuten und Stadtbewohnern oder Bürgern, sondern verwendet beide Bezeichnungen synonym.[1)]

Die städtische Verwaltung liegt jedoch in den Händen der Ministerialen des Stadtherrn, also einer feudalen Bürokratie, doch verlangt die führende Schicht der Bürger immer mehr Einfluß auf die Ausübung dieser Ämter. Indem nach feudalem Vorbild die wichtigsten Positionen der Verwaltung, wie Schultheiß, Burggraf, Münzmeister und Zöllner, erblich werden, können sie den Ministerialen als Quelle der Bereicherung dienen; die Interessen der Verwaltung treten in Widerspruch zu den Interessen des Stadtherrn. Mit der steigenden wirtschaftlichen Macht der Kaufleute wächst ihr Anspruch auf Mitbeteiligung am Stadtregiment, da die Bereicherungspolitik des Stadtherrn z.B. durch willkürliche Erhöhung der Zölle im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Interessen der gesamten Stadtwirtschaft, besonders aber des Handels steht.Die sich entwickelnde Produktionsweise tritt notwendig in Widerspruch zu dem einer anderen Produktionsweise entstammenden Überbau. Die wirtschaftlichen Fortschritte der einfachen Warenproduktion seit Ende des 11. und im 12. Jahrhundert lassen sich nicht mehr von den nach naturalwissenschaftlichen Prinzipien entwickelten Verwaltung fassen; man muß notwendig zu neuen Formen des politischen und rechtlichen Lebens finden.[2)]

---

1) vgl. K. von Hegel: Die Entstehung des deutschen Städtewesens. (Neudruck) Aalen 1964, S. 105.

2) vgl. G. Schmoller, a.a.O., S. 134.

"Zur Verwirklichung der von ihr selbst gesetzten Ziele bedurfte die Stadtgemeinde selbständiger Organe. Während des ganzen 12. Jahrhunderts gab es noch keine einheitlich benannte städtische Behörde. In den 20 bis 25 Städten, für die wir eine so frühe Entwicklung nachweisen können, üben Verbandsbehörden mit verschiedenen Namen und Amtstellungen und mit sehr abweichender Zuständigkeit städtische Funktionen aus... Offenbar hat jede Stadt mit ihrem Herrn einen mehr oder weniger heftigen Kampf um die Anerkennung ihrer Behörde ausfechten müssen."[1] Neben der stadtherrlichen Verwaltung entstehen so, hauptsächlich in den Bischofsstädten des Rhein- und Donaugebietes, besondere bürgerliche Verwaltungen, die dem Stadtherrn politische und militärische Rechte abkaufen, oder aber dem Herrn in gewaltsamen Auseinandersetzungen abtrotzen.[2]

Angeführt wird die Entwicklung von den städtischen Kaufleuten unter Führung des Patriziats, den alten wohlhabenden Familien, die sich in manchen Städten mit den Ministerialen verbinden[3], in anderen zu diesen hin eben in schroffen Gegensatz treten. Hier kündigt sich bereits der sich erst später entfaltende Strukturwandel in der Stadt an, der "letzten Endes auf der Überlagerung der Geburtsstände durch die Berufsstände"[4] beruht. Obschon die Herkunft und die Zusammensetzung des Patriziats in den einzelnen Städten unterschiedlich ist, läßt sich grundsätzlich P. Sander zustimmen, für den überall "das

---

1) H. Planitz, a.a.O., S. 118.

2) vgl. K.A. Wittfogel, a.a.O., S. 45.
Dabei war bereits zuvor geschickt die Auseinandersetzung zwischen Kaiser und Papst (Investiturstreit) für die bürgerlichen Interessen genutzt; die Fürsten hatten sich, auf eine Schwächung der kaiserlichen Position und damit einer Stärkung ihrer eigenen Macht zielend, dem kirchlichen Lager zugewandt; dagegen verbanden sich die Städte mit dem Kaiser gegen Fürsten und Bischöfe, also wesentlich gegen ihre Stadtherren, zur Erlangung kaiserlicher Privilegien. Auf diese Auseinandersetzungen gehen die frühen Privilegien von Worms (1073), Köln (1074), Mainz (1077), Speyer (1111) und Straßburg (1129) zurück.
vgl. K. Lamprecht, a.a.O., S. 48f.

3) vgl. P. Sander, a.a.O., S. 118f.

4) A. Hauser: Sozialgeschichte der Kunst und Literatur Bd. 1. München 1953, S. 211.

Patriziat ursprünglich keine fest in sich geschlossene Gruppe (ist R.G.), sondern es umfaßte zunächst alle angeseheneren und wohlhabenderen Bürger ohne Unterschied. Auch Kaufleute werden ihm beigezählt, wenn sie zu Reichtum gelangten."[1] H. Planitz betont, daß in den Fernhandelsstädten das Patriziat überwiegend von den Fernhändlern gebildet wird[2]; diese Patrizier haben bestimmte Handelszweige, wie z.B. den Gewandschnitt oder ähnliche einträgliche und bequeme Handelszweige des Fernhandels monopolisiert.

Die Auseinandersetzung um die politische Beteiligung am Stadtregiment läßt sich am Beispiel Kölns, der wohl bedeutendsten rheinischen Stadt im frühen Mittelalter, verdeutlichen. Ist in dieser rheinischen Bischofsstadt bereits der Aufstand des Jahres 1074 Ausdruck des revolutionären Willens der Kaufmannschaft der St. Martins Vorstadt gegenüber stadtherrlicher Willkür, so breitet sich eine organisiertere Form der Auseinandersetzung blad auch auf die Altstadt und die übrigen Sondergemeinden aus. Im Zusammenhang mit dem Mauerbau (1106) verbinden sich die reichen Kaufleute der Gesamtstadt zu dem Kreis der 'meliores', der sich gildenmäßig organisiert. Der Gegensatz dieser 'meliores' zum stadtherrlichen Erzbischof kommt darin zum Ausdruck, daß dieser zwar den Bürgern eine Partizipation an der Stadtpolitik gewährt, eine Mitwirkung der 'meliores' aber ausdrücklich ablehnt. Grundlage der Beteiligung der Bürger ist die Bürgerversammlung unter der Leitung zweier, ausschließlich aus dem Kreis der Bürgerschaft gewählter "rectores", die durch den Burggrafen und den Stadtvogt eingesetzt, eher als Vertrauensmänner des Erzbischofs als der Bürgerschaft zu kennzeichnen sind. Auf dem Gebiet der Rechtssprechung wird diese bürgerliche Beteiligung erweitert durch die eidgenössische Behörde der dem Stadtherrn durch Eid verpflichteten Schöffen. Noch im Jahre 1258 nimmt der Erzbischof für sich in Anspruch, Gerichtsbarkeit und Verwaltung der Stadt nur durch von ihm eingesetzte Richter, Schöffen und Unterrichter

---

1) P. Sander, a.a.O., S. 119.

2) vgl. H. Planitz, a.a.O., S. 261.

vertreten zu lassen; dieser Anspruch kommt in der vom Stadtherrn anerkannten Formel zur Bezeichnung der Vertreter als "judices, scabini et universi cives" zum Ausdruck. Daneben tritt bereits 1174 eine stadtgenossenschaftliche Formel, in der die Vertreter der Stadt als "scabini et magistratus urbis pro universis cibibus" bezeichnet werden. Die "magistratus urbis", im Gegensatz zu den Schöffen und den "rectores" vom Stadtherrn weitgehend unabhängig, sind mit den "prudentissimi civitatis", den "officiales de Rigerzecheit" gleichzustellen, denen noch im 13. Jahrhundert der Kampf des Erzbischofs gilt. De facto ist die Richerzeche aber bereits vom Kaiser und Erzbischof anerkannt, wie der Schied von 1258 bestätigt. Diese Vereinigung ist nichts anderes als der 1106 zusammengeschlossene Kreis der "meliores", die Patrizierschaft der Stadtgemeinde Köln, der es bereits in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts gelungen ist, die Führung der Stadt an sich zu ziehen, indem sie das Gewerbewesen kontrolliert, das Stadtsiegel führt, ohne stadtherrliche Einwilligung städtische Verordnungen erläßt und ein Bürgerhaus errichtet. Die Stellung der Richerzeche ist innerhalb der Stadtverwaltung und der Stadtpolitik Ende des 12. Jahrhunderts so dominierend, daß alle anderen Stadtorgane ihr gegenüber zurücktreten; zwar bleibt die Gemeindeversammlung formal das maßgebende Stadtorgan, wird aber durch die Richerzeche beherrscht, indem sie im Regelfall auf den Kreis der Mitglieder dieser Patrizier zusammenschrumpft. Die städtische Gewalt konzentriert sich so auf die Richerzeche, die durch ihre Amtleute, mit zwei Bürgermeistern an der Spitze, die legislative und exekutive Gewalt im Rahmen der Möglichkeiten der ökonomischen und politischen Entwicklung ausübt.[1)]

---

1) vgl. H. Planitz, a.a.O., S. 119.
Dieser Darstellung gemäß läßt sich M. Webers Auffassung einer sukzessiven revolutionären Usurpation der Herrschaft in den wichtigsten Städten des Mittelalters durch die führende bürgerliche Schicht zustimmen.
vgl. M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft Bd. 2, a.a.O., S. 951ff und besonders S. 954 und S. 956.

Am politischen Leben der mittelalterlichen Stadtgemeinde sind keineswegs nur "die 'amtlichen Autoritäten' beteiligt, sondern neben dem durch Wahlen ermittelten Führungspersonal, 'der Bürokratischen Fachverwaltung' und den Parteien, sicherlich vorrangig die Exponenten der Wirtschaft."[1] Am Ende dieser politischen Entwicklung steht die Institutionalisierung des Stadtrates, der zur autonomen Regierung der Stadt tendierend, sich gegen die stadtherrlichen Herrschaftsinteressen zu behaupten hat. K. Lamprecht sieht in der Bildung des Rates die Schaffung "einer republikanischen obersten Stadtbehörde ... (die R.G.) der klassische Ausdruck für die politische Befreiung des handeltreibenden Bürgertums" ist und charakterisiert sie als "zweifelohne revolutionäre Behörde".[2] Allerdings ist diese Behörde in den sog. gewachsenen Städten ursprünglich rechtswidrig, denn "Revolutionäre Behörden ... sind eben ursprünglich stets rechtswidrig, das heißt im Gegensatz zu den bisher gültigen Rechtszuständen, die sie ja gerade durch andere, den neuen sozialen Machtverhältnissen angepaßte politische Zustände ersetzen wollen. Ob ihnen dies gelingt, ist keine Frage des Rechts, des Überbaus, sondern schließlich eine solche des Unterbaus, der allgemeinen ökonomischen Reife. Bei entsprechender Stärke der wirtschaftlich-sozialen Gesamtsituation wird sich die Revolutionsbehörde, allen 'Rechtsverletzungen' zum Trotz durchsetzen und behaupten."[3] K. Marx betont den

---

1) A. Ammon: Eliten und Entscheidungen in Stadtgemeinden. In: Soziologische Abhandlungen, Berlin 1967/H. 8, S. 11.
Dieses Verhältnis, das vor allem für den kapitalistischen Städtebau zu untersuchen sein wird, entfaltet sich also bereits unter den Bedingungen der einfachen Warenproduktion.

2) K. Lamprecht, a.a.O., S. 276.

3) K.A. Wittfogel, a.a.O., S. 76.
Gemäß ihres revolutionären Ursprungs bezeichnet M. Weber die sich herausbildende Herrschaft der Patrizier und später der gesamten reicheren Bürger innerhalb der Stadt als nicht legitime Herrschaft.
vgl. M. Weber, Die nichtlegitime Herrschaft. In: Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 2, a.a.O., S. 923ff bes. aber S.951ff.
Hier wird die Systembeschränktheit des Weberschen Herrschaftsmodells deutlich, geht dieses doch stets von der herrschenden Ligitimation aus, vor deren Hintergrund revolutionäre Bewegungen und politische Veränderungen, die außerhalb des zugebilligten rechtlichen Rahmens stattfinden, als illegitim erscheinen. Insofern ist für diesen Ansatz stets herrschaftliches Interesse und geltendes Recht Systemgrundlage.

konspirativen Charakter der communiones, conspirationes und conjurationes, die die Träger der revolutionären Munizipialbewegung im 12. Jahrhundert sind.[1)]

Allerdings setzt sich der Rat nicht überall durch, denn die Unterschiede in der ökonomischen und sozialen Reife zwischen den einzelnen Städten führen zu unterschiedlichen politischen Entwicklungen, je nach Maßgabe der ökonomischen und sozialen Stärke der Bewegung und der Macht des zu überwindenden Stadtherrn. Außerdem fällt die Entstehungszeit der patrizisch-bürgerlichen Stadtbehörde in eine Periode der Reaktion des Kaisertums gegen die städtischen Interessen, die in den ersten großen Reaktionsgesetzen, den Beschlüssen von Worms 1231 und Ravenna 1232 ihren Ausdruck findet, in denen schließlich der Kaiser alle städtischen Privilegien widerruft und die Ratsverwaltungen an die Zustimmung der weltlichen und geistlichen Stadtherren bindet. In den Gesetzen werden "alle Räte, die ohne Konsens der Bischöfe von den Bürgern eingesetzt waren, verboten, und der Bischof von Worms setzte für sich und seine Stellvertreter den Vorsitz im Rat und das Ernennungsrecht der Ratsmitglieder durch."[2)] Allerdings entsprechen die Entschlüsse von Worms und Ravenna zumeist nicht den tatsächlichen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Machtverhältnissen, so daß die Fürsten und Bischöfe als Ausführende sie zunächst entweder nur partiell oder aber überhaupt nicht durchsetzen können: " Diese Reichsgesetze zu Gunsten der Fürsten haben also den Gang der geschichtlichen Entwicklung keineswegs zum Stillstand gebracht oder in sein Gegenteil verkehrt; sie haben das weitere Steigen städtischer Macht und Freiheit nicht behindert. Vielmehr fällt die Hochblüte aller dort aufgehobenen und verpönten städtischen Einrichtungen gerade erst in die nun folgende Zeit. Ratsverfassungen und Städtebünde bestanden nicht nur fort, sondern entwickelten sich nun erst zu voller Kraft; die aufgehobenen und für alle Zeit verbotenen

---

1) vgl. K.A. Wittfogel, a.a.O., S. 78f. Zur eidgenössischen Grundlage der Bürgerbewegung gegen den Stadtherrn. vgl. auch H. Planitz, a.a.O., S. 98ff.

2) M. Weber, a.a.O., S. 959.

Zünfte und Innungen erlangten erst nachher Macht und Einfluß im Stadtregiment."[1]

Das Ergebnis ist fast überall die Stärkung des Rates mit mehr oder weniger großer Selbständigkeit gegenüber dem Stadtherrn, der schon seit dem 12., besonders aber seit dem 13. Jahrhundert durch den Rat aus der Regierung der Stadt gedrängt wird. Vor allem das 13. Jahrhundert ist das Zeitalter der vollendeten Ratsverfassung. Träger der spezifisch städtischen Einrichtung des Rates sind die großen Kaufmannsgeschlechter. Die der entfalteteren einfachen Warenproduktion nicht mehr entsprechende Marktverfassung wird in ihrer ursprünglichen Form revidiert, und der Rat entwickelt eine Personalverfassung, an deren Spitze Gemeindevorsteher und Bürgermeister als Vollzugsbeamte treten. Mit der Ausdehnung seines Zuständigkeitsbereiches, besonders auf dem Gebiet der Verwaltung und der Rechtssprechung entwickelt das Patriziat zum ersten Mal innerhalb des feudalen Herrschaftsbereichs ein aristokratisches Gremium der Selbstverwaltung, das nach umfassender wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit der Stadt gegenüber dem Stadtherrn strebt.[2]

Während sich die erste Epoche der Stadtentwicklung unter der Herrschaft des feudalen Stadtherren vollzog, bestimmt nun das städtische Patriziat die Geschicke der Stadt[3]. Wehr- und Steuerhoheit werden durch den patrizischen Rat wahrgenommen, der als Vertreter der Stadt als juristische Person die Verwaltung der städtischen Interessen innehat. Die städtische politische Herrschaft des patrizischen Rates ist keine nationale, sondern eine europäische Erscheinung: "Während des 12. und 13. Jahrhunderts leitet daher überall ein aus den bedeutenden Kaufleuten bestehendes Patriziat in ausgesprochener Klassenherrschaft die städtischen Geschäfte."[4]

---

1) H. Preuß, a.a.O., S. 35.

2) vgl. K. Lamprecht, a.a.O., S. 43.

3) vgl. P. Sander, a.a.O., S. 142.

4) H. Pirenne: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im Mittelalter. München ^{2}1971, S. 191.

Der Kampf um die Veränderungen im politischen Bereich widerspiegelt sich baulich im Bild der Stadt, denn die neu entstandene Institution des Rates beginnt sich mit ihrer Entstehung architektonisch zu manifestieren; "da die Baukunst in dieser Zeit noch führte, war sie das geeignete Instrument, jene Empfindungen wiederzugeben."[1] Vor allem das Rathaus steht im Zeichen des Kampfes zwischen Patriziat und Stadtherrn[2]; überall wird dieses Gebäude Ausdruck bürgerlicher Macht und bürgerlichen Selbstbewußtseins. Seine besondere Bedeutung wird schon durch das Baumaterial (Stein) dokumentiert, in einer Zeit, in der nur Kirchengebäude, Herrensitze und allenfalls Stadtmauern aus diesem Baumaterial gebaut werden. Erst im späteren Verlauf des 13. Jahrhunderts vollzieht sich der Fortschritt vom Holz- zum Steinbau in der Form, daß für die kirchlichen Bauten der Steinbau beherrschend wird, Rathäuser massiv ausgeführt werden, während private Bürgerhäuser in Stein noch in der Folgezeit als Besonderheit in den Urkunden hervorgehoben werden.[3] Charakteristisch für die bauliche Repräsentation der Herrschaftsentwicklung ist, "daß die Entstehung des Stadthauses mit der Auflehnung der Bürgerschaft gegen den Stadtherrn in Zusammenhang steht. Auch sonst (insbesondere in Flandern) bewegt sich der Kampf zwischen Stadtgemeinde und Stadtherrn um das Rathaus."[4] Allerdings führt das Gemeindehaus noch nicht den Namen Rathaus, sondern wird im Gegensatz zum 'Bischofshof' oder 'Grafenhof' als 'Bürgerhof' bezeichnet, widerspiegelt also in der Bezeichnung den Gegensatz zum Stadtherrn.[5] So ist in Straßburg das Rathaus Ausdruck des Sieges der

---

1) H. Bechtel: Der Wirtschaftsstil des deutschen Spätmittelalters. München/Leipzig 1930, S. 82.

2) Als Beispiel sei auf die Vorgänge in Worms (1232) in Zusammenhang mit den Reaktionsgesetzen verwiesen, wo die Bürger vom Stadtherrn genötigt werden, ihr neu errichtetes Rathaus wieder zu zerstören.
vgl. G.L. von Maurer: Geschichte der Städteverfassung in Deutschland Bd. 2. Aalen 1962 (Neudruck der Ausgabe Erlangen 1870), S. 49f.

3) vgl. G. von Below, Das ältere deutsche Städtewesen, a.a.O., S. 66.

4) G. von Below, a.a.O., S. 44.

5) vgl. ebenda.

Bürger über den Stadtherrn.[1] Zwar ist die Entstehung des Rathauses nicht überall mit solch offenen Auseinandersetzungen verbunden, sondern diese richten sich immer nach der jeweiligen Stärke der streitenden Parteien und nach der jeweiligen Ausprägung des Gegensatzes der Herrschaftsformen. Festzuhalten bleibt, daß die Entstehung der Rathäuser wesentlich mit der Entstehung der Stadträte zusammenfällt, vereinzelt also bereits im 12. Jahrhundert vorkommen kann; relativ häufig sind Rathäuser jedoch erst im 13. Jahrhundert nachzuweisen.[2]

In dieser Entwicklung kommt die Tatsache zum Ausdruck, daß sich das Bürgertum, besonders das Patriziat, als wirtschaftliche und soziale Macht gegenüber der Herrschaft des Stadtherrn durchsetzt und diesen ökonomisch begründeten, politisch ausgefochtenen Erfolg baulich manifestiert, wobei die Ausführung des Baues über den reinen Nützlichkeitsaspekt hinausgeht und wesentlich als gesellschaftliches Abbild der neu gewonnenen Macht in Erscheinung tritt. "Allgemein strebt man durch die Entfaltung hoch geführter Stockwerke mit Lauben, Erkern, Hallenbogen, Wölbungen, Ziergiebeln des steilen Daches und Turm, nach allem Vermögen der heimischen oder der von der Fremde herbeigezogenen Baukräfte, das Ansehen der Stadt zu betonen, und es ist eine völlige Ausnahme, wenn das Rathaus auf solchen Glanz verzichtet, und sich den Charakter einer trotzigen und wehrhaften Gegenburg gegen den Stadtherrn giebt, mit vorgekragten Ecktürmen und einem Wehrgang hinter Zinnen, herausfordernd gegen das nicht weit davon stehende herrschaftliche fest Haus gekehrt".[3] Ferner wird die Bedeutung der Rathäuser durch ihre exponierte Lage am Markt und ihr Hervortreten aus der übrigen Baumasse betont. So stehen die

---

1) vgl. K. Gruber, a.a.O., S. 35.

2) vgl. G. von Below, a.a.O., S. 43ff u. G.L. von Maurer, a.a.O., S. 51.

3) M. Heyne: Das deutsche Wohnungswesen von den ältesten geschichtlichen Zeiten bis zum 16. Jahrhundert. Leipzig 1899, S. 290.

Rathäuser zumeist frei oder ragen aus der Bauflucht hervor[1]; oft wird dabei durch die Frontbauweise gegenüber der üblichen Giebelbauweise der Wohnhäuser eine besondere Akzentuierung erzielt.[2]

In einer Zeit der beginnenden Anarchie der einzelnen feudalen Machthaber (Interregnum) und ca. 20 Jahre nach der Aberkennung ihrer Privilegien und des Verbots der Bündnisbildung der Städte (Reaktionsgesetze 1232) schließen sich die rheinischen Städte (1254) zur Sicherung und Ausweitung ihrer Privilegien und Freiheiten zusammen; damit nimmt die Auseinandersetzung zwischen Stadt und Stadtherr ihre wohl schärfste Form an, indem, ähnlich wie bereits unter den salischen Kaisern in den oberitalienischen Städten[3], die stadtherrlichen Burgen zerstört werden. Die nach Unabhängigkeit strebenden Reichsstädte, allerdings auch viele Landstädte, entziehen sich dem feudalen Einfluß, indem sie danach trachten, die Burg in der Stadt, als Hauptstütze der königlichen und stadtherrlichen Gewalt, unter ihren Einfluß zu bringen, indem sie diese selbst erwerben, zerstören oder aber zumindest das Besatzungsrecht des Stadtherrn beseitigen, eine Entwicklung, die bereits vor Anfang des 13. Jahrhunderts begonnen, ihren Höhepunkt erst in der Zeit des Interregnums erreicht: In Frankfurt, Aachen usw. werden Königsburgen und Palatien sukzessive entweder von Privatleuten oder aber von der Stadt selbst aufgekauft, in Köln wird der Erzbischof Friedrich genötigt, die Stadt zu verlassen[4] und seinen Hof nach Bonn zu verlegen, in Soest zerstört die Bürgerschaft Anfang des 13. Jahrhunderts, nach dem Tode Engelberts, den Turm des erzbischöflichen Palais, in Dortmund und Mainz, wie auch in anderen Städten, erhält die Bürgerschaft das Recht, die landes-

---

1) vgl. H. Bechtel, a.a.O., S. 62.

2) vgl. M. Heyne, a.a.O., S. 204.

3) vgl. M. Weber, a.a.O., S. 954.

4) vgl. E. Ennen: Die mitteleuropäische Stadt des Mittelalters. Göttingen 1972, S. 116 und auch G. Schmoller, a.a.O., S. 149.

herrliche Burg zu zerstören und deren Wiederaufbau zu verhindern; ähnliches ist von Rathenau in der Mark Brandenburg, Hildesheim, Hannover, Hameln, Northeim überliefert. Manche erlauben bereits seit dem 12. Jahrhundert keine stadtherrlichen Befestigungen in Stadt und Stadtmark.[1] Träger dieser Entwicklung, die nur auf der Basis der Bewaffnung der Bürger im Zuge des städtischen Verteidigungswesens stattfinden kann, ist die gesamte Bürgerschaft unter der Führung des patrizischen Rates. Die erste große wirtschaftliche, politische und rechtliche Glanzzeit des bürgerlichen Städtewesens, die unter dem Zeichen des patrizischen Stadtregiments des 13. Jahrhunderts steht,[2] findet den ihr gemäßen baulichen Ausdruck in Marktstraße und Rathaus, aber auch in der mit der Vervielfältigung der Märkte verbundenen Ausdehnung der Städte und ihrer erneuten Ummauerung. Die Zeugen der jeweiligen Stärke des städtischen Bürgertums aber sind die Ruinen der stadtherrlichen und grundherrlichen Burgen in und außerhalb der Stadt.

---

1) vgl. G.L. von Maurer, Die Geschichte der deutschen Städteverfassung Bd. 1, a.a.O., S. 479ff.
Die hier wiedergegebenen Beispiele für den städtischen Machtzuwachs stellen nur einen Ausschnitt aus den von Maurer angeführten Herrschaftsverschiebungen zwischen Stadtherr und Stadt dar.

2) vgl. P. Sander, a.a.O., S. 151.

b) Die gegründete Stadt

Noch während der Auseinandersetzung zwischen Patriziat und Stadtherrn um die Stadtherrschaft beginnt im 12. Jahrhundert im Zuge der sich ausweitenden fürstlichen Territorialgewalt ein neues Stadium städtischer Entwicklung, die Periode der Stadtgründung. Die Fürsten betrachten die Stadtgründung hauptsächlich als geschäftliches Unternehmen mit dem Ziel der Geldeinnahme aus Zöllen, Verwaltungsgeldern und anderen Abgaben.[1] "Natürlich konnten sich Städte auch bei stärkster Unterstützung durch große Feudalherren nur dort entwickeln, wo die Voraussetzungen zur lokalen Konzentration von Ware-Geld-Beziehungen, zur Ansiedlung einer größeren Zahl von Handwerkern und Kaufleuten bestanden."[2] Gleichzeitig mit der Schaffung dieser neuen Einnahmequellen wächst die wirtschaftliche und damit die politische Macht der Fürsten, so daß auch machtpolitische Überlegungen als Motiv der Städtegründer angenommen werden müssen. Somit ist die Stadtgründung Ausdruck der Widersprüche zwischen den Vertretern des weltlichen und geistlichen Feudaladels, steht sie doch in engem Zusammenhang mit der Ausweitung der territorialen Macht der weltlichen Fürsten gegenüber dem Kaiser und den Bischöfen in einer Zeit der Schwächung des Königtums im gesamten Europäischen Bereich, und "weil die Schwäche des Königtums und des königlich feudalen Staates in jener Zeit keine Besonderheit Deutschlands, sondern eine für ganz Europa typische Erscheinung war, konnte es den deutschen Feudalherren im 12. und 13. Jahrhundert auch gelingen, große neue Gebiete, insbesondere im Osten, zu erobern."[3] Die Fürsten treten als gleichberechtigte Territorialherren

---

1) In diesem Sinne bezeichnet M. Weber die Gründungen als fürstliches Erwerbsgeschäft.
vgl. M. Weber, a.a.O., S. 1008.

2) H. Mottek, a.a.O., S. 163.

3) derselbe, a.a.O., S. 125.

neben die Bischöfe und suchen ihre Macht zu sichern und auszuweiten, wobei sie die Gründung zu einem Wettbewerb innerhalb ihres gegenseitigen Machtkampfes gestalten: "sie gründen ihre Hausklöster und ihre Städte, um sich gegenseitig den Rang abzulaufen; sie sichern durch ihre Burgen die straßenbeherrschenden Höhen, sie legen als Etappenplätze an wichtige Landstraßen ihre Städte. So stehen die Zähringer und die Hohenstaufen, die Staufer und die Welfen, der Erzbischof von Mainz und die Landgrafen von Thüringen im Wettbewerb um den Ausbau und die Sicherung ihres Machtbereichs."[1)]

Um ihre Intention verwirklichen zu können, sind die Fürsten gezwungen, den für die neue Stadt anzuwerbenden Kaufleuten und Handwerkern politische Zugeständnisse zu machen, um sie für eine Ansiedlung zu interessieren. Deshalb werden die Bürger der neu gegründeten Städte eben mit den Privilegien ausgestattet, die der Stadtherr den Bürgern in den Bischofsstädten verweigert, derentwegen sie dort zu kämpfen gezwungen sind, Diese Tatsache sollte aber nicht dazu verleiten, die Stadtgründung mit dem Vorgang der Verleihung des Stadtrechtes gleichzusetzen.[2)] Allerdings werden die von den Fürsten bereits bei der Gründung erteilten Privilegien sofort in Form des Stadtrechts kodifiziert, dessen Inhalt vor allem in der städtischen Selbstverwaltung und Freiheit liegt.[3)]

Die Gewährung der politischen Selbstverwaltung in den neu gegründeten Städten aber verhindert hier zunächst die Ent-

---

1) K. Fruber, a.a.O., S. 47.

2) Diese Tendenz zeigt sich bei H. Planitz.
vgl. H. Planitz, a.a.O., S. 131ff.
Bereits zuvor ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß die mittelalterliche Stadt wesentlich ein wirtschaftliches Phänomen ist, einer bestimmten Produktionsweise entspringend und entsprechend. Die Sanktionierung einer der Wirtschaftsform entsprechenden politischen Verfassung seitens der Herrschenden dagegen ist als Überbauphänomen zu betrachten, in dem sich das Akzeptieren des neuen Gebildes durch die Herrschenden ausdrückt, sei es nun erzwungenermaßen oder freiwillig.

3) vgl. H. Mottek, a.a.O., S. 167.

wicklung des Gegensatzes zwischen bürgerlichem Patriziat und Stadtherrn, so daß sich die städtische Entwicklung hier, gegenüber den älteren Städten, weniger konfliktreich vollzieht; damit ist der Widerspruch nicht aufgehoben, sondern lediglich verschoben, um innerhalb der bürgerlichen Klasse selbst in Erscheinung zu treten, denn, obschon den Bürgern politische Freiheit gewährt wird, ist der Vorgang der Verleihung doch ein feudaler, der in der Privilegierung einer relativ abgeschlossenen und bereits mit ökonomischer Macht ausgestatteten Schicht des Bürgertums, der Fernhandelskaufleute, liegt, die nun adelsfähig, sich bald zu einer städtischen Aristokratie aufschwingen: "Ein gesonderter Bürgerstand als ihr Träger war daher das Charakteristikum der Stadt im politischen Sinn."[1] In der Privilegierung der städtischen Patrizier wird das politische Konfliktverhältnis zwischen Stadtherr und Patriziat verschoben auf die Auseinandersetzung zwischen Patriziat und übrigen Bürgern, kann aber eben darum, obschon mit dem Beginn der patrizischen Stadtherrschaft latent vorhanden, erst zum Ausbruch kommen nach der ökonomischen und sozialen Orientierung der Träger der einfachen Warenproduktion, der Handwerker; die abgeschlossene Arbeitsteilung zwischen Handwerk und Handel bildet hierzu die Voraussetzung. Für die gegründete Stadt ist daher eine von politischen Konflikten mit dem Stadtherrn innerhalb der Stadt relativ freie Entwicklung zu konstatieren, die, verallgemeinernd auf die gesamte mittelalterliche Stadtentwicklung angewandt, zu der falschen Auffassung vom evolutionären Werden der Stadt als politischer Institution geführt hat.[2]

Ein anschauliches Beispiel für den Vorgang einer Stadtgründung und den Umfang der erteilten Privilegien bietet die Gründung von Freiburg im Breisgau durch die Zähringer um 1120, die H. Planitz als epochemachend charakterisiert.[3] Hatten die Zähringer den Schwarzwald politisch organisiert und in

---

1) M. Weber, a.a.O., S. 935.

2) vgl. dazu K. Lamprecht: Deutsche Geschichte Bd. 4, a.a.O., S. 178ff.

3) vgl. H. Planitz, a.a.O., S. 132.

ihr Territorium eingegliedert, so suchen sie "durch die Errichtung einer bedeutenden Stadt an der entscheidenden Schwarzwaldstraße ihren Staatsbau auch wirtschaftlich zu fundieren."[1] Die neue Gründung erhält als Ausführungsbeauftragte[2] und als Organ der Selbstverwaltung einen Rat, der gemäß der Bedeutung des Handels für die frühen Städte aus 24 vornehmen Fernhandelskaufleuten, den "mercatores personati", besteht, denen die 'Führung' der Bevölkerung obliegt. Wesentliche Rechte, von denen hier einige aufgezählt werden sollen, gehen auf den Rat, als Vertreter der Bürger, über, der durch umfangreiche privat-, wie öffentlich-rechtliche und prozessuale Bestimmungen eine freie geldwirtschaftliche Entwicklung der Stadt zu fördern sucht. Grundlage der Rechtssprechung bildet vor allem das kölnische Kaufmannsrecht; sind doch die patrizischen Gründer vor allem Fernhandelskaufleute aus der alten Rheinmetropole. Das Zoll-, Markt- und Münzprivileg wird den Bürgern übertragen, die außer Zollmeister, Burggraf und Münzmeister den Vogt, den Schultheiß und andere städtische Beamte wählen; sogar der städtische Priester wird von ihnen bestimmt und lediglich vom Bischof bestätigt. Die Heerfolgepflicht wird auf einen Tag beschränkt, während das feudale Erbrecht des Stadtherrn ausgesetzt wird.[3]

---

1) H. Planitz, a.a.O., S. 134.

2) K. v. Hegel bezeichnet diese Beauftragten als Unternehmer und betont, daß der Gründungsvorgang überall wesentlich der gleiche sei: "Der Grundherr schließt Vertrag mit einem oder mehreren Unternehmern, die sich verpflichten, die anzubauenden Hufen mit Kolonen zu besetzen, und stellt die Rechtsverhältnisse der letzteren fest. Der Unternehmer (lokator) erhält für sich und seine Erben eine Anzahl Hufen zinsfrei, sowie das Schulzenamt als Vorsteher und Richter." K. v. Hegel, a.a.O., S. 37f.
Diese Art des Gründungsvorganges findet sich vor allem für die Städte, die im Zuge der Ostkolonisation gegründet werden. B. Heil betont, mit Ausnahme der schlesischen Unternehmer, die kaufmännische Herkunft der Lokatoren auch für die ostelbischen Gebiete.
vgl. B. Heil, a.a.O., S. 49f.

3) vgl. G. Schmoller, a.a.O., S. 140f.

Dem Zuschnitt der rechtlichen Grundlage für die Stadt auf die Bedürfnisse der einfachen Warenproduktion, besonders aber auf die der entsprechenden Distribution, entspricht auch die planmäßige räumliche Gliederung, die für die Zähringergründung charakteristisch ist: Die Hauptachse wird durch den Straßenmarkt bestimmt, der sich als breite Straße von einem Stadttor zum anderen zieht und in Haupt- und Spezialmärkte unterteilt ist. Das Rathaus mit Rathausplatz und die Kirche mit Kirchplatz liegen zu je einer Seite der durch den Markt gebildeten Mittelachse und werden durch eine Häuserzeile von diesem getrennt. Der Grundriß ist im Gegensatz zu den 'gewachsenen' Städten relativ gleichmäßig strukturiert und weist eine Annäherung an die Rasterform auf; trotz der Züge formaler Regelmäßigkeit sind die Einteilungen doch in ihrer Gestaltung und Verwirklichung dem frühen mittelalterlichen Städtebau verhaftet.[1] Die einzelnen Grundstücke, die den Siedlern zugeteilt werden, haben eine Abmessung von ca. 100 x 50 Fuß. Die Ummauerung trägt, wie auch in anderen Städten, der natürlichen Beschaffenheit der Landschaft Rechnung.[2] Dieses Schema wird mit geringen Abweichungen von den Zähringern in ihrem alemannischen Stammland und in ihrem Rectorium Burgrund angewendet.[3]
Ähnliche Vorgänge und Entwicklungen lassen sich für die meisten anderen fürstlichen Gründungen des 12. und 13. Jahrhunderts feststellen, wobei das bereits genannte Motiv der territorialen Sicherung mehr oder weniger stark betont wird und entsprechend unterschiedlich das militärpolitische Moment zum Tragen kommt.

Wesentlich erscheint im Zusammenhang dieser Arbeit, daß auch bei der gegründeten Stadt das wirtschaftliche Moment den

---

1) vgl. P. Schöller, a.a.O., S. 34.

2) vgl. H. Planitz, a.a.O., S. 132ff.
vgl. dazu auch W. Müller: Städtebau. Stuttgart 1970, S. 440

3) Gründungen der Zähringer: Freiburg im Br.ca. 1120, Villingen ca. 1130, Rottweil ca. 1140, Freiburg im Üchtlande ca. 1160, Neuenburg ca. 1170-1181, Bern ca. 1152 - 1191, Offenburg.
vgl. H. Planitz, a.a.O., S. 138.

Grundriß bestimmt; die Gründung selber entspringt den feudalen Auseinandersetzungen auf nationaler und beginnender internationaler Ebene, ist also im Zusammenhang der Binnen- und Ostkolonisation zu sehen. Während die Gründungen der Zähringer der Sicherung ihrer Macht in ihrem bereits abgesteckten Territorim dienen, ähnlich wie die welfischen Gründungen z.B. München, Landsberg am Lech, Braunschweig, (Hagen), Schwerin, Lüneburg, Stade in ihrem Hausgut und ihren Herzogtümern, leitet Heinrich der Löwe mit der Gründung Lübecks eine neue Epoche der Ostkolonisation ein.[1)]
Bereits zuvor hatten die Wettinger in der Mark Meißen die Städte Dresden, Freiburg, Leipzig, Zwickau und die Askanier in der Mark Brandenburg die Städte Berlin, Brandenburg, Stendal zur Sicherung des kolonisierten Territoriums gegründet.[2)]
Lübeck, wie auch Hamburg, im 12. Jahrhundert von Adolf von Schaumburg gegründet, steigt bald zu überragender Bedeutung auf und erscheint "so wichtig, daß der benachbarte Sachsenherzog Heinrich der Löwe sich veranlaßt sah, ihr eine Konkurrenzstadt in unmittelbarer Nähe, die 'Löwenstadt' zu gründen. Nach heftigen Kämpfen wurde der Schaumburger gezwungen, seine Stadt dem Löwen abzutreten, der nun seinerseits die Löwenstadt fallen ließ und 1158 Lübeck von neuem begründete. Beim Sturz der Welfen, 30 Jahre später, war diese Stadt schon so bedeutend, daß Friedrich Barbarossa sie zur Reichsstadt erheben konnte."[3)] H. Planitz weist darauf hin, daß die Gründerfamilien Lübecks fernhändlerischer Herkunft sind und die Stadt von Anfang an von diesen Kaufleuten regiert wird.[4)]
Im Zusammenhang mit der Ausweitung des Ostseehandels wird ein ganzer Kranz deutscher Ostseestädte, wie Wismar, Rostock, Reichswald, Stralsund, Stettin, Kolberg usw. nach Lübekker Recht gefründet.[5)] Wie der deutsche Kaufmann die

---

1) vgl. H. Planitz, a.a.O., S. 139.
2) vgl. P. Sander, a.a.O., S. 84.
3) ebenda.
4) vgl. H. Planitz, a.a.O., S. 127.
5) vgl. P. Sander, a.a.O., S. 84.

Ostsee wirtschaftlich erschließt, so tritt er an die Spitze der Städte; der Rat wird von Gildenmitgliedern der Fernhändlergilden bestimmt; auch in den Gründungsstädten übt also der Fernhändler die politische Gewalt in der Stadt aus.[1)]

Ohne nun im einzelnen auf die Ostkolonisation eigehen zu wollen, soll kurz die Herausbildung des charakteristischen Grundrisses der im Zuge dieser Kolonisation gegründeten Städte skizziert werden. Ist für den Stadtplan Lübecks erst die Annäherung an das Rastersystem festzustellen, so zeigt sich bei den neuen Städten östlich der Elbe der typische gleichmäßig gerasterte Grundriß mit zentralgelegenem Marktplatz, der von ungefähr gleich breiten Traufhäusern auf gleich großen Grundstücken eingefaßt wird.[2)] Während das Rastermodell Ausdruck der planmäßigen Gründung auf zuvor unbebautem Raum ist,[3)] kündet der Platzzuschnitt des Marktes von der bewußt angestrebten Funktion für den Nahmarktverkehr; Für die Gründerstädte lassen sich hinsichtlich des Zuschnitts des Marktplatzes zwei Hauptgruppen anführen: zum einen den freien, annähernd quadratischen Marktplatz, wie er in Mecklenburg, Pommern und Westpreußen zu finden ist, den P. Schöller als Typ Neubrandenburg bezeichnet und zum anderen den größeren, für Breslau und andere schlesische Städte typischen 'Ring', dessen Mitte von einem aus Rathaus, Kaufhaus und Buden bestehenden Baublock gebildet wird. Dagegen ist in den nördlichen Hafenstädten Danzig, Elbing und Königsberg wieder die breite Marktstraße zu finden, die gemäß der Bedeutung der Wasserstraße für den Fernhandel von dieser ausgehend eine

---

1) vgl. G. Schmoller, a.a.O., S. 141f.
Schmoller betont die Besonderheit der Verfassung für die norddeutschen Städte, die im Gegensatz zu den süddeutschen Städten, sich nicht erst aus der herrschaftlichen Ordnung herausgebildet habe, sondern deren Grundlage die Gildenverfassung der Fernhändlergilden darstelle. Gemeint ist also hier nicht die mit Gilde bezeichnete Zunft der Handwerker oder Kleinhändler späteren Datums, sondern es handelt sich um die Gildenverfassung der Kaufleute, deren Aufkommen E. Ennen auf das 11. Jahrhundert datiert.
vgl. E. Ennen, a.a.O., S. 109.

2) vgl. P. Schöller, a.a.O., S. 35.

3) vgl. B. Heil, a.a.O., S. 48.

Senkrechte bildet[1], so die Priorität des Handels in diesen Städten hervorhebt.

Die besondere Bedeutung der Gründerstädte für die territoriale Sicherung und Verteidigung kommt in der Stadtmauer zum Ausdruck, die, fast überall nach einheitlichem Plan konzipiert, gebaut wird, noch bevor die Stadt selbst - Straßen, Markt und Häuser - entsteht.[2] War bereits zuvor für die 'gewachsenen' Städte die große Platzanlage als bauliche Widerspiegelung der Bedürfnisse des Lokalhandels charakterisiert worden, so findet sich diese Auffassung auch für die gegründeten Städte aufs neue bestätigt. Die besondere Bedeutung dieser Feststellung liegt in der durch die Neugründung möglichen, aber nicht vollzogenen Neukonzeptionen der Marktformen; im Gegenteil, unter der kaufmännischen Leitung der Stadtplanung bzw. unter der ritterlichen in Schlesien[3], bilden sich hier die typischen Marktformen in reinerer Weise aus als in den alten Bischofsstädten des Westens und Südwestens. Die Entwicklung der sozialen Struktur der Stadt in ihrer räumlichen Darstellung, die sich in den frühen Städten aus der sich entwickelnden ökonomischen Situation der Bürger ergab, wird in den Gründerstädten geplant. So siedeln in das Zentrum der Stadt die Handwerker und Kaufleute, während die ärmeren Bevölkerungsschichten von vornherein an die Peripherie der Stadt gedränkt werden, auf Grundstücke, die der Hälfte oder einem Viertel eines normalen Bauplatzes entsprechen.[4]

Die besondere Bedeutung des Ackerbaus für die meisten Kolonialstädte des Ostens und Südostens tritt in der Anlage der durchschnittlichen, nicht direkt am Markt liegenden Bauplätze und dem zur Stadt gehörenden Ackerland zutage: "Die Bauplätze für die einzelnen Häuser erhielten durchgängig eine schmale

---

1) vgl. P. Schöller, a.a.O., S. 35.
2) vgl. P. Sander, a.a.O., S. 96f.
3) vgl. B. Heil, a.a.O., S. 49.
4) vgl. derselbe, a.a.O., S. 47.

Front nach der Straße zu, dagegen eine beträchtliche Tiefe für Hof und Scheunen."[1] Nur die um den Markt liegenden Parzellen haben kleinere Abmessungen, um möglichst vielen Händlern und Handwerkern eine günstige Wohnlage zu gewähren. Die landwirtschaftliche Basis dieser Städte kommt ferner in der zugehörigen Feldflur von bis zu 6 000 Morgen zum Ausdruck, die zum größten Teil ackerbaulich genutzt wird.[2] Die bauliche Struktur dieser Ackerbürgerstädte widerspiegelt die soziale Struktur in der Beziehung zur beherrschenden Mitte des Marktes.

---

1) B. Heil, a.a.O., S. 47.

2) vgl. B. Heil, a.a.O., S. 47f.

c) Stadtgestalt und Herrschaftsform

Die mit der Gründung verbundene planmäßige Anlage der Strassen und Grundstücke nach einem Raster- oder Gitternetzplan ist nicht nur Kennzeichen der Kolonisationsstädte, sondern findet sich ebenfalls in den Sondergemeinden der älteren Städte des Westens und Südwestens, z.B. Köln, Frankfurt M, wenn auch nicht in der gleichen Regelmäßigkeit, da zumeist durch die Altstadt die Straßenführung vorgegeben ist. Damit wird der Stadtplan zum Ausdruck der bewußten, auf die Erfordernisse der einfachen Warenproduktion unter Hervorhebung der Distribution zugeschnittenen Bautätigkeit unter der Herrschaft des städtischen Patriziats. Das wird besonders deutlich an der strukturellen Gleichheit der Seestädte in ihrer bestimmenden Entwicklungsphase. Funktion und Sozialstruktur widerspiegeln sich im Stadtgefüge. Die Zentrenbildung orientiert sich zum Wasser hin und nur von dorther kann die bauliche Akzentuierung, kann das Gesicht der Stadt erfaßt werden.[1)]

Die ökonomische und politische Emanzipation des Bürgertums unter der Herrschaft des städtischen Patriziats findet nicht nur in profaner Bautätigkeit und Stadtentwicklung ihren Niederschlag, sondern gemäß der Stellung der Religion im mittelalterlichen Lebensvollzug drängt das neu gewonnene Selbstbewußtsein zu religiöser Darstellung; der Kirchbau wird als Gottesdienst empfunden. Schon um die Mitte des 13.Jahrhunderts treten die städtischen Gemeinden als Auftraggeber romanischer Kirchbauten hervor; neben der Kathedral- und Klosterkirche bestimmen die bürgerlichen Pfarrkirchen das Stadtbild, wobei sich die einzelnen Kirchgattungen noch nicht stilistisch voneinander unterscheiden.[2)] In der Übernahme der künstlerischen Ideale, bei deren Verwirklichung man nach Möglichkeit den geistlichen

---

1) vgl. P. Schöller, a.a.O., S. 53f.

2) vgl. H. Bechtel, a.a.O., S. 82f.

oder weltlichen Stadtherrn zu übertreffen trachtet, wird das städtische Patriziat " 'adeliger' als der 'Adel' und 'geistlicher' als die 'Geistlichkeit'."[1)]

Die Eigenart der städtischen Produktionsweise gegenüber der feudalen wirkt auf die architektonischen Konstruktionsprinzipien zurück, denn die in der Romantik herrschenden Momente der Passivität und des Dienstes, die einen Parallelismus zur feudalen Herrschaftsform nahelegen[2)], entsprechen nicht der sozialen und politischen Realität in der Stadt, in der sich die Gewerbestände über die Geburtsstände erheben und die Klasse über die Stände zu herrschen beginnt; die ökonomischen und politischen Machtverhältnisse stehen im Widerspruch zu dem von der Romantik gefesselten künstlerischen Ausdruck. Der ökonomischen und sozialen Revolution in den mittelalterlichen Städten folgt eine kulturelle, die die veränderten Werte zur Darstellung bringt. In der Gotik schafft sich die junge Bürgerklasse den ihr gemäßen Ausdrucksstil.[3)]

Das in Frankreich in Anlehnung an die spanisch-maurische Architektur bereits voll entwickelte System der Gotik (opus francigenium) findet um 1250 unter der städtischen Herrschaft des sich abschließenden, seinen Herrschaftsanspruch gegen die übrigen Bürger verteidigenden Patriziats in den deutschen Städten zunächst für Teile von Bauwerken, schließlich auch für den Grundriß Verwendung, z.B. bei der Konzeption des 1250 begonnenen Kölner Doms.[4)]
Träger der Übernahme dieser Bautechnik ist das sich von den Klöstern und geistlichen Institutionen emanzipierende Bauhandwerk, das sich als Wanderhandwerk in Produktionsorganisationen, den arbeitsteilig kooperativen Bauhütten, für die

---

1) R.B. Johansen: Kunst und Umwelt. Dresden ^{4}1964, S. 130.

2) vgl. A. Hauser, a.a.O., S. 194.

3) vgl. R.B. Johansen, a.a.O., S. 235.

4) vgl. H. Koepf: Baukunst in fünf Jahrtausenden. (6. erg. u. erw. Aufl.) Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971, S. 103.

Zeit der Bautätigkeit zusammenschließt. Da oft Generationen an einer Kirche arbeiten, kommt es zu einer Ortsgebundenheit der Hütten, die nur durch die Beendigung oder Unterbrechung der Bautätigkeit aufgehoben wird. Die Wanderungen der Hüttenbaumeister bilden die Grundlage für die Verbreitung des gotischen Stils (z.B. Matthias von Arras, Peter Parler); dieser Stil wird zur Widerspiegelung mittelalterlich städtischer Kultur auf dem Boden der einfachen Warenproduktion. Während sich die romanische Kirche als ein in sich abgeschlossenes,, ruhendes, stabiles Raumgebilde mit weitem, repräsentativem, nüchternem Innenraum darstellt, der den Besucher in optischer Passivität gefangen hält, befindet sich der gotische Kirchbau nicht nur in seiner Bauphase, sondern auch in der Betrachtung des ganzen materiellen Systems in stetem Zustand des Werdens, das durch die Auflösung alles Starren und Ruhenden in die Dialektik von Zirkulation und Transformation der Energien bedingt ist; die gotische Kirche wird erlebt als Prozeß.[1] Dieser Prozeß entspringt der Dynamik des bürgerlichen Lebens im Spannungsfeld der städtischen Produktionsweise zwischen den Polen Warenproduktion und Warendistribution, bestimmt durch die Prosuktion von Gebrauchsgegenständen zum Zwecke der Verwandlung in Geld, mit dem Ziel der Transformation in Waren zum eigenen Gebrauch, also durch die W-G-W Beziehung.

Nicht im Kirchbau, sondern in der Sekularisierung der Kultur, die Kunst und vor allem Baukunst zu einer fast allgemeinverständlichen Ausdrucksweise werden läßt, kommt der Einfluß des Bürgertums am auffallendsten zum Ausdruck. Der Stil der Gotik wird zum allgemeinverbindlichen Baustil, der in der allgemeinen Verbreitung die Individualität jedes Bauwerkes hervorhebt. Der bürgerliche Fachwerkbau, der bautechnisch eine entscheidende Verbesserung gegenüber den älteren, leicht brennbaren reinen Holzbauten darstellt, aber seine Verwandschaft mit dem ländlichen Bauernhaus nicht bestreiten kann, "gotisch in seinem Skelett von Ständern, Schwellen, Rahmen, Riegeln, Streben, verleugnet auch am wenigsten den gotischen Steilwuchs."[2] In der Allgemeinverbindlichkeit der Ausdrucks-

---

1) vgl. A. Hauser, a.a.O., S. 254ff.

2) A. v. Reitzenstein: Deutsche Baukunst. Stuttgart ^{5}1967, S.137.

weise erfolgen Akzentuierung über Baumaterialien, Größenverhältnisse und Giebelgestaltung, was sich besonders an den frühen Rathäusern und Patrizierhäusern bzw. Geschlechterhäusern zeigt, die ihrer Bedeutung gemäß aus der übrigen Masse der Bürgerbauten hervorgehoben werden und so die Herrschaftsbeziehungen innerhalb der Stadt anschaulich zum Ausdruck bringen als bauliches Abbild der herrschenden ökonomischen, politischen, rechtlichen und sozialen Verhältnisse des sich entwickelnden frühen Bürgertums. Als Beispiel seien hier nur das Straßburger Langhaus (1250), das Overstolzenhaus zu Köln (1250), der Baumburger Turm (siebengeschossiger Geschlechterturm in Regensburg, 13. Jh.) und das Nassauerhaus in Nürnberg (13. Jh.) angeführt.[1)]

Das für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt entscheidende städtebauliche Merkmal sind die Sondergemeinden (Vorstädte und Doppelstädte) als Ausdruck der sich ausweitenden einfachen Warenproduktion unter der Herrschaft der Träger der Distribution. Wesentlicher Bestandteil dieser städtischen Vororte ist wiederum der Markt, dessen Ausweitung L. Mumford als "eines der charakteristischten Merkmale des kommerziellen Regimes"[2)] bezeichnet, dessen Vervielfältigung in der Sonderbildung Ausdruck der kaufmännischen Konkurrenz zwischen Altstadt und Neustadt ist (z.B. Köln). Im Zuge der Ausschaltung dieser Konkurrenz erfolgt die sukzessive Einbeziehung der Vororte in den Stadtbereich, die sich in der gemeinsamen Ummauerung von Altstadt und Vorort manifestiert. Hatte der Mauerbau im 12. Jahrhundert als eine der wichtigsten Angelegenheiten unter der Herrschaft des Stadtherrn gegolten, so beginnt mit der Herrschaft des patrizischen Rates die Epoche der Stadterweiterungen.[3)] Die meisten Städte erhalten im Zuge dieser

---

1) vgl. H. Koepf, a.a.O., S. 120.

2) L. Mumford: Die Stadt. Köln/Berlin 1963, S. 509.

3) Einige Daten der Stadterweiterung mögen als Erläuterung dienen: Köln 1106-1180, Dortmund im 11.Jh.-1200, Straßburg vor 1200-1202/1220-1228, Trier 13.Jh., Mainz 13.Jh., Hannover 1294-1320, Hamburg 1300, Bremen 1305, Osnabrück 1306, Regensburg 1320-1322, Frankfurt 13.Jh.-1343, Worms 1370, Augsburg 1380.
vgl. H. Planitz, a.a.O., passim.

Stadterweiterungen ihre größte Flächenausdehnung im Mittelalter.

Der Abschluß der räumlichen Ausdehnung aber findet seine Entsprechung in der Bevölkerungsbewegung; infolge der Hungersnöte in Europa von 1315-1317 und der großen Pestepidemien des 14. Jahrhunderts tritt ein Stillstand der Bevölkerungsentwicklung ein, der erst im 15. Jahrhundert überwunden wird.[1] Seit Mitte des 14. Jahrhunderts scheint die räumliche Ausdehnung der Städte abgeschlossen, finden doch bis zu diesem Zeitpunkt Stadterweiterungen häufig Erwähnung, während sie später Ausnahmen darstellen. Die Bautätigkeit hört allerdings nicht auf, sondern ist innerhalb der erreichten Ausdehnung lebhafter als je zuvor; das Wachstum konzentriert sich auf die vertikale Ausdehnung, im Gegensatz zur vorangegangenen horizontalen. Die Dichte der Bebauung nimmt zu, die extensive Nutzung städtischen Raumes weicht der intensiven. Für P. Sander ist es offensichtlich, daß dieser Wandel im äußeren Stadtbild mit einer Veränderung im wirtschaftlichen und sozialen Gefüge der Stadt zusammenhängen muß.[2]

---

1) vgl. H. Pirenne, a.a.O., S. 166ff und
J. Kulischer, a.a.O., S. 172.

2) vgl. P. Sander, a.a.O., S. 100.

4. Zunftrevolution, bürgerliche Stadtherrschaft und städtebauliche Differenzierung

a) Der Widerspruch zwischen Patriziat und Zunft

Mit der Ausweitung der Ware - Geld - Beziehung auf der Grundlage der einfachen Warenproduktion und des sich mit dieser Produktion steigernden Handels kommt es zur Arbeitsteilung zwischen Handwerkern und Kaufleuten; letztere differenzieren sich arbeitsteilig nach Fern- und Detailhändlern. Diese Arbeitsteilung findet ihren Niederschlag in besonderen Organisationen der jeweils sich voneinander scheidenden Tätigkeiten und wirkt gleichzeitig auf die Stadtverfassung zurück.[1] Hatten die Fernhändler sich bereits früh zu Gilden zusammengeschlossen, so weichen im 12. und 13. Jahrhundert diese Gilden Sonderorganisationen, die nur Kaufleute eines bestimmten Zweiges, die ähnlich soziale und ökonomische Stellung aufweisen, aufnehmen. Zwar nennen sich auch diese Vereinigungen Gilden, aber sie sind nicht mit den frühen Fernhändlervereinigungen identisch, sondern bezeichnen vielmehr Detailhändler- und zum Teil auch Handwerkervereinigungen.[2] Diese Gilden verfolgen wesentlich monopolistische Interessen, indem sie fremde Konkurrenz auszuschalten suchen.

Die Fernhändler hingegen bedienen sich ihrer politischen Stellung als Ratsmitglieder, um ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen durchzusetzen; sie bedürfen also keiner besonderen Organisationsform.[3] Als patrizisches Regime haben sie sich in vielen Städten zu einer oligarchischen Plutokratie formiert, deren Politik durch den ökonomischen und sozialen Eigennutz bestimmt ist.[4] "Die Beherrschung der Stadt-

---

1) vgl. K. Frölich: Kaufmannsgilden und Stadtverfassung. In: C. Haase (Hrsg), Die Stadt des Mittelalters Bd. 2, Darmstadt 1972, S. 39.

2) vgl. derselbe, a.a.O., S. 50ff u. E. Ennen, a.a.O., S. 109.

3) vgl. H. Mottek, a.a.O., S. 182f.

4) vgl. H. Pirenne, a.a.O., S. 192 und dazu auch M. Weber, a.a.O., S. 971f.

regierung durch die reichen Kaufleute, die weitgehende Personalunion zwischen ihnen und dem Rat der Stadt, gab den Handelsherren ein Machtinstrument zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Interessen, das stärker war, als irgendwelche Gilden sein konnten."[1)]

Die Handwerker organisieren sich in Zünften[2)], die ebenfalls wie die neu entstandenen Gilden, die Ausschaltung der Konkurrenz anstreben und so hauptsächlich den ökonomischen Interessen der Zunftgenossen dienen.[3)] Der Zusammenschluß bezweckt in weiterer Hinsicht die Lebenssicherung der aus der patriarchalischen Gemeinschaft der Grundherrschaft Entlassenen, die sich nun, persönlich frei, den Schwankungen des gewerblichen Marktes ausgeliefert sehen. Diese existenzgefährdenden Schwankungen nehmen mit dem massenhaften Einströmen von Handwerkern im Laufe des 12. und 13. Jahrhunderts vor allem in die größeren Städte zu.[4)] Demgemäß fällt die Entstehung der Zünfte vornehmlich in diese Zeit der größten wirtschaftlichen Expansion, die erst Mitte des 14. Jahrhunderts zu einem vorläufigen Abschluß kommt.[5)] Der Ausschluß der

---

1) H. Mottek, a.a.O., S. 183.

2) Die Entstehung der Zunft ist in der bürgerlichen Wissenschaft umstritten. Wie schon die Entstehung der Stadt, so sucht man die Zunftentstehung auf Überbauphänomene, wie Hofrecht oder, im Gegenteil dazu, öffentliches Recht oder auf religiöse Motive zurückzuführen.
vgl. dazu J. Kulischer, a.a.O., S. 181ff. u.
H. Pirenne, a.a.O., S. 171ff. u.
E. Ennen, a.a.O., S. 144ff.
Sogar eine den Germanen scheinbar eigentümliche Organisationskraft, als Urtrieb der Rasse quasi, wird als Grundlage der Zunftentwicklung bemüht.
vgl. P. Sander, a.a.O., S. 124.
Die frühen Erscheinungsformen mögen über die grundlegende Intention der Zunftentstehung hinwegtäuschen, aber einmal etabliert, treten diese Formen hinter ökonomischen und schließlich politischen Interessen zurück.

3) vgl. H. Mottek, a.a.O., S..179.
Wegen der gleichen Interessenslage zwischen Kleinhändlergilden und Handwerkerzünften wird im folgenden nicht mehr besonders zwischen beiden unterschieden, zumal Handwerkerverbände selbst unter der Bezeichnung Gilde auftreten.

4) vgl. derselbe, a.a.O., S. 170ff.

5) vgl. H. Pirenne, a.a.O., S. 184.

Konkurrenz und der Konservatismus der Vereinigungen hinsichtlich der Produktionsweise bedingen in einer Zeit wirtschaftlicher Prosperität eine Arbeitsteilung zwischen einzelnen Handwerkern, war doch die Arbeitsteilung innerhalb derselben gerade ausgeschlossen. H. Mottek macht darauf aufmerksam, daß auch die Reglementierung der Qualität der Erzeugnisse durch die Zünfte und die Feststellung einer bestimmten Produktivität in engem Zusammenhang mit der Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Gewerbezweigen steht und damit die Grundlage ihrer Differenzierung bildet. Dementsprechend wächst die Zahl der Zünfte im Mittelalter ständig mit der Differenzierung der Tätigkeitsbereiche, wie der Bevölkerungsanteil der Handwerker an der Gesamtbevölkerung mit dem Zuzug vom Land in die Stadt steigt. So macht in Heidelberg und Frankfurt schon bald der Anteil der Handwerker 60 - 70% aller Einwohner aus; 1363 zählt man in Nürnberg 1217 selbständige Handwerker, darunter allein 318 Meister im Metallgewerbe. Im Durchschnitt beträgt die Zahl der öffentlich anerkannten, privilegierten Zünfte in den größeren Städten, z.B. Köln, Brüssel, Brügge u. a.m., im 14. Jahrhundert ca. 40-50; unter Einbeziehung der nichtprivilegierten Zünfte erhöht sich die Zahl leicht auf das Doppelte, so z.B. in Wien. In Frankfurt sind 1387 514 von 1000 über 12 Jahre alte männliche Einwohner in einem Gewerbe beschäftigt, darunter allein 343 selbständige Meister, ein Verhältnis, das bis Ende des 19. Jahrhunderts nicht wieder erreicht wird.[1] Die Bevölkerungsvermehrung der Städte insgesamt, die in engem Zusammenhang mit der räumlichen Ausdehnung der Städte steht, muß als unbestreitbares Zeichen wirtschaftlicher Kraft und Prosperität der Städte angesehen werden. Im Zusammenhang dieses ökonomischen Aufschwunges kommt es zur zweiten Phase der bürgerlichen Herrschaftsentwicklung in der mittelalterlichen Stadt.

War das gemeinsame wirtschaftliche Interesse zwischen Patriziat und Handwerkerschaft im Kampf gegen den Stadtherrn betont worden und hatte als Grundlage der Vereinigung beider bürgerlicher Schichten zum Befreiungskampfe vom stadtherrlichen

---

1) vgl. B. Heil, a.a.O., S. 86f.

Regiment gedient, so tritt in der Abschließung des Patriziats gegen die Zünfte und die übrige Bevölkerung und in der Verfolgung der eigenen, auf Fernhandel und Verkehrsfreiheit abzielenden Interessen der ökonomische Gegensatz zwischen Handel und Handwerk in den Vordergrund. Der patrizische Stadtrat, in der Hauptsache die politische Körperschaft reicher Kaufleute[1], also die politische Vertretung nur einer Schicht der bürgerlichen Klasse, tritt damit notwendig in Widerspruch zu den ökonomisch-sozialen Vereinigungen der Handwerker, den Zünften, die im Zuge ihres wirtschaftlichen Aufschwunges[2] nach angemessener Beteiligung an der herrschenden Institution der Stadt, dem Stadtrat, streben. Durch die Übernahme städtischer Pflichten (etwa der Verteidigung bestimmter Mauerabschnitte im Kriegsfalle durch einzelne Zünfte) steigern die Zünfte ihre soziale und machtpolitische Position gegenüber dem sich aus den Pflichten zurückziehenden, aber seine Rechte um so stärker genießenden Patriziat. Die mit der Einteilung der Stadt in zünftige Wehrbezirke verbundene Bewaffnung der Vereinigungen spielt in den aufkeimenden Auseinandersetzungen im Rahmen der Zunftbewegung eine nicht unwesentliche Rolle.

Aufgrund der Ungleichzeitigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Städten finden Zunfterhebungen in den fortgeschrittensten Städten des äußersten Westens und am Rhein statt. In Köln kommt es unter Bischof Engelbert bereits 1220 zu Auseinandersetzungen, die allerdings erst 1260 zu

---

1) vgl. A. Tille: Renaissance, Reformation und Gegenreformation. In: H.F. Helmholt (Hrsg.), Weltgeschichte Bd. 7, Leipzig 1900, S. 174.

2) K.A. Wittfogel führt den wirtschaftlichen Aufschwung der zünftigen Handwerker vor allem auf drei Momente zurück:
   1. Umverteilung der Früchte der Produktionssteigerung auf die gesamten Mitglieder;
   2. gemeinsame Anschaffung und Nutzung teurer Produktionsmittel sowie gemeinsamer Großeinkauf von Rohstoffen;
   3. gemeinsame Preispolitik, die zu Monopolpreisen vor allem gegenüber dem flachen Land tendiert, auf der Grundlage der Ausschließung innerstädtischer und ländlicher handwerklicher Konkurrenz.

   vgl. K.A. Wittfogel, a.a.O., S. 84f.

einem kurzen Siege der Zünfte führen. Die Bewegung breitet sich über Worms bis Kolmar und Ulm aus und erfaßt 1280 auch Flandern. Allerdings sind die Zünfte noch zu schwach, um sich gegen die nun mit dem Stadtherrn verbündeten Geschlechter durchzusetzen.[1] Bereits im 13. Jahrhundert ausgelöst, zieht sich die Zunftbewegung über 100 Jahre hin, bis,als Folge der blutigen Auseinandersetzungen unter Ausnutzung der Widersprüche innerhalb des Patriziats, die Zünfte entweder ihre Beteiligung oder aber die Übernahme der Institution des Rates durchsetzen.[2] Als Folge dieser 'Zunftrevolution' führt K. Lamprecht drei typische Lösungen des Widerspruchs zwischen patrizischen und zünftigen Interessen an:

1. Die reine Zunftverfassung, nach der die ratsfähigen Personen den Zünften angehören müssen, das Patriziat also als eigenständiger städtisch-herrschaftlicher Verband verschwindet und seine Mitglieder nur noch unter Beitritt einer Zunft städtische offentliche Ämter bekleiden können. Diese Lösung findet sich beispielsweise in Gent, Lüttigh, Braunschweig, Augsburg und Konstanz.
2. Die gemischte Verfassung, bei der der bisherige patrizische Rat bestehen bleibt, aber der Abschluß des Patriziats gegenüber den Zünften aufgehoben wird. Diese Form der Verfassung findet sich z.B. in Nürnberg, Frankfurt M und Löwen.
3. Ratsfähigkeit der gesamten wohlhabenderen Mitglieder der bürgerlichen Klasse, auf der Grundlage der Auflösung der Geschlechter und Zünfte als selbständige politische Kor-

---

1) vgl. K. Lamprecht, a.a.O., S. 192ff.

2) G.L. von Maurer schildert auf nicht weniger als 183 Seiten den Kampf zwischen den Geschlechtern und den Zünften, seine jeweilige Auswirkung auf die Stadtverfassung und weist für mehr als 20 Städte bewaffnete Auseinandersetzungen nach. Zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt es in Straßburg (1332), Köln (1369), Speyer (Ende 14.Jh.), Worms (1513), Mainz (1332), Augsburg (1368), in Ulm beginnen die Kämpfe ebenso wie in Esslingen um 1300, Schwäbisch-Hall (ca.1340), Basel (Beginn 14.Jh.), Zürich (1336), Bremen (1308), Regensburg (1334), München (Ende 14.Anfang 15.Jh.), Magdeburg (1330), Halle (1427), Stendal (1335), Breslau (1333), Wetzlar (1390), Konstanz (1342), Frankfurt M (14.Jh.). vgl. G.L. von Maurer, Die Geschichte der deutschen Städteverfassung Bd. 2, a.a.O., S. 540ff.

porationen - als Beispiel für diese Form der Stadtverfassung ist Köln (1396) anzuführen.[1)]

Allerdings betrifft die dargestellte Entwicklung vornehmlich Städte mit mehr oder weniger starkem gewerblichen Charakter. Die meisten, zur Hanse zählenden norddeutschen Städte, in denen der Fernhandel ökonomisch wie politisch das beherrschende Element ist, bleiben zwar nicht von der Zunftbewegung verschont, doch sind die Druckmittel des Patriziats zu stark (z.B. Verhansung, d.h. Ausschluß aus dem Hansebund), um einen dauerhaften Umschwung herbeizuführen. So siegen zwar 1408 in Lübeck zunächst die Zünfte, etwa gleichzeitig auch in Wismar, Rostock und Stralsund, doch bereits 1416 gelingt der führenden Hansestadt Lübeck die Wiedereinsetzung des patrizischen Rates. Damit sind zwar die Auseinandersetzungen nicht beigelegt, aber die Geschlechter behaupten nun ihre herrschende Stellung.[2)] In den Städten, in denen sich die Zünfte durchgesetzt haben, wird der Rat der Stadt als oberste herrschaftliche Institution von den beiden 'Trägern' der einfachen Warenproduktion gestellt, die damit in der Ausübung der politischen Gewalt, die der ökonomischen Herrschaft innerhalb der Stadt entsprechende politische Macht übernehmen und damit erstmalig eine bürgerliche Stadtherrschaft etablieren.[3)] Wo "die Zunftherrschaft in irgendeinem Umfange durchgerungen ist, fiel die Zeit, in welcher dies geschah, regelmäßig mit der Epoche der höchsten Machtentfaltung der Stadt nach außen und ihrer größten politischen Selbständigkeit nach innen zusammen."[4)]

Ist bereits zuvor darauf hingewiesen worden, daß die städtische Bevölkerungszunahme in engem Zusammenhang zu der Entfaltung wirtschaftlicher Kraft und Prosperität steht, so ist doch die Bedeutung der einzelnen Stadt nur mit Einschränkung an ihrer Einwohnerzahl zu messen. Demgemäß betont J. Kulischer, daß selbst die angesehensten Handelsstädte im 14. Jahrhundert nicht mehr als ca. 8-10 000 Einwohner aufzuweisen

---

1) vgl. K. Lamprecht, Deutsche Geschichte Bd.4, a.a.O., S. 200f.
2) vgl. A. Tille, a.a.O., S. 175.
3) vgl. M. Weber, a.a.O., S. 972.
4) ebenda.

haben und nur in Ausnahmefällen Einwohnerzahlen bis 20 000 und darüber erreichen, während für die überwiegende Mehrzahl der Städte weniger als 5 000 Einwohner anzunehmen ist. Da aber die Bedeutung der jeweiligen Stadt auf einer weitgehend spezialisierten exportorientierten Warenerzeugung und auf Fernhandelsverfelchtungen beruht, kann von der Größe der Bevölkerung nur bedingt auf die wirtschaftliche und politische Bedeutung geschlossen werden; beispielsweise zählt das wirtschaftlich hoch entwickelte Hamburg lediglich ungefähr 6-7 000 Einwohner und Überlingen, das von 1352 bis 1495 nicht weniger als 16 Städtebünden angehört, nur ca. 5 000 Einwohner.[1] Auch im 15. Jahrhundert steigen die Bevölkerungszahlen nicht übermäßig, so daß aufgrund verschiedener Berechnungen für Nürnberg, Straßburg, Ulm, Augsburg, Danzig und Braunschweig Einwohnerzahlen um 20 000 festgestellt worden sind, während Frankfurt M, Rostock, Zürich, Ypern, Reims, Basel, Trier, Mühlhausen i. Thüringen um 10-12 000 Einwohner aufzuweisen haben, dagegen zählen Freiberg i. Sachsen, Ravensburg, Heidelberg, Überlingen, Freiburg (Schweiz), Mainz, Nördlingen, Dresden, Meißen nur um 5 000 Einwohner und darunter. Allein für Köln und Lübeck ist eine Bevölkerungszahl von über 20 000, höchstens aber 30 000 Einwohner anzunehmen.[2]

Mit der bürgerlichen Herrschaft in der Stadt als Ergebnis der Zunftrevolution ist die innerstädtische Auseinandersetzung keineswegs abgeschlossen, denn in demselben Maße, wie die privilegierten, ratsfähigen Zünfte durch ihre ökonomische und politische Position in der Stadt ihren Mitgliedern Rechte bescheren, entrechten sie die Mitglieder nicht privilegierter Zünfte, außerhalb der Zunft stehende Handwerker (Bönhasen, Störer) und Tagelöhner. Die Deklassierung dieser Schichten schlägt sich in der Struktur der Stadt nieder; die Nichtprivilegierten siedeln sich am Rande der Stadt oder außerhalb der Stadtmauer an, so daß sich vor den Toren häufig regelrechte Slums bilden.

---

1) vgl. J. Kulischer, a.a.O., S. 168.
2) vgl. J. Kulischer, a.a.O., S. 169.

Die errungene politische Macht dient der Sicherung der wirtschaftlichen Position der Angehörigen der privilegierten Zünfte, ja man versucht in zunehmendem Maße die Zunftverfassung zur Grundlage der gesamten städtischen Wirtschaftspolitik zu machen.

Der anhaltende Zuzug vom Lande läßt die Zahl der Handwerker und Tagelöhner stärker anwachsen als die Nachfrage nach ihren Produkten. Während ehedem die Zunft in jedem neu hinzukommenden Handwerksgenossen einen Kraftzuwachs erblickte, tritt nun das Konkurrenzdenken in den Vordergrund, das sich auf den Erhalt des Erreichten richtet: "Aus dem progressiven, um den sozialen Fortschritt ringenden Stand ist eine saturierte konservative Klasse geworden."[1] In dem Maße, wie sich die Zünfte gegenüber dem Neuzuwachs von außen abschliessen, verfestigen sie die herrschenden Strukturen innerhalb der einzelnen Gewerbebetriebe, für die nicht nur Umfang der Produktion, sondern auch Höchstzahl der Gesellen und Lehrlinge festgelegt ist. Gleichzeitig verringern sie die Mobilität innerhalb der jeweiligen Zunft, indem das Meisterrecht zu einem Privileg wird, das für die Söhne der Meister erblich, von den Gesellen immer schwerer zu erwerben ist.[2] "Insoweit und solange die Lehrlings- und Gesellenzeit dazu diente, die Lehrlinge und Gesellen für eine spätere selbständige Ausübung des Handwerks zu befähigen, soweit also mit den Worten Friedrich Engels der zünftige Lehrling und Geselle weniger wegen "der Kost und des Lohnes als wegen ihrer eigenen Ausbildung zur Meisterschaft arbeiteten, solange waren sie weitgehend für die Tatsache entschädigt, daß ihr Lohn und ihre Kost nicht dem vollen durch ihre Arbeit geschaffenen Neuwert entsprach. Solange und soweit das der Fall war, kann man nicht von einer Ausbeutung und somit von ernsten Widersprüchen zwischen Gesellen und Meistern sprechen."[3]

---

1) A. Hauser, a.a.O., S. 266.

2) vgl. J. Kulischer, a.a.O., S. 201ff.

3) H. Mottek, a.a.O., S. 198.

Mit der sukzessiven Abschließung der Lehrlinge und Gesellen von der Meisterschaft im Verlauf des 14. u. 15. Jahrhunderts entfaltet sich dieser ökonomische Widerspruch, der auf Seiten der Gesellen zu verbandmäßigen Organisationsformen, den Gesellenverbänden oder Bruderschaften, führt. Allerdings bleiben die Kampfziele dieser Verbände wesentlich ökonomischer Natur, kommen sie doch weitgehend nicht über Lohnforderungen hinaus.[1] Über diese'gewerkschaftlichen' Forderungen hinausweisend ist lediglich die zeitweilige Durchsetzung des Versammlungsrechtes als Grundlage der Ausrichtung auf gemeinsame Interessen und die Durchführung von Streiks auch als politisches Druckmittel. Gegen diese Kampfmittel der Gesellen richtet sich die Kulmer Willkür aus dem 14. Jahrhundert, in der es u.a. heißt: " Kein Handwerksknecht soll Satzung oder Sammlung machen, die da gehe gegen unsere Herrn dieses Landes, widdr die Stadt oder wider seine Meister. Auch soll er nicht machen den Montag oder einen Werktag zum Feiertag, ledig zu gehen. Auch soll er keinerlei neue Fünde oder Aufsatz (Aufsässigkeit, Streik) machen, womit er seinem Meister die Arbeit niederlege oder Urlaub gebe. Wer dies frefentlich bricht, dem soll man sein Haupt abschlagen ... Welcher Wirt das gestatte, daß man in seinem Hause solche Satzung macht, dem soll man sein Haupt abhauen,"[2] So schwer diese Strafen sind, können sie jedoch nicht die Ausbreitung der Gesellenbewegung verhindern, da sie ihre ökonomischen Ursachen nicht beseitigen, sondern tragen lediglich zu größerer Konspiration in den einzelnen Verbänden bei und verlängern die Auseinandersetzungen bis ins 18. Jahrhundert.

Die Beschränkung auf die eigenen Standesinteressen und vor allem auf die eigene ökonomische Situation ist einer der Gründe für das Scheitern der Gesellenbewegung, die zwar ihrem Charakter nach als revolutionär anzusehen ist, aber

---

1) Beispielsweise erklären die Gesellen von Speyer 1351, ihr Lohn sei zu gering, um existieren zu können, wobei sie offenbar auf eine Steigerung der Lebenshaltungskosten infolge der Pestepidemien ansprechen.
vgl. H. Mottek, a.a.O., S. 202.

2) Anonymus: Ein Jahrtausend deutscher Kultur, zit. nach K.A. Wittfogel, a.a.O., S. 95f.

den Rahmen der einfachen Warenproduktion innerhalb der feudalen Produktionsweise nicht übersteigt, in einer Zeit der sich bereits ankündigenden Umgestaltung der Produktionsweise auf der Grundlage der einfachen kapitalistischen Kooperation und der Verwandlung der Arbeitskraft in eine Ware. Die städtischen Träger dieses Fortschritts sind in der Regel die Vertreter von Handel und Finanzen, da den einzelnen Handwerksmeistern durch die Zunftgesetze die Verwandlung zum Kapitalisten verwehrt ist.[1] Von der Stärke der Zünfte innerhalb der Stadt hängt letztlich die Durchsetzung dieser Gesetze ab, so daß es nicht selten zur Mißachtung kommt und sich Handwerksmeister zum Verleger über die Genossen aufschwingen, indem sie die Rostoffverteilung in ihre Hand bekommen.
Mit der Entwicklung des Handwerks und der einfachen Warenproduktion zur höchsten ökonomischen, politischen und sozialen Form findet die spezifisch mittelalterliche Art der Auseinandersetzung zwischen Stadt und Land ihren Abschluß, um in eine neue Etappe zu münden, die durch eine relative Territorialisierung der gewerblichen bzw. verlagsmäßigen Produktion und eine relative Verstädterung des großen Feudaladels gekennzeichnet ist. Diese Entwicklung des Widerspruchs zwischen Stadt und Land ist Ausdruck der Tatsache, daß bereits seit dem 15. Jahrhundert die Städte und ihre Bürger, obwohl gegenüber der feudalen agrarischen Bevölkerung in der Minderzahl für die Gesellschaft unentbehrlicher geworden ist als der Feudaladel.[2]

---

1) vgl. K. Marx, Das Kapital Bd. 1, a.a.O., S. 326ff.
W. Sombarts Theorie von einer ursprünglichen Akkumulation auf der Grundlage von Grundbesitz in den Städten ist an dieser Stelle zu widersprechen, ist doch die Grundrente zumeist so gering, daß sie lediglich grundherrliches Obereigentum an Grund und Boden dokumentiert, zumal in einer Zeit, in der durch Ausweitung der Geldwirtschaft, durch raschen Preisanstieg der Produkte in den Städten die relativ feste Grundrente real absinkt. Daß die ursrüngliche Akkumulation auf Handels- und Wucherkapital, aber auch auf Montanindustrie und Münzregal zurückzuführen ist, zeigt sich treffend in der Analyse des Kapitals der oberdeutschen großen Handelshäuser, z.B. Fugger, Welser, Paumgartner u.a.m.
vgl. H. Mottek, a.a.O., S. 221ff u.
P. Wolf: Städtebau. Leipzig (1919), S. 41.

2) vgl. F. Engels: Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie. In: MEW Bd. 21, S. 392.

Als Folge dieser wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in den Städten tritt die Bautätigkeit, wie bereits zuvor erwähnt, in eine neue Phase der Entwicklung, die wesentlich durch den Ausbau der Stadt innerhalb der erreichten Flächenausdehnung gekennzeichnet ist; zu Neubauzwecken wird der innerstädtische freie Raum genutzt. Charakteristisch für diese Etappe des Städtebaus unter der Regie der Stadtherrschaft des gesamten Bürgertums ist der Neu- oder Ausbau der Kirchen und öffentlichen Gebäude, wie Rathäuser, Kaufhäuser, Tanzhäuser und anderer kommunaler Gemeinschaftsbauten. In der Übernahme der gotischen Stilelemente bildet sich in den deutschen Bürgerstädten bald eine besondere Form der Gotik hinaus, die Spät- oder Sondergotik, die für die Phase der Bautätigkeit unter bürgerlicher Stadtherrschaft kennzeichnend wird.[1)]
Im Bereich der noddeutschen Hansestädte entwickelt sich als besondere Eigenart die sogenannte Backsteingotik, was allerdings nicht allein auf das Fehlen des Werksteins als Baumaterial im norddeutschen Küstenraum zurückgeführt werden kann.[2)]
Hervorstechend ist der Neu- oder Ausbau der städtischen Pfarrkirchen im Sondergotischen Stil; gegen die römische Basilika des weltlichen und geistlichen Feudaladels setzt das Bürgertum die Sondergotische Hallenkirche, in der Nähe des Marktes meist als St. Martini- oder St. Lambertikirche, in den norddeutschen Hansestädten die backsteingotische St. Marien- und St. Nicoleikirche. Allerdings wirkt die bürgerliche Bautätigkeit zurück auf die Bautätigkeit des gehobenen Klerus, doch entstehen die beherrschenden Kirchbauten, vor allen Dingen des süddeutschen Raumes, wie das Ulmer Münster (1377) und das Berner Münster (1421), auf der Grundlage der wirtschaftlichen Potenz des Bürgertums.[3)]

Den Brennpunkt des gesamten öffentlichen Lebens bildet mehr als je zuvor das Rathaus als Ort der bürgerlichen Verwaltung

---

1) Bezeichnenderweise fällt die Ausbildung der Sondergotik in die Zeit der Beteiligung der Zünfte an der Stadtherrschaft um die Mitte des 14. Jahrhunderts.
vgl. H. Bechtel, a.a.O., S. 60 u. 82f.

2) vgl. H. Koepf, a.a.O., S. 112.

3) vgl. B. Heil, a.a.O., S. 107ff.

der Stadt, der Rechtssprechung und der Repräsentation.[1] Bereits unter der Stadtherrschaft des Patriziats war das Rathaus in der Regel ein zweistöckiges Gebäude, dessen wichtigster Raum, der Rathaussaal für Ratssitzungen und Gerichtsverhandlungen, aber auch als Festsaal des Patriziats, das Obergeschoß einnimmt, während das Erdgeschoß zumeist als Kaufhaus und Waage genutzt wird. Wie zum Rathaussaal die Verkündigungslaube zur Bekanntmachung der Ratsbeschlüsse gehört, oft in Verbindung zu einer Freitreppe gestaltet, so ist im Erdgeschoß in einer hölzernen oder steinernen Laube, der Gerichtslaube (z.B. Münster), das Marktgericht untergebracht. Oft gehört zum Rathaus der Rathausturm, der zuweilen auch freistehend an den Burgfried der feudalen Burg erinnert und als weithin sichtbarer Ausdruck bürgerlicher Macht gelten kann.[2] In der Folge der politischen Emanzipation der Zünfte kommt es zum Um- oder Neubau der alten Rathäuser, die zuweilen dem Patriziat gehören (Speyer) oder zumindest von diesem gebaut worden sind (Köln). Unter Anwendung des Sondergotischen Stiles erfolgt der Umbua folgender Rathäuser: Münster (1335), Altstadtrathaus Braunschweig (14./15. Jh.), Aachen (14. Jh.), der Römer zu Frankfurt M (Anfang 14. Jh.), Köln (1360), Ulm (1370).[3] In anderen Städten hingegen, z.B. in Speyer (1340) wird nach der Vertreibung der Patrizier aus dem Rat und der Übernahme dieser Institution durch die Zünfte ein neues Rathaus gebaut, der 'Ratshof', der gegenüber dem Münster am Marktplatz errichtet wird.[4]

Ein anderes bauliches Ergebnis bürgerlicher Stadtherrschaft ist die Differenzierung der Funktionen des Rathauses und ihre Lokalisierung in besonderen Räumen oder Gebäuden. Kaufhaus, Waage und Festsaal spalten sich vom Ratsgebäude ab und entstehen entweder als selbständige Baukörper vom Rathaus getrennt oder aber in Form einer additiven Reihung von Giebel-

---

1) vgl. B. Heil, a.a.O., S. 119.
2) vgl. K. Gruber, a.a.O., S. 98ff.
3) vgl. H. Koepf, a.a.O., S. 120ff.
4) vgl. G.L. von Maurer, a.a.O., S. 553.

häusern, die bei dem hanseatischen Rathaustyp durch eine abschließende Schauwand zu einer betonten Einheit zusammengefaßt werden (z.B. Lübeck nach 1300).[1] In der Folge dieser Differenzierung entstehen im 14. Jahrhundert die Kaufhäuser in Straßburg (1358), Konstanz (1388), Mainz (1317) u.a.m.; auch für die spätere Zeit sind separate Kaufhausbauten überliefert, so z.B. das Freiburgerhaus (15. Jh.), Der Aufriß der meisten Kaufhäuser entspricht den früheren Rathäusern; als zweistöckige Gebäude konzipiert, finden die groben Massenartikel in den unteren Räumen Platz, während die feineren Waren im oberen Stockwerk lagern, dessen Mitte ein großer Saal einnimmt, in dem die geschäftlichen und festlichen Versammlungen der Kaufleute stattfinden und den B. Heil als Keimzelle des modernen Börsenverkehrs bezeichnet.[2]

Doch nicht nur die Handelsbourgeoisie erhält ihr eigenes Distributionsgebäude und Versammlungshaus, sondern auch die Zünfte schaffen sich ihren Versammlungsort, das Zunfthaus. "Die Kooperation und die Zünfte wetteifern mit dem Rate in der Herstellung stattlicher Gebäude ... Jede Zunft sorgt für ihr eigenes Amtsgebäude."[3] Die ersten Zunftgebäude waren bereits mit dem sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung der Zünfte entstanden und standen im Zeichen des Kampfes um die politische Macht; sie bildeten den bualichen Ausdruck des zünftigen Selbstbewußtseins der Handwerksmeister. G.L. von Maurer spricht daher den meisten Zünften bereits im 13.Jahrhundert ein eigenes Versammlungshaus zu, z.B. in Hamburg, Augsburg, Köln, Magdeburg.[4] Mit der Spaltung der Zünfte im Zusammenhang mit der Differenzierung der Handwerke vermehren sich in vielen Städten auch die Zunfthäuser; daneben findet sich in anderen Städten ein gemeinsames Zunfthaus für die verschiedenen Genossenschaften.
All dieser Zunfthäuser spiegeln die Macht und den Reichtum der Zünfte und sind zuweilen "wahre Paläste", etwa das Zunft-

---

1) vgl. K. Gruber, a.a.O., S. 99ff.
2) vgl. B. Heil, a.a.O., S. 124ff.
3) M. Heyne, a.a.O., S. 298f.
4) vgl. G.L. von Maurer, a.a.O., S. 385f.

haus der Wollenweber in Köln; oftmals sind die Zunfthäuser befestigt (z.B. in Magdeburg), so daß sie auch einer Belagerung standhalten können. Nach Auseinandersetzungen zwischen dem Rat der Stadt und den einzelnen mächtigen Zünften kommt es nach deren Niederlage häufig zur Zerstörung des Zunfthauses, um die Macht der jeweiligen Zunft auch in ihrer bualichen Manifestation zu brechen, so z.B. 1372 das Wollenweberhaus in Köln.[1)]

Mit dem inneren Ausbau der Städte beginnt eine Zusammendrängung der Bevölkerung im Zentrum der jeweiligen Stadt, vor allem um den Marktplatz und an den Hauptverkehrsstraßen. Bis zum Ausgang des 15. Jahrhunderts wachsen hier die Häuser bis zu drei und vier Stockwerken in die Höhe, während sie in der Regel im übrigen Stadtgebiet nur ein- und zweigeschossig angelegt sind.[2)] "Zugleich werden die Höfe kleiner, die Häuser drängen sich an den Hauptverkehrsstraßen dichter zusammen, man geht im Kern der Stadt wenigstens von der extensiven zur intensiven Bebauungsweise über."[3)]

Allerdings bleibt, wie L. Mumford betont, der 'Mangel' an funktionell unterschiedenen Räumen weitgehend bestehen.[4)] Vor allem das Haus des zünftigen Handwerkers zeichnet sich überwiegend durch die Einheit von Produktion und Konsumtion aus; lediglich eine räumliche Trennung, zuweilen nach unterschiedlichen Stockwerken, ist gegeben, wobei die Produktionsräume im Erdgeschoß nicht selten dem Verkauf dienen und der Straße zugewandt sind. Das Schema vereinfacht sich mit dem Sinken der Vermögenslage, die sich auf die Lage des Gebäudes innerhalb der Stadt auswirkt, denn je niedriger die wirtschaftliche Macht und das soziale Ansehen der Zünft, je weiter rückt der Wohnplatz aus dem Zentrum an die Peripherie.[5)] Die Funktions-

---

1) vgl. G.L. von Maurer, a.a.O., S. 384ff.
2) vgl. P. Sander, a.a.O., S. 128.
3) P. Sander, a.a.O., S. 100.
4) vgl. L. Mumford, a.a.O., S. 334.
5) vgl. M. Heyne, a.a.O., S. 214 u. 224.

einheit des Gebäudes ändert sich mit dem Ausschluß der Mehrzahl der Gesellen von der Meisterschaft und der Schaffung einer Schicht lohnabhängiger Handwerker in den Städten. Der sich damit entfaltende Widerspruch ökonomischer Interessen führt in seiner entwickelten Form zu einer Separierung, zu einer räumlichen Trennung, von Wohnung und Arbeitsstätte. So stellt M. Heyne bereits im 14. Jahrhundert in den größeren Städten ein institutionell geregeltes Mietwesen fest.[1)]

---

1) vgl. M. Heyne, a.a.O., S. 287.

b) Die Mietwohnung als Abbild der beginnenden Ausbeutung in der einfachen Warenproduktion

Während im 15. Jahrhundert Gesellen bevorzugter Gewerbe aufgrund der guten Konjunktur in der Lage sind, von ihrem Lohn die Miete für ein bescheidenes Zinshaus aufzubringen[1], sind sie zu Beginn des 16. Jahrhunderts gezwungen, in Mehrfamilienhäusern zur Miete zu wohnen.[2] Zuvor gab es zwar auch Wohngebäude in der Stadt, die nicht für den eigenen Bedarf des Bauherrn errichtet wurden, sondern hauptsächlich der städtischen und privaten Sozialfürsorge entsprangen oder der Versorgung von nicht grunderwerbsberechtigten Personen mit Wohnraum, z.B. für Juden, oder aber als Dienstwohnungen dienten; Miethäuser als Geldanlageobjekte bilden jedoch die Ausnahme.
Die Mitwohnungen treten vor Ausgang des Mittelalters noch nicht in separaten Wohnvierteln in Erscheinung, sondern verstecken sich meist in den Höfen der Bürgerbauten, die, mit dem Ausbau der Stadt, als Baugrund genutzt werden.

Eine soziale Umschichtung in größerem Rahmen erfolgt mit dem Aufkommen des Verlages, besonders im wichtigsten Gewerbezweig des Mittelalters, der Weberei, die zumeist nichtzünftiger Natur, der Unterordnung unter das Kaufmannskapital keine wesentlichen Beschränkungen entgegensetzt. Den Zusammenhang zwischen Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft und des zu zahlenden Lohnes kalkulierend, beginnen frühkapitalistische Unternehmer mit der Errichtung von Miethäusern, um "durch Zurverfügungstellen billiger Wohnungen letzten Endes die Entstehungskosten des verlegten Artikels zu senken."[3] Daß damit gleichzeitig eine größere Abhängigkeit von dem Unter-

---

1) vgl. L. Mumford, a.a.O., S. 303.

2) vgl. W. Zorn: Sozialgeschichte 1500-1648. In: H. Aubin/ W. Zorn (Hrsg.), Handbuch für deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Bd. 1, Stuttgart 1971, S. 336.

3) R. Spörhase: Wohnungsunternehmungen im Wandel der Zeit. Hamburg 1947, S. 11.

nehmer eintritt, versteht sich von selbst, verliert der Handwerker im Falle seiner Unbotmäßigkeit nicht nur die Beschäftigung, sondern auch die Wohnung. Wenn die Arbeit des Handwerkers für verschiedene Verlage zuvor die Regel war, so wird er jetzt an das eine Unternehmenskapital, an einen Verlag gebunden.

Auf unternehmerischer Basis entstehen z.B. um 1500 am Maxtor in Nürnberg sieben Zeilen zweistöckiger Wohnhäuser gleichen Typs, mit einer Werkstatt und einem Lager am Ende jeder Zeile. Dagegen stiftet J. Fugger in Augsburg 1511 die 1523 fertiggestellte Fuggerei, eine Wohnsiedlung in der Jakobervorstadt mit sechs Wohnstraßen, eigener Kirche und eigenem Verwaltungshaus. Während K. Gruber, wie andere bürgerlichen Autoren, den sozialfürsorglichen Charakter der fuggerschen Kleinwohnungssiedlung hervorhebt[1], widerlegt die Praxis den karitativen Schein. Zwar wird die Unterbringung minderbemittelter Mitbürger in der Stiftungsurkunde als Zweck der Siedlung genannt, bewohnt werden die Wohnungen aber zum überwiegenden Teil von pensionierten Heimarbeitern, vor allem älteren Webern, des fuggerschen Unternehmens selbst.[2] Die Armen also, denen die fuggersche 'Sozialfürsorge' gilt, sind das Produkt der Ausbeutung durch den vermeintlichen Wohltäter.[3] Neben dem Moment der Unterbringung von Pensinären kann der Fuggerei eine propagandistische Seite nicht abgesprochen werden, belegt man doch hier ein vermeintlich sozialfürsorgerisches Werk mit einem Namen, den z.B. U. von Hutten zur Beschreibung der Monopolwirtschaft, des Wuchers und der Bodenspekulation verwendet.[4] Unbeabsichtigt kommt in der Namensidentität der wahre Charakter der Siedlung zum Ausdruck.
Mit dieser unternehmerischen Bautätigkeit, die bereits auf

---

1) vgl. K. Gruber, a.a.O., S. 92.

2) vgl. R. Spörhase, a.a.O., S. 11ff.

3) "Eine ganz geringe Miete sollte ihnen das Gefühl der Selbständigkeit geben; dafür übernahmen sie die Verpflichtung, für das Seelenheil des Stifters, seiner Voreltern und Nachkommen täglich zu beten."
H. Hausherr: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit. Köln/Wien 1970, S. 75.

4) vgl. A. Hauser, a.a.O., S. 392.

die Werkswohnungen des 19. und 20. Jahrhunderts verweist, halten die ersten zweigeschossigen Zeilen- und Reihenhäuser Einzug in die mittelalterliche Stadt und mit ihnen getypte Wohnungen, einheitliche Fassaden und gleicher Grundriß. Damit geht die Individualität der einzelnen Wohnhäuser, die durch die Verwendung des gleichen gotischen Stils zu einer Gemeinschaft verbunden sind, verloren, während sich gleichzeitig durch den Unterschied im Baustil zwischen Bürgerhaus und Miethaus eine soziale Differenzierung ausdrückt, die aus der aufkeimenden Klassentrennung innerhalb des Bürgertums geboren ist. Bereits in ihren Kinderschuhen führt die kapitalistische Produktionsweise zur Entfremdung im Wohnungsbau. Die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln und von ihren Produkten findet ihren städtebaulichen Ausdruck in der Mietwohnung, die ihnen wie die Produkte ihrer Arbeit als Ware gegenübertritt, für sie Gebrauchswert, für den Hausbesitzer aber in der Konsumtion des Gebrauchswertes Quelle von Profit. Als Ware beginnt die Wohnung sich gegenüber dem Menschen zu verselbständigen und ihn zu beherrschen: die Mietwohnung wird zum Fetisch[1], eine Entwicklung, die nicht national begrenzt ist, denn in allen europäischen Ländern bildet sich mit der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeitskraft das Mietwesen heraus, das bereits in seinen Anfängen in der spätmittelalterlichen Stadt die Keime einer späteren Entwicklung aufweist: intensive Raumnutzung mit einem Minimum an öffentlichen Kommunikationsräumen und Uniformität des baulichen Ausdrucks.[2] Überall wird die Mietwohnung mit ihrem Auftreten zu einem Indikator einer beginnenden Klassenspaltung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und damit zum Gradmesser kapitalistischer Ausbeutung.

---

1) Zum Begriff des Warenfetischismus
vgl. K. Marx: Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis. In: derselbe, Das Kapital Bd. 1, a.a.O., S. 23.
Zum Warencharakter der Wohnung
vgl. F. Engels: Zur Wohnungsfrage. In: MEW Bd.18, S. 214ff.

2) vgl. L. Mumford, a.a.O.,S. 502f.

II. Stadtentwicklung im Zeichen territorialfürstlicher Macht

1. Frühkapitalistische Produktionsweise, territoriale Konsolidierung und Stadtentwicklung

Das Auftreten des Miethauses kündet eine neue Epoche städtischer Entwicklung an. Die einfache Warenproduktion in den Städten wirft mehr Probleme auf, als sie zu lösen in der Lage ist. Die Besitzverteilung in den mittelalterlichen Städten gibt darüber Aufschluß: "Soweit Angaben vorhanden sind, scheint der überwiegend größere Teil der Vermögen einer kleinen Bevölkerungsschicht gehört zu haben. Der Mittelstand muß dagegen dem Besitze nach wohl einen nur unbeträchtlichen Umfang aufgewiesen haben, während die Zahl derjenigen, die ein nur geringes Vermögen oder überhaupt vermögenslos waren, recht groß erscheint. In Basel, Zürich, Freiburg i. Ue., Köln, Frankfurt M, Ravensburg, Esslingen, Dresden, Mühlhausen i. Th. waren ein Fünftel bis zwei Fünftel der Einwohnerschaft ganz vermögenslos, in Augsburg machten die Besitzlosen sogar 2/3 aus, in Ypern kam auf je 10 Personen eine, die der öffentlichen Mildtätigkeit zur Last fiel; diese Durchschnittszahl gilt auch für die Brabanter Städte."[1] Mit der Ausbildung des Kredit- und Bankwesens hatte die Herrschaft der Nichtproduzenten, der Kaufleute, über die Produzenten, die Handwerker, ihren ökonomischen, in der privaten Handelsbank und im Kaufhaus ihren architektonischen Ausdruck gefunden. War das Geld "der große politische Gleichmachungshobel der Bürgerschaft"[2], der zu Beginn der städtischen Entwicklung, indem er alle Naturalleistungen in Geldleistungen verwandelte, das feudale Verhältnis durch ein bürgerliches ersetzte, so wird es in der Hand des Wucherers zum Zerstörer der vorkapitalistischen Produktionsweise, indem dieser in der Ausbeutung einer gegebenen Produktionsweise deren Eigentumsformen zerstört und

---

1) J. Kulischer, a.a.O., S. 175.

2) F. Engels: Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie. In: MEW Bd. 21, S. 394.

damit gleichzeitig die ökonomische Basis der politischen Gliederung der mittelalterlichen Stadt.[1)]

Die städtische Wirtschaftspolitik mit ihrer Reglementierung der Produktion und ihrer Monopolisierung der Interessen einzelner Zünfte wird in einer Zeit des wachsenden Konsumbedarfs der Fürsten zur Fessel für eine Produktion auf höherer Stufe. Neue Produktionsmethoden im Bergbau steigern die Erzförderung und Salzgewinnung; dadurch fließen dem Landesherrn als Inhaber des Münz- und Bergregals erhebliche Mittel zu, nicht zuletzt in der Form von Münzsilber. Der gleichzeitige Beginn territorialen Ausbaus auf zentralisierter Basis, mit Hof, Verwaltung und stehendem Heer, führt in den Städten zu einer Absatzbelebung für gewerbliche Produkte und Handelswaren, die von der seit 1470 wieder stark wachsenden Bevölkerung mitgetragen wird. Zum Teil entstehen unter Aushöhlung der Zunftgesetze größere Betriebseinheiten. Vor allem in Oberdeutschland bildet sich im Textilgewerbe infolge hoher Rohstoffkosten das Verlagssystem heraus; nicht nur die Produkte städtischer, sondern auch die ländlicher Weber werden von einem Großkaufmann oder einer Handelsgesellschaft aufgekauft und abgesetzt, so daß die Produzenten immer mehr in die Abhängigkeit und unter die Kontrolle dieser Verleger geraten.[2)]

Die Konservativität der zünftigen Produktionsweise wird immer mehr durchbrochen; vor allem im metallverarbeitenden Gewerbe werden neue Produktionsmittel entwickelt und zwar nicht nur auf regionaler, sondern auch auf überregionaler Ebene. Mechaniker in fürstlichem oder städtischem Auftragsverhältnis erproben neue Produktionsmethoden. Einen starken Impuls erhält diese Entwicklung durch das Aufkommen der Feuerwaffen.[3)]

---

1) vgl. K. Marx, Das Kapital Bd. 3, a.a.O., S. 607ff.

2) vgl. H. Mottek, a.a.O., S. 196ff.

3) vgl. R. Sprandel: Gewerbe und Handel 1350-1500. In: H. Aubin/W. Zorn (Hrsg.), Handbuch der deutschen Wirtschaft und Sozialgeschichte Bd. 1, Stuttgart 1971, S. 336.

Am schnellsten entwickelt sich die Bergbautechnik und die Erzverhüttung durch neue Technologie, Wind- und Wasserkraftmaschinen. Mit Wasserkraft betriebene Pumpen ermöglichen eine Ausbeute tiefer gelegener Erzvorkommen. Als Folge des Anstiegs der Technologie erhöhen sich notwendig die Investitionen der Produktionsmittel und damit die organische Zusammensetzung des Kapitals. Der zuvor genossenschaftlich betriebene Erzbergbau gerät unter den Einfluß kapitalkräftiger Kaufleute und Fürsten, die die Genossenschaftsanteile der einzelnen Bergleute, der Gewerke, aufkaufen. Diese Anteile, sogenannte Kuxen, werden bald regelrecht gehandelt und stellen insofern m.E. eine Vorform späterer Aktien dar.

Die Notwendigkeit zu arbeitsteiliger Kooperation in den Bergwerken und Hütten führt in der Spezialisierung schon bald zu manufakturmäßiger Organisation der Arbeit. Es kommt zu einer Differenzierung zwischen den ungelernten Arbeitern und den gelernten, den Knappen. Der Ausdruck 'Arbeiter' entstammt schon dem Umkreis der Montanindustrie des ausgehenden Mittelalters und bezeichnet eine "neue soziale Schicht von ihrem Wochenlohn lebender, besitzloser Lohnarbeiter, wie sie in der Menge und charakteristischen Eigenart noch nicht vorhanden war."[1] Die Montanbezirke in den sächsischen, böhmischen, ungarischen, vor allem aber in den Tiroler Gebieten weisen erhebliche Arbeitermassierungen auf, verständlich, wenn man bedenkt, daß 1532 im Falkensteiner Tiefbau 500-600 Arbeiter zur Entwässerung der Gruben eingesetzt sind und 7 000 Knappen um die Mitte des Jahrhunderts im Abbau.
Das 16. Jahrhundert ist gekennzeichnet von einer weitverzweigten Montanindustrie mit regionaler Arbeitsteilung zwischen einzelnen Gebieten; wichtige Gebiete der Eisenerzeugung sind vor allem das Siegerland, Thüringen (Schmalkalden), der Harz und der Oberharz und die Oberpfalz. Der Gesamtumfang der jährlichen Eisenerzeugung wird auf 30 000 Tonnen geschätzt; Deutschland ist damit wichtigster europäischer Eisenproduzent. Die Ortsgebundenheit der Gruben, die

---

1) F. Schnellbögl zit. nach H. Kellenbenz: Gewerbe und Handel 1500-1648. In: H. Aubin/W. Zorn (Hrsg.), a.a.O., S. 421.

Abhängigkeit der Hütten von Brennmaterial und die Abhängigkeit beider von Wind- oder Wasserkraft läßt die bestehenden Städte als wenig geeignete Standorte erscheinen. Doch nicht nur von der Naturabhängigkeit, sondern auch von der Rechtsform her ist der Bergbau Landgewerbe, sind doch die Bergrechte feudales Regal, das zur Ausbeutung den Bergleuten gegen Abgabe (Bergzehnt) gewährt wird. Die frühen Bergwerksgemeinden sind daher dörfliche Gebilde.

Technische Fortschritte in der Erzgewinnung und -verarbeitung steigern die Produktion und mit ihr die Beschäftigtenzahlen. Die Deckung des Wohnungsbedarfs sprengt notwendig den dörflichen Rahmen. Mit der Häufung der Neugründungen tritt 1520/30 die Bergstadt hervor.[1] "Die große Zahl der "Bergstädte" und der Gewerbezentren in den Tälern und am Rande der Mittelgebirge schuf jedoch Kristallisationskerne wirtschaftlicher Arbeitsteilung und sozialer Differenzierung, die eine städtische Entwicklung einzuteilen vermochten, ohne sie jedoch zu determinieren."[2] Der Beginn der frühkapitalistischen Manufakturperiode ist gekennzeichnet durch die Gründung von zahlreichen Bergstädten in der Nähe der Produktionsstätten, von denen hier nur die Städte Wildemann (1529), Zellerfeld und Lauthental (1532) genannt seien.

Die angeführten Beschäftigtenzahlen der Lohnarbeiter verweisen auf ein allgemeines Mietwesen in den Montanorten als vorherrschende Art der Wohnungsversorgung. Da die Produktionsverhältnisse überall die gleichen Widersprüche in der Produktions- wie Reproduktionssphäre schaffen, sind bereits in diesen Städten Fronarbeit, Kinderarbeit und Wohnungsnot die Regel.[3]

Im Gegensatz zur mittelalterlichen Wirtschaft wird die Eisengewinnung und -verarbeitung Grundlage der Wirtschaft des 16. Jahrhunderts und verweist das im 14. u. 15. Jahrhundert führende Textilgewerbe auf den zweiten Rang.[4] Gleichzeitig führen

---

1) vgl. W. Zorn, Sozialgeschichte 1500-1648, a.a.O., S. 481.

2) P. Schöller, a.a.O., S. 49.

3) vgl. H. Kellenbenz: Gewerbe und Handel 1500-1648. In: H. Aubin/W. Zorn (Hrsg.), a.a.O., S. 421.

4) vgl. H. Kellenbenz, a.a.O., S. 414ff.

die Entdeckungen mit der Kolonialisierung der Gebiete zu einer Ausweitung der Handelsbeziehungen und zu einer relativen Umorientierung der Handelsstraßen vom Mittelmeer an den Atlantik, zunächst nach Spanien und Portugal, später nach Holland und Frankreich. "Welthandel und Weltmarkt eröffnen im 16. Jahrhundert die moderne Lebensgeschichte des Kapitals."[1)]

Die qualitative Überwindung der einfachen Warenproduktion durch die aufkeimende kapitalistische Produktionsweise verändert nicht nur die Wirtschaftstätigkeit, sondern drückt auch neben der Neugründung von Bergstädten oder deren Ausbau dem Stadtbild der Handel- und Gewerbestädte ihren Stempel auf und zwar in dem Maße, wie auf der Grundlage der sich neu entwickelnden Produktionsweise - Manufaktur und Verlag - die sozialen Verhältnisse in der Städt verändern als Folge der sich wandelnden ökonomischen Machtverhältnisse. Da wesentlich individuelle Unternehmer, bürgerliche und fürstliche Geldkapitalisten, in der Umsetzung ihres Geldkapitals in Produktivkapital durch Investition in Arbeitskraft und Produktionsmittel zu Nutznießern des ökonomischen Fortschritts werden, trägt auch die beginnende umfangreiche Bautätigkeit individuelle Ausprägung: das einzelne Wohnhaus des jeweiligen Reichen wird zum wichtigsten Bautyp. Dabei dient die Bautätigkeit in den wirtschaftlich fortgeschritteneren oberitalienischen Städten als Vorbild.

Wurde in der italienischen Renaissance das Wohnhaus des reichen Unternehmers und Kaufmanns zur beherrschenden Bauaufgabe, so gilt diese Entwicklung in Deutschland nicht nur für diese bürgerlichen Reichen, sondern in stärkerem Maße für die Wohnhäuser der landesherrlichen Fürsten, die Schlösser.[2)] Die übernommenen Stilelemente künden vom Selbstwertgefühl einer Klasse, die ihre eigene Herrschaft baulich mit den

---

1) K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, a.a.O., S. 161.
2) vgl. H. Koepf, a.a.O., S. 140ff.

antiken Herrschaftsformen zu verbinden sucht, um sich in der Zeit des Humanismus einer entsprechenden kulturellen Tradition und Legitimation zu versichern. Zwar hört die Bautätigkeit im Stil der Gotik nicht auf, ebensowenig wie die zünftige Warenproduktion verschwindet, sondern es kommt vor allem in den oberdeutschen und rheinischen Reichsstädten zu einer Blüte, die in ihrer Intensität wie eine letzte Demonstration mittelalterlich städtischer Macht gegenüber der sich entwickelnden Macht der fürstlichen Territorien erscheint. Die Renaissancearchitektur leitet zu einer neuen Qualität der baulichen Aussage über, indem sie deren bisherige kulturelle Einheit negiert. Im Mittelalter ist die Gotik einheitlicher architektonischer Ausdruck der verschiedenen Lebensbereiche; Wohnarchitektur als Volksbau und herrschaftliche Monumentalbaukunst geistlicher wie weltlicher, bürgerlicher wie feudaler Institutionen bedienen sich der gleichen Formensprache in der Phase bürgerlicher Stadtherrschaft. Die Renaissancearchitektur hingegen ist nicht nur gekennzeichnet durch die Anwendung der Monumentalbaukunst auf dem Wohnungsbau der sich herausbildenden ökonomischen und politischen Herrschaft, sondern gleichzeitig durch die stilistische Trennung dieses Wohnbaus vom übrigen Volksbau.[1] Exklusivität und Monumentalität werden zum Charakteristikum dieses Herrschaftsstils.

Während die gotische Formensprache als Ausdrucksstil des mittelalterlichen Bürgertums in ihrer Allgemeinheit konkret kommunizierbar ist[2], verwandelt die neue Formensprache das Bauwerk "in eine abstrakte Welt für sich, von der Natur

---

1) vgl. N. Brunow: Entwicklungsetappen der Architektur. Dresden 1972, S. 346f.

2) Auf die Unterschiede zwischen den einzelnen regionalen Wohnhausbauten kann hier nicht eingegangen werden. Die Unterschiede gehen nach W. Hellpach wesentlich auf stammesgeschichtliche Eigenart zurück, wie sie sich aus der Verwandtschaft zwischen ländlicher und städtischer Wohnhausarchitektur ergibt. Allerdings sind die stammesgeschichtlichen Grundlagen keine unveränderlichen Konstanten, sondern unterliegen den verschiedensten Einflüssen und wirken selber wieder zurück auf das Baugeschehen.
Zur regionalen Eigenart des Wohnungsbaus.
vgl. R. Schöller, a.a.O., S. 39ff.

losgelöst und beherrscht von einem neuen Menschentyp, für den eine einseitige Entwicklung der rationellen Seite seines Wesens charakteristisch ist."[1] Die Entfremdung zwischen der Formensprache des Volkes und der herrschaftlichen Architektur der Renaissance mystifiziert den Herrschaftsbereich, so wie die Ware die Herrschaft des Kapitals mystifiziert. Der Renaissancebau wird zum Demonstrationsobjekt herrschaftlicher Potenz des freien, selbstbewußten Individuums, das den gesellschaftlichen Zusammenhang des mittelalterlich städtischen Lebens, die Gemeinschaft der Produzenten und Kaufleute, durchbrochen hat. Die Indivudualität widerspiegelt sich noch in der Selbständigkeit der Teile; innerhalb der Monumentalität des Einzelbauwerkes ist die Totalität der Stilmittel nichts als eine Summe, die Totalität von Einzelheiten.[2]

Die Trennung in der baulichen Ausdrucksweise zeigt sich nicht nur in den architektonischen Produkten, sondern auch in der Struktur des Bauhandwerks selbst. Die Bauhütte als einheitliches Kollektiv, in dem Bau- und Werkmeister als primus inter pares das von der Kirchenbehörde entworfene Bauprogramm überwachten, als Produktionskooperation zur Errichtung gotischer Monumentalbauten verschwindet und mit ihr die Form des anonymen künstlerischen Schaffens, beruhend auf der restlosen Vereinheitlichung der individuellen Leistung in der Unterordnung unter die vorgegebene Bauaufgabe. Im Gegensatz dazu treten in der Renaissancearchitektur "bedeutende schöpferische Persönlichkeiten hervor, deren Werke stark ausgeprägte individuelle Züge aufweisen."[3] Die künstlerische Persönlichkeit tritt als theoretisch versierter Architekt oder Festungsingenieur hervor und erhebt sich über die praktische Tätigkeit der Bauausführung: die geistige Arbeit beginnt die körperliche zu beherrschen. Kunst als Produkt frei schwebender

---

1) N. Brunow, a.a.O., S. 347.

2) vgl. A. Hauser: Sozialgeschichte der Kunst und Literatur. Ungekürzte Sonderausgabe in einem Band. München 1972, S. 461. (zit. als A. Hauser, Sonderausgabe, a.a.O.)

3) N. Brunow, a.a.O., S. 202 u. vgl. auch H. Kellenbenz, a.a.O., S. 429.

Individualität, als eistiges Eigentum des Genies[1] - diese Auffassung kann sich erst durchsetzen, indem die Theorie ihre eigene Herkunft aus der gesellschaftlichen Praxis verleugnet, dem Geistesarbeiter als Produkt geistiger Potenz erscheint. Der Renaissancestil tritt auf einer ganz bestimmten Stufe der ökonomischen und sozialen Entwicklung hervor: mit der Entfaltung der frühkapitalistischen Ordnung.[2]

Wie im Mittelalter Stilwandlungen als kulturelles Ergebnis ganz bestimmter revolutionärer Prozesse, als Folge ganz bestimmter Veränderungen der Herrschaftsverhältnisse in Erscheinung treten, so ist auch das Auftreten des Renaissancestils von einer revolutionären gesellschaftlichen Bewegung begleitet, die für die folgende Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist: dem Bauernaufstand. In den Städten stellt sich diese soziale Bewegung, die den Klassenauseinandersetzungen zwischen dem herrschenden Feudaladel und den von diesem ausgebeuteten Bauern entspringt, in der Beteiligung der Bürger, hauptsächlich der mittleren und unteren Schichten des Bürgertums, als "frühbürgerliche Revolution" dar.[3] Der progressive, revolutionäre Charakter

---

1) vgl. A. Hauser, Sonderausgabe, a.a.O., S. 348f.

2) vgl. R.B. Johansen, a.a.O., S. 152.

3) "Das Erstarken des städtischen Bürgertums auf der Grundlage der frühkapitalistischen Entwicklung und sein Bestreben, sich immer stärker von der feudalen Abhängigkeit zu befreien, die heldenhaften Kämpfe der Bauern, die im Großen Bauernkrieg ihren Höhepunkt fanden, und der Kampf zahlreicher Schichten, um sich gegen die immer stärkere Ausplünderung durch die größten Feudalherrn, die katholische Kirche unter der Leitung des Papstes in Rom, zu wehren - all diese Bestrebungen, so verschiedene Nyancierungen sie auch aufwiesen, waren Bestandteile einer großen Bewegung, die ihrem historischen Charakter nach als eine frühe Form der bürgerlichen Revolution einzuschätzen ist."
W. Jonas/V. Linsbauer/H. Marx: Die Produktivkräfte in der Geschichte I. Berlin 1969, S. 180.
Auch F. Lütge weist unter Betonung der Beteiligung bürgerlicher Schichten an den Kämpfen darauf hin, daß die Bezeichnung 'Bauernkrieg' für die sich abspielenden Auseinandersetzungen unvollständig sei.
vgl. F. Lütge: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Berlin/Heidelberg/New York ^{3}1966, S. 221.
Zum bürgerlich-revolutionären Charakter des Bauernkrieges vgl. F. Engels: Der deutsche Bauernkrieg. In: MEW Bd.7, passim.

dieser Bewegung liegt in dem Ziel der Beseitigung des feudalen Eigentums durch die Verwandlung des feudalen Besitzverhältnisses an Grund und Boden in ein kapitalistisches als Voraussetzung kapitalistischer Bodennutzung, deren Konsequenz die Sprengung des gesamten Feudalsystems letztlich gewesen wäre.[1] Insofern weist die Bewegung bereits über die einfache Warenproduktion hinaus auf die sich entwickelnde kapitalistische Produktionsweise. Andererseits besteht die Interessenidentität zwischen Bürger und Bauer in der Beseitigung der feudalen Fesseln der Produktionsweise und des Verkehrs, wie sie sich aus der Organisation der feudalen Herrschaft ergeben. Explizit wird diese Interessenidentität in den Forderungen des Bundschuhs, wie sie im Heilbronner Programm formuliert sind; unter anderem wird hier gefordert, die Binnenzölle abzuschaffen und ein nationales Maß-, Gewichts- und Münzsystem einzuführen.[2]

Ohne im einzelnen auf die verschiedenen Phasen der frühbürgerlichen Revolution eingehen zu wollen, sind zwei Momente für den Verlauf als entscheidend hervorzuheben: zum einen das Bündnis zwischen Bauern und Bürgern, zum anderen die Durchdringung von revolutionärer Bewegung und Reformation zu einem einheitlichen revolutionären Prozeß.[3]
Der Erfolg dieser Revolution, die die Beseitigung der feudalen Fesseln auf dem Lande und in der Stadt zum Ziel hat, infolge der religiösen Überformung und Prägung des mittelalterlichen Lebens aber notwendig religiöse Erscheinungsform annehmen muß, ist wesentlich abhängig von der Geschlossenheit des antifeudalen Bündnisses zwischen dem Bürgertum und den Bauern. Denn, obschon die ökonomischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche bürgerlich-demokratische Revolution zur Überwindung der feudalen Herrschaft gegeben sind, muß die Bewegung in dem Moment scheitern, wo das Bürgertum selbst sich nicht

---

1) vgl. K.A. Wittfogel, a.a.O., S. 161.

2) vgl. H. Mottek, a.a.O., S. 239.

3) vgl. M. Steinmetz: Reformation und Bauernkrieg. In: W. Berthold u.a. (Hrsg.), Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Handbuch, Köln 1970, S. 132.

zu einer einheitlichen Front gegen den großen Feudaladel formiert. Die Spaltung zwischen den Vertretern der einfachen Warenproduktion und den jungen kapitalistischen Unternehmern, die die fortschrittliche und ökonomisch stärkste Potenz in den Städten darstellen, besiegelt das Scheitern in dem Moment, wo letztere die Reaktion der deudalen Großen finanzieren (z.B. Fugger), während die ersteren zögern, und nur die Unterprivilegierten in den einzelnen Städten, die städtischen Plebejer, sich an den blutigen Auseinandersetzungen beteiligen.[1)]

Das für die Städte, für die bürgerliche Herrschaft, wesentliche und verhängnisvolle Resultat des Sieges der feudalen Reaktion liegt zum einen in dem Weiterbestehen, ja in der Festigung der feudalen Herrschaftsverfassung, die sich in territorialer Abgeschlossenheit absolut entfaltet, und zum anderen in der damit beginnenden nationalen Zersplitterung Deutschlands, die eine einheitliche wirtschaftliche und politische Entwicklung unterbindet und das Reichsgebiet wirtschaftlich und politisch den Interessen der sich in allen Teilen Europas konstituierenden Nationalstaaten ausliefert.
Die politische Entwicklung wirkt zurück auf die Zentren der einfachen Warenproduktion, vor allem auf die politisch selbständigen freien Reichsstädte. Im Zuge der Konsolidierung der landesherrlichen Territorien werden die Städte, die auf das Land als Lebensmittelproduzent und Konsument handwerklicher Erzeugnisse angewiesen sind, und die im Lauf des Mittelalters ihren politischen wie ökonomischen Machtbereich mehr oder weniger stark auf das umliegende flache Land ausweiten konnten und so Ansätze zu Stadtrepubliken entwickelten, von eben diesem lebenswichtigen Gebiet immer mehr abgeschlossen. War die Stadtmauer im Mittelalter sichtbarer Ausdruck der Begrenzung der einfachen Warenproduktion, aber keineswegs des städtischen Machtbereiches, so wird die Mauer jetzt Abbild der wirtschaftlichen und politischen Einschnürung der

---

1) vgl. B. Frei: Besprechung zu M. Bensing: Thomas Münzer und der Thüringische Aufstand 1525. In: Das Argument 70, Sonderband, Berlin 1972, S. 268.

Städte, ein Vorgang, der durch die mit dem Aufkommen der Feuerwaffen und mauerbrechenden Geschütze verbundene Entwicklung der Bastionsbefestigung im optischen Eindruck noch verstärkt wird, wirkt diese doch wie eine Einigelung gegenüber einem überlegenen Gegner, gegen den sich zu wehren man alle Kräfte zu mobilisieren hat.

Lediglich die großen Fernhandelsstädte, wie Augsburg, Nürnberg, Köln, Bremen, Hamburg, Lübeck, Leipzig etc. können ihre Stellung aufgrund ihrer ökonomischen Potenz und der fürstlichen Abhängigkeit von den Krediten der reichen Unternehmer gegenüber dem einzelnen Landesherrn behaupten. Als politischer Machtfaktor auf Reichsebene, wie er in der Organisierung bürgerlicher Interessen in den Städtebünden und der Berufung in die Reichsstände seinen Ausdruck fand, verlieren die Städte gegenüber den Fürsten an Substanz, treten nur noch als Vertreter ihrer individuellen Interessen gegenüber den feudalen Großen und gegeneinander auf. Innerhalb der Reichsstände zeugt die Entmündigung des Bürgertums als Stand von den sich wandelnden Herrschaftsverhältnissen.[1)]

Diese machtpolitische Auseinandersetzung zwischen Städten und Fürsten, die letztere für sich entscheiden, ist Ausruck der ökonomischen und sozialen Entwicklung. So sind die überregional orientierten Handelshäuser, wie Fugger, Welser, Höchststätter, Paumgartner u.a.m., schon längst zur Sicherung ihres Handels und zum Erwerb profitabler Privilegien - vor allem des Berg- und Münzregals - mit den großen Territorialherren in enge Beziehung getreten, haben in Wahrung des eigenen Profitinteresses ihr bürgerliches Klasseninteresse 'verkauft'. Sie dienen den Fürsten als Geldgeber zum Ausbau territorialer Macht, denn auch "die Fürsten Nordeuropas erfaßten sehr

---

1) Bereits auf dem Reichstag zu Worms 1521 ist die Macht der Bürgerklasse soweit gesunken, daß die Fürsten einen Reichsbeschluß durchsetzen können, in dem es heißt: "die Städte hätten am Reichstag niemals wie die Fürsten bestimmt, seien sie hie und da in Ausschüsse gekommen, so sei das nicht auf Grund eines Stimmrechtes geschehen, sondern aus gnädigem und günstigem Willen und mehrmals aus Mangel anderer Personen."
K. Lamprecht: Deutsche Geschichte Bd. 5. 1. Berlin 1921, S. 337f.

schnell den Vorteil, der sich ihnen bot, mit der neuen Bourgeoisie ein Bündnis zu schließen, um die Macht des Feudaladels (d.h. der Ritterschaft R.G.) zu brechen."[1] K.A. Wittfogel weist diese Erscheinung als gesamteuropäisches Phänomen nach, des jedoch außerhalb Deutschlands als Verbindung von kapitalistischem Unternehmer und königlichem Feudalherrn in Erscheinung tritt und charakterisiert dieses Verhältnis als "historische Ehe zwischen Kapital und Krone".[2] Die Verbindung beschränkt sich nicht nur auf das Unternehmer- und Kaufmannskapital, sondern erstreckt sich auf das Wucherkapital; der Hofjude tritt vor allem in den ökonomisch unterentwickelten Territorien, wie z.B. Brandenburg, früh als Kreditgeber auf.[3]

Durch die Spaltung des Bürgertums in frühkapitalistische Unternehmer, die auf der Grundlage von Verlag und Manufaktur die Arbeitskraft als Ware ausbeuten, und zünftiges Handwerk, das der einfachen Warenproduktion verpflichtet, die tradierten städtischen Herrschaftsformen vertritt, muß die Stadt notwendig an politischer Macht gegenüber dem Fürsten einbüßen. Die Ehe zwischen Kapital und territorialer Herrschaft ist geschuldet den Erfordernissen der frühen kapitalistischen Produktionsweise, deren Entwicklung innerhalb der Stadt die Konservativität der Zunftverfassung entstehen läßt, die sich in der Regel nur unter dem Schutz eines starken Territorialherren auf dem Lande entwickeln kann. Folglich nimmt die kapitalistische Produktionsweise im 16. Jahrhundert den Weg ihrer Machtentfaltung über die ländliche Industrie.[4]

Allerdings bleibt der Kredit des Kapitalisten nicht die einzige Basis territorialer Herrschaftsausdehnung, wenngleich sie

---

1) R.B. Johanson, a.a.O., S. 158.

2) K.A. Wittfogel, a.a.O., S. 185.
Diese 'Ehe' motiviert H. Pirenne mit dem Schutzbedürfnis der Besitzenden, die infolge der sozialen Unruhen und "kommunistischen Tendenzen" unter den Schutz und Schirm des Souveräns flüchten.
vgl. H. Pirenne, a.a.O., S. 206f.

3) vgl. H. Kotschenreuther: Kleine Geschichte Berlins. Berlin 1967, S. 37.

4) vgl. H. Pirenne, a.a.O., S. 206f.

die wohl wichtigste gewesen sein mag. Der Wandel der Herrschaftsverhältnisse zwischen Stadt und Land, zwischen einfacher Warenproduktion und feudaler Grundherrschaft findet seine ökonomische Grundlage auch darin, daß seit dem 16. Jahrhundert nicht mehr die Stadt das Land ökonomisch auszubeuten vermag, sondern im Gegensatz das Land die Stadt auszubeuten beginnt. Die Goldeinfuhr aus Amerika und der Bevölkerungsanstieg in den Städten lassen die Preise für Lebensmittel gegenüber den Gewerbeprodukten überproportional steigen; nicht die Bauern, deren Besitz nicht selten bis zu 2/3 des Rohertrages belastet ist, sind die Nutznießer dieser Entwicklung, sondern die von den bäuerlichen Abgaben und Dienstleistungen Profitierenden: "Grund- und Landesherren, landbesitzende Bürger, Städte und die Kirche vom einfachen Priester bis hinauf zum Papst in Rom."[1] Eine weitere in ihrer ökonomischen Bedeutung nicht zu unterschätzende Quelle fürstlichen Reichtums ist die Konversion zum evangelischen Bekenntnis, ermöglicht diese doch den Einzug des Grundbesitzes der katholischen Kirche. Mit dem Glaubenswechsel der Fürsten vollzieht sich in den Territorien überall die Säkularisierung des kirchlichen Grundeigentums.[2] Wo die aufgezählten Möglichkeiten nur teilweise anwendbar sind und zur Finanzierung nicht ausreichen, ist auch der unverholene Raub nicht verpönt. Der Markgraf von Brandenburg, Joachim II, löst beispielsweise seine Finanzprobleme durch den sog. "Einfall",der darin besteht, den reichen Bürgern Berlins Wertsachen und Geld aus den Häusern zu holen, ohne die Rückzahlung auch nur in Aussicht zu stellen.[3]

Die Ausweitung der ökonomischen Macht dient den großen und kleinen Feudalherren hauptsächlich zu einer Steigerung ihres Aufwands für die Hofhaltung, aber gleichzeitig auch der Entfaltung der Territorialstaaten mit dem Ausbau von Verwaltung

---

1) W. Abel: Landwirtschaft 1500-1648. In: H. Aubin/W. Zorn (Hrsg.), a.a.O., S. 404.

2) vgl. H. Mottek, a.a.O., S. 318f.

3) vgl. H. Kotschenreuther, a.a.O., S. 36f.

und Heer. Zum Verbrauch im engeren Sinne, für den Hof, gesellt sich das Bauwesen; davon zeugen die zahlreichen Schloßbauten, z.B. die prächtigen Renaissanceschlösser des niedersächsischen Adels.[1] Der große Feudaladel als Träger der territorialen Entwicklung hingegen verstädtert, konnte doch "der Platz dauernder Herrschaftsausübung nur die Stadt sein."[2] Die wachsende fürstliche Macht findet im Bau der Renaissanceresidenzen ihren baulichen Ausdruck, die mit Rücksicht auf die Baumassen der Städte und den mangelnden freien Raum, an deren Peripherie angelegt werden. Nur wo es infolge eines Stadtbrandes zur Neuerrichtung der gesamten Stadt kommt, oder bei Neugründungen, kann die Residenz in der Stadt selbst errichtet werden. Doch überwiegt die Randlage bei weitem, eine Entwicklung, die die Voraussetzung der späteren Randlage der barocken Machtzentren bildet, wie sie nicht nur im Mutterland des Absolutismus, in Frankreich in der Beziehung Versailles-Paris auftritt, sondern auch in den meisten deutschen Territorialstaaten als Grundmuster Anwendung findet, z.B. Berlin, Mannheim, Hanau, Kassel, München. Die Randlage der Schlösser dokumentiert die Unterordnung der Stadt unter die fürstliche Macht, ist doch die Stadt nicht mehr in der Lage, den Übergriff auf den städtischen Herrschaftsbereich zu unterbinden. Zeigte bereits das 1451 symbolträchtig in die Berlin-Cöllner Stadtmauer hineingebaute kurfürstliche Schloß die Machtverschiebung zugunsten des brandenburgischen Kurfürsten, so unterstreicht der 1540 errichtete Renaissancebau diesen Eindruck; das Schloß wird als "fraenum antiquae libertatis", als Zügel der alten Freiheit, empfunden.[3]

---

1) vgl. W. Abel, a.a.O., S. 391ff.

2) H. Patze: Die Bildung der landesherrlichen Residenzen im Reich. In: W. Rausch (Hrsg.), Stadt und Stadtherr im 14. Jh., Linz 1972, S. 3.

3) vgl. H. Kotschenreuther, a.a.O., S. 28ff.

2. Der Herrschaftsstil als baulicher Ausdruck des Bündnisses zwischen Großbourgeoisie und Territorialfürsten

Territorialisierung der kapitalistischen Produktionsweise und Verstädterung der territorialen feudalen Herrschaft fallen zusammen; die Schloßbauten selbst aber sind der schüchterne Beginn der Selbstdarstellung sich entwickelnder absoluter Macht, gemessen an der Zurschaustellung fürstlicher Gewalt im 17., vor allem im 18. Jahrhundert.
Im 16. Jahrhundert bezieht sich die Bautätigkeit lediglich auf den Schloßbau; die Übernahme des Renaissancestils, der sich in den Stadtstaaten Oberitaliens als Ausdrucksstil des frühkapitalistischen Systems herausgebildet hatte[1], scheint auf die Liaison zwischen ökonomischer Macht der kapitalistischen Unternehmer und politischer Macht der Territorialherren zu verweisen. Ein Einheit der Herrschaftsarchitektur ergibt sich nicht nur aus der stilistischen Verklammerung, sondern auch durch die Betonung der individuellen Selbstrepräsentation in der Monumentalität der Gebäude.
"Begreiflicherweise zeigte sich der Einfluß der italienischen Renaissance auf deutsche Architekturformen in Süddeutschland zuerst in Augsburg und Nürnberg, wo reiche Handelsgeschlechter unmittelbare Beziehungen zu Italien unterhielten "[2]; die Fuggerkapelle zu Augsburg ist das erste Zeugnis der "Welschen Manier" auf deutschem Boden.[3] Gemäß der wachsenden Macht der Landesherren wird der Schloßbau zur wichtigsten Bauaufgabe im 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts[4]; der neue Baustil kann sich hier am klarsten entfalten, denn "Mit dem Ausbau der Landesverwaltung weitete sich die fürstliche Hofhaltung und stieg zugleich der Wunsch des Fürsten nach würdigem, womöglich prunkhaftem Auftreten in der Öffentlichkeit."[5] In der baulichen Entwicklung kommt die sich verän-

---

1) vgl. R.B. Johansen, a.a.O., S. 177.
2) P. Schöller, a.a.O., S. 36.
3) vgl. N. Pevsner: Europäische Architektur. München 1963, S. 316f.
4) vgl. H. Koepf, a.a.O., S. 140.
5) H. Bechtel: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands. München 1967, S. 247.

dernde machtpolitische Situation zwischen Städten und Territorien in einer Klarheit zum Ausdruck, die eine Herleitung der architektonischen Entwicklung aus ästhetischen Prinzipien widerlegt. Gemäß der gewandelten Funktion dieser neuen Schloßbauten wird allgemein der repräsentative Charakter betont, während der Wehrcharakter dieser Anlagen, das Charakteristikum mittelalterlicher Burgbauten, mehr und mehr zurücktritt. Von den gewandelten Herrschaftsverhältnissen künden beispielsweise die fürstlichen Stadtresidenzen von Landshut (1536), Tübingen (1537), Stuttgart (1553), Heidelberg (1556), München (1569), Offenbach (1570).[1)]
Nicht nur auf den süddeutschen Raum, sondern auch auf Mittel-, Ost- und Norddeutschland erstreckt sich diese spezifische, herrschaftliche Bautätigkeit, die im 16. Jahrhundert u.a. die Schlösser zu Dresden und Celle, den Fürstenhof zu Wismar und das kurfürstliche Schloß zu Berlin entstehen läßt.[2)] Die Grundstruktur dieser fürstlichen Renaissancebauten ergibt sich durch eine Gruppierung der Baukomplexe um mehr oder weniger regelmäßige Rechteckhöfe, deren Eckabschlüsse jeweils Türme repräsentativen Charakters bilden; dieser wird darüber - hinaus durch Zahl und reiche Ornamentik unterstrichen. Am ausgeprägtesten zeigt sich diese Struktur bei dem zur Spätphase des Renaissancebaues zählenden erzbischöflichen Aschaffenburger Schloß (1605-1614)[3)].

Der Kirchbau hingegen tritt in dieser Stilepoche infolge der Spaltung der Kirche durch die Reformation zurück und erscheint hauptsächlich als untergeordnetes Moment im Stadtbild im Zusammenhang von Stadtneukonzeptionen (Freudenstadt) und von Stadtausbauten (Hanau), vor allem aber im Bau von Schloßkapellen.[4)] Neue kirchliche Bauten entstehen erst im Zuge der Gegenreformation gegen Ende des 16. Jahrhunderts, als Kirchen des Jesuitenordens, wie z.B. in Köln und München.[5)] Hatte das

---

1) vgl. H. Koepf, a.a.O , S. 140.
2) vgl. E. Keyser: Das deutsche Städtebuch Bd. 1 u. 2. Stuttgart 1949, passim.
3) vgl. J.H. Schröder: Deutsche Baugeschichte. Augsburg 1950,S.95.
4) vgl. H. Koepf, a.a.O., S. 146.
5) vgl. K. Gruber, a.a.O., S. 137.

mittelalterliche Bürgertum die Stellung der Religion als eine das gesamte Leben beherrschende Ideologie anerkannt und dieser im Bau der Markt- und Stadtkirchen Ausdruck verliehen, so sinkt nach der Reformation der Einfluß der römisch katholischen Kirche und bleibt nur noch territorial auf einige Fürstentümer beschränkt, in denen im Zuge der Gegenreformation zunächst Renaissancekirchen (München - St. Michael) und später, im 17. Jahrhundert, die Barockkirchen entstehen; letztere bleiben bezeichnenderweise als Einzelbauwerke, d.h. nicht im Zusammenhang mit Schloßbauten und einheitlicher Residenzstadtkonzeption, auf die katholischen Territorien (z.B. Österreich, Bayern) beschränkt. "Aber die Kirche hat doch - so stattliche Kirchbauten besonders in den Ländern der Gegenreformation auch entstanden sein mögen - ihre führende Rolle im Stadtbild an das Schloß abgetreten."[1] Dieses Zurücktreten des Kirchbaues im Stadtbild findet seine politische Entsprechung in dem realen Machtverlust der Kirche, die immer mehr unter den Herrschaftseinfluß der Territorien gerät und ihre Stellung als autonome Institution gegenüber der weltlichen Herrschaft infolge der sich zuspitzenden Klassenkämpfe zugunsten einer Unterordnung unter ebendiese Herrschaft aufgeben muß. Basis des Bündnisses zwischen territorialer Macht und römischer Kirche ist die grundlegende feudale Verfassung beider, also die Einheit der ökonomischen Interessen, eine Tatsache, die von den sich abspielenden ideologischen Auseinandersetzungen nahezu vollkommen verdeckt wird.

Neben dem fürstlichen Element in den Schloß- und Residenzbauten tritt auch das städtisch-aristokratische Moment der kapitalistischen Unternehmer baulich hervor. Vor allem in den bedeutenden Reichs- und Handelsstädten bildet sich der neue Stil, der seiner Entstehung nach spezifisch städtischen Ursprungs ist, als Abbild der konkurrierenden Macht der Bürger heraus und findet sowohl für den Rathausbau und andere öffentliche Gebäude als auch für die Privatbauten der reichen Familien Verwendung. K. Lamprecht hebt besonders für das

---

1) K. Gruber, a.a.O., S. 137

süddeutsche Handels- und Gewerbezentrum Nürnberg die Herausbildung eines spezifisch städtischen Renaissancestiles hervor, der sich in einer Reihe prächtiger Stadthäuser, wie z.B. das Tucherhaus (1533), das Hirschvogelhaus (1574)[1], das Pellerhaus (1605) und vor allen Dingen das Nürnberger Rathaus (1616-22) äußert.[2] In Augsburg kommen die Beziehungen zu den oberitalienischen Handelsstädten in der Übernahme des Renaissancestiles für Wohnhaus und Grabkapelle der Fugger zum Ausdruck.[3] Auf städtischer Ebene repräsentieren das neue Rathaus (1615-23) und das Zeughaus (1602-07) die Bedeutung und Eigenart der Handelsstadt.[4] Neue Rathausbauten zeugen auch in anderen süddeutschen Städten vom Selbstbewußtsein der Bürger, z.B. in Rothenburg/Tauber (1572), in Schweinfurt (1570) und in Tübingen (16.Jh.). In Nord- und Westdeutschland erfolgt in der Zeit der frühen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise der Um- und Neubau vor allem der öffentlichen Gebäude im Stil der Renaissance, z.B. bei der Rathausvorhalle in Köln (1569-73), dem Rathausanbau in Lübeck (1570), den Rathäusern in Bremen (1609-14), Emden (1574-76) und Paderborn (1612), dem Gewandhaus in Braunschweig (1591), dem Kammeramtshaus (1588) und dem Stadtweinhaus (1615) in Münster, dem Kammeramtshaus (1619-20) und dem Schütting (1594) in Bremen u.a.m..[5] Im norddeutschen Raum geht der stilistische Einfluß dabei vor allem von der niederländischen Renaissance aus, die sich in Anlehnung an das italienische Vorbild zu einer eigenen nationalen Ausdrucksform entwickelt hat. Die engen Beziehungen zwischen den Städten und die familiäre Verflechtung zwischen den einzelnen Kaufmannsfamilien treten in den Bauten der Spätgotik und der Renaissance zutage und verweisen auf die Ausstrahlung der

---

1) vgl. K. Lamprecht: Deutsche Geschichte Bd. 6, a.a.O., S. 269.

2) vgl. H. Koepf, a.a.O., S. 144.

3) vgl. Stichwort Renaissance. In: Wasmuths Lexikon der Baukunft Bd. 4, Berlin 1932, S. 166.

4) vgl. H. Koepf, a.a.O., S. 142.

5) vgl. derselbe, a.a.O., S. 144ff.

Hansekultur bis nach Riga, Bergen und Stockholm.[1]
Allerdings steht der Neben- und Ausbau der öffentlichen und privaten Gebäude bereits unter dem Zeichen sinkender bürgerlicher Macht. Die Bautätigkeit bezieht sich nur auf individuelle Gebäude, während der Baukörper der Stadt seinen mittelalterlichen Charakter behauptet.
Die städtischen Neukonzeptionen hingegen, wie beispielsweise Freudenstadt (1600), Hanau (1597) und Mannheim (1607) entspringen bereits der Initiative fürstlicher Herrschaftsinteressen. Ausschlaggebendes Moment dieser Gründungen ist der Ausbau derökonomischen Grundlage der sich entwickelnden fürstlichen Territorien, die durch Neuansiedlung vertriebener Vertreter der frühen kapitalistischen Produktionsweise, z.B. der reformierten Hugenotten und Calvinistischen Niederländer, den Stand der städtischen Produktionsweise, die einfache Warenproduktion, überwinden, wirkt doch die Ansiedlung dieser Glaubensflüchtlinge in Deutschland wie eine 'Pflanzschule des Kapitalismus'.[2] P. Schöller bezeichnet die Gründerstädte des ausgehenden 16. und beginnenden 17. Jahrhunderts daher als Exkulantenstädte, für die er, im Gegensatz zur mittelalterlichen Bebauung, gleichmäßige Baufläche und einheitliche Haustypen hervorhebt.[3] Während sich auch für die mittelalterlichen Gründerstädte zumindest um den Markt einheitliche Grundstücksgrößen feststellen lassen, erscheint die Verwendung einheitlicher Haustypen für die Gesamtanlage als neues Charakteristikum, in dem sich bereits eine Form der Rationalisierung in der Bauproduktion anzudeuten scheint. Die Planung auf dem Reißbrett nimmt keine Rücksicht auf die individuelle Baugestalt eines Hauses, sondern ordnet die Häuser als Elemente der Gesamtkonzeption unter, mag diese sich nun an geometrischen Figuren orientieren oder an der Struktur der Gründerstädte unter patrizischer Herrschaft. Neu ist auch der betonte Bezug auf die architektonische Gestalt der fürstlichen Macht, Bastion und Residenz, an der Peripherie oder im Zentrum.

---

1) vgl. P. Schöller, a.a.O., S. 53.

2) vgl. W. Treue: Der Merkantilismus und das Wirtschaftsgefüge des absolutistischen Zeitalters bis ins frühe 18. Jahrhundert. In: Historia Mundi Bd. 7, Übergang zur Moderne, Bern 1957, S. 310.

3) vgl. P. Schöller, a.a.O., S. 37.

Neben den Territorien, in denen nach dem Augsburger Religionsfrieden (cuius regio eius religio) die Fürsten die Religion ihrer Untertanen bestimmten, ist auch die Wirtschaft durch die Konfessionen geprägt; so stehen katholisch-konservative Gebiete mit mittelalterlicher Organisation von Zunft und Genossenschaft protestantischen Gebieten gegenüber, die in systematischer Bevorzugung der frühen kapitalistischen Produktionsweise ihre Macht auf eine fortschrittlichere ökonomische Grundlage zu stellen suchen.[1)]

In der Grundkonzeption der Gesamtanlage der genannten Exkulantenstädte drückt sich schon der Bezug zur absolutistischen Herrschaft aus; dieser wird in der späteren Epoche des Barock zum dominierenden Moment baulicher Gestaltung in den Residenzen.[2)]

Bereits in den Entwürfen der oberitalienischen Renaissancekünstler war der Herrschaftsaspekt in der Stadtanlage betont worden; so sind für Leon Batista Alberti Berge wegen ihrer beherrschenden Lage die gegebenen Siedlungsplätze für Tyrannen, da diese gegen die eigene Bevölkerung und ausländische Gegner zu kämpfen haben, während Leonardo da Vinci als erster eine Stadt in zwei Ebenen konzipiert, deren obere dem Verkehr der Aristokraten vorbehalten sein sollte, wohingegen sich der Verkehr des einfachen Volkes auf der unteren abzuspielen hatte.[3)] Der Widerspruch zwischen Herrschaft und Beherrschten, dem ökonomischen Klassenwiderspruch entspringend, ist in diesen Konzeptionen bereits baulich manifestiert. Auch Albrecht Dürer entwirft unter dem persönlichen Eindruck der oberitalienischen Renaissance runde und quadratische Festungs- bzw. Königsstädte, deren jeweiliger Mittelpunkt das herrschaftliche Schloß oder die Bastion ist. Bezeichnenderweise liegen bei der Festungsstadt die Bürgerhäuser außerhalb der Befestigung, so daß sie im Kriegsfalle ungeschützt bleiben; auch optisch

---

1) vgl. W. Treue, a.a.O., S. 310.

2) vgl. J.H. Schröder, a.a.O., S. 95.

3) vgl. G. Strauss: Siedlungs- und Architekturkonzeptionen der Utopisten. In: Wiss.Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 11. Jg./1962/ H. 4, S. 555f.

treten sie gegenüber der mächtigen Festung allenfalls als Randerscheinung auf. Diese Konzeption widerspiegelt exakt die veränderten Herrschaftsverhältnisse, sind es soch nicht mehr städtisch-bürgerliche Interessen, denen die Befestigung zu dienen hat, sondern ihr Zweck ist die Sicherung des feudalen Territoriums. Bei der quadratischen Königsstadt hingegen erscheinen die Bürgerhäuser als bewußt eingesetzter Bestandteil der Konzeption, indem sie das in der Mitte liegende Königsschloß einrahmen und dessen Wirkung durch die Beziehung auf die Mitte in seiner beherrschenden Position noch steigern.[1)]

Die Ausrichtung der städtischen Planung auf die beiden Momente sich herausbildender absoluter Macht, Schloß und Bastion, ist für die Städte Freudenstadt, Mannheim und Hanau realisiert. Beispielsweise wird die 1597 angelegte Neustadt Hanaus so konzipiert, daß sie sich zusammen mit der Altstadt auf das gräfliche Schloß ausrichtet; die Neustadt selber, ungefähr doppelt so groß wie die übrige Anlage, weist einen strengen rasterförmigen Grundriß auf, der in der Platzaufteilung an die Zähringergründungen erinnert; Schloß, Altstadt und Neustadt werden mit einer modernen Bastionsbefestigung umgeben, die der Unregelmäßigkeit der äußeren Grundrißbegrenzung notwendig folgt. Die gleiche Konzeption aber als Neugründung viel strenger durchgeführt, findet sich in Mannheim, das als regelmäßig gestaltete Festungsstadt von der sternförmigen Bastion beherrscht wird.[2)] Freudenstadt hingegen erinnert aufgrund seines quadratischen Grundrisses an die Königsstadt Arbrecht Dürers; lediglich das Schloß ist gegenüber dem Quadrat der übrigen Anlage in der Weise versetzt, daß die vier Straßen des Straßenkreuzes auf ein steinernes Abbild der Macht, auf einen Schloßturm, zulaufen; die öffentlichen und kirchlichen Einrichtungen (Rathaus, Invalidenhaus, Kirche, Kaufhaus) bilden als Winkelbau die Ecken des inneren Rechtecks der Stadtanlage.

---

1) vgl. K. Gruber, a.a.O., S. 139ff.

2) vgl. derselbe, a.a.O., S. 142ff.

Die in den Neugründungen verwirklichten Baumotive, Rechteckraster, Betonung gradliniger und repräsentativer Achsen, Symmetrie werden seit 1600 auch auf die Stadtkonzeptionen anderer fürstlicher Residenzen angewandt, so z.B. in Berlin, München und Stuttgart.[1] Auch der Übergang zur Bastionärbefestigung als Ausdruck der militärischen Entwicklung der Artillerie auf der Grundlage der Feuerwaffen fällt in die Zeit der landesherrlichen Stadtgründungen des 16. Jahrhunderts im Zuge der Konsolidierung der territorialen Staatsbildung, ist also geboren aus dem Erfordernis territorialer Absicherung der fürstlichen Macht. Die Kostspieligkeit der neuen Anlage erlaubt nur den reichsten Städten eine Übernahme dieser Verteidigungsanlage. Beispielsweise erhält Hamburg (1616-1625) in Verbindung mit einer großzügigen Stadterweiterung eine solche Befestigungsanlage mit Wall und 26 Bastionen.[2] In den sich herausbildenden Territorien geht die Entwicklung dahin, nur noch strategisch wichtige Städte zu Festungen auszubauen.[3] Die Stadtbefestigung tritt damit nicht länger als Kriterium städtischen Charakters in Erscheinung, sondern neben der 'festen' Stadt entstehen zunehmend 'offene' Städte. Die befestigten Städte werden für ihre zukünftige Entwicklung auf den von der Bastion abgesteckten Raum beschränkt, denn die Starrheit der Verteidigungsanlage, die im Gegensatz zur mittelalterlichen Stadtmauer beinahe genauso viel Raum einnimmt wie die Stadt selbst - bei den frühen Festungen beträgt die Entfernung vom Fuß der Böschung bis zur Außenkante des Glacis ca. 80 Meter, um bei Vaubans klassischer Barockfestung Neubreisach auf ca. 210 Meter anzuwachsen.[4] - macht eine Flächenausdehnung der Stadt für die Zukunft unmöglich;

---

1) vgl. W. Müller, a.a.O., S. 447.

2) vgl. E. v. Lehe/H. Ramm/ D. Kausche u.a.: Heimatchronik der freien und Hansestadt Hamburg. Köln 1967, S. 100f.

3) "Die Selektion hatte 1820 einen Punkt erreicht, auf dem es in Preußen nur noch 24 Festungen gab."
U. Meinhardt zit. nach K. Haase, a.a.O., S. 404.

4) vgl. L. Mumford, a.a.O., S. 420.

Steigerung der innerstädtischen Bodenpreise, Zunahme der Höhe und Dichte des Innenausbaus sind die Folgen. Die einengenden Befestigungsanlagen können für den inneren Baucharakter von Frankfurt, Köln, Straßburg, Magdeburg, Breslau u.a.m. als entscheidendes Strukturmoment betrachtet werden,[1] das im sozialen Milieu seinen Niederschlag findet: "Überfüllung, keine Spielplätze für Kinder, Mangel an Licht, Luft und Komfort im Innern; dazu hohe Mieten, Elendsviertel für einen großen Teil der Bevölkerung, nicht bloß für Bettler, Diebe, Gelegenheitsarbeiter, wurden typisch für die wachsende Großstadt im 17. Jahrhundert."[2]

Im Gegensatz zu den Festungsstädten und den befestigten Reichs- und Handelsstädten wird die Baukonzeption der Residenzstädte zunehmend auf die Repräsentation fürstlicher Herrschaft ausgerichtet, wobei der soziale Rang, der durch die "Nähe zum Thron" bestimmt ist[3], seine strukturelle bauliche Entsprechung in der Nähe des jeweiligen Wohnhauses zum Schloß findet. Die Momente der Herrschaftsarchitektur, die in der geraden Straße, dem ununterbrochenen, gleichhohen Dachabschluß, dem Rundbogen und der Wiederholung einheitlicher Fassadenelemente, wie Sims, Fenstersturz, Fenster und Säule[4] und nicht zuletzt auch in der Bastion deutlich hervortretend, sich in der Renaissance bereits ausprägen, bilden die Ausgangspunkte für die spätere barocke Herrschaftsarchitektur, die für das 17., in Deutschland vor allem für das 18. Jahrhundert kennzeichnend ist. Grundlage dieser neuen Bautätigkeit sind tiefgreifende ökonomische, politische und soziale Umgestaltungen der Gesellschaft, die wesentlich mit den Vorgängen des Dreißigjährigen Krieges verbunden sind.

---

1) vgl. P. Schöller, a.a.O., S. 36

2) L. Mumford, a.a.O., S. 419.

3) vgl. F. Lütge, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, a.a.O., S. 327.

4) vgl. L. Mumford, a.a.O., S. 406.

3. Merkantilismus, Herrschaftsentwicklung und Residenz

Mit der Zersplitterung Deutschlands als Ergebnis der gescheiterten frühbürgerlichen Revolution und der damit verbundenen Stärkung der fürstlichen Macht entwickeln sich die Widersprüche zwischen den einzelnen Territorien. Hatte die unterschiedliche ökonomische territoriale Verfassung in der unterschiedlichen konfessionellen Zugehörigkeit ihren Ausdruck gefunden, und war der Konfessionswechsel aus politisch-taktischen und ökonomischen Gründen keine Seltenheit[1], bildete er doch die Grundlage für die Konfiskation des feudalen kirchlichen Grundbesitzes, so nahm notwendig auch die Auseinandersetzung zwischen den einzelnen nach Souveränität strebenden Fürstentümern und der königlichen Zentralgewalt ebenfalls konfessionellen Charakter an. Die mit dem Augsburger Religionsfrieden 1555 geschaffene Religionsfreiheit, als Religionsfreiheit der Landesfürsten und Reichsstädte konzipiert, hob die einheitliche religiöse Grundlage des Reiches auf und förderte so auch im Hinblick auf die religiöse Ideologie den Ausbau souveräner Territorialstaaten.[2] Wie die protestantischen Fürstentümer in den Lehren der Reformation ihre einheitliche ideologisch-religiöse Basis fanden - sah doch Luther gerade in der Gestalt des fürstlichen 'Landesvaters' den Garanten der Ordnung -, so schuf die römische Kirche in der Gegenreformation, auf der Grundlage der vom Jesuitenorden entwickelten Lehre, das vereinheitlichende ideologische Moment der katholischen Zantralgewalt und der auf ihrer Seite stehenden Fürstentümer. Dieser Gegensatz war nicht auf Deutschland beschränkt, sondern in Europa standen sich zwei Lager gegenüber, "die sich im Ergebnis des niederländischen Freiheitskampfes gegen Spanien, sowie infolge des Machtkampfes zwischen den einzelnen deutschen Staaten herausgebildet hatten."[3] Auf deutschem Boden fand dieser

---

1) vgl. F. Lütge, a.a.O., S. 277.

2) vgl. J. Streisand: Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Köln 1972, S. 82.

3) derselbe, a.a.O., S. 82f.

Gegensatz schließlich seinen politischen und militärisch-organisatorischen Ausdruck in der protestantischen Union (1608) und der katholischen Liga (1609). J. Streisand macht darauf aufmerksam, daß die sich anbahnende Auseinandersetzung aus machtpolitischen Interessen auf europäischer Ebene geboren wurde und nur innerhalb Deutschlands zunächst als Religionskrieg in Erscheinung trat; das Bündnis des katholischen Frankreich mit dem protestantischen Lager offenbart, daß im Dreißigjährigen Krieg letztlich nicht die konfessionelle Auseinandersetzung die Hauptrolle spielte. Diese Kämpfe sind vielmehr Ausdruck des sich antagonistisch entfaltenden Widerspruches zwischen der feudalen Zentralgewalt des Kaisers und des Papstes auf der einen Seite und den nach Souveränität strebenden fürstlichen Territorialherren auf der anderen. Die ausländischen Nationalstaaten suchen die Auseinandersetzung zur Ausweitung ihres Territoriums zu nutzen.

Hatte bereits die gescheiterte frühbürgerliche Revolution die Stärkung der Fürstenmacht zum Ergebnis, so besteht das politische Resultat des Dreißigjährigen Krieges wesentlich in der Beseitigung der nationalen königlichen Souveränität zugunsten der territorialen. Während auf europäischer Ebene mit Ausnahme Italiens sich zentralistische Nationalstaaten mit absoluter monarchischer Herrschaft herausbilden, entsteht in Deutschland 'Zentralisation in der Zersplitterung', also die auf einzelne Territorien beschränkte Zentralisation der jeweiligen landesfürstlichen Macht.[1)] Außerdem erhalten Frankreich und Schweden Sitz und Stimme im Deutschen Reichstag und damit die Möglichkeit, sich als 'Garanten des Friedens' jederzeit in innerdeutsche Angelegenheiten zugunsten der Fürstentümer und damit zugunsten ihrer eigenen machtpolitischen Interessen einzuschalten.

Noch vernichtender als die politischen sind die ökonomischen Folgen der Auseinandersetzungen. Die Bevölkerung ist durch die Kriegshandlungen, infolge von kriegsbedingten Seuchen und

---

1) vgl. H. Mottek, a.a.O., S. 254f.

Hungersnöten um durchschnittlich ein Drittel zurückgegangen.[1] Ein bedeutender Teil der Produktionsmittel der Häuser ist zerstört; Kriegssteuer und Kontribution haben die flüssigen Geldmittel soweit erschöpft, daß die von den Schweden für ihren Abzug geforderten 5 Mill. Taler nicht einmal von den weniger geschädigten Städten, wie Hamburg, Frankfurt M und den süddeutschen Städten, aufgebracht werden können, so daß in der Schweiz Kredite aufgenommen werden müssen.[2] Die endgültige Abspaltung der Niederlande vom Reich bedeutet nicht nur den Verlust des wirtschaftlich fortschrittlichsten Gebietes, sondern verschließt auch die Mündung des Rheins für den deutschen Handel. Indem Schweden Rügen, Stettin, Vorpommern, Wismar und die Herzogtümer Bremen und Verden erhält, kontrolliert es den gesamten Ostseehandel und die Wesermündung. Zwar behält die Stadt Bremen ihre politische Selbständigkeit, aber der Handel geht erheblich zurück. Nur Hamburg kann seinen Handel weiter entfalten und wird zur wichtigsten deutschen Hafenstadt. Da diese Stadt Stützpunkt des englischen Handels wird, "stellte sein Aufstieg im Grunde nur einen Ausdruck des Sieges dar, den der englische Nationalstaat über das zersplitterte Deutschland errungen hatte."[3] Folglich ist Deutschland beinahe gänzlich vom Welthandel abgeschnürt; in der Regel tritt der deutsche Fernhandelskaufmann bis ins 18. Jahrhundert nur als Kommissär, Spediteur, Agent fremder, vor allem holländischer und englischer Großhändler auf.[4] Für den Binnenhandel bildet die territoriale Zersplitterung das entscheidende Hemmnis in der wirtschaftlichen Entwicklung. "Die 'Zergliederung im Reiche', wie der Dichter Moscherosch 1652 klagte, ging so weit, daß Deutschland nicht nur in insgesamt fast 1800 nunmehr souveräne Länder und Ländchen zerfiel und auch fremde Reichsfürsten zu den Herrschern zählte, sondern daß es z.B. auch drei gleichberechtigte Konfessionen und Gebiete zweier verschiedener Kalenderrechnungen, der Julianischen und der

---

1) vgl. dazu J. Kulischer: Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit Bd. 2. Die Neuzeit. München/Wien ^{3}1965, S. 14ff.

2) vgl. F. Lütge, a.a.O., S. 335f.

3) H. Mottek, a.a.O., S. 287.

4) vgl. K. Lamprecht, a.a.O., S. 361.

Gregorianischen, besaß."[1] Auch wenn man die kleinen Ritterschaften nicht berücksichtigt, ergibt sich immer noch eine Zahl von ca. 300 Staaten.[2]

Die Situation des Handels wirkt notwendig zurück auf die Warenproduktion in den Städten, vor allem auf die sich entwickelnde Produktionsweise, ist es doch in der Manufakturperiode "die Handelssuprematie, die die industrielle Vorherrschaft gibt."[3] Lediglich die Form der dezentralisierten kapitalistischen Kooperation, der Verlag, beginnt sich langsam, größtenteils auf der Basis ländlicher Heimarbeit, wieder zu entwickeln. Dagegen ist der kapitalintensivste Zweig der Produktion, der Bergbau, und damit auch die Eisenverhüttung, entscheidend zurückgegangen, so daß z.B., während 1619 in der Grafschaft Mansfeld 2 000 Bergleute einfuhren, die Zahl 1684 nur 20 bis 30 beträgt.[4] Die Textilherstellung nimmt gegenüber den anderen Produktionszweigen wieder die Vormachtstellung ein; nach dem Erzeugungswert ist die Weberei nicht nur im 17., sondern auch im 18. Jahrhundert die wichtigste deutsche Industrie.[5] Deutschland bleibt auch in seiner Manufakturentwicklung hinter der gesamteuropäischen Entwicklung zurück, zumal die großen Kapitale zum Wiederaufbau und Ausbau der Produktionsanlagen fehlen; diese waren für die Konsolidierung der Territorien bereits vor dem Dreißigjährigen Krieg verbraucht worden, ohne daß die Könige und Fürsten den Unternehmern die geliehenen Summen jemals zurückerstattet hätten. Die meisten Kredite waren durch die Staatsbankerotte, vor allem Frankreichs und Spaniens, verlorengegangen, und so sah denn folgerichtig das ausgehende 16. und beginnende 17. Jahrhundert die Bankerotte der meisten großen Handelshäuser oder deren Ausscheiden aus dem Wirtschaftsprozeß mit erheblichen Verlusten. Die im 16. Jahrhundert beginnende Ausbeutung der

---

1) G. Schilfert: Deutschland von 1648 bis 1789. Berlin ^{2}1962, S. 5.

2) vgl. H. Bechtel, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, a.a.O., S. 294.

3) K. Marx, Das Kapital Bd. 1, a.a.O., S. 782.

4) vgl. G. Schilfert, a.a.O., S. 1of.

5) vgl. W. Zorn: Handel und Gewerbe 1648-1800. In: H. Aubin/ W. Zorn, a.a.O., S. 537.

Stadt durch das Land wird fortgeschrieben. Während die Gewinne für Agrarprodukte - und mit ihnen die Grundrente - steigen, zeigt die Lohnentwicklung, würde man sie grafisch darstellen, eine zwar gebrochene, doch in langen Linien abwärtsführende Folge von Stufen, die erst im Zeitalter des "Pauperismus" enden.[1)]
Unter diesen Bedingungen ist der deutsche Handel wesentlich Passivhandel; die Territorien sind willkommene Absatzgebiete für westeuropäische "Erzeugnisse, die zu niedrigen Preisen auf den deutschen Markt kamen"[2)] F. Engels beschreibt die ökonomische Situation Deutschlands folgendermaßen: "Deutschland, einmal industriell zur Passivität und zum Rückschlag verurteilt, mußte den Einflüssen der politischen Konjunkturen mehr ausgesetzt sein als industriell aktive und fortschrittliche Länder."[3)]

Unter diesen Umständen werden die mittelalterlichen gesellschaftlichen Verhältnisse bezüglich der Organisation und Grundlage der Wirtschaft mehr oder weniger fortgeschrieben. Die politische Bedeutung der Reichsstädte sinkt weiter; 1668 findet der letzte Städtetag statt. Die Verfassung und Gesellschaftsordnung der Reichsstädte erstarrt zunehmend von einigen Ausnahmen, an der Spitze Hamburg, abgesehen.[4)] Da das Bürgertum nur auf der Basis einer sich entwickelnden kapitalistischen Produktionsweise wieder zu größerer sozialer Geltung kommen kann, dieser Vorgang aber infolge der ungünstigen ökonomischen Bedingungen nur sehr langsam erfolgt, charakterisiert F. Engels die neuerliche Konsolidierung des ökonomisch fortschrittlichen Bürgertums nach dem Dreißigjährigen Krieg treffend als 'Emporkriechen'.[5)]

---

1) vgl. W. Abel, Landwirtschaft 1648-1800, a.a.O., S. 523ff.
2) G. Schilfert, a.a.O., S. 11.
3) F. Engels: Varia über Deutschland. In: MEW Bd. 18, S. 591.
4) vgl. W. Zorn, Sozialgeschichte 1648-1800, a.a.O., S. 579.
5) vgl. F. Engels, Varia über Deutschland, a.a.O., S. 591.

Nach den von F.P. Brandel und F. Spooner vorgenommenen preisgeschichtlichen Forschungen läßt sich ein Beginn der "Erholung des 18. Jahrhunderts" am Wiederansteigen der Silberpreise in Würzburg und Wien schon seit den 50er Jahren des 17. Jahrhunderts ablesen, in Frankfurt M, Leipzig, Berlin in den 80er Jahren, in Danzig erst nach 1730.[1)]

Die eigentlichen 'Gewinner' nach dem Bürgerkrieg sind die Fürsten, falls man die politische Souveränität der eizelnen kleinen und kleinsten Territorien, die das deutsche Reich auf europäischer Ebene zum politischen und ökonomischen Eunuchen werden lassen, als Gewinn bezeichnen will. Der Westfälische Friede dokumentiert den Zusammenbruch der Zentralmacht; den Fürsten wird das Recht auf Empörung gegen Kaiser und König also auf Bürgerkrieg und Landesverrat durch die Garantien Frankreichs und Schwedens verbrieft. Indem dem einzelnen Souverän die absolute Macht in seinem Territorium zugesichert wird, hört das Reich faktisch auf zu existieren; die deutsche Geschichte stellt sich weitgehend dar als eine Geschichte einzelner, selbständiger Territorien.[2)] Diese Entwicklung nutzt hauptsächlich den großen Fürstentümern, wie Bayern, Preußen, Österreich, Sachsen etc., denn nur diese sind in der Lage, die ihnen zugebilligten Rechte wenigstens einigermaßen in politische Realität umzusetzen; für die etwa 100 freien Reichsstädte, z.B. Augsburg, Nürnberg, Köln, Lübeck, die in der mittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte bezüglich des Handels und Gewerbes eine entscheidende Rolle gespielt hatten, wirkt sich diese Entwicklung im gleichen Maße, wie sich die umliegenden Territorien wirtschaftlich und zentral organisieren, verhängnisvoll aus. Infolge der ökonomischen Abschliessung von den Territorien und damit von ihrem Hinterland als gesichertem Markt und der Behinderung ihres Handels zugunsten der Entwicklung der landesherrlichen Städte und Residenzen, geht ihr wirtschaftlicher, damit gleichzeitig auch ihr politischer und kultureller Einfluß weitgehend zurück.[3)] Mit der

---

1) vgl. W. Zorn, Handel und Gewerbe 1648-1800, a.a.O., S. 531.
2) vgl. J. Streisand, a.a.O., S. 90.
3) v. l. H. Mottek, a.a.O., S. 255ff.

Festigung des absolutistischen Staatsapparates in den einzelnen Territorien versuchen die Fürsten die freien Städte, Fremdkörper in ihrem Machtbereich, in ihren einheitlich regierten Staat einzugliedern, ein Vorgang, der für die meisten Landstädte längst im 16. Jahrhundert vollzogen war. So werden beispielsweise Magdeburg, Erfurt, Münster, Braunschweig teils durch bloße militärische Demonstration, überwiegend aber mit Gewalt von den Territorialherrn vereinnahmt. Köln kann sich nur mit Mühe und mehr aufgrund der internationalen Lage als durch eigene Kraft dem Zugriff des landesherrlichen Erzbischofs entziehen. Andere Reichsstädte behaupten ihre Privilegien nur aufgrund kaiserlichen Einspruchs und der sich widersprechenden Machtinteressen benachbarter Herrscher.[1] Wo die Eingliederung der Stadt in den Territorialstaat gelingt, verliert sie ihre politische Autonomie; ihre Institutionen werden in den Dienst einer einheitlichen territorialen Verordnung gestellt. Sie wird zur unteren Instanz der staatlichen Verwaltung und die Beschränkung ihrer Rechte kann bis zur totalen Aufhebung gehen, wie z.B. in Österreich.[2]

Gegenüber den in ihrer Bedeutung stagnierenden oder zurückgehenden Reichsstädten entstehen in den Territorien als Zentren fürstlicher Macht und Repräsentation die Residenzstädte, in denen das gesamte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben von der Politik des Herrschers bestimmt wird. Ökonomisch stellen sich diese Städte in ihrer Ausrichtung auf die Versorgung von Hof, Verwaltung und Heer überwiegend als Konsumentenstädte dar und werden zu Mittelpunkten des territorialen Handels und Konsumgewerbes. Die Wirtschaft, nach dem hausväterlichen Prinzip der Versorgung organisiert[3], wird ganz auf die Bedürfnisse der Residenzen ausgerichtet. Selbst der Kanalbau steht unter dem Zeichen der Zentralisation des Verkehrs auf die Hauptstadt, dient also der Beseitigung der Handelskonkurrenz anderer Städte. Der stete Geldbedarf der

---

1) vgl. G. Schilfert, a.a.O., S. 18f.

2) vgl. H. Hassinger: Politische Kräfte und Wirtschaft 1350-1800. In: H. Aubin/W. Zorn (Hrsg.), a.a.O., S. 611.

3) vgl. H. Böhme: Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt ^{2}1968, S. 13.

Fürsten veranlaßt zu einer aktiven Wirtschaftspolitik, die auf eine Steigerung der Produktivität von Landwirtschaft und Gewerbe abzielt. "Durch die merkantilistische Politik schützt die Monarchie das Land von der Konkurrenz und hilft der eigenen Bourgeoisie ihre Stellung zu festigen. Aber all dies geschieht nicht um der Bourgeoisie, sondern um des 'eigenen Glanzes' willen, der auf Kosten eben der Bourgeoisie hervorgebracht wird."[1] Das Berliner Lagerhaus, durch Friedrich Wilhelm I, gegründet, wird zum Prototyp fürstlicher Manufaktur und die Stützung dieser staatlichen Wollmanufaktur typisch für die landesherrliche Gewerbepolitik. Zur Finanzierung des Staatshaushaltes wird das Fürstenregiment "nicht nur selber kapitalistisch und gründete eigene Waffenfabriken, Porzellanmanufakturen und Teppichwebereien, sondern versuchte unter dem Begriff einer 'günstigen Handelsbilanz' ein ausbeuterisches System zu schaffen, bei dem jeder souveräne Staat beim Austausch, in Geld umgerechnet, mehr einnähme als hingäbe - die klassische Kolonialwirtschaft."[2]

Die aktive Handelsbilanz erscheint als non plus ultra merkantilistischer Wirtschaftspolitik, glaubt man doch, die Voraussetzung wirtschaftlicher Macht und damit auch herrschaftlich adäquater politischer und kultureller Repräsentation sei ein ständig ausreichend großer Vorrat an Edelmetall. Trotz der Bemühungen weisen die meisten Territorialstaaten eine passive Handelsbilanz auf.[3] Wirtschaftliche Macht aber bildet die Grundbedingung für die aufwendige fürstliche Hofhaltung in den Residenzen. Der Geldbedarf der Landesherren führt auf der einen Seite zur stärkeren Ausbeutung der Bauern und Städte, auf der anderen aber auch zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion und zu Anstrengungen in der Entwicklung des Gewerbes, vor allem durch Gründung von Manufakturen und Einführung neuer Produktionsmethoden. Dabei werden die notwendigen Kenntnisse zumeist durch organisierte Industrie-

---

1) M. Kolesnizki zit. nach H. Mottek, a.a.O., S. 258.

2) L. Mumford, a.a.O., S. 424.

3) vgl. W. Zorn, Gewerbe und Handel 1648-1800, a.a.O., S. 567ff.

spionage beschäftigt, in deren Dienst auch die diplomatischen Vertretungen gestellt wurden. Die notwendigen Facharbeiter sucht man durch Abwerbung zu gewinnen, aber auch die Entführung von Fachkräften ist nicht selten. "Friederich der Gr. scheute auch vor zwangsweiser Heranholung nicht zurück und ließ im Siebenjährigen Krieg sächsische Damastweber ausheben und unter Militärbedeckung nach Schlesien bringen."[1] Zur Etablierung der neuen Produktionsmethoden ist nicht nur ihre Kenntnis und ein Kapital, sondern auch eine breite Schicht von Arbeitern notwendig. Da die zweite Leibeigenschaft den Zuzug vom Lande verhindert, bindet sie doch den Bauern an die grundherrliche Scholle, ist die Versorgung der städtischen Manufakturen mit Arbeitskräften noch im 18. Jahrhundert schwierig. Lediglich infolge von Konjunkturschwankungen sind zünftige Handwerker in die Manufakturen zu bekommen. Die Unzahl der Polizeiverordnungen gegen den Bettel sind vor dem Hintergrund der Arbeitskräftebeschaffung zu sehen; bilden sie doch die rechtliche Handhabe zur Einweisung Unbeschäftigter in die eigens geschaffenen Arbeitshäuser.[2] Die Insassen dieser Arbeitshäuser, wie diejenigen der Zuchthäuser, Armenhäuser, Waisenhäuser, werden meist an Manufakturunternehmer verpachtet, so daß diese Häuser oft mit den Manufakturen als Einheit erscheinen. Die Strafanstalten für Frauen und Mädchen werden beispielsweise 'Spinnhäuser' genannt.[3] Vor allem in gewerblich unterentwickelten Gebieten versucht man auf diese Weise Arbeitskräfte zu beschaffen; so gibt es z.B. im 17. Jahrhundert in Brandenburg fast ausschließlich Zwangsmanufakturen.[4] Was aber die eigene Wirtschaft nicht zu leisten vermag, versucht man durch Verleihung von Soldaten, Auslandkredite, Staatsobligationen und Subsidienverträge für außerpolitische Zugeständnisse und Leistungen wettzumachen. Allerdings läßt sich für die deutschen Fürstentümer keine einheitliche merkantilistische Politik feststellen,

---

1) W. Zorn, Sozialgeschichte 1648-1800, a.a.O., S.595.
2) vgl. F. Lütge, a.a.O., S. 384.
3) vgl. W. Zorn, Sozialgeschichte 1648-1800, a.a.O., S. 600.
4) vgl. G. Schilfert, a.a.O., S. 54.

sondern die Vielzahl der 'Nationalstaaten' führt zu einer entsprechenden Variationsbreite der jeweiligen Wirtschaftspolitik[1], deren gemeinsamer Nenner überall die Steigerung und Festigung fürstlicher Macht ist, die sich in den Residenzen auch baulich nach dem unterschiedlichen Vermögen des jeweiligen Herrschers manifestiert.

Der ökonomische wie politische Abstieg der Reichsstädte gegenüber den sich entwickelnden Residenzstädten widerspiegelt sich recht anschaulich in der Bevölkerungsbewegung, wird doch die Macht einer Stadt und eines Territoriums im Absolutismus an der Einwohnerzahl gemessen[2]; nach Auffassung der absolutistischen Herrscher liegt der wahre Reichtum des Landes in der Menge der Untertanen, denn diese repräsentieren in erster Linie Arbeitsleistungen (Waren und Lebensmittel), als Steuerzahler Einnahmequellen und als Soldaten die fürstliche Machtbasis.[3]

Für die meisten Reichsstädte, etwa Augsburg, Nürnberg, Speyer und Worms stellt H. Mottek gegenüber den sich entfaltenden Residenzen einen Wachstumsstillstand oder zum Teil rückläufige Einwohnerzahlen fest, wie z.B. bei Dortmund (1480: 7-8000, 1618: 6-7000, 1795: 4000) und Lübeck (1532: 29329, 1792: 22900). Lediglich für die bedeutenden Handelszentren ist eine z.T. erhebliche Bevölkerungszunahme zu verzeichnen, beispielsweise für Hamburg (1550: 20000, 1792: 100200), Frankfurt M (1440: 9000, 1792: 42600), Bremen (1550: 15000, 1790: 30000) und Köln (1550: 31000, 1792: 42500).[4]

Der bedeutendste Bevölkerungszuwachs läßt sich für die Residenzstädte verzeichnen, in denen Beamte und Militär, vor allem der Hofstaat, als Konsumenten eine entsprechende Produzentenschicht erzeugen, und in denen sich als zentralem Punkt im Zusammenhang mit der merkantilistischen Wirtschaftspolitik

---

1) vgl. W. Treue, a.a.O., S. 281, vgl. dazu auch H. Bechtel, a.a.O., S. 254ff.

2) "Gleich wie eine Schwalbe noch keinen Sommer macht ..., so macht auch ein Mensch keine Gemein. Je volkreicher eine Stadt ist, je mächtiger ist sie auch. Es können weder der Landesfürst, Städte und Länder consyderabel seyn, wenn sie arm von Volk seyen, denn sie können sich nicht defendieren aus Mangel an Menschen." Becher zit. nach J.Kulischer,a.a.O., S.23f.

3) vgl. F. Lütge, a.a.O., S. 344.

4) vgl. H. Mottek, a.a.O., S. 288.

Handel und Gewerbe niederlassen. Wie stark das militärische Moment an der Bevölkerungszunahme beteiligt ist, zeigt Berlin, das 1740 bei ca. 90 000 Einwohnern allein 21 309 Militärpersonen verzeichnet.[1] Während für Berlin 1450 ca. 6 000 Einwohner (ohne Garnison) und 1600 ca. 8-9 000 Einwohner (ohne Garnison) gezählt werden, steigt die Einwohnerzahl unter Berücksichtigung der Garnison 1709 auf ca. 56 000 und erreicht 1786 ca. 147 338.[2] Für München und Dresden, bei denen Handel und Gewerbe gegenüber anderen Faktoren für die Bevölkerungszunahme eine geringere Rolle spielt als für Berlin, zählt H. Mottek 1500: 10 800 und 1792: 48 000 bzw. 1501: 2 565 und 1792: 53 000 Einwohner; selbst kleinere Residenzstädte, wie Schwerin und Hannover, übertreffen in ihrer prozentualen Zunahme noch die meisten Handelsstädte; so steigt die Einwohnerzahl von Schwerin von 2 000 im Jahr 1550 auf 1o 000 im Jahre 1792 und in Hannover von 7 500 im Jahr 1618 auf 16 500 im Jahre 1792.[3]

Die ökonomische, politische und soziale Entwicklung unter der Herrschaft des absoluten Fürsten widerspiegelt sich in den Residenzstädten, die zum baulichen Ausdruck landesherrlicher Macht werden. Zwar bildet sich in Deutschland der Absolutismus infolge der territorialen Beschränktheit der Souveränitäten weitgehend nur in verkrüppelter und beengter Form heraus, als bloße Karikatur des französischen Vorbildes, als Duodes - Absolutismus, doch die Unfähigkeit zu wirklicher absoluter Machtentfaltung im territorialen Rahmen gegenüber den anderen Nationen führt zur Kopie wenigstens des kulturellen Rahmens des Vorbildes; - "je kleiner das Land, desto größer war im 18. Jh. in der Regel der Aufwand für den Hof und auch der Anteil der Hofhaltung an der Gesamtverschuldung."[4]

---

1) vgl. L. Mumford, a.a.O., S. 422.

2) vgl. E. Keyser, Deutsches Städtebuch Bd.1,a.a.O., S. 484.

3) vgl. H. Mottek, a.a.O., S. 288f.

4) H. Hassinger, Politische Kräfte und Wirtschaft 1350-1800, a.a.O., S. 655.

Nur die wenigen größeren Staaten, wie Sachsen, Bayern, Württemberg, vor allem aber Österreich und Preußen, können dem französischen Vorbild einigermaßen nacheifern; allerdings sind die Unterschiede zwischen den Verwirklichungen gravierend, wie sich aus dem Vergleich der Staatsausgaben ergibt. Für die beiden größten, um die Vormachtstellung in Deutschland konkurrierenden Staaten Österreich und Preußen zeigt sich folgendes Bild: 1768 liegt für Österreich der Anteil des Militärs bei 42%, der Schuldendienst infolge von Staatsanleihen etc. bei 34%; der Anteil der Verwaltung liegt bei 15,5%, während 8% für den Hof ausgegeben werden; Preußen unter Friedrich d.Gr. hingegen gibt, bei drastischen Sparmaßnahmen für Verwaltung und Hof, 80% seines Etats für das Militär aus. Eine rücksichtslose Finanzpolitik mit Münzverschlechterung, verschärften Fiskalmaßnahmen etc. verhindern eine Verschuldung des Staates.[1)]

Der Beginn des absolutistischen Städtebaus ist gekennzeichnet durch die Stadtneugründungen des späten 17. Jahrhunderts. Der Anlaß dieser Projekte ist nicht zuletzt, wie bei den Gründungen um 1600, ein ökonomischer, dienen sie doch wesentlich dazu, die nach der Aufhebung des Ediktes von Nantes (1685) in Frankreich verfolgten Hugenotten als wirtschaftliches Potenzial an die Territorien zu binden, denn diese Flüchtlinge bringen nicht nur die machanischen Strumpffabrikationen in die verschiedensten Teile Deutschlands, sondern auch Glasfabrikation, Seifenherstellung, Seidenproduktion, feine Tuch- und Lederherstellung, Uhrenproduktion auf manufakturieller Stufenleiter.[2)] Der Städtebau wird in den Dienst der 'Peuplierungspolitik' und der Wirtschaftsförderung gestellt und der fürstliche Wohnungsbau dient wesentlich der Versorgung der neuen Untertanen. So kommen allein 20 000 Hugenottische Handwerker und Kaufleute in das unterentwickelte Brandenburg und lassen sich vor allem in und um Berlin nieder, wo sie um 1700

---

1) vgl. H. Hassinger, Politische Kräfte und Wirtschaft, a.a.O., S. 652f.

2) vgl. J. Kulischer, a.a.O., S. 21.

ungefähr 25% der Bevölkerung ausmachen.[1] H. Bechtel weist darauf hin, daß das wirtschaftliche Übergewicht Norddeutschlands gegenüber den katholischen süddeutschen Ländern im 18. Jahrhundert hauptsächlich auf die Ansiedlung der Hugenotten und der Valvinisten zurückgeht.[2] P. Wolf will die nach dem Vorbild von Versailles geschaffenen Residenzstädte in den einzelnen deutschen Territorien auf die Einwanderung der französischen Glaubensflüchtlinge zurückgeführt wissen. Angesiedelt werden die Exkulanten in den verschiedenen Souveränitäten in den Neugründungen Friedrichstadt in Berlin, Karlsruhe, Mannheim, Ludwigsburg, Erlangen, die Oberneustadt in Kassel, Karlshafen an der Weser, Friedrichstadt in Dresden, ferner in den Stadterweiterungen der Neustädte von Ansbach, Brandenburg, Potsdam, Rheinsberg, Ludwigslust u.a.m.[3] Vor allem die Oberrheinebene wird zum Versuchsfeld für künstliche Planstädte mit symmetrischer Gestaltung, z.B. Rastatt, Landau, Frankenthal, Neu-Breisach.[4] Daß bei den Gründungen nicht immer auf die wirtschaftlichen Bedingungen Rücksicht genommen wird und der herrschaftliche Wille kläglich an der Wirklichkeit scheitert, offenbaren die zahlreichen "Kummerstädte". Die Neugründung von Residenzen ist Ausdruck der sich festigenden territorialstaatlichen Macht im Zuge der Überwindung der ökonomischen Stagnation nach dem Dreißigjährigen Krieg. Überall ist der Neu- oder Ausbau der Residenzen Ausdruck der Konsolidierung der Territorialherrschaft, Repräsentation neu errungener Macht, sei es im Zusammenhang mit der Erlangung der Königswürde, wie in Dresden und Berlin, sei es als Ergebnis der Ausschaltung oder Unterordnung landständischer Interessen, wie in Bayern und Österreich. In der Pfalz, in Baden und Württemberg erfolgen die Neugründungen wesentlich als Antwort auf die Zerstörungen des 3. Raubkrieges Ludwig XIV, des sog. Pfälzer Erbkrieges.

---

1) vgl. H. Mottek, a.a.O., S. 267.
2) vgl. H. Bechtel, a.a.O., S. 218.
3) vgl. P. Wolf: Städtebau. Leipzig 1919, S. 48.
4) vgl. P. Schöller, a.a.O., S. 48.

4. Die städtische Struktur absoluter Macht

Die neuen Städte und Stadtteile entstehen fast ausschließlich im Baustil des Barock, einem Stil, der im Zuge der Gegenreformation von den Trägern dieser Bewegung, den Jesuiten, nach dem Vorbild der Peterskirche in Rom, die K. Gruber als "Stein gewordene Kundgebung der Macht der katholischen Kirche in der Welt"[1] bezeichnet, hauptsächlich in den katholischen Territorien Süddeutschlands verbreitet wird. In dem Vorbild "in diesem Mittelpunkt der gesamten katholischen Christenheit zeichneten sich besonders klar die chrakteristischen Besonderheiten der Architektur der Zeit der feudalen Reaktion, der feudalen Zersplitterung Italiens und der Gegenreformation, des Barocks,ab. Bestimmend für den italienischen Barock war das Kirchengebäude als führender Bautyp."[2] Dieser Baustil, ursprünglich der Darstellung der Macht der katholischen Kirche dienend, wird bald von den weltlichen Feudalherren, den Fürsten, zur Veranschaulichung der territorialen Macht okkupiert; der Barock wird in Deutschland zum herrschenden Ausdrucksstil des fürstlichen Absolutismus.[3] In der Säkularisierung wird die Barockkunst zu einer "Verherrlichung großen Stils", zu einer "phänomenalen und ungeheuer wirkungsvollen Propaganda" fürstlicher absoluter Macht.[4]

---

1) K. Gruber, a.a.O., S. 151.

2) N. Brunow, a.a.O., S. 252.

3) In Frankreich hingegen, wo der Absolutismus seine klassische Ausprägung gefunden hat, wird die Sprache der Herrschaftsarchitektur nach außen hin klassizistisch, wie die Ostfassade des Louvre und die strenge, klassizistisch wirkende Fassade des Versailler Schlosses, aber auch der Invalidendom beweisen. Das Zurückbleiben des deutschen Absolutismus äußert sich m.E. auch in der Entwicklung des Herrschaftsstils. Die Anwendung der untypischen deutschen Stilentwicklung auf die gesamte europäische Architektur hat dazu geführt, den Barock als absolutistisches Ausdrucksmittel schlechthin zu bezeichnen und folglich den Rokokostil als Weiterentwicklung des Barock anzusehen.
vgl. N. Brunow, a.a.O., S. 260ff. u. 341ff.

4) vgl. R.B. Johanson, a.a.O., S. 180.

Die gesamte Bautätigkeit unter fürstlicher Regie ist auf Wirkung abgestellt, die den Machtanspruch des Territorialherrn veranschaulicht. "So wurden in vielen barocken Sälen durch die Deckenmalereien absichtlich die Illusionen eines unendlichen Raumes erzeugt, der das Sinnbild der angeblich grenzenlosen Fürstenmacht sein sollte."[1] Der Schein muß ersetzen, was an machtpolitischem Vermögen fehlt. L. Mumford weist darauf hin, daß die neuen Stadtplaner oft gleichzeitig Bühnenbildner sind (Servandoni, Inigio, Jones, Bernini) und sieht in der barocken Stadt den "Versuch eines Bühnenbildes: ein Prospekt für die absolute Macht. Reichten die königlichen Finanzen nicht aus, um hinreichend großartige Bauwerke in Marmor zu errichten, so ahmte man den Marmor in Gips und Farbe nach, oder eine monumentale Fassade verbarg hinter sich ein unbedeutendes Gebäude."[2] Vor allem bei der Platzgestaltung wird die Fassade meist zur bloßen Schauwand, die den individuellen Charakter der einzelnen Gebäude nicht nur zurücktreten läßt, sondern gleichsam als Kulisse die dahinterliegenden ärmlichen Baumassen versteckt. "Es gehört ja zur barocken Architektur wesentlich die Architekturphantasie, das "Luftschloß", daß sich in einem freien Aufflug des Planers der Beengung durch die materiellen Hindernisse überhebt."[3] Meist scheitern die kühnen Pläne an der vermeintlich überwindbaren Realität, denn "Kaum eine der fast immer riesigen Schloßplanungen trat ohne starke Abstriche in die Wirklichkeit, nicht Berlin, nicht Schleißheim, Dresden, Mannheim, um nur einige zu nennen."[4] Die bauliche Gestalt der Residenzstädte bildet so ein Bühnenbild für das Schauspiel feudalabsoluter Herrschaftsausübung "sowohl die Naturgegebenheiten (Landschaft, Anpflanzungen, Wasser) als auch die Untertanen geraten in die Rolle von Requisiten"[5]; obwohl Scheinwelt, stellt das Bühnenbild für die Betroffenen, für die

---

1) G. Schilfert, a.a.O., S. 32.
2) L. Mumford, a.a.O., S. 440.
3) A.v.Reitzenstein, a.a.O., S. 156
4) derselbe, a.a.O., S. 166.
5) W. Müller, a.a.O.,S. 448.

Untertanen, bauliche Realität dar und entspricht ihrer konkreten politischen und sozialen Unterordnung unter den fürstlichen Machtapparat.

Die gesamte barocke Stadtanlage wird, zunächst bei den Neugründungen, schließlich aber auch in älteren Residenzen, durch das Schloß beherrscht als äußerer "Ausdruck des auf die Spitze getriebenen Machtwillen des Herrschers."[1] Die Beziehung zwischen Residenz und Stadt wird durch die achsiale Komposition bestimmt, wie sich beispielsweise im Place Vendome in Paris, aber auch im Königsplatz in München zeigt. Die Achse tritt überall als Verlängerung, als Ausfluß des Schlosses in Erscheinung, denn "im Grundriß und im räumlichen Gefüge der Stadt hat das Schloß die Führung, indem es dort, wo keine Bindungen an Vorhandenes bestanden, zum Ziel und Blickpunkt einer Achse gemacht wird ... In all den vielen deutschen Residenzstädten, in Ludwigsburg und Karlsruhe, Mannheim und Bruchsal, in Rastatt und Nymphenburg, überall steht nun das Schloß nicht mehr als Klotz, nur als Körper im Stadtbild (wie in Aschaffenburg), sondern es strahlt von ihm eine Fülle außerräumlicher, das ganze Stadtbild durchdringender Beziehungen aus."[2] Der Barocke Grundriß ist gekennzeichnet durch die achsiale Symmetrie unter Betonung der zum Schloß führenden Mittelachse. Als Abschluß der einzelnen untergeordneten Achsen tritt stets ein Gebäude der Macht in Erscheinung[3], z.B. die Garnison, das Gefängnis, das Amtsgebäude, so daß die absolute Herrschaft in der baulichen Darstellung ihrer Institutionen als allgegenwärtig auftritt. Läßt sich die achsiale Symmetrie auch im Raster- oder Gitternetzplan verwirklichen, wie z.B. in Mannheim, so ist jedoch der sternförmige Stadtplan die originelle Leistung des Barock, wie sie in Karlsruhe (18. Jh.) auf deutschem Territorium wohl am ausgeprägtesten in Erscheinung tritt, so daß K. Gruber diese Stadt als "reinste

---

1) P. Wolf, a.a.O., S. 52.

2) K. Gruber, a.a.O., S. 155.

3) vgl. derselbe, a.a.O., S. 151.

Verkörperung des Absolutismus" ansieht.[1] Der Grundriß dieser Residenzstadt ist so konzipiert, daß der Turm des Schlosses zugleich den Kreismittelpunkt und Drehpunkt eines Fächers bildet, "dessen Rippen wie Strahlen auf das Zentrum der Residenz zulaufen und von einem Halbmesser sowie von einer breiten Ost-West-Magistrale in ständische Strukturbereiche aufgegliedert werden."[2] Der Schloßpark ist in die Komposition einbezogen. Als breite Tangente lehnt sich die städtische Fernverkehrsachse an den inneren Kreis, deren Enden jeweils symbolische Stadttore bilden. Rathaus und evangelische Stadtkirche stehen sich auf dem achsialen mittleren Platz gegenüber und dokumentieren so die Unterordnung unter die fürstliche Gewalt.
Nicht nur die Achsenführung, sondern auch die Platzgestaltung der Residenzstädte widerspiegelt baulich den herrschaftlichen Anspruch. Eingerahmt von Häusern, die infolge gleicher Dachhöhe und einheitlicher Fassade ihren individuellen Charakter verlieren und nur noch als uniforme Raumwandelemente in Erscheinung treten, setzt in der Mitte des Platzes ein Herrschaftsbild, etwa ein Reiterstandbild des Fürsten, den repräsentativen absoluten Bezug. Die Atomisierung des sozialen Lebens, die auf die uniforme Masse unterschiedsloser Untertanen zielt, die einem herrschenden omnipotenten Individuum gegenüberstehen, findet ihre bauliche Entsprechung in dem alles beherrschenden Residenzschloß, das der unterschiedslosen Masse der Bürgerhäuser gegenübersteht.

Die Achse, die breite Straße als Avenue bleibt das beherrschende Moment barocker Konzeption. Im Gegensatz zur Fußgängerstadt des Mittelalters mit ihren verwinkelten Gassen und Passagen veranschaulicht die Straßenführung der barocken Stadt die Bedürfnisse des aufkommenden privaten Fahrverkehrs. "Nicht Fußgänger, Reiterzüge und Equipagen setzen die Maße"[3] und bestimmen den Rhythmus der Stadt. Die Art der Fortbewegung

---

1) vgl. K. Gruber, a.a.O., S. 158.
2) P. Schöller, a.a.O., S. 37.
3) derselbe, a.a.O., S. 38.

wird zum Ausdruck der Vermögenslage, die im 19. Jahrhundert ihr bauliches Abbild in der Trennung von Fahrbahn und Gehsteig findet.
Andererseits entspringt die Avenue, und das ist ihre herrschaftlich wichtigere Funktion, dem Bedürfnis militärischer Bemonstration. Hatte bereits Alberti zwischen Haupt- und Nebenstraßen im Stadtplan unterschieden und die ersteren als "viae militares" bezeichnet, so plante Paladio überall Straßen gleicher Breite, "daß es keine Stelle gebe, an der ein Heer nicht mühelos marschieren kann."[1] Die breite Straße wird damit zum Transmissionsriemen militärischer Gewalt, die es zum Schutz der absoluten Macht des Fürsten und seines Hofes zu demonstrieren und letztlich auch physisch einzusetzen gilt. L. Mumford weist darauf hin, daß gemäß der Bedeutung des Heeres als Zwangsinstrument in den Händen der herrschenden Klasse der militärische Verkehr für den barocken Stadtplan zum ausschlaggebenden Faktor wir; Kaserne, Exerzierplatz und Paradestraße "sorgten symbolisch und tatsächlich dafür, daß 'alles unter Kontrolle' war."[2] Selbst der sternförmige Grundriß verdankt seine Ausführung nicht zuletzt der militärischen Bedeutung; macht doch diese Konzeption den Einsatz von Artillerie in der Stadt möglich, die von dem zentralen Punkt aus sämtliche Zufahrtstraßen zum Zentrum der Macht, der fürstlichen Residenz, zu beherrschen in der Lage ist.[3]

Die Unterordnung des Städtebaus unter militärische Erwägungen findet in der Bautätigkeit Friedrich Wilhelm I. (1713-1740) ihre geradezu manische Ausprägung. Unter dem Leitspruch "Armee und Menage"verwandelt dieser Herrscher die von seinen Vorgängern prunkhaft ausgestattete Königsstadt Berlin in einen einzigen Exerzierplatz und eine überdimensionale Kaserne. Der Lustgarten vor dem Schloß mit seinen seltenen Zierpflanzen und seinen kunstvollen Fontainen wird zu einem öden militärischen Übungsplatz umgewandelt; weitere Exerzierplätze entstehen in Tiergarten und Tempelhof. Die neue Stadtmauer von

---

1) Paladio zit. nach L. Mumford, a.a.O., S. 430.
2) L. Mumford, a.a.O., S. 422.
3) vgl. derselbe, a.a.O., S. 430ff.

1735, teilweise ein Palisadenzaun, dient nicht der Verteidigung, sondern der Überwachung der Bürger: "Ihr einziger Zweck ist es, die Soldaten an der Desertation zu hindern und die Einbeziehung der Akzise zu garantieren."[1] Soweit neue Straßen und Plätze entstehen, sind sie dem militärischen Spleen des "Sergeanten auf dem Königsthron" zu verdanken. Als Vorlage dient der Pariser Stadtplan, aus dem der König die Plätze abzeichnet: das Quarré (Pariser Platz), das Oktogon (Leipziger Platz), das Rondell (Belle-Alliance-Platz, heute Mehringplatz) und die Ausgestaltung des Wilhelmplatzes.[2] Der Neubau der Straßenzüge dient nicht zuletzt der Unterbringung des Militärs, wird doch in fast allen Städten das fürstliche Garnisonsrecht geltend gemacht. Der Ausbau der Dachgeschosse zu Wohnungen verdankt dieser Tatsache seine Existenz. Bis 1764 wird in Berlin das Militär in Bürgerquatieren eingewiesen; erst danach entstehen Kasernenbauten. Um den notwendigen Wohnraum für die mehr als 40 000 Soldaten bereitstellen zu können, werden Dachausbauten und Umbauten mittels Staatszuschüssen finanziert.[3] Die Bautätigkeit unter Friedrich Wilhelm I. ist in besonderem Maße mit der Ausweitung des stehenden Heeres (bis 1740 auf 80 000 Mann) verknüpft, für die es Unterkünfte zu schaffen gilt.[4]

In engem Zusammenhang damit steht der Ausbau der brandenburgisch-preußischen Städte, allen voran Berlin. Hierbei erweist sich die vielbeschworene Sparsamkeit und Finanzkunst des Soldatenkönigs als despotische Machtausübung: Während sein Vater noch mit Geld gebaut hatte, baute dieser Meister der Finanzen hauptsächlich mit Drohungen und Befehlen. So gelingt es ihm für 30 000 Taler die ganze Friedrichstadt auszubauen und 1.400 Häuser zu errichten. Ohne Rücksicht auf die Bodenbeschaffenheit wird den von dem Baukommissar und

---

1) H. Kotschenreuther, a.a.O., S. 51.

2) vgl. derselbe, a.a.O., S. 49ff.

3) vgl. W. Zorn, Sozialgeschichte 1648-1800, a.a.O., S. 579 u.587.

4) vgl. H. Haussherr: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit. Vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts. Köln/Graz ^{3}1960, S. 260.

dem Baumeister ermittelten "Baubewerbern" ein Grundstück zugewiesen und 10% der Bausumme ausbezahlt. Die Unglücklichen werden nun gezwungen zu bauen und mancher kann sich nur durch sofortige Flucht vor der existenzgefährdenden Bauwut des Königs retten.[1] Dieses Beispiel fürstlicher Bautätigkeit mag extrem sein, aber es zeigt deutlich, daß die Bauinitiative im Absolutismus weniger den Bedürfnissen der Untertanen, als vielmehr den Machtinteressen des Herrschers dient. Die Residenzstädte stehen fast vollkommen unter der baulichen Regie der absolutistischen Fürsten, so daß sich die Herrschaftsarchitektur einer jeden Regierungsperiode wie eine Folie über die architektonische Selbstdarstellung des Vorgängers legt, denn was Berlin, Kassel, Dresden, München, Stuttgart und Hannover, um nur einige Beispiele zu nennen, zu ihrer landeshauptstädtischen Bedeutung erhebt, ist nicht das Werk einer Generation.[2] Die Erscheinungsformen der Strukturmomente der absolutistischen Barockstadt sind vielfältig, je nach den ökonomischen und politischen Möglichkeiten des jeweiligen Herrschers und nach seinem individuellen, von den verschiedensten Vorbildern geprägten Geschmack. Die Entwicklung der Territorien, als Resultate vieler verschiedener Kräfte ist ausschlaggebend für die gesamte städtische Entwicklung infolge des kulturprägenden Einflusses auf der Grundlage der fortgeschrittenen Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land und der damit verbundenen Wirtschaftsverflechtung. Hinzu tritt die oft gleichgerichtete Formkraft der einzelnen Konfessionen. Regionale Sonderungen ergeben sich wesentlich auf der Grundlage der territorialen Entwicklung, die Gegensätze der städtischen Funktion und der topographischen Lage in der Ausrichtung auf ein einheitliches Ziel. Die Vielfalt der Territorien führt gleichzeitig zu einer Vielfalt kultureller Sonderentwicklungen, die ihre Einheit lediglich in einem mehr oder weniger einheitlichen Herrschaftsstil findet; die absolutistische Stadtentwicklung hat eine Zunahme der Differenzierungen im Baucharakter der Stadtgruppen herbeigeführt.[3]

---

1) vgl. H. Kotschenreuther, a.a.O., S. 50f.

2) vgl. P. Schöller, a.a.O., S. 38.

3) vgl. derselbe, a.a.O., S. 39ff.

Nicht nur die kleineren und größeren Landstädte der einzelnen Territorien richten sich nach dem kulturellen Vorbild der Residenzen in der baulichen Ausgestaltung ihrer öffentlichen Gebäude, sondern die selbständigen geistlichen Residenzen und die freien Reichsstädte gelangen gleichsam nach dem Gesetz der Schwerkraft unter den kulturellen Einfluß der absolutistischen Zentren. Namentlich die Fürstbischöfe und Fürstäbte wetteifern mit ihren weltlichen Standesgenossen in der Demonstration ihrer Macht, regieren sie doch ihren Territorien nicht minder absolut. Die aufwendige Darstellung ihrer Macht und ihres Gottesgnadentums, wie sie sich in der Würzburger Residenz der Fürstbischöfe von Schönborn manifestiert, läßt die beschränkten Möglichkeiten des kleinen Landes vergessen, legt gleichzeitig Zeugnis ab über den Grad der Ausbeutung des Volkes, auf der diese kulturelle Leistung geschaffen wird, G. Schilfert bezeichnet die 'geistlichen Staaten' als besonders rückständige und reaktionäre Gebilde, in denen z.T. die Lage der Bauern besonders bedrückt ist.[1)]

In den Reichsstädten maßt sich der patrizische Rat die Stellung eines Territorialfürsten an und beansprucht entsprechende Macht. Aus dem gewählten Gremium ist im Zuge der feudalen Reaktion ein erblicher Stand in der Stadt geworden, der in der Durchsetzung des Adelsprivilegs seine reaktionäre Stellung unterstreicht. Auch in den Hansestädten Hamburg, Bremen, Lübeck wird der Rat von einem mehr oder weniger festen Kreis alter Ratsgeschlechter beherrscht; die unteren Schichten der städtischen Bevölkerung werden von der Stadtherrschaft ausgeschlossen.[2)]
Die Anmaßung des Rates verschärft die Widersprüche zwischen der herrschenden städtischen Geldaristokratie und der Masse der kleinen Gewerbetreibenden, die zumindest eine Kontrolle über die städtische Finanzwirtschaft fordern. In einer Vielzahl von Städten kommt es zu Auseinandersetzungen, die in

---

1) vgl. G. Schilfert, a.a.O., S. 64.
2) vgl. W. Zorn, Sozialgeschichte 1648-1800, a.a.O., S. 576ff.

Hamburg bereits 1684 beginnen, in Nürnberg hingegen erst um 1788, so daß man von einer typischen Erscheinung in der Stadtgeschichte des 18. Jahrhunderts sprechen kann. Infolge militärischer Interventionen des kaiserlichen Stadtherrn oder durch die Anrufung des Reichsgerichts seitens des Rates werden die Streitigkeiten fast ausnahmslos zugunsten des herrschenden Rates entschieden.[1] Die Anlehnung der herrschenden städtischen Geldaristokratie an den großen Feudaladel dokumentiert sich auch kulturell. Auf der politischen und sozialen Grundlage der herrschenden patrizischen oder kaufmännischen Schicht bildet sich im 18. Jahrhundert in der Nachahmung des großen Feudaladels ein spezifisch bürgerlicher Barock heraus. "Zahlreiche prächtige Kaufmannsbauten des Barock und Rokoko in den bedeutenderen Handelsplätzen, kunstvolle Gartenanlage, Grabmäler, Sammlungen und Stiftungen zeugen davon."[2]
Insgesamt gesehen tritt dieser bürgerliche Barock hinter der barocken Manifestation territorialer Herrschaft zurück. Die bürgerlichen Barockbauten bleiben als Einzelbauwerke ohne gravierenden Einfluß auf die Stadtkonzeption und sind ihrer gesellschaftlichen Aussage nach wesentlich den bürgerlichen Renaissancebauten verbunden.

Etwa seit 1725 erlebt die aristokratische höfische Bautätigkeit einen Umschwung: in Deutschland wird das Rokoko zum neuen Herrschaftsstil des Adels. Während bürgerliche Kunstgeschichtler diesen Stil als Weiterentwicklung des Barock, als Spätbarock betrachten, und ihm die Qualität eines eigenen Stils absprechen[3], verweist N. Brunow darauf, daß das Rokoko nicht nur den dekorativen Schmuck, sondern das Bauwerk als Ganzes betrifft und damit den eigenen stilistischen Charakter dieser Architektur hervorhebt.[4]

---

1) vgl. G. Schilfert, a.a.O., S. 8ff.

2) W. Zorn, Sozialgeschichte 1648-1800, a.a.O., S. 594.

3) vgl. F. Baumgart: Geschichte der abendländischen Baukunst. Köln 1960, S. 209f.

4) v l. N. Brunow, a.a.O., S. 278ff.

Im Gegensatz zu Frankreich, wo das Rokoko die Auflösung der höfischen Kunst signalisiert, die Verlagerung des gesellschaftlichen Schwerpunktes vom Hof (Versailles) auf die Stadt (Paris) nach dem Tode Ludwig XIV. wird der Stil in Deutschland in der Verbindung mit dem Barock zur neuen Herrschaftsarchitektur. Unterschiede innerhalb des Stiles ergeben sich wesentlich aus dem verschiedenen Einfluß; so ist das friederizianische Rokoko, wie es in Sanssouci bei Potsdam in Erscheinung tritt, stärker von der französischen Entwicklung beeinflußt als das bayerische, fränkische und österreichische. Erweist sich das Rokoko in Frankreich nicht mehr als 'Königskunst', sondern als Kunst der konservativen Geldbourgeoisie und hauptsächlich der feudalen Aristokratie, so dient das neue Ausdrucksrepertoire in Deutschland dem Luxusbedürfnis fürstlichen Wohnens. Nicht hôtels und petites maisons, sondern aufwendige Lustschlösser entstehen in der Übernahme des Rokoko[1]: Sanssouci, Amalienburg, Schönbrunn u.a.m. Gleichwohl zeigt sich hier das Moment des Rückzuges in eine separate, heile Luxuswelt, die in der Ausbeutung und Verelendung der unteren Bevölkerungsschichten ihre materielle Basis findet. Nicht das Schloß allein, sondern der Widerspruch zwischen fürstlicher Wohnweise und den unzumutbaren Wohnbedingungen der arbeitenden Bevölkerung eröffnet die reale Dimension. So ist z.B. Sanssouci vor dem Hintergrund der frühen Arbeiterviertel in Berlin zu sehen, wie sie ein Zeitgenosse schildert: "Die Gegenden um die Stadt herum sowie auch vor den Toren sind mit Land-, Brau- und Fabrikhäusern sowie auch mit Kasernen angebaut. Kommt man vom Rosenthaler, Hamburger, Kottbuser und Schlesischen Tor herein, so hat Berlin ein sehr trauriges Ansehen; sehr niedrige schlechte Häuser, wo die Armut ihr Schild angehangen hat - Menschen in den zerlumptesten Kleidern und Kinder halb nackend, die aus den Häusern herauskriechen, sind der erste Anblick, der sich aber nach und nach erheitert, sowie man in das Innere der Stadt kommt und den Neuen und Hackeschen Markt berührt, wo man Steinpflaster, schöne Häuser

---

1) vgl. A. Hauser, Sonderausgabe, a.a.O., S. 517ff.

und bessere Menschenphysiognomien findet."[1] Doch während in Frankreich das Rokoko der Krise des 'ancien regime' ihren architektonischen Rahmen gibt, scheint in Deutschland die Übernahme purem kulturellen Mitläufertum zu entspringen, das die gesellschaftlichen Bedingungen des neuen Stils nicht erkennt. "Denn die Deutschen machen den höfisch aristokratischen Stil der Franzosen nicht nur als Schüler und Anhänger mit, sondern übernehmen ihn entweder durch den direkten Import der Künstler und Kunstwerke oder durch die sklavische Nachahmung nach französischem Muster."[2] In dieser Nachahmung kommt die Differenz in der gesellschaftlichen Entwicklung zum Ausdruck: Unfähig zu einer einheitlichen nationalen ökonomischen und politischen Entwicklung, fehlen die Kräfte zur Entwicklung einer eigenen kulturellen Qualität.
Während Philipp von Orléans den Hof von Versailles nach Paris verlegt, was einer Auflösung des Hofes gleichkommt[3], wird z.B. in Preußen ein separater, von der Stadt getrennter Hof erst geschaffen. Auf die beginnende Emanzipation der Bourgeoisie verweist die Tatsache, daß Potsdam trotz aller Bemühungen nicht zu einem mit Versailles vergleichbaren Machtzentrum werden kann, sondern Berlin die Hauptstadtfunktionen überlassen muß.[4]

---

1) J.F. Knüppeln zit. nach H. Kotschenreuther, a.a.O., S. 58.
2) A. Hauser, Sonderausgabe, a.a.O., S. 620.
3) vgl. derselbe, a.a.O., S. 517.
4) vgl. P. Schöller, a.a.O., S. 38f.

III. Bürgerlich kapitalistische Emanzipation und Städtebau

1. Architektur als Medium ideologischer Auseinandersetzungen

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wird das Rokoko in Frankreich vom Klassizismus abgelöst. Dieser letzte feudale Herrschaftsstil vor der Beseitigung des feudalabsolutistischen Regimes durch die Französische Revolution trägt bereits die Spuren des ideologischen Einflusses der bürgerlichen Aufklärung; deshalb wird er fälschlicherweise als 'bürgerlicher Klassizismus' bezeichnet. In seiner Aufnahme aufklärerisch rationalistischer Elemente stellt der neue Ausdrucksstil gegenüber dem Rokoko eine progressive Tendenz in der architektonischen Entwicklung dar; so kommt beispielsweise der Einfluß des bürgerlichen Geschmacks und der bürgerlichen Lebensweise auf den Adel in der Intimität des 'Petit Trianon' zum Ausdruck, das in der baulichen Betonung des Speisesaales, dem Mittelpunkt bürgerlichen Familienlebens, den Charakter einer privaten Wohnstätte annimmt.[1] Nicht der omnipotente Herrscher bildet den Bezugspunkt einer repräsentativen Architektur, sondern, wie in den Renaissancevillen des 16. Jahrhunderts, das Individuum.

Der Klassizismus ist jedoch keine einheitliche Bewegung, sondern die Entwicklung der Auseinandersetzung zwischen Klassizismus und Rokoko verläuft in mehreren Phasen bis ca. 1780, wobei es z.T. auch zur Vermischung der heterogenen Stile kommt; z.B. sind Rokoko Interieurs hinter klassizistischen Fassaden keine Seltenheit.

A. Hauser weist nach, daß der Klassizismus nicht die Kunst der Revolution ist, sondern daß im Klassizismus die Kunst in ihrer politischen Entwicklung zurückbleibt und sich teilweise in antiquierten Formen bewegt.[2]

Das Auftreten einer mehr als oberflächlichen Wandlung im ästhetischen Ausdruck der herrschaftlichen Bautätigkeit aber

---

1) vgl. M. Brunow, a.a.O., S. 284ff.

2) vgl. A. Hauser, Sonderausgabe, a.a.O., S. 657ff.

hat stets seine Wurzeln in der Veränderung der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Grundlage des französischen Klassizismus ist der Widerspruch zwischen der sich entwickelnden materiellen Produktion auf der Grundlage verbesserter Produktivkräfte und dem feudalen Gesellschaftssystem, das der Schaffung entsprechender Produktionsverhältnisse entscheidende rechtliche, politische, soziale und ideologische Hindernisse entgegensetzt. Mit der gewaltsamen Lösung dieses Widerspruchs verschwindet auch die Basis des Klassizismus. Die Französische Revolution von 1789 bringt keine Ausweitung der klassizistischen Bautätigkeit, sondern sie verhilft einer anderen Bewegung zum Durchbruch, die aber gleichzeitig die realen Bedingungen nicht nur der eigenen Existenz, sondern auch der gesellschaftlichen Bewegung negiert: die Romantik.[1)]

In Deutschland, namentlich in Preußen, tritt der Klassizismus in dem Moment als Herrschaftsstil auf, in dem die Revolution in Frankreich bereits vollzogen ist. Der Bau des Brandenburger Tores (1889 - 1894) leitet in Preußen die Entwicklung des Klassizismus ein.[2)] Wie in Frankreich ist auch in Deutschland der neue Herrschaftsstil Ausdruck des ideologischen Einflusses des Bürgertums auf den herrschenden Feudaladel; das wird besonders in der Gestalt Friedrich II. deutlich, der verbal aufklärerischen Absolutismus vertritt, in seiner Regierung aber die despotische Politik des preußischen Junkertums betreibt, in der die Staatsraison entscheidet. Die verbale Anpassung des Feudalabsolutismus an die Ideologie des Bürgertums ist Ausdruck der veränderten ökonomischen und sozialen Basis der absolutistischen Herrschaft und dient objektiv, wie die Propagierung aufklärerischer Ideen durch die Vertreter der Feudalklasse, der ideologischen Verschleierung der herrschenden Klassenwidersprüche.[3)] Zweifelsfrei ist es kein Zufall, wenn der Beginn der klassizisti-

---

1) vgl. A. Hauser, Sonderausgabe, a.a.O., S. 671ff.
2) vgl. H. Kotschenreuther, a.a.O., S. 60.
3) vgl. G. Schilfert, a.a.O., S. 156ff.

schen Bautätigkeit in den deutschen Territorien in die unmittelbare Folgezeit der Französischen Revolution fällt und sich vor allem in Preußen ein eigener preußischer Klassizismus unter Friedrich Wilhelm II. entfaltet. Da sich in der Architektur die Weltanschauung weniger der Architekten als vielmehr die der Auftraggeber widerspiegelt, die Sprache der Architekten von den Erwartungen und Bedürfnissen der Herrschenden bestimmt ist[1], bleibt die Aufnahme bürgerlicher Ideologien in den Formen der klassizistischen Architektur Fassade: der deutsche Klassizismus wird zum Ausdrucksstil der feudalen Reaktion auf die Französische Revolution. Gleichwohl zeugt die Notwendigkeit des Eingehens auf die bürgerliche Ideologie von der Krise und dem Niedergang des absolutistischen Herrschaftssystems und vom Erstarken der Bourgeoisie auch in Deutschland, denn am Ende des 18. Jahrhunderts war die deutsche Bourgeoisie "so stark, daß sie ohne das Gängelband des Merkantilismus laufen konnte. Das System der bürokratischen Bevormundung, das besonders unter Friedrich II. blühte, wurde jetzt zu einem Hindernis."[2]

Der Aufstieg des Bürgertums vollzieht sich bis in die 40er Jahre des 19. Jahrhunderts auf der Grundlage der Manufaktur und des Handwerks; die industrielle Entwicklung hat noch nicht eingesetzt. Zwar wird 1784 in Ratingen die erste mechanische Spinnerei gegründet, im Manfelder Bergrevier 1785 die erste Dampfmaschine eingesetzt, 1794/96 der erste deutsche Kokshochofen in Gleiwitz/Oberschlesien errichtet und 1799 der zweite in Königshütte, doch kann insgesamt noch nicht von einer Technisierung der Produktion gesprochen werden.[3] Bei einer Gesamtzahl von etwa 1000 Manufakturen um 1790,

---

1) vgl. J. Janssen: Der Mythos des 20. Jahrhunderts in der Architekturtheorie der BRD. (Vortrag 1965) In: H.G. Helms/ J. Janssen (Hrsg.), Kapitalistischer Städtebau, a.a.O., S.181.

2) H. Mottek, a.a.O., S. 359.

3) vgl. H. Böhme: Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt ^{2}1968, S. 14ff.

von denen ca. 1/3 dem Textilgewerbe angehören, in den Grenzen des damaligen Reiches[1], ist die gewerbliche Produktion überwiegend handwerklich und bewegt sich im Rahmen der alten Zunftverfassung, deren Macht noch keineswegs gebrochen ist, auch wenn sie staatlich kontrolliert wird.[2]
Aus eigener Kraft aber kann sich die Bourgeoisie in Deutschland nicht über den erreichten Stand hinaus entwickeln. "Der Zustand Deutschlands 1789. Die reine Sackgasse - nur von außen konnte Hilfe kommen, die französische Revolution brachte sie."[3] Diese Hilfe besteht zunächst in der Beseitigung der Feudallasten in den von der französischen Revolutionsarmee besetzten linksrheinischen Gebieten (1792). Napoléon I. schreitet zur Liquidierung des 'Heiligen Römischen Reiches' und zur tendenziellen Beseitigung der territorialen Zersplitterung durch die Bildung größerer Territorien.[4] Mit der Durchsetzung des Reichsdeputationshauptschlusses am 25.2.1803 verschwinden nach französischem Plan mit der Arrondierung der Gebiete 112 Reichsstände, wechseln ca. 3 Mill. Menschen die Staatsangehörigkeit; ferner erfolgt die Säkularisierung der geistlichen Fürstentümer mit Ausnahme derer der Reichsdeputationsmitglieder, des Hoch- und Deutschmeisters und des Kurfürsten von Mainz. Säkularisierung und Mediatisierung kleiner Fürstentümer und Grafschaften gehen Hand in Hand; von den zahlreichen Reichsstädten behalten nur Frankfurt, Nürnberg, Augsburg und die Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck ihre Reichsunmittelbarkeit und damit die

---

1) vgl. W. Zorn, Handel und Gewerbe 1648-1800, a.a.O., S.549f.

2) Um die Zunftauseinandersetzungen und die Gesellenbewegung in den Griff zu bekommen, war bereits 1731 auf Betreiben Preußens eine Reichszunftordnung durchgesetzt worden, die die einzelnen Zünfte unter die Polizeiaufsicht des jeweiligen Territorialstaates stellte.
vgl. W. Treue: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit. Im Zeitalter der industriellen Revolution 1700-1960. Stuttgart 1962, S. 172f.

3) F. Engels zit nach G. Schilfert, a.a.O., S. 220.

4) vgl. F. Engels: Deutsche Zustände. 1. Brief an den Redakteur des Northern Star. In: K. Marx/F. Engels, Deutsche Geschichte, Frankfurt M 1969, S. 39.

politische Selbständigkeit.[1] Mit dem Erlöschen des deutschen Kaiserreiches werden diese Reichsstädte zu den ersten Stadtrepubliken auf deutschem Boden und damit aus "reichsfreien Bürgern""vogelfreie Republikaner", die allerdings ihren neuen Status nicht politisch und rechtlich umzumünzen in der Lage sind. Die konservative Herrschaft der Kaufmannsgeschlechter bzw. Patrizier bleibt bestehen, die die alte Ratsverfassung gegen Reformen verteidigt. In Hamburg sind nach 1841 bei einer Einwohnerzahl von 130 000 nur 6 882 Bürger stimmberechtigt.[2] Auch in anderen Städten bleibt die Zahl der mit Bürgerrecht ausgestatteten Einwohner hinter der Gesamteinwohnerzahl erheblich zurück.

Mit dem Einmarsch der Armee Napoléons, dem Repräsentanten der nach europäischer Herrschaft strebenden französischen Bourgeoisie in das Herzogtum Berg und das Königreich Westfalen beginnt auch hier die Beseitigung der Feudalverhältnisse. Mit der Niederlage Preußens 1806 bei Jena und Auerstedt, die die Überlegenheit der bürgerlichen Armee über den junkerlichen Militärstaat dokumentiert, gewinnen die Reformkräfte Einfluß auf die Politik, denn es wird offensichtlich, daß nur in der Beseitigung der feudalen Fesseln eine nationale Unabhängigkeitsbewegung zu schaffen ist. Nur um den Preis von Reformen gegen die Selbstsucht der Junker kann nicht nur der völlige Untergang Preußens vermieden werden, sondern lassen sich auch die letzten Reserven für eine nationale Erneuerung mobilisieren.[3]
Die Bauernbefreiung, die Gewerbe- und Städteordnung markieren den Ausgangspunkt der Beseitigung der feudalen Produktionsverhältnisse in Preußen und "leiten darüber hinaus die Modernisierung des Staatsapparates ein, indem sie dem Bürgertum

---

1) vgl. M. Braubach: Von der Französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß. In: B. Gebhard (Hrsg.), Handbuch der deutschen Geschichte Bd. 3, Von der Französischen Revolution bis zum ersten Weltkrieg, 8. vollst. neu bearb. Aufl. Stuttgart 1960, (verb. Nachdruck 1962), S. 28f. (zit. als B. Gebhard, Handbuch, a.a.O.).

2) vgl. E.v. Lehe/H. Ramm/D. Kausche, a.a.O., S. 139ff.

3) vgl. H. Mottek: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands Bd. 2. Berlin 1969, S. 5ff.

in Gestalt der städtischen Selbstverwaltung die Möglichkeit gab, zunächst wenigstens bei der Entscheidung lokaler Angelegenheiten mitzubestimmen."[1] In der Annahme, die Haus- und Grundbesitzer seien am meisten an der städtischen Entwicklung interessiert, erhalten sie 2/3 der Stimmen in der Stadtverordnetenversammlung; damit entscheiden sie über das Schicksal der Stadt in einer Zeit, als Hausbesitz für eine städtische Existenz zunehmend an Bedeutung verliert. Selbst nach der Auflösung des Dreiklassenwahlrechts 1850 stellen die Haus- und Grundbesitzer noch 50% aller Stadtverordneten, während sie z.B. in Berlin nur 1% der Gesamtbevölkerung ausmachen.[2] Diese Bindung der städtischen Entscheidungsgewalt an den Haus- und Grundbesitz, wird mit der Umwandlung des Bodens in ein Objekt zur 'Wertschöpfung', d.h. zum Objekt der parasitären Teilhabe am industriell erzeugten Mehrwert, Grundlage für die Stadtentwicklung nach den spekulativen Interessen der Haus- und Grundeigentümer.

Auch in anderen Territorien kommt es zur Aufhebung der Leibeigenschaft und zur Lockerung der zünftigen Fesseln.[3] Die Ablösung des feudalen Obereigentums gegen Geld oder eines Teiles des bäuerlichen Bodens überführt das Nutzungseigentum in Privateigentum an Grund und Boden, bildet die Voraussetzung für die Umwandlung des feudalen Ausbeutungsverhältnisses auf dem Lande in ein kapitalistisches. Da gleichzeitig der Kreis der Bauern, die ihren Besitz in Eigentum umwandeln können, Bauernstellen, also auf vermögende Bauern - gleichzeitig aber der Schutz gegen das Bauernlegen aufgehoben wird, führt

---

1) H. Mottek, a.a.O., S. 8.

2) vgl. H. Fassbinder et al. (Redaktionskollektiv): Berliner Arbeiterviertel I. Material zur Entwicklung der Wohnverhältnisse der proletarischen Massen bis 1914. Seminarveröffentlichung Berlin 1970, S. 151.6. (zit. als H. Fassbinder et al., Berliner Arbeiterviertel, a.a.O.).

3) Die Leibeigenschaft wurde in Baden bereits 1783 aufgehoben, in Bayern 1808, in Hessen 1811, in Württemberg aber erst 1819.
vgl. J. Kulischer, a.a.O., S. 434f.

die Bauernbefreiung überwiegend zur 'Befreiung' der Bauern von ihrem Land und begünstigt die Bildung von Großgrundbesitz.[1] So endet für viele Bauern die sog. Bauernbefreiung in einer neuen Gebundenheit in städtisch-industriellen Ausbeutungsverhältnissen. Gleichzeitig bewirkt die Umwandlung des Grundeigentums in Privateigentum eine Endgrenzung der Stadt von der unsichtbaren Schranke feudaler Besitzverhältnisse, die sich wie eine zweite Mauer um die städtische Bannlinie legte und die Stadt ebenso einschloß, wie der Verteidigungswall. Dem Erwerb von ehemals feudalem Grundeigentum außerhalb der Stadt werden keine rechtlichen Schranken mehr entgegengesetzt; diese Fessel städtischer Ausdehnung ist gesprengt.

Auch die Gewerbeordnung steht unter dem Zeichen der Beseitigung von entscheidenden Hindernissen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Indem die Ausübung eines Gewerbes nur noch von der Lösung eines Gewerbepatentes abhängig gemacht wird, bedeutet die neue Gewerbeordnung Sprengung der Zünfte durch die Beseitigung ihrer gewerblichen Organisation, ihrer Beschränkung der Gesellen- und Lehrlingszahlen, der Produktionsmethoden und die Abschaffung der Privilegien, Konzessionen etc. Infolge der Freisetzung der Zunftgenossen steigt die Anzahl der Klein- und Alleinmeister und führt zu einer Überbesetzung einzelner Handwerkszweige und zur Proletarisierung der Handwerker, die neben ungelernten Handwerkern, Bauern und Bauernsöhnen in den Manufakturen Beschäftigung finden oder in die Abhängigkeit von Verlegern geraten.[2] Diese Entwicklung nimmt mit den genannten Reformen erst ihren Anfang, um sich in den 40er Jahren vollends durchzusetzen und für die aufkommende Industrie die notwendige industrielle Reservearmee zu liefern. Die zunehmende Zahl der Arbeiter schlägt sich baulich in der steigenden Zahl von Mietwohnungen und Wohnungssuchenden und in der Überbelegung der Wohnungen nieder.

---

1) vgl. F. Engels: Zur Geschichte der preußischen Bauern. In: MEW Bd. 21, S. 238ff.

2) vgl. F. Lütge, a.a.O., S. 442ff.

Mit dem Sturz Napoléons und dem Ende der Französischen Revolution durch die vereinigte europäische Reaktion erfolgt die Revidierung der zuvor gewährten Freiheiten; zum Teil wird die Zunftverfassung wieder eingesetzt und in einigen Ländern das feudale Eigentumsrecht wieder hergestellt. Zwar ist das frühere Ausmaß der Zersplitterung beseitigt, aber Deutschland bleibt in 34 Staaten geteilt und infolge der geringen wirtschaftlichen Entwicklung der beste Markt für die englischen Waren.[1] Doch die industrielle Entwicklung des Kapitalismus und die politische Emanzipation der Bourgeoisie läßt sich in den deutschen Territorien allenfalls aufhalten, aber nicht verhindern. "Trotz der glanzvollen Restaurierung des Prinzips der Legitimität, trotz heiliger Allianz und christlich-konservativer Politik, trotz der Allgegenwart Metternichscher Zensur und reaktionärer Polizeipolitik wurde nun für die deutschen Fürstenhäuser die Auseinandersetzung mit den neuen Kräften und Ideen, mit "Nation", "Konstitution" und "Maschine" unvermeidbar."[2]

Die Stärke der neuen Kräfte zeigt sich darin, daß sich der König von Preußen 1815 gezwungen sieht, seinen Untertanen eine Verfassung wenigstens zu versprechen, während Bayern, Baden und Württemberg eine konstitutionelle Monarchie erhalten. Trotzdem ändert sich an der Machtstellung des Adels zunächst nichts Wesentliches.[3]

Auf der Grundlage der Restauration der Herrschaftsverhältnisse vollzieht sich die bauliche Manifestation dieser Herrscher gegenüber dem 18. Jahrhundert unverändert; der Klassizismus bleibt bis 1848 Ausdrucksstil territorialherrlicher Macht. Nach der Neuaufteilung Europas auf dem Wiener Kongreß erlebt Deutschland eine neue Phase landesherrlicher Bautätigkeit. Unter anderem entstehen: die Neue Wache (1816-1818), das Schauspielhaus in Berlin (1818-1821), das Vestibül im

---

1) vgl. F. Engels, Deutsche Zustände, a.a.O., S. 43.
2) H. Böhme, a.a.O., S 26.
3) vgl. H. Mottek, a.a.O., S. 9.

Schloß zu Berlin-Tegel (1822-1824), die Nikolaikirche zu Potsdam (1830-1843), das alte Hoftheater zu Dresden (1838-1841).[1] Die umfangreichste Manifestation fürstlich klassizistischer Bautätigkeit erlebt die bayerische Residenzstadt München; hier entstehen u.a. die Glyptothek (1816-1834), die Pinakothek, die Ruhmeshalle, die Befreiungshalle, das Siegestor, Wallhalla, der Königsplatz (1816-1849) und die Ludwigstraße.[2] Dabei lassen weniger der Stil als vielmehr die Namen der Gebäude auf den Anlaß der eindrucksvollen Bautätigkeit schließen.

Der Spätklassizismus kann nicht zu einer rhythmischen Gestaltung der Stadt gelangen, denn der Individualismus der Einzelbauwerke läßt lediglich in begrenztem Maße eine Addition der Baukörper zu; die Bauwerke wirken nicht mehr als zentrale Bezugspunkte, sondern in ihrer Individualität als einzelne Demonstrationsobjekte, als letzte Dokumentation einer Herrschaftsform, deren Grundlagen bereits in der Auflösung begriffen sind. In den spätklassizistischen Tempeln und Plätzen schafft sich der feudale Herrscher das Museum seines überlebten Machtanspruches.
Die Anwendbarkeit des Klassizismus bleibt auf kulturelle Demonstrationsobjekte beschränkt, widerspricht doch die Form einer universellen Anwendung. "Ein Haus für antike Kunst, eine 'Glyptothek', ließ sich als Tempel gestalten, eine Kirche ließ das schon nicht mehr so recht zu, ein Schloß ebensowenig, ein Kaufhaus (und nun so fort in der Aufzählung moderner Bauanliegen) gar nicht."[3] Wie die Herrschaftsform, so hat sich auch ihr Ausdrucksstil überlebt, zeigt sich doch bereits mit der industriellen Entwicklung, daß der Bourgeoisie auf die Bauer zumindest eine Beteiligung an der Herrschaft im Staate nicht zu verweigern ist.

---

1) vgl. K. Busch/H. Rether: Welcher Stil ist das? Stuttgart ^{2}1961, S. 140f.

2) vgl. A. v. Reitzenstein, a.a.O., S. 194.

3) A. v. Reitzenstein, a.a.O., S. 190.

2. Industrialisierung, bürgerlich-demokratische Revolution und städtebauliche Folgen

Nach einer Phase der feudalen Reaktion, die mit den 'Maulkorbgesetzen' der Karlsbader Beschlüsse von 1819 ihren Höhepunkt erreicht, indem sämtliche politische und ideologische Manifestationen des Bürgertums der Polizeiwillkür unterworfen werden, erhält die antifeudale bürgerliche Bewegung durch die Julirevolution (1830) in Frankreich einen neuen Anstoß. Mit Louis Philippe etabliert sich das "Bürgerkönigtum" auf der Grundlage einer konstitutionellen Verfassung, die das Wahlrecht erweitert und den Kammern Gesetzesinitiative zugesteht; damit übernimmt das Großbürgertum, insbesondere die Großfinanz, die Rolle der feudalen Aristokratie im neuen Regime. Vor den Augen der europäischen Zeitgenossen entsteht in Frankreich eine bürgerliche Klassengesellschaft; die Julirevolution wird zum "Signal für einen allgemeinen Ausbruch der Unzufriedenheit des Bürgertums, der Aristokratie und des Volkes in ganz Europa."[1)]
Infolge der Zersplitterung in Deutschland wirkt sich die nun einsetzende revolutionäre Bewegung in den einzelnen Territorien unterschiedlich aus, je nach dem Grad der reaktionären Politik des Herrschers. Im absolutistisch regierten Herzogtum Braunschweig wird der Herzog vom Volk verjagt und das Schloß niedergebrannt; der von den Landständen zum Nachfolger berufene Bruder muß 1832 eine neue Verfassung gewähren, die die Stellung der bürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerung gegenüber dem Adel stärkt. Auch in Kurhessen, Sachsen und Hannover wird eine konstitutionelle Verfassung durchgesetzt.[2)]

Die sektoralen Erfolge zeigen die Unfähigkeit, zu einer einheitlichen grenzüberschreitenden bürgerlichen Bewegung zu gelangen; nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch wird die nationale Einheit Deutschlands zu einem Problem,

---

1) F. Engels, Deutsche Zustände, a.a.O., S. 51

2) vgl. Th. Schieder: Vom deutschen Bund zum Deutschen Reich 1815-1871. In: B. Gebhardt, Handbuch, a.a.O., S. 102ff.

von dessen Lösung die gesamte Entwicklung der Bourgeoisie als Klasse abhängt. Die Verbesserung des Verkehrswesens und die Beseitigung der Zollschranken wird zur wichtigsten Aufgabe in dieser Phase bürgerlicher Emanzipationsbewegung, die nur auf der Grundlage eines raschen ökonomischen Fortschritts zu größerer politischer Macht gelangen kann. Dieser ökonomische Aufstieg ist nur auf der Basis der Schwerindustrie durchführbar, wie das englische Beispiel gezeigt hat. Solange Holz, Wasser und Wind die beherrschenden Energieträger der Wirtschaft in den eizelnen Territorien sind, und Kohle nur bei Förderung in der Nähe von Wasserstraßen[1] genutzt wird, bleibt der Stand der ökonomischen Entwicklung Deutschlands hinter dem seiner westlichen Nachbarn zurück.

Bereits auf dem Wiener Kongreß wurde die Frage nach der Durchlässigkeit der Grenzen aus ökonomischer Sicht behandelt, als man die Freiheit der Schiffahrt auf den deutschen Strömen proklamierte; aber erst Staatsverträge konnten diesen Bestrebungen Rechtskraft verleihen, so fällt die Zeit der Schiffahrtsakte in die Zeit nach 1820.[2] Mit der Schaffung des deutschen Zollvereins (1834)[3] sind die Regierungen der

---

1) vgl. H. Böhme, a.a.O., S. 34f.

2) 1821 kommt es zur Elbakte, 1822 zur Weserakte, 1831 zur Rheinakte, 1839 und 1842 zur Scheldeakte, 1843 zur Emsakte, aber erst 1857 zu einer Donauakte. Der freie Zugang zum Meer wird hiermit noch nicht erreicht, erst die 60er Jahre bringen den Durchbruch.
vgl. H. Haussherr, a.a.O., S. 456.

3) Nach langen einzelstaatlichen und staatsbündlerischen Auseinandersetzungen, vor allem gegen die Mittelstaaten und die Handelsstädte, die sich unter englischer und österreichischer Unterstützung gegen die Schaffung eines einheitlichen Zollvereins zusammenschließen, da sie ihre Handelsinteressen durch eine einheitliche Zollpolitik nach außen bedroht sehen, gelingt es nach der Vereinigung des preußisch-hessischen und bayerisch-württembergischen Zollvereins 1828 mit dem Transit durch Thüringen, dem schwächsten Glied des mitteldeutschen Handelsvereins, durch verschiedene Einzelverträge den Zollverein zu etablieren. Die ökonomische Machtballung des Zollvereins zieht immer mehr Staaten in ihren Bereich, so daß neben Preußen, Rheinhessen, Kurhessen, Thüringen, Sachsen, Bayern, Württemberg, 1836 auch Baden und Hessen Nassau, 1842 Braunschweig und Luxemburg dem Zollverein beitreten, während Hannover und Oldenburg 1850, Mecklen-

kleinen und großen Territorien bereit, einen Teil ihrer Rechte auf mehr oder weniger freiwilliger Basis abzutreten, ohne jedoch einen Staatenbund oder gar einen Bundesstaat zu konstituieren. Nachdem die Wiederherstellung des Reiches weder durch Krieg noch durch Politik erreicht worden war, eröffnet aich nun auf wirtschaftlicher Basis eine neue, den wirtschaftlichen Rahmen übersteigende Möglichkeit zu einer Einigung Deutschlands, angeregt und gefördert durch das Wachsen des freien Handels zwischen den Staaten des Zollvereins und durch die in den 30er Jahren aufkommende, alle Territorialgrenzen sprengende Eisenbahn.[1] Stellen die ersten deutschen Bahnlinien noch Vorortverbindungen dar - Nürnberg-Fürth 1835, Berlin-Potsdam 1838 - so wird mit der Verbindung Leipzig-Dresden 1837 die erste deutsche Fernbahn eröffnet. Zunächst nur für den Personenverkehr geplant, setzt der Eisenbahnbau in größerem Umfange erst ein, als das neue Transportmittel für den Güterverkehr genutzt wird. Der Bau von Staatseisenbahnen neben den Privatbahnen datiert von dem Moment, in dem man die strategische Bedeutung dieses Verkehrsmittels für den Transport des Militärs erkennt. Mit dem Eisenbahnbau erreicht der Kapitalbedarf Dimensionen, die von Privatleuten nicht mehr zu leisten sind, sondern durch Eisenbahnaktien aufgebracht werden. Das Aktienvolumen nimmt in dem Maße zu - z.B. machen 1870 an der Berliner Börse die Eisenbahnaktien die Hälfte aller Wertpapiere aus -, daß dem Eisenbahnbau z.T. die Entstehung der Börse zugeschrieben wird.[2] Das wesentlich in den 40er Jahren und danach entstandene und erweiterte Verkehrsnetz besteht zunächst aus unverbundenen Streckenführungen, ausgehend von den wichtigen städtischen Zentren, wie Residenzstädte (z.B. Berlin, Mannheim, München, Wien tec.)

---

burg und Lübeck 1867 und endlich Hamburg und Bremen 1888 sich dem deutschen Zollverein anschließen. Im Ausschluß Österreichs liegt die spätere kleindeutsche Lösung der Frage der nationalen Entwicklung, bei der der Zollverein eine nicht unmaßgebliche Rolle spielt.

---

1) vgl. W. Treue, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, a.a.O., S. 525f.

2) vgl. J. Kulischer, a.a.O., S. 523.

oder Handelszentren (z.B. Köln, Frankfurt M, Nürnberg, Leipzig etc.); dabei wird die Bedeutung Berlins durch seine Stellung als größter Verkehrsknotenpunkt unterstrichen. Die Verkehrsentwicklung ist die grundlegende Voraussetzung für die Expansion der Industrie und für die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln.

Der allgemeine Bevölkerungszuwachs zwischen 1800-1850 in Deutschland von 24,5 Mill. auf 31,7 Mill. Einwohner bewirkt eine Zunahme der Stadtbevölkerung in den größeren Städten, hinzu tritt der Zuzug vom Land in die Stadt, so daß die Einwohnerzahl für den angeführten Zeitraum in Berlin von 172 000 auf 419 000, in Hamburg von 130 000 auf 132 000, in Breslau von ca. 50 000 auf 114 000 steigt; München erreicht eine Einwohnerzahl von 110 000.[1] 'Bauernbefreiung'und Gewerbefreiheit schaffen das notwendige Arbeitskräftepotential für die expandierenden Verarbeitungsindustrien, der Anteil der Fabrikarbeiterschaft an der städtischen Gesamtbevölkerung nimmt überproportional zu, z.B. in Berlin steigt er zwischen 1816 und 1847 um 170%; trotzdem behält diese Stadt noch überwiegend den Charakter eines Regierungs- und Verkehrszentrums.[2]

Die Städte beginnen sich infolge des Zuwachses auszudehnen; die Verkehrsentwicklung hat die Versorgungsschranke, die einer größeren Ausdehnung der Stadt stets im Wege stand, hinweggeräumt. Mit der Zunahme der Bevölkerung und der Trennung zwischen Arbeits- und Wohnstätte, wie sie bereits mit der Manufaktur entsteht, und sich in den expandierenden Fabriken in größerem Umfang fortsetzt, steigt die Nachfrage nach preiswerten Kleinwohnungen. Die Freiflächen innerhalb der städtischen Baublöcke werden als Bauland gentzt und mit Kleinwohnungen überbaut, andererseits verfügbare Baulichkeiten, wie Lagerhäuser, Stallungen, Schuppen etc., in Wohnungen umgewandelt und ältere Bürgerhäuser mit ihren großen Wohnungen

---

1) vgl. A. Armengaud: Die Bevölkerung Europas von 1700-1914. In: C.M. Cipolla/K. Borchardt (Hrsg.), Bevölkerungsgeschichte Europas, Mittelalter bis Neuzeit, München 1971,S.134.

2) vgl. W. Treue, a.a.O., S. 513.

in Kleinwohnungen aufgeteilt bzw. zimmerweise vermietet. Der städtische Ausbau erfolgt regellos und planlos, ohne Vorschrift und ohne administrativen Eingriff in die Bodennutzung.[1] Bereits in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts entstehen in Berlin für die ärmere Bevölkerung Mietbauten, die die Armut ihrer Bewohner widerspiegeln: "kleine planlos aneinandergereihte Zimmer, eine Küche ohne Nebenräume an der einzigen, meist engen und steilen Treppe gelegen, von deren Flur zugleich der direkte Zugang in die Wohnräume führte - als Bautyp Vorläufer der späteren Mietskaserne. Auf den vernachlässigten Höfen fanden sich die Abtritte für das ganze Haus."[2] Mit der Entwicklung des mehrgeschossigen Großmiethauses wächst 1840 die Belegungsdichte um 12% auf 40 Bewohner je Haus.[3]

Der Zuwachs der städtischen Bevölkerung bildet die Grundlage für den in den 40er Jahren einsetzenden industriellen Aufschwung, der mit den Namen Harkort, Krupp, Egells, Borsig, Egesdorff, Schichaus, Maffei, Mayer u.s.m. verbunden ist.[4] Die preußischen Reformen haben sich als ein Werkzeug der ökonomischen und sozialen Umgestaltung erwiesen, die die Leistungsfähigkeit der Bourgeoisie steigern, während sie die überkommene Sozialordnung auf der Grundlage der Verflechtung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zur Fessel der politischen Emanzipationsbestrebungen des Bürgertums werden lassen. In den deutschen Staaten, allen voran Preußen, steigt die Unzufriedenheit mit dem bürokratischen Despotismus der Regierungen; auch in den Kleinstaaten mit konstitutioneller Verfassung wie Bayern, Württemberg, Baden und Hannover, hatten sich die Parlamente als Ligitimationsinstitutionen in den Händen der Fürsten entpuppt, in denen das "kleinliche Gezänk" der Geschäftspolitiker und Berufsoppositionellen ihre eigene politische Bedeutungslosigkeit dokumentierte. Wendet sich die Bourgeoisie gegen die Behinderung ihrer kommerziellen Geschäfte

---

1) vgl. R. Eberstadt: Handbuch des Wohnungswesens. 4. umgearb. u. erw. Aufl. Jena 1920, S. 76. (zit. als R.Eberstadt, Handbuch, a.a.O.)

2) R. Hartog: Stadterweiterungen im 19. Jahrhundert. Stuttgart 1962, S. 37.

3) vgl. ebenda.

4) vgl. H. Böhme, a.a.O., S. 34.

und die Fesselung ihrer industriellen Leistungsfähigkeit durch die administrative Wirtschaftspolitik, so das Kleinbürgertum gegen Steuererhöhungen und die Beseitigung der Zunftprivilegien und die Bauern gegen die Überreste der feudalen Verfassung, gegen die Abhängigkeit von Geldverleihern, Wucherern und Advokaten. Die aufkommende Industriearbeiterschaft, die Manufakturarbeiter, die Zunftgesellen und die Verlagshandwerker in den Städten und auf dem Land, Stiefkinder des feudal-bürokratischen Despotismus, bekämpfen die steigende Ausbeutung und die Verschlechterung ihrer sozialen Lage, die sich unter dem Schutze und der kräftigen Beteiligung des absolutistischen Staates vollzieht.
Die Weberaufstände von 1844 und die Brotkrawalle im Hungerjahr 1847 sind Ausdruck sowohl der wachsenden Unzufriedenheit als auch der Kampfesbereitschaft der arbeitenden Bevölkerung, die sich ihrer gesellschaftlichen Lage bewußt wird.
"So entwickelte sich in den 40er Jahren eine breite Volksbewegung, die sich gegen den Absolutismus, gegen die feudalen Überreste reichtete und für bürgerlich-demokratische Rechte und die nationale Freiheit eintrat."[1)]
Auf der anderen Seite stehen, untereinander uneinig, die Regierungen, die, mißtrauisch gegenüber den Hegemonialbestrebungen Preußens und Österreichs, darauf bedacht sind, ihre Autonomie so weit wie möglich zu wahren, aber gleichzeitig zur Deckung ihrer defizitären Haushaltspolitik auf die Steuerbewilligung durch die Stände und auf das Geld der Bourgeoisie angewiesen sind.[2)]
In dieses Spannungsfeld fällt der zündende Funke der Französischen Revolution vom Februar 1848, die in Frankreich zur Beseitigung des Bürgerkönigtums und zur Proklamation der Republik führt. Bereits Ende Februar kommt es in den süddeutschen Staaten zur Formulierung der sog. Märzforderungen: u.a. konstitutionelle Verfassung in den Einzelstaaten, Berufung eines deutschen Parlaments, Schwurgerichtsbarkeit, Pressefreiheit. An der Grenze Frankreichs begonnen, breitet

---

1) H. Mottek, a.a.O., S. 13.

2) vgl. F. Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland. In: K. Marx/F. Engels, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, a.a.O., S. 78ff.

sich die Bewegung rasch über ganz Deutschland aus [1] und findet ihre Höhepunkte in dem Wiener Märzaufstand und dem Berliner Aufstand vom 18. März 1848. In Wien wird der Herrscher samt Hof vertrieben und in Berlin kapituliert der König nach 18 stündigem Kampf. Aber auch in den Hauptstädten der kleineren Staaten kommt es zu mehr oder weniger heftigen Auseinandersetzungen. "Aber es ist das Schicksal aller Revolutionen, daß dies Bündnis verschiedener Klassen, das bis zu einem gewissen Grade immer die notwendige Voraussetzung jeder Revolution ist, nicht von langer Dauer sein kann."[2] Nach den Anfangserfolgen gegen den gemeinsamen Gegner treten die Widersprüche zwischen den Klasen schärfer hervor und beginnen den weiteren Verlauf der Revolution zu bestimmen. "Schon Anfang April 1848 war die revolutionäre Flut auf dem ganzen europäischen Kontinent eingedämmt durch das Bündnis, das jene Gesellschaftsklassen, die aus den ersten Siegen Nutzen gezogen, sofort mit den Besiegten eingingen."[3] Das deutsche Bürgertum handelt, wie es bereits im Verlauf der frühbürgerlichen Revolution gehandelt hatte: es verrät seine Bündnispartner. "Beunruhigt durch die Revolte gegen das Rentamt, das Schloß, gegen die Fabrikantenvilla, den Maschinensaal, müde "des Soldatenspiels" - so eine zeitgenössische Stimme - "der Phrasen, der Zeitungen und des Zungengedresches der Volkstribunen", entsetzt über die Zerrüttung des Kredits und die wachsende wirtschaftliche Misere, suchte das nationalen und liberalen Ideen anhängende Bürgertum Schutz und Zuflucht bei der "Verwaltung" und operierte damit letztlich für die fürstliche Ruhe und Ordnung."[4] Wie sich in dem ersten deutschen Parlament der Frankfurter Nationalversammlung, sehr bald herausstellt, will die Mehrheit der dort versammelten bürgerlichen Honoratioren unter keinen Umständen "Revolution", Radikalität, volle Volkssouveränität oder Gleichheit aller

---

1) vgl. Th. Schieder, Vom deutschen Bund zum Deutschen Reich, a.a.O., S. 125f.

2) F. Engels, Revolution und Konterrevolution, a.a.O., S. 107.

3) derselbe, a.a.O., S. 125.

4) H. Böhme, a.a.O., S. 42.

politischen Rechte.[1] Überall gewinnt die Reaktion die Oberhand. Mit der Auflösung der Nationalversammlung und Oktroyierung territorialstaatlicher Verfassungen auf der Grundlage des Dreiklassenwahlrechts (Preußen), die an der Machtposition des Herrschers nichts ändern, ist die bürgerlich-demokratische Revolution auch in Deutschland vorläufig gescheitert.
Die Wirtschaftpolitik der nachrevolutionären Periode ist gekennzeichnet durch eine liberale Haltung des Staates gegenüber den Wirtschaftsinteressen der Bourgeoisie; nicht die Administration, sondern der private Unternehmer ist das aktive Element der ökonomischen Entwicklung. Die Folge ist eine allgemeine Produktivitatssteigerung, insbesondere in der Montanindustrie. In den Jahren 1850-1857 geschieht das, was man später den "großen Spurt" genannt hat: ein wirtschaftlicher Boom, der zum endgültigen Durchbruch der kapitalistischen Produktionsweise führt. Die verbreitete Anwendung der Dampfmaschine als Kraftmaschine für die Produktion löst die Wasserkraft als Antriebskraft ab und macht die Produktion von den Wasserläufen unabhängig. Die Fabrik zieht vom Land in die Randzonen der verkehrsgünstig gelegenen Residenz-, Handels- und Gewerbestädte, sofern sie nicht durch ihren rohstoffproduzierenden und -veredelnden Charakter an die Lagerstätten gebunden ist. Damit ist auch in Deutschland die industrielle Revolution vollzogen, und die bereits im 16. Jahrhundert mit der Entwicklung der Manufakturen einsetzenden sozialen Probleme beginnen sich zu potenzieren und finden ihre neue Qualität in der Formierung des Proletatiats zu einer Klasse, die sich ihrer sozialen und ökonomischen Bedingungen zunehmend bewußt wird. Die industrielle Revolution auf kapitalistischer Basis und deren gesellschaftliche Erscheinungsform: die soziale Frage, werden zur treibenden Kraft der weiteren städtischen Entwicklung.

"Die Revolution von 1848 ist nicht nur der entscheidende Augenblick für die politische und die Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts, sondern auch eine Wende in der Geschichte

---

1) vgl. H. Böhme, a.a.O., S. 41.

der modernen Stadtplanung."[1] Früh erkennen die Machthaber die Bedeutung öffentlicher Arbeiten für die innenpolitische Stabilität. Der administrative Städtebau tritt in den Dienst der Politik; die staatliche Bautätigkeit offenbart sich als Medium des politischen und ideologischen Machtanspruches. So fußen die städtebaulichen Überlegungen E. Haussmanns nicht zuletzt auf den Erfahrungen der Klassenkämpfe mit dem Pariser Proletariat von 1848, obschon als offizielle Motivation für die 'grands travaux' hauptsächlich hygienische und transporttechnische Überlegungen proklamiert werden. Die strategische Bedeutung der Durchbrüche durch die Pariser Arbeiterviertel läßt sich jedoch nicht leugnen, und Haussmann selbst betont, daß sie von diesem "Standpunkt aus wichtig seien und darauf berechnet, vor unvorhergesehenen Ereignissen, die immer eintreten und die Gesellschaft gefährden können, zu schützen."[2] Die politischen und militärischen Gesichtspunkte städtebaulicher Planung werden explizit und materialisieren sich in der Schaffung eines freien Schußfeldes durch die breiten geraden Boulevards und in der Verlagerung der Arbeiterviertel aus dem Stadtzentrum. Die Zerschneidung der eng bebauten revolutionären Arbeiterviertel dient nicht nur der Disziplinierung der Arbeiterklasse, sondern markiert den Beginn einer überdimensionalen Bodenspekulation im Sinne der ökonomischen Bereicherung einer dünnen Oberschicht. "Napoléon III. macht den Städtebau zu einem riesigen Geschäft, und damit sich dies ermöglichen ließ, koppelte er den bautechnischen Betrieb an entsprechend orientierte Hypothekenbanken, Grundstücksunternehmungen und Finanzinstitute. Haussmann, der im Auftrage des Kaisers die großen Boulevards baute, ist ein ganz neuer Typ von Städtebauer, ein Spekulant. Er beschließt denn auch seine Tätigkeit nicht, wie dies bei erfahrenen Städtebauern so üblich ist, als akademischer Städtebauprofessor, sondern als Direktor des 'crédit mobiliair', einer großen Bodenspekula-

---

1) L. Benevolo: Die sozialen Ursprünge des modernen Städtebaus. Gütersloh 1971, S. 110.

2) E.G. Haussmann zit. nach: Arbeitsgruppe für Planungsgrundlagen (Assistentenpool) an der Architekturabteilung der R.W. Th Aachen: Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit. Offenbach ^{3}1972, s. 5. (zit. als Autorenkollektiv, Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit, a.a.O.)

tionsbank."[1] In Deutschland wird die breite Korridorstraße mit ihrer geschlossenen Bauflucht im ausgehenden 19. Jahrhundert zum tragenden Moment des Stadtausbaus; Altstadtdurchbrüche bleiben hingegen auf die führenden Zentren von Handel und Gewerbe: Berlin, Frankfurt M, Hamburg beschränkt.

Im Zusammenhang mit der herrschaftlichen Bautätigkeit nach den Erfahrungen der Revolution von 1848 ist ein weiterer struktureller Eingriff in das Stadtbild hervorzuheben, der von bürgerlichen Autoren als Ergebnis planerischer Überlegungen gefeiert, in ganz Europa Schule macht: die Gewinnung von Bauland durch die Schleifung der städtischen Bastionsbefestigungen, wie sie 1857 in Wien begann.[2] Die Nachahmung des Wiener Beispiels zeigt sich auf deutschem Boden in Mannheim, Münster, Mainz, Köln, Erfurt, Würzburg, Stettin und Posen; diese Städte gelangen erst nach ihrer Entfestigung zu einer entscheidenden Verbesserung der Verkehrsbeziehungen zwischen Innen- und Außenstadt.[3] Die Wiener Ringstraße aber verdankt ihre Existenz nicht zuletzt der Erfahrung des Wiener Oktoberaufstandes, daß die städtische Befestigung zum revolutionären Bollwerk gegen die bewaffnete Reaktion werden kann.
Gleichzeitig wird mit der Entfestigung ein entscheidendes Verkehrshemmnis beseitigt und der Grundstücksspekulation in nicht unbeträchtlichem Umfange neuer Böden zugeführt, der infolge der zunehmenden Ballung ein recht einträgliches Geschäft verspricht.[4] Die hier errichteten Grünzonen, wie der Berliner Humboldthain, der Magdeburger Volksgarten und der Bremer Bürgerpark können allenfalls Alibifunktionen für sich in Anspruch nehmen, in einer Zeit, in der der Städtebau nicht öffentlichen Bedürfnissen entspricht, sondern den Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Wertschöpfung Rechnung zu tragen hat. Die 'Sanierung' der Altstädte, wie sie mit der

---

1) A. Stöckli: Die Stadt. Köln (1954), S. 109.
2) vgl. L. Benevolo, a.a.O., S. 112.
3) vgl. P. Schöller, a.a.O., S. 65.
4) vgl. R. Eberstadt, Handbuch, a.a.O., S. 83f.

Bautätigkeit Haussmanns und der Wiener Ringstraße bedingt, dient nicht nur dazu, den Herrschaftsverhältnissen sichtbaren Ausdruck zu verleihen, sondern ist geboren aus der Intention der materiellen Absicherung des bestehenden Herrschaftssystems.

Die feudale Reaktion nach der Revolution von 1848 schlägt sich nicht nur in gesamtstädtischen Strukturveränderungen nieder, sondern manifestiert sich auch in einer Veränderung der baulichen Repräsentation ökonomischer Macht. Die Selbstdarstellung der aufstrebenden Bourgeoisie beginnt bereits regional begrenzt in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in dem traditionell stark von Frankreich beeinflußten mittelrheinischen Raum; hier entstehen die ersten Fabrikbauten, die sich im Baustil an den Wohnsitzen des Feudaladels orientieren und so das gesellschaftliche Repräsentationsstreben und das soziale Selbstbewußtsein der Unternehmer, der Eignerdirektoren, widerspiegeln. Diese Fabrikherren, die ihre Unternehmen wie feudalabsolute Herrscher 'regieren', der Fürsorge (Arbeitsbeschaffung) die Forderung nach totaler Hingabe an das Unternehmen entgegensetzen, werden nicht selten in den Adel erhoben. Das Zugehörigkeitsgefühl zur herrschenden Klasse bzw. der Herrschaftsanspruch der Vertreter dieser selbstbewußten Bourgeoisieklasse manifestiert sich vor allem in den Wohnkontorhäusern der Unternehmer; davon zeugen u.a. das 'Rote Haus' in Monschau, 'Haus Cromford' bei Ratingen (eine Minikopie des Schlosses Benrath bei Düsseldorf).
Erst nach der französischen Revolution, mit dem Einmarsch Napoléons und dem Sieg der französischen Bourgeoisie über die feudalabsolute Herrschaft in den deutschen Territorien, der Umstrukturierung der deutschen Wirtschaft und auch unter dem stilistischen Einfluß englischer Fabrikbauten endet die Nachahmung des feudalen Herrschaftsstils. Durch das französische Vorbild angeregt, trachtet die Bourgeoisie in Deutschland nach politischer Emanzipation von dem feudalabsolutistischen Überbau und beginnt sich von dem feudalen Stilvorbild zu lösen.

Mit dem Scheitern der politischen Emanzipation in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 setzt erneut eine Orientierung an historischen Stilelementen ein, die sich nicht auf die deutschen Territorien beschränkt; "Formen mittelalterlicher Wehrbauten wie Türme und Zinnen tauchen auf, absolutistische Schloßarchitektur liefert Vorbilder für den Grund- und Aufriß. Die erstaunlichsten der im Rheinland erhaltenen Anlagen dieser Art sind zwei große Webereien vom Ende des 19. Jahrhunderts in Wassenburg (Kreis Erkelenz)."[1] Einer der frühesten Bauten aus dieser Zeit ist die in Bielefeld um 1850 im Tudor-Stil errichtete Weberei.[2]

Die progressive Tendenz der vorindustriellen Übernahme der historischen Stilelemente verwandelt sich in die Dokumentation der Anpassung an die feudalabsolutistische Reaktion, ist damit Ausdruck der 'Scheinemanzipation' der politisch ohnmächtigen Bourgeoisie, die sich auf die Wirtschaft zurückzieht, nachdem sie sich mit der feudalen Reaktion gegen die revolutionären Kräfte verbündet hat. Erst mit der industriellen Revolution und der Umstrukturierung der Organisation der Betriebsleitung tritt ein Wandel im Fabrikbau ein. Die Ablösung des Eigner-Direktors durch den Manager und die Verwandlung der personalen Eigentumsstruktur durch die Aktiengesellschaft sind die Voraussetzungen für eine neue Form der Selbstdarstellung, die in der Abstraktion der eigenen personalen Existenzbedingung besteht: Die Selbstdarstellung des Fabrikherrn wird abgelöst durch den Mythos der Maschine.[3]

---

1) H.F.H. Suhrbier: Frühe Industriebauten - am Feudalismus orientiert. Bericht von der Jahrestagung der Henry-van-der-Velde-Gesellschaft. In: Bauwelt 61 Jg. 1970/H 49,S.1921.

2) vgl. Kulturmagazin Aspekte v. 13.9.73, 21[15]h.
Um diese Fabrik findet heute ein Kampf zwischen der Stadtverwaltung und den Bielefelder Bürgern statt; während der SPD-Stadtrat die guterhaltene Fabrik einer Straße opfern will, fordern die Bürger das zentral gelegene Gebäude als Kommunikationszentrum.

3) vgl. R. Günter zit. nach H.F.H. Suhrbier, a.a.O., S. 1921.

3. Die städtebauliche Widerspiegelung der Industrialisierung und Technisierung

Während die wirtschaftliche Entwicklung durch die Revolution von 1848 keine einschneidende Zäsur erlebt, sind die politischen Folgen umso gravierender. Aus Angst vor den revolutionären Massen verzichtet die Bourgeoisie auf ihre politische Zielsetzung, die feudal-adelige Basis des Staates (Grundbesitz und Armee) zu zerstören; zum Zweck des Ausgleichs der Kräfte, d.h. der staatlichen Verwaltung des Klassenwiderspruchs, gilt es vielmehr die monarchische Gewalt zu stärken. Zur Sicherung der ökonomischen Entwicklung ist die Bourgeoisie bereit, auf ihre politischen Herrschaftsansprüche zu verzichten; Reformer, Besitzende und Unternehmer verbünden sich mit der alten Ordnung. Gegen die Gewährung einer liberalen Wirtschaftspolitik, die es gestattet, die eigene ökonomische Position ohne administrative Bevormundung auszubauen, ist die deutsche Bourgeoisie bereit, die politische Ohnmacht zu akzeptieren.
Ausdruck dieser Bereitschaft ist u.a. die faktische Ausschaltung der Parlamente. Der reaktionäre Staatsapparat, gestützt auf die Armee und die staatliche Bürokratie, beherrscht die Parlamente durch gelenkte Wahlen und macht sie so zur konstitutionellen Scheininstitution.[1)]
Unter dem Begriff der Realpolitik betreibt die nun als konstitutionell deklarierte Monarchie die Politik der Herrschaftssicherung auf der Grundlage der ökonomischen Interessen des Kapitals. Zum klassischen Vorbild monarchischer Herrschaftsausübung wird die Regierung Louis Napoléons, den F. Engels als 'Abgott der europäischen Bourgeoisie' bezeichnet. Die Monarchie tritt als Retter der Gesellschaft auf, indem sie die sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und den übrigen Bevölkerungsklassen im Zaume hält. Zwar vernichtet sie die Ansätze der politischen Herrschaft der Bourgeoisie, aber nur, um ihre

---

1) vgl. Th. Schieder, a.a.O., S. 137

ökonomische und soziale Herrschaft zu sichern. Diese Politik, die ihre klassische Nachahmung in Preußen durch Bismarck erfährt, ist nicht zuletzt die Basis der preußischen Vormachtstellung in Deutschland. Für die Bismarcksche Politik liefert folgerichtig die Bourgeoisie die Ziele und Louis Napoléon den Weg, so daß Bismarck als preußische Ausgabe des französischen Kaisers erscheint.[1] In der Verfassungskrise von 1862 ins Reich geholt, sichert Bismarck die politische Macht des preußischen Königs auf der sozialen Grundlage der feudalaristokratischen Klasse und versöhnt das Bürgertum durch eine liberale Wirtschaftspolitik. Es gelingt ihm, "liberale Ideen und konservative Interessen in all den Punkten wieder miteinander zu verknüpfen, in denen sich die Forderungen der Kontrahenten decken: im Freiadel und in der Ausgestaltung einer liberal-industriell-kapitalistischen Wirtschaftsordnung."[2] Von der Woge der Wirtschaftsentwicklung nach der Überspekulationskrise von 1857 getragen, die bürgerliche Forderung nach nationaler Einheit mit den Hegemonialbestrebungen Preußens verbindend, gelingt ihm schließlich über den Weg der Ausschaltung Österreichs und der Schaffung des Norddeutschen Bundes nach dem Deutsch-Französischen Krieg, der sich zu einem Bürgerkrieg Deutschlands von der französischen Bevormundung ausweitet, die Einigung des Reiches herbeizuführen und die feudal-absolutistische Klassenherrschaft in Gestalt des preußischen Polizeistaates mit der deutschen Kaiserkrone zu verzieren.
Das neue Kaiserreich stellt jedoch keinen Nationalstaat im eigentlichen Sinne her, sondern einen föderativen Fürstenstaat mit dem preußischen König an der Spitze: "Staatsrechtlich betrachtet war das 1871 gegründete deutsche Kaiserreich ein Bündnis zwischen den deutschen Fürsten."[3]

Auf ökonomischer Ebene bringt die Reichsgründung die Kodifizierung der Einheit des Wirtschaftsraumes und mit der fran-

---

1) vgl. F. Engels: Die Rolle der Gewalt in der Geschichte. In: MEW Bd. 21, S. 413ff.

2) H. Böhme, a.a.O., S. 64.

3) J. Streisand, a.a.O., S. 229.
vgl. auch Th. Schieder, a.a.O., S. 187ff.

zösischen Kriegsentschädigung (5 Mrd. frs.) die finanzielle Grundlage für den Milliardenboom der Gründerjahre, für den Wirtschaftsliberalismus des Staates die wirtschaftspolitische Grundlage herstellt. Intensive Kapitalverbindung zwischen Großfinanz und Schwerindustrie und die Tendenz zur Konzentration verdeutlichen, daß Deutschland den Anschluß an die westeuropäischen Industrienationen vollzogen hat. In Deutschland entstehen Industrieunternehmen von nie gesehener Größe und der Familienbetrieb tritt hinter der vom Manager geführten Aktiengesellschaft zurück. Dem Ansturm auf den Kapitalkredit zur Um- und Neugründung von Unternehmen zeigt sich nur eine Organisation gewachsen, die selbst Spekulationsobjekt ist: die Aktiengesellschaftsbank.[1)]
Außer zu Neugründungen wird einerseits ein erheblicher Teil der französischen Kriegseintschädigung zur Rückzahlung von Staatsschulden aufgewandt und so die Geldzirkulation erhöht, die der Spekulation zugeführt wird, andererseits direkt zu konsumtiven Zwecken verwandt, z.B. zum Festungsbau, zur Errichtung von Repräsentationsbauten und zum Bau des Berliner Reichstagsgebäudes.

Wie in der Politik überhaupt, so wird auch im Städtebau die Konzeption Louis Napoléons zum Vorbild, das uneingeschränkt vor allem nach 1871 in größerem Umfange nachgeahmt wird: "Ob es sich handelt um die Aufgaben der Innenstadtsanierung, um das System der Stadterweiterung, um die Bodenkapitalisierung; ob um die Anregung zum Bau von Arbeitervierteln, zur Errichtung von Werkswohnungen, zur Begründung gemeinnütziger Baugesellschaften - immer gehen die Fäden auf die Zeit und die Umgebung Napoléons III. zurück."[2)] Louis Napoléon hatte die staatspolitische und wirtschaftspolitische Bedeutung des Städtebaus erkannt und setzte ihn bewußt ein, gemäß seiner Maxime: "eine dünne soziale Oberschicht, die man reichlich und freigiebig verdienen ließ, mit ihren Interessen an die Regierung zu ketten; durch Förderung der kapitalistischen

---

1) vgl. H. Böhme, a.a.O., S. 67f.
2) R. Eberstadt, Handbuch, a.a.O., S. 82.

Unternehmung aber der arbeitenden Klasse Gelegenheit zu Arbeit und Geldverdienst zu schaffen."[1] Während die Städte vor der industriellen Revolution ausnahmslos Darstellungen der sie beherrschenden Persönlichkeiten sind - der Persönlichkeit eines herrschenden Prinzen oder einer Dynastie, eines krichlichen Fürsten oder einer Händlerologarchie -, werden sie im Zuge der industriellen Revolution "sowohl Instrument, als auch Resultat industrieller Entwicklung. Bodennutzung bleibt nicht mehr, nicht einmal unvollkommen, Gegenstand umfassender Planung. Entweder sie (die Stadt R.G.) würde in den Dienst wirtschaftlicher Verfügung gestellt, oder sie entstand als Resultat wirtschaftlicher Entwicklung. Sie stand nicht im Dienst von Annehmlichkeit und Schönheit. sondern im Dienst von wirtschaftlicher Effizienz."[2]
Der mit dem Wirtschaftsliberalismus nach 1848 einsetzende Konkurrenzkapitalismus dokumentiert die Herrschaft des Kapitals, das sich von den "Krücken" der vergangenen und mit seiner Entwicklung vergehenden Produktionsweise trennt und sich selbst als oberste Stufe der Entwicklung betrachtet.[3]
Durch die Anpassung an die Bedürfnisse der Bourgeoisie, an die Erfordernisse der kapitalistischen Produktionsweise und die Unterdrückung der proletarischen Emanzipation kann die feudal-bürokratische Monarchie ihre politische Herrschaft auch nach 1871 behaupten.
Die Herrschaft des Kapitals präsentiert sich in der Gestalt eines überholten Überbaus, der sich nur in Anpassung an die kapitalistische Wirtschaftsrationalität als lebensfähig erweist. Im Gegensatz zu den konkreten personalen Herrschaftsbeziehungen früherer Klassengesellschaften wird die Herrschaft des Kapitals abstrakt, indem sie sich über Geldbeziehungen vermittelt und an Produktionsmittel- und Kapitalbesitz gebunden ist, letztlich ihre Rationalität im Profitinteresse der einzelnen kapitalistischen Unternehmer findet. Hatte zuvor

---

1) R. Eberstadt, Handbuch, a.a.O., S. 83.

2) J.K. Galbraith: Citizen and the city in the year two thousand. Vortrag auf dem 7. Kongress der Fondation européenne de la culture vom 29.5.1970. In: Arch+ 3. Jg./1970/H. 10, S. 84.

3) vgl. K. Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 544f.

der politische Machtwille des absolutistischen Fürsten die bauliche Gestalt der Stadt dominiert, je nach seinen ökonomischen Möglichkeiten oder der Größe des Kredits, so wird die Stadt nun Ausdruck der anarchischen Profitinteressen der einzelnen kapitalistischen Unternehmer.

Im Zusammenhang mit der in den 40er Jahren einsetzenden Industrialisierung in Deutschland auf der Grundlage der Schwerindustrie, des Bergbaus, der Transportindustrie und der Technisierung der Textilindustrie lassen sich drei Strukturbewegungen innerhalb der Stadtentwicklung feststellen, die prägenden Charakter tragen:

1. Mit der Zunahme der verarbeitenden Industrie (Eisenbahnen, Maschinenbau etc.) erfolgt die Erweiterung der bestehenden Gewerbestädte mit steigender Differenzierung in getrennte Viertel.
2. Am Rande der bestehenden Verkehrsknotenpunkte (Residenzstädte, Handelsstädte) folgt auf der Grundlage der günstigen Infrastruktur eine Industrieansiedlung mit dicht bebauten Wohnvierteln in der Nähe der Fabrikation.[1)]
3. Mit der zunehmenden Nachfrage der Schwerindustrie nach Rohstoffen und Energie (Kohle) kommt es zu einer Differenzierung und zu einem Anwachsen zahlreicher Industriedörfer am Rande der Mittelgebirge.

Alle diese Strukturveränderungen vollziehen sich auf der Basis bestehender Städte bzw. Industriedörfer. Dagegen ist als relative Ausnahmeerscheinung die neue Ortsbildung und Industrieansiedlung in den Steinkohlerevieren Oberschlesiens, des Ruhr- und Saargebietes besonders hervorzuheben, werden hier doch Grundlagen zu neuer großstädtischer Entwicklung gelegt. Dabei unterscheiden sich die zechennahen Bergmannskolonien durch ihren überwiegend agglomerativen Charakter von den Werkssiedlungen der Eisen- und Stahlindustrie mit ihrem stärkeren Urbanisierungsgrad.[2)] Mit der Umstellung der Eisenverhüttung von Holzkohle auf Steinkohle, dem rentablen Eisenbahntransport

---

1) vgl. R. Heiligenthal: Deutscher Städtebau. Heidelberg 1921, S. 77f.

2) vgl. P. Schöller, a.a.O., S. 60f.

und dem Roheisenbedarf zur Herstellung dieses wichtigen Transportmittels entwickelt sich die Montanindustrie sprunghaft. Die Roheisenproduktion wächst von 172 983 t im Jahre 1840 unter mehr oder weniger periodischen Schwankungen auf 1 423 030 t im Jahre 1869, während die Kohleföderung mit der Einführung der ersten Tiefzechen (Schachtabbau tritt an die Stelle des Stollenaubbaus) von 5 266 484 t (1850) auf 26 397 767 t im Jahre 1870 ansteigt.[1)]

Mit dem Ruhrgebiet, mit Oberschlesien und dem Saarland wird Preußen Hauptnutznießer der Entwicklung der Montanindustrie und stellt 1865 über 90% der Produktion des gesamten Zollvereins. Diese führende Stellung Preußens in der Kohleproduktion und Eisenerzeugung, die gleichzeitig die Basis der dominierenden preußischen Schwerindustrie (Maschinenbau, Eisenbahnbau etc.) ist, zwingt die Mitglieder des Zollvereins zur Anpassung an die liberale preußische Wirtschaftsgesetzgebung und wird zur wesentlichen ökonomischen Grundlage für die Vereinheitlichung der deutschen Wirtschaftsentwicklung und für die Ausschaltung des österreichischen Einflusses auf den Zollverein. Gleichsam nach den Gesetzen der Schwerkraft orientieren sich die deutschen Staaten auf Preußen, denn wie König Ludwig von Bayern sich ausdrückt, besteht "nach 1864 "keine andere Wahl", " durch mächtige Interessen" gezwungen, mußte "man den Anschluß an Preußen suchen"."[2)]

Die Produktionsausweitung in der Montanindustrie und Eisenproduktion vollzieht sich wesentlich auf der Grundlage der Vermehrung des Arbeitskräftepotentials[3)]. Vor allen Dingen im Ruhrgebiet kommt es zu einer erheblichen Ausweitung bzw. Neugründung von Stadtgebieten, hauptsächlich auf der Grundlage

---

1) vgl. H. Mottek, a.a.O., S. 180ff.

2) H. Böhme, a.a.O., S. 58.

3) "Nach Sombart betrug die Arbeiterzahl eines Steinkohlebergwerkes im Jahre 1842 durchschnittlich 40 Personen, im Jahre 1900 dagegen 1224, die Zahl der Arbeiter eines Hochofens war 1842 nur 13, 1900 dagegen 322."
R. Heiligenthal a.a.O., S. 77.

der Eisenverhüttung und der damit verbundenen Nebenbetriebe, die gegenüber den weitgestreuten Kohlezechen zu Kristallisationspunkten städtischer Entwicklung werden. Bochum, Essen, Mülheim, Duisburg vergrößern sich sprunghaft, während Gelsenkirchen, Hamborn, Bottrop, Oberhausen und Witten als neue Städte entstehen. In diesem Zusammenhang wachsen beispielsweise in dem Zeitraum von 1816 bis 1864 die Einwohnerzahlen in Dortmund von 4 000 auf 28 000, in Essen von 4 800 auf 31 000. Der Zuwachs der oberschlesischen Gebiete bleibt demgegenüber zurück, worin sich nicht zuletzt die vorrangige wirtschaftliche Bedeutung des Ruhrgebietes widerspiegelt.[1] Gerade in den Neugründungen setzen sich die wirtschaftlichen Dominanten der Stadtentwicklung in reinerer Form durch als beim Ausbau der bestehenden Gewerbe- und Residenzstädte. Hier treten die Strukturen des Städtebaus im 19. Jahrhundert ohne Überlagerung durch andere Prozesse zutage, setzen sich die wirtschaftlichen Tendenzen unverhüllt durch: "die Offenheit der Anlage mit ihrer wirtschaftlichen Determination und ihrem sozialen Klassengefüge, die kulturelle Bodenlosigkeit und das Fehlen städtebaulicher Gestaltungskraft."[2]

Während bis zur überwiegenden Privatisierung des Bergbaus die Zechensiedlungen vom staatlichen Bergfiskus errichtet werden, bleibt die Wohnungsversorgung der übrigen Industriearbeiter weitgehend privater Initiative überlassen. Unter diesen Umständen wird die Wohnungsnot in den jungen Industriezentren zu einer allgemeinen Erscheinung, die durch die periodischen Kunjunkturschwankungen noch verschärft wird. Einen Einblick in die Wohnverhältnisse vermittelt das Kontrastbild, das der 'Führer durch die Essener Wohnsiedlungen der Firma Krupp' entwirft: "Das Anwachsen (der Arbeiterklasse im Ruhrgebiet R.G.) steigerte die Mieten, trieb den Arbeiter aus ungesunden Schlafstellen ins Wirtshaus. Damals kamen in

---

1) Gleiwitz verzeichnet z.B. im gleichen Zeitraum eine Zunahme von 3 000 auf 11 800, Beuthen von 2 400 auf 12 800, Ratibor von 4 800 auf 13 400.
vgl. H. Haussherr, a.a.O., S. 397.

2) P. Schöller, a.a.O., S. 62.

einzelnen Arbeiterquartieren nicht weniger als 23,89 Köpfe auf ein zweigeschossiges Haus. Das dichte Zusammenleben untergrub Familienleben, Moral und Gesundheit. Stadtverwaltung wie private Tätigkeit waren nicht in der Lage, den drohenden Gefahren zu begegnen."[1] Hinzu kommt, daß die Kapitalisten in der Phase des industriellen Aufschwungs wenig Neigung zeigen, ihr Kapital in den Arbeiterwohnungsbau zu investieren, der geringere Gewinnchancen als die industrielle Investition verspricht.

Die Krisenzyklen der kapitalistischen Wirtschaft, die sich auch auf den Wohnungsbau ausweiten, sind gekennzeichnet durch die Belebung der Bautätigkeit nach der Krise in der Phase der Depression, während in der Hochkonjunktur der Wohnungsbau zum Erliegen kommt, in einer Zeit der stets steigenden Nachfrage nach Wohnraum.[2] Die Verknappung des Angebotes an Wohnraum aber bewirkt eine Steigerung der Mieten, die den Lohnzuwachs der Arbeiter wieder aufheben.[3] Die von F. Engels beschriebene Unwürdigkeit der Wohnverhältnisse der englischen Industriearbeiter wird, wie eine statistische Untersuchung aus dem Jahre 1872 feststellt,[4] von den deutschen Wohnverhält-

---

1) Führer durch die Essener Wohnsiedlungen Firma Krupp. Essen 1930, S. 6.

2) "Wagemann hat darauf hingewiesen, daß sich bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges der Wohnungsbau im Gegentakt zur allgemeinen volkswirtschaftlichen Entwicklung vollzogen habe. Es wurde in der Depression und im Aufschwung gebaut, d.h., in Zeiten, in denen die Löhne, die Baustoffkosten und die Zinsen niedrig waren. Da unter diesen Umständen ein langlebiges Wirtschaftsgut zu vergleichsweise niedrigen Gesamtkosten produziert werden konnte und das Kapitalangebot in dieser Phase der volkswirtschaftlichen Entwicklung größer als die Nachfrage war, drängte das Kapital in den Wohnungsbau. In der Hochkonjunktur und im Abschwung, wo die Kosten aller Produktionselemente hoch waren, ging dann der Wohnungsbau schlagartig zurück." H. Jaschinski: Die Finanzierung des Wohnungsbaus im Wandel der Zeit. In: Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster Bd. 58, Köln-Braunsfeld 1964, S. 14.

3) Zur zyklischen Abhängigkeit des Wohnungsbaus vgl. H. Fassbinder et.al., Berliner Arbeiterviertel, a.a.O., S. 140ff.

4) vgl. F. Engels: Die Lage der arbeitenden Klassen in England. In: MEW Bd. 2, S. 237-506 passim.

nissen an Negativem noch übertroffen.[1] Anzeigen, die eine Schlafstelle in einem Bett oder das Viertel einer Dachkammer anbieten, wie in Mühlhausen, sind keine Ausnahmen, sondern beschreiben die Wohnverhältnisse eines nicht geringen Teiles der arbeitenden Bevölkerung.[2]
Verstärkt wird die Wohnungsfrage in der Konjunktur durch die spekulative 'Sanierung' der zentral gelegenen Arbeiterviertel, gleichviel ob man sie mit hygienischen Forderungen, ästhetischen Absichten, Verkehrsinovationen oder dem Bedarf des Handels und der Banken nach Büro- bzw. Geschäftslokalen motiviert. Die Lösung der Wohnungsfrage nach Art der Bourgeoisie besteht infolge der Abhängigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise und ihren Krisenzyklen darin, daß sie die Lösung der Frage immer wieder aufs Neue erzeugt.[3]

Schon früh zwingt die Wohnungssituation die kapitalistischen Unternehmer der Hüttenindustrie und der verarbeitenden Betriebe zu eigener Wohnungsbautätigkeit. War für die Standortfrage der Produktion in der ersten Industrialisierungsphase das Rofstoffvorkommen wichtiger als das Arbeitskräftepotential, so gilt das Interesse der Unternehmer nun der Beschaffung qualifizierter Handwerker, wie Schlosser, Schmiede, Walzer, Dreher usw.. Diese sind im Interesse der langfristigen industriellen Wachstumssicherung und der Ausnutzung des hohen fixen Kapitals (Maschinen) vor den Auswirkungen der konjunkturellen Krisen zu bewahren. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts kommt es in Deutschland nach dem Vorbild der cité ouvrière Napoléons III. in Mühlhausen/Elsaß vereinzelt zum Bau von Werkswohnungen und Arbeitersiedlungen, wie z.B. die Werkswohnungen des Hörder Vereins (ca. 1850). Die errichteten Kleinhäuser bzw. Vielwohnungshäuser werden überwiegend vermietet, den Arbeitern z.T. aber auch gegen Abzahlung zum Erwerb angeboten. Die Häuser unterscheiden sich größtenteils

---

1) vgl. E. Engel: Die Wohnungsnot. In: Zeitschrift des Königlich-Preußischen Statistischen Büros. 12.Jg./Berlin 1872, S. 379ff.

2) vgl. R. Eberstadt, Handbuch, a.a.O., S. 520.

3) vgl. F. Engels: Zur Wohnungsfrage. In: MEW Bd. 18, S. 260.

kaum vom spekulativen Kleinwohnungsbau, dessen Qualität und Form von den Kosten des Baumaterials und der unternehmerischen Profiterwartung bestimmt wird. Die erste Hauptphase des Werkswohnungsbaus[1] beginnt um 1871 mit dem Zug der ländlichen Bevölkerung des argraischen Ostens in die Industriegebiete des Westens, vor allem in das Ruhrgebiet. Die große Nachfrage nach Wohnraum verschlechtert die Wohnungssituation in einem bisher nie gekannten Maße und führt zunächst zur Herstellung einfacher, schnell herzustellender Baracken in der Nähe der Produktionsstätten für die Masse der Arbeiter. Für die Stammarbeiterschaft werden bald Werkssiedlungen geschaffen, deren Anzahl mit der Ausdehnung des jeweiligen Betriebes steigt, denn die Investitionen erhöhen die Anzahl der auch in Krisenzeiten notwendigen Arbeitskräfte.

Das klassische Beispiel des deutschen Werkswohnungsbaus stellt die Bautätigkeit A. Krupps dar, der in Essen die Initiative zu einem umfangreichen Siedlungsbau für seine Werksangehörigen ergreift. Der Kruppsche Wohnungsbau läßt sich in zwei Hauptphasen einteilen, deren erste den Zeitraum von 1871-74 ausfüllt und in der die Siedlungen Nordhof, Schederhof, Baumhof und Kronenberg entstehen; die zweite Phase fällt in die Zeit der steigenden Rüstungsproduktion bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1902-1918), innerhalb der mit der Ausweitung der Produktionsanlagen die Zahl der Beschäftigten von 43 000 im Jahre 1902 auf 80 000 im Jahre 1914 und endlich auf 167 000 bis zum Ende des 1. Weltkrieges steigt. In dieser Phase entstehen die Siedlungen Altenhof, Friedrichshof, Margarethenhof, Dahlhauserheide, Emscher-Lippe und Margarethenhöhe, während die Projekte Borbeck und Wichenburg mit dem Rückgang der Rüstungsindustrie zum Kriegsende unvollendet bleiben.[2] Entgegen der vermeintlichen Sozialfürsorge

---

1) Im Zusammenhang dieser Arbeit wird nur die Abhängigkeit des Werkswohnungsbaus von den herrschenden ökonomischen Interessen aufgezeigt. Zu einer umfassenderen Darstellung vgl. R. Eberstadt, a.a.O., S. 519-555 passim. u. R. Spörhase, a.a.O., S. 17-52 passim.

2) vgl. J. Schlandt: Die Kruppsiedlungen-Wohnungsbau im Interesse eines Industriekonzerns. In: H.G. Helms/J.Janssen(Hrsg.), Kapitalistischer Städtebau, a.a.O., S. 95f.

dieser unternehmerischen Bautätigkeit, von der unsere Schulbücher so gerne berichten, hebt A. Krupp selbst die ideologische Motivation seiner Bautätigkeit hervor: "Ich bin fest überzeugt, daß alles, was ich empfohlen habe, notwendig ist, und daß die Folge es mehr als reichlich lohnen wird. Wir haben noch viel nachzuholen, wer weiß, ob dann über Jahr und Tag, wenn eine allgemeine Revolte durch das Land gehen wird, ein Auflehnen aller Klassen von Arbeitern gegen ihre Arbeitgeber, ob wir nicht die einzigen Verschonten sein werden, wenn wir zeitig noch alles in Gang bringen."[1] Die preventive Funktion der Werkswohnungen für den Fall des Klassenkampfes tritt offen als Argument hervor.

Der Kruppsche Werkswohnungsbau hat jedoch, wie der Werkswohnungsbau und die Propagierung des Wohnungs- bzw. Hauseigentums überhaupt, noch andere Seiten, die gegenüber der Funktion der Werkswohnung als ideologisches Bollwerk, wie in der Eigentumsideologie von K. Adenauer bis P. Lücke und darüber hinaus in das Instrumentarium des kalten Krieges übernommen, als grundlegender hervortreten, versprechen sie doch unmittelbaren Profit und entsprechen damit der kapitalistischen Wirtschaftsrationalität.
Eine dieser Seiten ist die Versorgung der qualifizierten Stammarbeiterschaft mit billigem Wohnraum. In einer Zeit überhöhter Mieten auf dem privaten Wohnungsmarkt läßt sich die billige Werkswohnung einerseits als Leistungsanreiz verwenden, auf der anderen Seite als subtiles Disziplinierungsmittel. Der gleichen 'Funktion' dient letztlich auch die Siedlung Altenhof, in der bei Wohlverhalten und Betriebstreue eine gesicherte Altersvorsorge nach dem altersbedingten Ausscheiden aus dem Produktionsprozeß in Aussicht gestellt wird.[2]

---

1) A. Krupp zit. nach R. Spörhase, a.a.O., S. 46.
2) vgl. J. Schlandt, a.a.O., S. 97ff.

Mit der Möglichkeit, das Siedlungshaus gegen "angemessene Konditionen" als Eigentum zu erwerben[1], tritt eine neue Qualität der Abhängigkeit der Arbeiter und damit eine neue Seite unternehmerischer "Sozialfürsorge" in Erscheinung. Die Fesselung an das Eigentum einer Wohnung oder eines Hauses beschränkt die Mobilität des Arbeiters, für den die Freiheit des Arbeitsplatzwechsels Grundlage der Realisierung des Wertes seiner Arbeitskraft ist und damit die erste Lebensbedingung. Gegen die vermeintliche 'Umwandlung des Arbeiters in einen Kapitalisten', wie sie E. Sachs als Lösung der Wohnungsfrage der Arbeiter durch Grundbesitzverteilung propagiert, polemisiert F. Engels, indem er pointiert die Konsequenz der scheinbaren Wohltat aufdeckt: "Verschafft ihnen eigene Häuser, kettet sie wieder an die Scholle, und ihr brecht ihre Widerstandskraft gegen die Lohnherabdrückung der Fabrikanten."[2] Mit der allgemeinen Verwandlung der Arbeiter in Hausbesitzer aber ginge der Mietpreis nicht mehr in die Reproduktionskosten der Arbeitskraft, in ihren Wert,ein; der Wert würde sinken. Da letztlich die Waren zu ihrem Wert verkauft werden[3], der Lohn aber die Geldform des Wertes der Ware Arbeitskraft ist, müßte notwendig der Arbeitslohn durchschnittlich um den eingesparten Mietbetrag fallen, während der vom Kapitalisten angeeignete Mehrwert um denselben Betrag stiege. "Auf diese Weise würden die im Häuschen angelegten Ersparnisse des Arbeiters allerdings gewissermaßen zu Kapital, aber nicht Kapital für ihn, sondern für den ihn beschäftigenden Kapitalisten."[4] Die "Lösung" der Wohnungsfrage, nur tendenziell, für eine Minderheit der Arbeiterklasse zu verwirklichen, aber führt letztlich zu deren Spaltung in eine Arbeiteraristokratie und das übrige Proletariat.

---

1) vgl. Führer durch die Essener Wohnungssiedlungen der Firma Krupp, a.a.O., S. 9.

2) F. Engels, Zur Wohnungsfrage, a.a.O., S. 239.

3) Zum Wertgesetz
vgl. K. Marx, Das Kapital Bd. 1, a.a.O., S. 53ff.

4) F. Engels, a.a.O., S. 241.

Die Tendenz zur Lohndrückerei, wie sie mit einem allgemeinen Besitz der Wohnung bzw. des Hauses verbunden ist, wird noch gesteigert durch die Errichtung von sogenannten Neuerwerbssiedlungen, in denen die ländlichen Wohnstrukturen die Selbstversorgung mit Lebensmitteln erlauben. Die allgemeine Verbreitung der Hausindustrie in Deutschland auf der Grundlage der Nebenerwerbssiedlungen bis in die 80er Jahre des 19. Jahrhunderts bildet die Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Produkte auf dem Weltmarkt. Bewirkt das Wohnungs- bzw. Hauseigentum des Arbeiters eine Senkung des Reallohnes um den Betrag des Mietpreises, so ist mit der Nebenerwerbssiedlung die Möglichkeit einer weiteren Lohnsenkung gegeben. "Was die Familie auf ihrem eigenen Gärtchen und Feldchen erarbeitet, das erlaubt die Konkurrenz dem Kapitalisten vom Preis der Arbeitskraft abzuziehen; die Arbeiter müssen eben jeden Akkordlohn nehmen, weil sie sonst gar nichts erhalten und vom Produkt ihres Landbaues allein nicht leben können; und weil andererseits eben dieser Landbau und Grundbesitz sie an den Ort fesselt, sie hindert, sich nach anderer Beschäftigung umzusehen. Und hierin liegt der Grund, der Deutschland in einer ganzen Reihe von kleinen Artikeln auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig erhält. Man schlägt den ganzen Kapitalprofit heraus aus einem Abzug vom normalen Arbeitslohn und kann den ganzen Mehrwert dem Käufer schenken. Das ist das Geheimnis der erstaunlichen Wohlfeilheit der meisten deutschen Ausfuhrartikel."[1)]

Im Zusammenhang mit dem Werkswohnungsbau wird dieser Effekt der Nebenerwerbssiedlung bewußt ausgenutzt. Darauf verweist die Erklärung des Prokuristen der Firma Krupp zu Beginn der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts, in einer Zeit der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Massenentlassungen, die nur durch Lohnsenkungen im Sinne des Kapitals zu mildern sind: "Der Kotten ist uns Ideal! Das bedeutet ein spalierobstumranktes Häuschen in Grün und Sonnenschein; bedeutet Gemüse in Hülle und Fülle mit Schinken, Speck und Würstchen, die kein bares Geld kosten, weil das zu verkaufende zweite

---

1) F. Engels: Vorwort zur 2. Auflage 'Zur Wohnungsfrage'. In: MEW Bd. 18, S. 653.

Schwein die Auslagen für beide Schweine wieder einbringt; bedeutet verheißungsvolles Meckern und Gackern aus dem Stall; bedeutet Gesundheit, Lebensfreude und Arbeitsfreude; bedeutet Liebe zu Heimat und Vaterland; bedeutet aber auch die Verbindung mit unserem Herrgott droben, von dem das Gedeihen der Scholle abhängt."[1] Die Wohnungsbautätigkeit der Unternehmen läßt sich wie J. Schlandt am Beispiel Krupp nachweist, auf die Bindung der Stammarbeiterschaft, den Zugriff auf den Lohn, die politische Disziplinierung der Arbeiter und die Nutzung als ideologisches Instrument als grundlegende Interessen zurückführen.[2]

Auf ähnliche Modelle, wie die privaten Unternehmen, stützen sich auch die zahlreichen Wohnungsselbsthilfeorganisationen und gemeinnützigen Bauvereine, die nach der Revolution von 1848 ins Leben gerufen werden. Nach der Konzeption der Kolonie, die "von Herrn Huber den Sozialisten Owen und Fourier direkt abgeborgt und bloß durch Abstreifung alles Sozialistischen total verbürgert"[3] ist, entstehen 1849 die ersten Häuser der Berliner gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft. Die Mietgenossenschaft von 1850, die diese Wohnungen bezieht, besteht jedoch aus kleinbürgerlichen Handwerkern, wie die 21 Werkstätten bei einer Gesamtzahl von 146 Wohnungen offenbaren.[4] Allgemein verdanken die Selbsthilfeorganisationen und Bauvereine ihre Existenz der auf das Kleinbürgertum übergreifenden Wohnungsnot in den großen Handels- und Residenzstädten.

Während die jungen Städte der Industriegebiete, wie betont, mehr agglomerativen Charakter tragen - 'die P. Geddes daher mit

---

1) M. Halbach zit. nach J. Schlandt: Die Kruppsiedlungen - Wohnungsbau im Interesse eines Industriekonzerns. In: H.G. Helms/J. Janssen, Kapitalistischer Städtebau, a.a.O., S. 103.

2) vgl. J. Schlandt, a.a.O., S. 95-111 passim.

3) F. Engels, Zur Wohnungsfrage, a.a.O., S. 244.

4) vgl. R. Spörhase, a.a.O., S. 31ff.

dem Begriff 'Konurbation' belegt[1] - und in ihrer Wohnstruktur einen stark ländlichen Einfluß verzeichnen, vollzieht sich die bürgerlich-städtische Entwicklung hauptsächlich in den Zentren der verarbeitenden Industrie, in den Gewerbe-, Handels- und Residenzstädten, die durch die Industrialisierung eine relativ einheitliche Struktur erhalten. Es beginnt die Zeit des technischen Städtebaus, der sich als herrschaftsfrei, nur Sachzwängen gehorchend, versteht. Indem man vermeintlich wertfrei plant, setzen sich unreflektiert die Forderungen des europöischen Neo-Konservatismus durch: "Napoléon III. in Frankreich, die jungen Torries unter der Führung von Disraeli in England und Bismarck in Deutschland werden sich rasch klar darüber, welche Bedeutung eine organische Politik öffentlicher Arbeiten für die politische Stabilität ihrer Länder haben kann. Um einen zu starken Druck auf die zu bewahrenden Institutionen zu verhindern, werden Teilreformen durchgeführt, auch wenn sie von der linken Opposition ausgearbeitet worden sind."[2] Der technische Städtebau und die technische Stadtplanung nach vermeintlich technisch lösbaren 'Sachzwängen' erweisen sich in der Loslösung von der politischen Diskussion als Erfüllungsgehilfen der herrschenden Klasse.[3]

Die erste technische Neuerung, die stadtgestaltende Qualität erhält, ist die Anlage der Eisenbahn, die, wie bereits betont, das Rückgrad der Industrialisierung in den älteren Matropolen bildet; sie wird als Transportmittel für Rohstoffe und Halbfabrikate Voraussetzung der industriellen Produktion überhaupt, als Transportmittel für fertige Waren Moment des kapitalistischen Realisierungsprozesses, indem sie die erzeugten Massengüter an den Ort der Konsumtion bringt.
Die Phase des Wirtschaftsliberalismus von 1850 bis 1873 auf der Grundlage privater Unternehmertätigkeit ist gekennzeichnet

---

1) vgl. L. Mumford, a.a.O., S. 531.

2) L. Benevolo: Die sozialen Ursprünge des modernen Städtebaus. In: Bauwelt Fundamente Bd. 29, Gütersloh 1971, S.112f.

3) vgl. derselbe, a.a.O., S. 1o.

durch den privaten Eisenbahnbau. Das anarchische Profitinteresse schläft sich nieder in der anarchischen Entwicklung der Privateisenbahnen, die ihr Steuerungsmoment in den spekulativen Profiterwartungen finden. Lediglich den veralteten bürokratischen Vorschriften in Deutschland ist es zu verdanken, daß die Bahnstationen an die Peripherie der alten Stadtkerne verbannt bleiben und nicht wie in anderen Ländern die zentralen historischen Teile der Stadt in eine "Wüstenei" von Güterbahnhöfen und Rangiergleisen verwandeln.[1] Diese Entwicklung einzuleiten, bleibt dem 20. Jahrhundert mit der Bevorzugung des privaten Automobilverkehrs vorbehalten.

In den deutschen Städten zeichnen sich zwei Entwicklungen in der baulichen Strukturierung der Stadt durch die Eisenbahn ab, die mit der unterschiedlichen Lokalisation und dem unterschiedlichen Charakter der Bahnhofsanlagen verbunden sind. Mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen ab 1871, die sich als spekulative Sozialisierung der Verluste erweist[2], wird die Errichtung eines zentrenbezogenen Hauptbahnhofs wichtigste Aufgabe des verkehrsbezogenen Städtebaus, der in der Anlage stattlicher Bahnhofsgebäude und 'imponierender' Bahnhofsstraßen seinen deutlichen Niederschlag findet.[3] Der unterschiedliche Charakter der Bahnanlagen ist bedingt durch den Charakter der Städte selbst, durch ihre unterschiedliche ökonomische, politische und soziale Bedeutung. In den wichtigsten Zentren der staatlichen Administration, des Handels und der verarbeitenden Industrie, in den meisten alten Residenzen und bedeutenden Handelsstädten finden sich im Gegensatz zu den allgemein verwandten Durchgangsbahnhöfen, Kopfbahnanlagen, die in der Ausrichtung des Verkehrs auf die Orte der ökonomischen und politischen Herrschaftskonzentration den Bedürfnissen der herrschenden Klasse Ausdruck verleihen. Während Düsseldorf, Halle/Saale, Darmstadt, Breslau u.a.m. Durchgangsbahnhöfe erhalten, werden z.B. in den Großstädten München,

---

1) vgl. L. Mumford, a.a.O., S. 536.

2) vgl. F. Engels: Der Sozialismus des Herrn Bismarck. In: MEW Bd. 19, S. 173ff.

3) vgl. R. Eberstadt, Handbuch, a.a.O., S. 450.

Frankfurt M, Leipzig, Stuttgart Kopfbahnhöfe angelegt; die besondere Bedeutung Berlins kommt in der Errichtung von nicht weniger als 5 Kopfbahnhöfen am Rande der historischen Stadt zum Ausdruck, die 1895 durch die Ringlinie zu einem Netz vereinigt werden. Die Bahnhöfe mit ihren Verkehrsdominanten zum älteren Stadtkern werden zu Elementen neuer funktionaler Viertel, der Bahnhofcity mit ihren Hotels, Gaststätten, Lichtspielhäusern etc..[1] Von hieraus ergeben sich die weiteren Verkehrsspannungen zur Innenstadt.

Gleichzeitig wird die Bahnstation zum Bezugspunkt neuer Industrieansiedlungen, die die Nähe des Personen- und Güterverkehrsmittels nutzen. In Berlin zeigt sich die stärkste Industriekonzentration in der Nähe des Hamburger und Stettiner Bahnhofs, aber auch in der Nähe Anhalter, Görlitzer und Schlesischen Bahnhofs.[2]
Mit der Ausdehnung der Stadt werden die Gleisanlagen zum Bestandteil des städtischen Raumes. Sie trennen die neuen Stadtteile von dem historischen Stadtkern und werden zu einem schier unüberwindlichen Verkehrshindernis, das nur wenige Durchlässe offenhält; die Befestigungsanlage wird in ihrer verkehrshemmenden Wirkung von der Eisenbahn abgelöst. Gleichzeitig zerfallen die Kopfbahnanlagen durch die Beziehung der Altstadt zu den neuen Verkehrszentren in verschiedene unzusammenhängende Sektoren. Mit der Entwicklung der öffentlichen Verkehrsmittel in der modernen Großstadt verwandelt sich der Bahnhof von einer Zentralanstalt in eine Verteilungsanstalt, die die einzelnen Stadtviertel nur ungleichmäßig berücksichtigt[3], denn die Verbindungen folgen in erster Linie den Bedürfnissen der Produktions- und Distributionszentren. Im gleichen Maße, wie die Verkehrsentwick-

---

1) vgl. P. Schöller, a.a.O., S. 63.

2) vgl. H. Fassbinder et.al., Berliner Arbeiterviertel, a.a.O., Plananhang.

3) vgl. F. Hoeber: Stadtbau und Verkehr. In: Handbuch des deutschen Werkbundes (zum Thema Verkehr), Jena 1914, S. 14.

lung auf die Stadt selbst wirkt, zieht sie das städtische Umland in die Umstrukturierung ein. Das Verkehrswesen wird zum Mittel der Zersiedelung des städtischen Umraumes zum Auslöser der Dezentralisation der städtischen Wohnbezirke, namentlich der Arbeiterbezirke. Die mit der Manufaktur einsetzende Trennung von Arbeits- und Wohnraum findet mit der Industrialisierung der Matropolen ihre Fortsetzung in einer Vergrößerung der Distanz auf der Grundlage der neuen Verkehrsmittel.

"Die zwischen 1850 und 1920 gebauten Vorstädte verdanken ihr Dasein in erster Linie der Eisenbahn, obwohl die dem Stadtkern näher gelegenen Vorstädte seit 1895 der Straßenbahn oder Untergrundbahn ebensoviel zu verdanken haben.[1)]

---

1) L. Mumford, a.a.O., S. 587.

4. Städtebau als Abbild kapitalistischer Wertbildung

Auf der Grundlage des Verkehrs entwickeln sich die Residenz- und Handelsstädte, die wie Spinnen in einem verzweigten Verkehrsnetz liegen, zu bedeutenden Industriestädten. Handel und Industrie siedeln sich um diese Verkehrsknotenpunkte an, und es beginnt das Zeitalter der immerwährend wachsenden Großstadt. Mit der Verkehrsentwicklung tritt der geschlossene Charakter der Anlage, die sich aus einer relativ konzentrischen Wachstumsbewegung ergab und ihren baulichen Ausdruck in der Stadtbefestigung fand, hinter die radiale Wachstumsentwicklung entlang der Verkehrsadern zurück. Die Industrialisierung in den deutschen Territorien in den 50er, vor allem aber in den 60ger und beginnenden 70er Jahren des 19. Jahrhunderts bewirkt eine Umorientierung und Ausweitung der städtischen Funktionen. Mit der Etablierung der kapitalistischen Produktionsweise entstehen in den Städten neue Institutionen und kommunale Dienstleistungsbetriebe, die sich baulich im Stadtbild manifestieren, z.B. Wasserwerke, Gasanstalten, Bahnstationen und -behörden, Postämter, Industriebetriebe, Banken, Handels- und Versicherungsgesellschaften, Kaufhäuser, Behörden etc.. Mit Ausnahme der Produktionsbetriebe tendieren diese Institutionen dazu, sich innerhalb der Stadt an dem Ort der dichtesten Kommunikationsbeziehungen, der historischen Innenstadt, niederzulassen. Seit etwa 1880 läßt sich als wichtigste städtische Strukturveränderung die "City-Bildung" in vielen Großstädten deutlich fassen.[1)]
Die Verwertungs- und Realisierungsinstitutionen des Kapitals drängen unerbittlich in die Innenstadt, ergreifen von der vorhandenen Infrastruktur Besitz und drängen die Wohnbevölkerung aus den preiswerten Altstadtwohngebieten an den Rand der Städte. Unter dem Deckmantel der Stadtsanierung erfolgt mit der Herausbildung der Herrschaft des Kapitals das Eindringen der Institutionen einer veränderten Distribution und Zirkulation in das Zentrum der Städte. Damit werden die

---

1) vgl. P. Schöller, a.a.O., S. 62f.

vorhandenen Kommunikationsbeziehungen der älteren Herrschaftsstrukturen zerstört und durch neue, auf das Kapital zugeschnittene, ersetzt. Die Innenstadt wird zum überdimensionalen "Marktplatz", zur Distributions-, Zirkulations- und Konsumtionssphäre der städtisch kapitalistischen Wirtschaft.

Trotz einheitlicher Tendenz der neuen Institutionen, die sich in der City ansiedeln, behalten die historischen Zentren ihren individuellen Charakter als Träger eines spezifischen kulturellen Erbes. Tradition, Lage und Struktur wirken einer funktionalen Vereinheitlichung entgegen, unterstützt durch Bodenpreise und Standortkosten. Eine Neuauflage mittelalterlicher Brancheneinteilung der Stadt findet nicht statt, sondern eine Durchmischung des historischen Stadtkerns mit den Bauten der verschiedenen Kapitalfunktionen: "Warenhauspaläste und Vergnügungsbetriebe, attraktive Spezialgeschäfte und Handelshäuser, Banken und Versicherungen, Konzernverwaltungen und Bürogebäude begannen seit der Gründerzeit um 1871 den Charakter und die Silhouette der Stadtkerne zu bestimmen."[1] Vor allem die Warenhäuser und Geschäfte treten zunehmend im Bild der City hervor infolge ihrer Reklamefunktion, die in der Betonung des Kaufanreizes die Schaufenster zum Hauptmotiv der gesamten Architektur werden lassen und als wesentlicher Faktor der Fassade den Baucharakter bestimmen. Das Gebäude selbst erhält Reklamefunktion, indem die Konstruktionsrichtlinien vom Kaufanreiz bestimmt werden[2]; das Bauwerk wird zum Abbild seiner Rolle im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, verdeckt aber gleichzeitig seine Funktion als Glied in der Kette der Reproduktion des kapitalistischen Herrschaftsanspruches. Das Bedürfnis des Kapitals nach kommerzieller Realisierung des Warenwertes schafft sich im baulich manifestierten Konsumanreiz den ihm gemäßen Ausdruck: Frontmeter und Kubikmeter werden zum Abbild des kommerziellen Systems. Die Altstädte der Metropolen werden

---

1) P. Schöller, a.a.O., S. 63f.

2) vgl. A. Wiener: Das Warenhaus. In: Jahrbuch des deutschen Werkbundes, Jena 1913, S. 45ff.

zu Umschlagplätzen des Kapitals, dessen abstrakte Herrschaft sich in den Gebäuden der Institutionen dokumentiert. Deutlicher als auf politischer Ebene zeigt sich im Städtebau des späten 19. Jahrhunderts, daß die Bourgeoisie in Deutschland die Herrschaft angetreten hat.

Diese Entwicklung stetzt die Ausweitung der Produktion und damit die Vergrößerung und Vervielfältigung der Produktionsanlagen und die Vermehrung der städtischen Arbeiterschaft voraus. Mit der Erschließung des Ruhrgebietes wird Berlin zum Dreh- und Angelpunkt zwischen dem industrialisierten Westen und Südwesten und dem agrarischen Osten Deutschlands. Aus dieser beherrschenden Position und dem politischen Status als Hauptstadt Preußens und späteren Reichshauptstadt resultiert Berlins Wandlung zur deutschen Großstadt par excellence. Hier zeigen sich die Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise und bürgerlichen ökonomischen Herrschaft bereits sehr früh.

In der ersten Phase der Industrialisierung (1815 - 1840) steigt die Einwohnerzahl Berlins von 197 717 auf 322 626, Hamburgs von 125 476 auf 151 947, Münchens von 53 672 auf 96 922, Leipzigs von 34 035 auf 51 712, Kölns von 50 187 auf 75 858, Frankfurts M von 41 458 auf 56 939[1)], um nur einige der wichtigsten Städte zu nennen. Die Bevölkerungsballung führt zu einer wachsenden Bebauungsdichte; die Vorderhäuser erhalten Seitenflügel, und der weitere Ausbau bringt in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Berliner Mietskasernen mit ihren Seiten- und Hinterflügeln und ihrer Hofbebauung hervor.
Die wachsende Nachfrage nach Wohnraum führt zu einer Steigerung der Wohnungsmieten und zu einer Zusammendrängung der arbeitenden Bevölkerung auf engstem Raum: "Die Mietskaserne wurde bewußt als die für die Unterbringung der breiten Massen allein zulässige Form betrachtet und den Baublöcken eine solche Tiefe

---

1) vgl. R. Eberstadt, Handbuch, a.a.O., S. 79.

gegeben, daß zumeist die ... mehrfache Hinterhausbebauung gefördert wurde."[1]

Die Entstehung der Mietskaserne in Berlin ist wesentlich auf drei Bedingungen zurückzuführen:

1. Die quantitativen Arbeitsnormen des frühen industriellen Kapitalismus, die lange Wege zur Fabrik ausschließen.
2. Die Nähe des Arbeitsplatzes zur Wohnstätte trotz der funktionalen Trennung von Arbeit und Wohnen.
3. Das Interesse der Haus- und Grundeigentümer, durch intensive Ausnutzung des Baugrundes einen möglichst hohen Mietzins zu erzielen.

Zur Norm der proletarischen Wohnweise gemacht, bestimmt die Mietskaserne das Bild der um die Mitte des 19. Jahrhunderts entstehenden Berliner Arbeiterviertel: die Oranienburger Vorstadt, das Spandauer und Stralauer Viertel und die Luisenvorstadt.[2] Die Industrialisierung bewirkt einen sozialen Strukturwandel in der Stadt: "Berlin wurde zu einer Arbeiterstadt mit all den Problemen, die die frühkapitalistische Gesellschaftsordnung mit sich brachte."[3]
Eine keineswegs schroffe, aber doch merkliche Teilung des Stadtgebietes nach sozial unterschiedlichen Wohngebieten setzt ein. Die Dorotheenstadt, die Friedrichstadt, das sog. 'Geheimratsviertel' vor dem Potsdamer Tor und die neu entstehende Friedrich-Wilhelm-Stadt werden zu bevorzugten Wohngebieten der Aristokratie, der höheren Beamten, der jungen Großbourgeoisie und der leitenden Angestellten. Der Westen und Südwesten der Stadt wird zum Wohngebiet der Reichen;[4] das Bürgertum weicht, wie in den meisten Städten, in die besseren Luftverhältnisse der westlichen Stadtteile aus (Westwind) und überläßt dem Proletariat die Abgase der Industriezonen im Osten, wo sich die Großindustrie angesiedelt

---

1) P. Wolf, a.a.O., S. 61.

2) vgl. H. Fassbinder et.al., Berliner Arbeiterviertel, a.a.O., S. 113ff.

3) H. Kotschenreuther, a.a.O., S. 75

4) vgl. H. Fassbinder et.al., Berliner Arbeiterviertel, a.a.O., S. 115f.

hatte. In rascher Folge werden seit 1866 die stilistisch oft recht dubios anmutenden Villenkolonien in den westlichen und südlichen Randbezirken errichtet; die Vororte Westend, Lichtenfelde, Grunewald, Wannsee und Lankwitz entstehen als Enklaven des wohlhabenden Bürgertums.[1] Die Arbeiterviertel aber ziehen kleinbürgerliche Händler und Gewerbetreibende zur Versorgung an und bewirken eine Orientierung der City in östliche Richtung.[2]

In Berlin hatte bereits die Steinsche Städteordnung die Bauentwicklung der Stadt in die Hände der Haus- und Grundeigentümer gelegt. Auch die Einführung des Dreiklassenwahlrechts 1850 ändert nicht viel an dieser Tatsache; die Profitansprüche der Haus- und Grundbesitzer sind weiterhin für die bauliche Gestalt der Stadt ausschlaggebend. Die einzige Möglichkeit, in die umstrukturierte Bautätigkeit eingreifen zu können, bildet die administrative Bauordnung. Die Berliner Bauordnung von 1853 aber orientiert sich nur an der Feuergefahr - die Baudichte findet ihre Begrenzung in dem Wendekreis eines Feuerlöschwagens im Innenhof der Mietskaserne und in der Technik der Feuerwehr, die bis 22 m Höhe reicht, - während andere Vorschriften, wie z.B. die sanitäre, unbestimmt bleiben.[3]

Nach den schweren Choleraepidemien von 1841, 1848 und 1850 werden die schlimmsten Elendskasernen abgerissen. Die Angst der Bourgeoisie vor den Seuchen, die ihren Ausgangspunkt in den Elendsvierteln der Arbeiter finden und Reiche wie Arme trifft, führt zu den ersten Überlegungen zur Verbesserung sanitärer Anlagen, die in einem Kanalisations- und Bebauungsplan für Berlin münden, dem Hobrecht-Plan (1858).[4] Doch nicht nur hygienischen Erfordernissen trägt dieser 'Straßenplan'

---

1) vgl. H. Kotschenreuther, a.a.O., S. 79.

2) vgl. Autorenkollektiv, Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit, a.a.O., S. 6f.

3) vgl. H. Fassbinder et.al., Berliner Arbeiterviertel, a.a.O., S. 151, 10f.

4) vgl. dieselben, a.a.O., S. 151. 11ff.

Rechnung, sondern auch der weiteren Erschließung der Stadt, der Planung der materiellen Infrastruktur für die künftige Ausdehnung der Stadt. Vom Polizeipräsidenten Berlins, C.L. von Hinkeldey, erhält der Kanalbauspezialist J. Hobrecht den Auftrag, einen Rahmenplan für die Ausdehnung Berlins auf eine Gesamtbevölkerung von 4 Mill. Einwohnern zu schaffen. Durch Verlängerung der Straßen und die einfache Übertragung der gebräuchlichen Erschließungsart auf das Umland vergrößert er planlich die Stadt um das Achtfache.[1)]
Mit dem preußischen Fluchtliniengesetz von 1875 geht die Aufstellung der Bebauungspläne in die Kompetenz der Gemeinden über; damit wird die Stadt Berlin für die Durchsetzung des Planes zuständig. Terrainspekulanten und Baugesellschaften übernehmen die Erschließung des Baulandes, das zum Spekulationsobjekt wird. Auf der Grundlage des Gitternetzplanes wird in den Außenbezirken die Parzellierung des Baulandes vorgenommen, der unter rein kommerziellem Blickwinkel wie kein anderer der gleichmäßigen Blockbebauung entspricht; L. Mumford bezeichnet den Gitternetzplan als spekulativen Plan, der den kommerziellen Bedürfnissen wie kein anderer Rechnung trägt.[2)]
Die Konzessionspflicht für Aktiengesellschaften war 1870 aufgehoben worden und damit die Beschränkung zu umfangreicher Gründungstätigkeit. Zwischen 1871 und 1873 entstehen in Berlin und Umgebung ungefähr 60 Baugesellschaften, deren Aktien die Grundlage einer weiteren Börsenspekulation bilden. Zur Verwertung des Baulandes zu einer möglichst hohen Dividende werden Tochtergesellschaften gegründet, denen man den Boden zu einem beliebig überhöhten Preis verkauft; neue Emissionen und Gründungen sind die Folge des hohen Agios der Aktien.[3)] Adel, Kaiserhaus, Bourgeoisie und Fiskus beteiligen sich in seltener Einmütigkeit an dem lukrativen Geschäft des Städtebaus.[4)]

---

1) vgl. A. Stöckli, a.a.O., S. 86f.

2) vgl. L. Mumford, a.a.O., S. 494.

3) vgl. H. Fassbinder et.al., Berliner Arbeiterviertel, a.a.O., S. 144.

4) vgl. A. Stöckli, a.a.O., S. 89ff.

Bei der Bebauung des Geländes motiviert man die maximale Überbebauung mit dem hohen Grundstückspreis. Wie R. Eberstadt nachweist, ist es jedoch nicht der Grundstückspreis, der eine bestimmte Bebauung erzwingt, sondern die in Aussicht gestellte Ausnutzung des Bodens treibt den Grundstückspreis in die Höhe, so daß der Bebauungsplan notwendig die Bodenpreise in den Außenbezirken Berlins in die Höhe schnellen läßt.[1] Die Anerkennung des Aktivums der Abhängigkeit der Bebauung vom Bodenpreis macht von vornherein eine Änderung des Wohnungsbaus unmöglich und manifestiert die Herrschaft des bestehenden Systems der Mietskasernenbebauung.[2]

Die Herrschaft des Kapitals über die Prinzipien des Stadtausbaus dokumentiert sich anschaulich bei der Erschließung des Exerzierplatzes 'Tempelhofer Feld', der vom Kriegsministerium zugunsten eines außerhalb der Stadt gelegenen größeren Areals aufgegeben wird. Zur spekulativen Steigerung des Bodenpreises gründen die im Berliner Terraingeschäft verstrickten Banken, die Dresdener Bank und die Deutsche Bank, die Gesellschaft 'Dorfgemeinde Tempelhof'. Dazu schreibt die Zeitschrift 'Die Bank': "Eine Areal, wie das Tempelhofer Feld, von der Stadt Berlin nach modernen städtebaulichen Grundsätzen aufgeschlossen, mit Erholungsstätten, Spiel- und Sportplätzen reichlich versehen, wie es die öffentliche Meinung zweifellos erzwungen hätte, das wäre in der Tat ein Angriff auf die gesamten privaten Gebäudeinteressen gewesen. Dem mußten die in erster Linie beteiligten Großbanken zuvorkommen, wenn anders sie eine schmerzhafte Korrektur der hinaufgetriebenen westlichen und südwestlichen Berliner Bodenpreise hintanhalten wollten. Indem die Großbanken ihre goldbeschwerte Hand auf das Tempelhofer Feld gelegt haben, handelten sie wie ein Kartell, das im Interesse der Aufrechterhaltung der Preise ein Außenseiterwerk aufkauft. Aus dem gleichen Grunde konnte es ihnen auch gar nicht erwünscht sein, daß der Preis des Feldes so hoch hinaufgedrückt wurde; denn

---

1) vgl. R. Eberstadt, Handbuch, a.a.O., S. 109ff.
2) vgl. R. Spörhase, a.a.O., S. 100ff.

nur dann, wenn die hier errichteten Wohnungen nicht billiger herzustellen waren als im Westen, hörten sie auf, eine Gefahr für die übrigen Grundstücksinteressen zu sein."[1]
Der Bebauungsplan wird im Zusammenhang mit der Bodenparzellierung und der damit zusammenhängenden Maßnahmen zum absolut bestimmenden Moment der Ausgestaltung des Wohnungswesens unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Berlin entwickelt sich nach 1871 zum Leitbild und städtebaulichen Vorbild eines Großteils der deutschen Städte. Ohne Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten überträgt man Straßenraster, Haustypen und Blockgefüge; namentlich in den Großstädten der östlichen Provinzen Preußens übernimmt man den 'Berliner Stil' mit der Berliner Bauordnung von 1887.[2]

Bis 1918 untersteht das Wohnungswesen jedoch nicht der Zuständigkeit des Reiches,sondern den Einzelstaaten, wodurch sich regionale Unterschiede in der Baustruktur ergeben. In vielen niederrheinischen Industriestädten bleibt das dreigeschossige Mietshaus mit einer Mittelwohnung oder zwei Kleinwohnungen in jedem Stockwerk charakteristisch; Bremen und Lübeck weisen weithin überwiegend Einfamilienhäuser auf und haben daher die niedrigste Behausungsziffer (10 Bewohner pro Haus) unter den größeren Städten.[3]
Auch zwischen den einzelnen Massiemietshaustypen ergeben sich wesentliche Unterschiede als Ergebnisse örtlich geprägter Tradition der Bodenparzellierung. So unterscheidet R. Hartog sechs verschiedene Typen von Mietshaussystemen: "Berliner Mietskaserne", die Mietshaussysteme von Wien, Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg und Mannheim.[4]
Weniger kultursoziale als vielmehr die unterschiedlichen Bebauungspläne und Methoden des Grundstücksmarktes sind für die Unterschiede des Städtebaus im 19. Jahrhundert verantwortlich. Die Herrschaft des Kapitals, die sich in den Wohn-

---

1) "Die Bank" zit. nach A. Stöckli, a.a.O., S. 94.
2) vgl. P. Schöller, a.a.O., S. 57.
3) vgl. derselbe, a.a.O., S. 66.
4) vgl. R. Hartog, Stadterweiterungen im 19. Jahrhundert, a.a.O., S. 36ff.

strukturen und dem Wohnungsbau der Städte manifestiert, läßt nicht die regionalen Unterschiede als typisch erscheinen, sondern, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Städte, tritt die Einheitlichkeit der städtebaulichen Entwicklungstendenzen hervor: "Wir begegnen hier den gleichen Einrichtungen und Maßnahmen des Straßenbaues und der Stadterweiterung in Berlin wie in Hamburg, in Breslau wie in Mannheim. Das neue System des Städtebaues, international in seinem Ursprung, fand gleichmäßig Eingang in den Einzelstaaten."[1)]
Zur baulichen Manifestation kapitalistischer Profitrationalität gehören aber nicht nur die städtebaulichen Ergebnisse der Bodenspekulation, sondern auch andere bauliche Äußerungen der Herrschaft des Kapitals. So weist der Berliner Stadtplan von 1860 in den reichen Vierteln viele Schmuckplätze aus, die man in den Arbeitervierteln vergeblich sucht. 1870 erscheint es den Zeitgenossen als selbstverständlich, daß Luxusquartiere neben Theatern und Parks liegen, während die Lage der Arbeiterviertel neben den Fabrikgebäuden als 'natürlich' erscheint. Als der Bau eines Nahschnellverkehrssystems 1890 notwendig wird, legt man die erste Trassenführung von Berlin nach Charlottenburg über die Erde durch Arbeiterviertel und Gewerbegebiete, aber an der Grenze des reichen Charlottenburg wird die Strecke unter die Erde verlegt. Mit der Zerstörung der Arbeiterviertel durch die Umgestaltung der Infrastruktur nach den Bedürfnissen des Kapitals verlagern sich die Arbeiterviertel erneut an den Rand der sich ausweitenden Stadt; die Bewohner werden gezwungen, ihre billigen Altbauwohnungen gegen teurere, aber in ihrer Ausstattung keineswegs bessere, Neubauwohnungen am Stadtrand zu vertauschen und so die Profiterwartungen der Haus- und Grundeigentümer und Spekulanten zu realisieren.
Obschon die dichte Bebauung in den Arbeitervierteln den Interessen des Kapitals nicht widerspricht, wird doch dadurch die Konzentration der Arbeiterschaft in unmittelbarer Nähe

---

1) R. Eberstadt, Handbuch, a.a.O., S. 88.

der Produktionsstätten ermöglicht, damit aber die Ausdehnung des Arbeitstages um die Zeit verlängert, die zur Überwindung einer größeren räumlichen Trennung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz notwendig wäre, so ist man seit den 80er Jahren gezwungen, infolge der zunahmenden räumlichen Trennung, Personentransportmittel zu bauen.

Unter den Bedingungen der frühen Industrialisierung ist dem Standart der Arbeiterwohnungen nach unten keine Grenze gesetzt; noch jedes Kellerloch findet Mieter. Absolutes Maximum an Überbauung der proletatischen Wohnverhältnisse, die ihre unterste Grenze in der Angst der Bourgeoisie vor dem Verlust von Leben und Eigentum (Seuchen und Feuer) findet.[1] "Erst nach den Arbeiteraufständen, die 1918 die Konsequenz des ersten großen imperialistischen Krieges sind, wird in der Bauordnung die alte Form der Mietskaserne verboten."[2]
Die City aber wird zum uneingeschränkten Herrschaftsbereich der Bewegung des Kapitals, in dem die Warenzirkulation alles, was nicht der Realisierung des Profits dient, an die Peripherie des Zentrums oder der Stadt selbst drängt. Neue bauliche Kommunikationsstrukturen überformen die älteren absolutistischen und mittelalterlichen, widerspiegeln die Verwandlung der städtischen Herrschaftsverhältnisse. Die überkommenen gesellschaftlichen Lebensvollzüge werden durch die kapitalistische Profitrationalität zerrissen und in einer der Bourgeoisie dienenden Form wiederhergestellt, denn: Die Stadt "muß den zerschnittenen gesellschaftlichen Kommunikationen der einzelnen Individuen neue Kommunikationswege schaffen, Kommunikationswege einer Art freilich, denen die als Ordnungsgebote sich äußernden exploitativen Forderungen der herrschenden Klasse von vornherein eingeschrieben sind."[3]

---

1) vgl. H. Fassbinder et.al., Berliner Arbeiterviertel, a.a.O., S. 147.4ff u. 151.20.

2) dieselben, a.a.O., S. 151.7.

3) H.G. Helms, Die Stadt - Medium der Ausbeutung, a.a.O., S. 7.

5. Arbeitsteilung und Entfremdung in der Bauproduktion

Die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse im 19. Jahrhundert verändern nicht nur das Stadtbild, sondern stellen auch neue Anforderungen an die architektonische Formgestaltung der Bauwerke. Die Indivudualisierung der gesellschaftlichen Persönlichkeit strebt nach einer entsprechenden Repräsentation in der architektornischen Darstellung. Nicht der Feudaladel, sondern Handelsbourgeoisie und Industriekapital sind die Träger der Veränderung des Stadtbildes und der baulichen Formen.
Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise auf industrieller Basis und der Unterordnung der Produzenten unter die technischen Bedingungen seiner Produktion ändert sich auch die Ausdrucksweise der Architektur in der Produktionssphäre. Die Fabrik beginnt sich mit der Industrialisierung in Konstruktion und Form von dem Wohnhaus zu differenzieren. Waren die Fabriken in der Zeit der Manufakturproduktion wesentlich vergrößerte Wohnhäuser, in ihrem Ausdruck also nicht von der übrigen Architektur abgehoben, so suchen die Unternehmer nun die Bedeutung der Produktion und die eigene Stellung als kapitalistische Unternehmer zu betonen, indem sie zunächst das Gebäude der industriellen Herrschaft, das Verwaltungs- und Bürogebäude, später auch die Produktionsanlagen selbst, in Formen kleiden, zu denen die historischen Herrschaftsstile die Vorbilder liefern.
"Der Gedanke, selbst etwas Neues zu schaffen, ist der Handelsbourgeoisie fremd, ebenso dem neu erstehenden Industriekapital, das ausschließlich von dem Gedanken beherrscht wird, leicht verkäufliche Waren zu produzieren. Doch wenn man auch nicht selbst imstande ist, neue Dinge zu erfinden, so gibt es ja genügend alte, die man nachahmen kann."[1)]

Mit der französischen Revolution von 1789 endete die Entwicklung der Architektur des ancien régime; der Herrschaftsstil des feudalen Machthabers wurde zu einem möglichen Ausdrucks-

---

1) R.B. Johansen, a.a.O., S. 205.

mittel von vielen für die sich neu etablierende bürgerliche Herrschaft. Die sogenannte Krise der Architektur des 19. Jahrhunderts stellt sich dar als Zeit der kulturellen Bedeutungswandlung stilistischer Ausdrucksmittel. Der Eklektizismus (ca. 1848-1890), die Übernahme historischer Baustile oder Stilelemente, fällt in die Zeit der ökonomischen Herrschaft des Kapitals und der zunehmenden Dominierung der politischen Herrschaft der konstitutionellen Monarchie durch die Erfordernisse der kapitalistischen Produktionsweise. "Das Wesen der Kklektik besteht darin, daß der Architekt und sein Gebäude keine feste ideologische und kompositionelle Grundlage besitzen, die dem Bauwerk seine Geschlossenheit verleiht. Statt dessen sind Architekturformen eines Stils oder verschiedener Baustile der Vergangenheit rein äußerlich so zusammengestellt, daß eine Komposition faktisch fehlt".[1] Hatte zuvor jede Herrschaftsform und jede Epoche den ihr gemäßen architektonischen Ausdruck geschaffen, so wird mit der Emanzipation der Bourgeoisie unter der politischen Herrschaft der Monarchie der "Maskenball" der Baukunst eröffnet, und mit gleicher Selbstverständlichkeit bedient sich die damalige Architektur klassizistischer wie neugotischer, italienischer wie alt-englischer Verkleidungen. Um 1840 stellen die Musterbücher den Baumeistern und Auftraggebern ein noch viel reicheres Sortiment von Stilmöglichkeiten zur Auswahl, das neben Tudorstil, französischer und venezianischer Renaissance noch eine Fülle anderer historischer und fremdartiger Bauformen enthielt."[2] Der Baustil als geschlossener Ausdruck herrschaftlicher Macht verschwindet zugunsten der Schaustellung ökonomischer Potenz und monetärer Macht; er wird zum Mittel der Betonung der Individualität des einzelnen Kapitalisten in einer Zeit, in der Häuser nach gleichen Gestaltungsprinzipien entstehen und gleiche Konstruktionsmerkmale aufweisen: "Die dekorative Ausstattung ist eine Kombination verschiedener Details, die an verschiedenen Stellen zusammengesucht wurden, um den Eindruck von Selbständigkeit und Originalität hervorzurufen."[3]

---

1) N. Brunow, a.a.O., S. 330f.

2) N. Pevsner, Europäische Architektur, a.a.O., S. 421.

3) R.B. Johansen, a.a.O., S. 208.

Wie gegenüber dem Geld alle Waren in der Abstraktion ihres Gebrauchswerts und damit ihrer Reduzierung auf den Wert, der die Bedingungen seiner Entstehung verschleiert, von der gesellschaftlichen Wirklichkeit abstrahiert, gleiche Gestalt annahmen, austauschbar werden, so erfahren in der Zeit der Stilimitation die verschiedenen Herrschaftsstile eine Abstraktion von ihrer realen gesellschaftlichen Basis, werden frei konvertierbar zum Zwecke der Selbstdarstellung individuellen Reichtums und individueller wirtschaftlicher Macht. Die Bedingungen, die gesellschaftlichen Grundlagen dieser Macht, bleiben unsichtbar. Während im Barock der Baustil und die städtische Struktur die Herrschaftsverhältnisse innerhalb der ständischen Gesellschaft abbilden, die Formen der Machtausübung und das Zentrum der Macht architektonisch widerspiegeln, wird nach der Revolution von 1848 die reale Machtstruktur der Gesellschaft abstrakt, verbirgt sich unter der Oberfläche eines überholten politischen Herrschaftssystems. Die Grundlagen der Herrschaft bleiben so anonym, wie ihre Darstellungsformen beliebig erscheinen. Durch die Entfremdung der Bauformen, durch ihre Fetischisierung, werden die realen Machtstrukturen verdeckt und nur in der Analyse ihrer ökonomischen Bedingungen greifbar. In der Abstraktion von den ihnen zugrunde liegenden Herrschaftsverhältnissen aber, von den klassenspezifischen Machtstrukturen der Klassengesellschaft erscheinen Architektur und im weiteren Sinne Städtebau als natürlich, quasi als Ergebnis einer gottgewollten Ordnung, in die nicht eingegriffen werden kann. Dem Wirtschaftsliberalismus nach 1848, der mit dem Begriff der Freiheit letztlich die Freiheit, schrankenlose Gewinne zu machen, verbindet[1], entspricht das 'laissez faire' im Städtebau in einer Zeit der ökonomischen Emanzipation der Bourgeoisie.

Der Entfremdung der Architektur von der gesellschaftlichen Realität entspricht die Entfremdung und der Widerspruch zwischen der kommunikativen bzw. der ästhetischen Seite der Architektur von ihrer funktionalen. Begreift man Archi-

---

1) vgl. L. Mumford, a.a.O., S. 527f.

tektur con der funktionalen. Begreift man Architektur als dialektische Einheit von kommunikativer Zweckbestimmung, konstruktioneller Verwirklichung und kommunikativer Komponente, als Moment des gesellschaftlichen Überbaus, so "stellt sich heraus, daß im 19. Jahrhundert die künstlerische (bzw. die kommunikative R.G.) Seite der Architektur und gleichzeitig auch die architektonische Komposition in starken Verfall gerieten, die funktionelle und konstruktive Seite sich dagegen stürmisch entwickelten. Gerade in diesem Widerspruch zwischen der glänzenden Entwicklung der funktionellen und konstruktiven Seite der Architektur und einem bisher unerreichten Tiefstand ihres künstlerischen Niveaus besteht die Tragödie der europäischen Architektur des 19. und 20. Jahrhunderts."[1] Dieser Widerspruch basiert auf der Grundlage der Arbeitsteilung innerhalb der Produktion der architektonischen Produkte ebenso, wie auf der gesellschaftlichen Grundlage des Widerspruches zwischen ökonomischer und politischer Herrschaft. Die Technisierung der materiellen Produktion ist durch die Arbeitsteilung zwischen Techniker bzw. Ingenieur und Produzenten charakterisiert; Funktion und Form beginnen sich in zwei Arbeitsbereiche zu differenzieren. In der gleichen Entwicklung im Bauwesen dokumentiert sich einmal mehr die Abhängigkeit dieses Mediums von der materiellen Produktion. "Der Architekt überläßt wohl einen Teil der neuen (ästhetisch anspruchslosen) Aufgaben dem Ingenieur. Doch bleibt der von ihm geforderte Teil immer noch breit genug, und nicht jede dieser Aufgaben läßt sich auf ein, auch thematisch, genau entsprechendes Stilvorbild stützen. Aber der Stil wird als ein von seinen geschichtlichen Voraussetzungen abgelöstes, frei schwebendes formales System begriffen. Er kann mit jeder Aufgabe verbunden werden. Die Gotik schließt den Bahnhof, der Bahnhof nicht die Gotik aus. Die Folge ist: Aufgabe (Zweck) und Form (Stil) klaffen auseinander."[2] Die Architektur erhält immer mehr die Aufgabe der 'Verschönerung', des Dekorierens vorproduzierter technischer Konstruktionen: Die Architektur wird zum Bau-Design.

---

1) N. Brunow, a.a.O., S. 331.

2) A. von Reitzenstein, a.a.O., S. 210.

Die Fassade ist das zentrale Problem einer Architektur, die in der "Verschönerung des Lebens mit architektonischen Mitteln" ihre Aufgabe sieht[1]; die kommunikative Seite der Architektur tritt hinter die 'ästhetische' zurück, damit aber auch die informative, gesellschaftliche Verhältnisse widerspiegelnde, gegenüber der 'unterhaltenden'.
Symptomatisch für die Verschleierungsfunktion der eklektizistischen Architektur ist die vielzitierte Frage eines biederen Maurermeisters an seinen Bauherrn: "Der Rohbau ist fertig. Wat soll denn nu für'n Stil dranne?"[2]
Selbst prominente europäische Baumeister, z.B. G.G. Scott und Kunstgeschichtler, z.B. J. Ruskin, glauben, die Aufgabe der Architektur sei es, den Baukörper zu verzieren; sie halten die Dekoration für den wichtigsten Teil der Architektur.[3]
Aufgrund seiner Verzierungsfunktion erhält der Eklektizismus keinen Einfluß auf die Struktur der Stadt, die weiterhin ihre barocke Gliederung behält, sondern führt zur Indivudualisierung der Gebäude und Gebäudeteile. "Der Ingenieur schuf, der Architekt verkleidete; ja er verbarg mit Stuck und Schmuck die Baustruktur, er schuf Fassaden. So bestimmte in Preußen um 1870 die Fassadengliederung der italienischen Renaissance fast alle neu errichteten öffentlichen Gebäude, Postämter wie Markthallen, während der Stil der deutschen Hochgotik für Kirchenbauten entlehnt wurde."[4]

Erst in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts entwickelt sich ein einheitlicher Baustil, der dem Eklektizismus die Betonung einer eigenen künstlerischen Leistung entgegensetzt: der Jugendstil.[5] Die Jugendstilarchitektur bezieht sich ebenfalls auf indivuduelle Baukörper, wobei jedoch der gesamte Lebensbereich mitgestaltet wird; Haus, Möbel, Tapete, ja sämtliche Gebrauchsgegenstände werden nach organischen, der

---

1) vgl. N. Brunow, a.a.O., S. 338.
2) Anonymus zit. nach H. Kotschenreuther, a.a.O., S. 80.
3) vgl. N. Pevsner, a.a.O., S. 429.
4) P. Schöller, a.a.O., S. 62.
5) vgl. N. Pevsner, a.a.O., S. 445.

Natur abgeschauten Formen gestaltet. Die geschwungene Linie wird zur beherrschenden Gestaltungsgrundlage. Bei aller Gegensätzlichkeit in der künstlerischen Auffassung und Formgebung zwischen Eklektizismus und Jugenstil finden beide ihre einheitliche Basis in der Betonung der dekorativen Seite der Architektur: Der Jugendstil verwandelt das Bauwerk "in eine reine Dekoration und wurde mit den gleichen Mitteln gestaltet, die auch in der angewandten Kunst, in der industriellen Formgebung, in der Leichtindustrie verwendet wurden. Das höchste zu erreichende Ziel war die Verschönerung des Lebens mit architektonischen Mitteln."[1)]

---

1) N. Brunow, a.a.O., S. 338.

6. Die politische Herrschaft der Bourgeoisie und die Tendenzen im Städtebau bis zum Ende des II. Weltkrieges

Die gesellschaftliche Grundlage des Jugendstils bildet die sich entfaltende Macht des Bürgertums in der frühen Phase des Imperialismus, die durch eine Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen gekennzeichnet ist. Bismarcks Sozialistengesetz vermag die Organisierung der Arbeiterklasse nicht aufzuhalten, da es die realen Bedingungen nicht beseitigt. Die Sozialgesetzgebung bringt nicht die gewünschte Integration der Arbeiterklasse, sondern in einer Zeit der politischen Orientierungslosigkeit und Aufsplitterung des liberalen Bürgertums macht das Proletariat die Arbeiterfrage zu einer Verfassungsfrage. Ein erster umfassender Streik, der in die Phase der Konjunkturbelebung in der lang anhaltenden Depression nach 1879 fällt und die Ansätze zunichtemacht, zeigt die Schwäche des Bismarckschen Kartells zwischen Großbürgertum und Junker, das 1890 endgültig zerbricht.
Der Nachfolger L. von Caprivi versucht durch die Beseitigung der von Bismarck errichteten Zollschranken die Klassengegensätze zu entschärfen; sein Allheilmittel für die deutsche Wirtschaft heißt freie Konkurrenz.[1] Die Senkung der Agrarzölle zur Herabsetzung der Lebensmittelpreise und zur Schaffung der Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt auf der Grundlage niedrigerer Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft legt "die Axt an die Wurzeln der Adelsmacht, an die überlieferte Machtverteilung in Preußen-Deutschland."[2] Der Liberalismus kann sich in Deutschland jedoch nicht etablieren. Indem Caprivi sich in der Zeit der Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen zwischen den einzelnen Klassen und Klassenfraktionen um einen Ausgleich bemüht, indem er sich zu Zugeständnissen an alle Klassen gezwungen sieht, muß er notwendig scheitern. "Ohne neue Verbündete zu gewinnen, verdarb es Caprivi mit allen Parteiungen und Gruppen - mit den Agrariern, weil er die Zölle senkte, mit den Industriellen,

---

1) vgl. H. Böhme, a.a.O., S. 90ff.
2) derselbe, a.a.O., S. 93.

weil er die Arbeiterschutzpolitik fortsetzte, mit dem Mittelstand, weil er ihn nicht vor dem Industriekapitalismus, vor dem freien Wettbewerb und vor dem Prestigeverlust in Gesellschaft und Staat rettete, mit den Offizieren und dem Kaiser, weil er die Rüstungsausgaben kürzte, Präventivkrieg-Wünsche torpedierte und eine Heeresform durchsetzte, mit dem liberalen Bürgertum, weil er eine konservative Schul- und Kirchenpolitik betrieb, und mit den Arbeitern, weil er trotz allem Ausgleichswillen an der machtstaatlichen Tradition festhierlt."[1)]

Die wirtschaftliche Ausrichtung der Politik nach der Phase des 'Neumerkantilismus' Bismarcks in den Jahren nach 1873 wird in der ökonomischen Ausrichtung der Parteien deutlich, die zu Verbänden zur Verteidigung materieller Interessen werden. Auf der Grundlage des Finanzkapitals vollzieht sich der Aufschwung der Monopole: "In der Hand der Berliner Universalbanken lag nicht nur die Verwaltung und Kontrolle von nahezu 65 Prozent des Eigenkapitals aller deutschen Kreditbanken, sondern auch - indirekt - weitgehend die Arbeits- und Produktionsbeschaffung für die deutsche Großindustrie, die nun zum wichtigsten Träger der deutschen Volkswirtschaft wurde."[2)] Die sich entwickelnden Monopole machen ihr Interesse an der Ausweitung des Marktes zum Absatz ihrer Waren geltend. Im "Allgemeinen Deutschen Verband" schafft sich die Großbourgeoisie "die wichtigste, einflußreichste und gefährlichste Propagandaorganisation, über die der deutsche Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg verfügen sollte."[3)] Vor allem die Monopole der Schwerindustrie des Ruhrgebietes - Kirdorf und Krupp - waren die Finanziers und Hintermänner dieses inperialistischen Zweckverbandes.[4)] Die Expansionsbestrebungen des Monopolkapitals schlagen sich im Bahnbau der deutschen Unternehmer im Ausland (Gotthard-Bahn, Anatolische Bahn, Bagdadbahn u.a.m.), in der Gründung

---

1) H. Böhme, a.a.O., S. 93f.
2) derselbe, a.a.O., S. 99.
3) J. Streisand, a.a.O., S. 243.
4) vgl. ebenda.

von Bergwerksgesellschaften in Afrika, Asien, dem Nahen Osten, Rußland, Frankreich und in der Gründung von Banken in fast allen europäischen Ländern, aber auch in Südamerika und dem Fernen Osten nieder.[1)]

Auf der Grundlage der Expansion der deutschen Industrie verstädtert Deutschland; 1900 leben bereits 54% der Reichsbevölkerung in Städten über 2000 Einwohner gegenüber 31% im Jahre 1871; die großstädtische Bevölkerung hat sich im gleichen Zeitraum verdoppelt.[2)] Die Verstädterung ist Ausdruck der allgemeinen Industrialisierung der Produktion und des Anwachsens der Arbeiterschaft durch den Zuzug vom Land und die Zerstörung der Existenzgrundlage weiter Teile des handwerklich produzierenden Kleinbürgertums.
In demselben Maße, wie das Kleinbürgertum verproletarisiert, schließen sich die Klassenmitglieder der Sozialdemokratie an. Bereits die Verweigerung der Abgeordneten-Diäten durch Bismarck hatte zu einer 'Verbürgerlichung' des Parteiapparates geführt, waren die Sozialisten doch dadurch gezwungen, ökonomisch unabhängige Mittelständler in die Parlamente zu entsenden, die die reale Klassenlage der von ihnen Vertretenen nicht teilten.[3)] Nach dem Scheitern der 'Umsturzvorlage' (1895), die die Strafverfolgung im Falle von revolutionärer Agitation und Angriffe auf die 'geheiligten Werte' der Gesellschaft und des Staates, Ehe, Familie, Eigentum, 'Ehre' des Staates und seiner Institutionen vorsieht, wird in Preußen das sog. kleine Sozialistengesetz verabschiedet, das mit dehnbaren Begriffen, wie 'Gefährdung des öffentlichen Friedens' und 'Sicherheit des Staates', deren Interpretation man der Polizei überläßt, die Grundlage für eine Disziplinierung der Arbeiterklasse schafft. Hinzu tritt das Verbot des Koalitionszwanges, das eine erfolgreiche Streikstrategie verhindern soll.[4)] Die kleinbürgerlichen Elemente

---

1) vgl. H. Böhme, a.a.O., S. 100.

2) vgl. K.E. Born: Von der Reichsgründung bis zum ersten Weltkrieg. In: B. Gebhardt, Handbuch, a.a.O., S. 277.

3) vgl. H. Fassbinder et.al., Berliner Arbeiterviertel, a.a.O., S. 249.

4) vgl. K.E. Born, a.a.O., S. 275.

innerhalb der Sozialdemokratie passen sich zunehmend den Forderungen des Staates an: "Während die Führer der linken Arbeiterbewegung immer mehr in die Isolation geraten, gibt sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die größte Mühe, sich dem bestehenden System loyal zu erweisen."[1] Im Zusammenhang mit dem sich durchsetzenden Reformismus und Revisionismus in der SPD tritt das gewerkschaftliche Moment der Verbesserung der Löhne in den Vordergrund; entsprechend ist der Revisionismus in der SPD eng mit der Wirksamkeit der reformistischen Gewerkschafter verbunden.[2]

Die Reformbestrebungen scheitern jedoch am organisierten Auftreten des Kapitals, das sich im Zentralverband deutscher Industrieller (Unternehmerverband) zur Durchsetzung der Interessen der Monopole in der Wirtschaftspolitik und in seinem sozialpolitisch orientierten Ableger, dem Arbeitgeberverband, zusammenschließt.[3]

Die Reallöhne steigen in der rüstungsbedingten Hochkonjunktur von 1910 bis 1914 kaum bzw. sinken sogar[4], während die Unternehmergewinne auf der Grundlage verschärfter Ausbeutung durch Rationalisierung der Produktion gewaltig steigen.

Die Streiks der Ruhrarbeiter und Werftarbeiter in den norddeutschen Städten von 1912 sind die spontanen Antworten auf die Verschlechterung ihrer Reproduktionsbedingungen. Aber noch können die innenpolitischen Spannungen durch das außenpolitische Engagement und die außenpolitischen Krisen (Blockbildung und Ausscheiden Italiens aus dem Dreibund, Bagdadbahnbau, deutsch-englische Flottenrivalität, erste und zweite Marokkokrise, die Balkankriege u.a.m.) von den innenpolitischen Gegensätzen überdeckt werden. Der deutsche Imperialismus, gekennzeichnet durch besondere Agressivität des preußisch-junkerlichen Polizeistaates und der raschen ökonomischen Entwicklung der Monopole, versucht eine Neuaufteilung der Märkte zu erzwingen, mit dem Erfolg, daß sich die Wider-

---

1) H. Fassbinder et.al., Berliner Arbeiterviertel, a.a.O.,S.259.

2) vgl. K.E. Born, a.a.O., S. 279.

3) vgl. ebenda.

4) "So fiel der Reallohn der Dortmunder Bergarbeiter von 1905 bis 1913 um 11%."
Autorenkollektiv, Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit, a.a.O., S. 8.

sprüche zwischen "Deutschland und anderen imperialistischen Mächten seit der Jahrhundertwende zuspitzen, während ältere Gegensätze zwischen diesen Mächten selbst zwar fortbestanden, aber in den Hintergrund traten."[1)]

In dieser Situation wird die Überproduktionskrise vom Sommer 1913 zum Katalysator des imperialistischen Krieges, kann doch nur durch einen möglichst frühzeitigen Kriegsbeginn ein Umkippen in die Depression verhindert werden, die zur erneuten Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen, womöglich zu ihrer revolutionären Entladung geführt hätte. Die spontanen Streiks von 1912 hatten gezeigt, daß die Arbeiterschaft in der Krise auf die Dauer nicht von der revisionistischen Parteiführung unter Kontrolle zu halten ist. Zum Zeitpunkt der Krise ist das Proletariat faktisch organisationslos: "Während es im Juni 1914 zu gewaltigen Antikriegskundgebungen auf die Straße zieht, unterstützen die Presseorgane der SP den Chauvinismus und bereiten die Stimmung in der Partei so vor, daß ihre Reichstagsfraktion am 4. August 1914 die Kriegskredite billigen kann."[2)]

Die reaktionäre Militärdiktatur Ludendorffs macht dem anfänglichen Patriotismus des Volkes im Verlauf des Krieges - mit der verstärkten Ausbeutung, der Verschleppung der Wahlrechtsreform und der Verteidigung des alten Klassenstaates - ein Ende. Nach der gescheiterten Westoffensive kann auch eine versuchte "Revolution von oben" den Kaiserstaat nicht mehr retten[3)]; Verzögerung der Waffenstillstandverhandlungen und die Absicht, die deutsche Kriegsflotte zu einem sinnlosen Unternehmen gegen England einzusetzen - war das Unternehmen doch militärisch aussichtslos und hätte wenige Tage vor Kriegsende ca. 80 000 Matrosen das Leben gekostet -, werden zum Auslöser der Revolution, die zu einer endgültigen Beseitigung des preußisch-kaiserlichen Militärstaates führt.[4)]

Die Revolution vollzieht sich in der "politische(n) Form

---

1) J. Streisand, a.a.O., S. 249.

2) H. Fassbinder et.al., Berliner Arbeiterviertel, a.a.O.,S.265.

3) vgl. H. Böhme, a.a.O., S. 108f.

4) vgl. J. Streisand, a.a.O., S. 298ff.

einer 'proletarischen Aktion', während ihr 'sozialer Inhalt der einer bürgerlichen Reform' war."[1] Das Ergebnis ist die Etablierung der bürgerlich demokratischen Republik als Organisationsform der gesellschaftlichen Herrschaft des Kapitals.

Die Kontinuität in der städtischen Strukturentwicklung dokumentiert, daß die bereits im 19. Jahrhundert begonnene ökonomische Emanzipation für die Stadtentwicklung entscheidend ist. Eingriffe in diese Entwicklung ergeben sich nur von der organisierten Stärke der Arbeiterklasse her, können infolge ihres reformistischen Charakters keine eintscheidende Änderung bewirken. So wird nach 1918 die alte Form der Mietskaserne in der Konsequenz der Arbeiteraufstände nach dem ersten imperialistischen Weltkrieg verboten.[2] Der Typ der neuen Berliner Mietskaserne bleibt auf "die herrschaftliche Vorderwohnung zugeschnitten; für die Kleinwohnung dagegen ist er untauglich und schlechthin unverbesserlich."[3] Die zentrifugale Wirkung auf die Lokalisation der Wohnviertel verstärkt sich noch durch die Verkehrsentwicklung, und noch bevor die Charta von Athen die Trennung der Stadt nach Lebensbereichen proklamiert, hat sich diese Forderung bereits in der Stadtstruktur materialisiert, so daß die Forderung nach Entmischung der städtischen Funktionen als ideologische Rationalisierung des kapitalistischen Städtebaus erscheint. Die Dialektik zwischen Innenstadtsanierung und Randbesiedlung der Städte - wie sie heute unter dem Namen 'Stadtsanierung' und'Trabantensiedlung' erscheint- setzt sich fort und führt in der Durchsetzung kapitalistischer Zweckrationalität zu ähnlichen Formen und Strukturen im Wohnungsbau; so ist beispielsweise die Gartenstadt von E. Howard entwickelt worden, um die City Londons zu entlasten und die Sanierung zu ermöglichen; er ist überzeugt, auf der Grundlage der Centralstadtkonzeption, die an das Regionalstadtmodell moderner Prägung erinnert, einen praktikablen Vorschlag

---

1) J. Streisand, a.a.O., S. 307.

2) vgl. H. Fassbinder et.al., Berliner Arbeiterviertel, a.a.O., S. 151.7.

3) R. Eberstadt, Handbuch, a.a.O., S. 305.

für den Neuaufbau gefunden zu haben.[1] Die Gartenstadt ist also aus dem Erfordernis der Neustrukturierung der Innenstadt nach den Bedürfnissen des Kapitals geboren. So findet das Gartenstadtkonzept in Deutschland nur als Vorstadtkonzeption Anwendung, wobei sie im Falle der frühen Vorstadt Hellerau (1909-1914) als Ansiedlung einer künstlerisch-handwerklichen Möbelmanufaktur samt Wohnbauten der Handwerker auftritt.[2] "Neben den auf genossenschaftlicher Grundlage stehenden Gartenstädten verfolgt eine große Zahl von Siedlungen mit erwerbsmäßigen Zwecken das Ziel, eine gartenstädtmäßige Bebauung zu bieten. Der Bau der Kleinwohnung tritt bei diesen Unternehmungen mehr zurück; die Mittelwohnung wird vielfach angelegt, während häufig bei geeigneter Lage die teuere Wohnung (Landhaussiedlung) zur Ausführung gelangt."[3] Dagegen entstehen die Wiener Arbeiterhöfe im Stadtgebiet als Ergebnis der staatlichen Sozialpolitik zugunsten des Kapitals, das nach dem 1. Weltkrieg in seiner Entwicklung gehemmt ist, denn aufgrund des kriegsbedingten Wohnungsdefizits steigen die Mieten der frei finanzierten Wohnungen und verschlingen bald bis zu 60% des Lohnes der Arbeiter. Zuwanderung und Vermehrung der Geschäftslokale und Bürobauten zu Beginn und zum Ende des Krieges hatten die Wohnungsnot verschärft; hinzu kam die Zurückhaltung der Bürger in der Wohnungsbauinvestition. Um die Konkurrenzfähigkeit der nationalen Bourgeoisie auf dem Weltmarkt zu fördern - gehen doch die Mietkosten in den Preis der Reproduktion des Arbeiters ein und erhöhen notwendig die Lohnkosten -, übernimmt der sozialdemokratisch geführte Gemeinderat durch die Besteuerung der wohlhabenderen Schichten die Finanzierung und den Bau von Arbeiterwohnungen.[4] Die Wohnungen werden denen des Kleinbürgertums angeglichen, während die Anlagen selber im expressionistischen Zeitstil und der Tradition der Monumentalität in Wien eine neue Qualität be-

---

1) vgl. A. Stöckli, a.a.O., S. 31ff.

2) vgl. R. Spörhase, a.a.O., S. 81ff. u.
R. Eberstadt, Handbuch, a.a.O., S. 480f.

3) R. Eberstadt, Handbuch, a.a.O., S. 483f.

4) vgl. J. Schlandt: Soziale Wohnpolitik in Wien von 1923 bis 1933. In: Institus-Assoziation Bauwirtschaft (Hrsg.): Wohnungspolitik im Wien der zwanziger Jahre und in Westberlin, Ein Beispiel für die Kapitulation der Sozialdemokratie. Berlin 1968, S. 8ff.

zeichnen; die Geschlossenheit der einzelnen Arbeiterhöfe drückt in ihrer Achsialität, Symmetrie, Monumentalität und ihren festungsähnlichen Torbögen und Türmen nicht proletarische Solidarität, sondern allenfalls Massenhaftigkeit und Militanz aus. Von 1924 - 1930 entstehen nicht weniger als 12 solcher Höfe, teils zusammenhängend, teils als Einzelgebilde.[1] Als Ansätze zur Realisierung einer klassenlosen Gesellschaft geplant, zeigt sich am Schicksal der "Wiener Arbeiterburgen", daß eine Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft auf reformistischem Wege nicht zu verwirklichen ist.[2] Aufgrund ihrer festungsartigen Erscheinung werden die Arbeiterhöfe in der Zeit der sich zuspitzenden Klassenauseinandersetzungen nicht mehr gebaut. In den revolutionären Kämpfen von 1934 erhalten die Höfe, als Stützpunkte des Proletariats ausgebaut, direkte Funktion im Klassenkampf; sie vermögen allerdings den modernen Waffen nicht zu widerstehen.[3]

Als die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen nach der Weltwährungskrise von 1929 um 1933 dazu führt, daß sich das Monopolkapital mit den Nationalsozialisten verbündet und deren Aufstieg nicht nur finanziell unterstützt, den Faschisten zur Herrschaftssicherung des kapitalistischen Systems die Grenzträgerfunktion überträgt[4], entsteht die wohl monumen-

---

1) vgl. K. Krauss/ J. Schlandt: Der Wiener Gemeindewohnungsbau - ein sozialdemokratisches Programm. In: Kapitalistischer Städtebau, a.a.O., S. 119ff.

2) vgl. G. Strauss, Siedlungs- und Architekturkonzeptionen der Utopisten, a.a.O., S. 579.

3) vgl. K. Krauss/J. Schlandt, a.a.O., S. 124.

4) "Das Problem der Rekonsolidierung des bürgerlichen Regimes im Nachkriegsdeutschland ist allgemein durch die Tatsache bestimmt, daß das führende, nämlich über die Wirtschaft verfügende Bürgertum zu schmal geworden ist, um eine Herrschaft allein zu tragen. Es bedarf für diese Herrschaft, falls es sich nicht der höchst gefährlichen Waffe der rein militärischen Gewaltausübung anvertrauen will, der Bindung von Schichten an sich, die sozial nicht zu ihm gehören, die ihm aber den unentbehrlichen Dienst leisten, seine Herrschaft im Volk zu verankern und dadurch deren eigentlicher Träger zu sein. Dieser letzte oder 'Grenzträger' der bürgerlichen Herrschaft war in der ersten Periode der Nach-

talste Selbstdarstellung eines politischen Systems, das die Architektur bewußt als integratives Moment in seine Sozialstrategie einbezieht. Die baulichen Formen erhalten sozialintegrative Funktion, indem sie die 'Idee' der Gemeinschaft über die Gestaltung von Massenversammlungshallen und -aufmarschplätzen zu verwirklichen gedenken; in der Monumentalität der Bauten drückt sich gleichzeitig die herrschaftliche Vorstellung vom 'Ewigkeitswert' des nationalsozialistischen Systems aus. Die erwünschte Übersteigerung des Gemeinschaftsgefühls zwecks Herrschaftssicherung im Sinne der Grenzträgerfunktion der Faschisten wird zur baulichen Aufgabe für die staatlich repräsentative Architektur.[1] Die Zielrichtung sämtlicher staatlicher Aktionen ist dabei das alternative System zur kapitalistischen Herrschaft, dessen Wurzeln es im eigenen Staate im Dienste der Herrschaftssicherung gerade zu bekämpfen gilt: "Die Autorität, die jedenfalls das deutsche Volk im 20. Jahrhundert gerettet, es vor dem Chaos des Bolschewismus zurückgewiesen hat, ist nicht die eines Wirtschaftsverbandes, sondern der nationalsozialistischen Bewegung, der nationalsozialistischen Partei und damit des nationalsozialistischen Staates. Die Gegner werden es ahnen, aber vor allem die Anhänger müssen es wissen: Zur Stärkung dieser Autorität entstehen unsere Bauten."[2]

Der Darstellung staatlicher Integrationswünsche in den öffentlichen Bauwerken aber entspricht auf der anderen Seite die 'Blut und Boden Ideologie', die die Ablehnung der großstädti-

---

kriegskonsolidierung der Sozialdemokratie."
Anonymus: Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus, zit. nach H.G. Helms: Marxismus und Bundesrepublik. In: derselbe, Fetisch Revolution, Neuwied/Berlin 1969, S. 28f.

---

1) vgl. G. Hellack: Architektur und bildende Kunst als Mittel nationalsozialistischer Propaganda. In: Publizistik 5. Jg./ 1960/ H. 2, S. 86.
Die Monumentalität der Gebäude belegt ihr Fassungsvermögen: Luitpoldhain 120 000 Menschen, Kongreßhalle 60 000, Zeppelinfeld 240 000, das deutsche Stadion 400 000; allein die Tribünen des Märzfeldes sollten einer halben Million Zuschauer Platz bieten. vgl. ebenda.

2) A. Hitler: Rede auf dem 'Parteitag der Arbeit' am 7. Sept. 1937. In: M. Domarius, Hitler - Reden und Proklamationen Bd. 1, o.O. 1962, S. 719.

schen Lebensweise zum sozialpolitischen Programm erklärt. Als Moment der ideologischen Abwehr des Kommunismus entsteht im Kampf gegen die 'großstädtische Entartung und Degeneration' die 'bodenverbindende Kleinsiedlung' als Arbeiterheimstätte und bildet damit das Vorbild für die Eigenheimideologie der Städtebaupolitik der Nachkriegsjahre in der BRD; insofern erscheint die Wohn- und Bauideologie des Kalten Krieges der Nachkriegsjahre als Verlängerung der faschistischen Bautradition. Mit dem Kleinsiedlungsbau tritt die Entfremdung zwischen dem Wohnungsbau, der sich trotz aller Hetze gegen die Technisierung der Bauproduktion und die entsprechende Formgestaltung des Bauhauses[1] für die funktionale Sachlichkeit des Ingenieurs entscheidet, und dem staatlichen Monumentalbau wie zu keiner anderen Zeit in Erscheinung, dessen übersteigerte Größe der Veranschaulichung des nahezu 'allmächtigen' Staates dient. Die Übernahme des klassizistischen Baustils und die Dimensionen der öffentlichen Bauvorhaben dokumentieren den Willen einer sich als zeitlos darstellenden Herrschaft. Das Projekt des Ausbaues Berlins zur Hauptstadt Europas, mit 10 Millionen Einwohnern, mit zentralem Achsenkreuz und der Aufmarschstraße als dem wesentlichen Element, verdeutlicht die Anknüpfung an die Bautradition des Absolutismus, Architektur und Städtebau in den Dienst der Selbstrepräsentation der despotischen Macht zu stellen; gerade in der Monumentalität gleichen sich die baulichen Manifestationen der despotischen Herrschaftssysteme.

Es muß als Glück erscheinen, daß die meisten Projekte der faschistischen Planungsbehörden das Stadium der Planung nicht überschritten haben, denn die realisierten Ansätze zeigen die Rücksichtslosigkeit des herrschaftlichen Eingriffs und den Verlust jeglicher menschlicher Form: "Das gewaltsam in die Altstadt eingeschnittene Weimarer Forum, das in Formen und Abmessungen maßlose Reichstagsgebäude bei Nürnberg und einige De-

---

1) vgl. E. Hoegg: Deutsche Baukunst gestern-heute-morgen. In: A. Teut, Architektur im Dritten Reich 1933-1945, Bauwelt Fundamente Bd.19, Berlin/Frankfurt M/ Wien 1967, S. 125f. u. P. Renner: Die politische Hetze gegen das Neue Bauen. In: A. Teut, a.a.O., S. 59ff.

monstrationsbauten in Berlin und München zeigen eine Architektur, die Gefühle der Faszination und Furcht, der Einordnung und Unterwerfung erzeugen wollte. Die von Hitler versprochene "völlige Umgestaltung der Städte" aber fand in anderer Weise statt, als sie propagiert wurde: im Bombenhagel des Krieges."[1] Der Nationalsozialismus, der für die Ewigkeit bauen wollte, zerstört die deutschen Städte in bis dahin unbekanntem Ausmaße.

Der Wiederaufbau aber ist gekennzeichnet durch die Fortsetzung der nationalsozialistischen Tradition in der Wohnhausproduktion, vor allem im Siedlungsbau. Insofern ergibt sich eine Kontinuität im Wohnungsbau, die nicht allein auf die ideologische Gemeinsamkeit der Systeme in der antikommunistischen Ausrichtung zurückzuführen ist, sondern vielmehr auf die Erfordernisse der sich mit der Restaurierung des Kapitalismus durchsetzenden profitablen Zweckrationalität in der Bauproduktion und der Architektur. Die ideologische Verwandtschaft auf architekturtheoretischer Ebene zeigt sich darin, daß, wie J. Janssen betont, das Statement des faschistischen Chefideologen A. Rosenberg - "Gestalt und Zweckmäßigkeit sind dabei die faßbaren Wertmesser nicht 'eines Teils der ewigen Wahrheit', sondern die Wahrheit selbst, ... Sittenlehre und Religionsformen. Sie alle stehen - wenn sie echt sind - im Dienste der organischen Wahrheit ... Und ihr entscheidendes Kriterium finden sie alle darin, ob sie Gestalt und innere Werte dieses Rasse-Volkstums steigern, es zweckmäßiger ausbilden, es lebenskräftiger gestalten oder nicht."[2] - daß dieses Statement bis auf den letzten Satz, in dem das Rasse-Volkstum durch westliche Freiheit, freiheitliche Demokratie oder die in letzter Zeit vielbeschworene freiheitlich demokratische Grundordnung zu ersetzen wäre, unwidersprochen heute publiziert sein könnte.[3] In der praktischen Baugestaltung aber setzt sich mit dem

---

1) P. Schöller, a.a.O., S. 70.

2) A. Rosenberg: Der Mythos des 20. Jahrhunderts, zit. nach J. Janssen, Der Mythos des 20. Jahrhunderts in der Architekturtheorie der BRD, a.a.O., S. 198f.

3) vgl. J. Janssen, a.a.O., S. 199.

Nachkriegskonstruktivismus und der funktionalen Architektur der Ingenieur in der Baugestaltung durch, der die verschleiernde Verschönerungsfunktion des Eklektizismus und des Jugendstils aufhebt, in der Abstraktheit und der Anonymität seiner Bauformen die Abstraktheit und Anonymität der kapitalistischen Wertbildung und der ihr dienenden Institutionen darstellt. Die Architektur wird ihres spontanen und emotionalen Elements beraubt; man legt sie auf die rationale Komponente fest, die den informativen Charakter zwar nicht negiert, aber ihn hinter den nützlichen zurücktreten läßt. Die funktionale Seite der Architektur, ihre vermeindlich rationale Seite, erweist sich als Entsprechung der Rationalität des Produktions- und Reproduktionsprozesses des Kapitals und unterliegt damit der 'Verkaufsstrategie' des Kapitals und seiner Institutionen. Die häufig geäußerte Meinung, die heutige Stadt entspreche nicht ihrer Aufgabe, ist schlicht falsch: In der kapitalistischen Gesellschaft tritt der Gebrauchswert hinter den Wert, die Bedürfnisse der Menschen hinter die Bedürfnisse des Kapitals nach Selbstverwertung zurück. Die heutige Stadt ist das getreuliche Abbild der herrschenden Verhältnisse innerhalb der Gesellschaft, und nicht die Stadt, sondern die kapitalistische Produktionsweise ist, gemessen an den Aufgaben der gesellschaftlichen Fortentwicklung, überholt und inadäquat. "Die menschliche Gesellschaft kann sich nicht mehr auf außermenschliche Kräfte hinausreden. Es ist niemand verantwortlich außer sie selbst, ihre Tätigkeiten und dahinter ihre Wertvorstellungen."[1] Erst wenn die Produktionsweise sich verändert, der Mensch in den Mittelpunkt der Gesellschaft gestellt wird, und zwar der wirkliche, produzierende Mensch, den die kapitalistische Stadt an den Rand, an die Peripherie verweist, seine wirklichen Bedürfnisse befriedigt werden, kann sich auch die Stadt und die Architektur insgesamt mit den Herrschaftsverhältnissen ändern, die progressiven Momente ihrer heutigen Entwicklung entfalten.

---

1) H. Gebhard: Wertvorstellungen als Elemente der Planung. In: Bauwelt (Stadtbauwelt) 59. Jg./ 1968/ H. 17. S. 1275.

Gerade in ihrer Widerspiegelung materieller und ideeller gesellschaftlicher Verhältnisse, in ihrem Abbildcharakter, manifestiert die Architektur ihre Erkenntnisfunktion, das gesellschaftliche Leben und die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse in baulicher Form zu offenbaren. In der Notwendigkeit, Produktion, Distribution und Reproduktion in künstlich geschaffenen Räumen vonstatten gehen zu lassen, liegt in der kapitalistischen Gesellschaft die Grundlage für die Selbstdarstellung im baulichen Formen, die in der Entsprechung der Bedürfnisse des Kapitals in ihren Beziehungen zu einander, in ihren Dimensionen und Lokalisationen die herrschenden gegesellschaftlichen Beziehungen zum Ausdruck bringen: "Wollte man der in den heutigen Institutionen der Produktion und der Verwaltung herrschenden Vertauschbarkeit der Personen und der Standardisierung der Lebensvorgänge kritisch begegnen, wäre nichts törichter, als die auf das Prinzip der Anonymität gegründeten gesellschaftlichen Verhältnisse hinter eine Fassade individualistischer Bürgerlichkeit zu stecken, ohne deren innere Konstitution zu verändern. Die Illusion einer individualistisch konstituierten Gesellschaft in dieser Zeit anonymer Verwaltung scheint allmählich ein Mittel absichtsvoller gegenseitiger Vergewaltigung geworden zu sein."[1)]
Die Ausdrucksmöglichkeit der Architektur ist dabei grundlegend von ihrer eigenen Formentwicklung auf der Grundlage der materiellen Produktion des Bauwesens, von der dort herrschenden Organisation der Arbeit und der Entwicklung der Produktivkräfte abhängig, und zwar sowohl in qualitativer,als auch in quantitativer Hinsicht; die Bauaufgabe aber wird von der Gesellschaft gestellt, von den dort herrschenden Widersprüchen und Antagonismen, von den historisch konkreten Klassenkämpfen.

---

1) J. Janssen, a.a.O., S. 189.

7. Zur ökonomischen Bedingtheit funktionaler Architektur

Die materielle Seite der architektonischen Abbilder verweist auf den Zusammenhang der Bauproduktion mit der materiellen Produktion überhaupt und damit auf ihre Abhängigkeit von der kapitalistischen Entwicklung der materiellen Produktion. Der Zwang des Kapitals zu ständiger Selbstverwertung führt auf der einen Seite zu ständig erweiterter Produktion, auf der anderen zur Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise auf bisher vorindustriell erzeugte Produkte; die Warenproduktion, soweit sie noch handwerklich oder manufakturmäßig betrieben wird, gerät immer mehr in den Sog der großen Industrie. "Die Umwälzung der Produktionsweise in einer Sphäre der Industrie bedingt die Umwälzung in der anderen. Es gilt dies zunächst für solche Industriezweige, welche zwar durch die gesellschaftliche Teilung der Arbeit isoliert sind, so daß jeder derselben eine selbständige Ware produziert, sich aber dennoch als Phasen eines Gesamtprozesses verschlingen."[1] So hat die industrielle Fertigungsweise in den letzten Jahrzehnten Eingang in das Bauwesen gefunden und dort die technologischen Bedingungen entsprechend verändert, obschon Maschinen als technische Hilfsmittel im Baugewerbe bereits nach der Inflation von 1924 - 1930 generelle Bedeutung gewannen.[2] Die relativ spät einsetzende Industrialisierung im Bauwesen läßt sich wesentlich auf das Privateigentum an Grund und Boden, die Einzelauftragsvergabe, die Zersplitterung der Produktivkräfte in unzählige Kleinbetriebe, die besondere Krisenanfälligkeit des Baugewerbes infolge seiner Abhängigkeit vom Kapitalmarkt und die Mittelstandspolitik des Staates im Baugewerbe über Subventionen und direkte Auftragsvergabe zurückführen (z.B. Demonstrativbauvorhaben, sozialer Wohnungsbau etc.); für sich allein genommen wäre keiner dieser Gründe

---

1) K. Marx, Das Kapital Bd. 1, a.a.O., S. 404.

2) vgl. E. von Lucadou: Struktur und Probleme des Bauhauptgewerbes. Wiesbaden/Berlin 1960, S. 75. (zit. als Lucadou, Struktur und Probleme, a.a.O.,).

in der Lage gewesen, die Verzögerung zu bewirken, und auch zusammen sind sie heute nicht stark genug, die mit enormen Zuwachsraten einsetzende Industrialisierung zu verhindern.[1)]

Die überwiegend vorherrschende kapitalistische Kooperation[2)] bei der Produktion von Gebäuden ist auf die manufakturmäßige Organisation des Baugewerbes bei starker handwerklicher Basis zurückzuführen. Der Anteil der industriell produzierten Fertigteilbauten am gesamten Hochbau in der BRD und Westberlin macht 1970 nur 10,4% des Umsatzes und 12,6% des umbauten Raumes in cbm aus.[3)]
Die Kooperation im Bauwesen ist zunächst nur durch den räumlichen Zusammenhang des Arbeitsgegenstandes bedingt. Das Gebäude entsteht in der traditionellen Produktion nicht als Produkt eines einheitlichen Handwerks- oder Manufakturbetriebes, sondern durch das Zusammenwirken verschiedener Bauhandwerke, die sich nach Gewerbearten unterscheiden und deren Kooperation an die Errichtung eines bestimmten Hauses gebunden ist. Nach der Produktion des jeweiligen Gebäudes zerfällt diese Kooperation, um in anderer Zusammensetzung, d.h. mit anderen Betrieben, einen neuen Produktionsprozeß an anderer Stelle zu beginnen. Als wesentlicher Hemmschuh für die Ausweitung der Kooperation, einer qualitativen Verbesserung der Arbeitsteilung, erweist sich, wie betont, die Praxis der Einzelauftragsvergabe. Diese Einzelvergabe von zumeist beschränktem Produktionsumfange, die ihre extremste Form im privaten Eigenheimbau findet, hat ihre Entsprechung in der Zersplitterung der Produktivkräfte in eine Vielzahl von Kleinbetrieben. Ferner wird die Form des Produktes nicht von den kooperierenden Betrieben bestimmt, sondern vom Bauherrn oder, in seiner Vertretung, vom Architekten, dem 'Regisseur' des Bauens. Auch die Zusammensetzung der Kooperation unterliegt

---

1) vgl. Projektgruppe Branchenanalyse des Bauhauptgewerbes TU Berlin: Industrialisierung des Bauens unter den Bedingungen des westdeutschen Kapitalismus. In: Kursbuch 27/ 1972, S. 131f. (zit. als Projektgruppe, Industrialisierung des Bauens, a.a.O.,).

2) vgl. K. Marx, Das Kapital Bd.1, a.a.O., S. 341ff.

3) vgl. Projektgruppe, Industrialisierung des Bauens, a.a.O., S. 108.

letztlich der Entscheidung des Auftraggebers, der aus der überbetrieblichen Arbeitsteilung Gewinn zieht.
Für die traditionelle Bauproduktion bleibt kennzeichnend, "daß der Produktionsprozeß zunächst handwerklich bleibt, d.h. abhängig von Kraft, Geschicklichkeit, Schnelligkeit und Sicherheit des Einzelarbeiters in der Handhabung seiner Werkzeuge. Diese handwerkliche Grundlage des Produktionsprozesses, der ungebrochene Zusammenhang zwischen dem einzelnen Teil-Arbeitsgang und der Arbeit des einzelnen Handwerkers, schließt eine wirkliche wissenschaftliche Analyse des Produktionsprozesses aus, da jeder Teilprozeß in seiner Weise ein selbständiges Handwerk bleibt. Dies gilt auch dort, wo sich bereits in der Manufaktur der Gebrauch von Maschinen entwikkelt, die innerhalb dieses Bezugsrahmens für gewisse einfache erste Prozesse, die in großem Umfange und mit großem Kraftaufwandt auszuführen sind, angewendet werden. Die Umwälzung der Produktionsweise nimmt also in der Manufaktur die Arbeitskraft zum Ausgangspunkt, indem sie bei einzelnen Teilprozessen die Muskelkraft des Arbeiters durch Maschinen substituiert bzw. unterstützt."[1)]

In der Bauwirtschaft erfolgte eine allgemeine Mechanisierung erst nach der Inflation von 1924 - 1930; eine weitere Mechanisierungswelle setzte nach dem 2. Weltkrieg infolge des Arbeitskräftemangels und der gleichzeitigen starken Nachfrage nach Produktions-, Verwaltungs-, Verkaufs- und Wohnraum ein.[2)] Die damit verbundene Erhöhung des fixen Kapitals zwingt die Firmen einerseits zu permanenter Ausnutzung der Kapazitäten, zum anderen infolge gezielter Investitionen zu stärkerer Sozialisierung. Die 'Elastizität'[3)], früher als Vorzug des Baugewerbes

---

1) Projektgruppe, Industrialisierung des Bauens, a.a.O., S.103f. vgl. dazu K. Marx, Das Kapital Bd.1, a.a.O., S. 356ff.

2) vgl. E. von Lucadou, Struktur und Probleme des Bauhauptgewerbes, a.a.O., S. 75f.

3) Mit Elastizität wird verschleiernd die Reaktionsmöglichkeit des Unternehmers bezeichnet, auf Auftragsrückgang mit Entlassung von Arbeitskräften zu antworten.
vgl. ebenda.

hervorgehoben, "ist durch die Mechanisierung verloren gegangen. Der Gerätekauf entscheidet darüber, welche Aufgaben der Betrieb künftig übernehmen kann. Damit fördert die Mechanisierung aber auch Arbeitsteilung und Spezialisierung."[1] Die Folge ist die Entwicklung der Produktivkräfte in den einzelnen Branchen der Kooperation, dort besonders innerhalb des Bauhauptgewerbes, nicht aber zwischen den einzelnen Branchen. "Die Mechanisierung hat nicht alle Arten von Bauten in gleichem Umfange und zum gleichen Zeitpunkt erfaßt. Sie hat beim Tiefbau angefangen, hat auf den Industriebau übergegriffen und in den letzten Jahren den Wohnungsbau erfaßt, für den der Einsatz von Maschinen vor 1950 nicht üblich war."[2] Diese Entwicklung ist bestimmt von der Zugehörigkeit der verschiedenen Produktionszweige des Bauwesens entweder zur Produktionsgüter- oder zur Konsumtionsgüterindustrie. "Die Verortung einer Branche bzw. deren einzelne Bereiche im Rahmen der beiden großen Arbeitsteilungen Produktions- und Konsumtionsmittelindustrie (Abteilung I und II) erschließt wesentliche Erkenntnisse über die Abhängigkeit von den zyklischen Bewegungen der Gesamtwirtschaft und konstituiert zudem einen weiteren Begründungszusammenhang für die relative und absolute Rückständigkeit der verschiedenen Sektoren der Bauindustrie."[3] Die Entwicklung der Produktivkräfte in der Industrialisierungsphase drückt sich in jeder kapitalistischen Gesellschaft darin aus, daß der Anteil der gesellschaftlichen Arbeit, der für die Herstellung von Produktionsmitteln verausgabt wird, gegenüber dem für die Produktion von Konsumtionsmitteln verausgabten in stärkerem Maße zunimmt.[4] Von daher erklärt sich der sektorale Vorsprung der Mechanisierung in der Sphäre des Industrie- und Gewerbebaues vor dem Wohnungs-

---

1) E. von Lucadou, Struktur und Probleme des Bauhauptgewerbes, a.a.O., S. 81.

2) derselbe, a.a.O., S. 78.
Der Behauptung, der Einsatz von Maschinen im Wohnungsbau sei vor 1950 nicht üblich gewesen, kann nicht generell zugestimmt werden.

3) H. Bock et,al.: Zur Rolle der Bauwirtschaft in der BRD. (Studienarbeit SS 1971 an der TU Hannover) Hannover 1971, S. 90f.

4) vgl. K. Marx, Das Kapital Bd.2, a.a.O., S. 436 u. 485ff.

bau, denn die Zugehörigkeit der ersteren, zur Produktionsgüterindustrie (Abteilung I) bedingt bereits eine größere Investitionstätigkeit. Da auf dieser Grundlage die Produktionsmittelindustrie schneller expandiert als die Konsumtionsmittelindustrie, müssen notwendig auch die ihr zugehörigen und mit ihr verbundenen Industriezweige rascher wachsen und ihre Produktivkräfte stärker entwickeln als die Branchen der Abteilung II. Mit der Änderung der Produktion ändert sich auch die Form der Produkte.

In der Architekturtheorie erkennt man früh die Notwendigkeit der technischen Entwicklung und die sich dieser Entwicklung widersetzenden Tendenzen, wobei der Widerspruch nicht zuletzt auf der Ebene Gestaltung in Erscheinung tritt. Die ideologische und theoretische Auseinandersetzung erfolgt im Zusammenhang mit den ersten Ansätzen einer Technisierung der Bauproduktion. A. Loos argumentierte bereits 1908 in seinem Kreuzzug gegen das Ornament, das ihm als ein Relikt aus der Renaissancezeit erschien, ökonomisch, indem er den Kostenfaktor nicht zweckgebundener repräsentativer Formen hervorhob und den Verbrauch von Material und Arbeitskraft zu anderen Zwecken, als von der Konstruktion her erforderlich, als Verschwendung geißelte. Er setzte dabei bewußt das Ornament als der handwerklichen Produktion zugehörig von der ornamentlosen Form ab, die für ihn ein Erfordernis der fortgeschritteneren Produktionsweise darstellte.[1] Bereits 1914 erkannte man in der theoretischen Auseinandersetzung die Tendenz zur Typisierung, die allerdings nicht unwidersprochen blieb [2], sich letztlich aber, vor allem im Konstruktivismus des Bauhauses, durchsetzte.[3]

---

1) vgl. A. Loos: Ornament und Verbrechen. In: U. Conrads, Programme und Manifeste zur Architektur des 2o. Jahrhunderts, Bauwelt Fundamente Bd.1, Gütersloh/Berlin/München ^{2}1971, S. 18f et passim.

2) vgl. H. Muthesius/ H. van de Velde: Werkbund - Thesen und -Gegenthesen. In: U. Conrads, a.a.O., S. 25-27 passim.

3) vgl. W. Gropius: Grundsätze der Bauhausproduktion (Auszüge). In: U. Conrads, a.a.O., S. 90f.

Aus den Ausführungen über den Zusammenhang der verschiedenen Bauzwecke mit der Zugehörigkeit zu den unterschiedlichen Produktionsabteilungen der Gesellschaft ergibt sich, daß auch im Bauwesen zunächst eine Spezialisierung und allgemeine Arbeitsteilung zwischen und vor allem innerhalb der einzelnen Handwerke im Industriebau stattfindet. Die größere Investitionstätigkeit auf diesem Sektor des Bauwesens führt zu einer Verbesserung der Produktivkräfte, die wiederum eine Veränderung der Warengestalt mit sich bringt. L. Mies van der Rohe hat in seinen Arbeitsthesen den zukünftigen Weg, bezogen auf das Bürohaus, vorgezeichnet: "Gestaltet die Form aus dem Wesen der Aufgabe mit den Mitteln unserer Zeit. Das ist unsere Arbeit Bürohaus Das Bürohaus ist ein Haus der Arbeit der Organisation der Klarheit der Ökonomie. Helle weite Arbeitsräume, übersichtlich, ungeteilt, nur gegliedert wie der Organismus des Betriebes. Größter Effekt mit geringstem Aufwand an Mitteln. Die Materialien sind Beton Eisen Glas. Eisenbetonbauten sind ihrem Wesen nach Skelettbauten. Keine Teichwaren noch Panzertürme. Bei tragender Binderkonstruktion eine nichttragende Wand. Also Haus- und Knochenbauten."[1)]
Diese organizistisch-zweckrationale Vorstellung wird zum beherrschenden Konstruktions- und Bauprinzip auf dem Gebiet des Industrie- und Gewerbebaus, liegt doch gerade das Prinzip des größtmöglichen Effekts bei niedrigstem Aufwand und schneller Fertigstellung im unmittelbaren Interesse des investierenden Kapitalisten.
Zweck der Fabrikarchitektur ist nicht die personale Repräsentation und Selbstdarstellung der wirtschaftlichen Macht der Unternehmer, wie sie in Anlehnung an Motive des Feudalismus zum Audruck kam, sondern: "Durchgesetzt hat sich jedoch ein anderer Trend industriellen Bauens nach dem ersten Weltkrieg: der Rückzug auf den rein technischen Zweck. Das industrielle Bausystem reduziert sich hier vollständig auf den Produktionsvorgang. Architektur wird (vermeindlich R.G.) ausschließlich zur wettersichernden Umhüllung für Maschinen und stellt darü-

---

1) L. Mies van der Rohe: Arbeitsthesen. In: U. Conrads, a.a.O., S. 70.

ber hinaus nichts mehr dar."[1]

Die Tendenz zur Typisierung und Elementierung des Bauens setzt sich im Wohnungsbau erst viel langsamer durch, da hier Wirtschaftlichkeitserwägungen viel stärker gegen Bautraditionen und ästhetische Einzelinteressen anzukämpfen haben. Zwar dient die Bauordnung hier zunächst als vereinheitlichendes Element, schlägt aber andererseits bei neuen Formen, die sich nicht an gegebenen Fluchtlinien und Geschoßzahlen orientieren, in ein konservatives Planungsmittel um. Neue Formen werden deshalb an den Stadtrand verwiesen oder setzen sich erst im Zuge der Sanierung ganzer Quartiere durch.[2]

Um im Wohnungsbau eine Entwicklung auf größerer Stufenleiter zu ermöglichen, die letztlich, wie bei den Industrie- und Gewerbebauten, die Produktionsweise qualitativ verändert, muß die Kooperation zwischen den einzelnen Bauhandwerken stabilen Charakter annehmen, d.h. es müssen sich stabile Manufakturen herausbilden, die die jeweilige Produktion auf größerer Stufenleiter in vollem Umfange, als bis zur sog. Schlüsselfertigkeit, vollziehen. Dabei kann sich die Produktion an der Entwicklung im Industriebau orientieren; die fortgeschrittene Produktionsweise wirkt auf die traditionelle im Wohnungsbau zurück. Die Praxis der Einzelvergabe und die beschränkte Auftragsgröße, wie die Zersplitterung der Produktivkräfte, hemmen die Entwicklung zu einer Produktion auf qualitativ höherer Stufe. Die Möglichkeit zur Überwindung dieser Hindernisse liegt zunächst in der Zusammenfassung der Nachfrage, d.h. entweder werden die Wohnungen durch Baugesellschaften gebaut, auf der Basis der Nachfrage ihrer Mitglieder wie beispielsweise bei Bauvereinen oder gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, oder aber die Gesellschaften bauen für eine noch unbekannte Nachfrage, die aber im Kapitalismus durch

---

1) H. Suhrbier, Frühe Industriebauten - am Feudalismus orientiert, a.a.O., S. 1321.

2) vgl. Projektgruppe, Industrialisierung des Bauens, a.a.O., S. 110f.

die permanente Wohnungsnot immer schon gegeben ist. Trotz der scheinbar unterschiedlichen Vorgehensweise und dem Anspruch der Gemeinnützigkeit besteht zwischen den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften und den Kapitalgesellschaften letztlich Interessenidentität: "Der gemeinützige Wohnungsbau hat letzten Endes in der sozialen Entwicklung nichts anderes getan, als jeder andere Wirtschaftszweig auch, er hat Güter produzieren lassen und diese an die Produzenten verkauft, deren Mehrwert zur Expansion der Produktivität benutzt und damit zum allgemeinen Wachstum der Produktion beigetragen."[1] Die Basis zur Entwicklung der Bauproduktion auf größerer Stufenleiter ergibt sich aus der Tenzenz zu wachsender Auftragsgröße, verbunden mit der Tendenz zum schlüsselfertigen Bauen, der Subventionierung des Bauens seitens des Staates[2], sowohl quantitativ (bezogen auf die Anzahl der geförderten Wohnungen) als auch qualitativ (bezogen auf die Verbesserung der Produktivkräfte infolge der Subventionierung der Bauforschung und der Kontinuität der Produktion[3]); das Ergebnis ist eine relativ stabile Beschäftigungslage. Die dadurch geförderte Bildung einer kapitalistischen Manufaktur durch die Überwindung der oben beschriebenen einfachen Kooperation findet in der Form des sog. Generalunternehmers ihren organisatorischen Ausdruck, dessen Charakter das Merkblatt des RG-Bau-Arbeitskreises 'Schlüsselfertiges Bauen' folgendermaßen umreißt:

---

1) J. Janssen, Sozialismus, Sozialpolitik und Wohnungsnot, a.a.O., S. 70.

2) Allerdings nahmen die direkten Investitionen über öffentliche Mittel (Bundeshaushaltsmittel, Lastenausgleichsmittel, Mittel der Länder und Gemeinden etc.) im Wohnungsbau von 38,3% im Jahre 1950 auf 8,6% im Jahre 1969 ab; dafür stiegen im gleichen Zeitraum die indirekten Förderungen über steuerliche Vergünstigungen, Bausparprämien etc. permanent an, deren Gesamtumfang sich allenfalls schätzen läßt. H. Bock et al., Zur Rolle der Bauwirtschaft in der BRD, a.a.O., S. 20.

3) Zur Subventionierung der Bauforschung vgl. L. Lauritzen: Bauen könnte 39% billiger werden. In: Bauwelt 60.Jg./ 1969 /H. 8, S. 245.
Zur Subventionierung des Winterbaus vgl. Winterbau. In: Bauwelt 60. Jg./ 1969/ H. 49, S. 1750.

ein Generalunternehmer kann sein:

"- ein Bauunternehmen, das alle Arbeiten selbst ausführt;
- eine Mehrzahl von Unternehmen, die sich in Gesellschaftsformen des BGB oder des HGB zusammenschließen;
- ein Unternehmen unter Mitwirkung von Nachunternehmen;
- ein Unternehmen, daß, ohne selbst Bauarbeiten auszuführen, die Funktion des Generalunternehmers wahrnimmt; z.B. eine Baugesellschaft."[1)]

Nicht mehr nur die Kooperation innerhalb der einzelnen Sparten des Baugewerbes, sondern wesentlich die Arbeitsteilung zwischen ihnen wird von den Generalunternehmen gefördert. Gleichzeitig wirkt die Verbesserung der Produktivität durch die manufakturmäßige Organisation der gesamten Produktion auf die Organisation der Produktion innerhalb der einzelnen Bauhandwerke zurück und setzt hier ebenfalls die Entwicklung der Produktivkräfte in Gang.

Die Manufaktur greift zunächst in die zeitlichen Abläufe der Produktion ein, indem Zeitpläne für die einzelnen Bauvorhaben aufgestellt werden, die, möglichst genau kalkuliert, einen Leerlauf in der Arbeitsteilung ausschließen sollen. Gleichzeitig werden die Arbeitsabläufe festgelegt; die Produktivität wird über die Förderung der Spezialisierung verbessert. Ein typisches Beispiel dafür ist das Taktverfahren, bei dem in der Bauindustrie Arbeitsgruppen innerhalb und zwischen den einzelnen Baubranchen gebildet werden, die an jeder Baustelle die gleichen Arbeiten zu verrichten haben und deren einzelne Teilarbeiten sorgfältig aufeinander abgestimmt sind. "In den USA ist dieses Verfahren auch zwischen den einzelnen Gewerbezweigen soweit ausgebildet, daß das Treppenhaus bezugsfertig ist, wenn der Rohbau im dritten oder vierten Geschoß angelangt ist."[2)] Ähnliches läßt sich für die Situation der großen Bau-

---

1) E. von Lucadou: Das Bauhauptgewerbe am Beginn der 70er Jahre, In: Bauwelt 61. Jg. /1970/ H. 7, S. 338.

2) derselbe, Struktur und Probleme des Bauhauptgewerbes, a.a.O., S. 86.

gesellschaften in der BRD feststellen. Im Zusammenhang der Verbesserung der Produktivität innerhalb des einzelnen Generalunternehmens sind ferner die Bemühungen um eine einheitliche Maßordnung im Bauwesen zu nennen[1], ebenso wie die voranschreitende Normierung der Baustoffe, die Ansätze zur Überwindung der witterungsbedingten saisonalen Beschränkung der Bautätigkeit, vor allem aber die Typisierung von Wohnraum.[2] Wie bereits bei der Produktion von Industriebauten und Verwaltungsgebäuden, so setzt sich auch in der übrigen Hochbauindustrie die Ornamentlosigkeit zugunsten einer funktionalen Bauweise durch. Das Vordringen der glatten, rein zweckbestimmten Form ergibt sich grundsätzlich aus den Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte, sowohl im Industriebau, als auch im Wohnungsbau; über die Baustoffindustrie und die Gestaltungsprinzipien der Architektur, den sich verändernden ästhetischen Anschauungen, wirkt die Fertigbauweise mit ihrem Anwachsen auf die traditionelle Bauproduktion zurück, setzt ihre praktischen Notwendigkeiten auch hier in bauliche Formen um.

Gemäß der Logik der kapitalistischen Produktionsweise, in deren Verwertungszusammenhang das Bauwesen infolge seiner Kapitalverbindungen immer schon steht, ist in der Produktion von Gebäuden die Manufaktur die Voraussetzung für den Beginn der industriellen Fertigung. Hatte die Umwälzung der Produktionsweise von der einfachen kapitalistischen Kooperation zur Manufaktur die Arbeitskraft zum Ausgangspunkt, die Entwicklung der spezialisierten Fähigkeiten des Teilarbeiters, so bezieht sie sich seit den 50er Jahren zunehmend auf die Arbeitsmittel, setzt in der Veränderung der technischen Bedingungen die Industrialisierung im Bauwesen in Gang. Von einer wirklichen Industrialisierung des Bauwesens kann aber erst gesprochen werden, wenn das Werkzeug des Manufakturar-

---

1) vgl. G. Graefe: Die Maßordnung, eine Voraussetzung für industrielles Bauen. In: Bauwelt 61. Jg./1970/H.26, S. 108ff.

2) Zur Normierung und Typisierung vgl. E. von Lucadou, Struktur und Probleme des Bauhauptgewerbes, a.a.O., S. 84.

beiters die Maschine geworden ist, die nun wesentlich den Produktionsablauf bestimmt. Folglich sind die Kriterien für industrielles Bauen vorgefergigte Skeletteile, Decken, Wände und Raumzellen, die außerhalb der Baustellen oder aber in mobilen Fabriken an der Baustelle produziert werden, "in zentralen Fertigungswerken mit Hilfe automatischer 'Kollektivmaschinen' unter weitgehender Subsumtion der menschlichen Arbeit".[1] Da der Fertigbau jedoch auch die Normierung und Typisierung zur Voraussetzung hat, tritt neben die Verlegung der Bauarbeit von der Baustelle in die Fabrik die quantitative Ausweitung der Produktion von der Handarbeit zur Serie und zum Bauen mit genormten und getypten Teilen.[2] Allerdings bezieht sich die heutige industrielle Fertigung in der Bauproduktion überwiegend auf den Rohbau, während das Ausbaugewerbe, dessen Anteil an der Wohnungsproduktion bei ca. 40% liegt, noch weitgehend handwerklich produziert.[3] Die industrielle Produktion von Wohnbauten steht erst an ihrem Anfang, obschon in der Vorfertigung von Raumzellen, die in der Fabrik so weit vorproduziert werden, daß sie nach der Montage keiner weiteren Ausbauarbeiten bedürfen[4], die Entwicklung vorangeschritten ist und in den Katalogen der großen Warenhäuser ihre entsprechende Gleichstellung mit anderen industriellen Produktionen gefunden hat.

Mit der Industrialisierung aber vereinfacht sich die Vielfalt möglicher Bauformen auf die der Maschine entsprechenden; das Wohnhaus wird zum Konfektionsartikel, der die vorproduzierten Wohnbedürfnisse der Käufer zum Anlaß seines Gebrauchswertversprechens macht.
Die Notwendigkeit vereinfachter Bauformen aber auf die Indu-

---

1) Projektgruppe, Industrialisierung des Bauens, a.a.O., S. 107.

2) vgl. M. Felsch: Hochschule und Örtchen, alles aus der Fabrik. In: Frankfurter Rundschau Nr. 154 vom 7.7.1972,S.10.

3) vgl. Projektgruppe, a.a.O., S. 107.

4) vgl. T. Koncz: Raumzellenbauweisen. In: Bauen und Wohnen 24. Jg./ 1969/ H. 5, S. 157-162 passim.

strialisierung zurückzuführen erscheint verfehlt, denn trotz Normierung und Typisierung eröffnet das industrielle Bauen in der Verwendung sog. offener Systeme die theoretische Möglichkeit zu bauen mit "- Wandteilen der Firma A; - Deckenelementen der Firma B; - Treppen der Firma C; Instalationszellen der Firma D; - Dachbinder der Firma E; - Dachtafeln der Firma F. Nur zusammenpassen müssen die Teile! ... Selbstverständlich ist dies ein theoretisches Leitbild, aber es vermittelt die Vorstellung vom Ziel der Industrialisierung, nämlich von der Industrialisierung des ganzen Bauwerkes, der Zusammenfügbarkeit, Austauschbarkeit, funktions- und oberflächenfertigen sowie gutkontrollierten Vollständigkeit aller seiner Elemente und schließlich von der Beschaffbarkeit nach Katalog auf offenem Markte."[1] Die Pläne wirken auf den ersten Blick überzeugend, doch verweist sie der Architekt in Bezug auf die kapitalistische Wirklichkeit in den Bereich der Wunschträume: "Die tatsächliche Produktion dieser Firmen (die die Fertigteile produzieren R.G.) unterliegt dem Zwang der Konkurrenz, Bauteile zu fabrizieren, aus denen jeweils ein eigenes System entworfen werden kann, das sich patentieren läßt und für das man Lizenzrecht verkaufen kann. Resultat dieser Baupolitik ist, daß die Variationsmöglichkeiten beschränkt sind. Ganze Wohnviertel werden an ein Unternehmen vergeben, das dort ausschließlich die Typen seines eigenen Systems baut."[2] Die vielbeschworene Monotonie der neuen Wohnsiedlungen resultiert folglich nicht aus der Technisierung und Industrialisierung der Bauproduktion, sondern aus dem kapitalistischen Profitinteresse der Unternehmer, die bei Verluststrafe ihres Kapitals gezwungen sind, sich innerhalb der kapitalistischen Systemrationalität zu bewegen. Die Ausschaltung der Konkurrenz durch Monopolbildung und Absprachen beseitigt diese Tendenzen zur Uniformisierung nicht etwa, sondern verstärkt sie noch, um größere Extraprofite realisieren zu können.

---

1) G. Graefe, a.a.O., S. 110.

2) J.B. Bakema: Die Revolte der Masse. In: J. Joedicke (Hrsg.), Dokumente der modernen Architektur, Stuttgart 1963, S. 82.

Wie die manufakturmäßige, so differenziert sich auch die industrielle Fertigung von Bauwerken nach der Zugehörigkeit zu der jeweiligen Abteilung der materiellen Produktion, wie in den unterschiedlichen Anteilen an der Gesamtproduktion deutlich wird und an der unterschiedlichen Entwicklungsintensität. Zwar werden bereits 1904 in Liverpool die ersten Wohnungen in Großplattenbauweise errichtet[1], doch erst in den 50er Jahren erlangt die Fertigbauweise einen gewissen Stellenwert innerhalb des Wohnungsbaus in der BRD; 1965 bos 1970 steigt hier der Anteil der in Fertigbauweise erstellten Wohnungen von 3,2 auf 6%, gemessen an der Gesamtsumme des umbauten Raumes in cbm.[2] Schon 1972 liegt der Anteil des Fertigbaus bei 10% und die Erwartungen für 1980 werden mit 40% angegeben.[3]
Im Gegensatz zum Wohnungsbau konnte der Industriebau bereits 1968 auf eine mehr als dreißigjährige Tradition industrieller Vorfertigung zurückblicken, und ihr Anteil an der Gesamtbauproduktion liegt daher wesentlich höher als beim Wohnungsbau. Bei Nichtwohngebäuden, also bei Industrie-, Verwaltungs-, Behörden-, Gewerbegebäuden etc. , liegt 1970 der Anteil der in Fertigbauweise errichteten Gebäude bei 20,2 cbm des umbauten Raumes. Das schnellere Fortschreiten der Entwicklung im Industriebau ist, außer auf die bereits angeführten Gründe, in dem verminderten Bedarf an Ausbauarbeit zu suchen. Da das Problem der Industrialisierung des Bauwesens in der Integration der verschiedenen Produktionsbereiche liegt, muß sich eine geringere Bedeutung des Ausbaugewerbes fördernd auf die Industrialisierung auswirken.[4]
Die Zunahme des Fertigbaus bis 1970 nach cbm umbauten Raumes bzw. der Anzahl der Wohnungen oder Baugenehmigungen in der Produktion der verschiedenen Gebäudearten bezogen auf die BRD

---

1) vgl. R. Moore: Das Liverpool-System: Großtafelbauweise 1904. In: Bauwelt 61 Jg./ 1970/ H. 6, S. 215.

2) vgl. Projektgruppe, Industrielles Bauen, a.a.O., S. 108.

3) vgl. 'Fertigbau steht vor großer Zukunft'.In: Frankfurter Rundschau Nr. 154 vom 7.7.1972, S. 7.

4) vgl. Projektgruppe, Industrialisierung des Bauens, a.a.O., S. 108 u. 130.

und Westberlin zeigt die folgende Tabelle[1]:

	Anst.-geb.	Büro-geb.	Ldwschft.-geb.	Gewbl.-geb.	Schul-geb.	n-Wohn-geb.	Wohn-geb.
1965	100	100	100	100	100	100	100
1970	580	890	350	650	535	350	172

Wie die Zukunftserwartungen im Bauwesen von den übrigen Kapitalisten eingeschätzt wird, zeigen die Kapitalbeteiligungen Branchenfremder an den verschiedenen Unternehmen des Bauhauptgewerbes; so ist beispielsweise unter der Beteiligung von Bosch und Wüstenrot die 'Strukturbau Bosch und Wüstenrot GmbH & Co. KG.' entstanden mit einer Investitionssumme von 40 Mill. DM für die 70er Jahre. Die diversen Kapitalbeteiligungen branchenfremder Unternehmen deuten auf eine hohe Profiterwartung und auf eine zunehmende Industrialisierung in der Bauproduktion hin, die von kurzfristigen Einbrüchen in die Baukonjunktur kaum beeinflußt werden.
Die Kapitalinteressen der branchenfremden Konzerne bewirken eine zunehmende Technisierung und Industrialisierung, im gleichen Maße wie sie Verflechtungen und Zusammenschlüsse fördern; die erwarteten Extraprofite aber kommen auf der Grundlage der noch relativ geringen Anlagekapitale zustande. Der Trend der Entwicklung geht damit notwendig zu einer immer stärker werdenden Industrialisierung, wie die folgende Tabelle zeigt:[2]

Anteil des Fertigteilbaus am Hochbauvolumen in v.H.
(veranschlagte reine Baukosten, Anteil an den Genehmigungen)

	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Fertigbau insgesamt	3,5	5,4	6,7	7,4	7,9	10,4
Fertigbau Nichtwohngeb.	4,3	7,4	9,7	11,1	12,0	17,0
Fertigbau Wohngebäude	3,2	3,8	5,4	5,2	5,1	6,2

---

1) vgl. Projektgruppe, Industrialisierung des Bauens, a.a.O., S. 130.

2) vgl. R. Rosenbrock: Bauproduktion. In: K. Brake (Hrsg.), Architektur und Kapitalverwertung, Veränderungstendenzen in Beruf und Ausbildung von Architekten in der BRD, Frankfurt M 1973, S. 119.

Der Tendenz zur Ausweitung und Industrialisierung der Produktion entspricht das Städtebauförderungsgesetz, das die Enteignung des kleinen Grundbesitzes im Interesse des großen gewährleisten soll, indem es den Einfluß der lokalen Haus- und Grundeigentümer ausschaltet, den Bodenbesitz in ein dem Aktienkapital vergleichbares Besitzrecht ohne Verfügungsgewalt der früheren Eigentümer des Bodens umwandelt. "Eingriffe in die Institution des Bodenmonopols und ihre ökonomische Funktion beabsichtigt das Gesetz nicht; es gleicht nur zwischen verschiedenen Kapitalinteressen aus, was zum Beispiel in der geplanten Reprivatisierung zum Ausdruck kommt."[1)]
Einer Umwandlung der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden stehen vor allem die Versicherungskonzerne und Bankkapitale entgegen, die zur Sicherung ihres Einlagekapitals in großem Umfange das 'Geschäft mit dem Boden' betreiben. In der Übernahme der Verfügungsgewalt über den städtischen Boden durch das ideelle Gesamtkapital, durch den Staat bzw. die Stadt, kann den Infrastrukturinteressen des Gesamtkapitals in effizienterer Weise als bisher entsprochen werden.
Um von vornherein den Konfliktstoff, wie er in der Kommerzialisierung citynaher Wohngebiete stets gegeben ist, wie die zunehmende Zahl von Hausbesetzungen und sanierungsbedingten Mieterstreiks zeigt, auszuschalten, wird die Aufstellung eines Sozialplanes gefordert und die'Anregung' zur Mitbestimmung der Betroffenen, wobei unklar bleibt, welche Realisierungschancen deren Vorschläge eingeräumt wird. Das Städtebauförderungsgesetz erweist sich als Moment staatlicher Globalsteuerung und sozialer Programmierung, zu der man sich die Zustimmung der Betroffenen einzuholen gedenkt: die Identifizierung im Sinne der Konfliktvermeidungsstrategie geht in die Stadtplanung ein. "So versucht man also zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Die berechtigten Forderungen nach einer Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Masse der Bevölkerung sollen instrumentalisiert werden für die Verwertungsinteressen des Kapitals."[2)]

---

1) H. Frank/H.-H. Joeres: Planungspolitik. In: K. Brake (Hrsg.), a.a.O., S. 84.

2) ebenda.

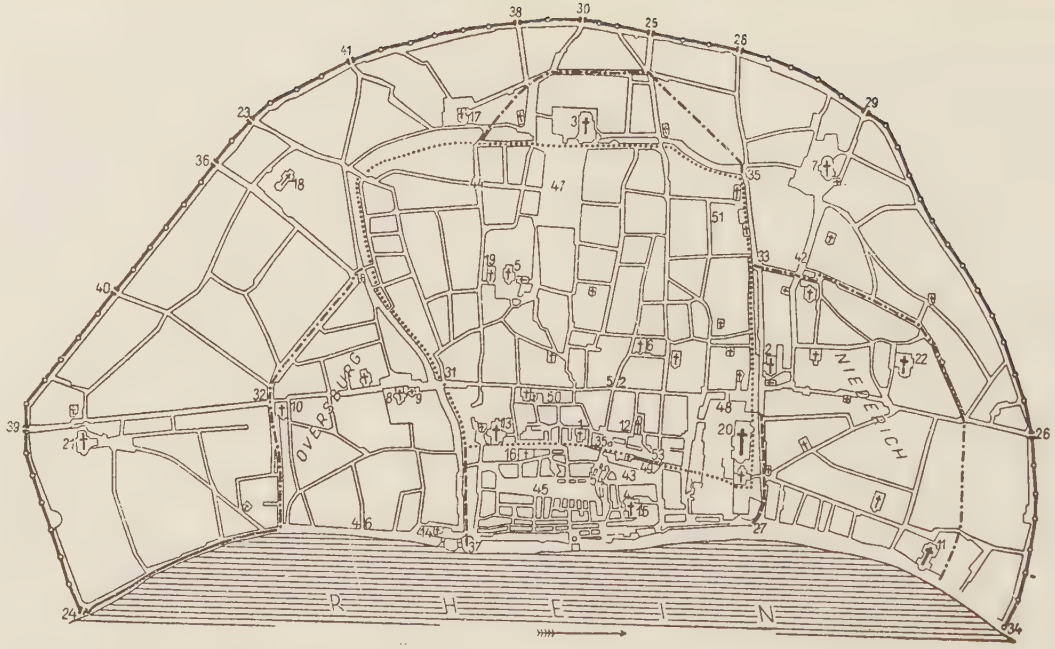


Abb. 1

KÖLN. **1** St. Alban um 1149. **2** St. Andreas 817. **3** St. Aposteln 965. **4** St. Brigida 1172. **5** St. Cäcilie 941. **6** St. Columba 980. **7** St. Gereon 4. Jh. **8** St. Georg 1056—67. **9** St. Jakob 1069. **10** St. Johann Baptist 948. **11** St. Kunibert 663. **12** St. Laurenz um 1135. **13** St. Maria im Kapitol (vorkarolingisch). **14** St. Maria Lyskirchen. **15** St. Martin (groß) 935—965. **16** St. Martin (klein) um 1130. **17** St. Mauritius. **18** St. Pantaleon 866. **19** St. Peter um 1152. **20** St.-Peter-Dom. **21** St. Severin 348. **22** St. Ursula (merowingisch). **23** Bachtor. **24** Bayenturm. **25** Ehrenpforte. **26** Eigelsteintor. **27** Frankenturm. **28** Friesentor. **29** Gereonstor. **30** Hahnentor. **31** Hohe Pforte. **32** Johannispforte. **33** Judenpforte. **34** Kunibertsturm. **35** Löwenpforte. **35 a** Marktpforte. **36** Pantaleonstor. **37** Saphirenturm. **38** Schafenpforte. **39** Severinstor. **40** Ulrepforte. **41** Beyertor. **42** Würfelpforte. **43** Alter Markt. **44** Griechenmarkt. **45** Heumarkt. **46** Holzmarkt. **47** Neumarkt. **48** Hacht. **49** Rathaus. **50** Sandkaule. **51** Berlich. **52** Hohe Straße. **53** Judengasse. **54** Münze.

50 n. Chr. Colonia Claudia Agrippina ·····. / Bischofshof 8. Jhs. / Um 950 Rheinvorstadt – – –. / 1106 neue Mauer mit Oversburg, Niederich und St. Aposteln –·–·–. / Große Mauer seit 1180 ———.

MAINZ. **1** St. Johannis 534—548. **2** Unser-Lieben-Frauen-Stift St. Maria. **3** St.-Martin-Dom 753. **4** St. Peter (an Stelle des Jupitertempels). **5** St. Quintin (fränkisch). **6** Fischpforte. **7** Gaupforte. **8** Holzpforte. **9** Leisentörlein. **10** Schloß. **11** Flachsmarkt. **12** Dietmarkt. **13** Rathaus.

Mogontiacum um 300. | 748 Erzbistum Mainz, civitas publica. | 886 Friesenviertel abgebrannt. | Um 1120 Stadtmauer; 1158 abgerissen; 1200 Neuaufbau. | 13. Jh. Stadterweiterung (Selenhofen) ——.

Abb. 2

WORMS. **1** St. Andreas. **2** Dom. **3** St. Johannis. **4** St. Lampert. **4a** Liebfrauenkirche. **5** St. Magnus. **6** St. Mainhart. **7** Marienmünster. **8** St. Martin. **9** St. Michaelis. **10** St. Paulus. **11** St. Ruprecht. **12** St. Stefan. **13** St. Valentin. **14** Altmühlheimauer Pforte. **14a** Innere und äußere Andreaspforte. **15** Fischerpförtlein. **16** Güldpforte. **17** Judenpforte. **18** Leonhardspforte. **19** Mainzer Pforte. **20** Martinuspforte. **21** Michaelispforte. **22** Neue Pforte. **23** Pfaupforte. **24** Rheinpforte. **25** Speyerpforte. **26** Viehpforte. **27** Bischofshof. **28** Münze und Markt. **29** Bürgerhof. **30** Judenbegräbnis.

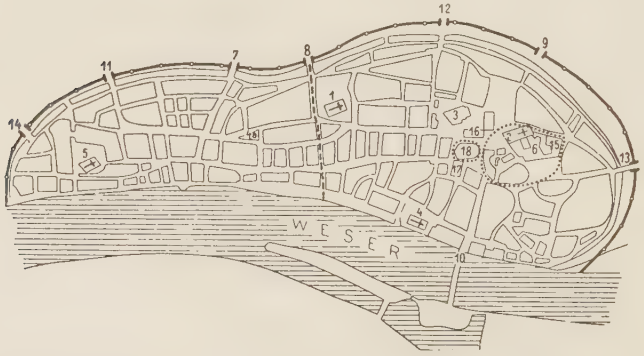
90 n. Chr. civitas Vangionum, 260 ummauert. | 630 Königspfalz. | 891—914 Mauerbauordnung, Friesensiedlung. | 1000 Befestigung durch Bischof Burchard ——. *| Um 1370 Stadterweiterung durch Einbeziehung neuer Vorstädte* ——.

Abb. 3

MÜNSTER. **1** St. Ägidii um 1150. **2** St. Lamberti (spätestens 1090). **3** Liebfrauen (Überwasser) 1040. **4** St. Ludgeri um 1173. **5** St. Martini um 1187. **6** Dom St. Pauli um 800. **7** St. Servatii um 1221. **8** Ägiditor. **9** Hörstertor. **10** Judefelder Tor. **11** Kreuztor. **12** Liebfrauentor. **13** Ludgeritor. **14** Mauritztor. **15** Neubrückentor. **16** Servatitor. **17** Königshof (karolingisch). **18** Bischofsburg um 840. **19** Marktplatz (Prinzipalmarkt). **20** Rathaus 1250.

802 Domburg im Königshof, Ummauerung ·····. / 11. Jh. Marktstraße – – –. / Nach 1150 Stadtbefestigung (Wassergräben und Erdbefestigung) ——.

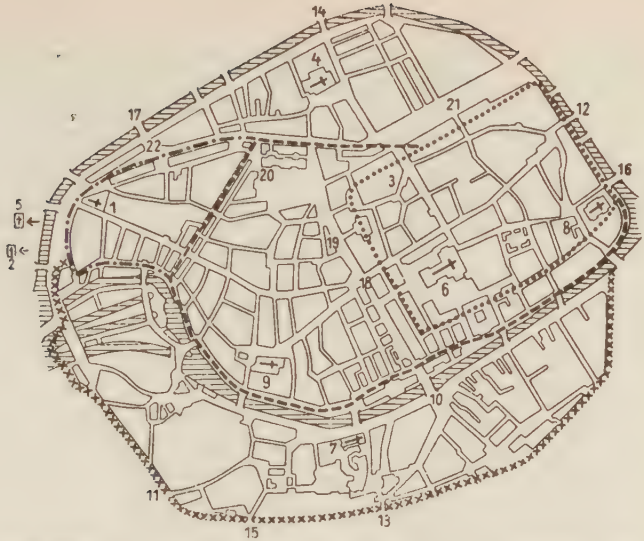
Abb. 4



BREMEN. **1** Anscharikirche 13. Jh. Anfang. **2** Dom St. Petri 789. **3** Unser-Lieben-Frauen-Kirche 1013—29. **4** Martinikirche. **4a** Nikolaikirche. **5** Stephanikirche 1139. **6** Wilhardikirche 11. Jh. **7** Abbentor 1232. **8** Anscharitor. **9** Bischofstor 1274. **10** Brükkentor 1552. **11** Doventor 1367. **12** Herdentor 1229. **13** Ostertor 1267. **14** Stephanstor 1284. **15** Erzbischöfliche Pfalz 1286. **16** Rathaus. **17** Schütting. **18** Markt.

Domimmunität mit Markt und Mauer 1030 ·····. / Zweiter Mauerbau um 1200 – – –. / Einbeziehung von St. Stephan um 1305 ——.

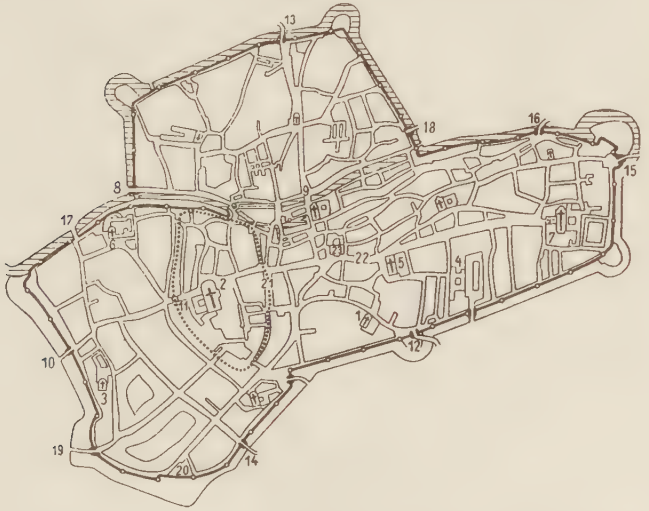
Abb. 5



STRASSBURG. **1** Alt-St. Peter 11. Jh. **2** St. Aurelien 11. Jh. **3** Dominikaner 1251. **4** Jung-St. Peter 12. Jh. **5** St. Michael 1049. **6** Münster. **7** St. Nikolaus 1182. **8** St. Stefan 845. **9** St. Thomas 9. Jh. **10** Bischofstor. **11** Elisabethtor. **12** Judentor. **13** Metzgertor. **14** Peterstor. **15** Spitaltor. **16** Steintor. **17** Zolltor. **18** Martinsplatz. **19** Pfalz. **20** Barfüßerplatz. **21** Roßmarkt. **22** Weinmarkt.

Römisches castrum (Argentorate 16 n. Chr.) ·····. */ Fränkische Siedlung 737, Bischofssitz, vicus 9. Jh.* – – –. */ Erste Stadterweiterung um Alt-St. Peter vor 1200* –·–·–. */ Zweite Stadterweiterung im Illraum 1202—20 um Jung-St. Peter. / Dritte Stadterweiterung um St. Nikolaus um 1228* ××××××.

A66.6



AUGSBURG. **1** St. Annen (1320). **2** Dom (um 823). **3** St. Georg (1135). **4** St. Katharinen um 1280. **5** St. Moritz um 1020. **6** St. Stefan (969). **7** St. Stefan und Afra (um 800). **8** Oblattertor. **9** Barfüßertor. **10** Fischertor. **11** Frauentor. **12** Göggingertor. **13** Jacobertor. **14** Klinkertor. **15** Rotes Tor. **16** Schwibbogentor. **17** Stephingertor. **18** Vogeltor. **19** Wertachbruchertor. **20** Judenwall. **21** Obstmarkt. **22** Perlach. **23** Rathaus.

Augusta Vindelicorum 15 v. Chr. / Um 650 Bistum — 955 Befestigung der Bischofsstadt (Domburg mit Kaufmannssiedlung, Obstmarkt) ·····. */ 12. bis 13. Jh. Ausdehnung bis Rotes Tor (Perlach), 1251 Stadtmauer, Stadtsache. / Um 1380 Einbeziehung von Wertach (St. Georg und St. Stefan) und Oblatter Vorstadt* ——.

A66.7

NÜRNBERG. **1** Augustiner Eremiten 1218. **2** St.-Ägidien-Schottenkloster 1140. **3** Frauenkirche 1355. **4** St. Jacobi. **5** Katharinenkloster 1295. **6** Klarakloster 1240. **7** St. Lorenz 1162. **8** St. Sebald 1170. **9** Frauentor. **10** Laufertor. **11** Maxtor. **12** Neutor. **13** Spittlertor. **14** Tiergärtnertor. **15** Vestnertor. **16** Burg. **17** Dreiecksmarkt bei St. Jacobi vor 1062. **19** Rathaus. **20** Kornmarkt. **21** Weinmarkt. **22** Großer Markt.

Königshof bei St. Jacob; vor 1062 Marktsiedlung ·····. / Um 1150 burgum St. Sebald. / Um 1209 Umnauerung von St. Lorenz — — —. / St. Sebald —·—·—. / Um 1300—1350 vorletzter Mauerring, Gesamtstadt, Großer Markt und Frauenkirche. / 1452 letzter Mauerbau vollendet ———.

Abb. 8

REGENSBURG. **1** Augustiner 1308. **2** St. Blasius (Dominikaner). **3** St. Cassian 973. **4** Dom St. Peter um 700. **5** St. Egidien 1279. **6** St. Emmeram um 700. **7** St. Jacob 1293, Schottenkloster. **8** Niedermünster 1170. **9** Obermünster um 1000. **10** Schwarzes Burgtor. **11** Jacobstor. **12** Ostentor. **13** Peterstor. **14** Tor Roselind. **15** Arnulfpfalz. **16** Haidplatz. **17** Herzogsburg. **18** Kaiserpfalz. **19** Kohlenmarkt. **20** Porta praetoria.

Castra Regina, Standlager 179 n. Chr. ·····. / Civitas 795. / Pfalz 9. Jh. / Kaufleutesiedlung und Haidplatz, 917 befestigt — — —. / Kaiserpfalz Heinrichs II. 1002—24. / Stadterweiterung 1320 mit Stadtamhof 1322 ———.

Abb. 9

FRANKFURT/MAIN. **1** Dom 1239. **2** Barfüßerkloster. **3** Dominikaner 1243. **4** Karmeliter 13. Jh. **5** Katharinenkirche 1344. **6** St. Leonhard 13. Jh. Anfang. **7** Liebfrauenkirche 1314. **8** St. Nikolaus 1264. **9** Weißfrauenkloster 1228. **10** Allerheiligentor. **11** Bokkenheimer Tor. **12** Eschenheimer Tor. **13** Friedberger Tor. **14** Gallustor. **15** Saalhof. **16** Markt (Krämergasse). **17** Kornmarkt. **18** Roßmarkt. **19** Judengasse. **20** Fischerfeld. **21** Sachsenhausen.

Karolingische Pfalz auf Domhügel 792—794 ·····. / *Pfalz (Saalhof) Konrad III. 1142 ummauert* – – –. / *Erste Stadterweiterung 13. Jh.* ·–·–·. / *Zweite Stadterweiterung 1343* ——. / *Sachsenhausen 1193 erwähnt, im 15. Jh. Vorstadt* ——.

A66.10

DORTMUND. **1** Marienkirche 1170—1200. **2** Nikolaikirche um 1200. **3** Petrikirche 1319. **4** Reinoldskirche 10. Jh. **5** Burgtor. **6** Katharinentor. **7** Kuckeltor. **8** Neutor. **9** Ostentor. **10** Westentor. **11** Wiszstraßentor. **12** Markt. **13** Rathaus. **14** Brückstraße. **15** Westenhellweg. **16** Ostenhellweg. **17** Wiszstraße.

Karolingischer Königshof ····· / *Erste Stadterweiterung 10. Jh.* – – –. / *Zweite Stadterweiterung 11. Jh.* ·–·–·. / *Letzte Stadterweiterung um 1200* ——.

A66.11

FREIBURG/BR. **1** Franziskanerkloster 1246. **2** St. Martin 1245. **3** Münster, Pfarrkirche nach 1120. **4** St. Peter 1260. **5** Christophstor. **6** Lehenertor. **7** Martinstor (Untertor). **8** Predigertor. **9** Schwabentor (Obertor) 13. Jh. erste Hälfte. **10** Marktstraße. **11** Rathaus (1303). **12** Gerichtslaube (um 1300).

Vor 1120 locus Freiburg. | 1120 Gründung von Freiburg. | Nach 1200 Ummauerung der Stadt ——.

Abb. 12

MÜNCHEN. **1** Angerkloster (St. Clara am Anger mit Jacobskirche). **2** Augustinerkloster. **3** Unser-Lieben-Frauen-Kirche. **4** Minoritenkloster. **5** St.-Peters-Kirche. **6** Grakkowtor. **7** Kaufinger Tor. **8** Niederes Tor. **9** Oberes Tor. **10** Schwabinger Tor. **11** Sendlinger Tor. **12** Talburgtor. **13** Dultplatz. **14** Graggenau. **15** Kornmarkt. **16** Rindermarkt. **17** Roßmarkt. **18** Dinghaus. **19** Rathaus.

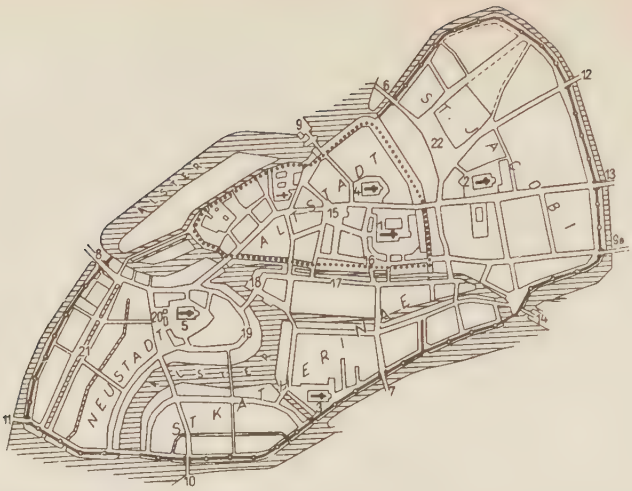
1158 Heinrich der Löwe, Burg, Kaufmannssiedlung und Markt München; Ummauerung 1164 ·····. | *Um 1255 Tal und Griez mit ummauert* — — —. | *Altheim* —·—·—. *Um 1310 Beginn der großen Ummauerung* ——.

Abb. 13

BRAUNSCHWEIG. **1** St. Ägidien 1115. **2** St. Andreas um 1150. **3** Dom St. Blasii um 1030. **4** Dominikaner 1307. **5** Franziskaner 1232. **6** St. Katharinen um 1200. **7** St. Magni 1031. **8** St. Martin 1180—90. **9** St. Michaelis um 1150. **10** St. Nikolai spätestens 11. Jh. **11** St. Petri nach 1150. **12** St. Ulrich vor 1038. **13** Ägidientor. **14** Fallerslebener Tor. **15** Hohes Tor. **16** Magnitor. **17** Michaelistor. **18** Neustadttor. **19** Petritor. **20** Steintor. **21** Wendentor. **22** Burg Dankwarderode 10. Jh. **23** Damm. **24** Kohlmarkt. **25** Altstadtmarkt. **26** Wollmarkt. **27** Radeklint. **28** Rathaus.

Burg Dankwarderode 10. Jh. ·····. / *Alte Wiek vor 1031* – – – . / *Altstadt nach 1100* ·—·—·. / *Hagen um 1160* x—x—x. / *Neustadt 12. Jh. Ende* ···—···. / *Sack 1300* xxxxxx. / *Stadteinigung 1269.*

A66. 14



HAMBURG. **1** Domkirche St. Marien 1035—43 (831). **2** St. Jacobi 1254. **3** St. Katharinen um 1250. **4** St. Petri 1195 (um 1050). **5** St. Nicolai 1195. **6** Alstertor. **7** Brooktor. **8** Millerntor. **9** Mühlentor. **9a** Niederntor. **10** Schaaltor. **11** Schaartor. **12** Spitalertor. **13** Steintor. **14** Winzertor. **15** Marktplatz (Berg) 10. Jh. **16** Fischmarkt. **17** Reichenstraße 1100—40. **18** Rathaus. **19** Neue Burg. **20** Hopfenmarkt. **21** Rödingsmarkt um 1250. **22** Pferdemarkt.

Altstadt um 950 ·····. */ Reichenstraße zwischen 1100 und 1140. / Neustadt 1188. / Stadterweiterung 1228—64. / 1300 Ummauerung der Gesamtstadt* —○—.

Abb. 15

LÜBECK. **1** Dom 1163. **2** St. Ägidien. **3** St. Jacob. **4** St. Marien 1170. **5** St. Petri 1170. **6** Burgtor. **7** Holstentor. **8** Hüxter Tor. **9** Mühlentor. **10** Burg. **11** Markt. **12** Rathaus. **13** Bauhof.

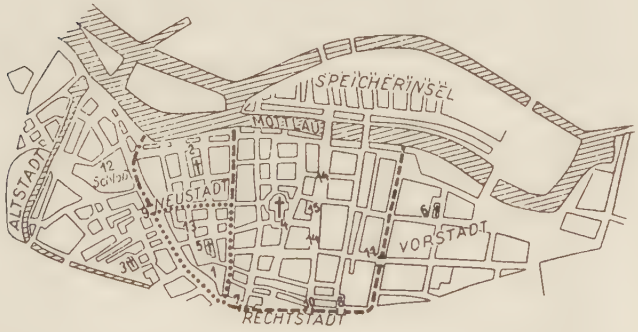
Um 1050 wendische Burg mit Siedlung; 1138 Zerstörung; 1143 Gründung durch Adolf von Schauenburg (Domgegend) ·····. */ 1158 Gründung durch Heinrich den Löwen* — — —. */ 1160 Bistum, 1163 Stadt Lübeck ummauert. / 1188 Barbarossa-Privileg; 1201—25 Dänenherrschaft; nach 1225 Ummauerung* —○—. */ 1226 Lübeck Reichsstadt; 1251/52 Bau der Marienkirche.*

Abb. 16

WISMAR. **1** Dominikanerkloster 1292. **2** Franziskanerkloster 1251. **3** St. Georg 1250. **4** St. Marien 1226. **5** St. Nikolai 1260—72. **6** Lübsches Tor 1284. **7** Mecklenburger Tor 1272. **8** Poelertor nach 1250. **9** Alt-Wismar-Tor 1278. **10** Markt. **11** Rathaus. **12** Fürstenhof.

Wendisches Fischerdorf 1167; um 1200 deutsche Kaufmannssiedlung St. Nikolai ·····. / Um 1226 Stadtgründung St. Marien, Beteiligung lübischer Kaufleute – – –. / 1250 Begründung der Neustadt St. Georg; 1257 Erbauung der Burg. / 1275/76 Befestigung der ganzen Stadt durch Wall und Graben; um 1400 Steinmauer ——.

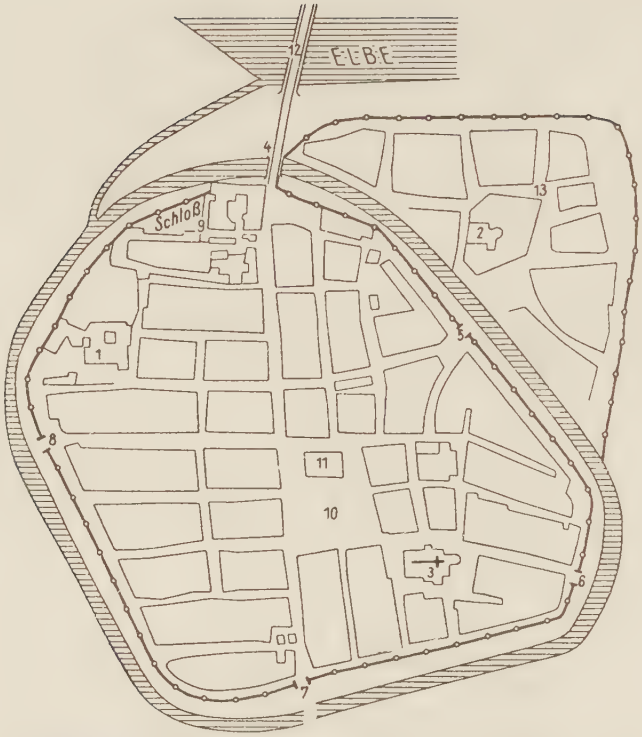
Abb. 17



DANZIG. **1** Dominikanerkloster 1227. **2** S.-Johann-Pfarrkirche vor 1353. **3** S.-Katharinen um 1150. **4** S. Marien um 1240. **5** S. Nikolaus 1190. **6** S. Peter und Paul 14. Jh. **7** Breites Tor. **8** Fischertor. **9** Haustor. **10** Hoher Turm. **11** Ketterhager Tor. **12** Burg 997. **13** Marktsiedlung 1178 S. Nikolaus. **14** Langer Markt nach 1224. **15** Rathaus 1378.

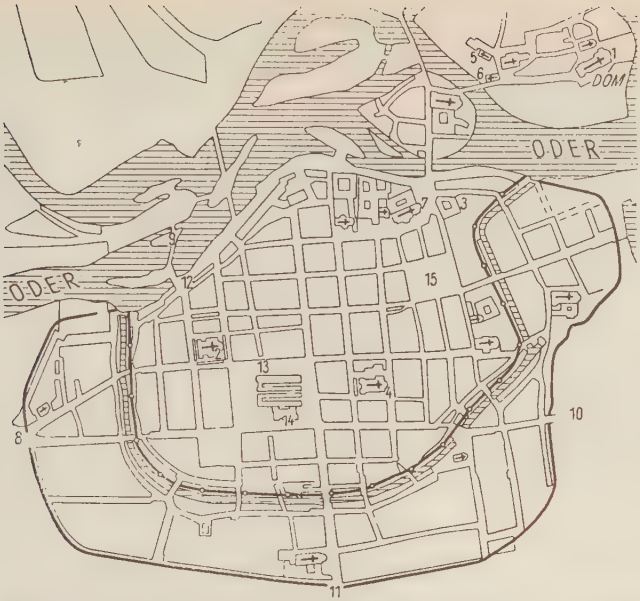
Wendische Burg 997; deutsches castrum an der Mottlau. / 1178 Marktsiedlung an S. Nikolaus ·····. / Nach 1200 Marktsiedlung der Rechtstadt; Langer Markt; Marienkirche 1240; Befestigung 1343; Rathaus 1378 – – –. / Gründung der Neustadt 1340; Johanniskirche –·–·–. / Vorstadt 1360; Altstadt 1377, Katharinenkirche.

Abb. 18



DRESDEN. **1** Franziskanerkloster mit Sophienkirche 1265. **2** Frauenkirche 13. Jh. Anfang. **3** Kreuzkirche 13. Jh. **4** Elbtor. **5** Frauentor. **6** Kreuztor. **7** Seetor. **8** Wilstruffertor. **9** Burg um 1200. **10** Altmarkt. **11** Rathaus. **12** Elbbrücke 1275. **13** Wendendorf. *Vor 1200 Burg am Taschenberg; Stadtgründung um 1212. | 1299 Stadtummauerung* ——.

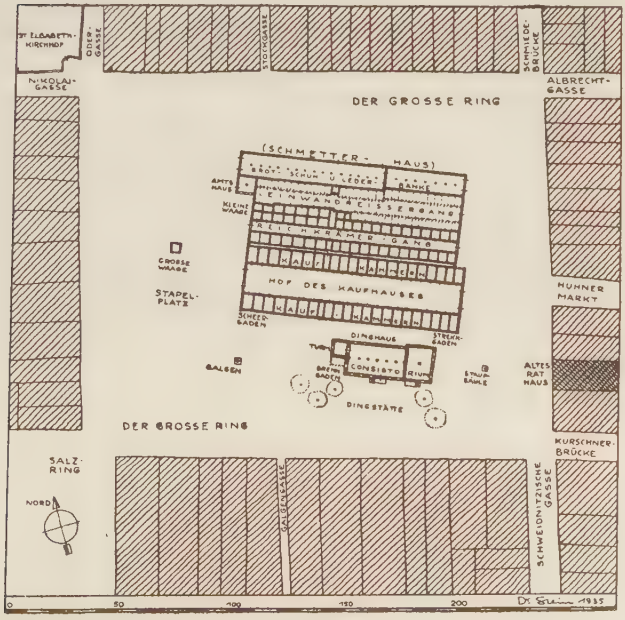
Abb. 19



BRESLAU. **1** Dom St. Johannis um 1000. **2** St.-Elisabeth-Pfarrkirche um 1245. **3** Heiliger-Geist-Pfarrkirche der Neustadt 1214. **4** St.-Maria-Magdalena-Pfarrkirche 1226. **5** St. Martin um 1150. **6** St.-Peter-und-Paul-Stift vor 1175. **7** St.-Vinzenz-Stift 1149. **8** Nikolaitor 1304. **9** Odertor 1304. **10** Ohlauer Tor 1299. **11** Schweidnitzer Tor 1304. **12** Burg auf der Dominsel 1017. **13** Ring. **14** Rathaus 1299. **15** Neumarkt 1263.

10. Jh. auf Dominsel; 1000 Bischofssitz. | 1241 Aussetzung als Stadt zu deutschem Recht. | 1260 erste Ummauerung der Stadt mit sieben Toren ——·——. | 1291 zweite Ummauerung mit zehn Toren ——.

Abb. 20



Der Ring in Breslau nach Stein Abb. 21

III. Der Beginn der kapitalistischen Ausbeutung innerhalb der einfachen Warenproduktion

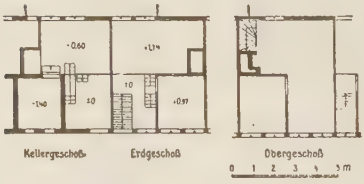
Ein Wohnhof aus dem 17. Jahrhundert in Hamburg am Breiten Gang im ehemaligen „Gängeviertel" (jetzt abgerissen)

Jede Wohnung hat eigenen Zugang: die beiden äußeren Türen führen zu den Erdgeschoßwohnungen. Gleich hinter der mittleren Tür beginnt die Treppe, die ins Obergeschoß (den Saal) führt. Reichliche Lichtzufuhr durch ununterbrochene Fensterreihen der Fachwerkbauten

Stiftungen und „Amts" – Wohnungen

Lageplan 1 : 3000 Abb. 22

Grundrisse, Schnitt und Ansicht 1 : 250 der Häuser



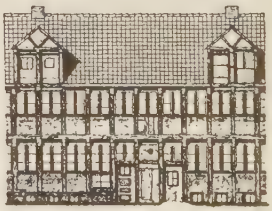
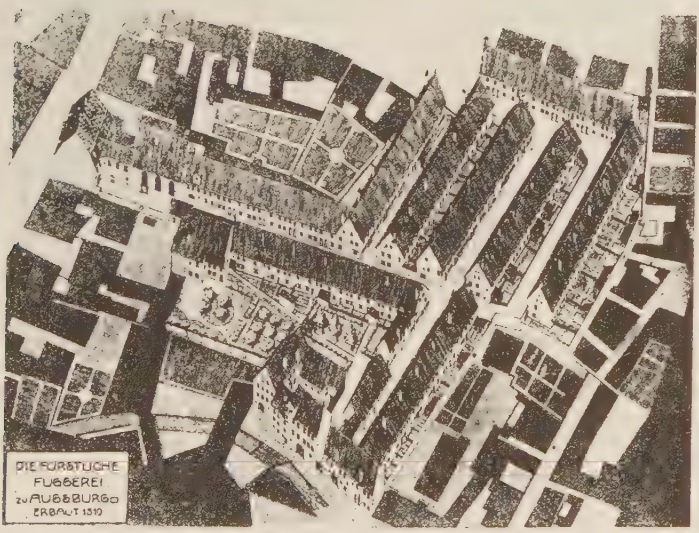


Abb. 23

Blick in die Fug-, gersiedlung in Augsburg Erbaut 1516—23

Abb. 24



Perspektivische Ansicht der Fuggersiedlung in Augsburg

Abb. 25

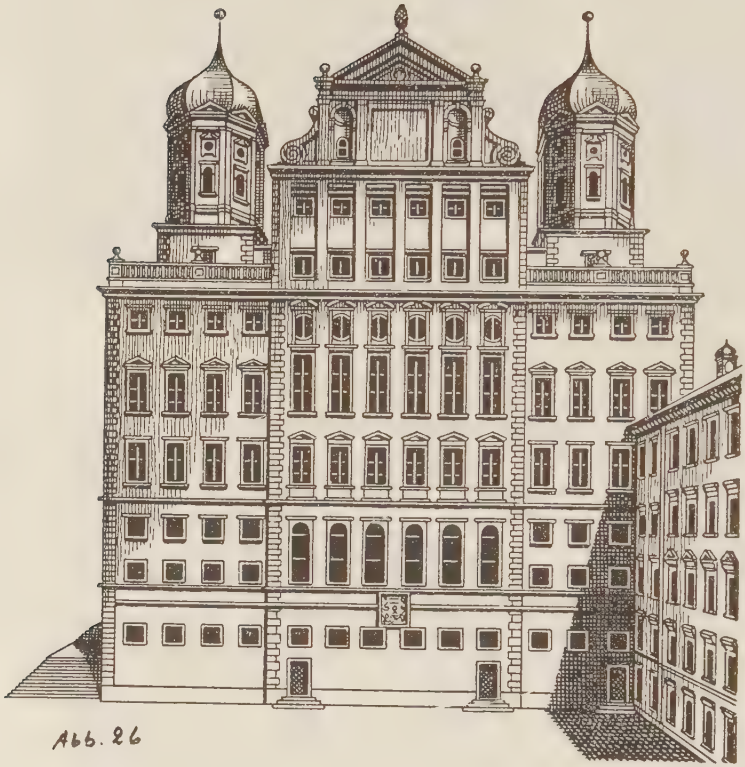


Abb. 26

Das Rathaus zu Augsburg (1615 - 1623)

(nach A.E. Brinkmann)

Abb. 27

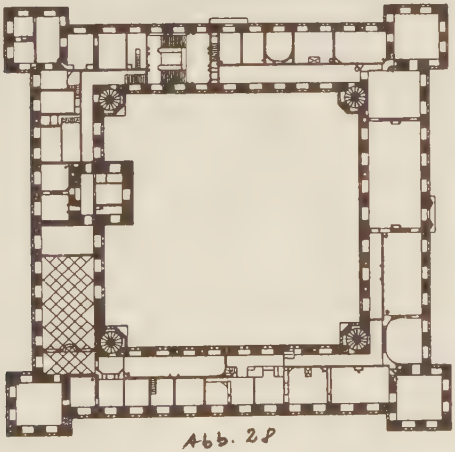
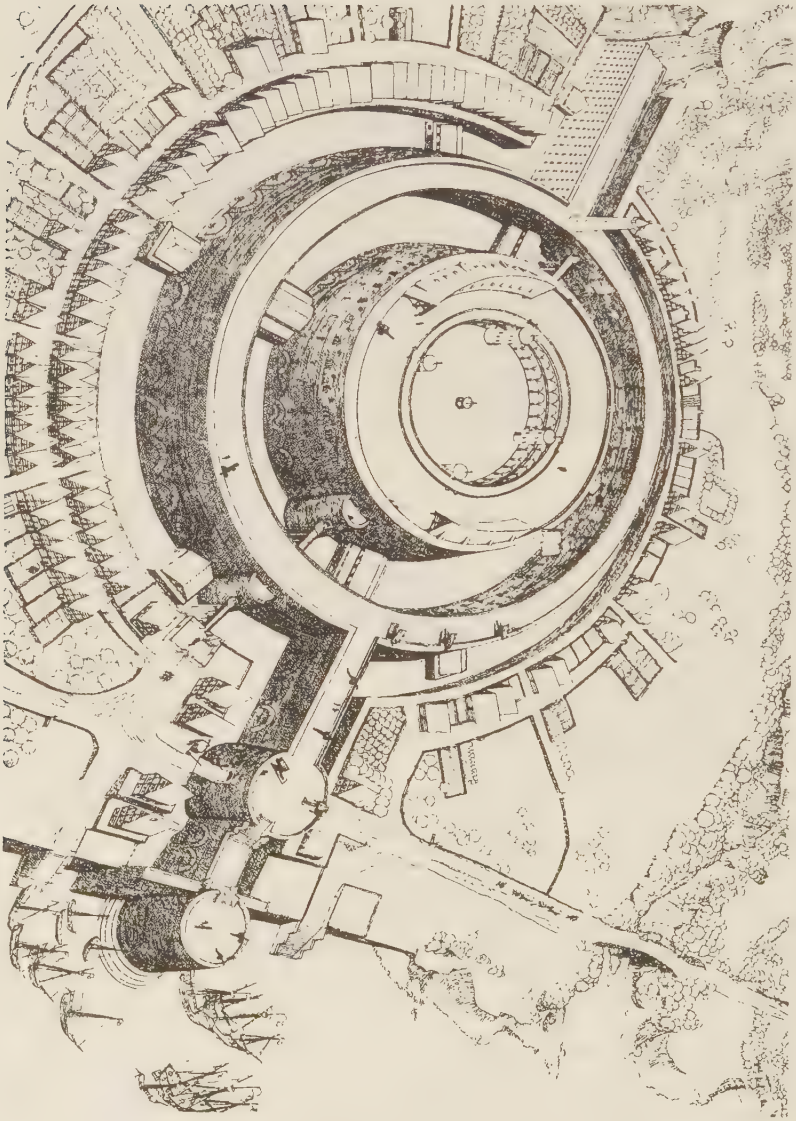


Abb. 28

Ansicht und Grundriß des Schlosses zu Aschaffenburg
Erbaut 1605 - 1614 von G.Riedinger

V. Monumentalität als Ausdruck despotischer Macht ur Selbstbespiegelung



Albrecht Dürer, Die Klause

A66.29

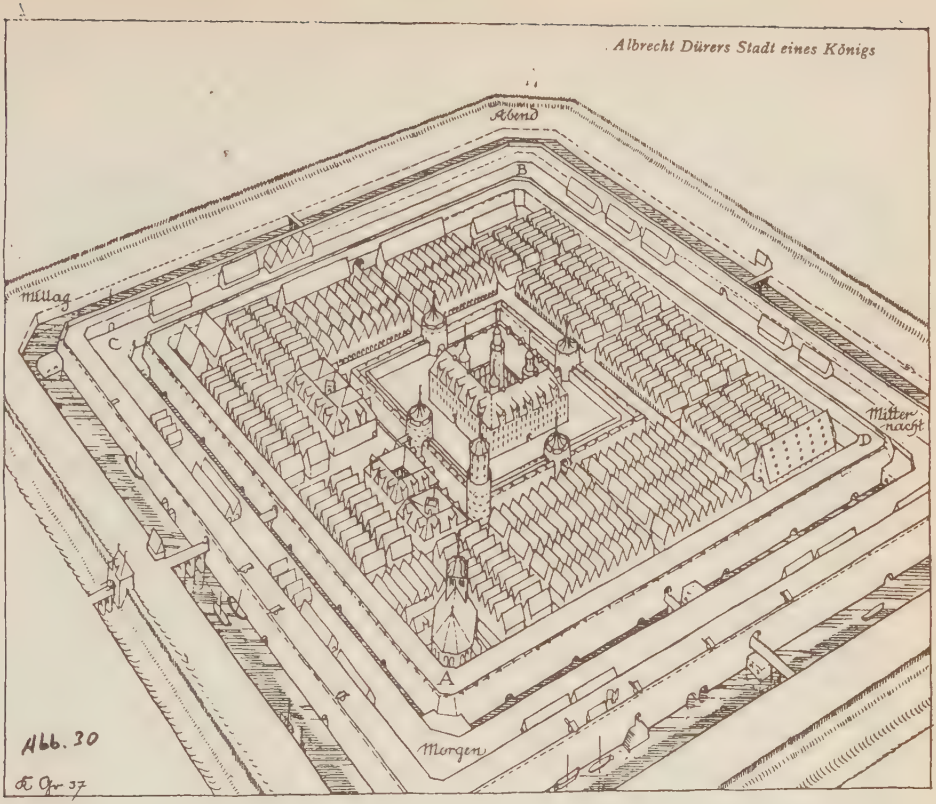
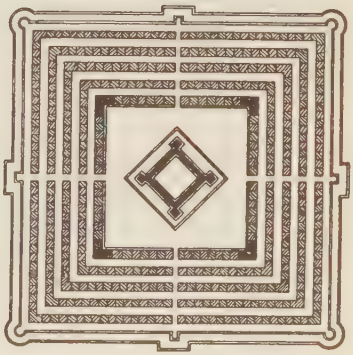


Abb. 31. Zum großen Teil ausgeführter *Plan der Stadt* Freudenstadt im Württembergischen Schwarzwald von Heinrich Schickhardt (zweite Hälfte des 16. Jahrh.). Im Mittelpunkt ist über Eck gestellt das Schloß vorgesehen (vgl. ähnliche, klar geometrische Anordnung des Grundrisses Schloß Aschaffenburg — Abb. 115 —). Dieses umgibt ein weites freies Viereck, dessen Achsen die vier Ausfallstraßen der Stadt bilden und in dessen vier Ecken gewinkelt die wichtigsten städtischen Bauten stehen, wie Kirche, Rathaus usw. Fernerhin umziehen weitere Straßen in immer ausgedehnteren Vierecken den Kern. Zwischen ihnen reihen sich die Häuser. Das Ganze sollte von einer doppelten Stadtmauer umgeben werden.



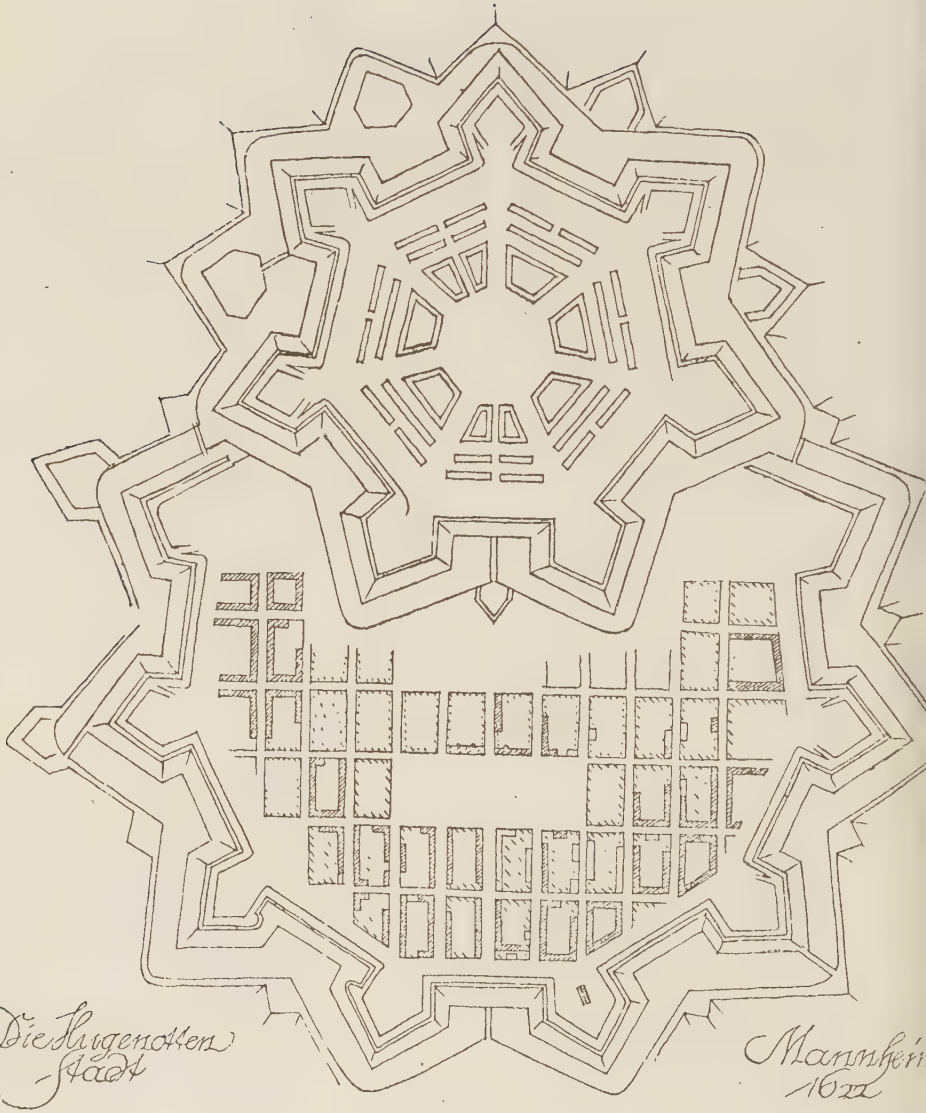


Abb. 32

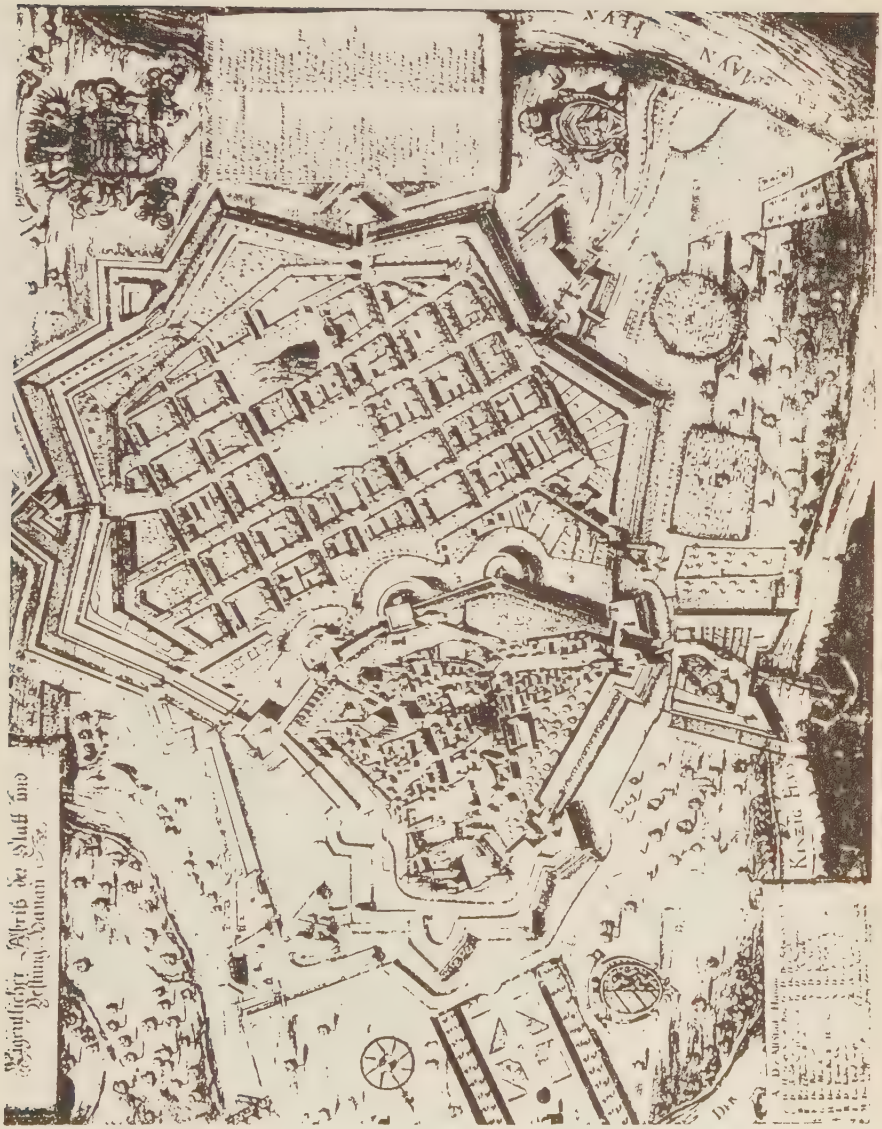
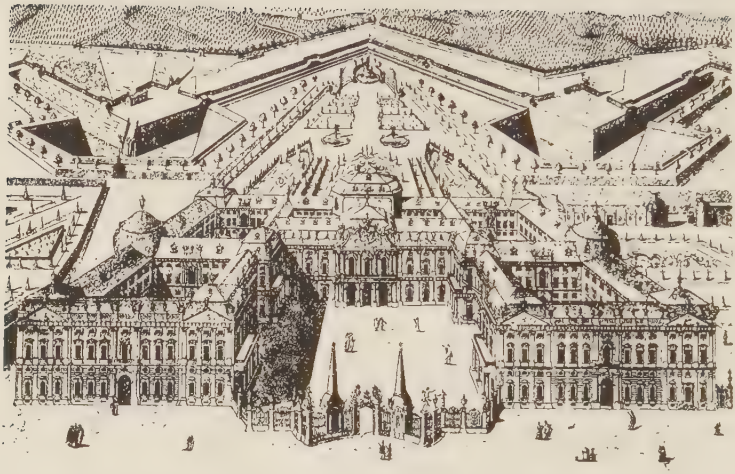
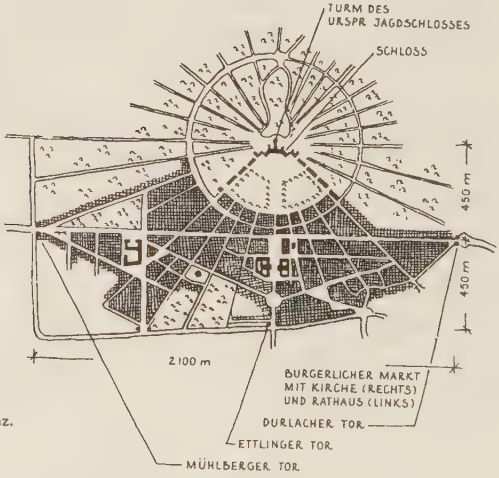


Abb. 33



Würzburg, Residenz 166.34



Neugegründete Residenz.
Karlsruhe/Baden

166.35

VI. 1848 und die Folgen

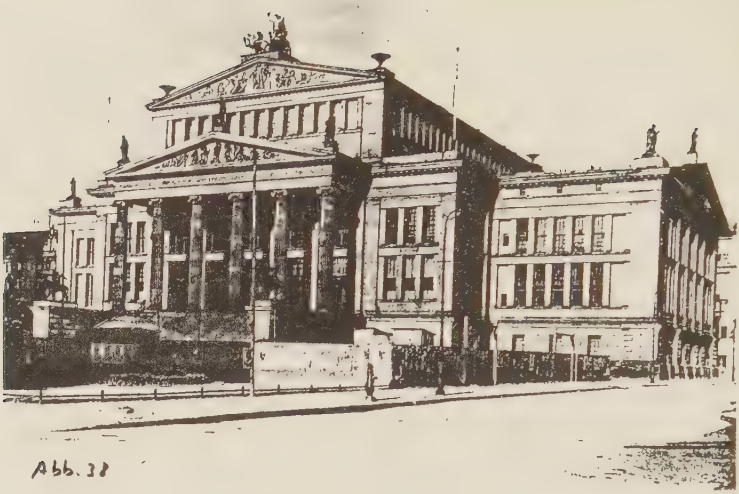
36 *Wien. Das Straßennetz, das zwischen 1859 und 1872 auf den früheren Basteien angelegt wurde.*

Abb. 36

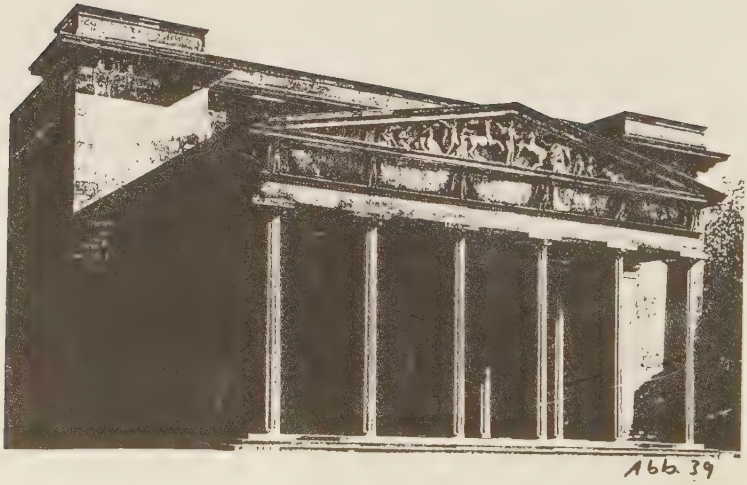
Paris

Abb. 37

Haussmanns 'grands travaux' zwischen 1853 und 1869



Berlin, Schauspielhaus, 1



Berlin, Neue Wache, 1816–1818

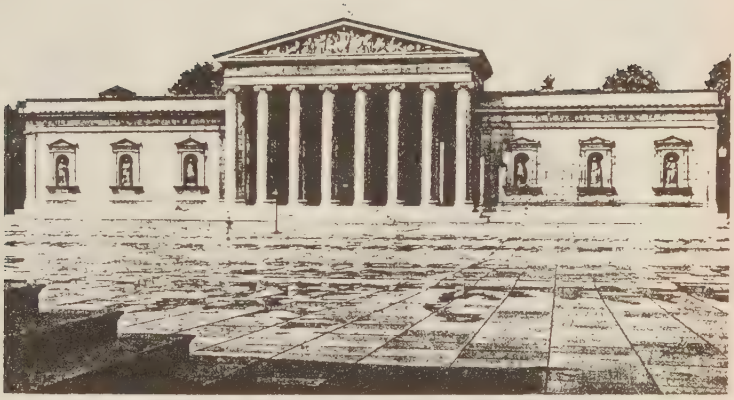


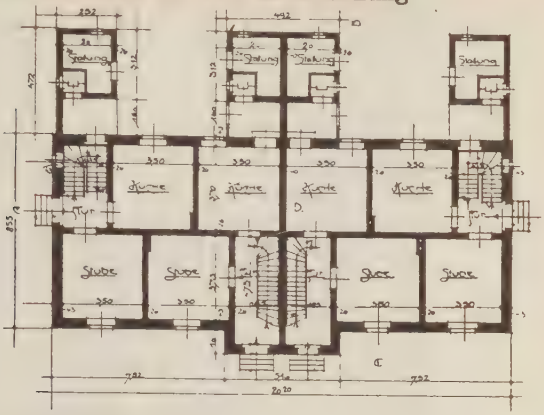
Abb. 40

München, Glyptothek,

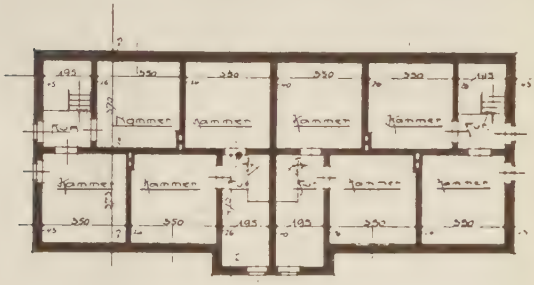
Abb.41

Abb42

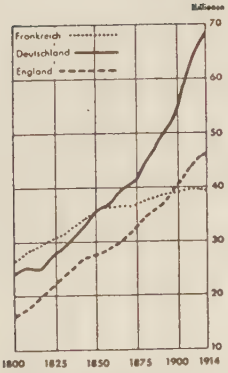
VII. Kapitalistische Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse in der Entwicklung



Architekt Baumeister Vallentin.
Erdgeschoß, Vierfamilienhaus, getrennte Eingänge. Siedelung Rheinpreußen bei Homberg.



A66.43



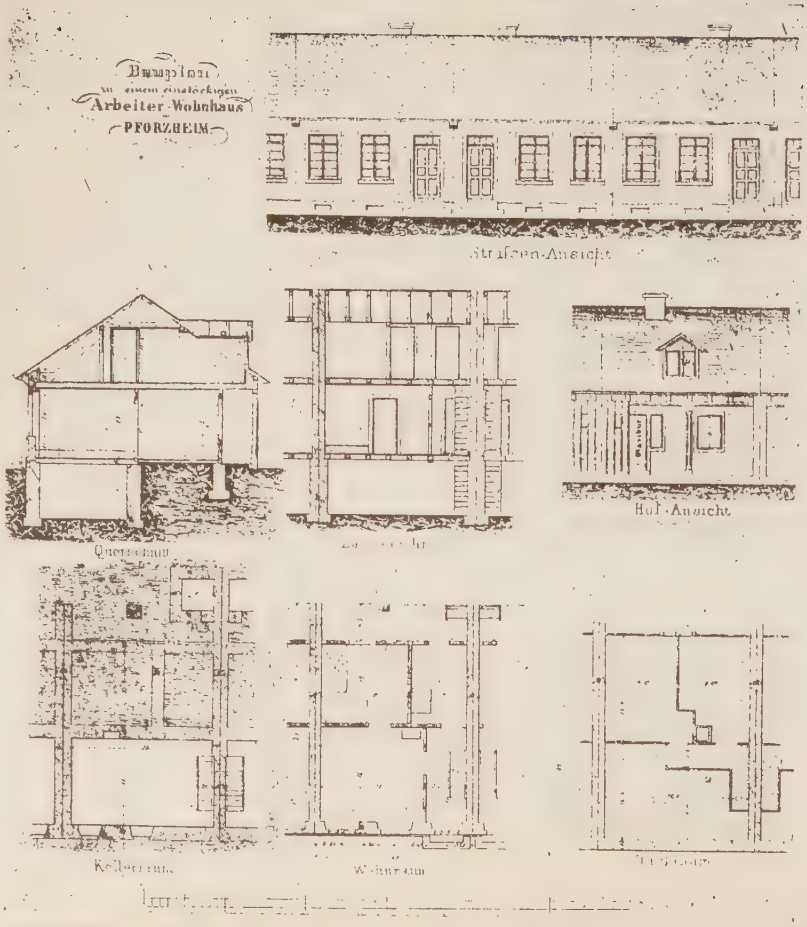
Bevölkerungsbewegung in Frankreich, Deutschland, England

A66.44

A66.45 Die bis 1855 eröffneten Eisenbahnen

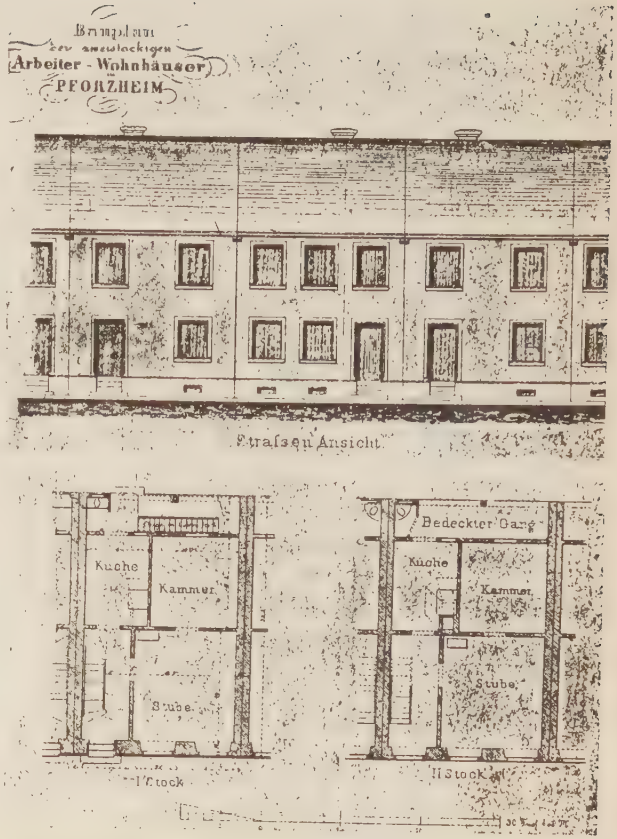
Abb. 46 Ältere Werkswohnungen (ca. 1850), Hörde

Abb. 47 Fabrikschlot in Form eines mittelalterlichen Turmes aus R. Rawlinson, Designs for Factory, Furnace and Other Tall Chimneys, 1862).



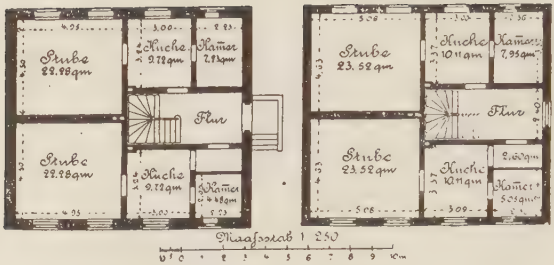
einfamilienreihenhäuser der Baugesellschaft zu Pforzheim (1857). Die Aborte mit darunter befindlicher Grube sind von einem gedeckten Gang aus zu erreichen, der von der Küche aus betreten wird. Maßstab 1 : 200

166.48



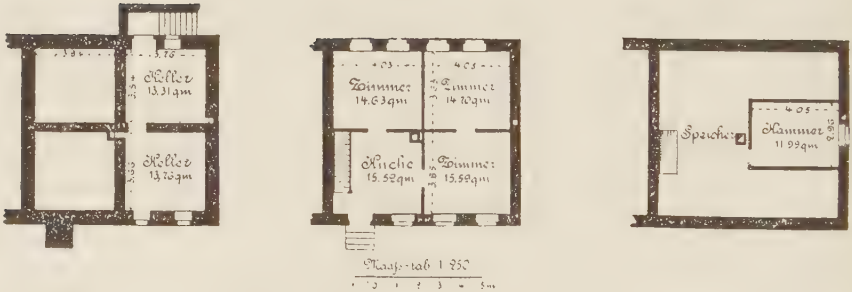
Zweifamilienreihenhäuser der Baugesellschaft zu Pforzheim. Jede Wohnung enthält Stube, Kammer und Küche. Die Wohnungen im Obergeschoß sind auch über eine Treppe im „bedeckten Gang" zu erreichen
Maßstab 1 : 200

166.49



Prämienhaus (Vierfamilienhaus) auf dem fiskalischen Steinkohlenbergwerk „Königin Luise" zu Zabrze in Oberschlesien 1886

Abb. 50



Prämienhaus (Einfamilienhaus) auf dem fiskalischen Steinkohlenbergwerk Dudweiler bei Saarbrücken 1884.

Abb. 51

Abb. 101. Arbeitersiedelung. Zeche Rheinpreußen. Sechsfamilienreihenhaus.

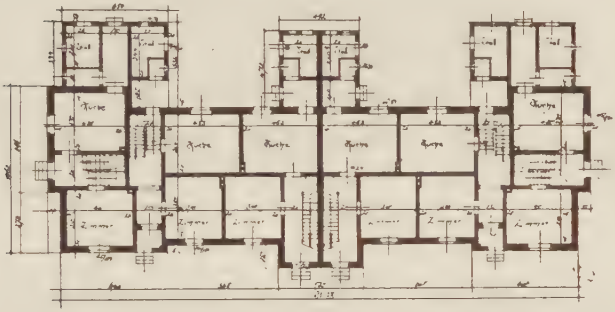


Abb. 102. Grundriß zu Abb. 101. Erdgeschoß.

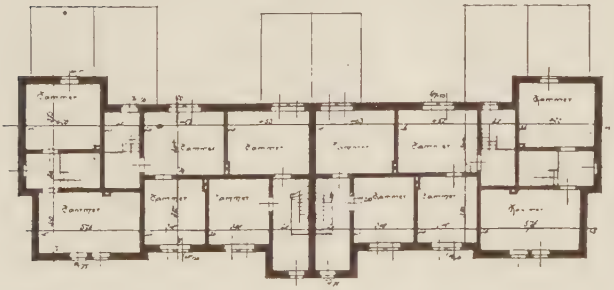
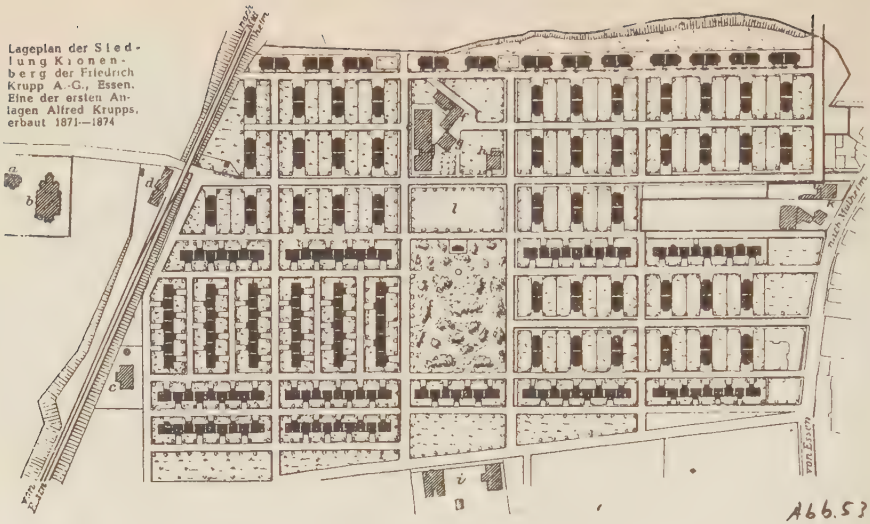


Abb. 52

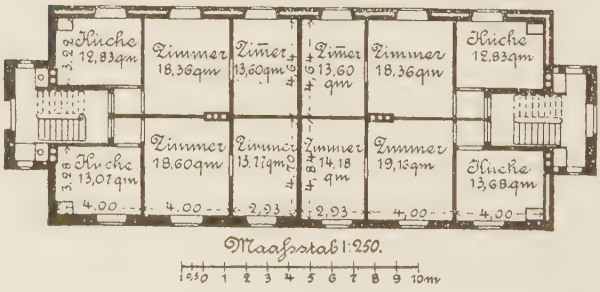


Lageplan der Siedlung Kronenberg der Friedrich Krupp A.-G., Essen. Eine der ersten Anlagen Alfred Krupps, erbaut 1871—1874

Abb. 53

Straße in der Siedlung Kronenberg. Zum Lageplan: Im Mittelpunkt der Siedlung der Marktplatz mit parkartiger Anlage und Spielplatzen. Daran liegt die Gaststätte mit Versammlungssaal (e) die Konsumanstalt (g) und die Post (h). Mehrere Schulen gehören zur Siedlung (c, f, i), ebenso eine Apotheke (k). Seit 1912 steht in der Nähe das Friedrichsbad (Schwimmbad, Wannen- und Brausebader, Heil-, Licht- und Luft-Bad), ferner Kirche und Gemeindehaus (a, b) in der Nähe des Bahnhofs (d), Kleinkinderschule, Jugendhaus, Turnhalle, Vortragshaus und Schwesternwohnungen

Abb. 54



Siedlung Kronenberg: Rund 1500 Wohnungen in dreigeschossigen Häusern. Zur Hauptsache Doppelhäuser mit 12 Wohnungen je Haus, vgl. nebenstehenden Grundriß und Ansicht oben

Abb. 55

Prof. Georg Metzendorf.

Abb. 94. Fünffamilienreihenhaus. Margarete Krupp-Stiftung. Straßenansicht.

Abb. 95. Gartenansicht zu Abb. 94.

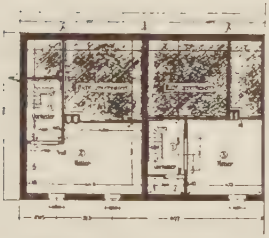


Abb. 96. Grundriß zu Abb. 94. Kellergeschoß.

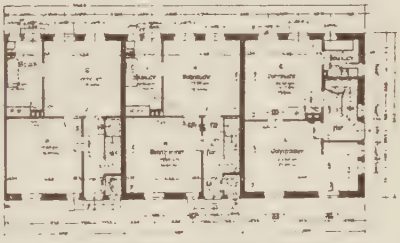


Abb. 97. Grundriß zu Abb. 94. Erdgeschoß.

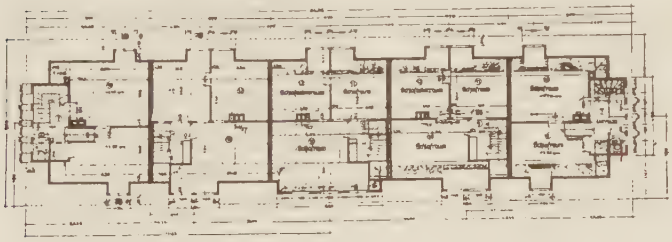


Abb. 56

STATISTISCHES

Deutsches Reich

Bevölkerungsentwicklung: **Zahl der Geburten:**

Jahr	Mill. Einwohner rd.	Jahr	auf 1000 Einwohner rd.
1849	35	1893	37
1859	38	1898	36
1869	40	1903	34
1879	48	1908	33
1889	50	1913	27
1899	58	1918	15
1909	63	1923	22
1919	62	1928	17
1929	63	1933	15
1939	85 (einschl. Ostmark, Sudeten und Memel.)	1938	19

Beschäftigung:

Jahr	Landwirtschaft	Industrie und Handwerk auf 100 der Gesamtbevölkerung	Handel und Verkehr
1882	40	35	9,7
1895	33,6	38,9	11,3
1907	27,1	42,1	13,5
1925	23	41,3	16,9

Von der Bevölkerung wohnten:

Jahr	in Landgemeinden bis 2000 Einwohner v. H.	in Klein- und Mittelstädten von 2—100 000 Einw. v. H.	in Großstädten über 100 000 Einw. v. H
1871	63,9	31,3	4,8
1875	61	33	6
1900	46	36	16
1910	40	38,7	21,3
1925	36	37	27
1933	32,7	37,1	30,2

Jahr	Anzahl der Städte von 20—100 000 Einwohner	Anteil an der Gesamtbevölkerung v. H.	Städte über 100 000 Einwohner	Anteil an der Gesamtbevölkerung v. H.
1871	75	7,68	8	4,8
1910			48	21,3
1919				24,08
1925	214	13,42	45	26,65

Wohnungsbestand im Deutschen Reich (in 1000) Altreich!

1914: ca. 13 500

Anfang	insges.	davon:	Neuwohnungen	Kleinwohnungen (1-3 Wohnr. einschl. Küche)	
1934	16 693				
1935	16 976	1935	3 704 (21,5%)	8 135 (47,3%)	
1936	17 214		3 444 (20,3%)	8 023 (47,3%)	
1938	17 836	1936	4 368 (24,5%)	8 421 (47,2%)	
1939	18 119		4 671 (25,8%)	8 564 (47,3%)	
1941	18 4				
nach Gemeindegrößenklassen:					
(Anfang 1939)	8 181		1 986 (24,3%)	3 719 (45,5%)	bis 10 000 Einw.
	2 577		755 (29,3%)	1 178 (45,7%)	10 000 bis 50 000 "
	973		263 (27,1%)	454 (46,6%)	50 000 bis 100 000 "
	1 116		309 (27,6%)	496 (44,5%)	100 000 bis 200 000 "
	1 546		396 (25,6%)	691 (44,7%)	200 000 bis 500 000 "
	3 725		963 (25,8%)	2 026 (54,4%)	500 000 und mehr
	zus. 18 118		4 672	8 564	

Skt. 1

Tabelle 18.

Einkommen und Miete. Breslau 1880 und 1900.

Stufe	Einkommen	1880 Zahl der Fälle	1880 Durchschnittl. Einkommen	1880 Durchschnittl. Miete	1880 Miete in % d. Einkommens	1900 Zahl der Fälle	1900 Durchschnittl. Einkommen	1900 Durchschnittl. Miete	1900 Miete in % d. Einkommens
	M.		M.	M.			M.	M.	
1	bis 420	15 571	379	110	28,9	6 134	329	105	31,8
2	420— 600	824	537	137	25,6	7 301	567	151	26,6
3	600— 900	6 800	665	130	21,5	10 809	788	177	22,4
4	900— 1 200	3 126	1 039	218	21,0	7 248	1 055	211	20,0
5	1 200— 1 500	2 004	1 326	264	19,9	3 474	1 347	269	20,0
6	1 500— 1 800	1 132	1 633	339	20,8	2 072	1 654	327	19,7
7	1 800— 2 400	1 543	2 099	400	19,1	2 800	2 104	423	20,1
8	2 400— 3 000	1 170	2 701	532	19,7	2 086	2 706	505	18,7
9	3 000— 3 600	724	3 304	655	19,8	1 341	3 352	567	16,9
10	3 600— 4 800	693	4 155	762	18,3	1 647	4 155	653	15,7
11	4 800— 6 000	375	5 350	979	18,3	988	5 346	801	15,0
12	6 000— 9 000	513	7 393	1196	16,2	1 333	7 344	973	13,3
13	9 000—12 000	187	10 488	1434	13,7	644	10 366	1169	11,3
14	12 000—15 000	83	13 446	1677	12,5	337	12 892	1315	10,2
15	15 000—18 000	39	16 550	1723	10,4	212	16 384	1506	9,2
16	18 000—24 000	41	21 105	1978	9,4	232	20 685	1615	7,8
17	24 000—30 000	33	26 631	2269	8,5	149	27 231	1747	6,4
18	30 000—36 000	10	33 443	2310	6,9	82	33 001	1824	5,5
19	36 000—48 000	18	41 015	2552	6,2	110	41 499	2171	5,2
20	48 000—60 000	5	51 980	1850	3,6	46	55 305	2465	4,5
21	60 000— über 100 000	6	89 941	3050	3,4	101	99 208	2586	2,6

Zu den Einkommensstufen bis 3000 M. zählen im Jahre 1900 41 924, zu den höheren Stufen 7242 Steuerpflichtige. Daß die Ziffern der Stufe 1, trotz der von dem Statist. Amt vorgenommenen Ausscheidung, nicht die normalen Lohn- und Aufwandsverhältnisse wiedergeben, bedarf kaum der Hervorhebung. Bei dem überwiegenden Hauptteil der Veranlagungen ergibt sich ein Aufwand von 22—20 % des Einkommens, wobei die unteren Schichten allgemein am stärksten belastet sind. In den Stufen bis zu 3000 M. zeigt sich eine Besserung des Verhältnisses von Einkommen und Miete bei den Einkommensstufen von 1200, 1800 und 3000 M., während die übrigen eine — zum Teil recht fühlbare — Verschlechterung aufweisen. Bei den höheren Einkommensstufen ergeben sich mit einer einzigen Ausnahme durchgängig Verbesserungen, die im einzelnen, gerade bei den obersten Stufen von großer Bedeutung sind. Vgl. ferner die Zusammenstellung über die Entwicklung des Verhältnisses von Einkommen und Miete in Hamburg 1882/1901: prozentualer Aufwand in den untersten Einkommensstufen

Stat. 2

Die Wohnungen nach der Stockwerkslage sowie Vorder- bzw. Vorderhauswohnungen. (In Proz. der Gesamtzahl.)

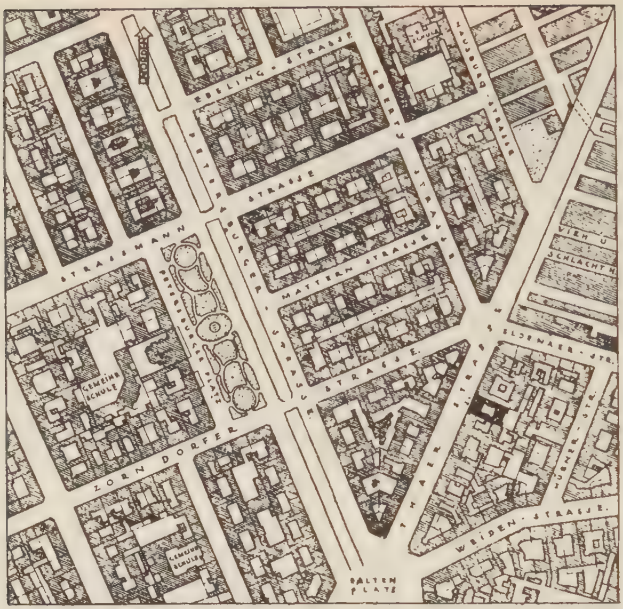
Stadt	Jahr	K.[1]	E.[1]	I.	II.	III.	IV.[2]	M. S.[3]	G. H.	V.[3]	H.[3]
1. Aachen	1910		24,57	27,03	28,49	17,98	1,93	17,78	6,54		
2. Altona	1910	4,25	27,91	27,61	23,07	12,82	4,34	7,26	3,78		
3. Berlin	1910	3,29	14,91	18,43	20,87	22,21	20,29	0,37		51,6	48,4
	1900	5,12	12,77	20,76	20,02	21,10	19,32	0,84		52,3	47,7
	1890	7,70	15,59	18,49	19,85	20,19	17,23	0,61		56,1	43,9
4. Breslau	1910	2,43	16,61	19,57	20,50	21,28	20,06	1,21			
	1905	3,04	15,88	19,96	20,52	20,78	19,82				
	1890	4,63	16,81	21,36	21,24	19,48	14,82	1,63			
5. Charlottenburg	1910	0,78	21,35	19,93	20,06	19,91	17,97	1,07		58,2	41,8
	1905	1,75	19,69	24,89	19,06	18,42	15,06	0,77		53,6	46,4
	1895	2,33	20,73	19,37	19,45	18,74	13,05	1,33	"	55,5	44,5
6. Cöln	1910	0,70	30,24	27,60	26,48	14,75	0,23	11,44	2,82	79,4[4]	20,6
	1902	0,69	15,99	23,46	21,01	13,77	0,61	7,89	6,79	95,5	4,5
	1890	0,09	18,22	24,46	24,71	12,85	2,33	8,72	8,62	94,3	5,7
7. Dresden	1910	2,24	18,30	23,41	22,82	20,14	13,06	3,00	1,00		
8. Düsseldorf	1910	0,11	28,64	30,27	29,65	11,30	0,03	8,98	5,57	88,5	11,5
9. Essen	1910	0,04	32,65	28,33	25,80	12,42	0,76	24,41	5,94	97,9	2,1
	1900	0,11	22,22	25,31	18,32	1,66	0,02	8,46	5,63	96,5	3,5
10. Frankfurt a. M.	1910	0,07	23,65	27,30	24,45	18,93	5,60	4,31	3,15		
	1905	0,07	18,62	26,05	23,18	17,96	4,19	1,15	2,73		
	1895		16,67	27,23	24,19	18,71	7,54		2,55	86,1	13,9
11. Halle	1910	2,64	24,75	29,78	25,94	14,71	2,18	2,86	2,05	84,0	16,0
	1900	2,77	16,63	33,54	23,95	11,79	1,33	3,90	1,03	80,6	19,4
	1890	4,10	17,15	34,84	25,17	11,41	0,89	6,10	0,05	76,2	23,8
12. Hamburg	1910	1,95	23,81	22,96	22,09	16,72	10,47	4,69	3,43	81,2	18,8
13. Hannover	1910	0,18	23,24	26,05	23,55	18,57	8,41		1,65	87,7	12,3
	1905	0,13	19,00	26,38	24,16	18,93	8,19	1,48	1,73	86,4	13,6
	1890	0,06	19,90	26,26	22,46	14,92	5,36	10,47	0,54	83,8	16,2
14. Kiel	1910	2,25	24,42	24,70	22,03	17,07	9,53	4,32	3,10	94,2	5,8
	1900	5,40	16,13	32,79	20,48	12,11	1,96	4,48		87,5	12,5
	1890	8,13	16,03	37,73	19,10	6,32	0,29	4,56	0,39	83,9	16,1
15. Königsberg	1910	1,64	20,69	27,85	27,26	18,26	4,30	0,16			
	1905	2,01	24,06	27,69	24,94	16,43	3,84	0,72	0,27		
	1890	3,56	28,03	29,94	22,36	11,80	1,86	2,45	1,32		
16. Leipzig	1910	0,31	19,17	25,35	24,49	21,08	9,60	1,46	0,45	88,8	11,2
17. Lübeck	1910	0,34	44,01	33,07	17,50	4,95	0,13	11,53	11,96	87,3	12,7
18. Magdeburg	1910	0,44	24,16	30,37	26,16	15,03	3,34	3,27		67,3	32,7
	1905	0,20	22,19	27,99	25,51	16,33	3,89	3,90		65,8	34,2
	1890	1,12	16,64	35,38	24,56	15,83	4,42	2,05			
19. Mannheim	1910		22,68	28,34	24,34	17,73	6,91	2,80			
20. München	1910	0,37	17,24	26,02	25,39	21,60	9,38	2,05		82,5	17,5
21. Nürnberg	1910	0,07	20,89	27,90	24,68	18,43	8,03			90,5	9,5
22. Posen	1910	3,13	24,86	25,33	23,26	17,24	6,18	0,42	0,08	68,8	31,2
	1905	4,91	24,07	26,16	22,27	16,10	6,16	0,32			
	1895	9,64	19,10	27,14	19,71	13,71	5,14	1,76	0,59	83,0	17,0
23. Schöneberg	1910	0,89	20,57	19,69	20,14	20,50	18,21	0,94		59,0	41,0
24. Straßburg	1910	0,48	28,54	28,18	21,27	14,34	6,59	6,48	4,93	88,4	11,6
25. Stuttgart	1910	0,50	20,40	28,18	24,77	17,99	8,16				

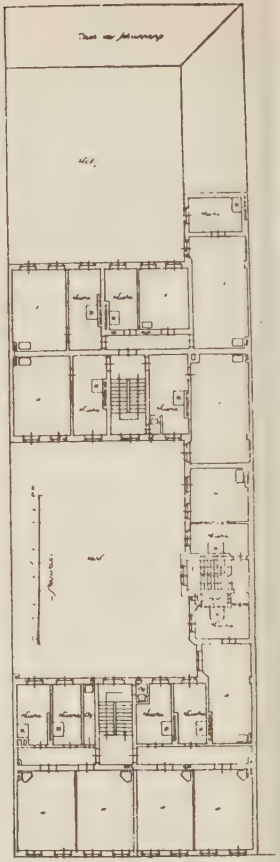
Zusammengestellt nach Zeitschr. d. Kgl. Preuß. Statist. Bureaus, 42. Jahrg., 1902, S. 185 u. Statist. Jahrb. deutscher Städte, XVI, S. 444 u. 455; XXI, S. 860 f.

Dachwohnungen wurden gezählt im Jahre 1895: Frankfurt a. M. 3,11, Hannover 0,02, Essen (1900) 18,27 Altona 0,004, Halle 3,03, Posen 3,12, Kiel 6,66 %. Treppenzahl, d. h. Stockwerkslage, jedoch nicht angegeben.

1) K. = Keller; E. = Erdgeschoß· M. S. = in mehreren Stockwerken; G. H. = Ganzen Haus umfassend. — 2) IV. Stock und höher gelegen. — 3) V. bzw. H. = bei den Städten Nr. 3, 5, 6, 18 und 23 Vorder- bzw. Hinterwohnungen; bei den anderen Nummern Vorderhaus- bzw. Hinterhauswohnungen; wo die Unterscheidung nach Vorderhaus- und Hinterhauswohnungen erfolgt, werden auch diejenigen Wohnungen als „Vorderwohnungen" gerechnet, die nach dem Hof gelegen, aber von der Vorderhaustreppe aus zugänglich sind. — 4) Cöln würde für 1910 96,5 % Vorderhauswohnungen ergeben.

Stat 3



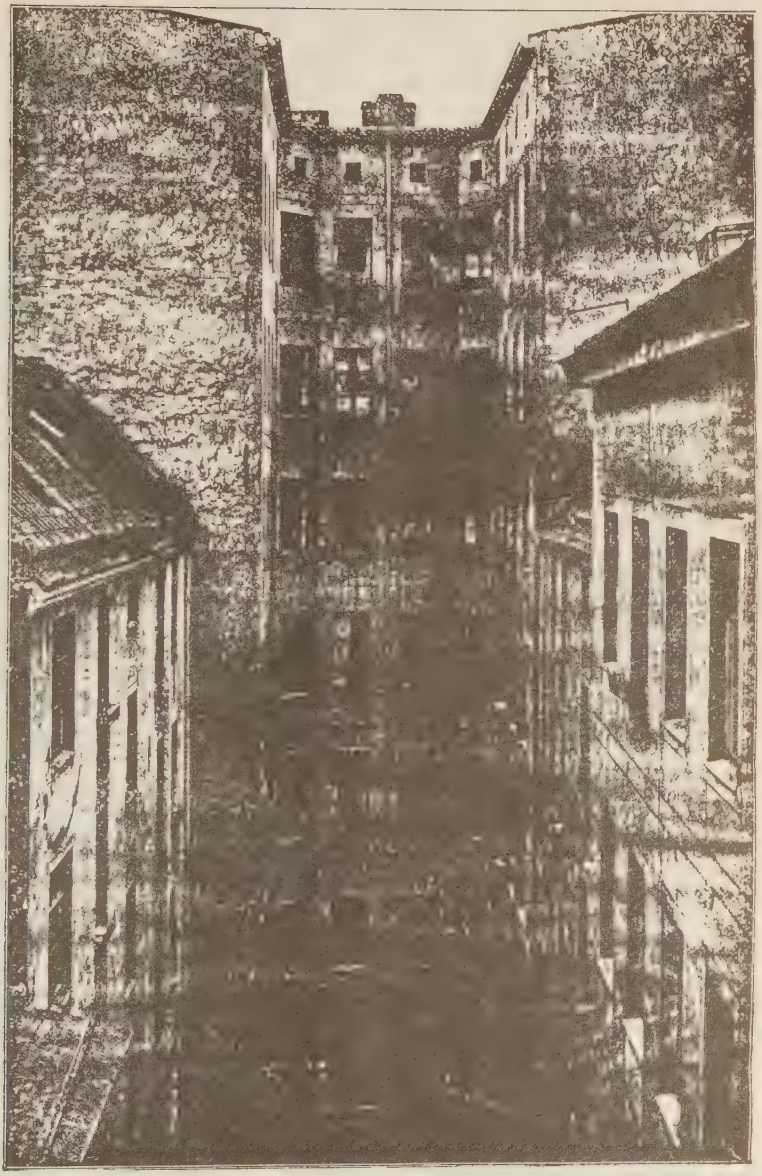


Ein Beispiel des städtebaulichen Ergebnisses des Berliner Bebauungsplans von 1862 und der Bauordnungen von 1853, 1887 und 1897 aus dem Osten Berlins. Maßstab 1 : 3000.
In voller Breite gepflasterte Straßen von mindestens 20 bis 60 Meter Breite! Die ursprünglich durchweg quadratischen Parzellen später z. T. unterteilt, z. T. auch durch Diagonalstraßen unglücklich dreieckig durchschnitten. Unten ein „Sternplatz" ohne jede geschlossene Platzwirkung. Im übrigen bis zur Grenze des Erlaubten und technisch Möglichen überbaute Parzellen mit bis zu drei Innenhöfen hintereinander. Die schlecht zu „verwertenden" Plätze im Innern der großen Blöcke sind durch die Besetzung mit Gemeindeschulen „ausgenutzt". Auf diesem Stadtausschnitt allein drei!
Wie die Bebauung im einzelnen, vorgenommen wurde, zeigt der Grundriß rechts: An der Straße vier Einzimmerwohnungen mit Küche — keine in sich abgeschlossen, die Stuben nach der Straße, die Küchen zum Hof hin gelegen. Im Seitenflügel zwei Einzimmerwohnungen mit Küche ohne Querluftung. Der Querflügel ist so aufgeteilt, daß zwei Einzimmerwohnungen nach der einen Seite, zwei nach der anderen Seite liegen, also ebenfalls keine Querlüftung haben, wenn sie auch in sich abgeschlossen sind. — Die „Berliner Zimmer" in den Winkeln sind über Gebühr lang, um am Licht aus einer Ecke teil zu haben, also in der Tiefe fast dunkel. Im Querflügel für fünf Wohnungen e i n Klosett, das aus einer Küche ausgespart ist. Das Ganze ein Ergebnis der gedankenlos weiter verfolgten Fiktion, daß die größtmögliche Überbauung die rentabelste sei (gesundheitliche und kulturelle Überlegungen standen außer Diskussion) und ursprünglich veranlaßt durch die Bestimmung von 1853, daß ein Hof von mindestens 5,3 m im Quadrat — also 28,51 qm — zum Wenden eines Feuerwehrwagens frei zu lassen sei. Diese Mindestgröße wurde dann praktisch zur Norm. 1887 wurde diese Mindestgröße auf 60 qm erweitert. Es konnten dann auch die Höfe von zwei Nachbargrundstücken nebeneinandergelegt werden, so daß sich ein größerer Luftraum ergab.

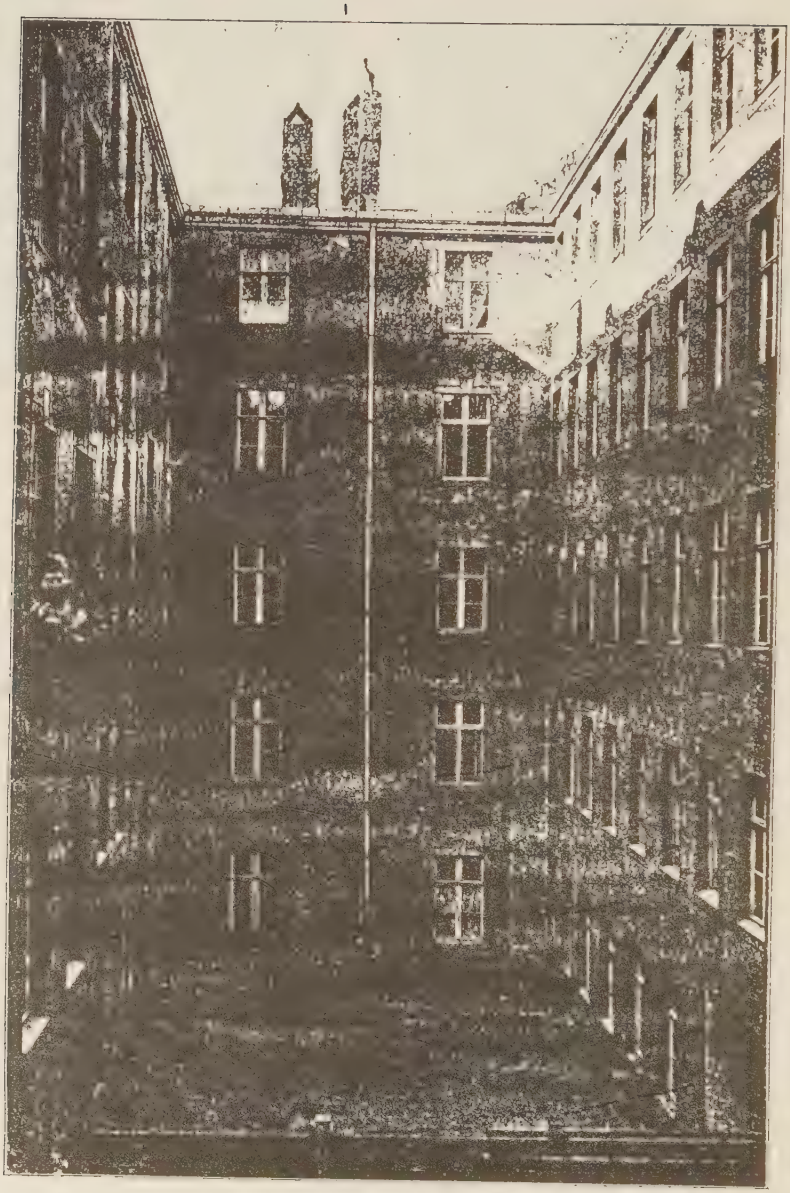
Berlin. Thaerstr. Nr. 21
Grundriß. Maßstab 1 : 400

Abb. 57

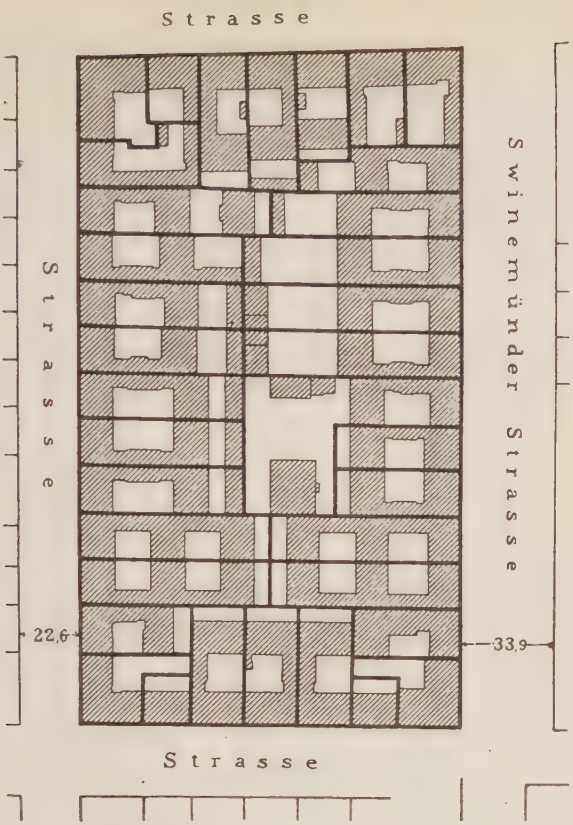
Abb. 58 Aufschließung Tempelhofer Feld, Berlin.



A6659 Ältere Berliner Mietskaserne.



A6660 Neue Berliner Mietskaserne.



A6261 Neuer Berliner Baublock (Arbeiterviertel) in der Planaufnahme von 1902
Maßstab 1 : 2000.

A66.62 Baublöcke der Altstadt Mannheim. Maßstab 1 : 500.

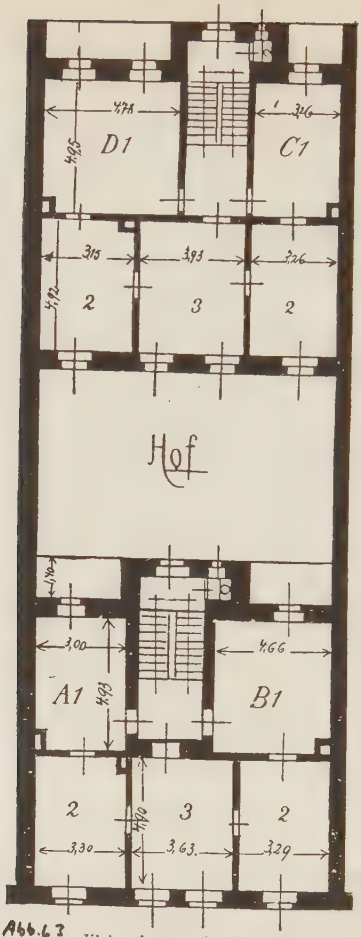
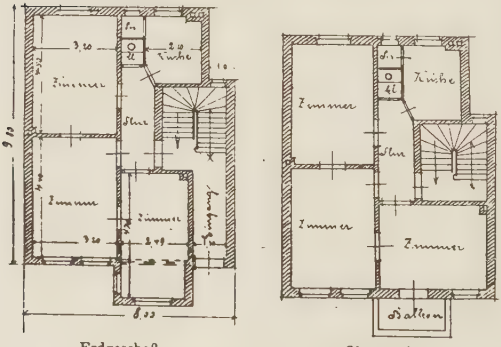


Abb. 63 Kleinwohnungsgebäude mit Hintergebäude (viergeschossig). Aus Eberstadt,



Erdgeschoß Obergeschoß

Abb. 64 Kleinwohnungsgebäude in Lübeck (viergeschossig).

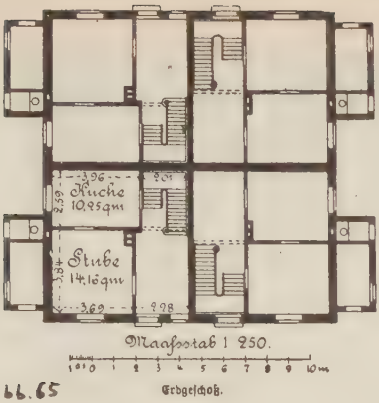


Abb. 65 Erdgeschoß.

Die Gruppenhäuser der 1873 gegründeten Gemeinnutzigen Aktienbaugesellschaft in Duisburg zeigen eine ähnliche Anordnung wie die der Mülhauser Siedlung. Die Häuser sind aber etwas geräumiger, haben einen größeren Eingangsflur und im Dachgeschoß je eine Stube und Kammer. Seitwärts ist außer dem Abort ein Stall oder Schuppen angebaut

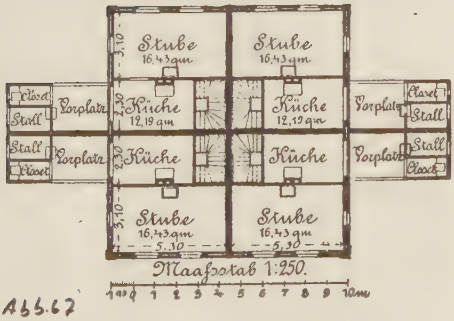


Abb. 67

Auch die Howaldtswerke in Dietrichsdorf bei Kiel errichteten in den 80er Jahren solche Häuser mit getrennten Wohnungen für vier Familien (außer Doppelhäusern) in der Nachbarschaft der eigenen Häuser der Gebrüder Howaldt auf einem hochliegenden Gelände mit Aussicht auf die Kieler Bucht.
Die Grundrisse zeigen zwischen Haupt- und Nebenhaus (mit Stall und Abort) einen überdachten Vorplatz für die häusliche Arbeit im Freien. Dafür fällt ein Flur oder Windfang fort.

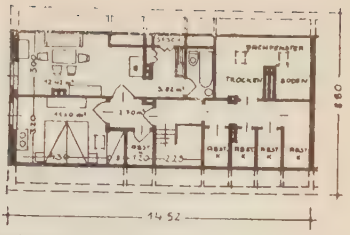
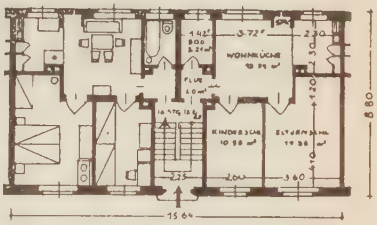


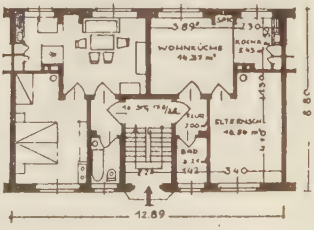
Abb. 66

Dachgeschoßwohnung mit Wohnküche, Spülnische, Schlafraum mit Bettnische, Bad, W. C. und Abstellkammer im Fünffamilienhaus über Wohnungen etwa wie im mittleren Grundriß. Vollkommene Ausnutzung des Dachraums, keinerlei Dachausbauten. Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten in Essen



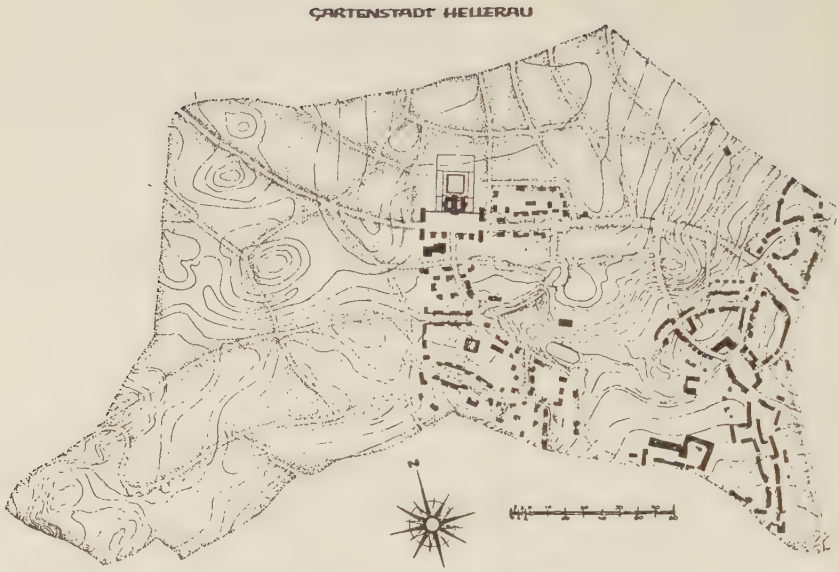
Wohnküche mit Kochnische, Schlafraum mit Bettnische, Bad und W. C., Flur mit Garderobe im Mehrfamilienhaus im Zweistockwerkhaus in Gruppenbauweise. Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten in Essen

Abb. 68

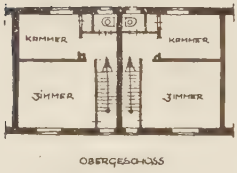


Grundrisse von Bergmannswohnstätten. Maßstab 1 : 250. Wohnküche mit Kochnische, zwei Schlafräume, Bettnische, Bad, W. C., Eingangsflur mit Garderobe im Zweistockwerkhaus in Gruppenbauweise. Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten in Essen

Abb. 69



Lageplan der Gartenstadt Hellerau bei Dresden. Bebauung 1909—1914. Abb. 70



Zwei Einfamilienhäuser mit massivem Anbau. Maßstab 1 : 250.

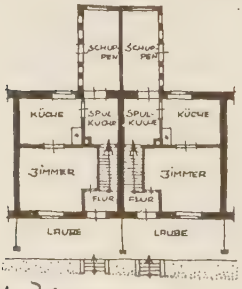
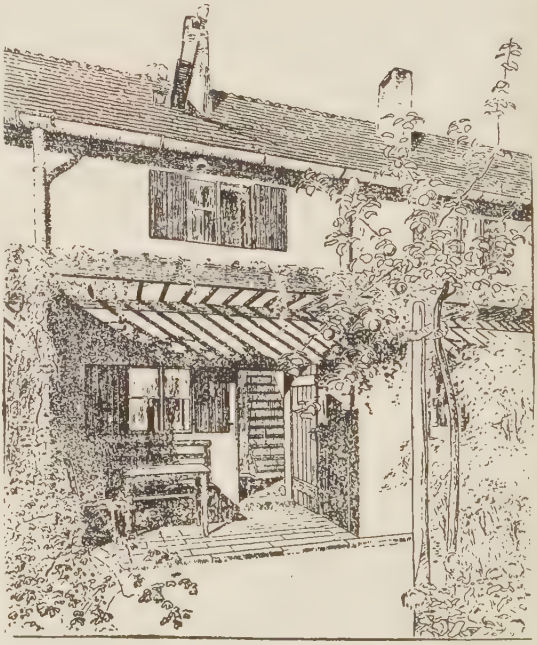


Abb. 71 ERDGESCHOSS



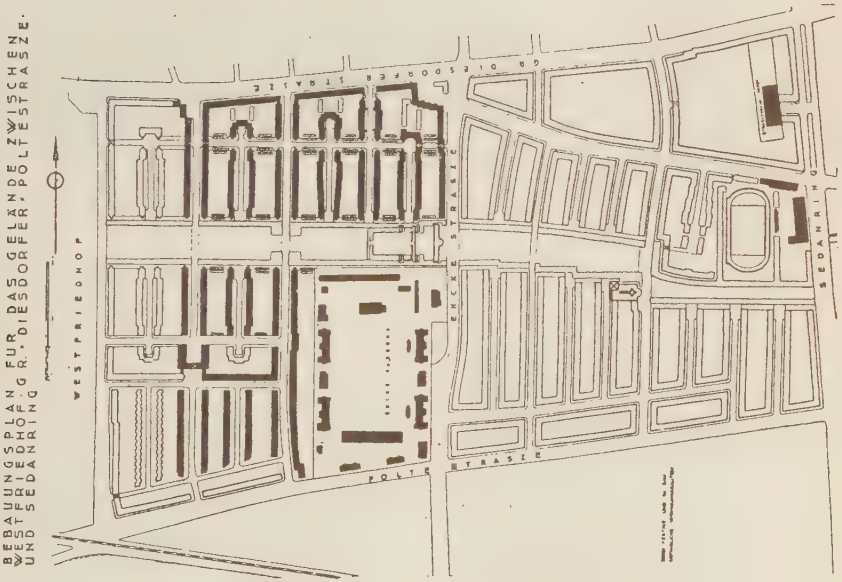
Einfamilienreihenhaus in der Gartenstadt Hellerau. Architekt Prof. H. Tessenow. Jahresmiete 330,— (1914).

Abb. 72

Blick in die Wohnbauten des Magdeburger Vereins für Kleinwohnungswesen an der Harbker Straße. Architekt: Magistratsbaurat Rühl.

166.23

Unten: Lageplan der Gesamtsiedlung 1927.



VIII. Sozialdemokratischer Arbeiterwohnungsbau im Dienste der Kapitals

Abb. 74 *Rabenhof, Zugang von der Baumgasse*

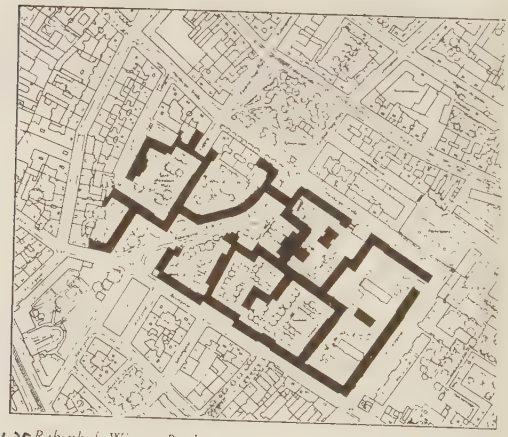


Abb. 75 *Rabenhof, Wien 3, Baubeginn 1925, Lageplan M 1:7000*

Abb. 76 *Winarskyhof, Überbauung der Leystraße*

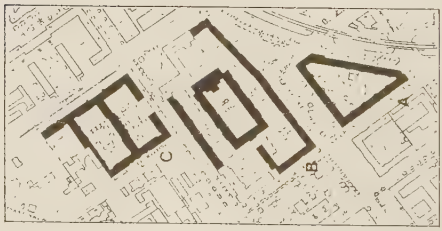


Abb. 77 *Winarskyhof, Wien 20, Baubeginn 1924, Lageplan M. 1:7000*

Abb. 78 *Karl-Marx-Hof, Mitteltrakt, Ansicht von Süd-Osten*

Abb. 79 *Karl-Marx-Hof, Mitteltrakt, Ansicht von Westen*

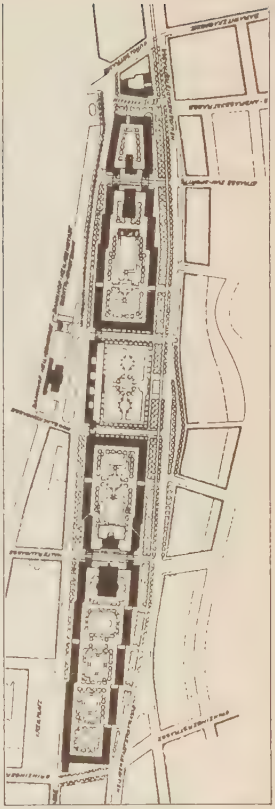


Abb. 80

Abb. 81 *George-Washington-Hof, Überbauung einer internen Erschließungsstraße*

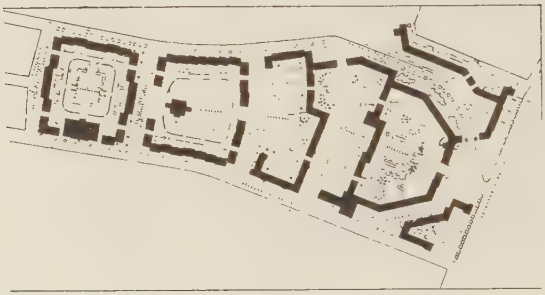


Abb. 82 *George-Washington-Hof, Wien 12, Baubeginn 1927, Lageplan M. 1:7000*

IX. Die Rationalität der Maschine in der Industriearchitektur

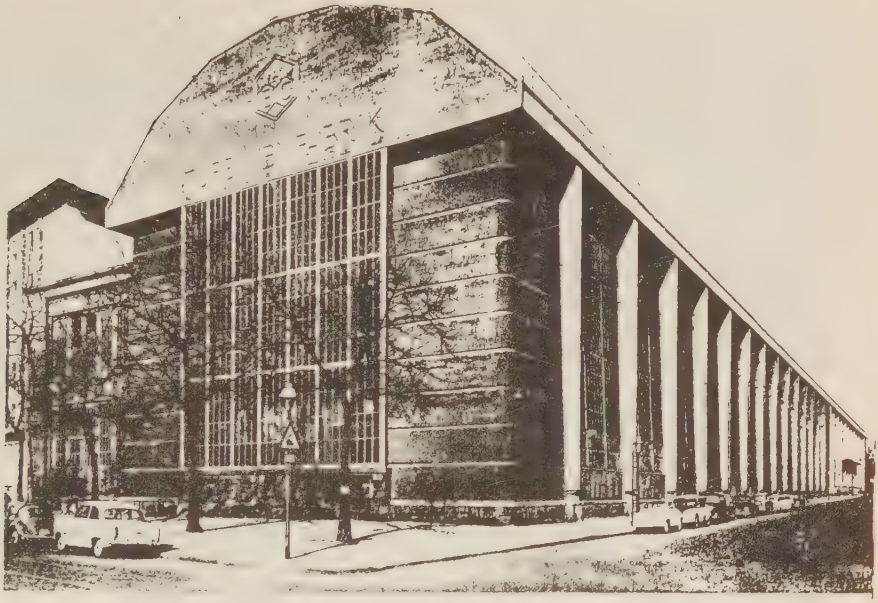


Abb. 83 Berlin, Turbinenfabrik der AEG,

Abb. 84 Alfeld a.d. Leine, Faguswerke,

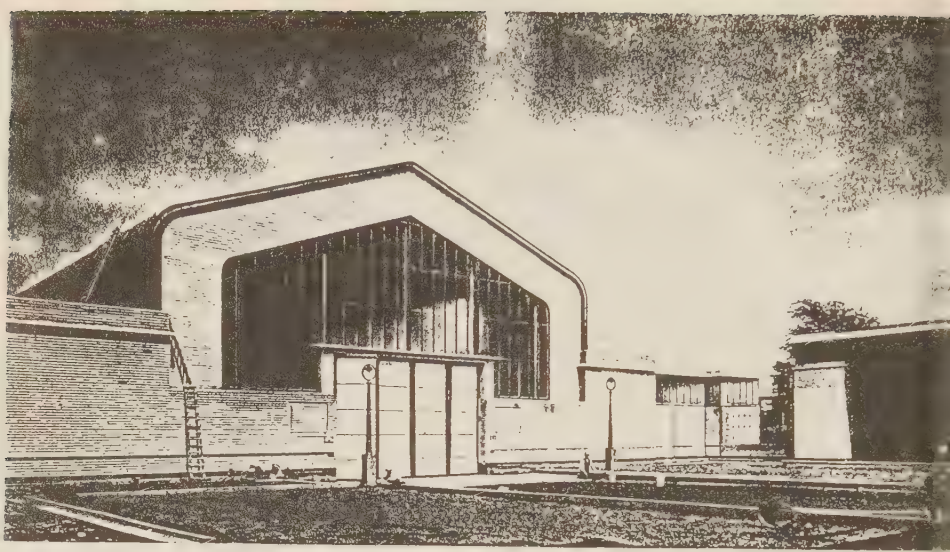
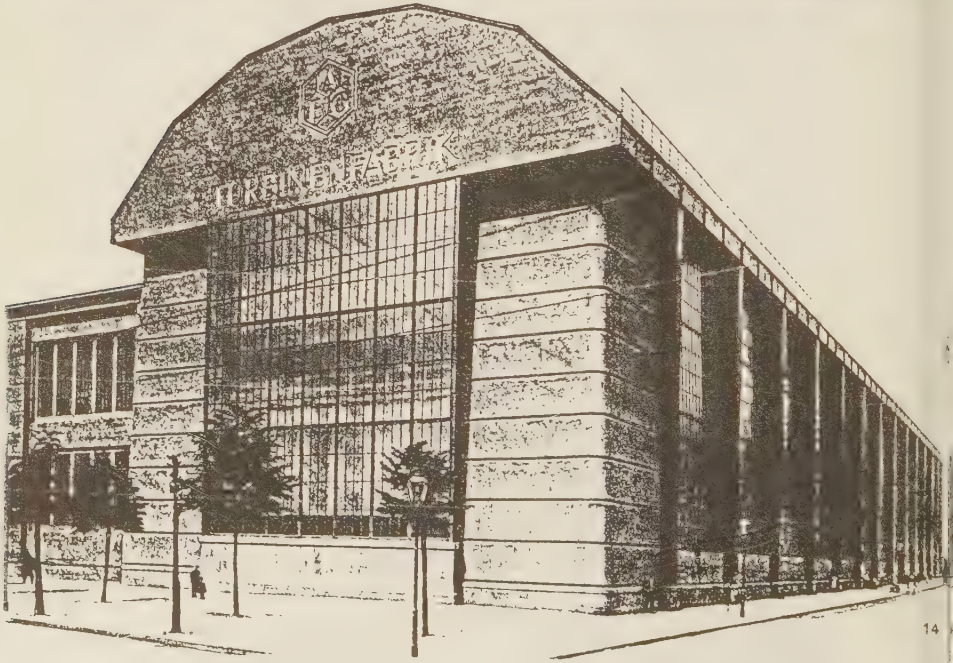


Abb. 85



14

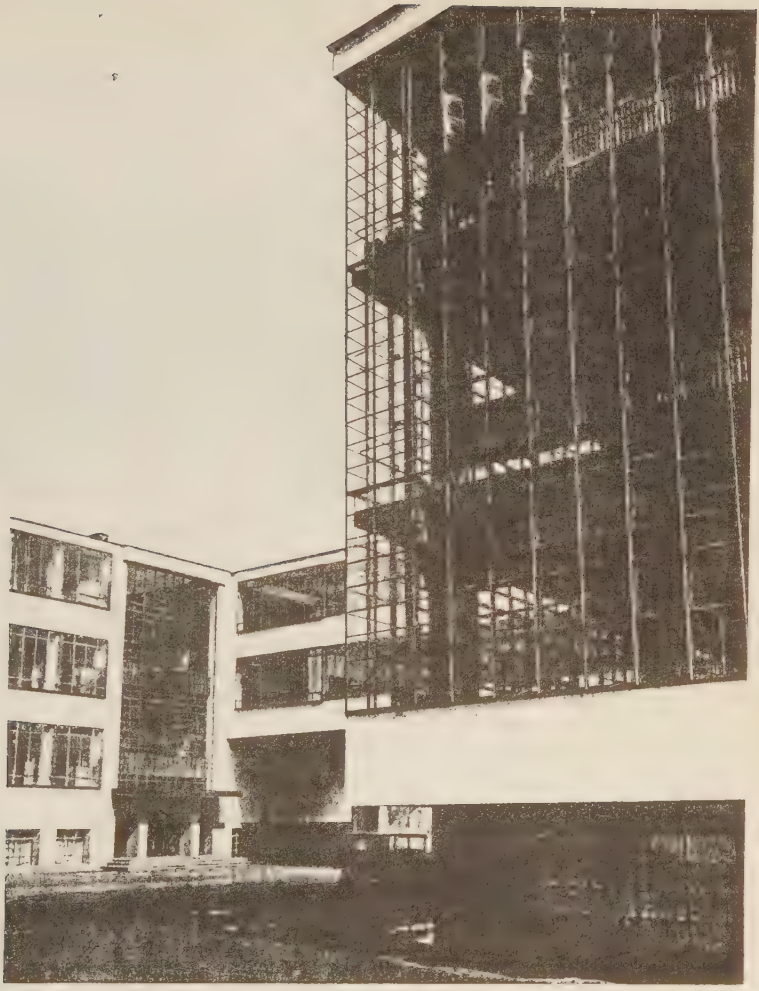


Abb. 86 WALTER GROPIUS. Bauhaus Dessau, 1926. *Ecke des Werkstattflügels. In diesem Fall sind Inneres und Äußeres eines Gebäudes gleichzeitig dargestellt. Die ausgedehnten transparenten Flächen fördern durch Entmaterialisierung der Ecken die schwebenden Beziehungen der Ebenen untereinander und eine Art der »Überblendung«, wie die zeitgenössische Malerei sie verwendet.*

Abb. 87. WALTER GROPIUS. Hofseite der »Fabrik«, Werkbundausstellung, Köln, 1914. *Büros mit Glaswänden; auf dem Dach eine gedeckte Terrasse.*

Abb. 88

NS-BUND DEUTSCHER TECHNIK
REICHSFACHGRUPPE BAUWESEN

Technisch-wissenschaftl. Fachverband · NSBDT-Mitglieder führend
FACHGRUPPE BAUWESEN E. V.

ZENTRALSTELLEN
Bautechn. Auskunftstelle
Bauernhofbüro
Der Deutsche Baumeister *(Verlag Deutsche Technik)*
Mittelst. Dtsch. Bauernh. *(Amt Rosenberg)*
Inst. f. Landes- u. Stadtpl. *(vorm. Staatssekr. Professor Feder)*
Reichsaussch. f. baulichen Luftschutz *(RLM)*

ARBEITS-GEMEINSCHAFTEN
Architektenschulung
Baulicher Luftschutz
Behelfsmäßig. Kriegsbau
Kolonialbau
Leistungssteigerung
Nachwuchsfragen
Osteinsatz
Preisgestaltung
Technik und Verwaltung
Bauforschung
Baugestaltung *(Arbeitskr.)*
Baustatik u. Baupolizei
Fachausschüsse
Schrifttum

ARBEITSKREISE
Betonbau Deutscher Betonverein
Stahlbau Dtsch. Stahlbauverband
Städtebau u. Landesplan. Akademie f. Städteb. u. Landesplanung
Straßenbau Forschungs.-Ges. f. das Straßenwesen
Wasserbau u. Wasserwirt. Reichsverband d. dtsch. Wasserwirtschaft
Vermessungswesen Deutscher Verein für Vermessungswesen
Schiffahrtstechn. *(Arbeitsring)* Hafenbaut. Ges.[1])
Tiefbohrtechn. Verein
Dtsch. Kartograph. Ges.
Arbeitsring Zement
Reichsverein deutscher Feuerwehringenieure

[1]) Zus. mit Schiffsbautechn. Gesellschaft und Ges. der Freunde und Förderer der Schiffbau-Versuchsanstalt.

Aufbau der Fachgruppe Bauwesen e.V.

Tab. 1

Vorläufige Kongreßhalle auf dem Reichsparteitaggelände in Nürnberg (Umbau). Architekt Albert Speer, 1935

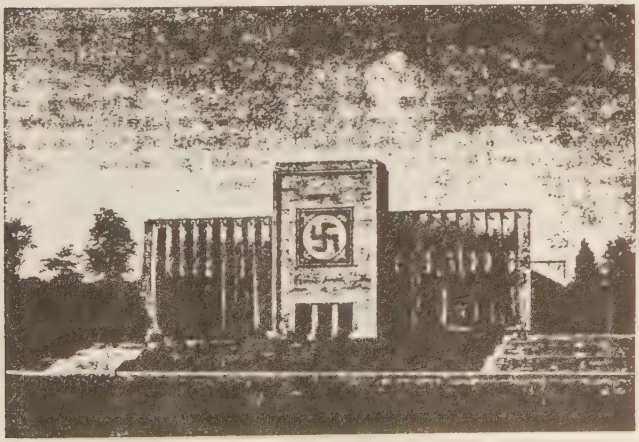


Abb. 89

Abb. 90 Tribünenbau auf dem Zeppelinfeld des Reichsparteitaggeländes in Nurnberg. Eingangsseite. Architekt Albert Speer, 1937

Abb. 91 Entwurf für das »Märzfeld« auf dem Reichsparteigelände in Nürnberg. Architekt Albert Speer, 1936

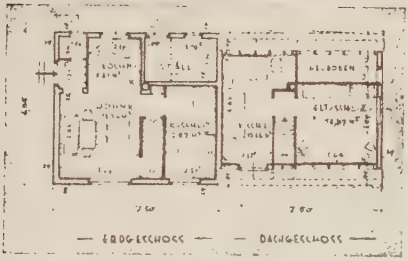
Abb. 92 »Haus der deutschen Kunst« in München. Architekten Paul Ludwig Troost, Leonhard Gall und Gerdy Troost, 1936/37

XI. Kontinuität und Bruch im städtischen Wohnungsbau

Siedlung in Castrop-Dingen. Doppelhäuser mit eingebautem Stall. Vierraumwohnung. Wohnküche mit Kochnische.

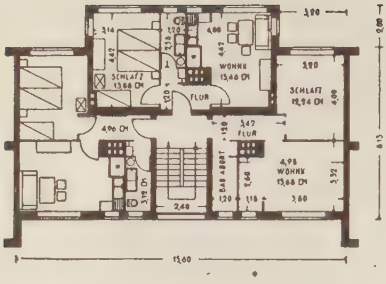
Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten, Essen.

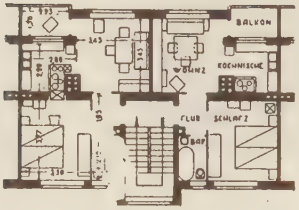
ca. 1930



Grundriß. Maßstab 1 : 250.

A66. 93

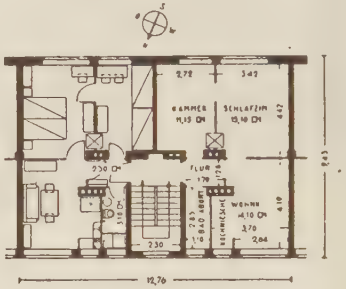




Drei Grundrisse als Ergebnis des Kleinstwohnungs-Programms (Zusätzliches Reichswohnungsprogramm) von 1930. Forschungs-Siedlung Haselhorst der Gem. Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Groß-Berlin (Gewobag). Vom Reich zur praktischen Erprobung der Untersuchungen der Reichs-Forschungs-Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen E. V. ins Leben gerufen. Links: Dreispänner: je Wohnung ein Zimmer, Wohnküche mit Kochnische, Kleinbad, ohne Balkon. Rd. 36 qm Wohnfläche (1931)

Unten links: Ein Zimmer, Wohnküche mit fast selbständiger Kochnische, Bad und Laube. Rd. 37 qm Wohnfläche. Die abgegliederte Kochnische ermöglicht eine Trennung von Wohnen und Kochen (1932).

Unten rechts: Ein und ein halbes Zimmer, Wohnküche mit Kochnische, Kleinbad, ohne Balkon. Rd. 46 qm Wohnfläche (1931). Maßstab 1 : 250.



Lageplan der Forschungs-Siedlung Haselhorst bei Berlin-Spandau. Es wurden hier die verschiedensten Bauweisen und Wohnungstypen zur Ausführung gebracht.

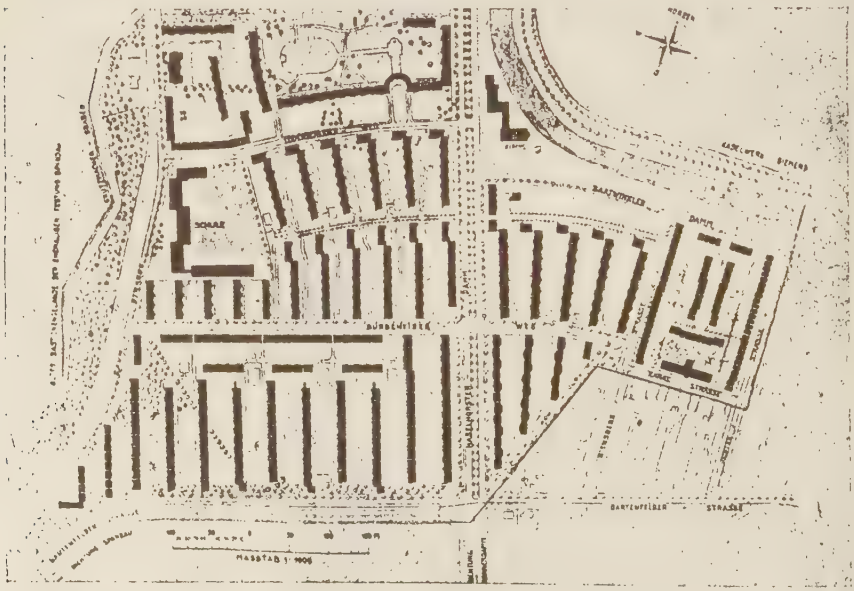
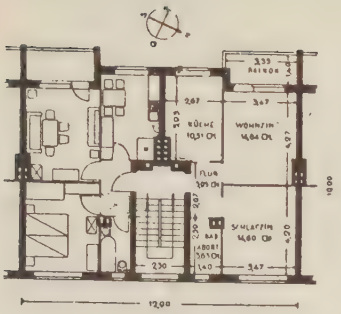
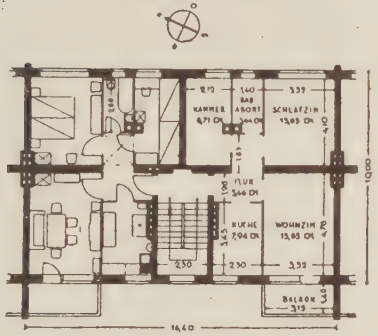


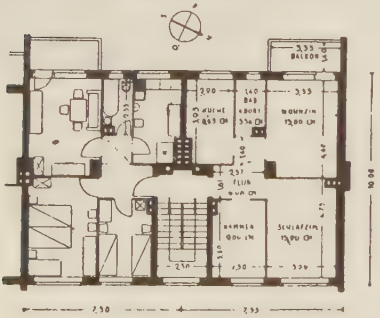
Abb. 94



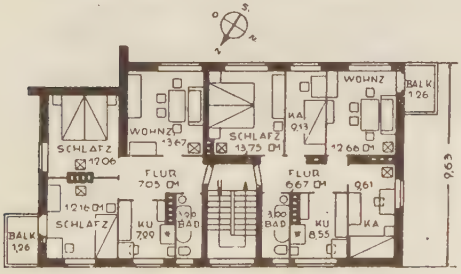
Grundrisse aus Haselhorst. Maßstab 1 : 250.
2 Zimmer, Küche, Bad, Balkon. Rd. 49 qm Wohnfläche. (1930).



2½ Zimmer, Küche, Bad, Balkon. Rd. 57 qm Wohnfläche. W e s t eingang (1930).



2½ Zimmer, Küche, Bad, Balkon. Rd. 59 qm Wohnfläche. O s t eingang (1930).



S o n d e r t y p f ü r K i n d e r r e i c h e. 2½ Zimmer, Küche, Bad, Balkon. Rd. 66 qm Wohnfläche. Wohnung links: 3 Zimmer, Küche, Bad, Balkon. Rd. 58 qm Wohnfläche (1933).

A66.95

Abb. 96 Siedlung Mascherode. Architekt Julius Schulte-Frohlinde, nach 1936

Abb. 97 Siedlung Leegebruch bei Oranienburg. Links angeschnitten das Gemeinschaftshaus der Heinkel-Werke. Architekt Herbert Rimpel, nach 1936

Sammelgarage in einem neuen Wohngebiet
(Hochkreuzallee Friesdorf,
Architekt Steinecke, Bonn)

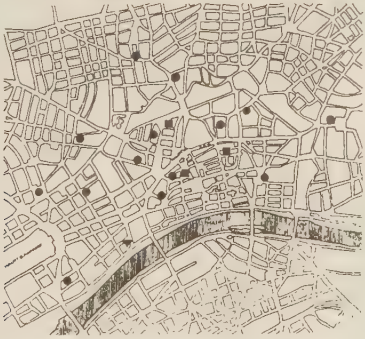


Abb. 98

Die geplanten Parkhochhäuser in der
Innenstadt von Frankfurt a. M.

Dominante im Stadtbild

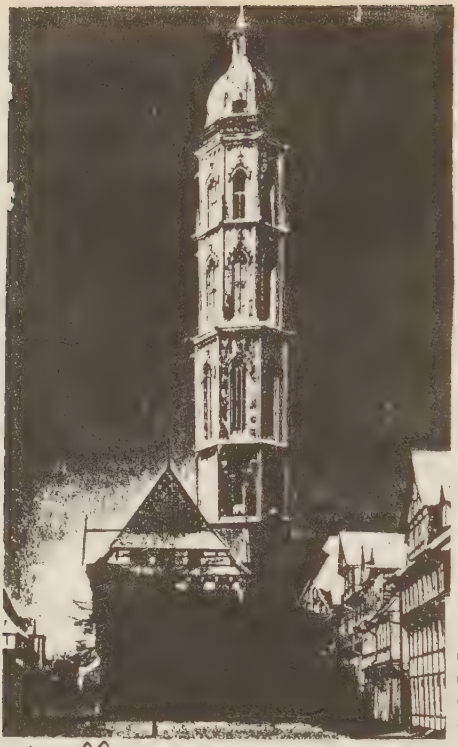


Abb. 99

Dominanten im Stadtbild gehören zu einer künstlerisch-städtebaulichen Aussage, nur müssen diese nicht nur äußerlich, sondern auch ihrer Zweckbestimmung nach dominierend sein. Ein Hochhaus mit Junggesellenwohnungen ist noch keine Dominante eines Stadtteils.

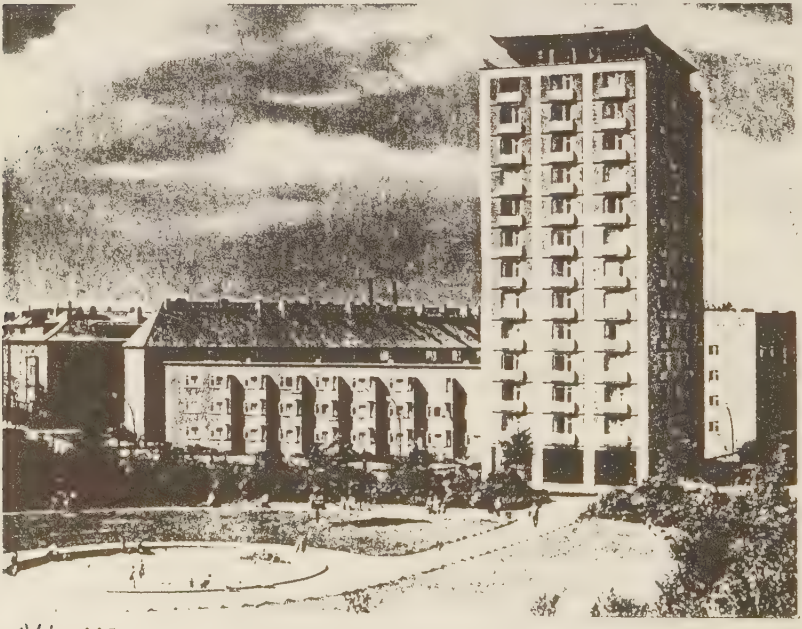


Abb 100

Neue Stadt Hochdahl

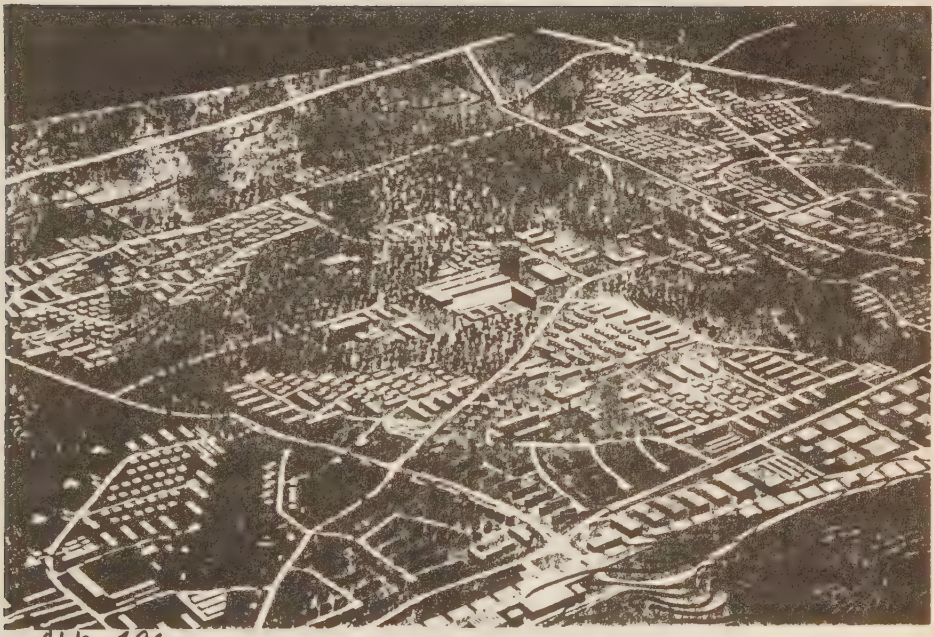


Abb. 101

In der weiteren Umgebung von Düsseldorf soll als Trabanten-Wohnstadt das neue Hochdahl gegründet werden. Die Wohnungen und Wohngruppen sind um den Mittelpunkt des städtischen Gemeinschaftslebens, das Stadtzentrum, gruppiert.

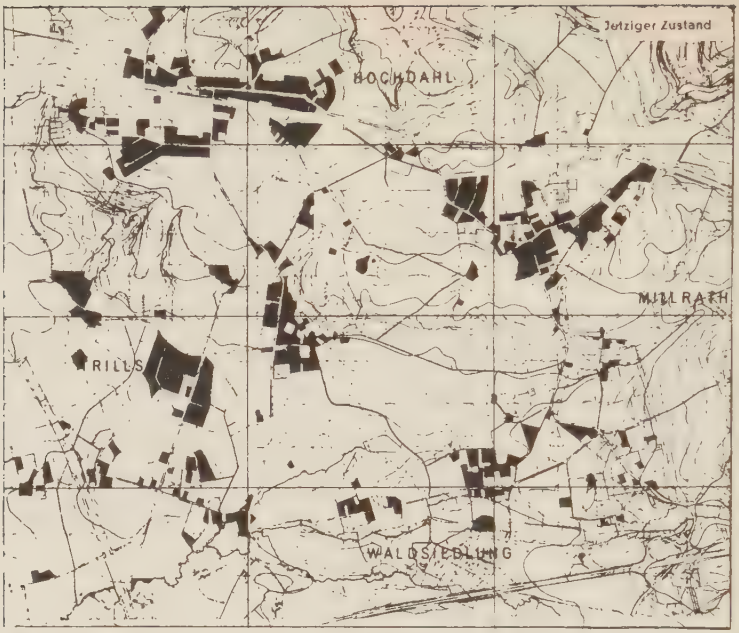
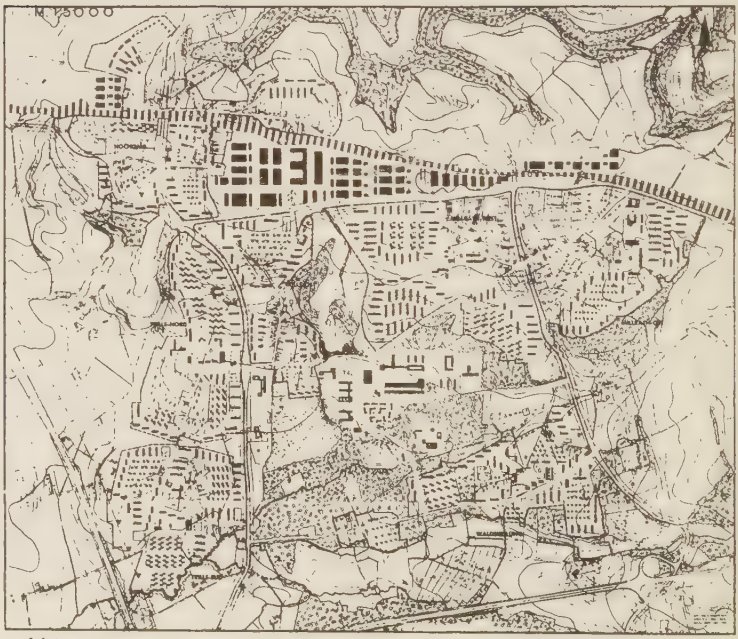


Abb. 102

IM ZENTRUM:

LADENGRUPPE
GEMEINSCHAFTSSAAL
KINDERGARTEN
MIETSHAUS (5 GESCHOSSE)
AUFENTHALTSRÄUME FÜR ALTE LEUTE
KLEINSPORTPLATZ
GRÜNHOF MIT KLEINKINDERSPIELPLATZ
BOLZPLATZ



BEBAUTE FLÄCHEN

Insgesamt	78,88 ha
Innerhalb des Plangebiets	76,32 ha
Innerhalb der geplanten Wohngebiete	63,14 ha

Neue Planung

Abb. 103

Modell

Die Wohneinheiten und Wohngruppen sind um den Mittelpunkt des städtischen Gemeinschaftslebens, das Stadtzentrum, gruppiert.
(Arch. A. Machtemes und Arch. R. Peschke, W. Lötsch und Dipl.-Ing. A. Bürger)

ABBILDUNGSVERZEICHNIS *

I. Die gewachsene Stadt als Ergebnis der einfachen Warenproduktion

Abb. 1 - 11 aus H. Planitz: Die deutsche Stadt i. M.A.

II. Fürstliches Machtstreben und patrizisches Profitstreben

Abb.12 - 21 ebenda.

III. Der Beginn der kapitalistischen Ausbeutung in der einfachen Warenproduktion

Abb.22 - 25 aus R. Spörhase: Wohnungsunternehmen i.W.d.Z.

IV. Großbourgeoisie und Feudaladel als Partner

Abb.26 - 28 aus Brinkmann: Deutsche Stadtbaukunst i.d.V.

V. Monumentalität als Ausdruck despotischer Macht und Selbstbespiegelung

Abb.29 - 30 aus K. Gruber: Die Gestalt d. deutschen Stadt.

Abb.31 aus W. Müller: Städtebau.

Abb.32 aus K. Gruber, a.a.O.

Abb.33 aus A. E. Brinkmann: Dt.Stadtbaukunst i.d.Vgh.

Abb.34 aus F. Baumgart: Geschichte d. abendl. Kunst.

Abb.35 aus W. Müller, a.a.O.

VI. 1848 und die Folgen

Abb.36 - 37 aus L.Benevolo: D.soz.Ursprünge d.mod.Stdt.bs.

Abb.38 - 40 aus F. Baumgart, a.a.O.

Abb.41 - 42 aus U. Kultermann: Kunst der Welt.

VII. Kapitalistische Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse in der Entwicklung

Abb.43 aus R. Eberstadt: Handbuch d. Wohnungswesens.

Abb.44 - 45 aus H. Haussherr: Wirtschaftsgesch.d.Neuzeit.

Abb.46 aus R. Eberstadt, a.a.O.

Abb.47 aus L. Benevolo: Gesch.d. Arch.i.19.u.20.Jh.

Abb.48 - 49 aus R. Spörhase, a.a.O.

Abb.50 - 52 aus R. Eberstadt, a.a.O.

Abb.53 - 55 aus R. Spörhase, a.a.O.

Abb.56 aus R. Eberstadt, a.a.O.

Stat.1 aus R. Spörhase, a.a.O.

Stat.1 - 2 aus R. Eberstadt, a.a.O.

Abb.57 aus R. Spörhase, a.a.O.

Abb,58 - 64 aus R. Eberstadt, a.a.O.

Abb.65 - 73 aus R. Spörhase, a.a.O.

VIII. Sozialdemokratischer Arbeiterwohnungsbau im Dienste des Kapitals

Abb. 74 - 82 aus H.G. Helms/J. Janssen (Hrsg.); Kapitalistischer Städtebau.

IX. Die Rationalität der Maschine in der Industriearchitektur

Abb. 83 - 84 aus F. Baumgart: Gesch.d.abendl.Baukunst.

Abb. 85 aus U. Kultermann, a.a.O.

Abb. 86 - 88 aus S. Giedion: ~~Ewige Gegenwart~~ Raum, Zeit, Architektur.

X. Die Architektur der Einschüchterung und Anpassung

Tab. 1 aus A. Teut: Archit.i. 3. Reich 1933-45.

Abb. 89 - 92 aus ebenda.

XI. Kontinuität und Bruch im städtischen Wohnungsbau

Abb. 93 - 95 aus R. Spörhase, a.a.O.

Abb. 96 - 97 aus A. Teut, a.a.O.

Abb. 98 -103 aus K. Jaspert: Vom Städtebau der Welt.

* Zur vollständigen Zitation siehe Literaturverzeichnis.

LITERATURVERZEICHNIS

Abel, Wilhelm: Landwirtschaft 1500-1648. In: H. Aubin/ W. Zorn (Hrsg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 1, Stuttgart 1971, S.386-413.

Adhoc-- Gruppe visuelle Kommunikation: Visuelle Kommunikation - Zur gesellschaftlichen Begündung eines neuen Unterrichtsfaches. In: Ästhetik und Kommunikation 1. Jg./ 1970/ H. 1, S. 16-21.

Althusser, Louis: Für Marx. (Pour Marx, 1965) Frankfurt M 1968.

Ammon, Alf: Eliten und Entscheidungen in Stadtgemeinden. In: Soziologische Abhandlungen H. 8, Berlin 1967.

Andreas, Willy: Deutschland vor der Reformation. 6. neuüberarb. Aufl. Stuttgart 1959.

Aranguren, José L.: Soziologie der Kommunikation München (1967).

Arbeitsgruppe für Planungsgrundlagen (Assistenten - Pool) an der Architekturabteilung der RWTH Aachen: Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit. 3. überarb. Aufl. Offenbach 1972 (zit. als Autorenkollektiv, Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit, a.a.O.).

Armengaud, André: Die Bevölkerung Europas 1700-1914, In: C.M. Cipolla/K. Borchardt (Hrsg.), Bevölkerungsgeschichte Europas, Mittelalter bis Neuzeit, München 1971, S. 123-179.

Bahrdt, Hans P.: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Hamburg 1961 (Neuauflage Hamburg 1969).

Bahrdt, Hans P.: Humaner Städtebau. In: Zeitfragen Nr. 4, Hamburg 1968.

Bahrdt, Hans P.: Nachbarschaft oder Urbanität. In: Bauwelt 51. Jg./1960/H.51/52, S. 1477-1478.

Bahrdt, Hans P.: Stadtplanung. In: U. Lohmar, Deutschland 1975, München 1965, S. 150-172.

Bahrdt, Hans P.: Von der romantischen Großstadtkritik zum 'urbanen' Städtebau. In: Schweizer Monatshefte 38. Jg./ 1958/ H. 8, S. 644-649.

Bakema, Johann B.: Die Revolte der Masse. In: J. Joedicke (Hrsg.), Dokumente der modernen Architektur, Stuttgart 1963.

Barri, Robert: Wohnbedingungen und Wohnbedürfnisse. In: Iup 2 (Arbeitsberichte des Instituts für Umweltplanung), Ulm 1971.

Barthes, Roland: Der Mythos als semiologisches System. In: G. Schiwy, Der französische Strukturalismus, Textanhang, Reinbek 1969, S 149-173.

Barthes, Roland: Die strukturalistische Tätigkeit. In: Kursbuch 5 / 1966, S. 190-198.

Baumgart, Fritz: Geschichte der abendländischen Baukunst. Köln 1960.

Bechtel, Heinrich: Wirtschaftstil des deutschen Spätmittelalters. München /Leipzig 1930.

Bechtel, Heinrich: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands. München 1967.

Below, Georg von: Das ältere deutsche Städtewesen und Bürgertum, Bielefeld /Leipzig 1898.

Benevolo, Leonardo: Die sozialen Ursprünge des modernen Städtebaus. In: Bauwelt Fundamente Bd 29, Gütersloh 1971.

Benevolo, Leonardo: Geschichte der Architektur des 19. und 20. Jahrhunderts 2 Bde. München 1964.

Bentmann, Reinhard /Müller, Michael: Die Villa als Herrschaftsarchitektur. Frankfurt M 1970

Berger, Peter L. / Pullberg, Stanley: Verdinglichung und die soziologische Kritik des Bewußtseins. In: Soziale Welt 16. Jg. /1965 / H. 2, S. 97-105.

Bergius, Burkard: Mies[1] Seagram Building. In: Bauwelt 59. Jg. / 1968 / H. 36, S. 1126-1127.

Berndt, Heide: Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern. Stuttgart / Bern [2]1969.

Berndt, Heide: Der Verlust von Urbanität im Städtebau. In: Das Argument 44, 9. Jg. / 1967 / H. 4 (2. Aufl. Dezember 1968), S. 263-286.

Berndt, Heide: Besprechung zu H.P. Bahrdt, Die moderne Großstadt. In: Das Argument 30, 6. Jg. / 2964 /H,3 (5. Aufl. März 1970), S. 178-179.

Berndt, Heide: Sozialpsychologie und Architektur. In: Psyche 24. Jg. /1970, S. 183-185.

Berndt, Heide /Lorenzer, Alfred / Horn, Klaus: Architektur als Ideologie, Frankfurt [3]1969.

Berndt, Heide: Ist der Funktionalismus eine funktionale Architektur? In: H. Berndt/A. Lorenzer/K. Horn, Architektur als Ideologie, Frankfurt [3]1969, S. 9-50

Bierwisch, Manfred: Strukturalismus, Geschichte, Probleme und Methoden, In: Kursbuch 5/Frankfurt M 1966, S. 77-152.

Blumer, Herbert: Society as Symbolic Interaction. In: A.M. Rose, Human Behavior and Social Process, London 1962, S. 179-192.

Bock, Hans et al.: Zur Rolle der Bauwirtschaft in der BRD. (Studienarbeit an der TU Hannover) Hannover 1971.

Böhme, Helmut: Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt M ^{2}1968.

Born, Karl E.: Von der Reichsgründung bis zum ersten Weltkrieg. In: B. Gebhardt (Hrsg), Handbuch der deutschen Geschichte, 8. vollst. neubearb. Aufl. Stuttgart 1960 (verb. Nachdruck 1962), S. 194-313.

Braubach, Max: Von der Französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß. In: B. Gebhardt (Hrsg.), Handbuch der deutschen Geschichte Bd. 3, Von der Französischen Revolution bis zum 1. Weltkrieg, 8. vollst. neu bearb. Aufl. Stuttgart 1960 (verb. Nachdruck 1962), S. 1-94.

Brecht, Berthold: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. In: derselbe, Gesammelte Werke Bd. 18, Franfurt M 1968, S. 127-134.

Brinkmann, Adolf E.: Deutsche Stadtbaukunst in der Vergangenheit. Frankfurt M 1911.

Brückner, Peter: Zur Sozialpsychologie des Kapitalismus. Frankfurt M 1972.

Brunow, Nikolai: Entwicklungsetappen der Architektur. (Fundusbücher 27/28) Dresden 1972.

Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit Berlin Kreuzberg (Hrsg.): Sanierung - für wen? 2. erw. und verb. Aufl. Berlin (1970).

Busch, Karl / Reuther, Hans: Welcher Stil ist das? Stuttgart ^{2}1961.

Bussiek, Hendrik (Hrsg.): Veränderung der Gesellschaft. Frankfurt M 1970.

Cassirer, Ernst: Philosophie der symbolischen Formen. Darmstadt ^{4}1964.

Charter, Richard F.: Communication and Affektive Relations. In: Journalism Quarterly 42/1965, S. 203-206.

Cherry, Colin: Kommunikationsforschung - eine neue Wissenschaft. Hamburg ^{2}1967.

Conrads, Ulrich: Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts. In: Bauwelt Fundamente Bd. 1, Gütersloh / Berlin / München ^{2}1971.

Crouch, Dora P.: Architecture as symbolic Language. In: ETC, A rewiew of general Semantics, 28. vol. /1971/ No. 1, S. 59-66.

Dovifat, Emil (Hrsg.): Handbuch der Pblizistik. Bd. 1 Allgemeine Publizistik. Berlin 1968.

Dröge, Franz W.: Überlegungen zu einer dialektischen Theorie der Medien. (masch. schriftl. Konzept) Münster 1970.

Eberstadt, Rudolf: Handbuch des Wohnungswesens. 4. umgearb. u. erw. Aufl. Jena 1920. (zit. als R. Eberstadt, Handbuch, a.a.O.).

Eco, Umberto: Einführung in die Smiotik. (Autorisierte deutsche Ausgabe von Jürgen Trabant) München 1972.

Egli, Ernst: Die Geschichte des Städtebaus Bd. 2. Das Mittelalter. Erlenbach / Zürich / Stuttgart (1962).

Ehmer, Hermann K. (Hrsg.): Visuelle Kommunikation. Köln (1971).

Eichhorn, Wolfgang et.al.: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin 1969.

Engel, Ernst: Die Wohnungsnot. In: Zeitschrift des Königlich-Preußischen Statistischen Büros, 12. Jg./ 1972.

Engels, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. In: K. Marx / F. Engels, Werke Bd. 2, Berlin ^{6}1970, S. 229-506. (K. Marx / F. Engels, Werke zit. als MEW unter Angabe des Bandes.)

Engels, Friedrich: Der deutsche Bauernkrieg. In: K. Marx / F. Engels, Werke Bd. 7, Berlin ^{3}1969, S. 327-413.

Engels, Friedrich: Zur Wohnungsfrage. In: K. Marx / F. Engels, Werke Bd. 18, Berlin ^{3}1969, S. 209-287.

Engels, Friedrich: Vorwort zur 2. Auflage 'Zur Wohnungsfrage'. In: K. Marx / F. Engels, Werke Bd. 18, Berlin ^{3}1969, S. 647-655.

Engels, Friedrich: Varia über Deutschland. In: K. Marx / F. Engels, Werke Bd. 18, Berlin ^{4}1973, S. 589-596.

Engels, Friedrich: Der Sozialismus des Herrn Bismarck. In: K. Marx / F. Engels, Werke Bd. 19, Berlin ^{2}1962, S. 167-175.

Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. In: K. Marx / F. Engels, Werke Bd. 20, Berlin ^{3}1971, S. 5 - 292.

Engels, Friedrich: Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen. In: K. Marx / F. Engels, Werke Bd. 20, Berlin ^{3}1971, S. 444-454.

Engels, Friedrich: Zur Geschichte der preußischen Bauern. In : K. Marx / F. Engels, Werke Bd.21, Berlin ^{4}1973, S. 238-247.

Engels, Friedrich: Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie, In: K. Marx / F. Engels, Werke Bd. 21, Berlin ^{4}1973, S. 392-401.

Engels, Friedrich: Die Rolle der Gewalt in der Geschichte. In: K. Marx / F. Engels, Werke Bd. 21, Berlin ^{4}1973, S. 405-461.

Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Berlin ^{14}1969.

Engels, Friedrich: Rovolution und Konterrevolution in Deutschland. In: K. Marx / F. Engels, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Frankfurt M 1969, S. 78-171.

Engels, Friedrich: Deutsche Zustände. Brief an den 1. Redakteur des Northern Star. In: K. Marx /F. Engels, Deutsche Geschichte, Frankfurt M 1969, S. 34-40.

Engels, Friedrich: Brief an W. Borgius in Breslau. In: H. Ch. Buch (Hrsg.), Parteilichkeit der Literatur oder Parteiliteratur. Materialien zu einer undogmatischen marxistischen Ästhetik. Reinbek 1972, S. 42-44.

Ennen, Edith: Frühgeschichte der europäischen Stadt. Bonn 1953.

Ennen, Edith: Die Stadt zwischen Mittelalter und Gegenwart. In: Rheinische Vierteljahresblätter 30. Jg./ Bonn 1965, S. 118-131.

Ennen, Edith: Die mitteleuropäosche Stadt des Mittelalters. Göttingen 1972.

Enzensberger, Magnus: Baukasten zu einer Theorie der Medien. In: Kursbuch 20/1970, S. 159-186.

Faludi, Andreas: Grundsätzliches zur Geschichte des Städtebaus. In: Raumforschung und Raumordnung, 25. Jg./ Köln / Berlin / Bonn / München 1967 / H. 6, S. 261-266.

Fassbinder, Horant et.al. (Redaktionskollektiv): Berliner Arbeiterviertel I. Material zur Entwicklung der Wohnverhältnisse der proletatischen Massen bis 1914. Seminarveröffentlichung Berlin 1970. (zit als H. Fassbinder et.al., Berliner Arbeiterviertel a.a.O.).

Felsch, Monika: Hochschule und Örtchen, alles aus der Fabrik. In: Frankfurter Rundschau Nr. 154 vom 7.7.1972, S. 10.

'Fertigbau steht vor großer Zukunft! In: Frankfurter Rundschau Nr. 154 vom 7.7.1972, S. 7.

Flierl, Bruno: Lebensweise - Soziologie - Architektur. In: Deutsche Architektur, Berlin 19. Jg./ 1970/ H. 4 S. 244-246.

Forstner, Dorothea OSB: Die Welt der Symbole. 2. verb. Aufl. Innsbruck / Wien / München 1967.

Fourier, Charles: Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen. Frankfurt / Wien (1966).

Frank, Hartmut / Joeres, Hans-H,: Planungspolitik. In: K. Brake (Hrsg.), Architektur und Kapitalverwertung, Veränderungstendenzen im Beruf und Ausbildung von Architekten in der BRD, Frankfurt M 1973, S. 51-84.

Frank, Helmar: Kybernetik und Philosophie. Berlin 1966.

Frei, Bruno: Besprechung von M. Bensing: Thomas Münzer und der Thüringische Aufstand 1525. In: Das Argument 70, Sonderband, Berlin 1972, S. 266-269.

Frölich, Karl: Kaufmannsgilden und Stadtverfassung. In: C. Haase (Hrsg.), Die Stadt des Mittelalters Bd. 2, Darmstadt 1972, S. 11-54.

Führer durch die Essener Wohnsiedlungen der Firma Krupp. Essen 1930.

Fusco, Renato de: Architektur als Massenkultur. Bauwelt Fundamente 33. Güterloh 1972.

Gagné, Robert M.: Die Bedingungen des menschlichen Lernens. Hannover ^{2}1970. (original: The Conditiones of Learning (1965)).

Galbraith, John K.: Citizen and the city in the year two thousand. Vortrag auf dem 7. Kongreß der Fondation européenne de la culture vom 29.5.1970. In: Arch + 3. Jg. /1970 / H. 1o, S. 83-88.

Gallas, Helga: Strukturalismus. Enzyklopädisches Stichwort. In: G. Schiwy, Der französische Strukturalismus, Reinbek 1960, S. 228-230.

Gebhard, Helmut: Wertvorstellungen als Elemente der Planung. In: Bauwelt 59. Jg./ 1968 / H. 17.S. 1275-1279.

Gebhardt, Bruno: Handbuch der deutschen Geschichte Bd. 3. Von der Französischen Revolution bis zum ersten Weltkrieg. 8. vollst. neubearb. Aufl. Stuttgart 1960 (verbesserter Nachdruck 1962).

Geerdts, Hans J.: Deutsche Literaturgeschichte in einem Band. Berlin 1971.

Giedion, Siegfried: Ewige Gegenwart Bd. 2 - Der Beginn der Architektur. Köln 1965.

Giedion, Siegfried: Architektur und das Phänomen des Wandels. Tübingen (1969).

Graefe, G.: Die Maßordnung, eine Voraussetzung für industrielles Bauen. In: Bauwelt 61. Jg. / 1970 / H. 26. S. 108-110.

Gropius, Walter: Grundsätze der Bauhausproduktion. (Auszug) In: U. Conrads, Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts, Bauwelt Fundamente, Gütersloh / Berlin / München ^{2}1971, S. 90-91.

Gruber, Karl: Die Gestalt der deutschen Stadt. München 1952.

Gunzenhäuser, Peter: Informationstheorie und Ästhetik. In: Umschau in Wissenschaft und Technik 63. Jg./ 1963 / H. 20, S. 622-626 u. H. 21. S. 653-657.

Haase, Carl:(Hrsg.): Die Stadt des Mittelalters. 3 Bde. Darmstadt 1969.

Haase, Carl: Die mittelalterliche Stadt als Festung. In: derselbe (Hrsg.), Die Stadt des Mittelalters Bd. 1, Darmstadt 1969, S. 377-407.

Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied / Berlin ^{2}1965.

Hartmann, Heinz (Hrsg.): Moderne amerikanische Soziologie. Stuttgart 1967.

Hartwig, Helmut: Zur Ideologiekritik von Sehen - Lernen. In: H.K. Ehmer (Hrsg.), Visuelle Kommunikation, Köln (1971).

Hartog, Rudolf: Stadterweiterungen im 19. Jahrhundert. Stuttgart 1962.

Haskell, John: The City as a sign. In: Journal of the Royal Institut of British Architects, 73. vol./ 1966 /No.4, S. 164-67.

Hassinger, Herbert: Politische Kräfte und Wirtschaft 1350-1800. In: H. Aubin / W. Zorn (Hrsg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 1; Stuttgart 1971, S. 608-657.

Haug, Wolfgang F.: Warenästhetik und Angst. In: Das Argument 28, 6. Jg./ 1964 / H. 1, S. 14-31.

Hauser, Arnold: Sozialgeschichte der Kunst und Literatur. Bd. 1, München 1953.

Hauser, Arnold: Sozialgeschichte der Kunst und Literatur. Ungekürzte Sonderausgabe in einem Band. München 1972.

Haussherr, Hans: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit. Vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts. Köln/ Wien 1970.

Hegel, Karl v.: Die Entstehung des deutschen Städtewesens. (Neudruck) Aalen 1964.

Heil, Bernhard: Die deutschen Städte und Bürger im Mittelalter. Leipzig 1912.

Heil, Karolus: Kommunikation und Entfremdung. Stuttgart/ Bern 1971.

Heiligenthal, Roman: Deutscher Städtebau. Heidelberg 1921.

Hellack, Georg: Architektur und bildende Kunst als Mittel nationalsozialistischer Propaganda. In: Publizistik 1960 / H. 2, S. 77-95.

Helle, Horst-J.: Symbolbegriff und Handlungstheorie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 20. Jg./ 1968, S. 15-37.

Helle, Horst-J.: Soziologie und Symbol. Köln/Opladen 1969.

Helms, Hans G.: Marxismus und Bundesrepublik. In: derselbe, Fetisch Revolution, Neuwied/Berlin 1969.

Helms, Hans G./Janssen, Jörn (Hrsg.): Kapitalistischer Städtebau. Neuwied / Berlin 1970. (zit. als Kapitalistischer Städtebau, a.a.O.).

Henselmann, Hermann: Unsere Stadtzentren. In: Bauwelt 59.Jg./ 1968 / H. 22/23, S. 680-684.

Henselmann, Hermann: Städtebau und Kommunikation. In: Die Straße 8. Jg. / Berlin 1968 / H. 2, S. 67-71.

Heyne, Moritz: Das deutsche Wohnungswesen von den ältesten geschichtlichen Zeiten bis zum 16. Jh., Leipzig 1899.

Hillebrecht, Rudolf: Die Stadt und ihre Mitte. In: Raumordnung und Raumforschung, Köln / Berlin / Bonn / München, 25. Jg. / 1967 / H. 1, S. 1 - 11.

Hinz, Herbert: Von der Wahrnehmung des einzelnen zur modernen Form der Kommunikation. In: Der Druckspiegel 23. Jg./ Stuttgart 1968 / N. 8, S. 507-510.

Hitler, Adolf: Rede auf dem 'Parteitag der Arbeit' am 7. September 1937. In: M. Domarius, Hitler-Reden und -Proklamationen Bd. 1, o.O. 1962, S. 719-722.

Hoeber, Fritz: Städtebau und Verkehr. In: Jahrbuch des deutschen Werkbundes, Verkehr, Jena 1914, S. 11-20.

Hoegg, E.: Deutsche Baukunst - gestern-heute-morgen. In: A. Teut, Architektur im Dritten Reich 1933-45, Bauwelt Fundamente Bd. 19, Berlin / Frankfurt M / Wien 1967, S. 125-126.

Hofmann, Werner: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. Jahrhunderts. Berlin ^{3}1970.

Hofmann, Werner / Janssen, Jörn: Kapitalismus und Wohnungsbau, o.O., o.J..

Honegger, Hans: Godin und das Familistère von Guise. Ein praktischer Versuch der Verwirklichung von Fouriers Utopie. Zürich 1919.

Horn, Klaus: Zweckrationalität in der modernen Architektur. In: H. Berndt / A. Lorenzer / K. Horn, Städtebau als Ideologie, Frankfurt M ^{3}1969, S. 105-154.

Hoselitz, Bert F.: Die großen Stadtlandschaften des 20. Jahrhunderts und ihre Entwicklungstendenzen. In: Universitas 21. Jg. / 1966 / Bd. 2 / H. 10., S. 1067-1070.

Huch, Ricarda: Im alten Reich, Bremen 1960.

Iljenkow, E.W.: Die Dialektik des Abstrakten und Konkreten im 'Kapital' von Marx. In: A. Schmidt (Hrsg.), Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie, Frankfurt M ^{2}1970, S. 87-127.

Inama-Sternegg, Karl Th. v.: Über die Anfänge des deutschen Städtewesens. In: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung Bd. 1, Prag /Wien / Leipzig 1892, S. 521-568.

Jacobs, Jane: Tod und Leben großer amerikanischer Städte. In: Bauwelt Fundamente Bd. 4, Frankfurt M / Berlin / Wien 1963.

Janssen, Jörn: Sozialismus, Sozialpolitik und Wohnungsnot. In: H.G. Helms / J. Janssen (Hrsg.), Kapitalistischer Städtebau, Neuwied / Berlin 1970, S. 49-94.

Janssen, Jörn: Der Mythos des 2o. Jahrhunderts in der Architekturtheorie der BRD. (Vortrag 1965) In: H.G. Helms / J. Janssen, Kapitalistischer Städtebau, Neuwied / Berlin 1970, S, 177-200.

Hanssen, Jörn / Krausse, Joachim / Schlandt, Joachim: Stadtplaner und Reformgeister. Voltaire Flugschrift 31. Berlin 1970.

Jaschinski, Heinrich: Die Finanzierung des Wohnungsbaus im Wandel der Zeit. In: Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster Bd. 58, Köln-Braunsfeld 1964.

Jaspert, Fritz: Vom Städtebau der Welt. Berlin 1961.

Joedicke, Jürgen (Hrsg.): Dokumente der modernen Architektur. Stuttgart 1963.

Joedicke, Jürgen et.al,: Architektur und Städtebau. Stuttgart 1963.

Johansen, Rudolf B.: Kunst und Umwelt. Dresden ^{4}1964.

Jonas, Wolfgang / Linsbauer, Valentine / Marx, Helga: Die Produktivkräfte in der Geschichte I. Berlin 1969.

Jonge, Dirk de: Stedelijke Structuurbeelden. Arnheim (1962).

Jonge, Dirk de: Image of Urban Areas. In: Journal of the American Institut of Plenners, 1972, S. 266.276.

Jürgensen, Harald: Wirtschaftliches Wachstum - Basis oder Schranke der Urbanität? In: Leben in der Stadt, Vorträge, Aussprachen und Ergenisse der 13. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages Nürnberg 9.-11.6.65, Stuttgart / Köln (1965), S. 63-93.

Kellenbenz, Hermann: Gewerbe und Handel 1500-1648. In: H. Aubin / W. Zorn (Hrsg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Stuttgart 1971, S. 414-464.

Keyser, Erich (Hrsg.): Das deutsche Städtebuch Bd. 1-4. Stuttgart 1941-59.

Kiemb, Manfred: Ästhetische Probleme der Architektur unter dem Aspekt der Informationsästhetik. Quickborn 1967.

Kirschenmann, Jörn C.: Städt - Bau - Soziologie. In: H.G. Helms / J. Janssen (Hrsg.), Kapitalistischer Städtebau, Neuwied / Berlin 1970, S. 125-162.

Klages, Helmut: Der Nachbarschaftsgedanke und die nachbarliche Wirklichkeit in der Großstadt. Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz (1968).

Klaus, Georg / Buhr, Manfred (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch Bd. 1 (6. überarb. u. erw. Aufl.) Leipzig 1969.

Klett, Arnulf: Bilanz des Aufbaus. In: Leben in der Stadt, Stuttgart / Köln (1965).

Knödler-Bunte, Eberhard: Zu einem gesellschaftlichen Begriff des Mediums. In: H.K. Ehmer (Hrsg.) Visuelle Kommunikation Köln (1971), S. 374-390.

König, René: Soziologie. In: Das Fischer-Lexikon, Frankfurt M ^{6}2967.

Koepf, Hans: Baukunst in fünf Jahrtausenden. (6. erg. u. erw. Aufl.) Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz 1971

Kosing, Alfred: Die dialektisch-materialistische Abbildtheorie in Lenins Werk 'Materialismus und Empiriokretizismus'. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 7. Jg. / 1959 / H. 2, S. 218-238.

Kosing, Alfred: Karl Marx und die dialektisch-materialistische Abbildtheorie. In: Marxismus Digest, Erkenntnistheorie, 3. Jg. / 1972, H. 1, S. 3 - 27.

Koß, Ernst: Die Industrialisierung der Bauproduktion- eine Gemeinschaftsaufgabe der Bauwirtschaft. In: Architekt und Ingenieur Nr. 5 /1967, S. 7-10.

Koszyk, Kurt: Vorläufer der Massenpresse. Ökonomie und Publizistik zwischen Reformation und französischer Revolution. München (1972).

Koszyk, Kurt / Pruys, K.H. (Hrsg.): Wörterbuch der Publizistik. München 1969.

Kotschenreuther, Hellmuth: Kleine Geschichte Berlins. Berlinische Reminiszenzen 17. Berlin 1967.

Kötzschke, Rudolf: Grundzüge der deutschen Wirtschaftsgeschichte. (2. umgearb. Auflage) Leipzig/Berlin 1921.

Krauss, Klara / Schlandt, Joachim: Der Wiener Gemeindewohnungsbau- ein sozialdemokratisches Programm. In: H.G. Helms / J. Janssen (Hrsg.), Kapitalistischer Städtebau, Neuwied / Berlin 1970, S. 113-124.

Kreitler, Shulamith: Symbolschöpfung und Symbolerfassung. München / Basel 1965.

Krysmanski, Hans-J.: Die utopische Methode. Köln / Opladen 1963.

Kühn, Erich (Hrsg.): Das Wesen der Stadt. Stuttgart 1960.

Kulicher, Josef: Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit. 2 Bde. München / Wien ^{3}1965.

Kultermann, Udo: Kunst der Welt. Baden-Baden 1967.

Kulturmagazin Aspekte (ZDF) vom 13.9.73, 21.15 ^{h}.

Lamprecht, Karl: Deutsche Geschichte Bd. 1-6. Freiburg / Br. 1904.

Langer, Susanne K.: Philosophie auf neuem Wege. Frankfurt M 1965.

Langer, Susanne K.: Feeling and Form. London (1953).

Lauritzen, Lauritz: Bauen könnte 39% billiger werden. In: Bauwelt 60. Jg. / 1969 / H. 8, S. 245.

Lauritzen, Lauritz (Hrsg.): Städtebau und Zukunft. Düsseldorf / Wien 1969.

Lavedan, Pierre: Histoire de l'urbanisme Bd. 2. Renaissance et temps modernes. Paris 1941.

Lehe, Erich v. / Ramm, Heinz / Kausche, Dietrich et.al.: Heimatchronik der freien und Hansestadt Hamburg. Köln 1967.

Lektorski, Wladimir: Die Spezifik der Erkenntnis sozialer Erscheinungen. In: Marxismus Digest, Erkenntnistheorie, 3. Jg./ 1972 / H. 1, S. 104-113.

Lenin, Wladimir I.: Materialismus und Empiriokretizismus. In: derselbe, Werke Bd. 14, Berlin ^{4}1970.

Lenin, Wladimir I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: derselbe Werke Bd. 22, Berlin ^{4}1970, S. 189ff.

Lenin, Wladimir I.: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage. In: derselbe, Werke Bd. 20, Berlin ^{4}1970, S. 1 - 37.

Lenk, Elisabeth: Einleitung zu Ch. Fourier: Theorie der vier Bewegungen und allgemeinen Bestimmungen. Frankfurt M / Wien 1966, S. 5 - 54.

Lindesmith, A.R. / Strauss, Anseln L.: Social Psychology. New York 1956.

Lingenberg, Jörg: Zur Problematik publizistikwissenschaftlicher Untersuchung historischer Formen des Marxismus - Leninismus. In: Publizistik 11. Jg, / 1966 / H. 3-4, S. 287-298.

Lohmar, Ulrich (Hrsg.): Deutschland 1975. München 1965.

Loos, Adolf: Ornament und Verbrechen. In: U. Conrads, Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts, Gütersloh / Berlin / München ^{2}1971, S. 15 - 21.

Lorenzer, Alfred: Städtebau: Funktionalismus und Sozialmontage? In: J. Berndt / A. Lorenzer: K. Horn, Architektur als Ideologie, Frankfurt M ^{3}1969, S.51-104.

Lorenzer, Alfred: Kritik des psychoanalytischen Symbolbegriffs. Frankfurt M 1970.

Lorenzer, Alfred: Aussprache Arbeitskreis IV zum Thema: Wer baut die Stadt? In: Leben in der Stadt, Stuttgart / Köln 1965, S. 226-239.

Lucadou, Emil v.: Struktur und Probleme des Bauhauptgewerbes, Wiesbaden / Berlin 1960.

Lucadou, Emit v.: Das Bauhauptgewerbe am Beginn der 70er Jahre. In: Bauwelt 61. Jg./ 1970 / H. 7, S. 337f.

Lundgreen, Johannes: Einige Bermerkungen zur politischen Bedeutung visueller Kommunikation zum gegenwärtigen Zeitpunkt. In: Ästhetik und Kommunikation 1. Jg./ 1970/ H. 1, S. 22-28.

Lütge, Friedrich: Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. (3. verb. Aufl.) Berlin / Heidelberg / New York 1966.

Lynch, Kevin: Das Bild der Stadt. In: Bauwelt Fundamente 16, Frankfurt M / Wien 1965.

Marx, Karl: Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie. In: derselbe, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt / Wien o.J.

Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Frankfurt / Wien o.J.

Marx, Karl: Das Kapital Bd. 1. In: K. Marx / F. Engels, Werke Bd. 23, Berlin ^{4}1969.

Marx, Karl: Das Kapital Bd. 2. In: derselbe /F. Engels, Werke,Bd. 24, Berlin ^{13}1969

Marx, Karl: Das Kapital Bd. 3. In: derselbe /F. Engels, Werke Bd. 25, Berlin 1969.

Marx, Karl: Der "Débat Social" vom 6. Februar über die Association démocratique. In: derselbe /F. Engels, Werke Bd. 4, Berlin ^{6}1972, S. 511-513.

Marx, Karl / Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei. In: dieselben Werke Bd. 4, Berlin ^{3}1968, S. 459 - 493.

Marx, Karl / Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie. In: dieselben, Werke Bd. 3, Berlin ^{4}1969.

Maurer, Georg L. von: Die Geschichte der deutschen Städteverfassung. 4 Bde. (Neudruck) Aalen 1962.

Mausbach, Hans: Städtebaukunde der Gegenwart. Düsseldorf 1965.

Mead, Georg H.: Sozialpsychologie. Neuwied / Berlin 1969.

Meisenheimer, Wolfgang: Der Raum der Architektur = ein 'Materialer Raum'. In: Detail / 1972 / H. 2, S. 186-188.

Mies van der Rohe, Ludwig: Arbeitsthesen. In:U. Conrads, Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts, Gütersloh / Berlin / München ^{2}1971, S. 70.

Milde, Kurt: Architektur und gesellschaftliche Entwicklung. In: Deutsche Architektur, Berlin (DDR), 19. Jg./1970/ H. 3, S. 182-183.

Mitscherlich, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Frankfurt 1969.

Mitscherlich, Alexander: Anstiftung zum Unfrieden. In: derselbe, Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt ^{8}1969, S. 28-112.

Mitscherlich, Alexander: Konfession zur Nahwelt. In: derselbe, Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt ^{8}1969, S. 123-139.

Mitscherlich, Alexander: Thesen zum Städtebau. In: derselbe, Thesen zur Stadt der Zukunft, Frankfurt M ^{2}1972, S. 1 - 16.

Mitscherlich, Alexander: Vom möglichen Nutzen der Sozialpsychologie für die Stadtplanung. In: derselbe, Thesen zur Stadt der Zukunft, Frankfurt M 1972, S. 17-48.

Mitscherlich, Alexander: Die Stadt der Zukunft. In: derselbe, Thesen zur Stadt der Zukunft, Frankfurt M 1972, S. 49-66.

Mitscherlich, Alexander: Was soll aus unseren Städten werden? In: derselbe, Thesen zur Stadt der Zukunft, Franfurf M 1972, S. 95-109.

Mitscherlich, Alexander: Unsere kindliche Zuversicht. In: derselbe, Thesen zur Stadt der Zukunft, Frankfurt M 1972, S. 137-149.

Modelmog, Ilse: Die andere Zukunft. Zur utopistischen Kommunikation. Düsseldorf 1970.

Modelmog, Ilse: Methodische Überlegungen. In: F. Dröge, Wissen ohne Bewußtsein - Materialien zur Medienanalyse, Frankfurt 1972, S. 17-32.

Moore, Richard: Das Liverpool-System: Großtafelbauweise 1904. In: Bauwelt 61. Jg./ 1970 / H. 6, S. 215-218.

Morris, Charles W.: Grundlagen der Zeichentheorie. Ästhetik und Zeichentheorie. München (1972).

Mottek, Hans: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. 2 Bde. Berlin 1964.

Müller, Wolfgang: Städtebau, Stuttgart 1970.

Mumford, Lewis: Die Stadt. Köln / Berlin 1963.

Muthesius, Hermann / van de Velde, Henry: Werkbund-Thesen und - Gegenstheses. In: U. Conrads, Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts, Gütersloh / Berlin / München ^{2}1971, S. 25-27.

Neitzke, Peter: Die Agenten der Kulturpolitik isolieren! In: H.G. Helms / J. Janssen (Hrsg.), Kapitalistischer Städtebau, Neuwied / Berlin 1970.

Neubert, Albrecht: Semantischer Positivismus in den USA. Halle 1962.

Osswald, Hans: Die überschätzte Stadt. Olten / Freiburg Br. 1966.

Patze, Hans: Die Bildung der landesherrlichen Residenzen im Reich. In: W. Rausch (Hrsg.), Stadt und Stadtherr im 14. Jahrhundert, Linz 1972, S. 1-54.

Petsch, Joachim: Block und Rhythmus. Architektur an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. In: Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft Bd. 15, Bonn 1970, S. 150-199,

Pevsner, Nikolaus: Europäische Architektur. München 1963.

Pfeil, Elisabeth: Großstadtforschung. Bremen - Horn 1950.

Pfeil, Elisabeth: Die Familie im Gefüge der Großstadt. Hamburg 1965.

Pfeil, Elisabeth: Die Kommerzialisierung von Harvestehude. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 12. Jg. / 1967 / S. 259-285.

Pfeil, Elisabeth: Nachbarschaft als Thema der Großstadtforschung. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 2. Jg. /1957, S. 65-73.

Pfeil, Elisabeth: Soziologische Erwartungen an die zukünftige Städt. In: L. Lauritzen (Hrsg.), Städtebau der Zukunft, Düsseldorf / Wien 1969.

Pfeil, Elisabeth: Soziologie der Großstadt. In: A. Gehlen / H. Schelsky (Hrsg.), Soziologie, Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde, Düsseldorf ^{5}1964, S. 238-276.

Pirenne, Henri: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im Mittelalter. München ^{2}1971.

Planitz, Hans: Die deutsche Stadt im Mittelalter, Graz / Köln 1954.

Planitz, Hans: Die deutsche Stadtgemeinde. In: C. Haase (Hrsg.), Die deutsche Stadt des Mittelalters Bd. 2, Darmstadt 1969, S. 55-134.

Plessow, Günter: Besprechung von Heide Berndt: Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern. In: Das Argument 46, 1o. Jahrg./ 1968 / H. 1-2, S. 133-136.

Preuß, Hugo: Die Entwicklung des deutschen Städtewesens. Leipzig 1906.

Projektgruppe Branchenanalyse des Bauhauptgewerbes TU Berlin: Industrialisierung des Bauens unter den Bedingungen des westdeutschen Kapitalismus. In: Kursbuch 27 / 1972 / S. 99-136. (zit. als Projektgruppe, Industrialisierung des Bauens, a.a.O.).

Pross, Harry: Publizistik. Neuwied / Berlin (1970).

Rappaport, Amos / Kantor, Robert: Komplexität und Ambivalenz in der Umgestaltung. In: Bauwelt 61. Jg. /1970/ H. 26, S. 114-120.

Reitzenstein, Alexander v.: Deutsche Baukunst. Die Geschichte ihrer Stile. Stuttgart ^{5}1967.

Renner, Paul: Die politische Hetze gegen das Neue Bauen. In: A. Teut, Architektur im Dritten Reich 1933-1945, Berlin / Frankfurt M / Wien 1967, S. 59-61.

Richards, Ivor A.: Principles of Literary Criticism. London 1924.

Riehl, Wilhelm: Die Naturgeschichte des deutschen Volkes. Bd. 1: Land und Leute. Bd 2. : Die bürgerliche Gesellschaft. Bd. 3: Die Familie. Stuttgart ^{8}1885.

Riesmann, David: Die einsame Masse. Neuwied 1956.

Rörig, Fritz: Die Stadt in der Geschichte. In: C. Haase (Hrsg.), Die Stadt des Mittelalters Bd. 1, Darmstadt 1969, S. 7-33.

Rose, Arnold: Systematische Zusammenfassung der Theorie der symbolischen Interaktion. In: H. Hartmann (Hrsg.), Moderne amerikanische Soziologie, Stuttgart 1967, S. 219-231.

Rosenbrock, Rolf: Bauproduktion. In: K. Brake (Hrsg.), Architektur und Kapitalverwertung, Frankfurt M 1973, S. 85-124.

Rosenkötter, Lutz: Die Verwendung des Strukturmodells und Symbolbegriffs in der Psychoanalyse. In: Psyche 24. Jg. / 1970 / H. 9, S, 641-654.

Rowolt Lexikon Bd. 9. Mannheim 1966.

Rubinstein, Sergej L.: Sein und Bewußtsein. s'Gravenhage ^{2}1971.

Ruesch, Jürgen / Kees, Weldon: Nonverbal Communication. Berkeley, Los Angeles ^{3}1959.

Salin, Edgar: Urbanität. In: Erneuerung unserer Städte, Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 11. Hauptversammlung des deutschen Städtetages, Juni 1960, Stuttgart 1960.

Sander, Paul: Geschichte des deutschen Städtewesens. In: Bonner Staatswissenschaftliche Untersuchungen, Bonn / Leipzig 1922, H. 6.

Saussure, Ferdinand de: Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft. Berlin 1967.

Schieder, Theodor: Vom deutschen Bund zum deutschen Reich 1815 - 1871. In: B. Gebhardt (Hrsg.), Handbuch der deutschen Geschichte Bd. 3, Stuttgart 1960.

Schilfert, Gerhard: Deutschland 1648-1789. Berlin ^{2}1962.

Schiwy, Günther: Der Französische Strukturalismus. Reinbek 1969.

Schiwy, Günther: Strukturalismus und Zeichensysteme, München 1973.

Schiwy, Günther: Neue Aspekte des Strukturalismus. München 1973.

Schlandt, Joachim: Die Kruppsiedlungen - Wohnungsbau im Interesse eines Industriekonzerns. In: H.G. Helms / J. Janssen (Hrsg.), Kapitalistischer Städtebau, Neuwied / Berlin 1970, S. 95-111.

Schlandt, Joachim: Soziale Wohnpolitik in Wien von 1923-1933. In: Istitus-Assoziation Bauwirtschaft (Hrsg.), Wohnungspolitik im Wien der 20er Jahre und in Westberlin, ein Beispiel für die Kapitulation der Sozialdemokratie, Berlin 1968, S. 9-12.

Schlesinger, Max: Geschichte des Symbols. Berlin 1912.

Schmidt, Alfred: Der strukturalistische Angriff auf die Geschichte. In: derselbe (Hrsg.), Beiträge zur Marxistischen Erkenntnistheorie, Frankfurt M ^{2}1969, S. 194-265.

Schmiecher, Karl: Städtebau und Architektur - eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe. In: Deutsche Architektur, Berlin 17. Jg./1968/ H. 5, S. 260-263.

Schmoller, Gustav: Deutsches Städtewesen in älterer Zeit. In: Bonner Staatswissenschaftliche Untersuchungen, Bonn / Leipzig 1922/23 / H. 5-8.

Scholl, Hans K.: Wegmarken der Entwicklung der Schreib- und Drucktechnik. München 1965.

Schöller, Peter: Die deutschen Städte. In: Geographische Zeitschrift, Beihefte H. 17., Wiesbaden 1967.

Schoof, Heinrich: Idealstädte und Stadtmodelle als theoretische Planungskonzepte (diss.ing). Karlsruhe 1965.

Schröder, Julius, Deutsche Baugeschichte. Augsburg (1950).

Schumpp, Mechthild: Städtebau und Utopie (phil. diss.) Göttingen 1970.

Seminar 204 der Staatlichen Hochschule für bildende Künste: Information einer Geschäftsstraße. In: Bauwelt (Stadtbauwelt), 59. Jg. /1968 / H. 20, S. 1496-1498.

Siebel, Walter: Besprechung zu L. Benevolo: The origens of modern town planning. In: Das Argument 66, 13. Jg./ 1971 / H. 6/7, S. 579-582.

Simmel, Georg: Der Raum und die räumliche Ordnung der Gesellschaft. In: derselbe, Soziologie, Leipzig 1908, S. 614-708.

Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus Bd. 1. Leipzig 1914.

Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes. Bd. 1 Gestalt und Wirklichkeit. Bd. 2 Welthistorische Perspektiven. Münschen 1923.

Spiegel Der: Sind die Städte noch zu retten? (Titelgeschichte) In: Der Spiegel 25. Jg. / 7.5.71 / Nr. 24, S. 54-72.

Spörhase, Rolf: Wohnungsunternehmen im Wandel der Zeit. Hamburg 1947.

Sprandel, Ralf: Gewerbe und Handel 1350-1500. In: H. Aubin / W. Zorn (Hrsg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 1, Stuttgart 1971, S. 360-382.

Steinmetz, Max: Reformation und Bauernkrieg. In: W. Berthold et.al. (Hrsg.), Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Handbuch, Köln 1970, S. 132-143.

Stewart, Daniel K.: Signs, Symbols and Neaning. In: Journal of Communication, 16. Jg. / 1966 / H. 1, S. 4 - 9.

Stöber, Gerhard J.: Technischer Fortschritt als Determinante und Instrument der Stadtentwicklung. In: Bauwelt 60.Jg. / 1969 / H. 21, S. 15-18.

Stöckli, Arnold: Die Stadt. Köln (1954).

Stoljarow, Vitali: Lenin zur Rolle der Kommunikation und der Kommunikationsmittel im Prozess der Bewußtseinsbildung. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Sonderheft 1970, S. 43ff.

Strauss, Gerhard: Siedlungs- und Architekturkonzeptionen der Utopisten. In: Wiss. Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 11. Jg. / 1962 / H, 4, S. 543-599.

Streisand, Joachim: Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Köln 1972.

Suhrbier, Hartwig: Frühe Industriebauten - am Feudalismus orientiert. Bericht von der Jahrestagung der Henry-van-de-Velde-Gesellschaft. In: Bauwelt 61. Jg./1970/ H. 49, S. 1920-1921.

Teufel, Manfred: Die gesellschaftliche Aufgabe von Architektur und Städtebau und das industrielle Bauen. In: Deutsche Architektur, Berlin (DDR) 15. Jg./1966/ Nr. 5, S. 263.

Tille, Armin: Renaissance, Reformation und Gegenreformation. In: H.F. Helmbolt (Hrsg.), Weltgeschichte Db. 7, Leipzig 1900.

Tomberg, Friedrich: Der Begriff der Entfremdung in den Grundrissen von Karl Marx. In: Das Argument 52, 11.Jg./ 1969/ H. 3, S. 187f.

Tönnies, Ferdinand: Gemeinschaft und Gesellschaft. Neuauflage. Darmstadt 1963.

Treinen, Heiner: Symbolische Ortsbezogenheit. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 17. Jg. / 1965, S. 73-97 u. 254-297.

Treue, Wilhelm: Der Merkantilismus und das Wirtschaftsgefüge des absolutistischen Zeitalters bis ins frühe 18. Jahrhundert. In: Historia Mundi Bd. 7, Bern 1957, S. 277-315.

Troll, Manfred: Stadt- und Regionalsoziologie. In: Deutsche Bauzeitung 104. Jg. / 1970 / H. 4, S. 158-160.

Uhl, Johannes: Architektur als Zeichensprache. In: Bauwelt 60. Jg. / 1969 / H. 34, S. 1157 u. 1160.

Uledow, Alexander K.: Die Struktur des gesellschaftlichen Bewußtseins. Berlin 1972.

Velde, Henry van de: Form (Auszug). In: U. Conrads (Hrsg.), Rogramme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts, Gütersloh,/Berlin/München ^{2}1971, S. 144-145.

Wasmuths Lexikon der Baukunst Bd. 4. Berlin 1932.

Weber, Adolf: Die Großstadt und ihre sozialen Probleme. Bonn 1907.

Weber, Max: Die nichtlegitime Herrschaft. (Typologie der Städte) In: derselbe, Wirtschaft und Gesellschaft Bd. 2, Tübingen 1956, S. 923-940.

Weber, Max: Wirtschaftsgeschichte. München /Leipzig 1924.

Weißenborn, Rainer: Kritik der strukturalistischen Kommunikation. (phil.diss.)(maschinenschriftl. Manuskript) Münster 1970.

Wiener, Alfred: Das Warenhaus. In: Jahrbuch des deutschen Werkbundes, Jena 1913, S. 43-52.

'Winterbau'. In: Bauwelt 60. Jg. / 1969 / H. 49, S. 1750.

Wittfogel, Karl A.: Die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. (Reprint) Frankfurt M 1972.

Wittkower, Rudolf: Grundlagen der Architektur im Zeitalter des Humanismus. München 1969.

Wohl, Richard / Strauss, Anselm L.: Symbolic Representation and the Urban Milieu. In: The American Journal of Sociology 63. Vol./ July 1957- Mey 1958, S. 523-532.

Wolf, Paul: Städtebau. Leipzig (1919).

Zorn, Wolfgang: Sozialgeschichte 1500-1648. In: H. Aubin/ W. Zorn (Hrsg.), Handbuch für deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 1, Stuttgart 1971, S. 465-494.

Zorn, Wolfgang: Handel und Gewerbe 1648-1800. In: H. Aubin/ W. Zorn (Hrsg.), Handbuch für deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd.1., Stuttgart 1971, S. 531-573.

Lebenslauf

Am 28.1.1945 wurde ich als Sohn des Pflastermeisters Walter Gerhard und seiner Ehefrau Margarete, geb. Ecks in Lüdenscheid in Westfalen geboren.
1948 übersiedelten meine Eltern nach Emmerich / Rhn., wo ich Ostern 1951 in die evangelische Volksschule, Albert - Schweitzer - Schule, eingeschult wurde.
Nach dem Volksschulabschluß, Ostern 1959, begann ich eine Lehre als Modelltischler bei den Probat - Werken, Emmericher Maschinenfabrik, die ich am 30. September 1962 mit der Facharbeiterprüfung abschloß.
Nach dem Besuch der Abendschule begann - nach bestandener Aufnahmeprüfung - das Studium am Westfalenkolleg, Institut zur Erlangung der Hochschulreife am 1.April 1965.
Nach bestandener Reifeprüfung, am 4. Oktober 1967 schrieb ich mich an der Westfälischen - Wilhelms - Universität in Münster in den Publizistik, Soziologie und Germanistik ein.
Nach ungefähr einmonatiger Studiendauer hatte ich nichtverschuldeten Verkehrsunfall in Köln, der mich 26 Wochen ans Bett fesselte.
Nach der Genesung nahm ich das Studium in Münster wieder auf und erhielt im Herbst 1970 das Thema zur Promotion.
Am 20.2.1970 heiratete ich die damalige Studentin und jetzige Realschullehrerin Angelika Gerhard, geb. Votsmeier.
Im Juli 1973 zogen wir von von Münster nach Hamburg, um eine Volontariatsstelle anzunehmen und Funkredakteur zu werden.